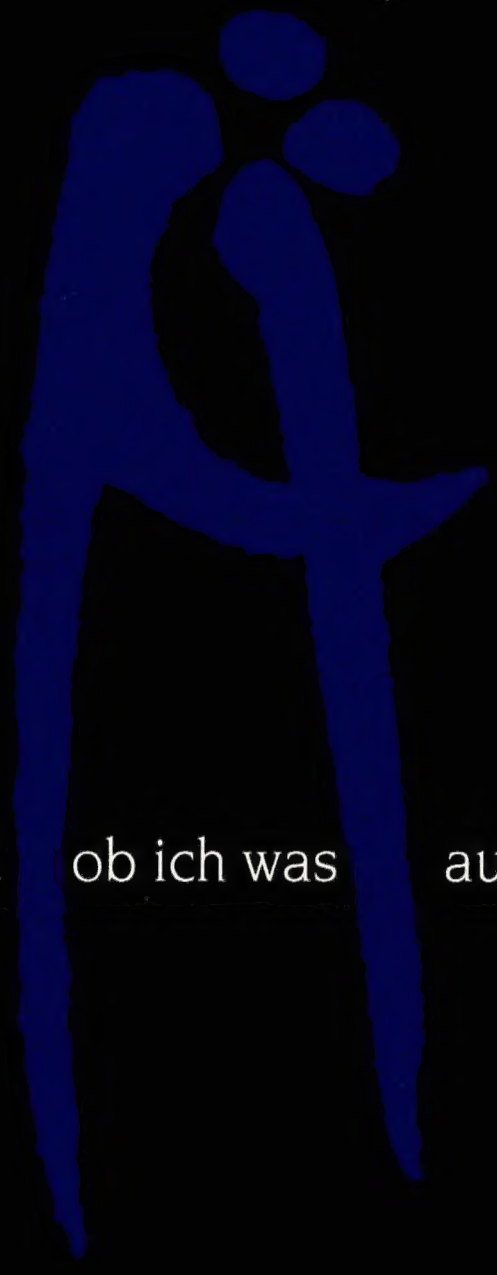
DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 17 / 46. Jahrgang
20. April 1992
4,50 DM

Baby-Fabriken

Die Qualen der Retorten-Zeugung

De Beers



Es ist Dir egal, ob ich was auf dem Konto habe oder nicht.

Mir auch.

Liebe, die wichtiger als alles andere ist, ist den Diamant wert, der etwas Besonderes ist. Alles über Diamanten erfahren Sie aus der Broschüre von DIS B 2, Tel.: 0 69/76 51 86, oder Postfach 93 02 80, 6000 Frankfurt 90.

Ein Diamant ist unvergänglich.

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: Umweltgipfel in Rio

"Wir sind reich an Wissen, aber arm an Weisheit, und wir suchen nach dem Schlüssel zum Überleben", schrieb der Club of Rome am Ende seines Umweltberichts 1991, der als SPIEGEL SPEZIAL erschien. Über die Chancen, vom Wissen zur Weisheit vorzudringen, mochte sich der Club nicht äußern. Vom 3. bis 14. Juni soll nun die Suche nach dem "Schlüssel zum Überleben" so intensiv und global – aber leider wohl auch so wortgewaltig – betrieben werden wie nie zuvor. Dann tagt in Rio de Janeiro die "Uno-Konferenz für Umwelt und Entwicklung", ein Weltspektakel, veranstaltet von etwa 170 Regierungen, beschickt von 35 000 Diplomaten, Umweltspezialisten und Journalisten.

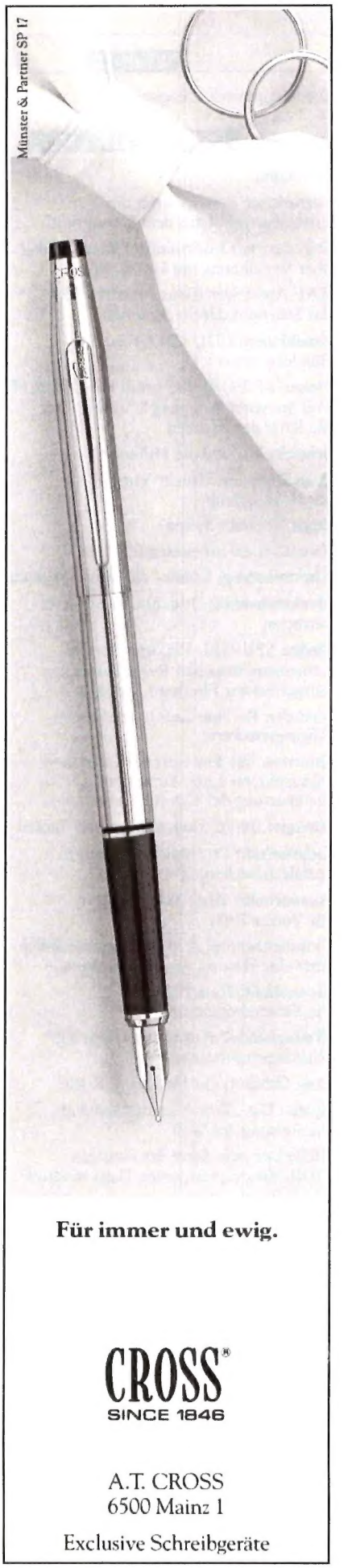
SPIEGEL SPEZIAL 2/1991

SPIEGEL SPEZIAL 1/1992

Eben erst hat ein neues SPIEGEL SPEZIAL (derzeit im Handel) dokumentiert, wie der Fortschritt im grenzenlosen Europa die Lebensbedingungen verändert. Bis zur Eröffnung der Konferenz wird der SPIEGEL unter dem Signet des Umweltgipfels rund ein Dutzend Beiträge über die Besessenheit der Menschen veröffentlichen, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören und sich dennoch hektisch zu vermehren. Die in lokkerer Folge erscheinenden Analysen beginnen in diesem Heft mit einem Report von SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über den Wahnsinn der Energiegewinnung und -verschwendung auf der Welt, aber auch über erstaunliche Lösungsmöglichkeiten (Seite 136). Im kalten Chicago etwa werden große Bürohäuser allein durch ihre Maschinenabwärme geheizt, ohne einen einzigen Tropfen Öl. Warum nicht andernorts?

In Rio werden der reiche Norden und der arme Süden der Welt so frontal aufeinanderstoßen wie lange nicht. "Öko-Vandalismus" wirft der Norden dem Süden mit Blick auf den brennenden Regenwald vor, "Öko-Imperialismus" der Süden dem Norden mit Blick auf die schandbar billigen Rohstoffe. Werden sich die beiden Lager näherkommen? Wie schrieb doch der Club of Rome: "Der Druck der Tatsachen ist so groß, daß wir uns entweder verändern müssen oder von der Erde verschwinden werden."

Meyer-Larsen



INHALT

TITEL

Die manipulierte Zeugung 226

DEUTSCHLAND

Panorama 16

Terroristen: Parteienstreit um Friedensangebot aus dem Untergrund 18

Interview mit Justizminister Klaus Kinkel über Versöhnung mit Gewalttätern 20

RAF-Aussteiger Klaus Jünschke über das Scheitern der Stadtguerilla 22

Koalitionen: CDU und Grüne als Bündnispartner? 24

Union: SPIEGEL-Gespräch mit CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble über die Krise der Parteien 25

Schalck: Wo sind die Millionen? 30

Parteifinanzen: Grüner Vorschlag zur Neuregelung 32

Stasi: Überlebt Stolpe? 33

Kirchenobere arbeiteten fürs MfS 40

Einwanderung: Kommt die Quotenregelung? 50

Denkmalschutz: Ostdeutsche Schlösser verrotten 52

Berlin: SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen 61

Verkehr: Berliner Luft überschreitet Abgasgrenzwerte 75

Interview mit dem Berliner Umweltstaatssekretär Lutz Wicke über die Sperrung der City für Autos 80

Energie: Bürger wollen Stromnetz kaufen 85

Gesellschaft: Prostituierte verlangen soziale Absicherung 87

Bundeswehr: Erste Machtproben für Volker Rühe 91

Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling über eine Reform des Wehrressorts 93

Gesundheit: Hasselfeldt will die Kosten begrenzen 95

Waffenhandel: Auswärtiges Amt half Rüstungsexporteuren 99

Stasi-Geschäft mit Heckler & Koch? 105

Spiele: Das „World Game" simuliert die Rettung der Welt 109

SED: Der tiefe Sturz des einstigen DDR-Minsterpräsidenten Hans Modrow 112

Umwelt: Algenkiller in Bootsanstrichen 222

WIRTSCHAFT

Tarife: Ein Streik im Öffentlichen Dienst scheint unabwendbar 114

Kommentar: Die geplante Benachteiligung der Kinderlosen 118

Affären: Schwere Vorwürfe gegen einen Anlegerschützer 120

Trends 123

Reformen: Die Privatisierung der russischen Industrie schafft Probleme 124

Unternehmen: Seltsame Sanierer in Sangerhausen 131

Energie: In Rio sitzt der Westen auf der Anklagebank 136

„Alles Denkbare prüfen"

Seiten 18, 20, 22

Nach dem vorläufigen Gewaltverzicht der Roten Armee Fraktion (RAF) streiten sich Bonner Politiker, ob inhaftierte Terroristen vorzeitig entlassen werden sollen. Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP), der den Versöhnungsprozeß in Gang brachte, will „alles prüfen, was im Rahmen der Gesetze denkbar ist". Der Ex-Terrorist Klaus Jünschke fordert, auch über eine Amnestie für RAF-Täter müsse nachgedacht werden.

RAF-Opfer Schleyer (1977)

Stolpe spaltet geeinte Nation

Seite 33

Stolpe (l.) beim Kirchgang

Manfred Stolpe spaltet die Nation. SPD- wie CDU-Politiker verteidigen den Ministerpräsidenten gegen die Vorwürfe der Gauck-Behörde – FDP-Mann Burkhard Hirsch rät dem IM „Sekretär" zum Rücktritt.

Bonner Hilfe beim Waffenhandel

Seite 99

Das Auswärtige Amt hat deutschen und iranischen Waffenschiebern bei ihren Geschäften geholfen. Tips des Ministers Genscher erleichterten der Rüstungsfirma Fritz Werner Exporte von Kriegsmaterial in den Iran. Die Lieferungen waren nach Ansicht der Staatsanwaltschaft illegal – doch stets amtlich genehmigt.

Kanzler riskiert Arbeitskampf

Seite 114

Zum erstenmal seit 18 Jahren droht den Deutschen wieder ein Staats-Streik. In den Verhandlungen des Öffentlichen Dienstes konnten sich die ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies und Innenminister Rudolf Seiters nicht auf einen Tarifkompromiß einigen. Die ÖTV will nach Ostern Müllmänner und Feuerwehrleute in den Arbeitskampf schicken. Doch Kanzler Kohl will Härte demonstrieren.

Seiters, Wulf-Mathies

Kapitalberater ein Erpresser?

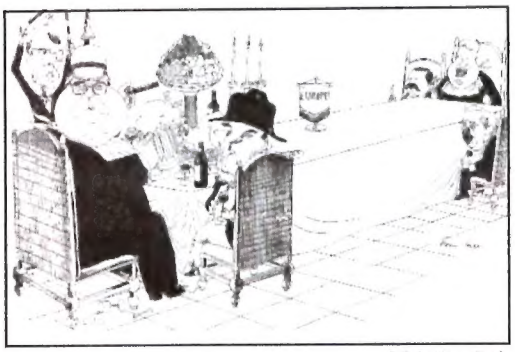
Seite 120

Der Anlageberater Heinz Gerlach prangert in seinem Fachblatt die Methoden zwielichtiger Geldanlagefirmen an. Jetzt schlagen seine Opfer zurück: Sie werfen ihrem Kritiker Erpressung „im Stile der Mafia" vor.

Erweiterung gefährdet die EG

Seite 164

Mit etwa 20 Beitrittskandidaten rechnet die EG in den nächsten Jahren. Eine solche Erweiterung kann die Gemeinschaft, so ein vertrauliches Brüsseler Strategiepapier, nur überleben, wenn sie sich radikal reformiert.



Libération, Paris

Rabin: „Ich bin bereit"

Seite 173

Rabin

Autonomie für die Palästinenser in den besetzten Gebieten und teilweise Rückgabe des biblischen Landes – Israels Oppositionsführer Jizchak Rabin strebt die Verständigung mit den Palästinensern an. Im SPIEGEL-Gespräch dämpft der Held des Sechs-Tage-Krieges aber die Hoffnung auf schnelle Veränderungen: „Der Friedensprozeß wird schmerzhaft sein."

Schmutz der Vergangenheit

Seite 184

Geschicktes Hinhalten oder Hexensabbat – die Staaten des postsozialistischen Osteuropa zaudern in der Abrechnung mit ehemaligen Kadern und Spitzeln. Während in der GUS die Nomenklatura von einst noch regiert und dirigiert, ringen Ungarn und Tschechoslowaken um Sühne für vergangenes Unrecht.

Akademie-Streit: Kunert attackiert Jens

Seite 258

Trotz zahlreicher Austritte wegen seiner Block-Politik bei der Übernahme der Ost-Akademie wurde Walter Jens wieder zum Präsidenten der West-Berliner Akademie der Künste gewählt. Der – ehemals Ost-Berliner – Autor Günter Kunert greift nun in einem SPIEGEL-Beitrag Jens scharf an. Kunert: „Es darf weiter ausgetreten werden."

Spiel mit dem Tod

Seite 268

Torera Bourseiller

Sie kämpft dort, wo in Spanien die Helden zu Hause sind. Marie Sara Bourseiller, in Paris geboren, ist die einzige Frau, die sich in der Männerwelt der Toreros behauptet. Vor Tausenden zelebriert die Französin in der Arena ihren Tanz mit dem Tod – ein spielerisches Ritual, das für sie nicht Sport ist, sondern Kunst.

Konzerne: Die eingebildeten Leiden der chemischen Industrie 155
Treuhand: Kontrolle durch das Parlament 160

AUSLAND

Panorama Ausland 162
EG: Erweiterung als Sprengsatz 164
Libyen: Uno-Boykott angelaufen 167
Italien: Im Banne des Ätna 168
Peru: Interview mit Mario Vargas Llosa über die Demokratie in Lateinamerika 170
Balkan: Blutbad in Bosnien 171
Polen: Wer kommandiert die Armee? 172
Israel: SPIEGEL-Gespräch mit Oppositionsführer Jizchak Rabin über die Friedenschancen im Nahen Osten 173
Österreich: Krach im Präsidentschaftswahlkampf 182
Osteuropa: Abrechnung mit der KP-Vergangenheit 184
USA: Recht auf Abtreibung in Gefahr 192

SERIE

General Anatolij Gribkow über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba (II) 196

SPORT

Fußball: Nationalitätenkonflikt zerbricht Jugoslawiens EM-Team 216
Schach: Turniere werden wie Boxkämpfe inszeniert 220

WISSENSCHAFT

Erdbeben: Zitterpartie am Niederrhein 248

KULTUR

Szene 250
Musiktheater: Alfred Schnittkes Operndebüt in Amsterdam 252
Archäologie: Wikinger-Ausstellung in Paris 254
Kulturpolitik: Günter Kunert zum Berliner Akademie-Streit 258
Bestseller 260
Bücher: Ulla Berkéwicz spürt den Nazis nach 261
Esoterik: Der Erfolg der „Fünf Tibeter" 263
Spectrum 265
Stierkampf: Porträt der Profi-Torera Marie Sara Bourseiller 268
Musik: Die Comic-Rockband „They Might Be Giants" 274
Fernseh-Vorausschau 280

Briefe 7
Impressum 14
Personalien 276
Register 278
Hohlspiegel/Rückspiegel 282

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631-1123.

Elefanten ins Büro!

Sanyo Büro-Electronic mit 3-Jahres-Garantie.

3 Jahre SANYO Garantie
nach den SANYO Garantiebestimmungen

Elefanten ins Büro - mit dem Sanyo Kopiererprogramm! So intelligent, leistungsstark und zuverlässig wie alles von Sanyo Büro-Electronic. Und deshalb auch mit der einzigartigen 3-Jahres-Garantie. Wie alle Geräte von Sanyo Büro-Electronic: Personal Computer, Kopierer, Telefaxe, Diktiergeräte, Kassen-Systeme, Telefonanrufbeantworter und Tischrechner. Sanyo. Die intelligente Lösung.

SANYO
Die intelligente Lösung

SANYO Büro-Electronic · Europa-Vertrieb GmbH · Truderinger Str. 13 · 8000 München 80 · Tel. (089) 41604-0 · Fax (089) 41604-127

Diffuse Ängste

(Nr. 15/1992, SPIEGEL-Titel: Ist Der Asylanten-Strom zu stoppen?)

Wir Deutschen sind so bescheuert mit unseren beknackten Paragraphen, daß uns recht geschieht, wenn unser Asylrecht ausgenutzt wird.

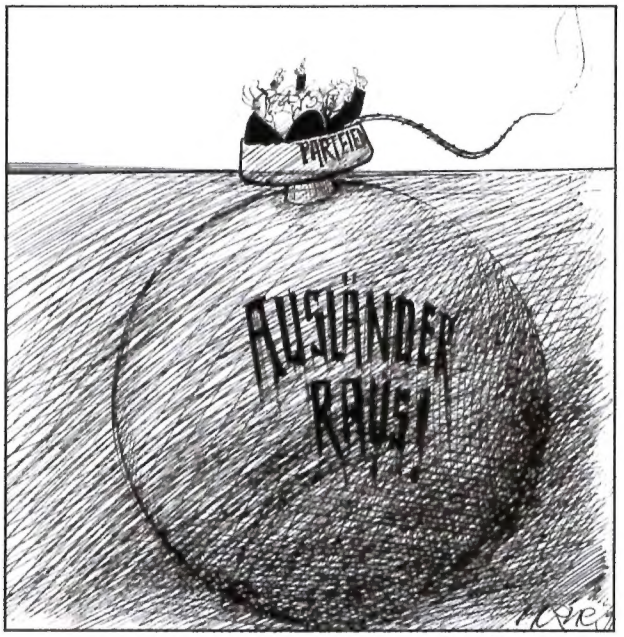
Hamburg F. H. JEPSEN

Ich war verärgert, als ich das Titelfoto sah. Es suggeriert einen Massenansturm von Flüchtlingen und schürt damit diffuse Ängste gegen Flüchtlinge.

Nürnberg MONIKA BUCHNER

Warum denn so bescheiden? Und warum so spät? Eine Woche früher, und Sie hätten mit diesem Titelbild den Rechtsradikalen zu noch ein paar Prozentpunkten mehr verholfen.

Bonn JÜRGEN KLEIN-SCHULZE-SELMIG



Frankfurter Allgemeine

In Ihrem Artikel wird unterstellt, daß die meisten Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Nach wie vor sind jedoch politische Verfolgung, Gefahr für Leib und Leben sowie schwere Menschenrechtsverletzungen die Hauptfluchtursache.

Göttingen SABINE SEIFERT

Der SPIEGEL-Redaktion stünde es nicht schlecht an, sich und uns zu informieren, wie die Bedingungen der „Glückssuche" im deutschen Exil tatsächlich sind (man könnte dies auch im europäischen wie im historischen Vergleich tun), wie auch, welches Glück hier gesucht wird. Ich jedenfalls kann versichern, daß keiner meiner Mandanten, weder die Asylantragsteller noch die Asylberechtigten, bislang einen Mercedes-Benz erworben hat. Der Stern kann's also nicht gewesen sein, der sie hierher gezogen hat.

Berlin CHRISTINE RÖLKE-SOMMER

In einem der ärmsten Länder der Welt, im afrikanischen Malawi, sind von 8,8 Millionen Einwohnern eine Million Flüchtlinge. Das stellt wohl einen anderen Problemdruck dar als die aktuellen Zahlen von Asylsuchenden in unserem Land.

Hamburg KLAUS MILKE

Als alte Frau traue ich mich in Berlin und Frankfurt abends nicht mehr auf die Straße. Schämt man sich in Bonn und in den Magistraten nicht, unsere Landsleute einer täglich wachsenden Ausländerkriminalität auszusetzen?

Berlin EDITHA BECKER

Jeder zusätzliche Asylant erzeugt weitere Rechtswähler!

Vlotho (Nrdrh.-Westf.) SIEGFRIED KLÄTTE

Ich möchte Ihnen meine ausdrückliche Zustimmung mitteilen. Selbstverständlich darf das Grundgesetz unter gar keinen Umständen geändert werden. Sonst haben wir keinerlei Aussicht, Schönhuber & Co. mit zweistelligem Wahlergebnis im Bundestag sitzen zu sehen.

Burbach (Nrdrh.-Westf.) JAN H. SCHÄFER

Die eigentliche Lösung des Asylantenproblems ist nur dadurch zu erreichen, daß die Ungerechtigkeit und Unfreiheit in den Herkunftsländern der Asylanten durch die Uno bekämpft wird, so daß es für diese Menschen nicht mehr notwendig ist, ihre Heimat zu verlassen. Deutschland, als eines der am meisten von Asylanten betroffenen Länder, sollte dabei eine führende Rolle übernehmen.

Nicosia (Zypern) HARIS DEMETRIOU

Kleinkarierte Denkblockade

(Nr. 16/1992, SPIEGEL-Titel: Parteien in Panik – Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) über seine Partei, die Regierung und die Asylpolitik)

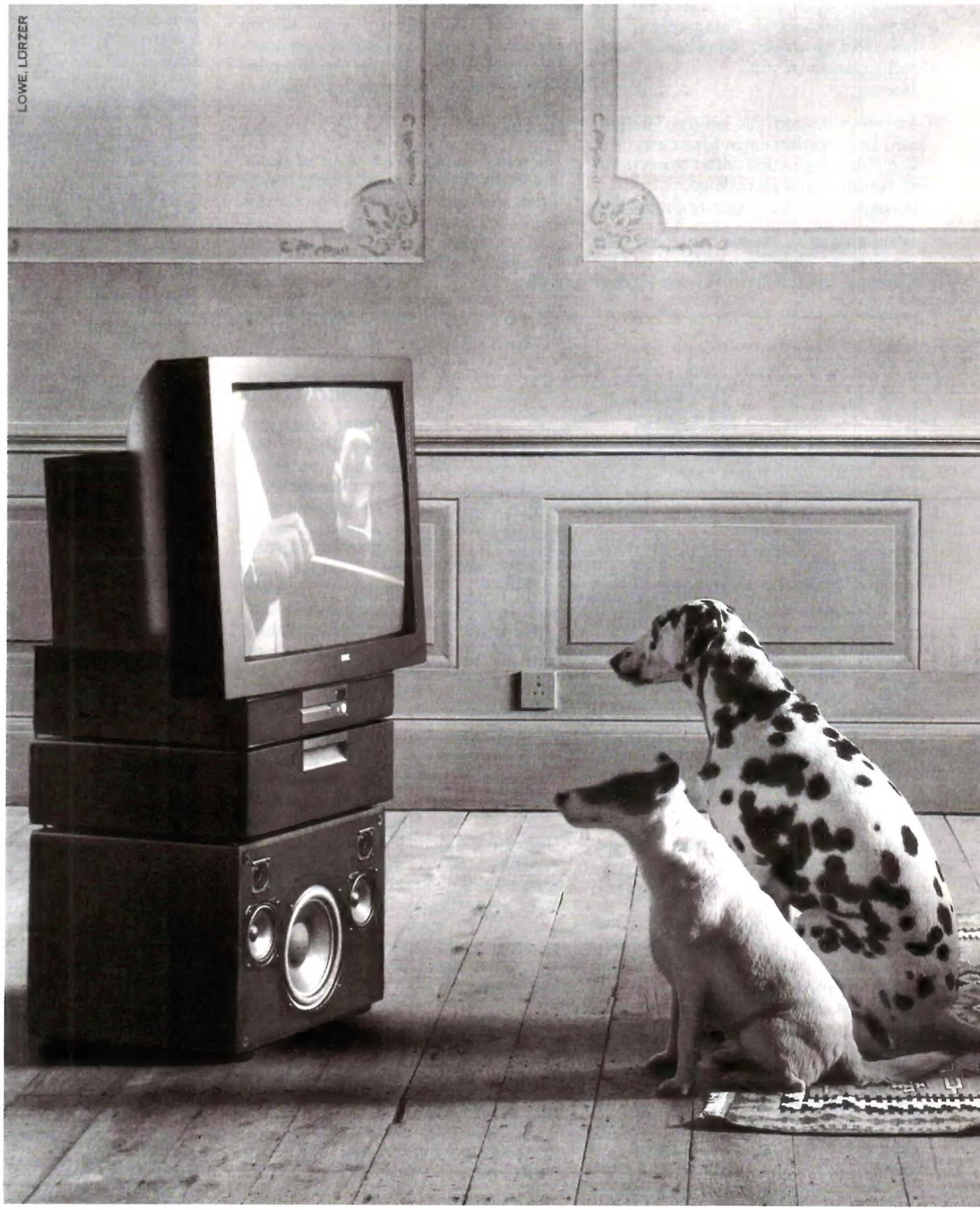
Die flotte Anbiederung von Georg Kronawitter an den rechten Stammtischpopulismus, die er auch noch als bürgernahe Politik bezeichnet, kann nicht unwidersprochen bleiben: Wie kann sich Münchens Oberbürgermeister als Sprecher der kleinen Leute gegen den Miß-

Loewe Concept Plus. Um seine Klangqualität voll zu genießen, braucht man schon ein feines Gehör.

Loewe Concept Plus
Dieser bemerkenswerte Fernseher hat nicht nur ein ausgezeichnetes Design und ein außergewöhnlich brillantes Bild - er hört sich auch ausgesprochen gut an. Und zwar so gut, daß selbst anspruchsvollste Ohren beeindruckt sind. Sendungen in D2-MAC können Sie sogar mit Ihrem CD-Player vergleichen. Oder Sie lassen einfach Ihren Hund entscheiden. Schließlich hat er das feinere Gehör.

DIGITAL AUDIO

Loewe Concept Soundbox
Damit steigert man das Klangerlebnis Loewe Concept Plus zu einem echten Klangereignis. Von ganz feinen und leisen Tönen bis zu 140 Watt Musikleistung.



THINK

D2-MAC

D2-MAC
Das ist die Sendenorm für den digitalen Ton und für ein noch besseres Bild. Mit einem zusätzlichen Decoder empfangen Sie Sendungen dieser Norm schon heute.

IDC

Intelligent Dialog Control
Damit ist der Loewe Concept Plus ganz einfach zu bedienen.

Das Loewe Programm
Das Angebot von Loewe umfaßt über 20 Fernsehgeräte. Welches für Sie das richtige ist, kann Ihnen Ihr Loewe Profi-Partner sagen. Er berät Sie freundlich und kompetent.

Loewe
D-8640 Kronach

LOEWE.

[Es gibt Leute, die haben einen Fernseher, und es gibt Leute, die haben einen Loewe.]

Die exclusive Contax T2 erfüllt alle Kriterien einer zeitgemäßen Compact Camera. Allerdings definiert im Sinne der Contax Philosophie. Kompromißlos in jedem Detail. Und selbstverständlich ausgestattet mit dem legendären Carl Zeiss Sonnar 2.8/38 mm Objektiv. Sprechen Sie Ihren Contax Fachhändler an. Sicher hat er noch eine für Sie. In Titan schwarz oder Titan silber oder Titan gold. CONTAX T2

The Classic Compact

DIE KLASSISCHE ERGÄNZUNG
ZU IHREN ANDEREN WERTOBJEKTEN.

CONTAX 60 Years

KYOCERA Contax is a Trademark of Kyocera Corporation Japan

brauch des Asylrechts ausgeben, wenn er mit keinem Wort den Grund für flüchtende Opfer von Bürgerkriegen anspricht? Wie kann er so einfach von Wirtschaftsflüchtlingen reden, wenn jeder vierte Mensch auf der Erde mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muß und damit am Rande oder unterhalb des Existenzminimums lebt? Weiß er nicht, daß in über 30 Ländern die Kindersterblichkeit bereits bei über 20 Prozent liegt?

Müller

Natürlich kann die Bundesrepublik nicht alle sozialen Probleme der Erde lösen, aber wenn ein Sozialdemokrat zu Recht von Solidarität spricht, dann muß er zumindest Verständnis für die Fluchtursachen zeigen. Kleinkarierter Provinzialismus ist auch eine Form von Denkblockade. Kronawitters These ist richtig, daß die SPD den Konflikt mit der Bundesregierung in sozialen Fragen verstärken muß, beim Mietrecht, in der Steuerpolitik, bei der sozialen Gerechtigkeit. Aber dann, bitte schön, auch auf diesen Feldern und nicht in einer großen Koalition zur Befriedigung der Stammtische.

Billige Vorurteile führen nicht zum rationalen Umgang mit unterschiedlichen Positionen. Was soll das dumme Gerede von den „flotten Enkeln" und der „Toskana-Fraktion"? Es ist nicht nur falsch, es verleitet auch zur Retourkutsche über die teuren Janker, die Kronawitter nun auch nicht bei Woolworth kauft. Wer auf dieser Ebene die Auseinandersetzung sucht, hat den Ernst der Situation wahrlich nicht begriffen.

Bonn MICHAEL MÜLLER, MdB/SPD

Erheblich unwohl

(Nr. 14/1992, SPIEGEL-Titel: Störfall von St. Petersburg)

Es beschleicht mich ein erhebliches Unwohlsein bei der Lektüre der Michailowschen Äußerungen. Vielleicht sollte dieser nervenstarke, gefahrenverkennende Politiker lieber bei der von ihm zitierten Sektflasche bleiben; wenn der Korken davonfliegt, geht er nur bei ihm ins Auge.

Bremen ACHIM JANOWSKI

Am Tag des Störfalls befand ich mich in St. Petersburg. Unzählige Schulklassen von Kindern wurden durch die Paläste, Museen und Eremitage geführt. Lange Schlangen von Menschen standen von morgens bis abends vor den Geschäften. Die Theater waren überfüllt. Mein Eindruck: Die Bevölkerung von St. Petersburg wurde über den Störfall nicht unterrichtet. Das wurde mir von meinen russischen Gesprächspartnern bestätigt. Ich selbst hatte über die Deutsche Welle von dem Störfall erfahren.

Itzehoe (Schlesw.-Holst.) HANS HEBBELN

Eine Milchmädchenrechnung

(Nr. 15/1992, Bonn/Berlin: Umzug erst im Jahr 2000?)

Zur Einlösung des Versprechens des Deutschen Bundestages: „Die Bonner bringen ihre Wohnungen nach Berlin mit" sind – wie Sie berichten – bis zu 10 000 Neubauwohnungen in Berlin erforderlich. Eine durchschnittliche Wohnung des Sozialen Wohnungsbaues kostet zur Zeit in Berlin 350 000 Mark; ein einfaches Reihenhaus etwa 600 000 Mark im Westteil der Stadt und etwa 450 000 Mark im Ostteil (jeweils einschließlich Grundstückskosten). Legt man diese Kosten zugrunde, ergeben sich beim Neubau von 5000 Sozialwohnungen Gesamtkosten von 1,75 Milliarden Mark und 5000 Eigenheimen von 2,5 Milliarden Mark. Bei den Kosten von 15 Milliarden Mark, die der SPIEGEL für die nur 5000 Wohnungen für Bundesbedienstete veranschlagt, kann es sich daher eigentlich nur um einen Druckfehler handeln. Bei der Kostenfrage ist weiter zu berücksichtigen, daß der Bund schon heute genügend eigene Grundstücke für den Wohnungsbau in Berlin besitzt, daß in Berlin 1995 über 6500 bundeseigene Wohnungen, die die Alliierten zur Zeit nutzen, frei werden und daß auch in Bonn die Eigenheime der Bundesbediensteten zum erheblichen Teil von den Beamten selbst finanziert worden sind. Zur Milchmädchenrechnung von Staatssekretär Eekhoff ist anzumerken, daß ein Wohnkostenzuschuß für Beamte zwangsläufig zu einer zusätzlichen Belastung auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt führt. Deshalb sollte der Bund ein eigenes Förderprogramm für seinen Mietwohnungsbau auflegen.

Nagel

Berlin WOLFGANG NAGEL
Senator für Bau- und Wohnungswesen

Senator Nagel hat recht, bei den Gesamtkosten fehlte im SPIEGEL das Komma. –Red.

Verschwiegene Wahrheit

(Nr. 13 – 15/1992, SPIEGEL-Serie: Kampf um Berg-Karabach und der Völkermord an den Armeniern)

Ich bin eine 17jährige Armenierin und besuche das Neue Gymnasium. Es erschüttert mich immer wieder, wenn ich mir die Hintergründe und Grausamkei-

Eine Initiative der Deutschen Hochdruck-Liga
mit Unterstützung von E. Merck.

Jeder fünfte Deutsche arbeitet unter Hochdruck.

Mal unter uns: Kennen Sie eigentlich Ihre Blutdruckwerte? Untersuchungen zeigen, daß nur jeder 2. dies bejahen kann. Und daß vor allem jeder 5. zu hohen Blutdruck hat. Das Gefährliche daran: Man spürt ihn nicht. Man spürt nur die Folgen, vom leichten Schlaganfall bis zum schweren Herzinfarkt. Dabei gibt es heute viele Möglichkeiten, zu hohen Blutdruck in den Griff zu bekommen. Also, lernen Sie Ihren Blutdruck kennen – eine Bekanntschaft fürs Leben.

HSR & SMS

Armenisches Opfer (um 1916): Erschreckende Kontinuität

ten des ersten Völkermords des 20. Jahrhunderts vor Augen führe. Hierbei stellt sich mir die Frage: Wie konnte ein Volk ein anderes auf solche bestialische Weise nahezu ausrotten, ohne dafür je zur Rechenschaft gezogen zu werden?

Oldenburg (Nieders.) ARU CHAUAN

Das eigentliche Ziel der Serie ist für mich klar: antitürkische Hetzkampagne!

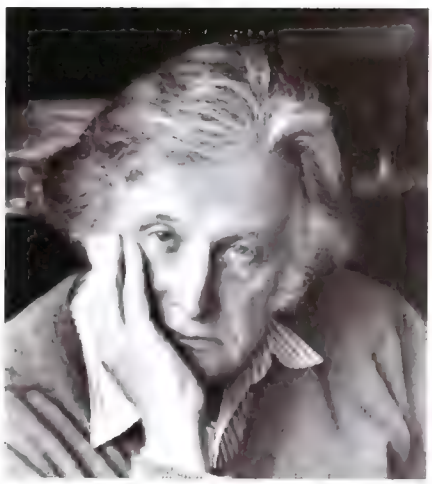
Garland/Texas (USA) HULUSI EZGI

Ich bedanke mich im Namen meiner in der ganzen Diaspora verstreuten Landsleute für Ihre objektive Darstellung.

Oldenburg (Nieders.) AKOPIAN RAYA, Ärztin

Mit größter Genugtuung entdecke ich, daß der SPIEGEL detailliert eingeht auf den Völkermord an den Armeniern 1915/16 im türkisch-osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges. Als Autor der Fernsehdokumentation „Die armenische Frage existiert nicht mehr" (ein Zitat des damals hauptverantwortlichen Innenministers Talaat Bey) habe ich tiefen Einblick genommen in die Akte „Türkei 183", Band 36 bis 46, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes zu Bonn: eine überwältigende Dokumentation des Massakers in Form Hunderter und aber Hunderter ausschließlich deutscher Zeugnisse, eine Chronik des Grauens. Meine Erfahrungen mit Türken bei der Arbeit an der Sendung waren niederschmetternd: totale Verdrängung und Verleugnung, ja Umkehr der Opfer-Täter-Situation, was eine einzige Anklage gegen die türkische Politikerklasse und die Intellektuellen seit 75 Jahren bedeutet.

Wer außer den Armeniern hatte in der Zwischenkriegsära 1918 bis 1939 davon gesprochen: die Stummheit der Welt – eine Ermutigung für die Errichtung von Auschwitz. Ich betrachte es deshalb als eine meiner Lebensaufgaben, dem Völkermord an den Armeniern postum jene Publizität zu verschaffen, die die Vernichtung der Juden im deutsch besetzten Europa nach dem Untergang des Dritten Reiches dann ganz selbstverständlich hatte. Apropos: Am Tage nach der Ausstrahlung meiner Fernsehdokumentation im Ersten Programm sagte mir ein Armenier: „Als ich heute morgen vor die



Autor Giordano
Stummheit der Welt

Tür trat, hatte die Welt keine Ähnlichkeit mehr mit der von gestern." Während meines ganzen Journalistenlebens habe ich nie ein schöneres Kompliment erhalten.

Köln RALPH GIORDANO

Ihre Darstellung von den „schlechten" aserbaidschanischen Türken erinnert doch sehr an die Darstellungen von Franz Schönhuber.

Aachen NAIM OKUR
Vorsitzender Türkisches Zentrum Aachen

Die wenigen Armenier, die auch heute noch in der Türkei leben, werden weiterhin drangsaliert, unterdrückt, verfolgt. Wie die Kurden. Touristen droht eine Verhaftung, wenn sie öffentlich vom Völkermord sprechen. Die Türken machen alle Kritiker mundtot mit dem Hinweis auf eine besondere Rolle im Nato-Bündnis. Der Westen kuscht und erwartet die EG-Mitgliedschaft der Türken.

München HEINZ GÜRTLER

Wundern Sie sich eigentlich noch über das brutale Vorgehen der türkischen Streitkräfte im Südosten Anatoliens, wo Hunderte Kurden getötet wurden? Gerade Ihre Serie über den Völkermord an den Armeniern zeigt doch, daß diese Handlungsweise eine erschreckende Kontinuität in der türkischen Innen- sowie Außenpolitik aufweist.

Wesseling (Nrdrh.-Westf.) NIKO DROUGIAS

Sowohl im Artikel als auch bei der Auswahl der Archivfotos scheinen Sie einiges verwechselt zu haben. Sowohl der im Artikel verwendete Wortschatz (besser ausgedrückt: der NS-Jargon) als auch die Bilder erinnern mehr an einen schwarzen Fleck in der deutschen Geschichte.

Köln GÜVEN YALINIZ
Kultur- und Bildungszentrum Köln e.V.

Nur Haß und Verachtung gegen die Türken kommt hier zum Ausdruck.

Stuttgart KENAN YESLINARK
Arbeitsgemeinschaft der islamischen Vereine in Baden-Württemberg

Selten haben die deutschen Medien so ausführlich und genau über die armenische Geschichte berichtet. Das nennt man Menschenrechte. Weiter so!

Wien DIRAN BAGHDADIAN

Vorgelebtes Spiegelbild

(Nr. 14/1992, Kinder: Der kriminelle Nachwuchs)

Erfolgreich verdrängt wird immer noch, daß das Verhalten von Kindern allein das Spiegelbild dessen ist, was Erwachsene ihnen vorleben.

Detmold NICOLE MEIER

Für jeden TV-Film mit Gewaltverherrlichung (sonst straffrei) müßten die Programmbosse zur Kasse gebeten und den Fernsehanstalten die Gebührenzuweisungen gekürzt werden.

Gießen KLAUS MÖRLER

Ist es nicht Ausdruck einer völlig kranken Gesellschaft, wenn Jugendliche erkennen müssen, daß Delinquenz dank garantierter Straflosigkeit der lukrativste Job ist?

Wangen-Brüttisellen (Schweiz) DR. DANIEL MÜHLEMANN

Ihr sehr spannender Artikel trifft den Nagel vieler Köpfe. Da heute „Elternteile" zu oft übertriebener beruflicher

Und wieviel Design darf's bei Ihnen sein?

Wie's beliebt! Gut, daß Leitz auch für die praktischen Aspekte der Schreibtischarbeit geschmackvolle Akzente bietet. Zum Beispiel mit ARCUS, den neuen Schreibtisch-Accessoires. Gut in Form und nützlich in Funktion. Vom Briefkorb bis zum Zettelkasten. **ARCUS Schreibtisch-Accessoires** von Leitz – wenn's etwas mehr Design sein darf. Lassen Sie sich informieren.

LEITZ

Coupon:
Senden Sie mir ☐ den Prospekt: „ARCUS Schreibtisch-Accessoires"
☐ den Leitz Katalog „Im Büro".

Name:
Firma:
Str./PF:
PLZ/Ort:

Louis Leitz
Postfach 300720
7000 Stuttgart 30
Fax 0711/8103-476

9216 SP

Vollzeitaufopferung tendieren (müssen?), verkommt Kindererziehung zur Katastrophe. Wer sich, besonders zeitlich, seine Kinder nicht leisten kann, sollte keine in diese Welt setzen. Sie stellen fest: Teures Spielzeug ist kein Ersatz für Liebe, Lob und Anerkennung.

Darmstadt — ULRICH FAUDT, Lehrer

Meine Meinung zur sogenannten humanen offenen Heimerziehung: Ehemalige NVA-Offiziere sollten dort anstelle von weltverbesserischen Alt-68er-Ideologen eingesetzt werden. Den Kindern und Jugendlichen würde dann endlich wieder Zucht und Ordnung beigebracht werden, und die ausgesonderten Soldaten brächten ihre zweifellos vorhandene Qualifikation ein und würden dem deutschen Steuerzahler nicht unnötig auf der Tasche liegen.

Hamburg — CARL G. HACKENBERGER

Die Erzieherinnen/Sozialarbeiterinnen, die Kinder und Jugendliche „allein lassen", sind auch nur Menschen. Ständige Personal- und Geldeinsparungen in einem Bereich, der ohnehin unterversorgt ist, tragen nicht gerade dazu bei, die Situation zu verbessern.

Berlin — PETRA GINDELEN, Erzieherin

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage des SPIEGEL-Verlages / Abo., Hamburg.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein
CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz
REDAKTION
Karen Andresen, Ariane Barth, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Sebastian Borger, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Dieter Degler, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Joachim Hoelzgen, Clemens Höges, Dr. Jürgen Hohmeyer, Carsten Holm, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Rainer Hupe, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Sabine Kartte-Pfähler, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Georg Mascolo, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Mathias Müller von Blumencron, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Joachim Preuß, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Andrzej Rybak, Johannes Saltzwedel, Karl-H. Schaper, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Harald Schumann, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Olaf Stampf,Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Hans-Ulrich Stoldt, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Susanne Weingarten, Alfred Weinzierl, Marianne Weilershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber
REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Gabor Steingart, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10
REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10; Dresden: Dietmar Pieper, Silberweg 2, 0-8051 Dresden-Weißer Hirsch, Tel. (0161) 244 1076 · Düsseldorf: Ulrich Bieger, Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Oststraße 10, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 93 601-01, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Felix Kurz, Dalbergsweg 6, 0-5020 Erfurt, Tel. 642 2696, Telefax 66 74 59 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Jürgen Hogrefe, Svenja Koch, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Uwe Klußmann, Detlef Pypke, Käthe-Kollwitz-Straße 115, 0-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Birgit Loff, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Bert Gamerschlag, Spieltordamm 9, 0-2757 Schwerin, Tel. 81 20 90, Telefax 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Jošanička 1, 11000 Belgrad, Tel. 237 1573, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 202 7540 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Dieter Bednarz, Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Matthias Matussek, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Jürgen Kremb, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Jens Glüsing, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Andreas Lorenz, Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242
ILLUSTRATION
Renata Biendarra, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Antje Klein, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenham, Frank Schumann, Rainer Sennewald, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Monika Zucht
SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Lutz Diedrichs, Jens Eggers, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Koalitionen, Schäuble-Interview, Schalck, Parteifinanzen, Gesellschaft, Bundeswehr, Gesundheit: Wolfram Bickerich; für Terroristen, Kinkel-Interview, Stasi, Einwanderung, Denkmalschutz, Verkehr, Wicke-Interview, Energie (S. 85), Waffenhandel, Umwelt: Dr. Thomas Darnstädt; für Tarife, Affären, Trends, Unternehmen, Konzerne, Treuhand: Armin Mahler; für Energie (S. 136): Dr. Werner Meyer-Larsen; für Panorama Ausland, EG, Libyen, Llosa-Interview, Balkan, Polen, Rabin-Gespräch, Österreich, Osteuropa, USA: Dr. Olaf Ihlau; für Serie: Dr. Rolf Rietzler; für Fußball, Schach: Heiner Schimmöller; für Titelgeschichte: Renate Nimtz-Köster; für Erdbeben, Esoterik: Jürgen Petermann; für Szene, Archäologie, Kulturpolitik, Bestseller: Dr. Mathias Schreiber; für Spiele, Spectrum, Musik, Fernseh-Vorausschau: Hans-Dieter Degler; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)
DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Ulrich Booms, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Dr. Karen Eriksen, André Geicke, Ilfe von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Hauke Janssen, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelbandt, Georg Wöhner
BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann
NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Abonnement-Service: Tel. 013086-3006
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage.
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 9130; Düsseldorf: Oststraße 10, 4000 Düsseldorf, Tel. 936 01 02, Telefax 36 42 95; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-545, Telefax 3007-797; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 46 vom 1. Januar 1992
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg
VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Burkhard Voges
GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

ASGS/BBDO PHOTO: COIGNY

HELMUT NEWTON, *Fotograf, auf «AC 1» vor «Monte Carlo Beach Hotel» (Design: Antonio Citterio).* Stühle, Sessel, Tische und Einrichtungs-Systeme von Vitra, Weil am Rhein, 07621/70 20.

vitra.

Geschenk für Arbeitgeber

Mit einem riskanten Angebot wirbt Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Wirtschaft um Zustimmung für eine Pflegeversicherung unter dem Dach der Sozialkassen, wie sein Arbeitsminister Norbert Blüm sie will. Als Ausgleich für die zur Hälfte vom Arbeitgeber zu tragende zusätzliche Beitragslast von 1,5 bis 2 Prozentpunkten wäre Kohl bereit, die Lohnnebenkosten durch eine gesetzliche Einführung von Karenztagen zu senken. Das heißt, im Krankheitsfall müßten Arbeitnehmer für einen, zwei oder drei Tage auf die Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber verzichten. Das Zugeständnis des Bundeskanzlers an die Unternehmer provoziert Streit mit den Gewerkschaften und ist für die Arbeitgeber ein zweifelhaftes Geschenk. In knapp 50 Prozent der Fälle ist die Lohnfortzahlung nicht nur gesetzlich, sondern auch tarifvertraglich abgesichert. Nach einer Gesetzesänderung müßten also von der Arbeitgeberseite zahlreiche Tarifverträge gekündigt und neue Vereinbarungen mit den Gewerkschaften getroffen werden – ein Vorhaben, das in absehbarer Zeit wohl kaum durchzusetzen wäre.

Blüm, Kohl

Schwedisches Kampfflugzeug JAS-39

Schon wieder teurer

Die Rüstungsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums hat sich in einem vertraulichen Bericht an den neuen Minister Volker Rühe (CDU) dafür ausgesprochen, den umstrittenen „Jäger 90" trotz weiterer Kostensteigerungen anzuschaffen. Der „Systempreis" für einen Jäger – inklusive Ersatzteile und Bodenausrüstung – wurde jetzt mit 135 Millionen Mark angegeben. Die Luftwaffe hatte Bundestagsabgeordneten vorigen Monat nur 111,4 Millionen Mark vorgerechnet. Würden ausländische Konkurrenzprodukte beschafft, argumentieren die Rüstungsbeamten, gingen Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und technisches Wissen bei der deutschen Luftfahrtindustrie verloren. Eine technisch „abgespeckte" Version des geplanten Super-Flugzeugs werde mindestens 120 Millionen Mark erfordern. Nach den Ostertagen soll eine Bonner Delegation nach Schweden reisen, um dessen neues Kampfflugzeug JAS-39 zu prüfen. Der Systempreis würde nach Luftwaffen-Schätzung 75,6 Millionen Mark pro Stück betragen.

Kohl meidet Dachau

Bundeskanzler Helmut Kohl hat es abgelehnt, während des Weltwirtschaftsgipfels im Juli in München an einer Veranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Dachau teilzunehmen. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und der amerikanische Verband „Shalom" hatten alle während des Gipfels anwesenden Staatschefs eingeladen, am 5. Juli den Opfern des Holocaust zu gedenken. Während Frankreich und die USA vorsichtig Wohlwollen signalisierten, ließ Kohl über das Auswärtige Amt in Bonn mitteilen, es gebe „keinen Grund, aus diesem Anlaß an den Holocaust und die deutsche Verantwortung" zu erinnern. Der Bundeskanzler habe in der Vergangenheit klar und deutlich Position bezogen. Robert Kunst, Vorsitzender des amerikanischen Organisationskomitees von „Shalom", ist von Kohls Absage enttäuscht. Den Veranstaltern gehe es nicht darum, Deutschland an den Pranger zu stellen. Die Demonstration in Dachau solle vielmehr zeigen, daß die wichtigsten Staaten der Welt aus der Vergangenheit gelernt hätten und den wachsenden Rechtsextremismus bekämpfen wollten. Die Gelegenheit sei günstig, da zu diesem Zeitpunkt Journalisten aus al-

Bundeswehr ohne Rückhalt

Pläne des Bonner Verteidigungsministeriums, die Wehrpflicht beizubehalten und zugleich die Streitkräfte auf Einsätze außerhalb des Nato-Gebiets vorzubereiten, stoßen bei den Bundesbürgern auf Unwillen. Laut einer internen Studie, die bisher der politischen Leitung des Wehrressorts nicht vorgelegt wurde, plädieren zwei Drittel der Deutschen für eine Freiwilligen-Armee.

Eine klare Mehrheit lehnt es ab, deutsche Soldaten für Einsätze der Vereinten Nationen nach dem Muster des Golfkriegs gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein zu entsenden. Lediglich für friedenserhaltende „Blauhelm"-Aktionen der Vereinten Nationen gibt es unter den Deutschen breite Zustimmung.

Die Untersuchung stammt von der „Akademie für Information und Kommunikation", die früher „Schule für psychologische Verteidigung" hieß und die von der Bundeswehr betrieben wird. Für Bürger in den alten wie den neuen Bundesländern gehören danach der „Schutz Gesamtdeutschlands" und die „Schaffung gesamtdeutscher Streitkräfte" zu den „am wenigsten wichtigen Politikbereichen". An der Spitze der Interessen-Skala stehen vielmehr die Sicherheit der Arbeitsplätze und der Umweltschutz.

Nach den Erkenntnissen der Akademie verlangen mittlerweile fast zwei Drittel der Bürger in Ost- und Westdeutschland, die Militärausgaben weiter zu kürzen. Die Nato gilt den Befragten zwar noch als „wesentlich" für die Sicherheit

ler Welt anwesend seien. Erst vor wenigen Wochen hatte der Kanzler bei jüdischen Gruppen für Irritationen gesorgt, als er den österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim in München empfing.

Frist nicht einzuhalten

Die deutsche Kunststoffindustrie kann ihre Zusagen zur Verwertung von Plastikverpackungen mit dem Grünen Punkt nicht einhalten. Nach einem „Positionspapier" des Verbandes Kunst-

Kunststoffwaren mit Grünem Punkt

stofferzeugende Industrie, das auch Kanzler Helmut Kohl zugeschickt wurde, seien „andere Lösungen" wie „thermische Verwertung" – also die Verbrennung – sowie „Export, Zwischenlagerung und Deponierung" notwendig, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen. Lediglich für ein Fünftel der jährlich insgesamt 1,1 Millionen Tonnen „rücknahmepflichtiger Kunststoffverpackungen" könnten „kurzfristig Verwertungskapazitäten" aufgebaut werden. Gegenüber den Vertragspartnern des Dualen Systems hatte die Kunststoffindustrie zuvor noch eine eigene Grüne-Punkt-Gebühr für das „stoffliche Recycling" der Problemabfälle ab 1993 vereinbart. Da die Kunststoffbranche jetzt von Bonn eine Fristverlängerung bis zum Jahre 1999 fordert, ist das Duale System insgesamt gefährdet.

Deutschlands. Aber „die Anwesenheit der Amerikaner", so der Bundeswehr-Report, „wird zunehmend als nicht mehr notwendig angesehen".
Als Gründe nennt das rund 150seitige Papier die Furcht, „in einen Konflikt gegen unsere Interessen gezogen" zu werden. Außerdem meinten immer mehr Bürger, „die USA kontrollieren zuviel unsere Angelegenheiten". Nur wenig mehr als zehn Prozent der Bürger, warnt die Studie, wären „im Kriegsfall" bereit, Deutschland „mit der Waffe in der Hand" zu verteidigen.

BICHSEL

CLASSIC

"Il est des signatures auxquelles on tient..."

"la collection"

Van Cleef & Arpels

Erhältlich bei führenden Juwelieren.

Weitere Informationen:
H. Teriet GmbH, Heinrich-Heine-Allee 4a, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (0211) 32 04 46

„Grundgebot der Versöhnung“

Eine Koalition von Politikern aus Union und SPD will auch nach dem angekündigten Gewaltverzicht der RAF keine Kompromisse schließen. Während die historische Chance, die Blutspur des Terrorismus zu beenden, im Parteiengezänk zerredet wird, kündigt Justizminister Kinkel neue Schritte zum Abbau der Konfrontation an.

Kurz vor Ostern herrschte bei den Terrorismusfahndern des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) erhöhte Alarmbereitschaft. Ein Jahr nach dem Mord an Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder, der am Ostermontag 1991 in seiner Düsseldorfer Wohnung erschossen worden war, befürchteten die Kriminalisten ein neues Attentat der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). „Wir rechnen täglich damit“, prognostizierte ein hoher Beamter, „daß es wieder knallt.“

Die Experten hatten sich, wie so oft bei ihren Analysen in den letzten Jahren, getäuscht. Womöglich knallt es nie wieder.

Nach über 20 Jahren bewaffneten Kampfes, der zwischen 1971 und 1991 mehr als 50 Menschen das Leben kostete, kündigten die Terroristen, wenn auch unter Bedingungen, unerwartet einen vorläufigen Gewaltverzicht an.

„Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen“, heißt es in einem RAF-Papier, datiert am 10. April, das am Montag vor Ostern im Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur Agence France-Presse einging.

Die Kommandoebene der RAF gesteht darin das Scheitern ihres Stadtguerilla-Konzepts ein. Nun müsse, vorerst ohne Gewalt, eine neue „Gegenmacht von unten“ organisiert werden: „Wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen“ – ein Einlenken, auf das Polizisten und Politiker längst nicht mehr gehofft hatten.

Zu lange hatten die Terroristen alle Appelle ignoriert, der Gewalt zu entsagen. Zu lange hatte die RAF demonstriert, daß es gegen Terrortaten keinen absoluten Schutz gibt.

Die plötzliche Waffenstillstandserklärung (fingierter Absender: „K. Meyer, Erlenweg 5, 8 München“), von BKA-Sachverständigen kurz nach Eingang als echt bestätigt, könnte der Anfang vom Ende der blutigen Konfrontation zwischen einer Handvoll Desperados und dem Staat bedeuten.

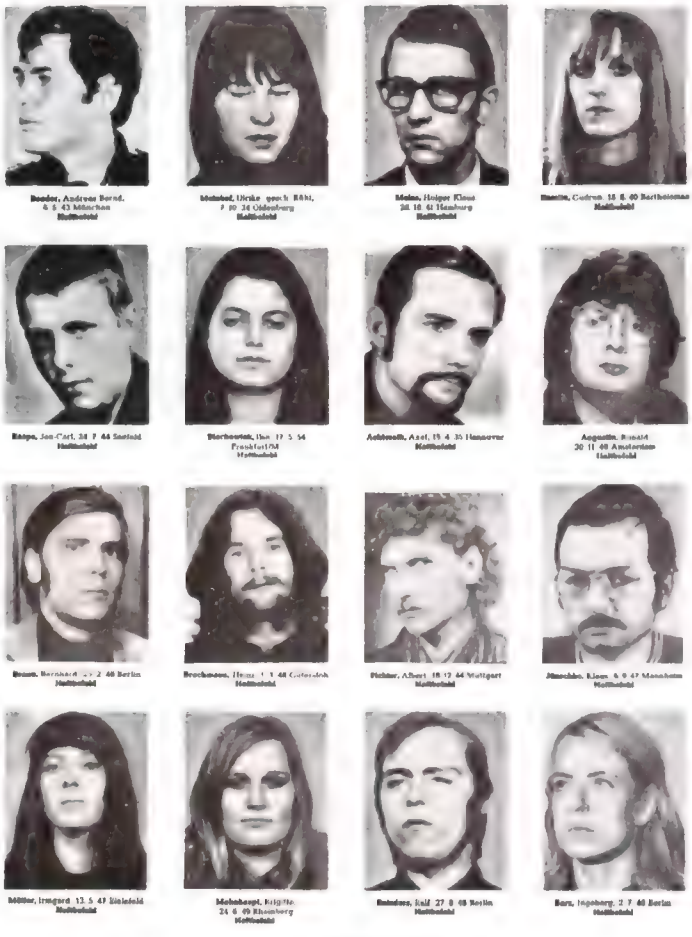
Ohnmächtig mußten Bürger und Politiker jahrelang hinnehmen, daß es den Terroristen immer wieder gelingen konnte, Führungskräfte hinterrücks zu erschießen oder in die Luft zu sprengen. Die Liste der prominenten RAF-Opfer reicht von Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der am 7. April 1977 in seinem Dienstwagen ermordet wurde, bis zu Treuhand-Chef Rohwedder.

Nicht der hochgezüchtete Sicherheitsapparat des Staates mit seinem Fahndungsdruck war es, der die Terroristen zur Umkehr bewogen hat. Mehr dazu beigetragen hat eine Initiative von Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP), der Anfang des Jahres die Entlassung kranker oder schon lange eingesperrter RAF-Häftlinge angeregt hatte.

Kinkels Anstoß zur „Versöhnung“ konnte von den Terroristen, allein schon im Interesse der Häftlinge, nicht rundweg verworfen werden. Er wird von den RAF-Autoren als Indiz gewertet, „daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen“.

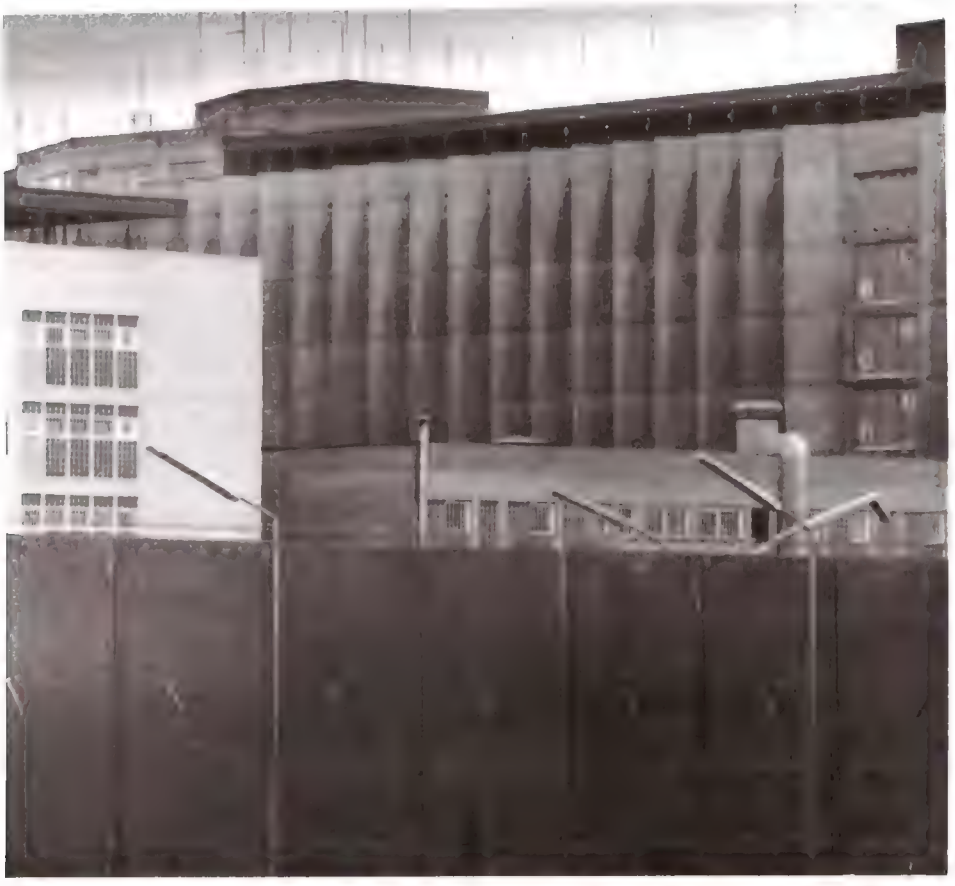
Auch auf die Gefahr von Mißverständnissen hin will Kinkel bei seiner Linie bleiben: „Versöhnung ist

Gesuchte Personen, die der Baader-Meinhof-Bande angehören, mit ihr in Verbindung stehen oder sie unterstützen



Vorsicht Schußwaffen!

Fahndung nach den RAF-Gründern (1972)
„Die Eskalation zurücknehmen“



Staatsschutz-Symbol Stammheim, RAF-Emblem: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr"

ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens" (siehe Interview Seite 20).

In Bonn stießen Kinkels Vorschläge sofort auf den Widerstand von Betonköpfen aus Union und Sozialdemokraten. Schon bevor das Papier aus dem Untergrund sorgfältig analysiert war, über eine angemessene Antwort des Staates an die RAF überhaupt beraten wurde, kamen die altbekannten Reflexe bei den Politikern zum Vorschein.

Aus der Ferne mühte sich zwar Kanzler Helmut Kohl, derzeit zur Fastenkur in Österreich, mehr Besonnenheit in die Debatte zu bringen. Ausdrücklich ließ er seinen Regierungssprecher Norbert Schäfer den Gewaltverzicht begrüßen und kündigte für die Woche nach Ostern Beratungen zum weiteren Umgang mit den Terroristen an.

Dennoch kritisierte CSU-Chef Theo Waigel ungerührt, der Justizminister setze sich dem Verdacht aus, die RAF als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Innenminister Rudolf Seiters (CDU) wollte die mögliche vorzeitige Entlassung von Terrortätern auf gar keinen Fall im Zusammenhang mit dem RAF-Papier debattieren.

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, polemisierte gegen eine „Sonderbehandlung" von RAF-Gefangenen. Und auch die stellvertretende SPD-Chefin Herta Däubler-Gmelin warnte vor „Geschäften mit Terroristen" – ganz so, als habe der Staat den Terrorismus im Griff gehabt.

Doch um Verhandlungen mit der RAF, um Geschäfte mit den Terroristen gar, geht es überhaupt nicht. Fast zum Nulltarif offeriert die RAF, die das

Scheitern ihrer Strategie eingesteht, die Chance zum Frieden: Sie bietet Gewaltverzicht sowie den Einstieg in eine politische Auseinandersetzung; sie erwartet dafür zunächst nur, daß Staat und Justiz die ohnehin anstehende Haftüberprüfung bei einer Reihe von RAF-Häftlingen wohlwollend entscheiden.

Zwar sind die RAF-Angebote, pflichtgemäß, mit martialischen Drohungen garniert: Die RAF werde „nicht tatenlos anschauen", wenn der Staat weiter mit „Repression und Vernichtung" reagiere. Doch das Papier erfüllt eine Forderung, die gerade von den Wortführern der „Gegenreformation" (Kinkel) immer wieder als Vorbedingung etwa für Hafterleichterungen genannt wurde: den Verzicht auf Gewalt.

Die Kritiker haben nicht verstanden, worum es Kinkel wirklich geht: die Behauptung der Terroristen zu entkräften, RAF-Häftlinge würden länger und unter schlechteren Bedingungen eingesperrt als andere Straftäter.

Tatsächlich hat die in Einzelfällen praktizierte besondere Strenge gegenüber RAF-Gefangenen den Terroristen mehr Anhänger zugeführt und mehr Sympathien eingetragen als alle politischen Parolen. Kinkel: „Ohne Haftsituation keine RAF mehr."

Ganz oben auf Kinkels Freilassungsliste stehen deshalb RAF-Gefangene, die schon sehr lange sitzen und von Anwälten sowie Ärzten zum Teil als haftunfähig bezeichnet werden:

- ▷ Irmgard Möller, 44, die 1977 als einzige die Stammheimer Selbstmord-Aktion schwerverletzt überlebte, wegen Mordes und Mordversuchs zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und seit fast 20 Jahren einsitzt;
- ▷ Günter Sonnenberg, 37, der bei seiner Festnahme 1977 einen Kopfschuß erlitt, seitdem unter Gedächtnisstörungen und Anfällen leidet, und 1978 wegen versuchten Mordes zu lebenslänglich verurteilt wurde;
- ▷ Bernd Rößner, 45, wegen des Attentats 1975 auf die deutsche Botschaft in Stockholm ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt und nach 17 Jahren Gefängnis körperlich und seelisch beschädigt.

Bei insgesamt sieben RAF-Häftlingen steht dieses Jahr die Entlassung oder die reguläre Haftüberprüfung an. Selbst wenn all diese Inhaftierten, wie von Kinkel geplant, in den nächsten Monaten freikämen, könnte von einem Sieg der RAF keine Rede sein.

Tatsächlich sind die Extremisten offenbar inzwischen zu der Einsicht gelangt, daß sie mit ihrem Vorhaben, die gesellschaftlichen Bedingungen in der westlichen Welt mit individuellem Terror zu verändern, gescheitert sind. Das jüngste RAF-Papier ist jedenfalls ein Dokument der Niederlage.

Erstmals analysieren die Untergrundkämpfer selber schonungslos, was ihnen Kritiker aus dem linken Umfeld schon seit Jahren vorwerfen: daß ihre furchtba-

ren Aktionen nichts bewirken, daß sie nie eine Alternative entwickelt haben, daß es keine Massenbasis für die Stadtguerilla gab und gibt. „Wir haben", heißt es in der Verlautbarung, „keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht" – eine realistische Bestandsaufnahme, die es seit Gründung der RAF so noch nicht gegeben hat.

Begonnen hatte der Terror Anfang der siebziger Jahre mit Anschlägen auf amerikanische Hauptquartiere, als Protest gegen „US-Imperialismus" und Vietnamkrieg. Damals habe sich die RAF, erinnert sich Ex-Terrorist Klaus Jünschke, in einem „Weltbürgerkrieg" gewähnt (siehe Seite 22).

Nach Festnahme der RAF-Gründer Andreas Baader, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin gerieten zunehmend Exponenten des verhaßten kapitalistischen Systems, wie etwa der Bankier Jürgen Ponto und Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, ins Visier.

Die dritte Generation der RAF, die seit 1985 bombt und schießt, begründete ihre Verbrechen zunächst mit dem Krieg gegen Rüstungsindustrie („militärisch-industrieller Komplex") und Ausbeutung der Dritten Welt. Seit 1989, nach Mauerfall und Zusammenbruch des Ostblocks, haben sich die Untergrundkämpfer jedoch zunehmend auf den Kampf gegen die „imperialistische Bestie" und die „reaktionären großdeutschen und westeuropäischen Pläne zur Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen" im Osten eingeschossen.

Vergeblich versuchten Politiker und Polizisten, die Gewalt mit Härte und mit der Vergrößerung des Verfolgungsapparats einzudämmen.

Die Bundestagsabgeordneten stimmten über Parteigrenzen hinweg für das Kontaktsperregesetz, das die Verteidigerrechte so stark einschränkte wie nirgends in Westeuropa, und beschlossen die Einführung neuer Straftatbestände. Horst Herold, ein Jahrzehnt als BKA-Chef mit der RAF konfrontiert, versuchte die Staatsfeinde mit der Informationsmacht von Computern zu besiegen, bis er sich selbst im Gestrüpp seiner Datensammlungen verfing und fiel.

In Stuttgart-Stammheim wurde der Hochsicherheitstrakt errichtet, ein zu Beton erstarrtes Symbol unbeugsamer Staatsräson. Das Bundeskriminalamt wurde zur größten Polizeizentrale Europas ausgebaut – und wurde mit der terroristischen Bedrohung doch nie fertig.

Dennoch spielen sich vor allem Unionspolitiker jetzt als Sieger auf. Aus München ließ sich Innenminister Edmund Stoiber vernehmen, die Umkehr der RAF sei das „Verdienst der konsequenten Haltung des Staates und der Sicherheitsbehörden, die Verhandlungen mit der RAF abgelehnt und diese als Schwerstkriminelle behandelt" hätten. Und im *Bayernkurier* wies Waigel jeden Gedanken an eine „Versöhnung" zurück.

Daß Kabinettskollegen wie Waigel jegliches Umdenken ablehnen, betrachtet Kinkel nicht als Hindernis für weitgehende Überlegungen: Sogar eine Novellierung der Antiterrorgesetze und ein Abbau des aufgeblähten Sicherheitsapparats erscheinen dem Justizminister nun möglich.

Zwar ist die RAF, nach Einschätzung der Sicherheitsexperten, jederzeit in der Lage, ihre mörderischen Aktivitäten wiederaufzunehmen. Sie hat auch unverhohlen damit gedroht: Sollte die staatliche Seite weiter auf „Krieg gegen unten" setzen, heißt es in dem RAF-Papier, sei „die Phase des Zurücknehmens der Eskalation vorbei".

Doch Kinkel ist zuversichtlich, daß es soweit nicht mehr kommen wird. Hinter das Eingeständnis, daß ihre Strategie gescheitert sei, könnten die RAF-Täter nicht mehr zurück. Und die langjährige grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer, die sich seit Jahren in Gesprächen mit Häftlingen um Deeskalation bemüht, hat in dem Untergrund-Papier sogar „sehr schöne Sätze" entdeckt, zum Beispiel die Ankündigung der RAF: „Wir werden demnächst über alles genauer reden."

„Eine erhebliche Chance"

Justizminister Klaus Kinkel (FDP) über Terrorismus, Staat und Gewalt

SPIEGEL: Herr Kinkel, ist mit der jüngsten Erklärung der Roten Armee Fraktion, nach 20 Jahren Eskalation der Gewalt, das Ende des RAF-Terrorismus gekommen?

KINKEL: Ich würde mir wünschen, daß es so wäre. Jedenfalls ist es eine völlig neue Entwicklung. Und hoffentlich eine historische Zäsur.

SPIEGEL: Die Erklärung hat Sie und die Sicherheitsbehörden offenbar völlig überrascht.

KINKEL: Ja, das muß ich offen sagen. In dieser Deutlichkeit und zu diesem Zeitpunkt hatte das wohl niemand erwartet.

SPIEGEL: Die Experten haben eher damit gerechnet, daß aus den Zellen heraus eine Erklärung kommt.

KINKEL: Das ist richtig. Ich hatte mit meinen Bemühungen zunächst vor allem auf Bewegung unter den Inhaftierten gezielt. Nun bin ich positiv überrascht, daß diese Erklärung, so wie es aussieht, direkt von der RAF-Kommandoebene gekommen ist. Ich appelliere daher dringend an die inhaftierten RAF-Mitglieder, ebenfalls Gewalt abzulehnen, sich auf die neue Situation einzustellen und sich auf die politische Auseinandersetzung zu verlegen. Dies würde den gesamten Weg der Versöhnung erheblich erleichtern.

SPIEGEL: Bedeutet das RAF-Papier nicht nur einen Waffenstillstand auf Zeit, der von den Terroristen jederzeit gekündigt werden kann, wenn der

Justizpolitiker Kinkel: „Der Staat ist nicht der ewige Rächer"

Staat ihre Bedingungen nicht erfüllt?

KINKEL: Zwar werden von der RAF Bedingungen als Voraussetzung für einen dauerhaften Verzicht auf Gewalt gestellt. Doch den Begriff vom Waffenstillstand auf Zeit möchte ich nicht wählen. Die Erklärung der RAF hat eine grundsätzliche Bedeutung, hinter die Analyse ihrer eigenen Lage können die Verfasser der Stellungnahme nicht mehr zurück.

SPIEGEL: Die RAF nimmt wörtlich Bezug auf Sie und lobt Ihren Plan, einige Häftlinge vor der vollen Verbüßung ihrer Strafe vorzeitig freizulassen. Bisher hat sich in Wahrheit jedoch nicht viel getan, nur die in Bayern inhaftierte Claudia Wannersdorfer ist auf freien Fuß gesetzt worden.

KINKEL: Es sind insgesamt, was nicht so sehr nach draußen gedrungen ist, drei Häftlinge freigelassen worden: Thomas Kilpper bereits am 13. November 1991, Claudia Wannersdorfer am 13. Februar und Thomas Thoene am 1. April dieses Jahres . . .

SPIEGEL: Eher Randfiguren der Szene. Die RAF erwartet mehr.

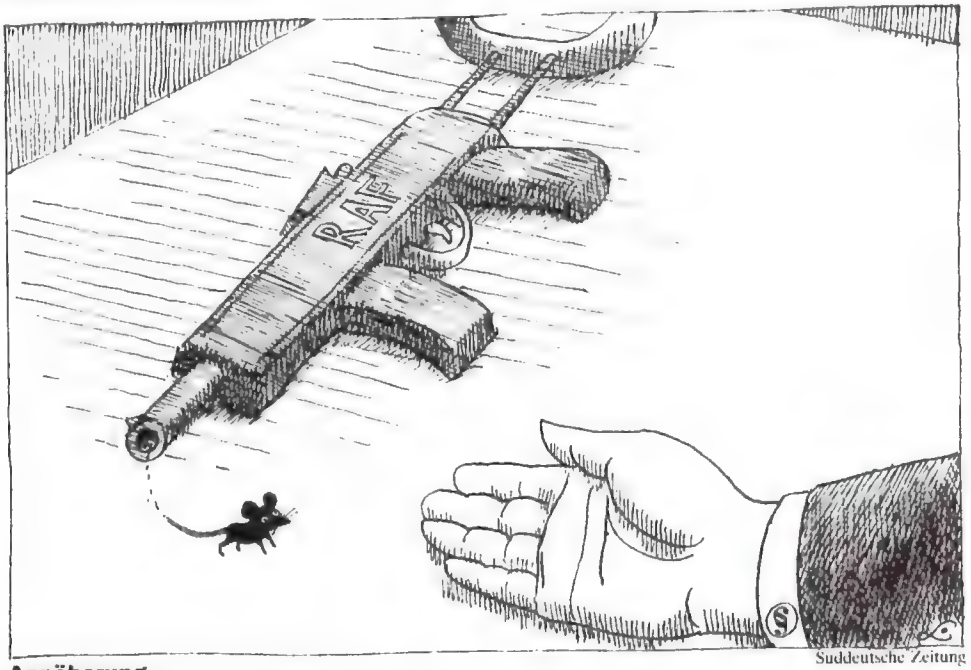
KINKEL: Voriges und dieses Jahr stand und steht bei einer Reihe von RAF-Häftlingen die Regelüberprüfung für die Fortdauer der Haft nach dem Strafgesetzbuch an. Dabei müssen für eine vorzeitige Freilassung der Häftlinge verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Die Häftlinge müssen zustimmen, die Mindesthaftzeit muß verbüßt sein, und es muß eine günstige Sozialprognose geben, daß der Häftling in Freiheit keine Straftaten mehr begehen wird. Außerdem darf die Schuld des Verurteilten nicht so schwer wiegen, daß sich eine Freilassung allein deshalb verbietet.

Die Abklärungen, die dazu notwendig sind, laufen im Augenblick noch. Ich hoffe, daß dies bei einigen Fällen in allernächster Zukunft zu Ende gebracht werden kann und daß die zuständigen Gerichte bei ihren Entscheidungen die neue Situation berücksichtigen.

SPIEGEL: Will der Staat auch künftig von den Entlassungskandidaten verlangen, formell der Gewalt abzuschwören, oder ist das nun obsolet geworden?

KINKEL: Es wird auch künftig eine Mitwirkung des einzelnen, eine Zustimmung zu den Bedingungen der Haftentlassung erforderlich sein.

SPIEGEL: Können Sie Namen nennen von RAF-Häftlingen, die demnächst freigelassen werden? Gehören dazu zum Beispiel der in Bruchsal einsitzende Günter Sonnenberg, der an den Folgen schwerer Verletzungen leidet, und Irmgard Möller, die mit 20 Jahren die längste Haftzeit aller Gefangenen hinter sich hat?



Süddeutsche Zeitung

Annäherung

KINKEL: Ich will zu Einzelfällen nichts sagen, um den laufenden Prozeß nicht zu stören. Die beteiligten Sicherheitsbehörden und Politiker werden, auch das ist eine Folge des Briefes, unverzüglich über weitere Wege beraten. Es besteht ja auch, unabhängig vom Strafgesetzbuch, die Möglichkeit des Gnadenverfahrens.

SPIEGEL: Gibt es dazu Anträge?

KINKEL: Die Mutter des Inhaftierten Bernd Rößner hat ein Gnadenverfahren beantragt. Dem hat sich Rößner angeschlossen.

SPIEGEL: Die RAF fordert, daß auch der Staat ein deutliches Signal setzen und die Walze aus Repression und Vernichtung, wie die RAF das nennt, anhalten soll. Können und wollen Sie dem nachkommen?

KINKEL: Sicher ist, daß das Gewaltmonopol beim Staat bleiben muß und daß wir nur im Rahmen der Gesetze handeln können. Wir sind kein Nachtwächterstaat, sondern eine wehrhafte Demokratie. Aber wir werden alles prüfen, was im Rahmen der Gesetze denkbar ist.

SPIEGEL: Der Verfassungsschutz und auch Sie sind schon seit Jahren der Auffassung, daß eine Neugestaltung der Haftbedingungen den Zulauf immer neuer Sympathisanten aus den Solidaritätskomitees stoppen und damit mittelfristig das Problem RAF lösen könnte. Ist jetzt der Weg frei für eine Zusammenlegung der Inhaftierten?

KINKEL: Welche Bedeutung die Kommandoebene der Frage der Inhaftierten beimißt, ergibt sich aus dem neuen RAF-Papier selber. Das muß bei unseren Beratungen, die vor Ostern bereits begonnen haben, ganz besonders berücksichtigt werden, mehr möchte ich dazu im Augenblick nicht sagen. Ich möchte mir nichts verbauen. Das kann alles nicht im Hauruckverfahren bewältigt werden, hier ist hohe Sensibilität gefragt.

SPIEGEL: Werden jetzt Auswüchse der Gesetzgebung, die der Rechtsstaat glaubte der terroristischen Bedrohung entgegensetzen zu müssen, zurückgestutzt?

KINKEL: Der Rechtsstaat hat mit seinen Gesetzen und Maßnahmen auf die terroristische Bedrohung reagiert. Sollte sie entfallen, könnten wir an manches denken, zum Beispiel im Bereich des übertriebenen Personenschutzes, aber auch bei den Gesetzen. Denkbar ist auch, den Apparat der Sicherheitsbehörden, der ja erheblich aufgerüstet worden ist, wieder abzuspecken – zum Beispiel zugunsten einer effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

SPIEGEL: Kritik an möglichen Kompromissen ist, wie früher schon, prompt aus den Reihen Ihres Koalitionspartners gekommen. CSU-Chef Theo Waigel warnt vor Konzessionen an die RAF.

KINKEL: Ich habe bisher in der Bundesregierung und beim Koalitionspartner CDU eigentlich sehr viel Verständnis für meine Haltung gefunden. Die Hauptkritik kam immer aus Bayern, das empfand ich als wenig hilfreich, das war auch manchmal unter der Gürtellinie. Ich denke trotzdem, daß es gelingen wird, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Niemand sollte die erhebliche Chance verspielen, die wir jetzt haben, um nach 20 Jahren endlich diesen un-

Studentendemonstration gegen den Vietnamkrieg in Berlin 1968: „It's time for fighting in the streets now"

„Wir haben absolut gehaßt"

Der RAF-Aussteiger Klaus Jünschke über das Ende des bewaffneten Kampfes

Jünschke, 44, beteiligte sich 1971 an einem Banküberfall, bei dem ein Polizist getötet wurde; 1972 wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Gefängnis sagte sich Jünschke vom Terrorismus los und wurde 1988 begnadigt. Der Ex-Terrorist, der inzwischen als Sozialwissenschaftler in Köln lebt, schildert aus seiner Sicht, weshalb Terrorismus entstehen konnte und scheitern mußte.

Am Montag vor Ostern hat die RAF die bundesdeutsche Gesellschaft mit einer Erklärung überrascht, in der sie die vorläufige Einstellung ihres bewaffneten Kampfes ankündigt. Es ist die Antwort auf die Initiative von Bundesjustizminister Kinkel. Zum erstenmal in der Geschichte der RAF wurde von einem Regierenden die Bereitschaft zur Deeskalation signalisiert.

1970 stellte sich für die RAF die Weltlage wie für viele andere Marxisten-Leninisten so dar: das Welt-Dorf (Afrika, Asien, Lateinamerika) im Weltbürgerkrieg gegen die Welt-Stadt (Japan, USA, Westeuropa).

Aus der Identifikation mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt – „Sieg im Volkskrieg" – ergab sich für sie die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten Front im Hinterland, im Rücken des imperialistischen Feindes. Die Rolling Stones lieferten der weltrevolutionären Vision die Musik: „It's time for fighting in the streets now."

Das ist Geschichte. Das sozialistische Lager existiert nicht mehr, die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sind Staat geworden. Die ehemaligen Revolutionäre der Dritten Welt kämpfen heute in der Uno dafür, daß die reichen Länder ihr Versprechen einlösen und wenigstens ein Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklung an die armen Länder zurückgeben.

Der RAF als antiimperialistischer Stadtguerilla ist der Zusammenhang verlorengegangen, aus dem sie entstand und aus dem heraus sie sich legitimierte. Jetzt stehen sie da mit ihren Bomben und anderen Waffen und wissen, daß es nicht die geeigneten Werkzeuge sind, um die Probleme zu lösen, die wir in unserer immer kleiner werdenden Weltgesellschaft haben.

RAF-Aussteiger Jünschke
„Viele mußten kotzen"

Selbst die RAF hat jetzt begriffen, daß die alltägliche Gewalt, die auf den Menschen lastet und sie klein macht, nicht weggebombt werden kann: nicht die Kindesmißhandlungen, nicht die Abschiebung der Alten, nicht die Gewalt gegen Frauen, nicht der wiederaufgelebte Rassismus.

Daß die RAF dieser Veränderung der internationalen politischen Situation jetzt mit einer Erklärung Rechnung trägt, in der sie die Einstellung ihrer Attentate bekanntgibt, hat auch innergesellschaftliche Ursachen.

Zur Erinnerung: Mit der Befreiung von Andreas Baader 1970 während einer Ausführung in die Bücherei des Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin-Dahlem wurde die RAF gegründet. Dabei verlor einer die Nerven und schoß auf den Institutsangestellten Georg Linke. Einen Menschen schwer zu verletzen, um einen Gefangenen zu befreien, das hatte niemand gewollt. Astrid Proll hat über diesen Beginn berichtet, daß viele, die an dieser ersten Aktion beteiligt waren, anschließend kotzen mußten, so elend fühlten sie sich hinterher. Bereits die Gründungsaktion zeigte, daß der hohe moralische Anspruch – „Dem Volke dienen!" – in der Praxis des bewaffneten Kampfes nicht gelebt werden konnte.

Was folgte, ist mehr oder weniger bekannt. Die RAF hat über 30 Menschen getötet, und fast ebenso viele RAF-Leute starben in dieser bewaffneten Auseinandersetzung auf der Straße und in den Gefängnissen für ihre Ziele.

Nach lateinamerikanischen Vorbildern kam es zu einer Stadtguerilla in der Bundesrepublik, in Italien und in Japan. Die äußere Ursache für die radikale Politisierung der weltweiten Protestbewegung – der Vietnamkrieg – traf in den Staaten der ehemaligen Achsenmächte auf die innere Ursache der nicht aufgearbeiteten faschistischen Vergangenheit.

Für diejenigen, die nichts verstehen wollen, sei es noch einmal unmißver-

ständlich ausgesprochen: Es geht nicht um eine Rechtfertigung der Existenz und der Aktionen der RAF. Es geht nicht darum, die Täterinnen und Täter zu Opfern zu machen und die Ermordeten und das Leid ihrer Angehörigen zu ignorieren. Es geht nicht um einen Streit, wer größere Schuld an den Geschehnissen hat. Es ist müßig zu diskutieren, wer angefangen hat.

Es gab für die folgende Eskalation keine eigentlichen Anfänge. Und jeder Versuch der Vermittlung wurde roh zurückgewiesen. Staat und Gesellschaft hatten die Kriegserklärung der RAF, die sich als Partei auf seiten der Vietcong in einem Welt-Bürgerkrieg begriff, blindwütig angenommen.

Beides – die Entstehung einer bewaffneten Gruppe in der Bundesrepublik und die Entscheidung auf seiten des Staates, sie bedingungslos zu zerschlagen – kann nur aus der deutschen Geschichte heraus verstanden werden.

Ich wurde in den vergangenen Jahren oft gefragt, warum wir dem Satz des sozialdemokratischen Kanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen" nicht trauten. Meine Antwort: Von Willy Brandt gab es kein Wort der Kritik an der amerikanischen Kriegführung. In der Konfrontation zwischen der Protestgeneration und der Auschwitz-Generation hat die Sozialdemokratie keine Anstalten gemacht, die alten Nazis aus ihren führenden Positionen in Staat und Wirtschaft zu entfernen.

Dazu kam dieses heute kaum noch vorstellbare Haßklima in der Gesellschaft: „Geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht paßt", und „Ihr gehört doch alle vergast". Und wir haben genauso kompromißlos und absolut gehaßt.

Es gab keine Kultur der Deeskalation von Konflikten. Vielleicht kann man sich darauf verständigen. Aber ich denke, daß diese Verständigung nur möglich ist, wenn auf der Seite derjenigen, die an ihrem Härteideal festhalten, diese Härte selbst in Frage gestellt wird.

Ein Blick auf ganz andere Gewalttäter, für die in dieser Gesellschaft sehr viel mehr Verständnis aufgebracht wird als für die RAF-Leute, zeigt, wie die an der Spitze des Staates propagierte Härte unten ankommt und weitergegeben wird. Junge Männer, die von einem Männlichkeitswahn und Härteideal verblendet Flüchtlingsheime attackieren, vergreifen sich rücksichtslos an Schwachen.

Wer in diesem Land auf Härte bei der Lösung politischer und sozialer Konflikte setzt, muß wissen, zu welchen Traditionslinien deutscher Geschichte er damit Verbindungen herstellt, daß er Schleusen zu unserer unaufgearbeiteten Vergangenheit öffnet.

Im Hungerstreik des Frühjahrs 1989 forderten die Gefangenen der RAF ihre Zusammenlegung. Nicht wie CDU- und CSU-Sicherheitsexperten äußerten, um ihre Kampfbedingungen zu verbessern, sondern um kollektiv ihre Geschichte zu diskutieren. Jeder Versuch der Gefangenen, miteinander zu kommunizieren, wurde kriminalisiert. Aber seit über drei Jahren ist mir von keiner und keinem Gefangenen aus der RAF eine Äußerung bekannt, die für die Fortführung der bewaffneten Politik der RAF eintritt.

Daß die RAF die Waffen schweigen lassen und zur Rede, das heißt zur politischen Basisarbeit, zurückkehren will, muß ernst genommen werden. Auch wenn dieses Gesprächsangebot mit Drohgebärden daherkommt.

Herrhausen-Attentat 1989: „Das Gewaltmonopol muß beim Staat bleiben"

Die Bonner Parteien haben mit dem, was sie jetzt bezüglich der RAF und der Gefangenen aus der RAF zu beschließen haben, auch die exemplarische Chance für eine Entscheidung gegen die unaufgearbeitete Vergangenheit, wie sie in den letzten beiden Landtagswahlen sichtbar wurde.

In seinem Vortrag „Erziehung nach Auschwitz" sagte der Philosoph Theodor Adorno: „Indem man das Recht des Staates (die Staatsräson) über das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt."

Es geht jetzt nicht nur um die Gefangenen. Auch denen aus der sogenannten Kommandoebene der RAF, also denen, die jetzt diese Erklärung abgaben, muß die Amnestie angeboten werden. Für die Menschenrechte, für die Demokratie.

glückseligen Kreislauf der Gewalt zu beenden.

SPIEGEL: Eine schwierige Lage könnte, auch nach dem RAF-Gewaltverzicht, entstehen, wenn Täter gefaßt und hart verurteilt werden. Ist auch der Gedanke einer Amnestie denkbar geworden?

KINKEL: Wir werden diejenigen, die strafbare Handlungen begangen haben, nicht aus ihrer Verantwortung entlassen können.

SPIEGEL: Sie werden von Unionspolitikern gescholten, weil Sie für eine Versöhnung zwischen Staat und Terrorismus eintreten. Diese Kritiker müssen für Ihren Kurs erst noch gewonnen werden.

KINKEL: Bei meinem damaligen Appell an die RAF draußen und drinnen habe ich darauf hingewiesen, daß sich der Staat nicht erpressen lassen darf und daß gleiches Recht für alle gilt. Er muß aber auch zur Versöhnung bereit sein, wenn die Gewalteskalation beendet werden kann. Dem Strafrecht ist der Gedanke der Versöhnung ja geradezu immanent, ich habe diesen Begriff sehr bewußt gewählt. Der Staat ist eben nicht der ewige Rächer.

Auch in der vorzeitigen Entlassung von RAF-Häftlingen zur Bewährung liegt das Element der Versöhnung. Versöhnung setzt eben gerade nicht, wie meine Kritiker argumentieren, voraus, daß sich beide Seiten schuldig gemacht haben. Versöhnung ist ein Grundgebot moralisch-ethischer Haltung und ein Prinzip christlichen Denkens.

Wir haben jetzt eine historische Chance, auf diesem Weg voranzukommen.

Koalitionen

Einfach fabelhaft

Die geschwächte CDU bricht ein Tabu: An den Grünen findet sie nichts Schlimmes mehr.

Die Idee wurde vor drei Jahren in einer Dorfkneipe im schwäbischen Ilshofen geboren. Es war „beim vierten Glas Bier", erinnert sich Rezzo Schlauch, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stuttgarter Landtag, genüßlich.

Eine wahre Schnapsidee, befanden die Parteifreunde entgeistert. Mittlerweile aber hat sie in allen Kreisen Bewunderer wegen ihres radikalen Chics gefunden – weit über die Südwestprovinz hinaus bis hin nach Bonn: Ein schwarz-grünes Bündnis, warum eigentlich nicht?

Seit die CDU nach ihrem Wahldebakel vom 5. April, um weiter zu regieren, nur noch zwischen zwei Übeln wählen kann, den roten Sozialdemokraten oder den grünen Umweltfreunden, hat sich die politische Landschaft verändert. Alte Fronten bröckeln, neues Denken beflügelt die Phantasie.

Schon am Wahlabend riet der Bonner CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble zu kluger Taktik. Die Parteifreunde in Stuttgart sollten, so die Empfehlung, nicht umstandslos eine Große Koalition ansteuern. Schäuble legte ihnen nahe, ernsthaft mit den Alternativen zu verhandeln, auch wenn dabei zunächst nichts herauskomme. Die CDU solle „nicht nur auf ein Pferd setzen". Auch Kanzler Helmut Kohl betrachtet, wie Vertraute wissen, solche Gespräche „unvoreingenommen".

In Stuttgart wird derzeit versuchsweise zu Ende gedacht, was ohnehin jedermann weiß: „Die Grünen", so der einstige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, „sind eine normale Partei geworden." Die Übung im Ländle wäre – womöglich – auch als Modell für Deutschland zu gebrauchen.

„Die Zeiten werden wieder spannend", freut sich Joschka Fischer, der grüne Umweltminister in Hessen. Er wittert „eine hochinteressante Perspektive".

Kohl kann – das ist die Lehre aus Baden-Württemberg – nach der Bundestagswahl 1994 der Verlust der Macht drohen, sofern er nicht ungeliebte Koalitionen mit den Sozialdemokraten oder gar den Republikanern einzugehen gedenkt. Die Auswahl an Koalitionspartnern ist begrenzt. Grund genug für verhaltene Lockerungsübungen anderswo.

Während die SPD zwischen den Freidemokraten und den Alternativen wählen oder, wenn nötig, mit beiden paktieren kann, ist die Union bislang ausschließlich auf die FDP angewiesen.

Ein Zusammengehen mit den Grünen folgt daher nach Geißler „aus der Logik von deren Normalität". Sie sind aus seiner Sicht „die richtige vierte Partei".

Auch wenn viele Traditionalisten unter den Konservativen die Aussicht auf schwarz-grüne Kooperation derzeit noch für abwegig halten – unter den Jüngeren findet sie, auch als Probefall für Künftiges, etliche Anhänger.

„Was da passiert", sei „fabelhaft", so freut sich der Jungparlamentarier Friedbert Pflüger, einst Sprecher des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: „Es ist Bewegung in die Koalitionsoptionen gekommen. Jetzt kann fast jeder mit jedem. Nur die Rechtsradikalen sind isoliert."

Koalitionstheoretiker Kohl, Fischer*: „Hochinteressante Perspektive"

Der Chef der Jungen Union, Hermann Gröhe, begreift Schwarz-Grün als „interessantes Experiment", um die Markwirtschaft „ökologisch fortzuentwickeln". Und auch Schäuble bereitet seine Fraktion auf kommende Zeiten vor: Er will sie „stärker für ökologische Probleme öffnen".

Dem Kanzler bleibt, will er eine Zusammenarbeit mit den Alternativen oder eine Große Koalition vermeiden, keine vernünftige Alternative. Er müßte sonst

▷ eine Koalition mit den Republikanern enttabuisieren

▷ oder der CSU die bundesweite Expansion gestatten, um den Republikanern Wähler abzuwerben.

Die vierte Partei hat für die Bayern, seit Franz Josef Strauß auf der berüchtigten Kreuther Klausurtagung 1976 mit Ausweitung der CSU drohte, nie an Faszination verloren.

Gedacht war sie ursprünglich, um erstens dem konservativen Lager eine absolute Mehrheit zu sichern und zweitens unabhängig zu werden von den freidemokratischen Quälgeistern. Als die CDU aber ihrerseits im Gegenzug den Einmarsch in Bayern ankündigte, wurde das Unternehmen damals abgeblasen.

Nach der unverhofften Wiedervereinigung pflegten die CSU-Oberen eine Zeitlang die in der Ex-DDR etablierte Deutsche Soziale Union (DSU) als hoffnungsvolle Kraft. Waigel ließ sich zum Ehrenvorsitzenden küren. Das Hätschelkind gedieh jedoch nicht.

Vor allem der bayerische Quertreiber Peter Gauweiler breitet seitdem bei passender Gelegenheit den alten Plan wieder aus. Bis in die Ostprovinzen wollte er die CSU nach der Wende ausdehnen, fand dafür aber in seiner Partei keine große Begeisterung. Gauweiler meint unbeirrt, 1990 sei eine „historische Chance" vertan worden.

Seit dem Wahlerfolg der Republikaner in Baden-Württemberg fragt Gauweiler erneut rundum, wie denn jetzt die Chancen für eine Expansion stünden. CSU-Generalsekretär Erwin Huber will für einen späteren Zeitpunkt die Erwei-

* Im Januar 1986 bei einem Empfang der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt.

terung „nicht ausschließen".

Aus der Sicht von Parteiführer Waigel dagegen ist das Problem erledigt, seit der Berliner Politikprofessor Jürgen W. Falter Umfragen auswertete und eine Ausdehnung der CSU als „Nullsummenspiel" entzauberte. Der CDU-Kanzler, so zeigte sich, ist in Bayern sehr beliebt. Ein CDU-Einmarsch in das bisherige CSU-Biotop könnte, so ein CSU-Mann, „die Allmacht der Partei bis in die Substanz zerstören".

Jenseits der weißblauen Grenzen käme die CSU auf einen Stimmenanteil von lediglich vier bis fünf Prozent. Bei Landtags- und auch den meisten Kommunalwahlen nördlich des Mains wäre die Chance gering, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen; die Stimmen gingen also dem Unionslager verloren. In Bayern würde sich die Klientel im Verhältnis zwei zu eins auf CSU und CDU verteilen – das sichere Ende der bisherigen Alleinherrschaft der CSU.

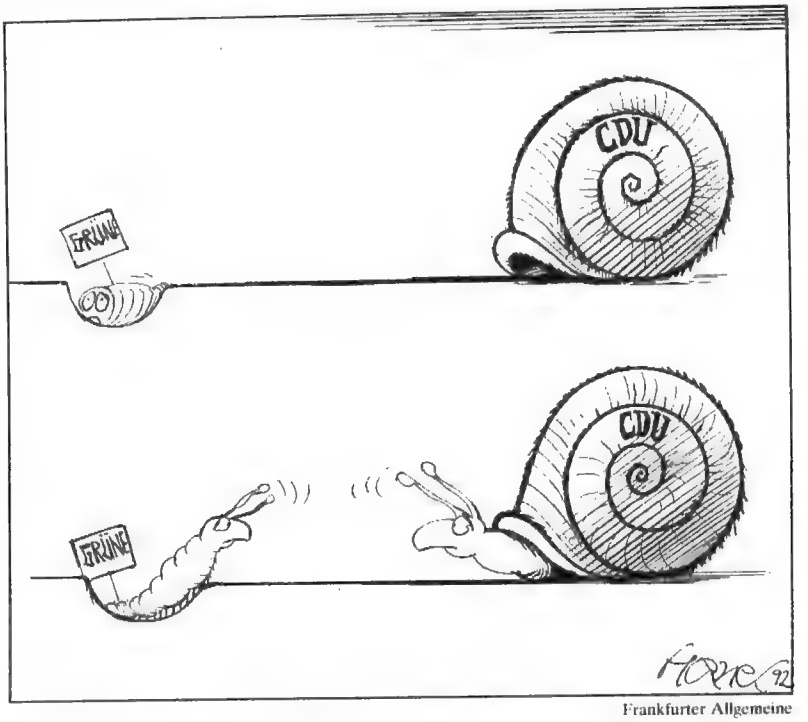
Auch bei der Vorstellung, bundesweite Bayern-Ableger könnten die Republikaner in Schach halten, ist der Wunsch der Vater des Gedankens, wie die Europawahl von 1989 belegt. Gerade in Bayern holten damals die Republikaner gegen die rechte CSU-Konkurrenz 14,6 Prozent der Stimmen.

„Alle europäischen Erfahrungen beweisen", so Geißler, „daß durch Spaltung keine Gewinne zu holen sind."

Einer Koalition mit den Republikanern vermag – derzeit jedenfalls – kaum jemand in der Union etwas abzugewinnen. „Für mich und viele andere", so Pflüger, „wäre das völlig unerträglich." Vorstöße wie der des Berliner Rechtsaußen Heinrich Lummer, daß die Republikaner prinzipiell koalitionsfähig seien, sind „absolute Einzelgänger-Aktionen" (Geißler).

Auch eine Große Koalition wirkt, wie sich in Baden-Württemberg zeigt, für viele Christdemokraten als Schreckgespenst.

Tief sitzen die Ressentiments seit den SPD-Attacken im Traumschiff-Untersuchungsausschuß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth. „Dumpfes Mittelmaß" bescheinigt Fraktionschef Günther Oettinger der SPD-Spitze. Die Junge Union empfahl auf ihrem Landestreffen mit großer Mehrheit das schwarz-grüne Modell. Eine Große Koalition, werde sich „wie Mehltau über das Land legen" und fortan jede Reformpolitik verhindern, meint der CDU-Nachwuchs.



Frankfurter Allgemeine

Die Grünen dagegen stehen im Südwesten hoch im Kurs. Die Macht mit schikkem grünen Anstrich zu erhalten, wäre vielen Konservativen die liebste Lösung. Im Ländle hat die Annäherung sogar eine gewisse Tradition.

Schon Späth hatte eine Schwäche für den urigen Rechtsanwalt Schlauch, und er schätzte auch den klugen Vorstandssprecher der Grünen, Fritz Kuhn. Im Umweltausschuß arbeiten die CDU-Mitglieder eng mit dem Grünen Winfried Kretschmann zusammen. Die umweltpolitischen Ziele von Schwarzen und Grünen lägen „viel näher beieinander", so der CDU-Fraktionsvize Michael Sieber, „als die von CDU und SPD".

Auch bei den Grünen in Baden-Württemberg haben abfällige Bemerkungen über die SPD derzeit Hochkonjunktur. Die Sozialdemokraten hätten in den letzten Jahren, lästert Schlauch, „häufig nur heiße Luft" produziert. Kuhn versteht die Gespräche mit der CDU als bundesweites Signal. Und plötzlich glaubt auch der Hesse Fischer, der ökologische Umbau sei „einfacher mit der CDU hinzukriegen".

Bei aller Begeisterung bleiben die Christen und die Grünen jedoch nüchtern. Sie wissen, daß die Zeit für das Experiment wohl nicht reif ist. Noch immer favorisieren grüne Basis und Wähler Rot-Grün. In Stuttgart, so die Bilanz der schwarz-grünen Promotoren, wurden immerhin schon Hemmungen abgebaut, um in Gemeinden und auch in Großstädten das neue Modell auszuprobieren.

Auf diese Weise, Etappe für Etappe, ist ja vor nicht allzu langer Zeit Rot-Grün gesellschaftsfähig geworden.

„Unsere Kräfte sind angespannt"

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble über die Krise der Parteien

SPIEGEL: Herr Schäuble, die Parteien haben zwei Denkzettel erhalten: erst vom Wähler und dann vom Bundesverfassungsgericht, das die Parteienfinanzierung verworfen hat. Eine Krise des Parteienstaats?

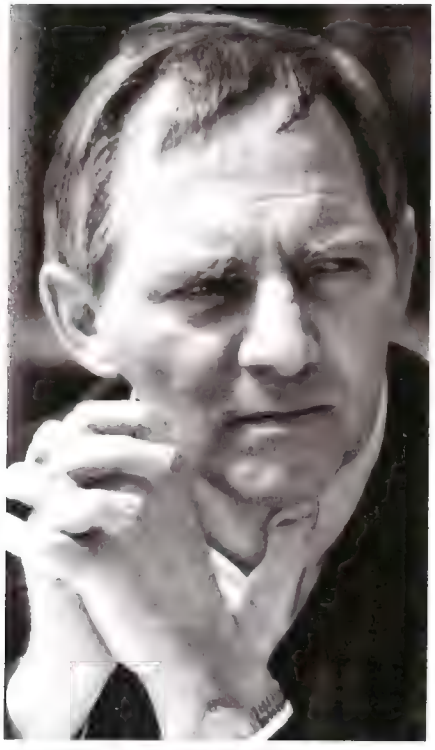
SCHÄUBLE: Ich glaube, man muß die beiden Dinge trennen. Das starke Anwachsen der Rechten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ist ganz gewiß Ausdruck von Unbehagen, Verunsicherung, Protest eines nicht unerheblichen Teils der Wählerschaft.

SPIEGEL: Richtet sich der Unmut gegen die Demokratie oder gegen die Politiker?

SCHÄUBLE: Offenbar drückt sich in dem Ergebnis der Zweifel aus an der Fähigkeit der zuständigen Organe im Staat, natürlich auch an der politischen Klasse, an den Parteien, die von den Menschen empfundenen Probleme hinreichend zu lösen. Die Analyse, worauf das zurückzuführen ist, muß aber sehr viel tiefer gehen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie die tieferen Ursachen?

SCHÄUBLE: Nach meiner Einschätzung kommt eine Menge zusammen: Verunsicherung ob des schnellen Wandels in Deutschland und Europa nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Konflikts mit den gewaltigen ökonomischen Folgen, Aufgaben, Veränderungen. Neue Fragen sind aufgeworfen worden, was denn nun die vorrangigen Aufgaben für den Staat sind. Viele Bürger haben den Eindruck, daß die Parteien auf diese Veränderungen nicht die zureichenden Antworten



Schäuble beim SPIEGEL-Gespräch*
„Manche finden die Einheit bitter . . .

gefunden haben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine andere Sache.

SPIEGEL: Zeigt nicht das Urteil der Wähler und des Gerichts den generellen Glaubwürdigkeitsverlust von Politikern und Parteien?

SCHÄUBLE: In der Wirkung kommt beides sicher zusammen. Das bestreite ich gar nicht. Ich habe auch zu denjenigen gehört, die vor einer Neuregelung des Parteienfinanzierungsgesetzes gewarnt haben. Ich fand die gesetzliche Regelung, die wir in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erreicht hatten, zureichend, und sie war vom Verfassungsgericht bestätigt worden.

SPIEGEL: Auch Klaus Kinkel, damals Staatssekretär und jetzt Chef im Bundesjustizministerium, hatte gewarnt. Während sich die Parteien aus der Staatskasse bedienten, hielt die Regierung still, obwohl das Verfassungsgericht eine Stellungnahme erbat.

SCHÄUBLE: Gesetzgeber ist ja nun Bundestag und Bundesrat. Und die Regierung hält sich in Stellungnahmen bei Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht generell zurück. Man muß auch sehen, daß das Gericht selbst in einigen Punkten der Parteienfinanzierung seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben beziehungsweise weiterentwickelt . . .

SPIEGEL: . . . und gerade Ihre Bedenken bestätigt hat.

SCHÄUBLE: Ich glaube aber, daß mit den Regeln, die das Verfassungsgericht jetzt vorgegeben hat, die Parteienfinanzierung insgesamt durchaus auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden kann.

SPIEGEL: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich deutlicher ausgedrückt: Die Parteien hätten sich den „Staat zur Beute gemacht".

SCHÄUBLE: Ich habe großen Respekt vor dem Amt und der Person des Staatsoberhauptes. Deswegen finde ich, daß man seine Äußerungen nicht in eine politische Diskussion hineinziehen sollte.

SPIEGEL: Dazu sind solche Äußerungen doch gerade gedacht.

SCHÄUBLE: Was gelegentlich auch einschließt, daß sich das Staatsoberhaupt bei manchen Äußerungen Zurückhaltung auferlegen muß. Ich glaube nicht, daß sich die Parteien den Staat zur Beute gemacht haben. Ich halte das für eine völlig unzutreffende Beschreibung der Wirklichkeit. Der Hinweis des Verfassungsgerichts auf die „gesellschaftliche Verwurzelung" der Parteien ist absolut richtig. Die Parteien sollten sich stärker darum bemühen. Am meisten stört mich natürlich, daß dieses Urteil genau in eine Phase kommt, wo wir ohnedies eine Diskussion nicht nur aufgrund der Landtagswahlen, sondern auch wegen der generellen Entwicklung haben.

SPIEGEL: Ihre Glaubwürdigkeit haben die Politiker bei den Bürgern vor allem eingebüßt, weil sie die Probleme beschönigten. Die Ihrer Regierung sicher nicht feindlich gesinnte *Frankfurter Allgemeine* spricht von einem „Optimismus" bei den Staatsfinanzen, der einer „Bilanzverschleierung" nahekommt. Haben die Regierenden die Übersicht verloren?

SCHÄUBLE: Nein, aber unsere Kräfte sind angespannt. Das ist wahr. Ich habe mit Finanzminister Theo Waigel abgesprochen, daß er alsbald nach der parlamentarischen Osterpause in der Fraktion einen sehr präzisen Bericht über die Perspektiven der mittelfristigen Finanzpolitik geben wird.

SPIEGEL: Der von der Opposition geforderte Kassensturz?

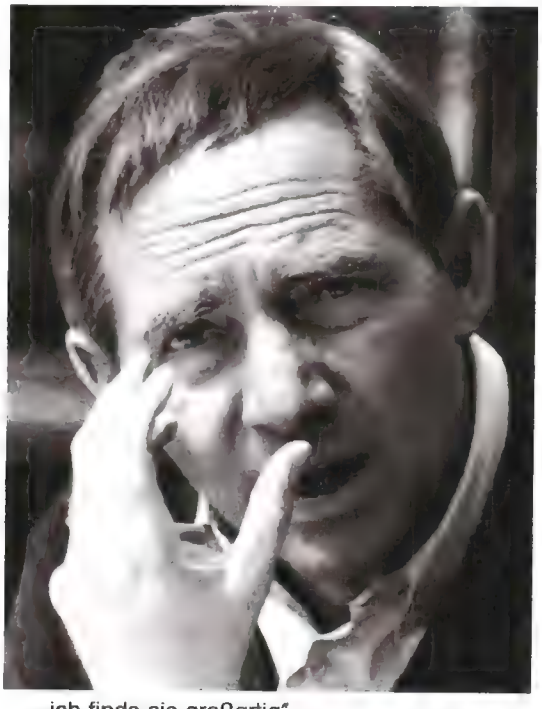
SCHÄUBLE: Ach, wissen Sie, die Grunddaten der Finanzpolitik des Bundes liegen alle auf dem Tisch. Auf der Grundlage dieses Berichtes wollen wir den Moratoriumsbeschluß des Bundestages, der für dieses Jahr gilt, für die Dauer dieser Legislaturperiode verlängern. Der Bundeshaushalt soll in den nächsten Jahren in der Größenordnung von nominal 2,5 Prozent steigen, also um mehrere Prozentpunkte unter dem nominalen Anstieg des Volkseinkommens. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir bei der Nettokreditaufnahme bis Mitte der neunziger Jahre in eine Größenordnung von unter 30 Milliarden Mark jährlich zurückkommen können.

Aber es ist nicht hinnehmbar, daß der Ausgabenanstieg bei Ländern und Gemeinden höher ist als beim Bund, obwohl der Bundeshaushalt mit weitem Abstand die Hauptbelastungen der Transferleistungen für die neuen Bundesländer trägt.

SPIEGEL: Moderates Verhalten der öffentlichen Haushalte reicht bei weitem nicht aus, um die Finanzprobleme zu lösen.

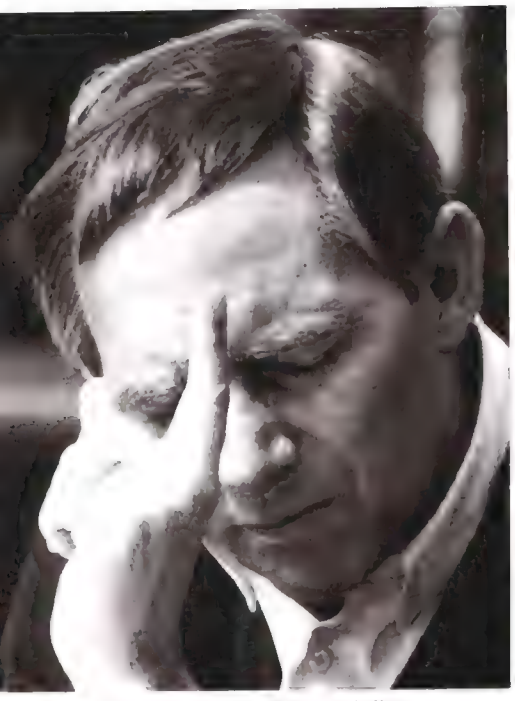
SCHÄUBLE: Ich bin davon überzeugt, daß wir für den Rest der Legislaturperiode weitere Erhöhungen von Abgaben und Steuern ausschließen können.

SPIEGEL: Sie drücken sich vor bitteren Wahrheiten. Kurt Biedenkopf sagt den Deutschen voraus, daß sie für weitere



. . . ich finde sie großartig"

* Das Gespräch führten die Redakteure Paul Lersch und Heiko Martens.



„Wie will man Politik gestalten . . .

Jahre auf Einkommenszuwächse verzichten müssen und daß sich die gleichen Lebensverhältnisse wie in Westdeutschland in der Ex-DDR so schnell wie versprochen nicht herstellen lassen – daß der Osten der deutsche Mezzogiorno sein wird.

SCHÄUBLE: Ich habe etwas gegen eine Betrachtungsweise, die die deutsche Einheit, das Ende des Ost-West-Konflikts nur als bittere Wahrheiten sieht. Ich finde, es sind großartige Veränderungen.

SPIEGEL: Wir sprechen von den Folgen der Wiedervereinigung und den Verheißungen des Kanzlers.

SCHÄUBLE: Über 80 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern bestätigen die Aussage des Bundeskanzlers aus dem Jahre 1990: Es geht ihnen heute nicht schlechter als vor drei Jahren. Die Menschen im Westen haben jetzt Angst, ihr wirtschaftlicher Standard werde gefährdet. Wenn sie aber die Gewißheit haben, nur das Tempo weiterer Einkommenssteigerungen werde sich in den nächsten Jahren verlangsamen, so finden sie das sicher nicht so dramatisch.

SPIEGEL: „Blühende Landschaften" lassen sich aber in der von Kohl versprochenen Zeit von vier bis fünf Jahren in Ostdeutschland nicht herbeizaubern.

SCHÄUBLE: Reine Angstmacherei führt in den Pessimismus. Man muß eine Balance zwischen realistischer Problembeschreibung und Zuversicht einhalten.

SPIEGEL: An dieser Balance fehlt es gerade, es sei denn, Sie sagen jetzt offen, ein Haushaltsstrukturgesetz sei nötig und wie 1982 müsse wieder mit der Schere ins System geschnitten werden.

SCHÄUBLE: Wir werden die Sanierung der Staatsfinanzen und auch der sozialen Sicherungssysteme wie damals über die Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Bundeshaushalt bewerkstelligen.

SPIEGEL: . . . und Sozialleistungen zusammenstreichen wie 1982. Die Rentenversicherung muß voraussichtlich im nächsten Jahr den Beitrag erhöhen, die Gesundheitskosten explodieren erneut, die Beiträge steigen.

SCHÄUBLE: Der Rentenbeitrag wird nächstes Jahr nicht steigen.

SPIEGEL: In diesem Jahr läuft ein Defizit von über sechs Milliarden Mark auf.

SCHÄUBLE: Aber nach wie vor sind jedenfalls auch für das Jahr 1993 die Finanzen der Rentenversicherung in Ordnung. Im übrigen trägt ja die Umstellung des Rentensystems auf die Nettoanpassung Vorsorge. Wir müssen jetzt darauf hinwirken, daß das Eintrittsalter in die Rentenversicherung angehoben wird. Vorruhestandsregelungen werden wir nicht immer weiter nach vorne ziehen können. Wir werden auch die in den ostdeutschen Bundesländern geltende Sonderregelung nicht weiter verlängern können.

SPIEGEL: Arbeiten die Deutschen nach Ihrem Geschmack zuwenig?

SCHÄUBLE: Im internationalen Vergleich haben die Deutschen die geringste Lebensarbeitszeit. Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr ist auch signifikant geringer. Wir leisten uns aber einen Krankenstand, der sehr viel höher ist als in allen vergleichbaren Ländern.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Ausgaben für die Gesundheit in den Griff kriegen?

SCHÄUBLE: Zunächst einmal ist es wichtig, daß die Explosion der Krankenkassenbeiträge gestoppt wurde, die erste Etappe der Gesundheitsreform. Die zweite muß in dieser Legislaturperiode folgen. Das Hauptthema ist der rasante Anstieg der Kosten im Krankenhauswesen.

SPIEGEL: Auch die Arbeitslosenversicherung schafft große Probleme.

SCHÄUBLE: Bei der Bundesanstalt für Arbeit können wir die extrem hohe Belastung durch die soziale Absicherung des strukturellen Wandels in den neuen Bundesländern nicht über Jahre hinaus auf dem derzeitigen Niveau halten. Deswegen wird das Leistungsniveau bei AB-Maßnahmen in den kommenden Jahren kritisch überprüft werden müssen.

SPIEGEL: Trotz all dieser absehbaren Belastungen – bleibt es bei der Zusage, eine Pflegeversicherung einzuführen?

SCHÄUBLE: Nur wenn an anderer Stelle durch entsprechende Korrekturen erreicht wird, daß die Lohnnebenkosten insgesamt nicht steigen.

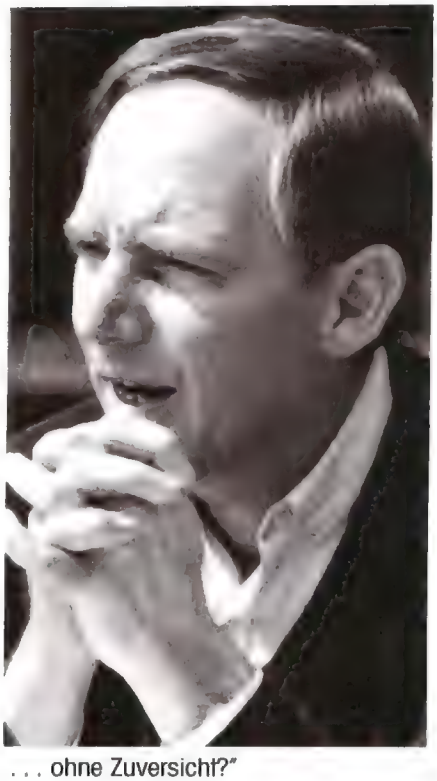
SPIEGEL: Die ideologischen Gegensätze – die FDP für individuelle, die CDU/CSU für kollektive Absicherung – spielen plötzlich keine Rolle?

SCHÄUBLE: Ein solches System darf nicht zu steigenden Lohnnebenkosten und nicht zu einer inflationären Inanspruchnahme führen. Ob die Finanzierung durch Kapitaldeckungs- oder Umlageverfahren erfolgt, ist letztlich fast eine Frage der Rechenhaftigkeit.

SPIEGEL: Nach dem Modell von Arbeitsminister Norbert Blüm würde der Beitragssatz der Krankenversicherung um 1,5 bis 2 Prozent steigen. Sind das keine Lohnnebenkosten?

SCHÄUBLE: Eine soziale Ausgestaltung der Beitragsbelastung für das Risiko der Pflegebedürftigkeit ist nur über das Umlageverfahren zu machen. Jedes andere Modell wird gerade diesem extrem hohen Risiko nicht gerecht. Insofern ist die Konzeption von Norbert Blüm in einer rationalen Diskussion nicht zu widerlegen.

SPIEGEL: Gegen die Konzeption spricht, daß die Beiträge steigen.



. . . ohne Zuversicht?"

SCHÄUBLE: Nein. Dafür werden wir eine Kompensation finden. Es gibt in unserem Sozialsystem hinreichend Möglichkeiten der Umschichtungen.

SPIEGEL: Gilt das Konzept, das Sie eben angedeutet haben, auch für die Finanzierung der sozialen Maßnahmen zu Paragraph 218?

SCHÄUBLE: Für die soziale Flankierung, die zum Schutze ungeborenen

SIEMENS

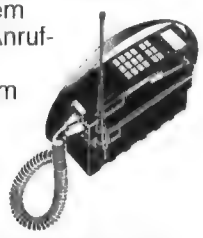
Mobiltelefone von dem Experten für die Mobilkommunikation.

Noch nie war die Zeit für den Einstieg ins mobile Telefonieren so günstig. Die Kapazität des bundesweiten C-Netzes wird erweitert, der Ausbau der neuen Digital-Netze D1 und D2 geht voran. Sie werden dann viele Wahlmöglichkeiten haben, bei wem und zu welchen Bedingungen Sie Ihr Mobiltelefon kaufen, leasen oder mieten.

Wie immer Sie sich entscheiden – gehen Sie auf Nummer Sicher. Mit einem Mobiltelefon von Siemens. Dem Unternehmen, das im Auftrag der Telekom das C-Netz konzipiert und errichtet hat. Das am Aufbau beider D-Netze maßgeblich beteiligt ist. Und für das sich 12 Netz-Betreiber in elf der 18 europäischen Digital-Mobilfunk-Länder entschieden haben.

Diese Erfahrung in der Mobilkommunikation kommt der Technik, dem Komfort und der Zuverlässigkeit aller Siemens Mobiltelefone zugute – sie sind also nicht zufällig die meistgekauften in Deutschland.

High-Tech, auf die leichte Schulter genommen: das Siemens Mobiltelefon C3 portable

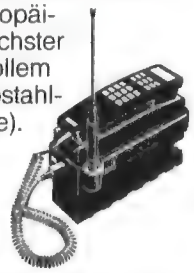


Das Gerät mit der vollen Leistung im C-Netz und mit technischen Leckerbissen wie dem Security Code, der Anrufumleitung, der Fax-Schnittstelle und dem Anschluß für einen Anrufbeantworter. Die integrierte Freisprechelektronik, die 4fach-Wahlwiederholung, der Speicher für 100 Namen und Rufnummern, das elektronische Notizbuch und die wählbare Bedienersprache (deutsch/englisch) sind beim Siemens C3 selbstverständlich.

Ein gutes Pfund Bewegungsfreiheit: das Handgerät C4 compact

Das Mobiltelefon mit den Vorzügen modernster Technik – aber im Taschenformat und mit ganzen 600 g Gewicht. Auch beim C4 compact stehen Ihnen ein elektronisches Notizbuch, der Security Code, die Anrufumleitung und viele weitere Features zur Verfügung. Mit einem Einbausatz kann man es auch im Auto betreiben – natürlich mit integrierter Freisprecheinrichtung.

Ein Gerät für ganz Europa: das digitale Mobiltelefon P1 *



Heute stehen Ihnen damit das D1- und das D2-Netz offen – bald auch Netze in anderen europäischen Ländern. In höchster Digital-Qualität mit vollem Komfort und mit Diebstahlschutz (Security Code). Dazu trägt die programmgestützte Bedienerführung ebenso bei wie die mehrfache Wahlwiederholung, die elektronische Lautstärkeregelung, das Weitwinkeldisplay, das elektronische Telefonbuch – und viele weitere Leistungsmerkmale.

Mobiltelefon-Informationen von:
Siemens AG, Infoservice ÖN/Z555 SP
Postfach 2348, 8510 Fürth
oder zum Nulltarif 0130-84 93 93

Siemens Mobiltelefone.
Weil Kompetenz entscheidet.

* Lieferbar ab D-Netzeinschaltung

A19100-L13-Z93

Lebens notwendig ist, haben wir in der Koalition schon Abreden getroffen, auch in der Finanzplanung. Gleichwohl ergibt sich aus dem Auftrag des Einigungsvertrags die Notwendigkeit, die eine oder andere familienpolitische Maßnahme zusätzlich zu beschließen.

SPIEGEL: Da geht es auch um Milliardenbeträge.

SCHÄUBLE: Das müssen nicht Milliarden sein, im übrigen muß das durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt werden.

SPIEGEL: Wenn sich im Parlament keine Mehrheit für eines der Fristen- oder Indikationsmodelle findet, wird das Verfassungsgericht das in den neuen Ländern fortgeltende Fristenmodell verwerfen.

SCHÄUBLE: Ich habe an der Formulierung des Auftrages im Einigungsvertrag maßgeblich mitgewirkt. Ich möchte nicht, daß der Gesetzgeber auf trickreiche Art wartet, bis das Verfassungsgericht ihm die Arbeit abnimmt. Da bin ich auch zuversichtlich.

SPIEGEL: Die Regierung beschreibt die Zeiten immer reichlich rosig. „Optimismus", so sagt es der Kapitalismus-Theoretiker Joseph Schumpeter, „das ist nichts anderes als eine Form der Pflichtvergessenheit."

SCHÄUBLE: Wie will man Politik gestalten, politische Verantwortung tragen, wenn man nicht eine Mindestausstattung an Zuversicht hat?

SPIEGEL: Möglichst nicht allzuweit von der Realität entfernt.

SCHÄUBLE: Ich wehre mich gegen die pessimistische Beschreibung unserer Lage. Wir hatten Anfang der achtziger Jahre neben allen ökonomischen und sozialen Problemen eine Grundstimmung der Zukunftsangst – eine miserable Voraussetzung für Investitionen, für Motivation und Leistungsbereitschaft. Die Deutschen leben jetzt im Westen in einem Wohlstand wie nie zuvor . . .

SPIEGEL: . . . und sie haben Angst, daß es nicht mehr so bleibt. Das müssen Sie wohl zur Kenntnis nehmen.

SCHÄUBLE: Aber ich darf doch versuchen zu erläutern, warum ich die Angst nicht teile. Und die Mehrzahl der Bürger sieht das auch so. Die Neigung, das Leben und seine angenehmen Seiten zu genießen, ist ja nicht gerade unterentwickelt. Ich kritisiere das überhaupt nicht.

SPIEGEL: Die Kluft zwischen Optimismus und Realität läßt sich auch an einem ganz anderen Beispiel zeigen: Da wird mit entschlossener Miene eine Lösung in Sachen Asyl verkündet. Sie wissen genau, die umstrittene Änderung des Asyl-Grundrechts ist nicht mal mit Ihrem Koalitionspartner, der FDP, zu machen.

SCHÄUBLE: Wir sind uns in der Koalition einig, daß eine Änderung des Asyl-Artikels zur europäischen Zusammenarbeit zwingend notwendig ist. Ich werde allerdings eine Ratifizierung des Schengener Abkommens, die für Juni vorgesehen ist, ohne die notwendige Grundgesetzänderung nicht empfehlen. Es mag sein, daß es damit zu einer Verzögerung der Ratifizierung des Schengener Abkommens kommen kann. Ich hoffe das nicht.

SPIEGEL: Sie fürchten, die Rechten könnten 1994 der Regierung Kohl die christliberale Mehrheit nehmen?

SCHÄUBLE: Nein. Ich glaube, wir haben eine gute Chance, das zu verhindern, wenn alle die Botschaft vom 5. April verstanden haben.

SPIEGEL: Das Asyl-Thema allein hat sicher nicht den Rechten die Stimmen gebracht. Vielmehr trägt dazu die allgemeine Verunsicherung bei, für die auch der Kanzler verantwortlich ist. „Kohl bringt's nicht", sagt Ex-Kanzler Helmut Schmidt.

SCHÄUBLE: Es gibt viele Mitbürger, die sich respektvoll an Helmut Schmidt erinnert haben. Die sind durch diese Art von Selbstdemontage schmerzlich berührt. Was die Diskussion über den Bundeskanzler Helmut Kohl anbetrifft, so beklagen die einen, er sei zu allmächtig. Andere werfen ihm vor, er sei führungsschwach. Die Kritik hebt sich gegenseitig auf. Die Wahrheit liegt meist in der Mitte.

SPIEGEL: Herr Schäuble, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Schalck

Konto Kaviar

Gut 750 Seiten Ermittlungen und kein Ergebnis. Schalck ist nicht zu fassen – derzeit.

Für den letzten SED-Generalsekretär Egon Krenz war er „unser fähigster Ökonom", für den damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ein „verläßlicher Gesprächs- und Verhandlungspartner". Und die Schlapphüte vom Bundesnachrichtendienst, die den Ex-DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski nach seiner Republikflucht unter ihre Fittiche nahmen und Gefallen an ihm fanden, gaben ihm den Decknamen „Schneewittchen".

Justizsenatorin Limbach: Nichts strafrechtlich Relevantes entdeckt

Inzwischen haben die Wessis feststellen müssen, daß sie den seriös wirkenden Staatssekretär und Chef des KoKo-Imperiums doch nicht ganz durchschauten. Wenn Erich Honeckers Mann für Westgeld mit den Bonnern verhandelte, war auch MfS-Chef Erich Mielke über seinen engsten Vertrauten und Stasi-Obersten bestens vertreten. Den Geheimdienstlern aus Pullach hat Schalck so manches Märchen über seine Rolle im Krieg der Geheimdienste erzählt.

Nur Egon Krenz hat – wenigstens einmal – recht behalten: Schalck ist wirklich ein Finanzgenie, zu DDR-Zeiten der größte deutsch-deutsche Schieber, ein fintenreicher Jongleur mit Firmen in Ost wie West, mit Legionen von Konten in aller Herren Länder. So geschickt hat sich der gelernte Feinmechaniker sein KoKo-Imperium zusam-

mengeschmiedet, daß ihm keiner auf die Schliche kam – und kommt.

Nun haben auch die Berliner Staatsanwälte fast bedingungslos vor „Alexander dem Großen" kapituliert. In einem „Grundvermerk" zogen sie Ende Januar Zwischenbilanz ihrer Ermittlungen wegen „Untreue pp." gegen Schalck, seine Ehefrau Sigrid und seinen KoKo-Stellvertreter Manfred Seidel. Fazit der deprimierten Ermittler, die seit Oktober 1990 an der Sache (Aktenzeichen 2 Js 7/90) herumdoktern: Schalck & Co. sind nicht zu fassen.

„Es haben sich", heißt es in dem 750 Seiten starken Papier, „keine Hinweise bestätigt", daß das Trio KoKo-Millionen beiseite geschafft hätte und noch heute horte. Bis auf Kleinkram, der in gesonderten Verfahren weiter verfolgt wird, konnten die Ermittler der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität nichts strafrechtlich Relevantes entdecken.

Verhandlungspartner Strauß, Schalck*: Auch Mielke war bestens vertreten

Es ist ein Freispruch ohne Gewähr – die Staatsanwälte geben das selbst zu Protokoll. Zum einen haben sie sich auf die Zeit nach dem 4. Dezember 1989 – dem Tag nach der Schalck-Flucht – konzentriert. Was der uneingeschränkte Herrscher über das KoKo-Reich davor alles fingerte, bleibt weitgehend im dunkeln. Zum anderen mögen die Staatsanwälte selbst „keine Feststellung über die Vollständigkeit des Ermittlungsergebnisses" wagen.

Die Zurückhaltung ist nur zu berechtigt. Denn viel mehr als an der Oberfläche des KoKo-Dickichts haben die Berliner gar nicht gekratzt. Angesichts eines Berges von Unterlagen (allein 1400 Leitz-Ordner aus KoKo-Beständen) entschlossen sie sich zu Stückwerk: Sie überprüften nur die riesigen Geldströme auf den unzähligen KoKo-Konten. Um die „nachgeordneten mehr als 200 Firmen und juristischen Personen" aus dem Schalck-Imperium wollten sie sich nicht auch noch kümmern – das sei schließlich Aufgabe der Treuhand.

Schon das Geldzählen bereitete unlösbare Probleme. Zwar haben die Staatsanwälte weitgehend klären können, wann und in welchen Größenordnungen DDR-Mark, Westdevisen oder auch Gold hin- und hergeschoben wurden. Was aber die harmlos klingenden Verwendungsangaben wirklich bedeuten, wissen auch sie nicht in allen Fällen – sie hätten sich, schrieben die Ermittler, einiges schlicht zusammenreimen müssen.

Völlig unklar bleibt bis heute, was hinter solch dubiosen Bezeichnungen wie „Objekt X", „Objekt 3" oder „Objekt 4" steckt, für die vom KoKo-Konto 745 bei der Deutschen Handelsbank (DHB) auch noch nach der Wende Millionenbeträge überwiesen wurden. „Embargoware?" notierten die Berliner ratlos.

Mit manchen Konten wußten die Behörden sogar überhaupt nichts anzufangen. So gibt es für das DHB-Konto 723 keine Kontokarten und keine Buchungsbelege, obwohl es immerhin von 1979 bis zum Juni 1990 bestand. Hinweise, wonach das Konto der KoKo-Arbeitsgruppe „Sondermaßnahmen" unterstand, lassen vermuten, daß Mielkes MfS-Truppe sich darüber illegal Westwaren beschaffte.

Auch vom Nummernkonto 741 bei der DHB ist so gut wie nichts bekannt, jedenfalls „keine Kontounterlagen, die Aufschluß über den Zahlungsverkehr" geben könnten. Allerdings lassen der Inhaber (Alexander Schalck-Golodkowski) und der Name des Depots („Kaviar") ahnen, daß der Chef selbst darüber manch gute Tat abgewickelt hat.

Völlig im dunkeln tappen die Staatsanwälte auch bei manchem KoKo-Konto im westlichen Ausland. So bestand eines unter der Nummer 12 332 bei der Züricher Bank für Handel und Effekten – prall gefüllt mit rund 50 Millionen D-Mark. Der Name, natürlich: „Alexander". Obwohl als „zentrales Konto der Vermögensverwaltung für den Bereich KoKo" bezeichnet, wofür das Ehepaar Schalck wie auch Manfred Seidel einzelzeichnungsberechtigt waren, fehlen der Staatsanwaltschaft fast alle wichtigen Daten. Nicht einmal der Inhaber ist sicher. Eine Fotokopie weist eine Liechtensteiner „Anstalt Mondessa" als Eigentümerin aus. Lapidarer Kommentar der Staatsanwälte: „Die Firmenverhältnisse bedürfen der Klärung."

Trotz solcher Lücken nahm Berlins Justizsenatorin Jutta Limbach (SPD) den Zwischenbericht ihrer Staatsanwälte zum Anlaß, Schalcks Unschuld zu vermuten: Der Ex-Devisenbeschaffer habe nach Erkenntnissen der Berliner Justiz keine KoKo-Millionen beiseite geschafft.

Eine gute Nachricht für Honeckers Finanzgenie auch aus Karlsruhe. Nach monatelangem Zögern hatte Generalbundesanwalt Alexander von Stahl im August 1991 Ermittlungen gegen den Stasi-Offizier im besonderen Einsatz wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit aufgenommen. Jetzt tauschte die Karlsruher Behörde die Ermittler aus. Nicht mehr das Bundeskriminalamt (BKA) soll „Schneewittchen" auf die Schliche kommen, sondern das Bayerische Landeskriminalamt.

Einziger Grund dafür sei die Überlastung des BKA gewesen, versichert die Stahl-Behörde. Andere Eingeweihte behaupten dagegen, die Wiesbadener Fahnder hätten sich allzusehr für die Beziehung Schalcks zum verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß interessiert.

* In Leipzig am 1. September 1985.

Ohne Tricks und Täuschung

Die Grünen Michael Vesper und Uwe Günther fordern eine Reform der Parteienfinanzierung

Am 9. April gab das Bundesverfassungsgericht einer Klage der Grünen statt und erklärte die geltende Regelung staatlicher Parteienfinanzierung für verfassungswidrig. Der nordrhein-westfälische Grünen-Abgeordnete Michael Vesper und der Prozeßbevollmächtigte Uwe Günther machen Vorschläge für eine Reform:

Frust im Selbstbedienungsladen

Die Zeit

Im Kampf ums Geld waren die Parteien bislang immer Sieger – und verloren doch zugleich mehr und mehr von dem, worauf es ankommt: das Engagement ihrer Mitglieder und das Vertrauen der Bürger in ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Probleme zu lösen.

Je weniger die Parteien in der Gesellschaft verwurzelt sind, desto stärker lassen sie sich vom Staat alimentieren. Und auch umgekehrt gilt die Gesetzmäßigkeit, daß in dem Maße, in dem die staatlichen Zuschüsse an die Parteien steigen, deren öffentliches Ansehen sinkt.

Diese verhängnisvolle Spirale zu immer reicheren und immer abgehobeneren Parteien wollte das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 9. April stoppen. Es stellte die staatliche Parteienfinanzierung vom Kopf auf die Füße, endlich.

Jetzt kommt es darauf an, wie die Parteien den neuen Rahmen ausfüllen: in einer gewandelten, kritischen Einstellung zu sich selbst oder aber, wie gehabt, mit Tricks und Täuschung. Lassen sie sich überhaupt, anstatt eine rasche parlamentarische Lösung anzustreben, auf eine öffentliche Diskussion ein?

Immer mehr staatliche Mittel, immer weniger gesellschaftliche Akzeptanz – um aus dieser Gesetzmäßigkeit auszubrechen, ist es unabdingbar, sich mit den Kritikern zu verständigen. Die Parteien müssen sich, bevor sie Höhe und Struktur der staatlichen Zuwendungen festlegen, verbindlich beraten lassen.

Durch Gesetz sollte zu diesem Zweck eine Kommission eingerichtet werden, die je zur Hälfte aus Politikern und externen Sachverständigen, etwa Vertretern des Bundes der Steuerzahler, besteht; den Vorsitz sollte der Präsident des Bundesrechnungshofs übernehmen, der bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.

Zur Selbstbedienung gibt es strukturell keine Alternative – wer sonst soll letztlich entscheiden, wenn nicht die demokratisch legitimierten Parlamente? Um so wichtiger, daß dies nicht im Dunkel der Hinterzimmer, sondern im Licht der Öffentlichkeit geschieht und sich das Ergebnis im gesellschaftlichen Dialog bewährt.

Wie soll die Parteienfinanzierung künftig aussehen? Das Gericht macht die Verteilung der staatlichen Mittel abhängig vom Erfolg der Parteien – bei den Wählern, den Mitgliedern und den Spendern. Wieviel Geld eine Partei aus der Staatskasse erhält, sollte sich richten

- ▷ nach der Höhe der eingenommenen Mitgliedsbeiträge, die, um Verfälschungen durch künstlich überhöhte Beiträge auszuschließen, auf höchstens 1200 Mark pro Kopf und Jahr begrenzt sind;
- ▷ nach der Zahl der Wähler statt nach dem Anteil an den Wahlberechtigten, um für die Parteien einen finanziellen Anreiz zu schaffen, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen;
- ▷ nach der Höhe der Spendeneinnahmen.

Das bisherige System verleitete die Parteien dazu, das Werben um das Engagement der Mitglieder zu vernachlässigen und das Wahlergebnis überzubewerten, entschied dieses doch nicht nur über den politischen Einfluß, sondern auch über ihr finanzielles Wohl. Jetzt hingegen werden Parteihülsen, die ohne funktionierendes Innenleben mit populären Forderungen Wähler binden, weniger Chancen haben. Statt dessen motivieren die Zuschüsse dazu, sich nicht nur punktuell um Wahlerfolge, sondern kontinuierlich um gesellschaftlichen Erfolg zu bemühen.

Die Zuwendungen finden da ihre relative Obergrenze, wo sie die eigenen Einnahmen der Partei aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden erreichen. Diese klare Grenze darf nicht wie bisher durch Kunstgriffe aufgeweicht werden. Schon bislang galt formal die Vorschrift, die Staatsquote dürfe die Hälfte der Einnahmen einer Partei nicht überschreiten; sie ist jedoch seit langem Makulatur.

Den schönen Schein hielt man dadurch aufrecht, daß man Teile der staatlichen Zuwendungen einfach den Eigenmitteln zuschlug. So kam es, daß der Staatsanteil längst mehr als 60 Prozent der Parteifinanzen ausmacht. Rechnet man Fraktions- und Stiftungszuschüsse hinzu, liegt der Anteil sogar über 80 Prozent.

Es muß neu festgelegt werden, welche Hürde die Parteien künftig überspringen sollen, damit sie ein Anrecht auf staatliche Mittel erwerben. Wiederum scheidet der Wahlerfolg – bislang bildeten 0,5 Prozent der Stimmen die Eingangspforte zum Geldsegen – als Exklusivbedingung aus. Zusätzlich muß auch eine Mindestzahl von Mitgliedern genügen, ab der die gesellschaftliche Stärke einer Partei ihre Förderung rechtfertigt.

Die Vorteile dieses einfachen Modells liegen auf der Hand: Es ist für jedermann durchschaubar. Die öffentlichen Zuschüsse hängen, statt vom einzelnen Erfolg oder Mißerfolg bei Wahlen, vom dauerhaften Engagement der Mitglieder ab. Und es verstärkt politisch gewollte Effekte – insbesondere Mitgliederwerbung, Eigenfinanzierung und Sparsamkeit der Parteien.

Ohne Tricks und doppelten Boden wird das Modell nur dann funktionieren, wenn die Parteien seine Grundlagen und Ziele wirklich wollen. Sie dürfen seine Umsetzung nicht wieder allein jenen überlassen, die es in den vergangenen Jahrzehnten immer schon gerichtet haben – den Schatzmeistern und Parteimanagern. Die sitzen nämlich dem verhängnisvollen Irrtum auf, gesellschaftliche Verankerung ließe sich erkaufen.

Vorsicht ist angebracht. Richter Ernst Gottfried Mahrenholz hatte das Urteil kaum verlesen, da hatten sich die Schatzmeister von CDU und CSU, SPD und FDP schon in Windeseile gewendet. Sie reagierten auf das Urteil durchweg zustimmend bis begeistert – fast so, als hätten nicht die Grünen, sondern sie selbst die Klage erhoben.

Waren es nicht diese Parteien, die 1988 im Hinterzimmer die Neuregelung vereinbarten, die jetzt als verfassungswidrig durchfiel? Haben nicht dieselben Schatzmeister, die sich heute fast im hohen Lobe für das Verfassungsgericht überschlagen, das widersprüchliche und undurchschaubare System der Selbstbedienung erst geschaffen?

Beflissenheit ersetzt nicht die notwendige Selbstkritik. Bei der Parteienfinanzierung geht es um viel mehr als nur ums Geld. Es geht darum, welche Rolle die Parteien in der Gesellschaft spielen. Solange sie Struktur und Höhe ihrer Finanzen nicht als wichtigen Teil ihrer politischen Identität begreifen, wird es keinen Ausweg aus dem Dilemma geben.

Wie die Parteien den Spruch des Bundesverfassungsgerichts nutzen, ob bürokratisch oder politisch, entscheidet über ihr Ansehen und ihre Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft.

Stasi

Einer tratscht

Politische Taktik könnte Manfred Stolpe im Amt halten – obwohl Aktenauswerter Gauck seine Glaubwürdigkeit erschüttert.

Unbeirrt geht Manfred Stolpe seinen Amtsgeschäften nach. In Prenzlau diskutiert der brandenburgische Ministerpräsident mit Kommunalpolitikern über Gewerbegebiete, Umgehungsstraßen und Schulneubauten.

Fragesteller, die sich nach seinen Stasi-Akten erkundigen, bescheidet er knapp: „Sie sehen, daß wir hier arbeiten, und morgen geht es mit dem Regionalen Aufbaustab in Seelow weiter" – Themen: Verkehrsanbindung und neue Grenzübergänge nach Polen.

Business as usual will Stolpe demonstrieren. Bisweilen bricht es aber doch aus ihm heraus. Das Gutachten des Stasi-Akten-Verwalters Joachim Gauck, hadert der Regierungschef, sei „nicht unterschrieben" und „insofern gar keine richtige Urkunde". Es handle sich „vielmehr um eine Materialsammlung, die im Einkaufsbeutel überreicht wurde".

Wie Stolpe erregen sich viele Bürger über die Gauck-Expertise, die dem früheren Kirchenmann bescheinigt, „nach den Maßstäben des MfS" sei er „ein wichtiger IM" in der DDR-Kirche gewesen. Stolpes Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit spalten die Nation. Hinter ihm steht nicht nur seine eigene

* Am Sonntag vor Ostern in der Prenzlauer Nikolaikirche mit Superintendent Klaus-Heinrich Kanstein.

Gottesdienstbesucher Stolpe*: „Morgen geht es weiter"

Und hier drei internationale Statements zur Bonität der L-Bank: »A!« »A!« »A!«

Ob D-Mark, Dollar oder Yen, was auf dem internationalen Geldmarkt zählt, ist internationale Reputation. Die drückt sich nicht in Währungen aus, sondern in Buchstaben, dem sogenannten Rating. Von AAA bis D. Die L-Bank zählt weltweit zu den wenigen Banken mit der besten Bewertung – dem »Triple A«. Vergeben werden diese ganz speziellen Geld-Noten von zwei Rating-Agenturen in New York: Standard & Poor's und Moody's Investor Service. Beide Institute überwachen und bewerten die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Banken und Kommunen, die sich Mittel auf dem internationalen

Leonhardt & Kern

L-BANK
Landeskreditbank Baden-Württemberg

Kapitalmarkt beschaffen. Wem hier die höchste Bonität bescheinigt wird, der zahlt die geringsten Zinsen. Wie die L-Bank. Sie kann überall auf der Welt Geld zu günstigen Konditionen einkaufen und Ihnen deshalb auch günstig verkaufen. Zum Beispiel zur Unternehmensfinanzierung, einer der Säulen der Bank mit den besten Noten. Für beste Geschäfte. L-Bank, Postfach 4049, 7500 Karlsruhe 1.

Leistung und ein Lächeln.

Partei. Die Vorwürfe gegen Stolpe, wetterte der frühere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, seien „unerträglich". Und SPD-Vize Herta Däubler-Gmelin schwärmte gar, Stolpe sei ein „bewunderungswürdiger Mann" – angesichts der Akten aus den Stasi-Archiven ein kühnes Werturteil.

Auch aus der CDU kommt Hilfe. Er habe den „Eindruck", verkündete der neue thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel forsch, „daß es wirkliche Belege für eine informelle Stasi-Mitarbeit immer noch nicht gibt" – angesichts der Aktenlage eine nicht minder verwegene Behauptung.

Daheim in Brandenburg kann der populäre Landesvater weiterhin auf breite Unterstützung von links bis rechts rechnen. Der SPD-Landesvorsitzende Steffen Reiche, ein gelernter Pfarrer, verteidigt seinen Parteifreund: Die „in dem Recherche-Ergebnis konstruierte Indizienkette" lasse „nicht den Schluß zu, daß Manfred Stolpe von seiner Registrierung als IM wußte".

Der PDS, Nachfolgerin der Stasi-Partei SED, ist das Treiben der Gauck-Behörde sowieso nicht geheuer. Bei deren Recherche-Bericht, so die PDS-Ausschußmitglieder, entstehe „massiv der Eindruck, als würde der Leser auf ein bestimmtes Ziel hingelenkt".

CDU-Fraktionschef Peter-Michael Diestel stellte sich demonstrativ hinter den SPD-Mann Stolpe: „Man muß die damalige Zeit sehen, in der in Ost und West eine Veränderlichkeit der politischen Situation nicht abzusehen war."

Daß die SPD-Vorderen blindlings für ihren Stolpe kämpfen, hat einleuchtende Gründe: Der Brandenburger ist einziger Lichtpunkt in der sozialdemokratischen Tristesse der neuen Bundesländer (knapp 30 000 Mitglieder), zudem einer der wenigen Identifikationsfiguren für die Ostdeutschen.

Stolpes Fall, so muß die SPD fürchten, brächte zudem ihr gesamtes deutschlandpolitisches Konzept der siebziger Jahre – Stichwort: Wandel durch Annäherung – ins Gerede. Der Kirchenmann Stolpe, der die deutsche Teilung als dauerhaft ansah und die Annäherung von Kirche und SED-Regime betrieb, war einer der Kontaktleute der SPD zum ostdeutschen Establishment.

Der CDU ihrerseits liegt an Stolpes Demontage aus Gründen der Staatsräson wenig: Sie muß sich sorgen, der Fall des Renommier-Ostlers könnte den ohnehin wachsenden Ekel der Bürger über die Alt-Parteien in der Bundesrepublik noch verstärken, und davon wäre auch die Union betroffen.

Nur der brandenburgische CDU-Vorsitzende und Diestel-Widersacher Ulf Fink und Stolpes parlamentarischer Koalitionspartner „Bündnis 90" gingen auf Distanz. Fink forderte Stolpe zum zumindest vorübergehenden Amtsverzicht auf. „Kleine Leute" würden in Brandenburg „in gleicher Situation" aus dem Öffentlichen Dienst entlassen. Für den Fraktionschef des Bündnis 90, Günter Nooke, sind die Stolpe-Akten „Dokumente der DDR-Wirklichkeit".

Rückendeckung gegen die große Koalition der Beschwichtiger bekam Bürgerrechtler Nooke von einem Liberalen aus Bonn.

Stolpe-Gutachter Gauck
Nur windige Indizien?

Stolpe-Kritiker Hirsch: „Ich würde mich zurückziehen"

Er sei gegen Vorverurteilungen ebenso wie gegen Vorfreisprüche, sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, aber wenn Manfred Stolpe der IM „Sekretär" gewesen sei – was nicht einmal Stolpe anzweifelt –, dann bleibe nach allem, was man bisher wisse, doch wohl der Tatbestand des Vertrauensbruchs: „Wenn ich in einem Gremium sitze, und einer tratscht raus, was da besprochen wurde, dann ist das für mich Vertrauensbruch."

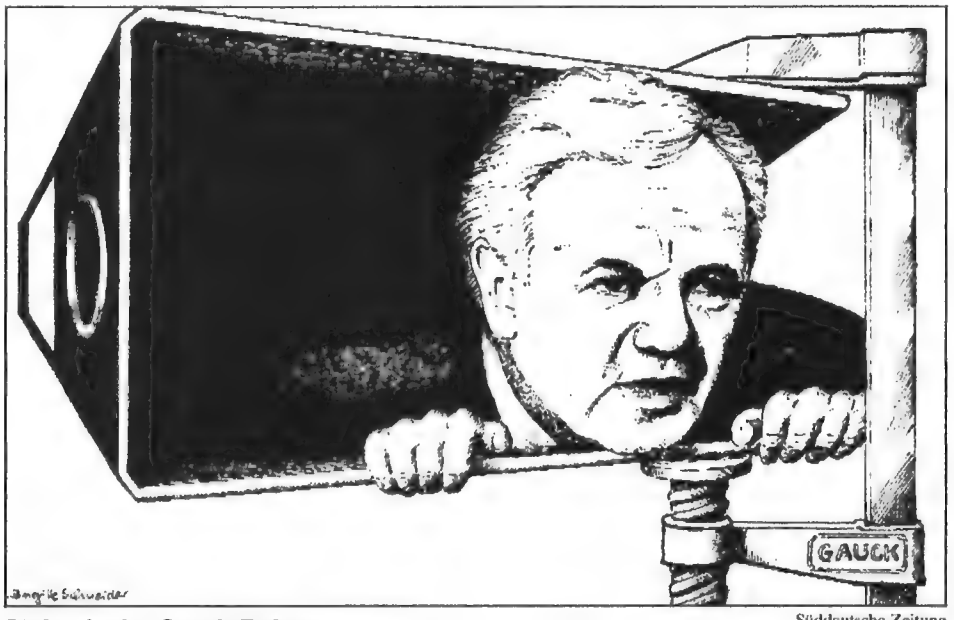
Und wenn nun gesagt werde, die Zuträgerei sei aus politischen Gründen notwendig gewesen, um den Freiraum der Kirche zu erhalten und Einzelschicksale zu lösen, dann bleibe immer noch die Frage: Kann einer allein entscheiden, was politisch richtig ist? Muß er nicht mit seinen Oberen abstimmen, was er an die Staatsmacht weitergibt?

Hirsch bündig: „Wenn ich der IM Sekretär gewesen wäre, dann würde ich mich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen, selbst wenn ich in bester Absicht gehandelt hätte."

In der Tat können die eilfertigen Verdikte gegen die Stasi-Akten und schnellen Freisprüche für Stolpe nicht darüber hinwegtäuschen, daß der ehemalige Kirchenmann unter Druck geraten ist. Hirsch trifft mit dem Wort vom „Vertrauensbruch" die wunde Stelle in Stolpes Verteidigungslinie, er habe mit der Stasi stets nur zum Vorteil seiner Kirche und der Christenheit gekungelt.

Stolpe-Verteidiger Bernhard Vogel
„Wirkliche Belege gibt es nicht"

Warum hat Manfred Stolpe dann seine Stasi-Kontakte mehr als 20 Jahre selbst vor den Spitzen der evangelischen Kirche so sorgsam abgeschottet, daß keiner – nicht einmal der oberste Chef – davon erfahren hat?



Stolpe in der Gauck-Zwinge

Süddeutsche Zeitung

Der thüringische Bischof Werner Leich, vier Jahre lang bis zur Wende Vorsitzender des DDR-Kirchenbundes, hat gegenüber dem SPIEGEL unmißverständlich erklärt, er habe von den Stasi-Kontakten seines Stellvertreters Stolpe nicht das Geringste gewußt. Leich: „Das habe ich nicht geahnt."

Daß die jetzt präsentierten Stasi-Akten Stolpes Ansehen beschädigen, hat er selbst mitverschuldet. Zwar machte der frühere Kirchenfunktionär Mitte Januar im SPIEGEL seine langjährigen Stasi-Kontakte erstmals publik, doch dann verließ ihn der Mut.

Statt die Details dieser Kooperation mit der Stasi nachzuschieben, reagierte Stolpe seither auf alle Nachfragen nur noch hinhaltend. Zwischenzeitliche Anläufe, die „Hosen endlich runterzulassen", wie sein langjähriger Mitstreiter Pfarrer Rainer Eppelmann forderte, verhinderten Stolpes westdeutsche Berater, allen voran der frühere Bonn-Vertreter in Ost-Berlin und heutige brandenburgische Justizminister Hans Otto Bräutigam und der Ex-Chef der Berliner Senatskanzlei, Dieter Schröder. Die beiden Juristen redeten dem Ministerpräsidenten ein, es sei besser, den Rest der ganzen Wahrheit für sich zu behalten.

Sie brachten damit vor allem Stolpes Glaubwürdigkeit ins Wanken. Denn ihr Mandant verhielt sich fortan, wie sich enttarnte Stasi-Mitarbeiter oft verhielten – er räumte immer nur ein, was nach Aktenlage nicht länger zu leugnen war. Diese Taktik nährt den Verdacht, Stolpe habe etwas zu verbergen. Ob Stolpe im Interesse der Kirche mit der Stasi paktiert oder bei seinen Vermittlungsversuchen die Balance verloren hat – die Gretchenfrage –, gerät demgegenüber an den Rand der Debatte.

Statt dessen rückt die Behörde des Pfarrers Joachim Gauck immer stärker in den Mittelpunkt, die nicht nur per Gesetz die Stasi-Akten verwaltet, sondern auch als Auskunftei für die Anfragen staatlicher Arbeitgeber über ihre Angestellten im Osten fungiert.

Wenn es sich wie schon im Fall des gefeuerten Ost-Berliner Uni-Rektors Heinrich Fink auch im Fall Stolpe durchsetzt, daß Stasi-Akten keinerlei Beweiskraft mehr zugebilligt wird, sie allenfalls als windige Indizien genommen werden, dann kann die Gauck-Behörde ihre eigentliche Arbeit einstellen, nämlich die Vergangenheit aufzuklären. Dann muß sie sich auf die Verwaltung von wertlosem Papier beschränken – eine Perspektive, die vor allem die beinharten Genossen von der PDS erfreut. Die sahen in der Behörde schon immer bloß ein Folterinstrument der westlichen DDR-Eroberer.

„Wenn Fakten nicht mehr entscheiden", meint Bündnis-Mann Nooke, „dann hat sich die politische Diskussion um ehemalige Stasi-Mitarbeiter erledigt." Am Fall Stolpe, kommentierte die Berliner *Tageszeitung*, „wird entschieden, ob man sich den konsequenten Elitenwechsel in der ehemaligen DDR weiter leisten will – oder kann".

Vor allem kann. Denn wenn die Stasi-Fakten Makulatur sind, dann disqualifiziert das Kainsmal „IM" keinen mehr für öffentliche Ämter. Und auch die Landesregierung des Manfred Stolpe, die bislang jeden Dorflehrer aus der Schule wirft, dem aus den Gauck-Akten Stasi-Zuträgerei nachgewiesen wird, muß ihre Personalpolitik ändern.

Stolpe sieht das offenbar anders. Er reklamiert für sich unverdrossen Sonderrechte. Die Gauck-Behörde, so der Ministerpräsident in einem Interview mit der *Zeit*, sei in seinem Fall „an einen Grenzfall gestoßen, bei dem die reine Ermessensbeurteilung aufgrund der Aktenlage und nach den Maßstäben des Staatssicherheitsdienstes an der Wahrheit vorbeigeht".

„Gegenwärtig", ließ Stolpe letzte Woche verlautbaren, erwäge er keine rechtlichen Schritte gegen die Gauck-Behörde. Das klang wie eine versteckte Drohung.

Hinter seinen Anwürfen steckt ein grundsätzlicher Konflikt – zwischen dem unversöhnlichen Regimegegner und Bürgerrechtler Gauck und seinem auf Anpassung ans SED-Regime bedachten Christenbruder Stolpe.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler will gar ein „unabhängiges Gegengutachten" erstellen lassen: „Wer wie Herr Gauck ständig mit dem Aufspüren von Stasi-Spitzeln beschäftigt ist, kann betriebsblind werden."

Den Vorwurf will der Untersuchungsausschuß des brandenburgischen Landtags erst gar nicht auf sich ziehen. Das Gremium werde, so beteuern Koalitions- wie Oppositionsvertreter, die Akte Stolpe Blatt für Blatt prüfen, ob Daten, Fakten und Zitate mit der Erinnerung von Zeugen, mit Stolpes eigenen Aufzeichnungen oder mit kirchlichen Dokumenten übereinstimmen. Die Papiere, sagt der Ausschußvorsitzende Lothar Bisky (PDS), seien „ein ganz wichtiges Material".

In den nächsten Wochen sollen unter anderen die Altbischöfe Gottfried Forck, Werner Krusche und Johannes Hempel sowie die ehemaligen Stasi-Offiziere Joachim Wiegand und Klaus Roßberg von der Stasi-Kirchenabteilung XX/4 gehört werden, die den IM „Sekretär" alias Manfred Stolpe geführt haben.

SPD-Landeschef Reiche drängt darauf, auch die Sichtweise der Kirche bei der Wahrheitsfindung heranzuziehen: „Auch die Kirche sollte erklären, wie sie die Arbeit ihres früheren Konsistorialpräsidenten bewertet." Dabei, meint der Sozialdemokrat, werde „sicherlich klar werden, daß Stolpe immer ein Mann der Kirche gewesen ist".

„Vielleicht", kontert Bündnis-Chef Nooke, „war ja alles von den Bischöfen gedeckt." Nooke bissig: „Dann muß die Kirche abtreten, nicht Stolpe."

Doch ob Manfred Stolpe die Enthüllungen über seine DDR-Vergangenheit überlebt, wird, so steht zu vermuten, nicht nach Aktenlage und nicht von Zeitzeugen entschieden, sondern nach politischer Opportunität. Noch hält sich der Ministerpräsident für unersetzlich. Stolpe letzte Woche: „Die Leute in Brandenburg brauchen mich. Es gibt keinen Grund zur Resignation."

Was Sie sehen, ist Boss.

Was Sie spüren,

ist Reine Schurwolle.

REINE SCHURWOLLE

BOSS

HUGO BOSS

„Wir hatten sie im Griff“

Wie die Stasi die evangelische Kirche der DDR mit „Inoffiziellen Mitarbeitern“ unterwanderte

SED-Chef Honecker, Bischof Gienke*: Halbherziges Dementi

Oberkirchenrat Helmut Zeddies, früher stellvertretender Sekretär beim DDR-Kirchenbund, war geschockt. „Ich habe die ganze Nacht nicht schlafen können“, klagte der Kirchenmann.

Um seine Träume gebracht hatte den Oberkirchenrat die Enttarnung eines Pfarrers als Stasi-Mitarbeiter in der Fernsehsendung „Kontraste“. Der Chefredakteur der *Mecklenburgischen Kirchenzeitung*, Jürgen Kapiske, so enthüllten die TV-Leute, habe fast 17 Jahre lang als Maulwurf des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die evangelische Kirche der DDR untergraben.

Kapiske galt seit über 20 Jahren als vertrauenswürdiger Pfarrer und Kirchenjournalist, der zu DDR-Zeiten überall dabei war und von seiner Kirche sogar in den Westen geschickt wurde: zum Weltkirchenrat nach Genf oder zum Lutherischen Weltbund nach Wien und Budapest. In den letzten Monaten tat sich Chefredakteur Kapiske besonders eifernd in der Debatte um die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS hervor. Er wetterte in seinem Blatt gegen die „Diffamierungskampagne“ der Medien und die „mörderischen Kampagnen gegen Einzelpersonen“.

Angst vor der eigenen Enttarnung? Kapiske, Stasi-Deckname IM „Walter“, hat für seinen wahren Arbeitgeber mehr als 3000 Seiten Spitzelberichte verfaßt, die meisten handschriftlich, über seine Kirche und seine Mitbrüder, über westliche Journalisten und ostdeutsche Dissidenten. Dafür bekam er nicht nur Geld von der Stasi, sondern auch einen Orden vom obersten Chef Erich Mielke.

Die öffentliche Enttarnung des Gottesdieners Kapiske vor Millionen Fernsehzuschauern, jammerte Oberkirchenrat Zeddies, „hat der Kirche geschadet wie kein anderer Fall“.

Zeddies und seinen Mitbrüdern dürften noch viele schlaflose Nächte bevorstehen, wenn erst das ganze Ausmaß der Verstrickung von Kirche und Stasi ans Licht kommt: Mehr als 3000 von den 40 000 bis 50 000 Angestellten der evangelischen Kirche in der DDR standen nach Kontraste-Recherchen im Stasi-Sold – vom Kraftfahrer bis zum Bischof.

Selbst offenbart hat sich bislang kaum einer von ihnen. IM „Walter“ wurde nur zufällig in den Akten seiner Opfer geortet. Die wenigen Pfarrer und Kirchenleute, die ihre Stasi-Kontakte zugeben, verklären sie meist.

Ein Theologie-Professor aus Halle traf sich mit der Stasi, um diese von seinen Studenten fernzuhalten. Der Kirchenlehrer (Deckname „Professor Baum“) beteuert: „Die Gespräche drehten sich ausschließlich um die Bewertung bekannter Gegebenheiten.“

Studentenpfarrer Detlef Haupt aus Erfurt führte über Jahrzehnte heimliche Gespräche, „weil ich glaubte, damit etwas zum Überwinden der Konfrontation zwischen Staat und Kirche tun zu können“. Zum Beispiel habe er „Fehlurteile der Stasi“ über kirchliche Basisgruppen korrigieren wollen. Der Erfurter Propst Heino Falcke, bei der Stasi wegen seiner Regimekritik auf der schwarzen Liste, erfuhr jedoch aus seiner Opferakte, daß Studentenpfarrer Haupt ganz im Sinne der Stasi „den Differenzierungsprozeß in der Propstei Erfurt“ – in klardeutsch: die Zersetzung der Gemeinde – tatkräftig gefördert hat.

Die Alt-Bischöfe Horst Gienke (Greifswald) und Ingo Braecklein (Erfurt), in den Stasi-Akten als IM „Orion“ und IM „Ingo“ geführt, weisen bisher nur halbherzig zurück, sie seien für das MfS tätig gewesen. Die Mitglieder kirchlicher Untersuchungsausschüsse, die in manchen Landeskirchen die Stasi-Verstrickungen von Kirchenleuten aufzuhellen suchen, beklagen, „daß von den Amtsträgern praktisch nichts kommt“. Der Berliner Kirchenhistoriker Erhard Neubert – einst in der Theologischen Studienabteilung des DDR-Kirchenbundes tätig – sieht Kontinuität: Die große Scheu der Kirchenleitungen vor Öffentlichkeit, so Neubert, habe früher der Konspiration mit der Stasi Vorschub geleistet und verhindere jetzt die notwendige Aufklärung.

Neubert glaubt, die Stasi als archaischer und geheimer Männerbund habe

* Am 11. Juni 1989 in Greifswald.

Ost-Berliner Bischof Schönherr (1973)
Jubelwort zum DDR-Geburtstag

auf kirchliche Patriarchen erhebliche Anziehungskraft ausgeübt. Der Stasi waren die Motive der Kirchenleute im Grunde egal. Mielkes Vasallen interessierte lediglich, mit welchen psychologischen Tricks sie am besten an ihre Opfer herankamen.

Für jeden Kontakt entwarfen die Stasi-Offiziere eine Gesprächskonzeption. Denn bei der IM-Werbung ging es nicht um das Rekrutieren militärischer Befehlsempfänger, sondern – gerade in den Kirchen – um Menschen mit Zweifeln, Hoffnungen und Sehnsüchten. Das psychologische Geschick des Führungsoffiziers war für die Bindung wichtiger Kirchenleute ausschlaggebend.

Die Stasi-Psychologen kamen mit der vom Pfarrer bevorzugten Zigarettenmarke ins Pfarrhaus und begannen Gespräche nach dem Motto: „Wir wollen was tun zur Klimaverbesserung. Sie haben doch ständig Probleme in Ihrer Gemeinde, wo Sie beim Rat des Kreises nicht weiterkommen, da ist doch ein direkter Kontakt zu uns viel nützlicher. Lassen Sie uns ab und zu treffen, dann können wir helfen, Konflikte zu lösen."

Anderen Geistlichen näherte sich der Stasi-Versucher als lernwilliger Atheist: „Die neue Kirchenpolitik, Sie verstehen, ich möchte die Kirche kennenlernen, Beratung in theologischen Fragen, die Theologie ist ja komplizierter als der Marxismus, ich will niemandem Unrecht tun, wenn ich da mal was zu bewerten habe."

Für die Werbung kirchlicher Mitarbeiter hatte die Stasi schon früh Sonderrichtlinien erarbeitet – Zeichen für den Stellenwert, den das MfS der Infiltration der Christenheit zumaß. In der Mielke-„Richtlinie 1/58" aus dem Jahre 1958 heißt es unter dem Stichwort „Allmähliches Heranziehen zur Mitarbeit":

> Besonders bei kirchlichen Würdenträgern u.a. ist durch eine systematische und zielstrebige Zusammenarbeit zu erreichen, daß das Vertrauen dieser Personen zu den Organen für Staatssicherheit wächst und das MfS wichtige und wertvolle Informationen erhält. Durch ständige ideologische Beeinflussung muß im Endergebnis eine enge Zusammenarbeit geschaffen werden, so daß in besonderen Fällen selbst von einer schriftlichen Verpflichtung abgesehen werden kann, wenn ohne eine schriftliche Verpflichtung das Ziel besser erreicht wird bzw. durch die Ergebnisse der Mitarbeit eine unzertrennbare Bindung erfolgt.

Ähnlicher Sonderfürsorge erfreuten sich nur noch die ostdeutschen Rechtsanwälte und einzelne Intellektuelle.

Der Verzicht auf die schriftliche Verpflichtung „erklärt" – so ein Offizier der Stasi-Kirchenabteilung XX/4 –, „daß heute so viele sagen, sie wüßten nicht, ob sie IM waren". Entscheidend für das MfS sei gewesen, „ob jemand wußte, daß er da konspirative Kontakte zur Stasi unterhielt, wozu schon ein gewisser Grad der Vertraulichkeit zählte".

Thüringischer Bischof Braecklein
Vom MfS instruiert

Mit der Konspiration hatten die Stasi-Zuträger aus der Christenheit meist kaum Probleme. Denn ebenso wie die Stasi waren viele Kirchenfunktionäre aus innerer Überzeugung daran interessiert, gesellschaftliche Konflikte unter dem Deckel zu halten, um Unruhe im Land zu vermeiden.

Die Kirchen-IM bemerkten mitunter nicht einmal, wie sie „instruiert" wurden. „Das geschah oft schon einfach dadurch, daß man ihnen eine bestimmte Information gab", sagt ein Führungsoffizier, „denn ich gehe ja mit einem Informationsvolumen auf den Mann zu, das der nicht hat. Hör zu, sage ich, nächste Woche läuft es wahrscheinlich so und so auf der Synode. Du vertrittst doch auch die Meinung, daß ...? So hat man sich eben Gruppen in der Kirche aufgebaut und Einfluß genommen."

Die Stasi plante ihre strategischen Einsätze in der Kirche weit voraus. Standen Entscheidungen in den Landeskirchen oder auf der Synode an, dem obersten Gremium der DDR-Kirche, machte die örtliche Stasi über ihre IM Stimmung in den Gemeindegruppen und Gemeindekirchenräten. Gleichzeitig mobilisierte die Stasi-Zentrale ihre IM in den wichtigsten kirchlichen Gremien auf allen Leitungsebenen.

Noch heute schwärmen die Stasi-Offiziere der XX/4 davon, wie sie die evangelische Bundessynode 1974 gesteuert haben. In jenem Jahr, in dem die DDR 25 Jahre alt wurde, gelang es dem MfS erstmals, die Kirche zu einem klaren Bekenntnis zur DDR zu bringen – ein Meilenstein auf dem Weg zur vier Jahre später propagierten Formel „Kirche im Sozialismus". Daß die Mielke-Helfer nicht aufschneiden, belegen zahlreiche Partei-, Stasi- und Kirchendokumente.

SED-Chef Erich Honecker hatte den Kampfauftrag an das MfS bereits ein Jahr zuvor formuliert. Es müsse gewährleistet werden, heißt es in einem Papier der „Arbeitsgruppe Kirchenfragen" beim SED-Zentralkomitee vom Oktober 1973, daß „eine grundsätzliche Erklärung des Kirchenbundes aus Anlaß des 25. Jahrestages angestrebt wird, in der die Politik der DDR zum Wohle des Menschen bejaht und unterstützt und zur Entwicklung unseres Staates positiv Stellung genommen wird".

Eine Woche vor dem 25. Jahrestag im Oktober 1974 sollte die Bundessynode in Potsdam tagen. Durch Stasi-Zuträger hatte die SED bereits im Frühjahr erfahren, daß „erneut Angriffe gegen unser sozialistisches Bildungssystem zu erwarten sind". Pfarrer planten, meldeten

werndl Office Furniture Systems

FEEL AT HOME AT THE OFFICE.

In einer angenehmen Umgebung läßt es sich besser arbeiten. So lautet, kurz zusammengefaßt, die Unternehmens-

philosophie von Werndl. Werndl entwickelt Büroeinrichtungen, in denen Ihre Mitarbeiter sich zuhause fühlen.

Wo sie motiviert arbeiten und optimale Leistungen erbringen. So läßt Werndl die Arbeitsumgebung für Sie arbeiten

THE SPIRIT OF IN NOVA TION

Werndl Office Furniture Systems,
Georg-Aicher-Straße 7, D-8200 Rosenheim,
Tel.: 08031 405-0, Fax: 08031 405-100

mehrere IM, wegen der massiven Benachteiligung christlicher Schüler Eingaben an die SED-Führung. Die „Arbeitsgruppe Kirchenfragen" der SED schrieb daraufhin an die Stasi: „Würde es gelingen, die Leitung des Kirchenbundes zur Abgabe einer positiven Grundsatzerklärung zu bringen, würden ihr Ausfälle gegen unseren Staat auf der Bundessynode fast unmöglich gemacht."

Generalstabsmäßig organisierte die Stasi-Hauptabteilung XX/4 die Vorgabe der Partei. Den IM wurde fortan bei jedem Treff der Gedanke einer „notwendigen kirchlichen Anerkennung der DDR" nahegebracht. Auf den Frühjahrssynoden einiger Landeskirchen setzten inoffizielle Stasi-Mitarbeiter unter den Synodalen den Slogan bereits erfolgreich in Beschlüsse um.

Kirchliche Friedensdemo*: „Dem MfS ging es vor allem um politische Einflußnahme"

Die entscheidende Stütze für das MfS aber waren ihre Inoffiziellen Mitarbeiter unter den Bischöfen und in der Konferenz der Kirchenleitungen, dem obersten Führungszirkel des DDR-Kirchenbundes, die bei Sitzungen und Tagungen das DDR-Jubiläum thematisierten. Der IM „Ingo" wurde, laut Stasi-Akten, bei mehreren Treffs vom damaligen Chef der HA XX/4, Oberstleutnant Franz Sgraja, „instruiert". Parallel dazu forderten Führungsoffiziere Dutzende Oberkirchenräte, Kirchenreferenten und Kirchenjuristen in der ganzen DDR auf, in allen Landeskirchen für Zustimmung zum DDR-Jubeltag zu sorgen.

Die SED sicherte auf offizieller Ebene das Unternehmen ab. Anläßlich des Geburtstages des DDR-Staatsratsvorsitzenden Willi Stoph am 9. Juli 1974 empfing die SED-Spitze erstmals Vertreter des Kirchenbundes und suggerierte „Entspannung im Staat/Kirche-Verhältnis", wie der Berliner Bischof Albrecht Schönherr, der Leiter des Kirchenbundsekretariats Manfred Stolpe und der thüringische Landesbischof Ingo Braecklein anschließend verkündeten.

Wenige Wochen später legte der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, den Bischöfen Schönherr und Braecklein offiziell ein Hirtenwort zum DDR-Jubiläum nahe.

Die Doppelstrategie aus konspirativem und amtlichem Druck zeigte Wirkung. Auf einer internen Besprechung der evangelischen Landesbischöfe sprachen sich die Bischöfe Breacklein, Gienke, Schönherr und der Dessauische Kirchenobere Eberhard Natho für ein Jubelwort aus. Dagegen waren nur noch drei: die Bischöfe Werner Krusche (Magdeburg), Johannes Hempel (Dresden) und Hans Joachim Fränkel (Görlitz). Von der Besprechung, an der nur Bischöfe teilnahmen, finden sich in den Stasi-Akten detaillierte Schilderungen.

Bei der Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen kurz danach, am 12. und 13. Juli 1974, fehlen die von der Stasi als „negativ" eingestuften Bischöfe zufällig – wegen Urlaubs. Die Oberhirten Schönherr und Gienke, Sekretariatschef Stolpe und der thüringische Bischofs-Vertreter Oberkirchenrat Gerhard Lotz (Eisenach) setzen durch, daß ein Entwurf für ein „Wort der Kirche zum 25. DDR-Jahrestag" erarbeitet wird.

Der Eisenacher Kirchenjurist Lotz – Deckname IM „Karl" – war nach Aktenlage für die Stasi ein wichtiger Mann: Lotz traf sich in jenen Tagen laut Unterlagen mehrfach mit seinem Führungsoffizier, Hauptmann Klaus Roßberg, und lieferte dem eigens aus Berlin zum Treffen in Thüringen angereisten Stasi-Offizier Interna aus dem innersten Führungskreis der Protestanten, Sitzungsprotokolle und Arbeitspapiere inklusive.

Ihr Einfluß auf die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) reichte der Stasi aber noch längst nicht. Die Hauptabteilung XX/4 wollte ebenso verhindern, daß die Bundessynode eine Woche vor dem DDR-Jahrestag die DDR-Volksbildung kritisierte, was vor allem Bischof Fränkel beabsichtigte.

In einem „Maßnahmeplan" legte die XX/4 eine konzertierte Aktion ihrer IM fest, um einen genehmen Duktus des Synodenberichts der Konferenz der Kirchenleitungen, wichtigstes Dokument der Kirchenversammlung, zu gewährleisten: In Eisenach, Dresden und Schwerin wurden neun Kirchen-IM auf die jeweils von einem Bischof verantworteten Hauptteile des Synodenberichts angesetzt. Es handelte sich um IM „Forell", Berliner Oberkonsistorialrat; IM „Schütz", mecklenburgischer Kirchenrat; IM „Jurist", leitender Kirchenbundjurist; IM „Prinz", Oberkirchenrat in der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union; IM „Zwinger", Oberkirchenrat; IM „Dietrich", leitender Kirchenmitarbeiter, sowie um die IM „Ingo" (Bischof Braecklein), „Karl" (Oberkirchenrat Lotz) und „Sekretär".

Als „Sekretär" führte die XX/4 den damaligen Leiter des Kirchenbundsekretariats und späteren Konsistorialpräsidenten von Berlin-Brandenburg Manfred Stolpe.

Die Aufgabe der neun laut Maßnahmeplan: ständige Information der Stasi und detaillierte Einflußnahme auf die Vorbereitung der Tagung sowie weitere Isolierung der „negativen" Kräfte.

Die Kirchenabteilung XX/4 inszenierte einen regelrechten Countdown bis zur Synode:

Vier Wochen vor Beginn der Tagung zitiert die XX/4 die für die Kirchen zuständigen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter aus den Bezirken, die „über einsatzfähige IM verfügen", zur „politisch-operativen Orientierung" nach Berlin. Ansichten und Stimmung eines jeden

* Im Februar 1983 in der Dresdner Hofkirche.

G&H ALLIANCE

Die Nachkommen der großen Kanufahrer zeigen ihre Zähne heute nur noch, wenn sie lächeln

Als man in Europa noch von unentdeckten Kontinenten träumte, fühlten sich die Maori in Neuseeland bereits seit 800 Jahren zu Hause. Überlieferte Legenden und großes Navigationsgeschick ließen das Volk der Seefahrer mit traumhafter Sicherheit auf den immergrünen Inseln stranden. Erst James Cook ist es zu verdanken, daß viel später die ersten „Pakeha", wie wir Europäer genannt werden, in Neuseeland eine neue Heimat fanden. Mit Stolz können die Maori noch heute ihre Herkunft bis zu den legendären Kapitänen der großen Kanus zurückverfolgen.

Ihre ruhmreiche Vergangenheit verschaffte ihnen Respekt und einen Platz in der heutigen Gesellschaft, in der beide Völker ein überwiegend städtisches Leben führen. Auch wenn die jüngsten Vertreter der großen Kanufahrer ihre Runden heute lieber auf dem Skateboard drehen, haben die Maori ihren eigenen Lebensstil bewahrt. Ein aufsehenerregendes Ereignis ist die Regatta der prachtvoll geschnitzten Kriegskanus, jedes Jahr Mitte März. Schauplatz dieses gesellschaftlichen Spektakels ist der Ort „Nga-rua-wahia", Regierungssitz der Maori-Königin Te Ariki Nui. Im Maori-Alltag sind derartige Höhepunkte eher die Ausnahme. Aber wer macht nicht gerne Pause vom Alltäglichen, wenn es etwas zu feiern gibt. Wenn Sie die Haka- und Poi-Tänze der Maori live erleben möchten, geht das z. B. 4 x wöchentlich ab Frankfurt mit Singapore Airlines. Der besten Flugverbindung via Singapur nach Neuseeland. Mit der modernsten Flotte der Welt und dem Bordservice, über den sogar andere Fluglinien sprechen.

SINGAPORE AIRLINES

Mit dem Coupon erfahren Sie mehr über Land, Leute und aktuelle Reiseangebote beim Fremdenverkehrsamt von Neuseeland, c/o Lange Touristikdienst, Postfach, 6457 Maintal 2.

Bischofs werden erörtert, die Kräfteverhältnisse auf der Synode analysiert, die Aufgaben einzelner IM festgelegt.

Damit die Inoffiziellen, die auf der Synode zum Einsatz kommen, „optimale Ergebnisse" bringen, beschließt die Leitung der XX/4, auch deren Führungsoffiziere zur Betreuung nach Potsdam zu delegieren.

Zwei Wochen vor Beginn der Synode tagt auch die KKL noch einmal. Inzwischen ist die Ausarbeitung der Erklärung zum DDR-Jubiläum Bischof Braecklein und seinem Vertreter Oberkirchenrat Lotz übertragen worden.

Über deren Textentwurf kommt es zu heftigen Kontroversen mit den „negativen" Bischöfen Krusche, Fränkel und Hempel. Sie stoßen sich an Formulierungen wie „menschlichere Normen des Zusammenlebens", „Realität der sozialistischen Gesellschaftsordnung bejahend annehmen" oder „freudige Bejahung der Existenz als Kirchen in der DDR". Die drei Bischöfe lehnen solche Formulierungen als „Verfälschung von Tatsachen" ab und fordern statt dessen, die Synode müsse zum Jubiläum „die Behinderung christlicher Menschen" in der DDR anprangern. Doch Krusche, Fränkel und Hempel dringen nicht durch.

Die KKL – fast ein Drittel der Anwesenden sind bei der Stasi als IM registriert – beschließt vielmehr ein Grußtelegramm an Erich Honecker zum 25. Staatsjubiläum, eine Fürbitte für den Staat DDR von allen Kanzeln zu verlesen „zum bevorstehenden Tag der Republik" und die Einarbeitung der Glückwünsche ans Regime in den zentralen Synodenbericht.

Die Stasi hat gewonnen. Doch sie will mehr.

Als zwei Wochen später die ersten Synodalen aus allen Landeskirchen am späten Freitag vormittag zur Andacht anreisen, ist die Einsatzgruppe der XX/4 schon längst vor Ort. Ihr Ziel: Die Repräsentanten der evangelischen Christenheit in der DDR sollen ein noch klareres Bekenntnis zum sozialistischen Staat verabschieden.

Zur Stasi-Schattensynode gehören insgesamt 25 Geheimdienstler aus allen DDR-Bezirken; sie beziehen Quartier in einem Stasi-Objekt in unmittelbarer Nähe der Tagungsstätte in Potsdam-Hermannswerder.

An alles ist gedacht: Verpflegung, Übernachtung, Sekretärin, Auswerter, Fahrer, Kuriere, Nachrichtenverbindungen zur Zentrale.

Während die christlichen Synodalen noch beim Namensaufruf sind, führt die Schattensynode bereits ihre fünfte operative Beratung durch.Täglich – parallel zum Plenum der Synode – gibt es eine zentrale Zusammenkunft.

Die Genossen sind bestens vorbereitet: Jeder MfS-Mann kennt alle Personen auf der Synode, die Entwürfe für Reden und Beschlüsse liegen vor, ebenso Dutzende von Stimmungsberichten aus den Landeskirchen sowie Interna aus Vier-Augen-Gesprächen der Bischöfe und anderer Kirchenfunktionäre.

Die Herren sind rund um die Uhr auf Trab für das MfS – unterstützt von Offi-

Ein leeres Versprechen

gaben Stasi-Kader ihren wichtigsten Inoffiziellen Mitarbeitern in den Kirchen-Organisationen bei den letzten Treffen, die noch bis ins Frühjahr 1990 stattfanden: Ihre Akten, so wurden die IM beruhigt, seien restlos beseitigt. Zwar geht aus Unterlagen der Gauck-Behörde hervor, daß die zuständige Hauptabteilung XX/4 im Wende-Herbst 1989 einen Großteil des Materials vernichten ließ. Doch inzwischen sind Registriernummern, Decknamen, Einstufungen vieler IM und Treffberichte ihrer Führungsoffiziere aufgetaucht.

Die meisten haben über ihre Stasi-Kontakte bisher geschwiegen. Viele arbeiten noch in der Kirche; einige ehemalige Kirchen-IM bekleiden heute wichtige Ämter.

So wurde seit 1977 ein IMS „Ferdinand" von der Berliner Hauptabteilung geführt. Dahinter verbirgt sich ein derzeit amtierender Bischof. Hinter IMB „Gallus" steckt eine Juristin, Mitglied einer Kirchensynode. IMB „Josef Grübler" war einst Pressereferent beim Kirchenbund und einer Landeskirche. IMS „Nansen" regelte früher praktisch alle Reiseangelegenheiten des DDR-Kirchenbundes. Sämtliche Unterlagen der Pfarrer und Kirchenangestellten, die eine Dienstreise ins Ausland antraten, gingen durch seine Hände.

IMS „Helmut", früher als Journalist auf vielen Synoden dabei, arbeitet heute als Pressesprecher einer Landesregierung. Der Ex-Kirchenjurist „Malteserfalke" bekleidet einen leitenden Posten im brandenburgischen Justizministerium. Die XX/4 führte auch West-Journalisten, etwa den freischaffenden „Kirchenexperten" IMB „Willi" sowie den IMB „Ast", langjähriger leitender Mitarbeiter des „Evangelischen Pressedienstes". IMB „Westphal" sitzt noch heute als Fernseh- und Rundfunkredakteur in der West-Berliner Kirchenzentrale.

Fordern Sie unsere Broschüre an - oder sprechen Sie mit dem Fachhändler Ihres Vertrauens.

DOM Sicherheitstechnik
Postfach 19 49
W-5040 Brühl/Köln

Ich möchte Ihre Broschüre "Schließtechnik heute"

Name/Firma

Straße

Ort

SP 16

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette der Marke Camel Mild enthält 0,7 mg Nikotin und 9 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

zieren im besonderen Einsatz, die als Abgesandte des Staatssekretariats für Kirchenfragen offiziell die Synode beehren.

Besonders erfolgreich verlief nach Aktenlage „die Beeinflussung" des Kirchenbundsvorsitzenden Bischof Schönherr „über ausgewählte IM". Zwei IM („Forell" und der Theologieprofessor „Fritz") hatten im Vorfeld im Stasi-Auftrag die Gründe der „labilen Haltung Schönherrs gegenüber dem negativen Bischof Fränkel" zu ergründen versucht. Offenbar mit Erfolg. Denn anschließend gelang es laut Stasi-Akten den IM „Orion" und „Wilhelm", Schönherr gegen Fränkel einzunehmen.

Einen ähnlichen Auftrag bekamen auch andere IM: In Pausengesprächen und beim Plausch am Abend sollten sie eine „Anti-Fränkel-Stimmung erzeugen", um den Bischof weiter zu isolieren. Über Fränkels Pläne, die Synode zu harscher Kritik am DDR-Bildungswesen zu bewegen, war die XX/4 da schon bestens informiert – durch IM „Stein", einen engen Mitarbeiter des Görlitzer Bischofs.

Zwischen Synode und Stasi-Schattensynode herrschte rege Kommunikation. Einige IM wählten eine bestimmte Telefonnummer und gaben ihre Berichte durch, andere hinterlegten Papiere und handschriftliche Notizen an abgesprochenen Orten, wieder andere sprachen ihre Berichte auf Tonband oder trafen sich zum „Gedankenaustausch" nachts um drei mit ihrem Führungsoffizier.

Jeder vierte der 80 Delegierten auf der Kirchensynode wird in den Stasi-Akten als IM geführt. Akribisch vermerken die MfS-Offiziere insgesamt 123 Kontakte mit ihren IM-Klienten. Kein Wunder, daß am Sonntagabend die Beteiligung am Kulturprogramm der Synode zu wünschen übrig läßt: Es zieht eben nicht alle zur „Zauberflöte" ins Potsdamer Schloßtheater.

Oberkonsistorialrat „Forell" sorgt dafür, daß die anderen IM unter seinen Glaubensbrüdern die Informationen aus dem wichtigsten Synodenausschuß schneller bekommen als die anderen. IM „Forell" beschafft auch sofort nach Fertigstellung den Synodenbericht der Konferenz der Kirchenleitungen. Der Stasi-Einsatzstab auf der Schattensynode kann noch vor den Synodalen das Dokument lesen und seine IM für die Diskussion instruieren.

Die Debatte verläuft denn auch zur Zufriedenheit des MfS. Der zentrale Synodenbericht enthält ausführliche positive Würdigungen zum 25. Jahrestag der DDR, wie sie schon im Entwurf von „Ingo" und „Karl" enthalten waren, und das bis dahin deutlichste Bekenntnis der Protestanten zum SED-Regime:

> Viel ist in den vergangenen 25 Jahren erreicht worden . . . Große Bemühungen gelten und gelten den Menschen . . . Dieser Tag (ist) ein Höhepunkt des politischen und gesellschaftlichen Lebens . . . Wir sehen in unserem Staat den Ort, an dem wir . . . arbeiten wollen.

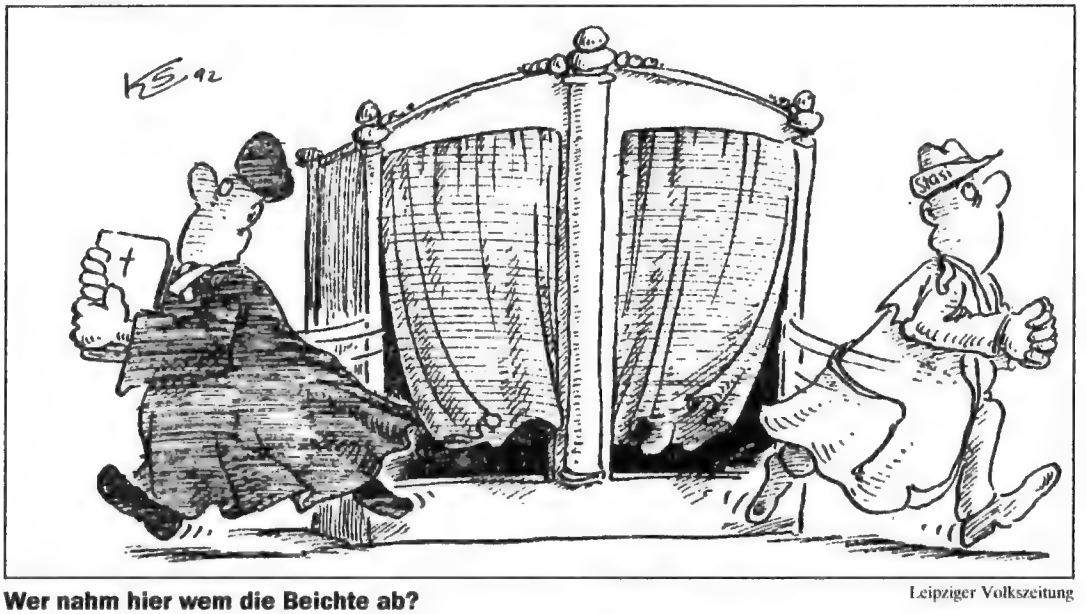
Das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* jubelt am nächsten Tag: „Synode des Evangelischen Kirchenbundes bekennt sich zur DDR."

Die zur Synode 1974 entwickelte Stasi-Strategie wurde in den nächsten Jahren immer weiter verfeinert. Die Stasi-Synodalen hatten stets ein doppeltes Tagungsprogramm: Sie nutzten Anreise, Abreise, Sitzungspausen, die späten Abende oder frühen Morgenstunden zur Kontaktaufnahme mit ihren Führungsoffizieren. Decktelefone und Deckadressen dienten ebenso der Kommunikation wie die Hotels, in denen die Kirchen-IM der Einfachheit halber mitunter direkt neben ihrem Führungsoffizier untergebracht wurden.

Die Stasi stellte sich flexibel auf die jeweilige Kirchentagung ein. Bei der Generalsynode der Lutheraner 1975 waren nur sieben IM im Einsatz. Auf der Tagung, so hatte die Stasi recherchiert, war keine politische Kursdebatte zu erwarten. Zur Bundessynode 1981 in Güstrow setzte XX/4 insgesamt 17 IM und 16 Führungsoffiziere mit „ständiger Treffdurchführung" ein. Wieder mal erfolgreich. Die Stasi-Akten vermelden, es sei dem MfS gelungen, die Friedensdiskussion auf der Tagung zu „versachlichen".

Zur Stasi-Arbeit auf der Bundessynode ein Jahr später in Halle, bei der es um von der SED verbotene Friedenssymbole wie den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" und um die Haltung der Kirche zu den „Friedensdekaden" kirchennaher Oppositionsgruppen ging, vermerkt die XX/4 in einer „politisch-operativen Einschätzung":

> Politisch-realistisch leitende kirchliche Amtsträger (Bischof Gienke, Direktor Petzold, Oberkirchenrätin Lewek, Konsistorialpräsident Stolpe, Kirchenpräsident Natho) waren im Verlauf der Synodaltagung mehrfach bemüht, . . . politisch-loyale, zum Teil bisherige Äußerungen überschreitende und das Verhältnis Staat/Kirche nicht belastende Aussagen in den Diskussionen und Beschlüssen der Synode zum Tragen zu bringen. Dabei wurden sie von politischrealistischen und loyalen Synodalen (Konsistorialrätin Cynkiewicz/Berlin, Pfarrer Simon/Zirchow, Professor Dr. Hertzsch/Jena, Diplom-Geophysiker Semper/Oranienburg, Diplom-Ingenieur Krause/Berlin) unterstützt.



Wer nahm hier wem die Beichte ab?

Leipziger Volkszeitung

Genau das war das Hauptziel aller kirchlichen Wühlarbeit der Stasi. „Dem MfS ging es vor allem um die politische Einflußnahme: um den Inhalt der kirchlichen Synoden-Erklärungen, um die Verhinderung negativer Aussagen in den Texten und Reden, um die Isolation negativer Synodaler, um sämtliche Personal- und andere kirchenpolitischen Entscheidungen", sagt einer der Führungsoffiziere der XX/4.

Und stolz fügt er hinzu: „Wir haben die Kirchen ständig vor uns hergeschoben. In den siebziger Jahren – und auch bis weit in die achtziger Jahre hinein – hatten wir die wichtigsten Synoden im Griff."

Ein Platz für Medien-Vielfalt – Nordrhein-Westfalen

Annemarie Wendl als Else Kling und Marie-Luise Marjan als Helga Beimer in der WDR-Serie „Lindenstraße“ vo

Presse, Film, Video, Satellitenfernsehen und Lokalfunk – die Medienszene in Nordrhein-Westfalen ist in Bewegung. Die Rundfunk- und Fernsehstadt Köln, bald mit MediaPark und Kunsthochschule für Medien – dazu Duisburg, Düsseldorf, Dortmund und Oberhausen als Film- und Medienzentren: Nordrhein-Westfalen wird mehr und mehr zum Medienstandort von europäischem Rang.

fördert Kreativität und Initiative.

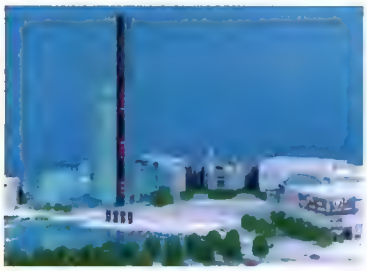
Zentrum im Westen

Medienforum 92 in Köln.
Vom 31. Mai bis zum 3. Juni wird in Köln das vierte „Medienforum NRW" stattfinden, um relevante Fragen der Medienpraxis und -theorie zu diskutieren.
Geplant sind vier zentrale Kongreßteile: Medienpolitik, Lokalfunk, Film und Fernsehen, wobei der TV-Bereich durch den Internationalen Fernsehkongreß repräsentiert wird.

Erstmals Hörfunkpreis in NRW.
Im Rahmen des Medienforums 92 wird die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) zum ersten Mal einen Hörfunkpreis vergeben. Damit sollen kreative Programmleistungen im privaten Hörfunk honoriert werden.

Lokalradios fast komplett.
Seit dem Start des Privatfunks in NRW sind inzwischen 33 von insgesamt 43 geplanten Lokalstationen zu hören.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH
Postfach 200309
4000 Düsseldorf 1
Telefon (0211) 130000



Mit dem MediaPark entsteht in Köln ein Zentrum für Informations- und Kommunikationstechnologie, für Medien-Produktion und -Service – mit 3.000 Arbeitsplätzen in Büros, Studios und Läden.

NRW.

Einwanderung

Sesam, öffne dich

Der Druck auf Bonn wächst: Unionspolitiker schließen sich zunehmend der SPD-Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit Immigrationsquoten an.

Kurt Biedenkopf, dem Bonner Kanzler seit Jahren durch herzliche Feindschaft verbunden, wagte mal wieder eine Provokation: Deutschland, forderte der sächsische Ministerpräsident am Wochenende vor Ostern, müsse sich endlich als Einwanderungsland verstehen und ein Einwanderungsgesetz verabschieden.

Biedenkopf brach, als erster Landeschef, ein christdemokratisches Tabu: Ein Einwanderungsgesetz samt Höchstgrenzen für die Immigration war vom Kabinett Kohl bislang stets abgelehnt worden – mit der ebenso stereotypen wie aberwitzigen Begründung, Deutschland sei „kein Einwanderungsland".

Dabei übersteigt der sogenannte Wanderungsgewinn, den die Bundesrepublik allein von 1945 bis 1980 verzeichnet hat, mit rund 17 Millionen den Zuwachs der fast viermal so bevölkerungsreichen USA, die im selben Zeitraum 11 Millionen Einwanderer aufgenommen haben. Und allein für das laufende Jahr muß Bonn mit 400 000 Asylbewerbern rechnen, mehr als alle anderen EG-Länder zusammen, dazu mit 300 000 Fällen von Familiennachzug und 200 000 Aussiedlern.

Unmittelbar nach dem Rechtsruck bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg begann die Front der Gegner einer Quotenregelung in der Union zu bröckeln. Seither wächst der Druck auf Kohl.

Von Tag zu Tag mehr Anhänger finden Querdenker wie Heiner Geißler oder Norbert Blüm und Kommunalpolitiker wie der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, die schon vor den Wahlen für ein Einwanderungsgesetz plädiert hatten. Hauptargumente der Quotenbefürworter:

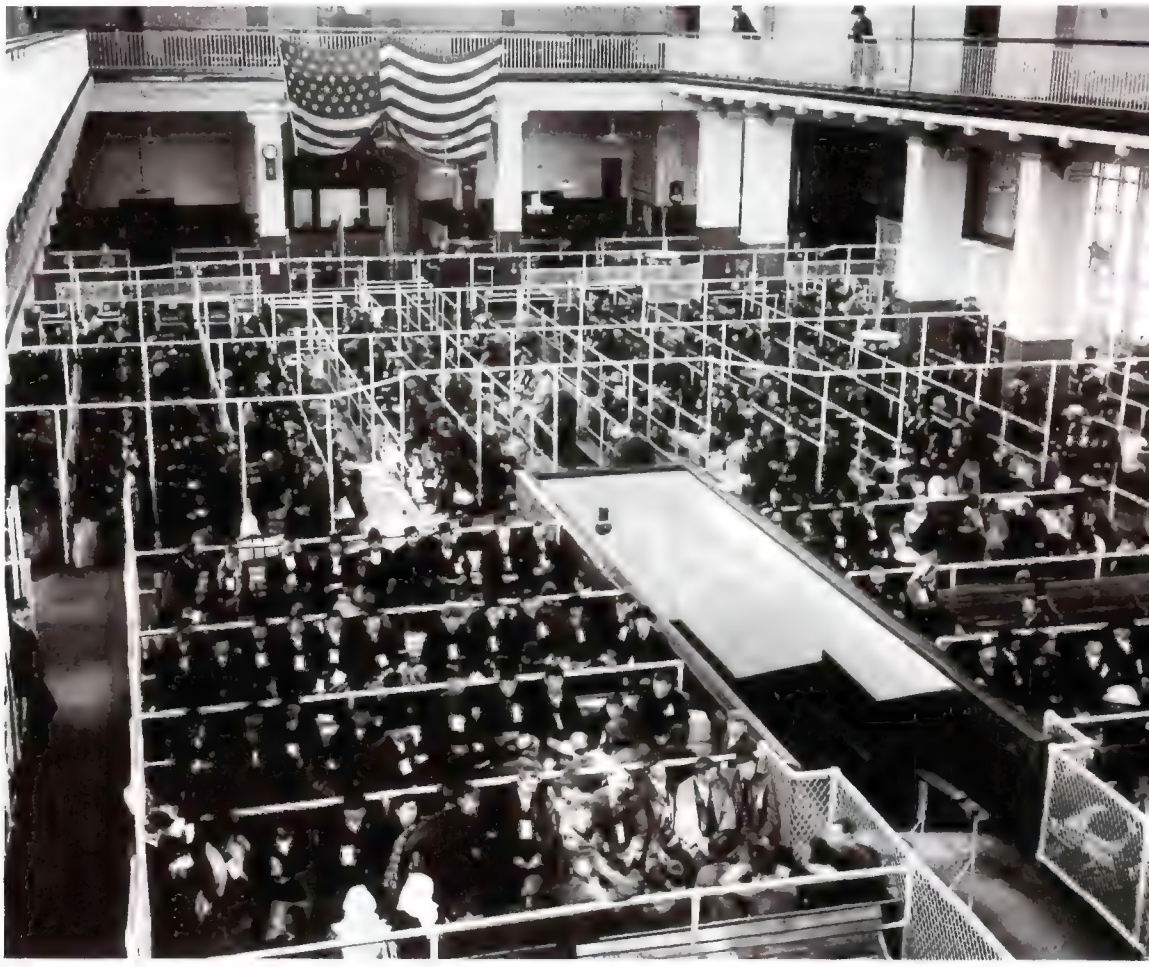
- Einerseits kann sich die Bundesrepublik aufgrund sinkender Geburtenziffern keine Anti-Ausländer-Politik leisten; vielmehr ist nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft während der nächsten 25 Jahre ein steter Zustrom von Zuwanderern – rund 300 000 pro Jahr – notwendig, damit in dem „vergreisenden Land" (Bonns Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen) kein gravierender Arbeitskräftemangel entsteht.
- Andererseits würde eine *ungeregelte* Massenzuwanderung von Aussiedlern, Asylanten und Falschasylanten angesichts von derzeit 2,5 Millionen fehlenden Wohnungen und 3,7 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern zu schweren sozialen Spannungen und politischen Verwerfungen führen.

Die Möglichkeit einer – quotierten – legalen Einwanderung, wie sie zuerst von Sozialdemokraten und Grünen gefordert worden ist, könnte das kostspielige Asylverfahren entlasten. Denn wer in die Bundesrepublik einwandern will, soll sich zwischen Asyl- und Immigrationsantrag entscheiden. Abgelehnten Asylbewerbern könnte die Einwanderung auf absehbare Zeit untersagt werden.

Die jährliche Einwanderungsquote, darin sind sich die meisten Befürworter einig, soll auf Empfehlung einer Fachkommission vom Bundestag beschlossen werden. Als Anhaltspunkt könne unter anderem die jeweilige Lage auf dem Wohnungs- und auf dem Arbeitsmarkt gelten.

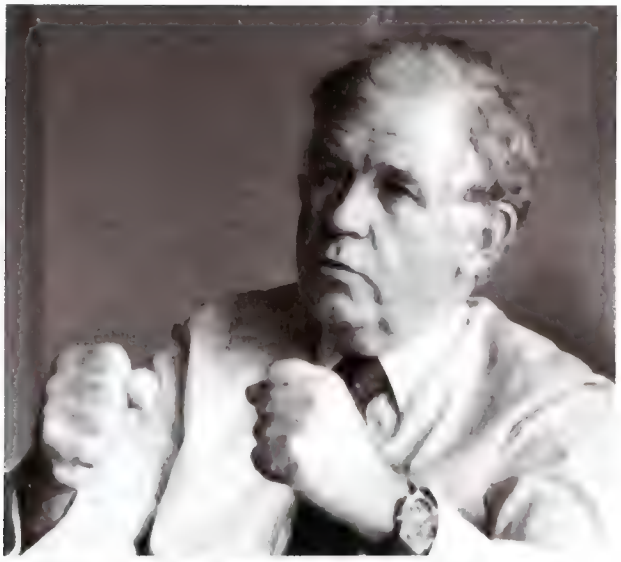
Vorbild sind die Vereinigten Staaten, die seit 70 Jahren die Einwanderung mit Quoten und Kriterien strikt regeln. Mal wurden Kommunisten und Prostituierte, Tbc-Kranke oder Chinesen mit Einwanderungsverboten ferngehalten, mal Westeuropäer, Handwerksmeister oder Investoren mit Quoten gezielt ins Land gelockt – je nach ökonomischem Bedarf und politischer Stimmung im Lande.

Konkrete Zahlenvorstellungen mögen bislang nur wenige deutsche Quotenanhänger nennen. Der Bonner SPD-Fraktionschef Hans-Ulrich Klose meint, Ausgangspunkt für die Berechnung einer Zuwandererquote könne die Differenz zwischen Geburten- und Sterberate sein. Der Hamburger Innensenator Werner Hackmann, der zu den ersten



US-Einwanderung*: Chinesen und Prostituierte ferngehalten, Handwerker und Investoren gelockt

* Kontrolle von Immigranten auf Ellis Island (New York).



Christdemokrat Biedenkopf: Tabu gebrochen

Quotenbefürwortern in der SPD zählte, glaubt, die Bundesrepublik könne jährlich rund 250 000 Menschen verkraften.

Für ein europaweites Quotensystem plädiert die Hamburger SPD-Politikerin Christa Randzio-Plath. Die Europaabgeordnete fordert ein europäisches Einwanderungsgesetz mit einer festen Quote, die, um Deutschland zu entlasten, auf alle EG-Staaten aufgeteilt werden soll – nach Fläche, Einwohnerzahl und Bruttosozialprodukt.

Die heikle Frage, nach welchen Kriterien entschieden werden soll, *wer* ins Land gelassen wird, wenn die Zahl der Einwanderungswilligen die festgesetzte Quote überschreitet, lassen die meisten Befürworter zur Zeit offen.

Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, die im Dezember den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes vorgelegt hat, will dem Familiennachzug sowie Einwanderern mit starkem Interesse an beruflicher Fort- und Weiterbildung den Vorzug geben; ferner soll gefördert werden, wer die Einladung einer Privatperson oder einen Arbeitsvertrag vorweisen kann.

Die Herkunft soll, anders als in den USA, nach Vorstellungen der Grünen kein Zulassungskriterium sein; Höchstgrenzen für Bewerber aus bestimmten Ländern soll es also nicht geben. „Ökonomische Gründe", fordern die Grünen, sollten bei der Auslese hintanstehen.

Ganz andere Prioritäten setzen Wirtschaftsvertreter wie Professor Norbert Walter, der Chefökonom der Deutschen Bank. Walter will sehr wohl eine „regionale oder länderweise Auswahl" treffen und zum Beispiel den Zuzug aus Osteuropa fördern – zu Lasten von „Einwanderern aus fremden Kulturen", die „wenig Bereitschaft zur Anpassung zeigen". Im übrigen, so Walter, sei es „sinnvoll, jüngeren Altersgruppen und Fachkräften den Vorzug zu geben". Alle Einschränkungen, auch die „Länderkontingente", müßten allerdings „flexibel" gehandhabt werden: „Wer anpassungsfähig ist, soll willkommen sein."

Nach dem Vorbild von Regelungen in den Vereinigten Staaten fordert der Bankier, die Bewerber „sprachliche oder schulische Aufnahmeprüfungen" absolvieren zu lassen: Solche Tests „wären eine gute Möglichkeit, die Anpassungsbereitschaft zu testen".

Sozialdemokraten wie der Hamburger Hackmann suchen seit längerem nach Möglichkeiten, Quotierung und Asylrecht auf einen Nenner zu bringen. Hackmann will zwar „Verfolgte nicht quotieren", aber jede durch politische Flüchtlinge bewirkte Überschreitung der jährlichen Gesamtquote als eine Art Hypothek werten: „Dann kann man in den folgenden Jahren eben weniger Armutsflüchtlinge oder Aussiedler aufnehmen, die ja auch in erster Linie Armutsflüchtlinge sind."

Gleichwohl wäre Hackmann, ebenso wie sein Regierungschef Henning Voscherau und viele SPD-Kommunalpolitiker, mit einer Änderung des Asylartikels im Grundgesetz einverstanden – in der Hoffnung, daß im Gegenzug die Union ihre Ablehnung von Einwanderungsquoten aufgibt.

Die Hamburger Rechnung könnte aufgehen. Schon vor Ostern signalisierte Hessens CDU-Chef Manfred Kanther die Bereitschaft seiner Partei, mit der SPD einen „Kompromiß" zu schließen, der durchaus auch eine „kontrollierte, schmale Zuwanderungsquote", etwa 30 000 pro Jahr, zum Inhalt haben könne.

Bonns CDU/CSU-Fraktionsvize Johannes Gerster kündigte an, auch er wäre mit einem Deal Asylrecht gegen Quote einverstanden: Die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer Grundrechtsänderung sei das „Sesam-öffnedich" für alle Vereinbarungen über Quoten.

Letzte Woche schien es nur noch eine Frage der Zeit, daß Kanzler Kohl seine Quotenablehnung aufgibt: Selbst Fraktionschef Wolfgang Schäuble erklärte unter dem Druck der neu entfachten Diskussion, er könne nunmehr eine Einwanderer-Quotierung, jedenfalls als Bestandteil einer europaweiten Lösung, „nicht ausschließen".

It's High Mech.

Zeitlos klassisch und zeitgemäss mechanisch. Das sind die Uhren der High Mech Collection von ORIS. So zeitbewusst trägt der echte Liebhaber wieder Uhren aus weltberühmter Uhrmacherkunst. Hier zählt die Liebe zum Detail, die Liebe zum Handwerk, die Liebe zur klassisch eleganten Form. Rund um die Uhr. Ohne Batterie.

ORIS Complication.
Mechanisches Werk mit automatischem Aufzug, sichtbar durch den Glasboden. Anzeige einer zweiten Zeitzone, des Datums, Wochentages und der Mondphasen. Wasserdicht bis 30 m, echtes Rindslederband. Lieferbar in Goldplaque 10 Micron und in Stahl.

ORIS
Made in Switzerland
Since 1904

Bei ausgewählten Juwelieren und Fachgeschäften erhältlich.

Bezugsquellennachweis:
ORIS Deutschland, Fritz Arning
Südendstraße 78, D-8034 Germering
Tel. 089/84 67 85, Fax 089/8 41 41 25

ORIS Österreich, Walter Kalteis
A-3500 Krems, Tel. 02732/70647

ORIS Schweiz, CH-4434 Holstein
Tel. 061/951 11 11, Fax 061/951 20 65

„Nur noch Ruinen“

In den neuen Bundesländern verfallen die Baudenkmäler schneller, als sie gerettet werden können. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse und unzureichende Finanzmittel, unwillige Bauherren und unfähige öffentliche Verwaltungen erschweren die Rettung von oft unersetzlichem Kulturgut.

Schloß Neustadt-Glewe

Bürgermeister Henry Topp war erleichtert, als der Mann aus dem Westen das Scheckbuch zückte. Für 1000 Mark – in Worten: eintausend – ging das Renaissance-Schloß im mecklenburgischen Flecken Neustadt-Glewe im September letzten Jahres an den rheinischen Burgensammler und Bauunternehmer Herbert Hillebrand.

Als Gegenleistung garantierte Hillebrand, dem noch 21 Burgen gehören, der Gemeinde, er werde binnen zwei Jahren 18 Millionen Mark investieren – in letzter Minute schien ein Retter gefunden.

Jahrelang hatte es ins Schloß hineingeregnet, fast alle Balken sind verfault. Besucher der ins Gemäuer einquartierten Stadtbücherei müssen mit aufgespannten Drahtnetzen vor herabstürzenden Deckenteilen geschützt werden.

Doch Topps Freude über den Geldregen für das Bauwerk währte nur kurz: Weil der Bürgermeister das Schloß verkauft hat, droht das Land Mecklenburg-Vorpommern der Gemeinde mit der Streichung von Fördermitteln.

Begründung: Die Kommune habe das Schloß an den Wessi verschleudert; auch im Zustand des Zerfalls sei das Bauwerk samt Grund und Boden 839 000 Mark wert gewesen. Selbst das Landesamt für Denkmalpflege ziert sich, Hillebrand und die Stadt bei ihrem Schloßprojekt zu unterstützen. Die sechs Monate währende Blockadepoli-

Saal in der Wasserburg Turow

Verfallene Prachtbauten in Mecklenburg-Vorpommern: „Wir brauchen 60 Milliarden Mark“

Schloßmauer in Neustadt-Glewe

Portal der Wasserburg Turow (u.), Schloßportal in Neustadt-Glewe

tik der Schweriner Ministerialbürokratie hat die Nerven des rheinischen Burgenfreundes offenbar über die Maßen belastet. Nach 40 Jahren sozialistischer Denkmalpflege bestehe „das Schloß sowieso nur noch aus Ruinen", schimpft er; die Verhinderungsbeamten in Schwerin könnten sich bald einen anderen Restaurator suchen. Wenn das so weitergehe, droht Hillebrand, „spende ich der Stadt eine Million und trete vom Vertrag zurück".

Nun droht dem Schloß von Neustadt-Glewe das gleiche Schicksal wie der 40 Kilometer entfernten Fachwerkkirche von Zaschendorf: Während eines Sturms im vergangenen Herbst brach das Gotteshaus nach jahrelangem Gerangel über Zuständigkeiten und unbesetzte Pfarrstellen in sich zusammen.

Anderswo zwischen Ostsee und Erzgebirge ist die Lage der Denkmalpflege

Hein Gericke
CLASSICS

Kalb Nubukleder 1.490.–

Klassiker – sonst nichts

Jacken aus Elch-, Rentier- und Hirschleder. Pullover aus 4-fädigem Cashmere. Gürtel aus Pferdeleder mit echten Silberschließen. Klassische Schuhe, rahmengenäht. Werte jenseits von Mode. Direktverkauf Versand: Düsseldorf, Hammer Str. 17, Tel. 0211/395081, Fax 396184, Hamburg, Neuer Wall 7, Tel. 040/354867, Fax 354126. Katalog kommt kostenlos.

Berufe mit Zukunft:
Heilpraktiker
Psychotherapeut

Verwirklichen Sie Ihre persönliche Neigung zum verantwortungsvollen Umgang mit Ihren Mitmenschen und deren seelischen und gesundheitlichen Problemen.

Die Verbandsschulen des F. V. D. H. vermitteln überall in Deutschland und in der Schweiz fundiert und seriös alle Kenntnisse, die Sie zur erfolgreichen Berufsausübung benötigen.

- Fachausbildungen für Sport- und Freizeitpraktiker
- Assistenzpraktika
- Fundierte Ausbildung in Theorie und Praxis
- Voll-, Teilzeit- oder Wochenendstudium
- Mit kompletter Videounterstützung

NATUR HEILT

Info über: DEUTSCHE PARACELSUS SCHULEN für Naturheilverfahren GmbH
Sonnenstraße 19/I · 8000 München 2
Tel. tägl. von 8 – 21.00 Uhr 089/55 85 11

nicht minder prekär. Das Geld ist knapp, die Zahl der zu schützenden Gebäude aber, zu DDR-Zeiten aus politischen Gründen niedrig gehalten, hat sich seit der Wende verdoppelt, und sie steigt noch immer.

In der DDR zählten nur 25 historische Stadtkerne zum pflegenswerten Erbe. Im vergangenen Jahr kalkulierten Experten der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in Bonn, aufgrund von Neubewertungen durch das Bundesbauministerium werde diese Zahl auf 50 bis 60 anwachsen. Mittlerweile gelten im Osten mindestens 150 historische Stadtkerne als „national bedeutsam".

Auch über die Einzeldenkmale gibt es keine abgeschlossene Bestandsaufnahme. Ihre Gesamtzahl wird auf 300 000 geschätzt. „Der Bedarf an Restaurierungsmitteln ist unendlich", sagt Friedrich Ludwig Müller, Geschäftsführer der Denkmalschutzstiftung: „In den kommenden 20 Jahren brauchen wir voraussichtlich 60 Milliarden Mark."

Das ehemals Schulenburgsche Schloß Penkun nahe der polnischen Grenze ist zu DDR-Zeiten so verschandelt worden, daß Restauratoren und Archäologen mit detektivischem Spürsinn vorgehen müssen, um seine einstige Ausstattung auch nur zu erahnen. Der Wiederaufbau wird schätzungsweise acht bis zehn Millionen Mark verschlingen.

Der von italienischen Künstlern reich ausgestattete Rittersaal des Schlosses Hohen Luckow südwestlich von Rostock wurde in den fünfziger und sechziger Jahren als Gefängnis mißbraucht. Auf die prunkvollen Wappen und Wandpaneele schossen die Wehrertüchtiger der Gesellschaft für Sport und Technik zum Spaß mit ihren Pistolen. Entsprechend aufwendig ist die Restaurierung.

Nach Berechnungen der Bonner Denkmalschützer sind im vergangenen Jahr insgesamt etwa 1,1 Milliarden Mark für Denkmalpflege in die neuen Länder geflossen. Für 1992 hat Bonn 320 Millionen bereitgestellt. Doch selbst wenn die Unterstützung angesichts des Notstands erhöht würde, fiele es schwer, das Geld auszugeben: „Wir könnten", weiß Müller, „kapazitätsmäßig gar nicht mehr umsetzen."

Allenthalben fehlt es an ausgebildeten Handwerkern. Ein ostdeutsches Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege, ähnlich dem westdeutschen in Fulda, wird jetzt erst in Görlitz aufgebaut.

Dabei sind nicht nur Burgen, Schlösser und Kirchen vom Einsturz bedroht. Von drei Millionen sanierungsbedürftigen Wohnungen in der ehemaligen DDR gelten, so der Berliner Stadtplaner Hardt-Waltherr Hämer, zwei Millionen als denkmalschutzwürdig. „Das wertvollste Kulturgut schlummert in halb zerstörten Städten", sagt der Berliner Fachmann. „Doch die Fehler der Politik sind katastrophal. Durch die verfahrene Eigentumsfrage kommt die Reparatur nicht in Gang."

In der maroden Halberstädter Altstadt, deren Abriß kurz vor der Wende von Bürgergruppen verhindert wurde, fielen noch 1990 historisch wertvolle Fachwerkhäuser in sich zusammen.

In Brandenburg stehen etwa die Hälfte der 4150 noch erhaltenen Altstadt-Häuser als Ruinen leer. Nur noch 8000 der 94 000 Einwohner leben im alten Zentrum. Die Gebäude sind teilweise derart vergammelt, daß Bewohner einsturzgefährdete Balken mit ihren Wohnzimmerschränken abstützen.

Immer wieder erschweren ungeklärte Eigentumsverhältnisse die Arbeit der Denkmalschützer. So wollte der Stadtdenkmalpfleger Ulrich Mund nicht abwarten, bis das ehemalige Gutshaus des Halberstädter Johannesklosters einstürzt. Nachdem ein Nachbargebäude kollabiert war und die Trümmer eine Seite des 1700 erbauten Fachwerkhauses aufgerissen hatten, ließ er Dach und Seitenwand sichern und veranlaßte ein bauarchäologisches Gutachten sowie eine Modernisierungs-Vorsorgeuntersuchung. Da meldete sich der bis dahin unbekannte Eigentümer – aus Mexiko.

Ein Verwandtentip hatte ihn aufgeschreckt. Statt den Denkmalpflegern für den Erhalt seines Hauses zu danken, verweigert der Mann aus Mexiko nun die Erstattung der Leistungen.

Zu gründlicher Arbeit, beklagt sich Wismars Stadtdenkmalpfleger Günther Faust, reiche kaum die Zeit. In der Hansestadt an der Ostsee mußten Faust und seine sieben Kollegen 1991 mehr als 1900 Bauanträge bearbeiten.

In Mecklenburg-Vorpommerns Landeshauptstadt Schwerin steht Steffi Rogin, 27, als Denkmalpflegerin sogar ganz allein zwischen den Baudenkmalen und abriß- und umbauwütigen Investoren. Als „untere Denkmalbehörde" bekommt die Kulturhistorikerin „jede Bauvoranfrage auf den Tisch". Besonders fürchtet sie Investoren, die durch Abrißarbeiten Fakten schaffen: „Ich renne nur noch von einem Termin zum anderen und stelle unter Schutz."

Überall werde das Auftauchen der Denkmalschützerin als Fluch betrachtet, klagt Steffi Rogin: „Sobald ich was Interessantes sehe, drohen mir die Bauherren mit dem Anwalt."

Dieselbe Erfahrung hat der Stadtkonservator im thüringischen Weißensee, Thomas Stolle, gemacht: „Wer sich für Denkmalpflege einsetzt, wird als Feind der Marktwirtschaft abgestempelt."

In vielen Kommunen springen auch die Lokalpolitiker mit ihren Kulturschützern derbe um. In Saalow im brandenburgischen Kreis Zossen wählte die Gemeinderatsmehrheit um den FDP-Mann und Immobilienmakler Klaus

Liebe Konkurrenz,

Hier klebte ein Taschentuch zum Trocknen Ihrer Tranen.

wir sind da!

Für ganz Neugierige: Ost-Berlin 930 96 21

CVU

Kühne kurzerhand den Bürgermeister Ulrich Staufenbiel ab.

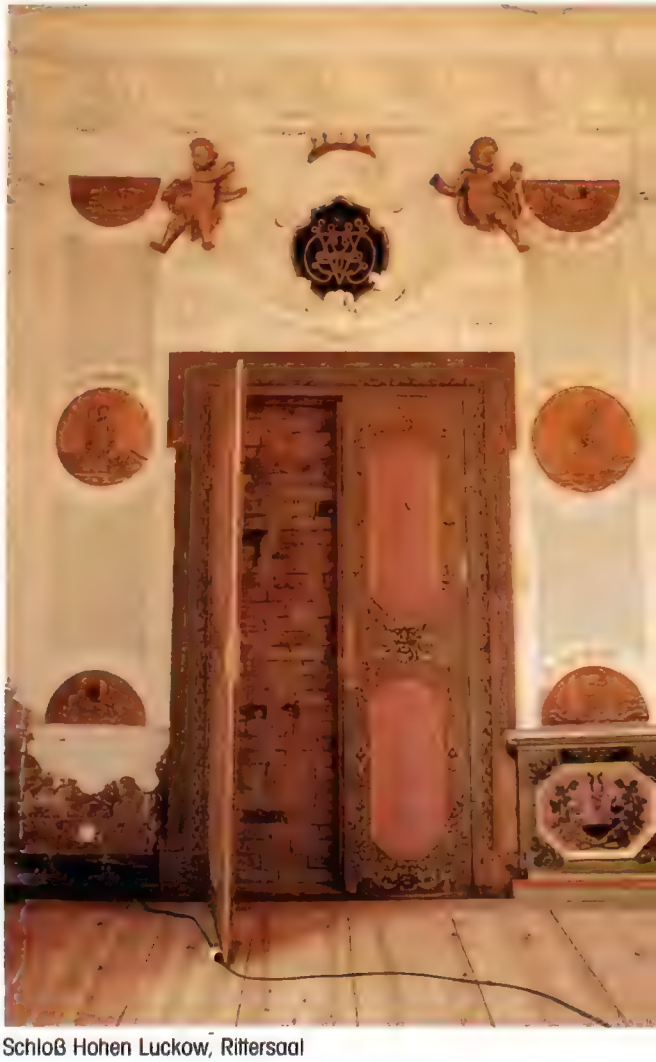
Zum Entsetzen der „Monopoly-Fraktion“ (Kritiker-Spott) hatte Staufenbiel angeregt, die für slawische Siedlungsformen typische Saalower Dorfaue als bauliches Ensemble unter Denkmalschutz zu stellen. Auch der Bescheid des Landrates, die Abwahl des Bürgermeisters sei unwirksam, beeindruckte die bauwütigen Gemeindeväter nicht. Die Abstimmung wurde zwei Wochen später wiederholt – diesmal unanfechtbar.

Daß überhaupt so viele Baudenkmale in der ehemaligen DDR erhalten geblieben sind, ist eher der Initiative einzelner zu verdanken als der öffentlichen Denkmalpflege. Denn die vom Staat jährlich ausgeschütteten 200 Millionen Mark-Ost wurden in wenige ausgewählte Prestigeobjekte wie das Berliner Nikolaiviertel gesteckt. Alles andere blieb dem Verfall überlassen.

Der Erhalt der Burg Lohra in Thüringen zum Beispiel, zu der eine der drei in Deutschland erhaltenen romanischen

Schloß Langenfelde

Fachwerkhaus in Halberstadt



Schloß Hohen Luckow, Rittersaal

Aufgang zum Schloß Langenfelde

Mühle in Saalow

Restaurierungsobjekte in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg: Sahnetorten für freiwillige Arbeitseinsätze

Doppelkapellen zählt, ist vorwiegend das Verdienst der Rentnerin Clara Döring, 84.

Die alte Frau, die unter erbärmlichen Bedingungen in der Burg wohnt, hatte jahrelang Jugendgruppen durch hausgemachte Sahnetorten zum Arbeitseinsatz motiviert. Seit der Wende muß die Greisin die Kapellenausstattung gegen Kirchendiebe verteidigen und Jugendliche daran hindern, die Zahl der Grafitti („Ficken") am Gemäuer zu erhöhen.

Die in Europa fast einzigartige Paltrockmühle bei Zossen wurde von dem Fernsehregisseur und Buchautor Bernd Maywald, 55, gerettet. Er kaufte sie 1972 und bewahrte sie unter Einsatz all seines Ersparten vor dem Verfall. Schon vor der Wende wurde Maywald in Fachkreisen als eine Art Held verehrt.

Die ehemalige Wasserburg Turow in Vorpommern wiederum überlebte den SED-Staat deshalb nahezu unbeschadet, weil sie 1957 ins Eigentum der pommerschen Kirche wechselte. Heute finanziert sich die Burg durch Gästeverkehr, Spenden und den rückhaltlosen Einsatz ihres Verwalters Klaus Harm. „Der Geldmangel zwingt uns zu finanztechnischen Pokerspielen", sagt der Retter der Burg: „Was wir machen, ist eigentlich strafbar."

Die Bevölkerung der neuen Bundesländer nimmt solche Bemühungen kaum zur Kenntnis. Im Schloß Baruth südlich von Berlin, das einst der Familie des FDP-Bundestagsfraktionschef Hermann Otto Solms gehörte, hat die Küchenfrau ganz andere Sorgen als die aufwendige Restaurierung des einzigen Schmuckes ihrer kriegszerstörten Stadt.

„In das Schloß bräuchten se von mir aus keen Pfennig mehr reinstecken", sagt die Frau, der ein Einkaufszentrum im Ort viel lieber wäre: „Ich wüßt' nich', daß dem Ort was fehlen würd', wenn's Schloß dann mal zusammenfällt."

Foto: Susan Copen Oken/Agentur: Focus

Westfälischer Heißwasserboiler.

Rosa, der Warmwasserbereiter? Resi, die Zentralheizung? Berta, die gackernde Glühbirne? So kann man's sagen – denn egal ob Kleinvieh, Großvieh oder eine Zwischengröße wie die abgebildete: Für die Stromerzeugung entscheidend ist allein, daß es sich um ein richtiges Mistvieh handelt.

Sammelt man nämlich ganz ordinären Stallmist und hält ihn unter Luftabschluß schön warm, bildet sich Biogas – ein naher Verwandter des Erdgases und als solcher ein prima Lieferant von Wärme, Licht und was man sonst noch so braucht fürs komfortablere Leben.

Rosa, Resi und Berta als Alternative zu Kohle, Öl und Uran? Für eine ganze Industriegesellschaft kaum – für den einzelnen Bauernhof unter Umständen schon. Denn eine Biogas-Anlage ist zwar heute noch vergleichsweise teuer, aber sie ist ein Vorbild an Umweltverträglichkeit – nicht zuletzt, weil sie außer Elektrizität hochwertigen boden- und grundwasserschonenden Dünger liefert.

Außerdem haben die tierischen Hinterlassenschaften noch eine ganz andere Karriere vor sich: In einem nordrhein-westfälischen Kraftwerk wird gerade der Einsatz von Flüssigmist zur Rauchgasreinigung erprobt. Mit Erfolg: Das in der Gülle enthaltene Ammoniak macht einen guten Teil des Stickstoffs im Rauch unschädlich.

Mist im Großeinsatz für die Luftreinhaltung? Es könnte sich als saugute Idee entpuppen.

Wenn Sie mehr über Strom aus Biomasse und andere erneuerbare Energiequellen wissen wollen, fordern Sie unsere Schrift „Strom und Wärme aus Umweltenergie" an. Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft, Abteilung 301, Stresemannallee 23, 6000 Frankfurt 70, Telefon 069/6 304372.

IZE

SAINER Werbeagentur GmbH

EuroCargo von Iveco. Neuer Europameister im Mittelgewicht.

TRUCK OF THE YEAR
IVECO
EuroCargo
1992

EuroCargo-Fahrzeuge erfüllen voll Ihre Forderung nach individuellen Transportmitteln. Eine Fahrzeugreihe, die derzeit die Spitze im Mittelgewicht repräsentiert! Und zwar von 6 - 15 t GG. Damit ist das EuroCargo-Programm komplett. Von A bis Z.

Was den Sieger auszeichnet:
– Varianten-Vielfalt für jede Transportaufgabe
– 8 Gewichtsklassen von 6 - 15 t GG
– 8 Motorisierungen von 75 kW (102 PS) bis 196 kW (267 PS)
– 12 verschiedene Radstände
– 4 verschiedene Fahrerhausvarianten
– 4 Federungssysteme
– 4 Scheibenbremsen bis 10 t GG

13 LKW-Fachjournalisten von 13 renommierten Fachzeitschriften haben den EuroCargo zum „Truck of the Year 1992" gewählt.

Machen Sie eine Probefahrt! Unsere Vertrags-Partner stellen Ihnen dazu gern einen EuroCargo zur Verfügung.

☎ Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Hotline unter 0130/82 31 21 zum Ortstarif zur Verfügung.

EuroCargo „Truck of the Year 1992" auf der Nutzfahrzeuge IAA in Hannover!

IVECO

Iveco Central Europe
Robert-Schuman-Straße 1 • München/Unterschleißheim

„Blässe ist mein Markenzeichen“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen

Hätten sie wenigstens ein Standesamt im Roten Rathaus von Berlin, dann kämen auch mehr richtige Menschen. So eilt der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen samstags in Hemdsärmeln und mächtig aufgekratzt den Leuten entgegen, die sich zu seiner Bürgersprechstunde einfinden, Ost-Berliner zumeist. Die sind das Volk.

Immer hereinspaziert, die Herrschaften. Was, manche trauen sich nicht? Ach herrje, da kommen ihm ja fast die Tränen. Größer ist der Bürgermeister als seine Besucher, blonder und blauäugiger, und weit hält er die Arme geöffnet. So spiegeln sich Wessis in den ergriffenen Augen der Ossis noch immer am liebsten.

Eberhard Diepgen genießt sich. Wer hätte, wie er, den Osten mit seinen totalen Umbrüchen verstanden? Wer wüßte, wie er, welche Leistung „der Mensch im Osten“ allein schon mit dem Prozeß vollbringt, die Vereinigung zu verarbeiten? Komplizenhaft blinzelt der Bürgermeister Wessi-Zaungästen zu:

Es ist nämlich im Westen, „wo im Hinblick auf das Verkraftetsein die Probleme am größten sind. Dort ist das Verstecken hinter der Mauer geblieben“.

Er seufzt. Gucken wir doch zum Beispiel mal aus dem Fenster seines Amtszimmers, ein Traumblick: links der Dom, rechts die Marienkirche und in der Mitte, damit jeder weiß, wer gewonnen hat, eine knallig rote Coca-Cola-Reklame. Symbolhaltiger geht es kaum, hier muß man doch sein im vereinten Berlin, oder?

Eberhard Diepgen schüttelt zage den Kopf, während er fragt. In Wahrheit gilt der Regierende Bürgermeister in seiner Stadt ein bißchen als verschollen, seit er im Zentrum residiert.

Dabei hatte der Umzug vom Rathaus Schöneberg ins Rote Rathaus nahe dem Alexanderplatz im Oktober vergangenen Jahres den „Neubeginn der Geschichte für ganz Berlin“ bedeuten sollen. Der Berliner CDU-Chef, der zumindest in historientriefendem Verbalbombast hinter dem Bundeskanzler nicht zurückbleiben möchte, feiert das Gezuckel seiner Möbelwagen als ein Ereignis, das „in die jüngste Entwicklung in Berlin, in Deutschland, in Europa“ paßte. Denn von nun an werde die Stadt wieder „aus der Mitte“ regiert, von ihm – Eberhard Diepgen, 50.

Diepgen vor dem Roten Rathaus
„Das Verstecken hinter der Mauer ist geblieben“

Nur daß es ebendiese Mitte, in die er zu rücken meinte, noch immer nicht gibt, außer auf dem Stadtplan. Im Alltag spaltet sich Berlin mehr denn je in zwei Lager. Und für die Wessis ist Diepgen „nach drüben“ entschwunden, für die Ossis ist er „von drüben“ gekommen. Für beide gehört er nicht recht dazu.

Noch immer blickt Eberhard Diepgen etwas fassungslos dem Prozeß seines eigenen Verschwindens hinterher. „Plötzlich waren wir weg, und einige andere sind dageblieben.“

Die anderen, das ist der ganze traditionelle West-Berliner Machtklüngel aus Parteikunglern, Verwaltungsaufblähern, Pressekumpanen und Verbandsabstaubern, der sich auf den Fluren des Rathauses Schöneberg tagtäglich seine ungebrochene Bedeutung einflüstert.

Vorneweg Diepgens Freunde aus der Christenunion. Jede halbwegs ossifreundliche Bemerkung des Chefs – daß etwa das Geld für Olympia, wenn es denn käme, vor allem „in den Ostteil gepulvert werden muß“, daß dort die Leute im Schnitt ohnehin qualifizierter seien als im Westen – wird von Parteifreunden im alten Machtzentrum so sorgfältig gesammelt, als sei ein politi-

Design: Mario Bellini

Des Füllfederhalters,
der statt Vergangenheit
Zukunft hat.
Der neue Lamy persona.

Lamy und Mario Bellini haben zusammengefunden und den neuen LAMY persona entwickelt: ein zeitgemäßes Schreibgerät, das keine Vorbilder kennt.
Seine hohe Gebrauchsqualität wird durch technische Innovationen wie versenkten Clip und ringförmig konzipierte Goldfeder im Magnumformat unterstrichen. Und seine formale Ausdruckskraft durch diamantprofilierte Oberflächen und die Kombination von Gold und Titan.
So signalisiert der LAMY persona dem Kenner Originalität und Zeitgenossenschaft auf höchstem Niveau.
Die unverbindliche Preisempfehlung: DM 420,–.

LAMY
Heidelberg

FASZINATION MIT WASSER

Entdecken Sie die Freude am Gartenteich

Eine Aguaplan-Teichanlage schenkt Ihnen viele Stunden der Freude und Entspannung. Verwirklichen Sie Ihren Traumteich mit dem Aguaplan-System.

Aguaplan bietet Ihnen alles von der Aguaplan-Systemplanung bis hin zu den Aguaplan Qualitätsprodukten:

- *Qualitätsteichfolien*
- *Cocoflex-Pflanzkörbe*
- *Brücken und Stege*
- *komplettes Zubehör*
- *Pumpen*
- *Wasser-Pflanzen*

Ebenso perfekt: die Aguaplan-Dachbegrünung

Fordern Sie Informationen an.

Aguaplan
HELD GmbH
Postfach 24 · 7519 Gemmingen
Tel. 07267/366 · Fax 606

WER SAGT DENN, DASS NACHTS ALLE KATZEN GRAU SIND?

DER MUSICAL-WELTERFOLG VON ANDREW LLOYD WEBBER

TELE TICKET
SICHERN SIE SICH IHR MUSICAL-TICKET
Hamburg 040 - 270 75 270
Bochum 0234 - 777 666
Täglich von 8 bis 20 Uhr. Oder in Ihrem Reisebüro und bei allen Vorverkaufsstellen.

scher Schauprozeß gegen den Regierenden von der eigenen Couleur in Vorbereitung.

Zum Osten aber, dem sich Diepgen in der Tat verstärkt zuwendet, gehört er deshalb noch lange nicht. Im Rathaus Friedrichshain, dem Bezirk um die ehemalige Stalinallee, etwa wird der Regierende so mißtrauisch beäugt und so langatmig und hintersinnig bekrittelt, als sei er der Militärgouverneur einer feindlichen Besatzungsmacht.

Es mag schon sein, wie Diepgens Stellvertreterin, die Sozialdemokratin Christine Bergmann aus Ost-Berlin, vermutet, daß viele Ossis dem CDU-Chef seine Wessi-Herkunft vielleicht eher „verzeihen" als manchem anderen. Vielleicht hat sein linkisches Aufsteiger-Gehabe aus Ostsicht auch etwas ermutigend Modellhaftes.

Daß die Ost-Berliner aber vergessen könnten, woher Diepgen kommt, dagegen tut er schon selbst etwas. Denn mag auch der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Helios Mendiburu (SPD) seinen Gast zur Begrüßung als ziemlich selbstherrlich und herablassend zeichnen, in der Realität führt sich Diepgen dann noch arroganter auf: „Wir haben klare Richtlinien beschlossen und erwarten die Umsetzung", schnarrt er fast kabarettreif im Kolonialherrenstil: „Ungerecht behandelt fühlt sich immer einer; das ist so."

Was denn nun, Eberhard Diepgen – Ossi-Softi? Besser-Wessi? Die Mitte, die der Regierende geographisch vergebens zu besetzen sucht, mißlingt ihm auch politisch.

Vergebens versuchen Freunde und Gegner inhaltlich jenen „Gesamtzusammenhang" zu erfassen, den Eberhard Diepgen unentwegt beschwört. Der zerfieselt bei Nachfrage zu einem „Strauß von Problemen", in ein „Bündel von Schwierigkeiten", in eine „Vielzahl von Themen", die er weder durch politische Überzeugungen noch durch Werte-Hierarchien zu ordnen vermag.

Wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin zu seiner Lieblingsbeschreibung der komplexen heimischen Situation ansetzt, dann möchte man als Zuhörer am liebsten aufspringen und Eberhard Diepgen zur Hand gehen. Alle Probleme, die zwischen Paris und Moskau derzeit die Menschen beschäftigen, pflegt Eberhard Diepgen zu sagen, „die bündeln sich ganz konkret auf tausend Quadratkilometern in Berlin".

Und so gequält guckt er dabei, als müsse er das Bündeln ganz persönlich vornehmen, wobei ihm immer mal wieder was runterfällt: „ein Stück Identität", „ein Stückchen historisches Bewußtsein" oder auch „ein Teil kommunalpolitischer Selbstverständlichkeit".

Tatsächlich ist Eberhard Diepgen nichts zu klein, um es selbst anzupacken. Er vergräbt sich in Details, arbeitet bis in

Amtsinhaber Diepgen (4. v. r.), Vorgänger*: „Der Insulaner hofft unbeirrt, daß seine Insel wieder 'n schönes Festland wird"

die Nächte hinein mit einer Pflichtverbissenheit, die er preußisch nennt, seine Freunde hingegen arbeitssüchtig. Immer ächzt er unter einem selbsterzeugten Rechtfertigungsdruck: nur nichts übersehen, nur keine Erwartungen enttäuschen, nur alles selbst unter Kontrolle haben. Nie aber rundet sich Person oder Politik zu einem geschlossenen Bild. Jeden seiner Auftritte stottert er aus klischeehaft einstudierten Einzelposen zusammen.

Kein Wunder, daß Diepgen immer etwas Gehetztes hat. „Der arme Kerl sieht doch aus wie Braunbier und Spucke", sorgt sich seine mütterliche Rivalin, die Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien, gravitätisch, „ihm fehlt ein Verhältnis zum heiligen Jetzt." Tatsächlich zappelt er, wenn er als Hausherr zusammen mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten im eigenen Rathaus eine Ausstellung eröffnet, neben dem auf sonore Ruhe gebetteten Manfred Stolpe herum wie ein Gast, der sich selbst ganz furchtbar peinlich ist: Leider hat er sich verspätet, dafür muß er aber gleich wieder weg.

Die irrlichternde Vagheit seiner Präsenz, seine Verflüchtigung in Ort und Zeit, hat Diepgens Freunde schon immer genervt. Doch gestattete ihm früher die erzwungene Stabilität der eingemauerten Teilstadt West-Berlin wenigstens die Fiktion einer politischen und persönlichen Identität. In der Unübersichtlichkeit der Berliner Einheit aber fällt – zumal beim Chef einer Großen Koalition – die detailbornierte Konturenlosigkeit des Regierenden als Mangel kraß ins Auge.

Kenntlich wird sie aber nicht nur als persönliches Manko Eberhard Diepgens, deutlich wird auch die symbolische Qualität dieses Defizits. Denn plötzlich öffnen sich Durchblicke auf die im Durchzug fröstelnde Berliner Machtelite, die einst so cliquenkuschelig die politische Nische West-Berlin beherrscht hatte.

Immer war Eberhard Diepgen einer wie alle, die Politik machen in Berlin, allenfalls ein bißchen gefälliger als der Rest der Truppe. Aber nun soll er es auf einmal allein bringen. Hektisch zerren plötzlich vor allem seine Freunde an ihrem Vormann herum, als sei es die Überraschung des Jahres, daß der nicht so staatsmännisch redet wie Richard von Weizsäcker und nicht so ruchlos und machtsicher regiert wie Helmut Kohl.

Auf einmal ist Eberhard Diepgen nicht mehr recht vorzeigbar? Es ist jener Diepgen, der spätestens als Regierender Bürgermeister von 1984 bis 1989 mit seinen Skandalen und Trivialitäten jedermann hinlänglich kenntlich geworden sein dürfte und der dann – was Senator Peter Radunski geradezu als Sensation der deutschen Nachkriegsgeschichte gewertet wissen will – trotz oder wegen dieser Kenntlichkeit sogar zum Stadtchef des vereinten Berlin gewählt wurde. Keine Überraschungen, keine neuen Erkenntnisse, kein zweites Gesicht.

Der regierenden Union in Bonn ist Diepgen zu widerborstig, zu unzuverlässig, zu klugscheißerisch – eben zu berlinerisch. Die Berliner Sozis finden ihren Koalitions-Regierungschef zu unpolitisch und unkonzeptionell, der SPD in Brandenburg ist der künftige Partner wohl eher zu berechnend.

Kurz – Eberhard Diepgen hat's nicht und bringt's nicht, und wenn in Berlin mal der Strom ausfällt, dann liegt es auch an ihm, und die *BZ* zetert: „Herr Diepgen, so wollen wir nicht leben. Keinen Tag."

Wie schon vor seinem ersten Amtsantritt 1984 münden auch jetzt wieder alle Diepgen-Beschimpfungen in einem Etikett von moritatenhafter Betulichkeit: „Der blasse Eberhard". Und noch immer besteht der Höhepunkt der Komik darin, daß Diepgens Parteifreunde an ihm nicht mal die „Ausstrahlung der Blässe" entdecken können, während er selbst tapsig dagegen ulkt: „Blässe ist mein Markenzeichen." Das ist die lautere Wahrheit.

„Durch Strahlemann-Optimismus kriegste gar nichts rüber", ist sich Diepgen sicher. Und ob er nun Ideenreichtum signalisieren will („Von des Gedankens Blässe angekränkelt") oder ob er seine Ausdrucksarmut als eine Art physiognomische Aktion Saubere Leinwand zu nutzen versucht, auf die jede Wählerin ihren Wunsch-Schwiegersohn projizieren kann: Er ist eben wie alle.

Blaß? Kein staatsmännisches Format? Keine klare Sprache? Keine grundsätzliche Position zu irgend etwas? Keine Mitte, keine Identität, keine Vision von der Zukunft? Die Vorwürfe, die den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen derzeit aus den eigenen Reihen treffen, klingen wie erschrockene Selbsterkenntnisse einer plötzlich bedrohten Machtelite, die alle Symptome ihrer eigenen Verunsicherung in das leere Konterfei ihres Spitzenmannes hineinguckt.

Es ist eine Kampagne mit Widerhaken. Sie treiben ihn an, aber alles, was er politisch voranbringen kann in Berlin – die Entwicklung zur Hauptstadt ebenso wie der angestrebte Zusammenschluß mit Brandenburg zu einem neuen Bundesland –, untergräbt ihre traditionelle Bedeutung. Manchem im Unionslager be-

* Bei einer Werbeveranstaltung für Olympia 2000 im Februar mit Momper, Stobbe, Vogel, Weizsäcker, Brandt, Schütz.

Die beste zu Glas.

Wer sich mit dem Thema Verpackungs-Recycling beschäftigt, wird in Glas eine der sinnvollsten Alternativen finden. Er wird feststellen, daß nur aus einer Glasverpackung immer wieder eine neue Glasverpackung in gleicher Qualität entstehen kann. Und zwar in einem unendlichen Prozeß und einem geschlossenen Materialkreislauf. Er wird herausfinden, daß von Flensburg bis Berchtesgaden für Glasverpackungen seit Jahren ein funktionierendes Recyclingsystem existiert. Und er wird zu dem Schluß

Alternative

kommen, daß dadurch das Müllaufkommen spürbar entlastet wird. Natürlich wird er sich auch damit beschäftigen, wie andere Verpackungen recycelt werden. Was in Zukunft alles geplant ist und was mithelfen kann, die Müllberge zu verkleinern. Nur eines wird er kaum finden. Eine bessere Alternative zu Glas. Wenn Sie sich selbst davon überzeugen wollen, schreiben Sie uns: Arbeitskreis Glasverpackung, 4000 Düsseldorf 222.

GLAS.
GANZ KLAR.

Stark mit der Stuttgarter

Mit kleinen Mitteln Großes bewegen.
Zum Beispiel die Absicherung der Familie
zum äußerst günstigen Anfangsbeitrag.
Dabei hilft das »Stuttgarter Modell«,
die besondere Lebensversicherung von
der Stuttgarter.
Prüfen Sie die Leistungsstärke der
Stuttgarter. Zu Ihrem Vorteil.

Stuttgarter Versicherung

Informieren Sie mich ausführlich über die starken Leistungen der Stuttgarter Versicherung

Name

Straße

Ort

Tel.

An die Stuttgarter Lebensversicherung a.G.
Rotebühlstraße 120, 7000 Stuttgart 10

ginnt zu dämmern, daß ihr eigener Mann in ihrem Auftrag unfreiwillig an ihrer Entmachtung arbeitet.

Die meisten aber wehren reflexartig ihre Untergangsahnungen ab, indem sie Eberhard Diepgen angreifen. Das Image der Stadt sei kein Selbstläufer mehr, jammert CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky und beschwört nostalgisch „charismatische Phasen" Diepgenscher Regierungskunst. Diepgen im Kreml, Diepgen im Weißen Haus. Kulturhauptstadt Europas, 750-Jahr-Feier Berlin.

Die wehmütigen Erinnerungen an den Glanz der alten Insel-Herrlichkeit entlarven deren geborgte Qualität. Nun, da alles anders ist, soll gleichwohl alles so weitergehen. Bundeshauptstadt. Olympia 2000. Mögen Finanzminister Waigel und der Kanzler auch abwinken und warnen, mögen ihn auch alternative Bürger mit Falschgeld bewerfen, Diepgen klammert sich an die olympischen Ringe. Es ist seine bewährte Berliner Luftnummer, das Muster bleibt, nur der Begründungszusammenhang kehrt sich um.

Damit künftig weiter Mittel aus Bonn oder anderswo sprudeln, muß Berlin eben notgedrungen etwas von politischer Bedeutung für die Weltgeschichte tun. Finanziert ihr uns anständige Sportstätten und Schnellbahnen, dann veranstalten wir euch, so Diepgen, „als ein Stück Dank an die Welt" Olympische Spiele. Oder auch eine zünftige Bundeshauptstadt. Vielleicht als ein Stück Dank an Bonn?

Chuzpe? Naivität? Torheit? Schiere Gewohnheit. Noch hinter den scheinbar seriösesten Erklärungen von Diepgen & Co. erscheinen die Denk- und Sprachmuster der nostalgisch verkitschten Berlin-Welt des Kalten Krieges.

In Davos etwa, wo sich der Regierende Bürgermeister vor Wirtschaftsführern und Weltpolitikern mit dem „Synergiepotential" seiner Großstadt brüstet und das marktwirtschaftliche Know-how Berlins als Attraktion für die Reformstaaten Europas anpreist, macht plötzlich eine Formulierung stutzig. „Aus der ‚Insel der Glückseligen', wie Westeuropa genannt wurde, muß Festland werden", fordert Eberhard Diepgen.

Da klimpert für Kenner im Hintergrund Günter Neumann am Klavier das Durchhaltelied der Blockade: „Der Insulaner hofft unbeirrt, daß seine Insel wieder 'n schönes Festland wird."

Wahlsieger Diepgen, Familie*
„Ungerecht behandelt fühlt sich immer einer"

Wie sollte Eberhard Diepgen auch anders sein? Geboren in Berlin, Abitur in Berlin, Jurastudium in Berlin, Heirat in Berlin. Junge Union, Schlagende Verbindung, Rechtsanwalt, Abgeordneter, Fraktions- und Parteivorsitzender, Regierender Bürgermeister – alles im Schaufenster der Freien Welt.

Ungebrochen und unberührt von Irritationen aus dem richtigen Leben und dem Rest der Welt verläuft seine juristische, politische und berlinische Karriere spiralförmig auf der Stelle nach oben. Solo betreibt er nie etwas, und individuell unverwechselbar ist an seiner Laufbahn nichts.

„Wir sind 'ne Crew", sagt Klaus-Rüdiger Landowsky, der Boß. „Keiner ist omnipotent." Stolz und Drohung wabern in solchen Statements ineinander, die Betonung ergibt sich aus der jeweiligen Situation.

Landowsky, Kittelmann, Buwitt, Lummer, Wohlrabe, Radunski und wie sie alle heißen – am 13. November vergangenen Jahres haben die Freunde der frühen Jahre Eberhard Diepgens 50. Geburtstag gefeiert, zugleich damit auch ihren eigenen Erfolgsweg. Sie mögen einander nicht sonderlich mögen, aber sie sind einander verpflichtet. Privilegien gegen Treue, mitgefangen, mitgehangen.

Typisch CDU. Typisch Berlin. Tatsächlich hat eine Art Großer Koalition immer den Ton angegeben, großmäulig und kleinkariert. Der regierende Grund-Typus war parteiübergreifend austauschbar. Die schwarzen Seilschaften mögen besonders eng aneinander hängen, aber als Bürgermeister Eberhard Diepgen im Februar seine noch lebenden Vorgänger zum Gruppenfoto für Olympia um sich versammelt, unterscheiden die sich nicht so sehr nach Parteizugehörigkeit. Deutlich fallen vielmehr jene drei Regierenden aus dem Rahmen der Stobbe, Schütz und Diepgen,

Parteifreunde Diepgen, Landowsky*
„Wir sind 'ne Crew, keiner ist omnipotent"

* Oben: nach der Wahl zum Regierenden Bürgermeister im Januar 1991 mit Ehefrau Monika und Tochter Anne; unten: an Diepgens 50. Geburtstag im November vergangenen Jahres.

Pech für die Konkurrenz: Unsere Möbel g
sondern auch im Laden und vom Berater.

Flötotto vom Berater: Wer es ganz bequem haben will, wer sein Büro, eine Arztpraxis oder ein anderes gewerbliches Projekt einzurichten hat, der ist bei einem unserer **Fachberater** bestens aufgehoben. Er berät und plant direkt vor Ort, wenn Sie uns unter **05209/59191** anrufen.

Flötotto im Laden: Falls Sie in einer der nachfolgenden Städte oder im Umkreis wohnen, sollten Sie unbedingt unsere **Ladengeschäfte** besuchen. In Hamburg in der Wexstraße 23–25, in Düsseldorf in der Hildebrandtstraße 24D, in Gütersloh-Friedrichsdorf in der Senner Straße 32, in Offenbach a. M. in der Ziegelstraße 33, in Stuttgart-Feuerbach in der Burgenlandstraße 44D und in München-Schwabing am Joseph-Dollinger-Bogen 14.

ot es nicht nur per Versand,

die vorher und nachher Politik außerhalb Berlins gemacht haben – Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Richard von Weizsäcker.

Auf das System gegenseitiger Hilfestellung bei der Abwehr kritischer Stimmen von außen ist bis heute Verlaß, selbst wenn sie von innen kommen. Kaum hat dieser Tage Diepgens CDU-Innensenator Dieter Heckelmann die Stadt getadelt für „intellektuelle Selbstgenügsamkeit, Verlust an Weltläufigkeit und Urbanität, Wehleidigkeit, Subventionierungsmentalität und Unbescheidenheit in nahezu allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens", da fühlen sich die mitregierenden Sozialdemokraten Berlins diffamiert. Und flugs stellt Eberhard Diepgen durch zustimmende Äußerungen nach beiden Seiten den Zustand vertrauter Immobilität wieder her.

Vor dem Gebrauch in der Öffentlichkeit pflegt er seine rhetorischen Ausdrucksformen – Stimm-Modulation, Mimik und Gesten – sorgfältig von eigenen Gefühlen zu reinigen. Falls dennoch Emotionales anklingt, handelt es sich um Surrogate zur Erzeugung von erwünschten Wallungen im Publikum, nicht um eigene Erregungen: „Wie's drinnen aussieht, muß nicht immer jeden etwas angehen."

Ob es den „inneren Ebi", den seine Freunde manchmal gern sähen, überhaupt gibt? Zweimal hat Eberhard Diepgen in den letzten zwei Jahren die Chance erhalten, seine Karriere um ein Stück Biographie zu bereichern, denn zweimal ist er unsanft an das Ende der Berechenbarkeit geraten. Aber einer wie er bezweifelt nicht die Berechenbarkeit von Leben – er sucht lediglich seine Rechenmethoden zu vervollkommnen.

Dabei haben ihn die schmerzhaften Erfahrungen, so Landowsky, „bis in die Grundfesten erschüttert". Das war, als er im Januar 1989 nahezu unvorbereitet die Wahl verlor. Diese Erfahrung wurde doppelt schmerzhaft, weil sein Erzrivale Walter Momper nicht einfach nur sein Bürgermeisteramt übernahm, sondern weil er es auch noch ausübte am Tag, als die Mauer fiel – an Eberhard Diepgens Traumtag.

„Diese Situation in Demut zu akzeptieren macht aus Personen Persönlichkeiten", hat Klaus-Rüdiger Landowsky seinem Freund Eberhard zum Geburtstag einzureden versucht – bezeichnenderweise im Plural, er kann sich nun mal, wenn es um Politik und Ämter geht, von Diepgen nicht lösen.

* Im Flughafen Tegel am Montag voriger Woche.

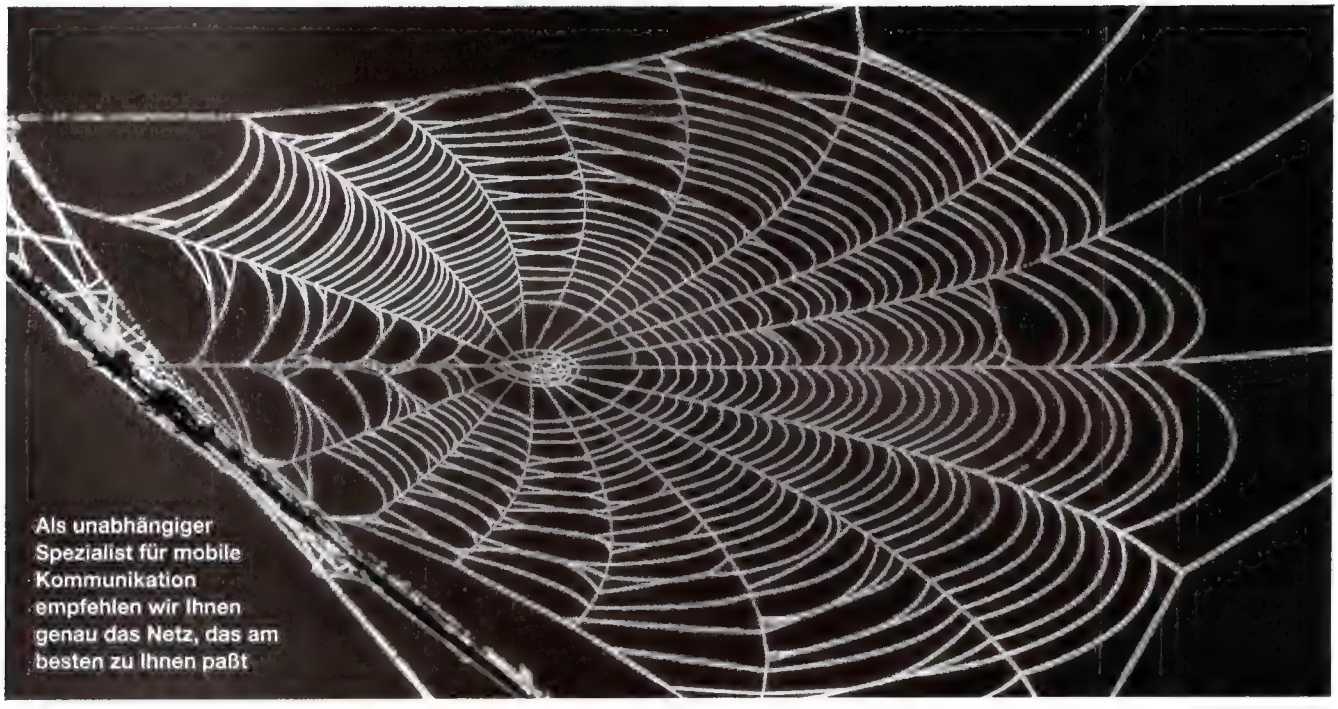
Tatsächlich hat damals auch niemand übersehen können, wie sehr die Niederlage Eberhard Diepgen beutelte; er war kein guter Verlierer. Und heute entgeht niemandem, wie angstgetrieben sich der Bürgermeister bemüht, nur nicht noch einmal ein solches Debakel zu erleiden. Er ist noch mißtrauischer, noch aktenbesessener, noch kontrollsüchtiger.

Die Niederlage akzeptieren? Und gar noch in Demut? Nein, diese Art geläuterter Persönlichkeit läßt sich in Eberhard Diepgen beim besten Willen nicht erkennen. Er ist nicht nur die alte Person geblieben, er ist sie heute in verschärfter Form, auch wenn er irritierende Bemerkungen wagt, wie zum Beispiel: „Was wir jetzt in Berlin brauchen, ist ein neuer Eliteschub."

Wer würde dieser Erkenntnis widersprechen? Weil aber ein jeder mitkriegt, daß Eberhard Diepgen bei diesem Satz weder an die Politik allgemein noch an seine Freunde, noch gar an sich selbst denkt, sondern nur an die Führungsetagen der Wirtschaft, an die Kultur und an die Presse, wird die korrekte Aussage zum Eigentor.

Und weil Eberhard Diepgen das nicht merkt, gewinnt seine Forderung nicht nur zusätzlich an Überzeugungskraft. Sondern sie wird, was er besonders liebt – symbolträchtig.

Anti-Olympia-Aktion der Alternativen Liste, Diepgen*: „Wie's drinnen aussieht, muß nicht immer jeden etwas angehen"



Wer kein Netz hat, wird andere auch nicht zappeln lassen

Ein Netz ist ein Netz ist ein Netz. Für den Laien sind alle Spinnennetze gleich. Das geübte Auge des Arachnologen, des Spinnenforschers, erkennt aber schon an der Bauweise, welche Spinne hinter welchem Netz steckt.

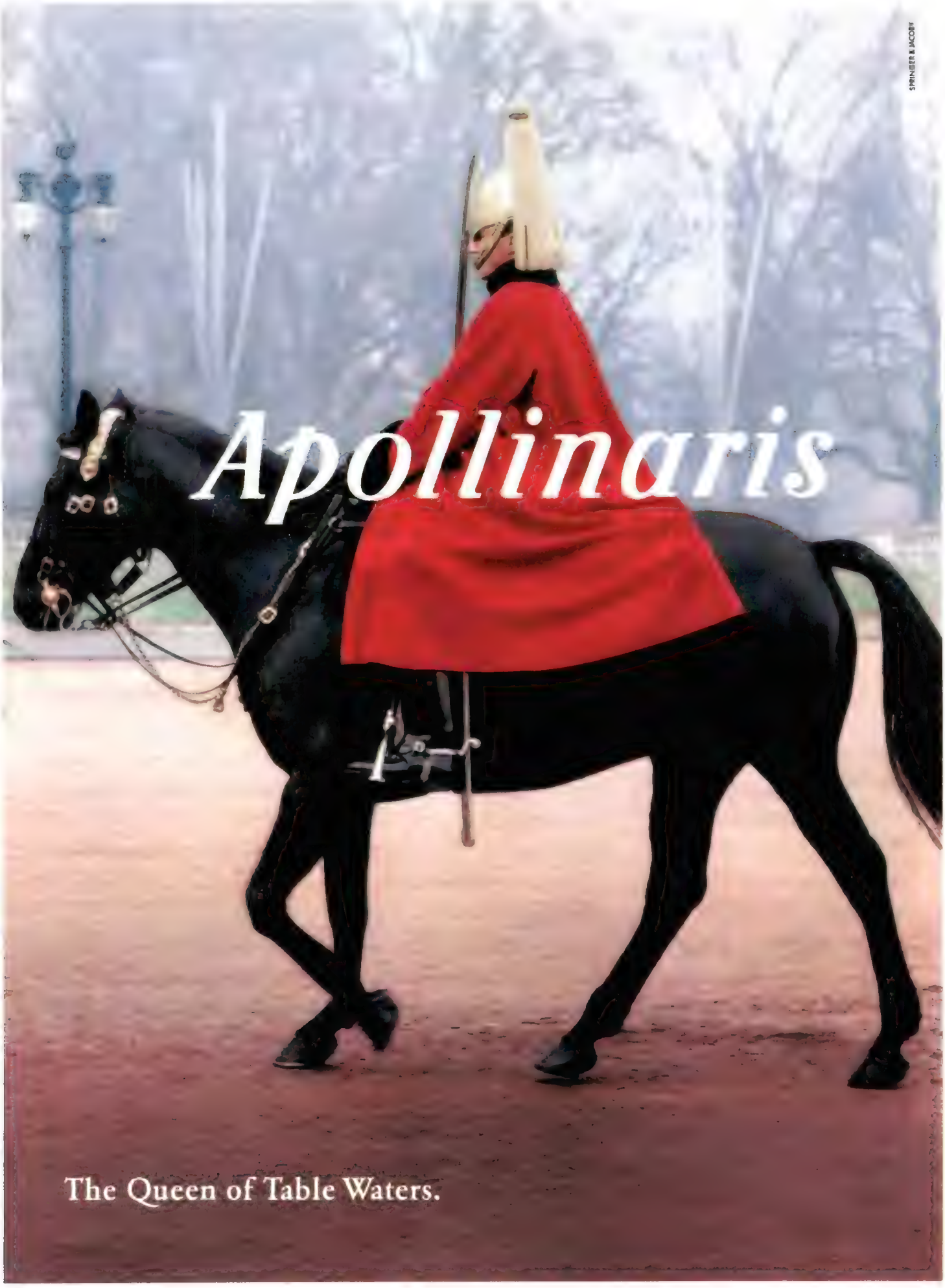
Auch Axicon hat etwas von einem Arachnologen. Denn als unabhängiger Spezialist für mobile Kommunikation haben auch wir uns auf das Analysieren von Netzstrukturen, das Erkennen ihrer Stärken und Schwächen spezialisiert. So können wir Ihnen genau sagen, welches Netz für Ihre Anforderungen das richtige ist. Das bundesweit flächendeckende analoge C-Netz oder eines der beiden digitalen D-Netze. Oder in der Startphase vielleicht sogar D1 und D2. Oder jetzt das C-Netz und nach einer gewissen Zeit das D-Netz. Oder oder oder. So individuell Ihre Anforderungen auch sind, wir haben stets die perfekte Mobilkommunikationslösung für Sie. Unabhängig von der Ausbausituation, den Diensten, Tarifen und Services der Netzbetreiber. Als unabhängiger Spezialist bieten wir Ihnen alle Netze an, kennen genau deren Vor- und Nachteile und können darauf mit unseren Empfehlungen und eigenen Dienstleistungen entsprechend reagieren.

Deshalb bekommen Sie als Axicon Kunde alles aus einer Hand. Und genau das, das wirklich am besten zu Ihnen paßt. TeleKarten für das C-Netz und Axicon D-Netzkarten für das D1- und D2-Netz. Mobiltelefone namhafter Hersteller sowie hochwertige Peripheriegeräte. Perfekten Einbau und Service durch Elektronikspezialisten. Und exklusive Dienste im D-Netz.

Das einzige Netz, zu dem es unserer Meinung nach keine Alternative gibt, haben wir selbst gespannt. Ein dichtes Netz von kompetenten Partnern für Beratung, Service und Verkauf: die BMW Händler in ganz Deutschland.

Axicon Mobilfunkdienste GmbH
Ein Unternehmen der BMW AG
Professor - Messerschmitt - Str. 3
8014 Neubiberg
Telefon 0 89/6 08 74-4

Axicon
Mobile
Kommunikation



Classic · Medium · Lemon - ***Apollinaris. Aus dieser Quelle trinkt die Welt.***

City-Verkehr in Berlin (auf dem Kaiserdamm): Jeden Werktag 112 Tonnen Kohlenmonoxid für die Berliner Luft

Verkehr

Geliebtes Getümmel

Ein alarmierendes Gutachten über die Berliner Luft zwingt den Senat zu Verkehrsbeschränkungen.

Es gab Zeiten, da schwärmten Berlins Verkehrspolitiker von vollen Straßen.

„Das pulsierende Getümmel von Fahrzeugen", heißt es in einer Werbeschrift des Senats von 1987, „gehört zum Bild der Großstadt." Besonders der 23 Kilometer langen Stadtautobahn komme „große Anziehungskraft und Bündelungswirkung" zu.

Das von Kaiser Wilhelm I. angelegte, in den Nachkriegsjahren nach Hohenzollern-Vorbild auf 2700 Kilometer ausgewalzte Wegesystem mit sechsspurigen Boulevards und achtspurigen Ausfallstraßen verhinderte über Jahrzehnte den Verkehrsinfarkt, der andere Großstädte längst ereilt hatte. Das Auto brachte den eingemauerten West-Berlinern zudem das wichtige Gefühl der Freiheit, zu fahren, wann und wohin es beliebt.

Mit der Freiheit ist es jetzt vorbei. Die neue deutsche Hauptstadt wird von einer Autolawine überrollt, die immer häufiger den Verkehr zusammenbrechen läßt.

Die Stadt hat mittlerweile nicht nur die größte Autodichte Deutschlands – 1500 Kraftfahrzeuge pro Quadratkilometer –, sondern auch die schlimmste Abgasbelastung (siehe Schaubild Seite 77).

Die Wahrheit über die Berliner Luft ist erst jetzt durch ein Gutachten herausgekommen, das noch 1990 der rot-grüne Senat in Auftrag gegeben hat. Danach verpestet der Autoverkehr an mittleren Werktagen in einem 100 Quadratkilometer großen Stadtbereich innerhalb des S-Bahn-Rings die Luft mit 21 Tonnen Stickoxiden, 50 Tonnen Kohlenwasserstoff, 112 Tonnen Kohlenmonoxid und 1,15 Tonnen Dieselrußpartikeln.

Solche Werte sind bislang in keiner anderen deutschen Großstadt registriert worden – schon deshalb nicht, weil so umfangreiche Messungen noch nirgendwo angestellt wurden. Der christdemokratische Berliner Umweltsenator Volker Hassemer, durch die Wißbegier der grünen Vorgängerin Michaele Schreyer mit unliebsamen Gutachter-Daten ausgerüstet, sieht sich nun unter Handlungsdruck.

Nicht nur, daß die Expertise der „Gesellschaft für Informationsverarbeitung, Verkehrsberatung und angewandte Unternehmensforschung" „umgehend Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und Gesundheit der Anwohner" fordert. Ähnliche Forderungen drohen den Berliner Verkehrspolitikern auch aus Bonn.

Denn die in Berlin ermittelten Werte von 135 Mikrogramm Stickoxid pro Ku-

Verkehr am Blücherplatz um 1910: Gefühl der Freiheit

Wir sind HUKgünstig versichert.

Für MICH. Für DICH. Für ALLE.

HUK

»Fahrradfahren macht uns Spaß. Und zum Thema Unfallgefahr haben wir eine vernünftige Einstellung: erstens gut aufpassen – zweitens eine HUKgünstige Unfallversicherung.«

Leben
Kranken
Unfall
Kraftfahrzeug
Rechtsschutz
Schutzbrief
Hausrat
Haftpflicht
Wohngebäude

NEU:
BAUSPAREN
HUK-VISA-Card

Kommen Sie zu uns. Wo wir sind, steht in jedem örtlichen Telefonbuch.

HUK-Coburg

Telefon (09561) 96-0 · Bahnhofsplatz · 8630 Coburg

bikmeter Luft liegen über den nach EG-Richtlinien festgesetzten Eingreifgrößen. Sie überschreiten teilweise auch jene verschärften Konzentrationswerte, die Bundesumweltminister Klaus Töpfer noch diesen Sommer in einer Verordnung zur Reduzierung der zu hohen Belastung mit krebserzeugenden Luftschadstoffen verabschieden lassen möchte.

Die geplante Ergänzung zu Paragraph 40 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, zu der jetzt Expertenanhörungen stattfinden, könnte weitreichende Folgen haben. Nach der Vorschrift können die Straßenverkehrsbehörden eigenverantwortlich bei zu hoher Luftverpestung den Verkehr auf bestimmten Straßen oder in ganzen Gebieten „beschränken oder verbieten".

Dabei werden – mag auch die Luftsituation in anderen westdeutschen Metropolen nicht besser sein – in der Hauptstadt besonders harte Eingriffe in den einst so freien Autoverkehr unumgänglich sein: Bis zum Jahr 2010, so die Prognose, wird sich das Verkehrsaufkommen am künftigen deutschen Regierungssitz noch einmal verdoppeln – und die Luft entsprechend dicker.

Einen Ausweg aus der Umweltklemme versucht der CDU/SPD-Senat nun mit einem Modell, das Hassemers Staatssekretär Lutz Wicke (CDU) als Alternative zur autofreien Innenstadt entwickelt hat. Der einstige Umweltbundesamt-Direktor und Sachbuchautor („Die ökologischen Milliarden") will Autos ohne Katalysator nur noch in die Stadt lassen, wenn sie ein Ticket der Berliner Verkehrsbetriebe an der Windschutzscheibe kleben haben (siehe Interview Seite 80).

Das Ticket-System, so hoffen die Verkehrsexperten, könnte die Luftverschmutzung wieder unter Töpfers Grenzwerte bringen – ohne Fahrverbote und autofreie Zonen.

Dabei ist das Modell mit dem Fahrschein im Fenster andernorts gerade gescheitert. In Stockholm, wo die Umweltkarte für alle Autos in der Innenstadt vorgeschrieben werden sollte, denken die Verkehrsplaner nun über Alternativen nach: Der zwangsweise Verkauf von Fahrscheinen an Bürger, die überhaupt nicht mit der Bahn fahren wollen, hatte soviel Unmut erregt, daß Schwedens Sozialdemokraten schließlich um ihre Wählerstimmen fürchteten und dem Projekt die Unterstützung entzogen.

Als Alternative zu den Ticket-Lösungen bleibt in Berlin wie in anderen westdeutschen Großstädten nur die generelle Begrenzung des Individualverkehrs im City-Bereich. Dabei zeigt eine ebenfalls jetzt veröffentlichte Studie des Berliner Instituts für Urbanistik, daß die Verkehrsberuhigung in den Städten besser funktioniert als von der Auto-Lobby gemeinhin behauptet.

Die Untersuchung in mehreren europäischen Musterstädten – darunter Amsterdam, Freiburg, Stockholm und Zürich – hat ergeben, daß es mit einem attraktiven Angebot öffentlicher Nahverkehrsmittel und strengen Parkraum-Kontrollen möglich ist, den Autoverkehr „bis zu einem Drittel" zu vermindern.

„Keine Bestätigung", so Gutachter Dieter Apel, fand sich dagegen für die Ängste der Einzelhandelsverbände vor Umsatzeinbrüchen in verkehrsberuhigten Einkaufsstraßen. Mit einem verminderten Pkw-Verkehr, so die Studie, wachse die „urbane Qualität" und die „Erreichbarkeit der Innenstädte". In „kulturell und ökonomisch attraktiven Stadtzentren" lasse sich sogar eine „wirtschaftlich positive" Entwicklung feststellen.

Besonders eindrucksvoll belegen die Verkehrsgutachter die Erfolge strikter Verkehrsberuhigung mit dem Beispiel der norditalienischen Großstadt Bologna (430 000 Einwohner). In die Innenstadt dürfen weder motorisierte Berufspendler noch autofahrende Besucher. Gleichzeitig verkehren weiterhin Taxis, Lieferwagen und Busse. An Bewohner und Besit-

DICKE LUFT Die Verkehrsbelastung der Berliner Innenstadt (schematische Darstellung)

Auto-Alternative U-Bahn: „Urbane Qualität"

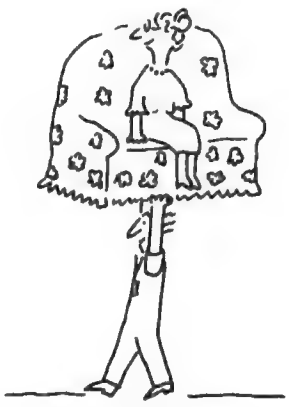
anagement, sondern auch sein Fahrwerk.

stand an einen Mikroprozessor. Und in Sekundenbruchteilen paßt sich die Fahrwerkseinstellung sowohl der jeweiligen Straßenbeschaffenheit als auch Ihrer Fahrweise an. So wird das Fahren sicherer und entspannter. Und Sie sind im PEUGEOT 605 schon unterwegs am Ziel Ihrer Wünsche. Wann treffen Sie Ihre souveräne Entscheidung?

PEUGEOT

PHILIPS
PHILIPS
PHILISHAVE VERGLEICHEN.
OLYMPIA GEWINNEN!
JETZT: LEISTUNG ERLEBEN UND EINE VON 33 OLYMPIA-REISEN GEWINNEN!
Philishave startet die Rasierer - Olympiade '92! Der Philishave 980 fordert zum Zehnkampf heraus: Vergleichen Sie Ihren Rasierer mit den zehn Vorteilen des Philishave Systems und bestimmen Sie Ihren Favoriten! Wer jetzt vergleicht, hat die Chance, die neuen Olympia-Sieger in Barcelona '92 hautnah zu erleben. Starten Sie jetzt: Holen Sie sich Ihre Teilnahmekarten im Fachhandel oder bei Philips GmbH, PHILISHAVE Kennwort "Olympia '92", Alexanderstraße 1, 2000 Hamburg 1!
PHILISHAVE
Official Sponsor of the 1992
Olympic Summer Games
Barcelona'92
PHILIPS
FULL
100
80
60
40
20
MIN LEFT
PHILIPS
PHILISHAVE.
RASIERER VON PHILIPS.

SUCHEN SIE MAL EINE UMZUGSFIRMA, DIE SICH AUCH UM SIE KÜMMERT.



Für ältere Menschen sind Umzüge besonders unangenehm. Unser Seniorenpaket macht Ihnen das Umziehen angenehmer. Ihre Sonderwünsche sind uns Befehl. Ganz gleich, ob Sie mit Ihren Möbeln mitfahren wollen oder ob wir Behördengänge für Sie erledigen sollen.

SENIOREN-UMZUG:
☎ 0130-86 47 88

Weitere conFern-Umzugsideen:
der Urlaubs-Umzug, der Manager-Umzug, der Mehr-als-fair-Umzug, der Objekt-Umzug, der Familien-Umzug. Ganz egal, ob Sie einen Stock höher oder ans andere Ende der Welt ziehen wollen: conFern-Umzüge gibt es immer in conFern-Qualität. Wenn bei Ihnen also ein Umzug im Anzug ist, sollten Sie sich jetzt unverbindlich informieren. Zum Ortstarif. Es zahlt sich für Sie aus.

confern Umzugs-Partner

ERSTE ADRESSE
FÜR DEN ADRESSENWECHSEL

zer eigener Garagen wurden zudem über 80 000 „Sonderberechtigungen" ausgegeben.

Trotzdem verminderten sich Abgase, Lärm und Umweltbelastungen seit Einführung der Autorestriktionen im Jahre 1982 drastisch. Statt 150 000 Autos drängeln sich heute nur noch ein Drittel davon durch die historische Altstadt.

Auch in Amsterdam, dessen 680 000 Einwohner vergangenen Monat für eine weitgehend autofreie Stadt votierten, greifen die neuen Verkehrskonzepte. Nur ein Fünftel der werktäglich 300 000 Verkehrsteilnehmer in der „Binnenstadt" benutzen noch das Auto oder Motorrad.

Die Berliner zeigen sich von solchen Erfolgen vorerst wenig beeindruckt. Zumindest bis zu den geplanten Olympischen Spielen im Jahr 2000 hoffen die Verkehrspolitiker das geliebte Getümmel um die Gedächtniskirche garantieren zu können. „Der Ku'damm", sagt Staatssekretär Wicke, „wird keine Fußgängerzone."

„Jahreskarte für die City"

Berlins Umwelt-Staatssekretär Lutz Wicke über Eingriffe in den Stadtverkehr

SPIEGEL: Herr Wicke, von Rechts wegen muß die deutsche Hauptstadt vom Sommer an dichtgemacht werden: Dann sollen neue Bonner Grenzwerte für die Umweltbelastung mit Auspuffgasen in Kraft treten, die in der Berliner Luft schon seit langem überschritten sind.

WICKE: Die Grenzwerte, die für Benzol, Dieselruß und Stickoxide gelten sollen, sind auch in anderen Großstädten insgesamt überschritten. Aber Berlin hat über Verkehrsbelastung der Innenstadt zuerst eine Studie vorgelegt – und nun kommt die ganze Welt angelaufen und sagt, da müßt ihr doch eure Straßen schließen.

SPIEGEL: Und schließen Sie?

WICKE: Das ist ja, anders als in Amsterdam oder sonstwo, innerhalb einer so riesigen Stadt nicht möglich. Betroffen wäre ein Gebiet, in dem 1,1 Millionen Menschen leben – die Straßen innerhalb des S-Bahn-Rings.

SPIEGEL: Sie könnten wenigstens die am schlimmsten betroffenen Straßen sperren.

WICKE: Wenn Sie hier einzelne Straßen für Autos dichtmachen, dann verteilt sich der Verkehr nur auf andere. Da muß man sich schon irgendwas besonders Intelligentes einfallen lassen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie den Ausweg?

WICKE: Wir wollen die Benutzung der Innenstadt für Autofahrer an Auflagen knüpfen. Emissionsarme Pkw, also die, die mit einem geregelten Katalysator ausgerüstet und mit der G-Kat-Plakette speziell gekennzeichnet sind, erhalten praktisch freie Fahrt. Alle anderen, die emissionsstarken Fahrzeuge, müssen zum Beispiel bei der Fahrt in die Innenstadt Fahrscheine der Berliner Ver-

Umweltpolitiker Wicke: „Ich bin ein grüner Schwarzer"

kehrsbetriebe an der Windschutzscheibe führen.

SPIEGEL: So etwas hat die CDU, der Sie angehören, bislang als grüne Autofahrerschikane abgetan.

WICKE: Ob das grüne Verkehrspolitik ist, ist mir egal. Ich bin ein grüner Schwarzer und ein stark umweltengagierter CDU-Mensch.

SPIEGEL: Was nützt es, jedem Stinker freie Fahrt zu geben, wenn er sich nur einen Fahrschein kauft?

WICKE: Für mich sind das marktwirtschaftliche Anreize. Wer sich ein G-Kat-Auto kauft, kann sich ja den Fahrscheinpreis sparen. Und wer einen Fahrschein kauft, kann sein Auto auch stehenlassen und auf Busse und Bahnen umsteigen.

SPIEGEL: Haben Sie für Ihren Plan außerhalb Berlins Unterstützung gefunden?

WICKE: München beispielsweise will mitmachen, deshalb nennen wir unser Vorhaben das Berlin-Münchner Modell. Frankfurt hat ebenfalls großes Interesse signalisiert. Und nach den ersten Erfahrungen bei einer Vorstellung des Modells im Umweltausschuß des Deutschen Städtetages gehe ich davon aus, daß wir schnell weitere Verbündete finden werden.

SPIEGEL: Was sagen denn die Autohersteller dazu?

WICKE: Wir haben das im Kontakt mit vier großen deutschen Automobilfirmen entwickelt. Je breiter der Konsens, um so eher werden die eine Abgas-Technik entwickeln, die auch funktioniert – beispielsweise bei erdgasgetriebenen Lastwagen und Bussen.

SPIEGEL: Wie soll das Modell Freie Fahrt für Fahrscheinkäufer denn funktionieren?

WICKE: Da sind unterschiedliche Varianten denkbar. Die Berliner, die von außerhalb des S-Bahn-Rings ohne die G-Kat-Vignette in die Innenstadt einfahren wollen, benötigen dann eine Monats- oder Jahreskarte der Verkehrsbetriebe. Ein Pole beispielsweise, der mit einem stinkenden Zweitakter ankommt, müßte sein Fahrzeug außerhalb parken oder sich eine entsprechende Tages- oder Wochenkarte kaufen.

SPIEGEL: Und die Bewohner der Innenstadt selber?

WICKE: Das sind in Berlin vielleicht 400 000 Autobesitzer. Da haben harte Leute gesagt, die müssen genauso löhnen, wenn sie keine umweltfreundlichen Autos haben. Ich denke jedoch, daß man denen gewisse Sonderkonditionen einräumen müßte. Das könnte eine Park- und Fahrberechtigung sein, die dann nicht ganz soviel kostet wie die Jahres-Umweltkarte für 600 Mark.

SPIEGEL: Was ist mit Lastwagen, deren Aufkommen sich nach Berliner Prognosen ja bis zum Jahr 2010 verdreifachen soll?

WICKE: Gerade weil Dieselruß besonders stark krebserregend und der Hauptfaktor im Rahmen dieser Grenzwertfestlegung ist, muß der Lkw-Verkehr besonders angegangen werden. Aber möglicherweise müssen wir dem Fuhrgewerbe schon eine längere Umstellungszeit einräumen. Da sind wir uns auch mit der Wirtschaft einig.

SPIEGEL: Wann soll der Fahrscheinverkauf für Autofahrer beginnen?

WICKE: Die Besitzer von Personenwagen müssen vielleicht schon 1994 eine Jahreskarte für die Innenstadt kaufen, mit den emissionsstarken Lkw und Bussen beginnen wir etwas später.

SPIEGEL: Und dann schicken Sie Fahrscheinkontrolleure durch die City?

WICKE: Das ist relativ unkompliziert. Wer in der Innenstadt ohne Kat-Zeichen oder Fahrberechtigung erwischt wird, der kriegt halt, genauso wie wenn er falsch parkt, seine 40 Mark oder ein entsprechendes Bußgeld aufgebrummt. Da wird sich mancher schon überlegen, ob er trotz fehlender Berechtigung in die Innenstadt fahren will.

SPIEGEL: Das Autofahren wird mal wieder teurer.

WICKE: Das Autofahren mit umweltunfreundlichen Fahrzeugen wird teurer, das ist das eine. Aber wenn es mit dem Fahrschein gekoppelt wird, das ist das Elegante an der Geschichte, haben wir gleichzeitig auch einen Beitrag der Halter emissionsstarker Autos für die Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs.

SPIEGEL: Wäre es da nicht konsequenter, gleich das sogenannte Stockholmer Modell anzustreben? Nach dem schwedischen Projekt, das freilich mittlerweile gestoppt wurde, sollte jeder Autofahrer unabhängig von der Emission ein Umwelt-Ticket vorweisen.

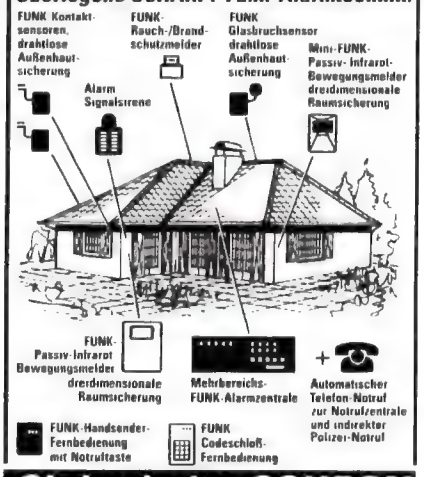
WICKE: Diese Idee hat bei unserer Konzeption Pate gestanden. Aber ich denke, daß die Leute, wenn wir das so konsequent einführen würden, ziemlich sauer wären. Später, vielleicht im Jahre 1998, könnten wir von unserer relativ sanften Methode dann auch in Richtung Stockholmer Modell umsteigen. Da mag sich auch das Bewußtsein mehr geschärft haben, daß die Benutzung von Innenstädten was kostet.

SPIEGEL: Der ADAC lehnt zusätzliche Belastungen des Autofahrers ab.

WICKE: Mit dem ADAC haben wir bei Entwicklung dieses Modells auch gesprochen. Der sagt, wenn es nun mal solche Grenzwerte gibt und wir was machen müssen, dann ist die Möglichkeit, daß die Autos wenigstens weiter fahren können, noch die beste Methode.

Deutschlands meistgekaufte drahtlose Alarmanlage.

Überlegene SCHARPF Funk-Alarmtechnik:



Sicherheits-COUPON

Schicken Sie mir bitte Ihre kostenlose SCHARPF-Funkalarm-Info-Mappe. SP 17/92

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

SCHARPF DRAHTLOSE ALARMSYSTEME

SCHARPF ALARMSYSTEME

Am Siebenstein 2 · Postfach 301232 · D-6072 Dreieich

Tel. 0 61 03/6 20 61 · Telex 4 14326 · Fax 0 61 03/6 60 52

ON LINE MIT DEM RICHTIGEN BERATER

Wenn Sie als Unternehmer alle Hände voll zu tun haben, ist es gut zu wissen, daß es Leute gibt, die in Ihrem Sinne denken und handeln: die Firmenberater der Sparkasse. Sie haben das Know-how aus vielen Branchen, sind täglich am Ball und daher beweglich.

Bilanzanalyse, Finanz- und Liquiditätsplanung? Rationalisierung, Diversifikation, Investition, Kooperation? Ihre Sparkasse ist in vielen Bereichen versiert und on line für Sie programmiert.

Kennen Sie die aktuellen Datenbankdienste und Beratungsprogramme der Sparkassen?

Ihr Firmenberater stellt Ihnen gerne ein spezielles Servicepaket zusammen. Und berät Sie so, als wäre Ihr Unternehmen sein Unternehmen.

wenn's um Geld geht – Sparkasse

Ein Unternehmen der Finanzgruppe

Energie

Liebe zum Zähler

Im Schwarzwaldstädtchen Schönau wollen Bürger ihr Stromnetz kaufen – das Modell könnte Schule machen.

Ein süßer Duft erfüllt den Raum: Himbeerduft. In drei großen Kupferkesseln köcheln die Früchte, und dichter Dampf steigt auf.

Zuviel Dampf, meint Ulrich Tscheuschler, 50. Er sucht bei der Marmeladenfabrik Faller im Schwarzwaldstädtchen Schönau nach Stromverschwendung. Der Energiesparexperte rät zu einer Anlage, die winters mit Dampf heizt. Da wären „ohne weiteres" bis zu 15 Prozent einzusparen.

Den Besserwisser hat die Fabrik-Chefin Bettina Faller selbst engagiert. Die Unternehmerin geht mit gutem Beispiel voran, schließlich ist sie Mitglied der „Aktion Netzkauf".

Der Name nennt zugleich das wichtigste Ziel des Vereins, der im Schwarzwald von sich reden macht und bei den Stromkonzernen berüchtigt ist: Die Netzkäufer wollen das Stromnetz von Schönau übernehmen, mit allen Leitungen, Masten und Schaltstationen.

Die Elektro-Tüftler möchten vorführen, wie sich mit neuen Tarifen und neuer Kraftwerkstechnik Energie sparen läßt. Statt der großen Versorgungsunternehmen sollen künftig zunehmend Kleinerzeuger Schönau erleuchten und die Marmelade am Kochen halten.

Die „Netzkauf"-Leute planen Mini-Kraftwerke, die in jeden Keller passen. Mit guten Preisen wollen sie zudem unabhängige Stromlieferanten, etwa die Betreiber kleiner Wassermühlen im Schwarzwald, ins Netz einspannen.

„Netzkauf" ging aus einer Bürgerinitiative hervor, die sich nach der Atom-Katastrophe von Tschernobyl 1986 zusammengefunden hatte. Einer der Initiatoren ist der Schönauer Arzt Michael Sladek, 45.

Der Doktor mit dem schwarzen Rauschebart bekommt nun häufig Besuch aus Bonn. Harald Schäfer etwa, Umweltexperte der SPD-Bundestagsfraktion, oder Martin Grüner, einst FDP-Staatssekretär im Umweltministerium, fuhren nach Schönau, um sich die Ideen Sladeks anzuhören, einen Mix aus Protest und Kommerz.

So hat die Strom-Initiative die „Gesellschaft für dezentrale Energieanlagen mbH (Gedea)" gegründet. Die soll Besitzer von Kleinst-Kraftwerken beraten und auch mit Geräten beliefern.

Die Gedea hat mittlerweile auch schon eine Tochter, die ein kleines 18-Kilowatt-Wasserwerk im schönen Wutachtal und einen imposanten Namen besitzt: „Gedea Gesellschaft für dezentrale Energieanlagen mbH & Co Wasserkraftwerke Wutach-Mühlekanal KG" – auch ein kommerzielles Unternehmen.

Auf der „ideellen Schiene" (Sladek) läuft hingegen „Fuss" (Förderverein für umweltfreundliche Stromverteilung und Energieerzeugung), die neueste Gründung zur bundesweiten Verbreitung des Netzkauf-Gedankens. Sie verschickt Info-Briefe, organisiert Vorträge und Seminare.

In Schönau selbst hatten die Netzkäufer mit Widerstand zu kämpfen: Bürgermeister Richard Böhler, 63, fürchtet um die „Versorgungssicherheit, wenn's im Winter schneit".

Die Firma „Frisetta GmbH Kunststoffwerke", größter Arbeitgeber am Ort, weigerte sich, „Versuchskaninchen zu spielen", und der bisherige Lieferant, die Kraftübertragungswerke Rheinfelden, hält das ganze Unternehmen für Spinnerei: „Das sind ja wohl überwiegend Idealisten."

Die baden-württembergische Gemeindeprüfungsanstalt sieht das an-

Netzkauf-Initiator Sladek: Mix aus Protest und Kommerz

Stromberater Tscheuschler (r.) in Schönauer Marmeladenfabrik: Zuviel Dampf

CDC

MANCHE MÖGEN'S WEICH.

HANDMADE SINCE 1856.

BEVERLY HILLS FRANKFURT NEW YORK
BERLIN DALLAS SINGAPORE LONDON
HONOLULU TOKYO HONG KONG PARIS

GOLD/PFEIL

BERLIN: TAUENTZIENSTRASSE, UNTER DEN LINDEN · DÜSSELDORF: KÖ-GALERIE · FRANKFURT/MAIN: KAISERPLATZ, FLUGHAFEN TRANSIT/ B
HAMBURG: NEUER WALL · KARLSRUHE: KAISERSTRASSE · KÖLN: MITTELSTRASSE · MÜNCHEN: MAXIMILIANSTRASSE · NÜRNBERG: KÖNIGSTRASSE
WIESBADEN: WILHELMSTRASSE · WUPPERTAL: WALL · WEITERE INFORMATIONEN ZUM NULLTARIF: 0130-2912

ders: Als „durchaus realisierbar" beurteilte die Behörde das Projekt.

Erst 1994 entscheidet sich endgültig, ob die Netzkäufer das Netz übernehmen dürfen: In Schönau wie in 600 anderen deutschen Städten laufen dann die Konzessionen aus, die es den Energiekonzernen gestatten, ihren Strom gegen Gebühr über Gemeindeland zu leiten. Aus kartellrechtlichen Gründen dürfen solche Verträge nur maximal 20 Jahre laufen.

Einen Etappensieg über den regionalen Stromkonzern haben die Schönauer Netzkäufer schon erreicht: Letztes Jahr stimmten 55 Prozent der Bürger gegen eine vorzeitige Verlängerung des bisherigen Vertrages, die der Großlieferant angeboten hatte.

Ein weiterer Erfolg der „Netzkauf"-Initiatoren ist der „Stromsparwettbewerb", der seit 1988 läuft und bei dem über 100 Haushalte mitmachen, ihre Stromrechnungen einreichen und Wochenverbrauchslisten führen. Spareffekt schon im ersten Jahr: mehr als zehn Prozent, knapp 45 000 Kilowattstunden, oder, auf Schadstoffe umgerechnet, unter anderem 61,9 Tonnen Kohlendioxid, eine halbe Tonne Schwefeldioxid und 188 Kilo Stickoxid.

Bundesweit ergäbe das, wenn alle wie in Schönau sparten, 8,64 Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger, rund 59 000 Tonnen Schwefeldioxid, 26 300 Tonnen Stickoxid.

Stromsparwettbewerbe wie in Schönau werden mittlerweile von 20 westdeutschen Gemeinden praktiziert. Hundertfach wurde die 66seitige Schönauer Sparbroschüre mit Tips wie diesem verteilt: „Entwickeln Sie ein liebevolles Verhältnis zu Ihrem Stromzähler."

Die Liebe zum Stromzähler wird offenbar immer größer. 27 Prozent aller Kommunen wollen, wie eine Umfrage der kommunalen Spitzenverbände ergab, die Stromversorgung in eigener Regie übernehmen.

Viele Bürgermeister und Stadtwerksdirektoren sehen die Netzübernahme als zukünftige Geldquelle. Für die bislang etwa 280 Investoren beim Schönauer Projekt beispielsweise hat Michael Saalfeld, Vermögensberater aus Hamburg, die voraussichtliche Rendite schon errechnet: „nicht unter zehn Prozent."

Gesellschaft

Freude am Sex

Prostituierte wehren sich gegen die Doppelmoral des Staates: Wer Steuern zahlt, verlangen sie, muß auch soziale Sicherheit erhalten.

Der Frankfurter Finanzbeamte habe sie süffisant über den Rand der Brille taxiert: „Sie sind hübsch und gesund – 20 Freier die Woche, okay?" Wäre es nicht so entsetzlich erniedrigend gewesen, erzählt Ariane, 28, hätte sie laut gelacht. Der Beamte schien sich in der Szene gut auszukennen.

Auto-Strich (in Berlin): „Das war nur einmal und ist schon lange her"

Ariane arbeitet als Prostituierte. Auf dem nationalen Hurenkongreß („Berufsprofile und Tätigkeitsanalyse für Prostitution") am vorigen Wochenende in Düsseldorf schilderte sie den 50 Teilnehmerinnen ihre Erfahrung als steuerzahlende Arbeitnehmerin.

Wie bei allen Damen vom Fach wird Arianes Arbeit allein vom Finanzamt anerkannt, das, nach entsprechender Einschätzung, die fälligen Steuern kassiert. Die gesellschaftlichen Gegenleistungen für jeden Steuerzahler, wie die Mitgliedschaft in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, verweigert der Staat dem ältesten Gewerbe der Welt. Denn: Prostitution war, ist und bleibt sittenwidrig.

Zu ersten Zugeständnissen ist Bundesarbeitsminister Norbert Blüm jetzt bereit. Er will künftig das Treiben der Liebesdienerinnen als berufliche Tätigkeit nach Paragraph 42 des Arbeitsförderungsgesetzes anerkennen.

Die konkrete Auswirkung: Huren könnten auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit umschulen, wenn sie die üblichen Bedingungen für Arbeitsförderung erfüllen.

Auf diese Idee ist der Minister nicht freiwillig gekommen. Er befürchtet, daß ein Musterurteil des Berliner Sozialgerichts vom September 1991 trotz Berufung vor dem Landessozialgericht rechtskräftig wird. Die Prostituierte Karo, 27, hatte darauf geklagt, ihre Tätigkeit als „Sex-Arbeiterin" anzuerkennen, weil sie zur Tischlerin umschulen wollte (SPIEGEL 45/1991). Die Umschulung bezahlt die Bundesanstalt für Arbeit (BA) aber nur dann, wenn die Antragstellerin mindestens zwei Jahre sozialbeitragspflichtig gearbeitet hat und eine mehrjährige Tätigkeit „mit auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Kenntnissen" nachweisen kann.

Hure Karo gewann den Prozeß. Die Richter bestätigten, ihre Arbeit habe durchaus eine Funktion in der Gesellschaft.

Im Bonner Arbeitsministerium reagierten die Experten zum Entsetzen der Nürnberger Bundesanstalt wohlwollend. Günther Weinzierl, Referent für Fortbildung und Umschulung bei der BA, will, falls auch das Landessozialgericht der Prostituierten recht gibt, „sicher bis zur letzten Instanz" gehen. Weinzierl: „Prostitution ist nun mal kein

Friedrich Schumacher, Kellermeister der Winzergenossenschaft Wolfenweiler, Markgräflerland.

Und damit könnten wir unsere Baden-Probe beenden...

Hansjörg Wöhrle, „Zum Adler", Weil am Rhein.

...wenn wir wollten!

Information: Badischer Wein, Kehlerstraße 5, 7500 Karlsruhe 21

Baden gilt unter Genießern *als Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Diesen guten Ruf hat es seiner Küche zu verdanken. Und seinem Wein. Denn der ist nicht nur von erlesener Güte, er zeichnet sich auch durch einzigartige Sortenvielfalt und Sortentypik aus. Vom Qualitätswein bis zur Trockenbeerenauslese. Dafür sorgen der Boden, das Klima und die Kellermeister der badischen Winzergenossenschaften. So gesehen, muß Baden einem Genießer einfach paradiesisch erscheinen. Selbst wenn er manchmal die Qual der Wahl hat. Oder gerade deshalb.*

BADISCHER WEIN®
von der Sonne verwöhnt

„Hydra"-Sprecherin Klee: Erfolg der Hurenbewegung

Beruf." Der BA geht es ums Prinzip. Hohe Mehrausgaben wären ohnehin nicht zu erwarten, weiß Weinzierl, denn kaum eine Dirne könne zwei Jahre Beitragszahlungen nachweisen.

Karo gilt als Sonderfall, weil sie für diese Zeit an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eines Aussteigerinnen-Projekts der Berliner Prostituierten-Selbsthilfeorganisation „Hydra" mitarbeiten konnte.

Trotz der Einwände aus Nürnberg findet Stephanie Klee, Sprecherin von „Hydra", das Urteil „bahnbrechend". Dies sei der erste sichtbare Erfolg des jahrzehntelangen Kampfes der Hurenbewegung um mehr soziale Absicherung.

Dirnen, die wie andere Arbeiterinnen behandelt werden wollen, finden geringe Unterstützung. In Düsseldorf formulierten sie ihre Maximalforderungen: Der Beruf einer Hure müsse in der Bundesanstalt für Arbeit in den Blättern zur Berufskunde ebenso nachzuschlagen sein wie der des Bäckerlehrlings. Mögliche Anforderungen: angenehmes Äußeres; Bereitschaft, auf Menschen einzugehen; Freude an sexuellen Dienstleistungen.

Rund 400 000 Frauen in Westdeutschland gehen auf den Strich, arbeiten in Salons und Hotelzimmern. Wenn jede Frau nur drei Freier empfängt, so nehmen Tag für Tag etwa 1,2 Millionen Männer sexuelle Dienstleistungen in Anspruch. Der geschätzte Jahresumsatz des horizontalen Gewerbes von mehr als zwölf Milliarden Mark erreicht immerhin die Hälfte vom Umsatz des deutschen Brauereigewerbes.

Ausgegeben haben will dieses Geld niemand. Eine „Hydra"-Untersuchung in Berlin ergab, daß beinahe alle Männer auf die Frage antworten, ob sie denn schon mal bei einer Prostituierten waren: „Das war nur einmal und ist schon lange her."

Doppelmoral herrscht auch in Bonn. In den Heile-Familienwelt-Parteien CDU und CSU reizte das Thema bisher nur zu zotigen Witzen. Ein von den Grünen 1990 vorgelegter Gesetzesentwurf gegen die rechtliche Diskriminierung von Prostituierten verschwand mit den Grünen aus dem Bundestag.

Jetzt wird nicht nur im Arbeitsministerium umgedacht. Das Bündnis 90/Grüne erwägt eine Neuauflage des alten Grünen-Gesetzentwurfs im Bundestag, die PDS bot dem Düsseldorfer Hurenkongreß Lobbyhilfe an.

Selbst die Jungen Liberalen wollen bis Ende des Jahres ihrer Partei einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Der Saarbrückener Jung-Liberale Stefan Faßbender will bei freiwilliger Prostitution die Sittenwidrigkeit abschaffen.

Die Berliner Hurengruppe „Hydra" will auf die Politiker nicht mehr warten und schon im Sommer eine Bordell-GmbH gründen. „Dann sind wir unser eigener Arbeitgeber", freut sich Stephanie Klee, „und auch die Bundesanstalt für Arbeit muß uns anerkennen."

Gegendarstellung

zum Artikel „Stellen Sie 'nen Eimer hin" in DER SPIEGEL, Heft Nr. 8 vom 17. Februar 1992, Seiten 63 und 65.

1. DER SPIEGEL behauptet, die Hebammenschülerin Hersmann sei angewiesen worden, einem Baby mit einem unsterilen Zipfel Restbinde aus

Marmor Granit Quarzit
JUMA
Vom Steinbruch bis zur Logistik alles aus einer Hand!
Naturstein für Boden Wand, Decke und Fassade
Naturstein-Blocke, Tranchen Fertigarbeiten
Kreation in Stein
JUMA Natursteinwerke Gumgold ing-Altmuhltal
Naturstein ist unsere Profession
P.O. Box 5, D-8079 Kipfenberg-Gungolding
Telefon (08465) 173-0, Telex 55412 juma d, Fax 17359

FREUDENSTADT

Schwarzwalderlebnis.
In Freudenstadt liegt die Natur direkt vor der Haustür. Einmal Durchatmen genügt schon, um zu wissen, daß Sie wirklich im Urlaub sind. Abseits von Streß und Hektik. Nutzen Sie die aktiven Freizeitangebote, die wieder frisch machen. In Freudenstadt, Schwarzwald soweit das Auge reicht.
Kurverwaltung Freudenstadt
Kurverwaltung Freudenstadt
Am Promenadeplatz 1 W-7290 Freudenstadt
Telefon 07441/86428 Telefax 07441/85176
Aus Freude an Natur und Gesundheit!

Nicht nur sein Motor hat ein eigenes M

DER PEUGEOT 605.

Die souveräne Entscheidung.

Wenn Sie mehr Zeit im Auto verbringen als andere, ist es entscheidend, daß Sie nicht nur entspannt fahren, sondern auch genauso entspannt ankommen. Der PEUGEOT 605 SV 3,0 und der 605 SV 24 besitzen daher serienmäßig nicht nur ein modernes Motormanagement, sondern auch ein ausgeklügeltes elektronisches Fahrwerksmanagement. Ständig melden Sensoren den jeweiligen Fahrzu-

dem Kramkasten einen Nabelverband anzulegen.
Diese Behauptung ist unrichtig. Die Hebammenschülerin Hersmann wurde zu keinem Zeitpunkt angewiesen, einem Baby mit einem unsterilen Zipfel Restbinde einen Nabelverband anzulegen. Ein Kramkasten existierte nicht.
2. DER SPIEGEL behauptet, der Hebammenschülerin sei untersagt worden, den Brutkasten einzuschalten.
Diese Behauptung ist unrichtig. Der Hebammenschülerin ist zu keinem Zeitpunkt untersagt worden, den Brutkasten einzuschalten.
3. DER SPIEGEL behauptet, die Hebammenschülerin sei angewiesen worden, ein Pappschildchen u. a. mit der Einstufung „Totgeburt" zu beschriften.
Diese Behauptung ist unrichtig. Die Hebammenschülerin ist zu keinem Zeitpunkt angewiesen worden, ein solches Schildchen zu beschriften.
4. DER SPIEGEL behauptet, 1982 sei die Hebamme angewiesen worden, einen Wassereimer hinzustellen, der dem Zweck dienen sollte, Kinder in das Wasser plumpsen zu lassen, bevor sie ihren ersten Schrei von sich geben.
Die Behauptung ist unrichtig. Die Hebamme ist zu keinem Zeitpunkt angewiesen worden, zu diesem Zweck einen Wassereimer hinzustellen.
5. DER SPIEGEL behauptet, die Hebamme Christine Hersmann habe dem Klinikdirektor Wagner damals (1982) schriftlich mitgeteilt, es sei ihr nicht möglich, die ihr angetragene Aufgabe zu erfüllen und Frühgeborene in einem bereitgestellten Eimer mit Wasser zu ertränken.
Hierzu ist festzustellen, daß Klinikdirektor Wagner dieses Schreiben erstmals am 16. 1. 1984 zu Gesicht bekommen hat.
6. DER SPIEGEL behauptet, Wagner habe 1982 eine schriftliche Anordnung erlassen, „den Wassereimer nicht mehr zu benutzen".
Diese Behauptung ist unrichtig. Klinikdirektor Wagner hat zu keiner Zeit eine Anordnung des Inhalts erlassen, den Wassereimer nicht mehr zu benutzen.
27. März 1992

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Walter Künzel
Rektor der Medizinischen
Akademie Erfurt

Nach Paragraph 11 des Hamburgischen Pressegesetzes ist der SPIEGEL verpflichtet, die Gegendarstellung ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt abzudrucken.
Die Darstellung der vom SPIEGEL zitierten Hebamme wird in wesentlichen Punkten von mehreren Zeugen bestätigt. –Red.

Bundeswehr

Rühe vor dem Sturm

Der neue Verteidigungsminister kämpft – gegen die Generäle und seinen Stellvertreter, den Außenminister.

Der neue Verteidigungsminister war noch keine Woche im Amt, da graste der Außenminister schon auf seinem Terrain. Noch ehe Volker Rühe seinen Kurs bestimmen und Fühlung mit der Truppe aufnehmen konnte, gab Hans-Dietrich Genscher den verunsicherten Soldaten im Zentrum für Innere Führung in Koblenz die Marschrichtung vor.

Der Außenminister sparte bei seinem Polit-Manöver nicht mit Streicheleinheiten für die Truppe, der nach dem Kalten Krieg das Feindbild abhanden gekommen ist. Die Bundeswehr, so schmeichelte er den Soldaten, habe „in dem besonders gefährdeten Mitteleuropa einen wesentlichen Beitrag zur westlichen Sicherheit geleistet".

In dieser „Umbruchphase", so Genscher, sei „die Politik insgesamt" in ihrer Verantwortung für die Truppe besonders gefordert. Und: „Der Dienst muß eine geistige Herausforderung sein."

Die Soldaten genossen den Balsam. Genscher, lobte ein Offizier voller Dankbarkeit, „hat alles angesprochen, wo uns der Schuh drückt". Das sei kein Wunder, gab Genscher mit einem kleinen Seitenhieb auf Rühe zurück. „Schließlich bin ich seit 18 Jahren stellvertretender Verteidigungsminister." Im Kabinett, klärte der altgediente Außenminister seine 450 verblüfften Zuhörer auf, sei er nach der Geschäftsordnung schließlich der Stellvertreter des Verteidigungsministers.

Als habe es Anfang voriger Woche keine Kontroverse um militärische Planspiele für „Out of area"-Einsätze der deutschen Streitkräfte gegeben, schwärmte der Rühe-Stellvertreter von den Zukunftsaufgaben „unserer Bundeswehr". Deren „möglicher Einsatz außerhalb des Bündnisgebiets", traf Genscher die Stimmungslage konservativer Militärs, „darf nicht mit verfassungsrechtlichen Unsicherheiten belastet werden". Dabei gehe es nicht nur um „sogenannte Blauhelm-Einsätze". Der Außenminister redete auch multinationalen Kampfeinsätzen nach dem Muster des Golfkriegs das Wort, wenn nur der Uno-Sicherheitsrat ein Mandat dazu erteile.

Diese Art der „Zukunftsorientierung" (Genscher) kommt der militärischen Führung auf der Bonner Hardthöhe gerade recht. Intern strebt sie nach einem „nationalen Führungskommando" für Aktionen der Streitkräfte außerhalb der bisherigen Nato-Befehlsstränge (SPIEGEL 15/1992).

Letzte Woche wurden Bundeswehrsoldaten mit blauen Baretten zum Einsatz fern der Heimat abkommandiert: Etwa 140 Sanitätssoldaten und Militärärzte sollen im minenverseuchten Kambodscha für die Uno ein Lazarett aufschlagen.

Anstatt das Parlament wie bei Bundeswehr-Einsätzen in Kurden-Gebieten und im Irak vor vollendete Tatsachen zu stellen, ging der neue Hardthöhen-Chef Rühe diesmal umsichtiger vor. Am Tag vor dem Kabinettsbeschluß suchte er bei

* Generalleutnant Peter-Heinrich Carstens und Flottenadmiral Ulrich Hundt.

Genscher, Generäle in Koblenz*: Streicheleinheiten für die Truppe

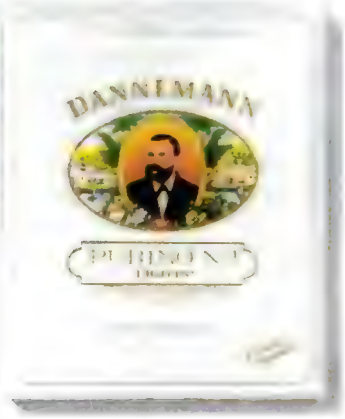
ADVICO YOUNG & RUBICAM

PURINO, die schlanke No1 und die volumigere No2 von Dannemann, bestehen aus nichts anderem als aus feinsten Tabaken, deren aromatische, leichte Mischung milden Rauchgenuß bieten.

Und da wir wissen, daß nur beste Rohstoffe beste Tabakwaren hervorbringen können, sind wir bei der Herstellung so sorgfaltig wie eh und je. So machen die Mischung der Einlagetabake, die streng beobachtete Fermentation und die kompromißlose Auswahl der Deckblätter dieses Cigarillo zum wahren Genuß.

Wir würden uns freuen, Ihnen die Welt der noblen Cigarillos und Cigarren noch naher zu bringen. Schreiben Sie uns: Pro-Gramma, Kennwort «Purino», Postfach 32 23, 4972 Löhne 3

El noble cigarillo



100 % TABAK

Minister Rühe, Generalinspekteur Naumann: Absage an Planspiele

SPD-Oppositionsführer Hans-Ulrich Klose und dem sozialdemokratischen Wehrexperten Walter Kolbow „Konsens" (Rühe) über den Einsatz im fernen Kambodscha.

Die Suche nach Einvernehmen geht noch weiter. In den Ostertagen will Rühe mit der Opposition über eine Grundgesetzänderung verhandeln, um „zunächst" (Rühe) Blauhelm-Einsätze seiner Streitmacht zu ermöglichen. Mehr will die SPD nicht zugestehen.

Verblüfft registrierten sie allerdings Rühes Offerte, auch über die Bundeswehrplanung bis hin zur Besetzung von Schlüsselpositionen zu reden.

Sosehr Genschers Koblenzer „Out of area"-Vorstoß die SPD-Opposition verärgerte, so wohlwollend registrierte sie, wie Rühe, kaum im Amt, seine Generäle in die Schranken wies.

Irritiert vom SPIEGEL-Bericht über das Machtstreben der Militärs, verlangte der Verteidigungsminister von Generalinspekteur Klaus Naumann eine Stellungnahme zu Planspielen an der Hamburger Führungsakademie, „etwa 100 000" der künftig nur noch 370 000 Bundeswehrsoldaten für weltweite Aktionen vorzusehen. Naumann reagierte prompt: Das sei alles ohne sein Wissen geschehen. Und die zuständige Stabsabteilung stufte das umstrittene Führungsseminar „Operatives Denken" zu einem „Gedankenaustausch" herab.

Zugleich erteilte Rühe allen Bestrebungen eine barsche Absage, die Position des Generalinspekteurs mit Hilfe eines „nationalen Führungskommandos" aufzuwerten.

Der höchste Soldat, so stellte der neue Minister klar, sei der „oberste militärische Berater der Bundesregierung", und daran werde sich auch „in meiner Amtszeit nichts ändern".

Der robuste Rühe will keinen Zweifel aufkommen lassen, daß er entschlossen ist, den Primat der Politik in den Streitkräften durchzusetzen.

Erst einmal sucht der neue Verteidigungsminister allerdings selbst nach Orientierung: Auf der Bonner Hardthöhe, so die Lagebeurteilung eines Admirals, „herrscht Rühe vor dem Sturm".

„Den Sumpf trockenlegen"

Für eine Reform des Wehrressorts / von Elmar Schmähling

Flottillenadmiral a. D. Schmähling, 55, war bis 1990 Leiter des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr.

Im Verteidigungsministerium ersetzt das militärische Führungsprinzip, wonach der Soldat die Befehle seines Vorgesetzten auszuführen hat, die Prinzipien des Beamtentums, wonach der Beamte allein Recht und Gesetz verpflichtet ist.

Die Führungsstäbe sind nur auf dem Papier ministerielle Abteilungen. In der Praxis wird widerspruchsloser Gehorsam verlangt.

Beim Militär herrscht das krankhafte Bedürfnis, nahezu alles geheimzuhalten. Geheimhaltung wird zum Schutzwall, hinter dem sich die höchsten Soldaten und Beamten der Hardthöhe verstecken oder in arroganter Überschätzung ihrer höheren Ziele das Parlament austricksen.

Der kontinuierliche Aufstieg von einem Dienstrang zum nächsten gehört zum System. Vor die Beförderung haben die Vorgesetzten ihr persönliches Wohlwollen gesetzt. Wer also ganz nach oben will, muß sich ständig dieses Wohlwollens versichern, muß sich stromlinienförmig an die Auswahlkriterien seiner Vorgesetzten anpassen. Viele landen schließlich als Universaldilettanten auf den höchsten Dienstposten.

Was ist zu tun? Das Verteidigungsministerium muß endlich zu einem reinen Ressort der Regierung umgewandelt werden: Die militärischen Führungsfunktionen werden in den nachgeordneten Bereich verlagert. Militärischer Sachverstand wird durch Offiziere eingebracht, deren Soldatenstatus während ihrer Verwendung im Ministerium ruht. Sie werden Beamte.

Jeder Soldat kann sich für eine ausgeschriebene Stelle bewerben. Ausgewählt werden die Mitarbeiter von einer Kommission, die unmittelbar dem Minister untersteht.

Natürlich müssen Aufbau- und Ablauforganisation des – kleineren – Ministeriums gestrafft werden. So werden die Informations- und Weisungswege erheblich kürzer.

Wehrkritiker Schmähling
„Krankhaftes Bedürfnis"

Wer das Verteidigungsministerium mit Hilfe jener Offiziere und Beamten reformieren will, die aus Unfähigkeit oder Illoyalität schon Stoltenberg und Scholz auf dem Gewissen haben, muß damit scheitern. Denn: Wer den Sumpf trockenlegen will, darf die Frösche nicht fragen.

Auf schnelle Märkte reagieren wir besonders schnell.

Je schneller Sie handeln können, desto größer sind Ihre Chancen an nationalen wie internationalen Kapitalmärkten. Wir helfen Ihnen dabei mit modernster Technik und kompetenter Beratung.

Jede unserer Filialen hat einen direkten Draht zu allen wichtigen Börsenplätzen der Welt. Ihre Orders, z. B. bei Options & Futures, werden online übermittelt und auf gleichem Wege innerhalb kürzester Zeit bestätigt. Gleiches gilt auch für Ihren Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Er wird über S.W.I.F.T. in wenigen Minuten und mit sofortiger Verrechnung abgewickelt. Nur ein kompetenter und schneller Service ermöglicht es Ihnen, Geschäfte erfolgreich abzuschließen.

COMMERZBANK

Die Bank an Ihrer Seite

Gesundheit

Haie schröpfen

Ministerin Hasselfeldt will, neuer Versuch, die Gesundheitskosten begrenzen.

Die neue Gesundheitsministerin, das war der Auftrag des Kanzlers an Gerda Hasselfeldt, sollte den Zorn des medizinisch-industriellen Komplexes über die Gesundheitsreform ihres Vorgängers Norbert Blüm besänftigen helfen.

Die CSU-Ministerin schien die Erwartungen ihres Dienstherrn brav zu erfüllen. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen schnellten in die Höhe. 1991 forderten die Zahnärzte 8,7 Prozent mehr Honorar als im Vorjahr, die Ärzte 7,2 Prozent. Für Zahnersatz gaben die Kassen 13,7 Prozent mehr aus, für Krankenhäuser 7,7 Prozent. Ihre Einnahmen dagegen kletterten um lediglich knapp 5 Prozent.

Schon Ende 1991 klaffte in den Bilanzen der Krankenversicherer ein Defizit von über fünf Milliarden Mark. Von Gerda Hasselfeldt aber war kein klares Wort zu hören.

Nun ist es soweit. Am 23. April will die Ministerin ihre Sanierungsvorschläge präsentieren. Opfer ihres Sparwillens sind – ein wenig – Ärzte, Pharmaindustrie und Krankenhäuser. Die Hauptlast aber tragen – wieder einmal – die Versicherten.

Abendzeitung

Der einzig verläßliche Grundsatz im Gesundheitswesen lautet: Je mehr Ärzte praktizieren, desto teurer wird die Gesundheit für die Kassen. Die sich aufdrängende Lösung, einer Anzahl von Medizinern den Zugang zur Kassenzulassung von vornherein zu versagen, hat das Verfassungsgericht mit Hinweis auf die Freiheit der Berufsausübung aber untersagt.

Hasselfeldt läßt jetzt in einem Gutachten prüfen, ob die Entscheidung des obersten Gerichts noch haltbar ist. Handeln aber will sie gleich.

Laut Sozialgesetzbuch kann eine Sperre für neue Zulassungen erst ausgesprochen werden, wenn eine Region zu 50 Prozent mit Ärzten überversorgt ist. Diese Schwelle soll herabgesetzt werden. Schon bei 20 Prozent, meint die Ministerin, könnte die Kassenzulassung versagt werden. Ein weiteres Instrument wäre eine dreijährige obligatorische Zusatzausbildung für junge Mediziner, die dann erst später an die Kasse drängen.

Dank der Festpreise für Medikamente sind die Kosten für Arzneien begrenzt worden – auf 40 Prozent aller Pillen. In Zukunft soll das Verfahren, in dem sich Kassen- und Ärztefunktionäre oft mühsam auf Festbetragsmedikamente einigen, beschleunigt werden.

Wer günstige Festpreis-Pillen verschrieben bekommt, ist von der Rezeptgebühr in Höhe von drei Mark befreit. Damit könnte es bald vorbei sein. Die Ministerin erwägt ein anderes, von der Pharmaindustrie favorisiertes Modell.

Danach wird die Rezeptgebühr als Selbstbeteiligung des Kranken bei fast allen Medikamenten fällig. Ausgenommen sind nur 10 bis 15 Prozent der Arzneimittel, die bei sehr schweren Krankheiten verschrieben werden. Zusätzlich zu den schon ausgegliederten, auf einer „Negativ-Liste" zusammengefaßten überflüssigen oder unwirksamen Produkten der Pharmaindustrie werden nun auch noch weitere „Bagatell-Arzneien" wie leichte Schmerz- oder Grippemittel aus dem Leistungskatalog der Kassen verbannt. Der Patient muß sie künftig selbst bezahlen.

Ein Brillengestell finanzieren die Kassen seit langem nur noch mit einem Zuschuß von 20 Mark – der wird gestrichen. Auch für ihre Brillengläser werden Kurz- oder Weitsichtige in Zukunft wahrscheinlich einen eigenen Beitrag leisten müssen.

Wer ins Krankenhaus muß, dem stellt das Hospital bis zu zwei Wochen täglich 10 Mark in Rechnung – maximal 140 Mark pro Jahr, weil der Patient zu Hause weniger Geld ausgibt. Nun wird die 14-Tage-Begrenzung gestrichen.

Auffällig ist, daß die Ärzte erheblich mehr Pillen und Salben verschreiben als im Vorjahr. Eine Begründung für diese Praxis findet Ministerin Hasselfeldt ebensowenig wie der Sachverständigenrat im Gesundheitswesen. Deshalb werden die Kassen ermächtigt, Richtgrößen für Medikamente festzulegen. Der Arzt, der mehr verschreibt, muß mit einer Wirtschaftlichkeitsprüfung rechnen.

In Krankenhäusern wird besonders großzügig gewirtschaftet. Je länger Patienten dort bleiben, desto mehr kommt in die Kasse des Hospitals. Der Pflegesatz ist für jeden Tag und für jeden Patienten gleich hoch – egal, ob jemand auf der teuren Intensivstation liegt oder sich im Mehrbettzimmer nur noch erholt. Mit differenzierten Tagessätzen sollen diese Unterschiede künftig berücksichtigt werden.

Schwere Operationen, die jetzt noch im allgemeinen Pflegesatz enthalten sind, sollen nach dem Hasselfeldt-Plan extra berechnet werden – damit die Kostenfaktoren leichter zu erfassen sind. Den Krankenhäusern drohen zudem gründlichere Wirtschaftsprüfungen.

Sympathie hat die Ministerin auch für das vom Sachverständigenrat angeregte „Primärarztsystem". Allgemeinmediziner erhalten für die bei ihnen angemeldeten Patienten eine Jahrespauschale. Hinzu kommt eine Quartalspauschale für den Fall, daß der Arzt tatsächlich in Anspruch genommen wird. Die Überweisung zum Facharzt ist Sache des Primärarztes. Wendet sich ein Patient direkt an einen Facharzt, soll er einen Teil der Kosten selbst begleichen.

Der Hintergrund: Auf 60 Fachärzte kommen heute nur 40 Allgemeinärzte. Fachärzte aber behandeln teurer, verschreiben mehr, überweisen öfter, ohne daß damit zwingend eine bessere medizinische Betreuung verbunden wäre. Der Trend soll umgekehrt werden: erst zum Allgemeinmediziner und dann, nach medizinischer Prüfung, zum Facharzt – auch wenn dadurch der Aufwand für Patienten, die ohnehin zum Facharzt müssen, größer wird.

Schon haben die Ärzte protestiert. Gerda Hasselfeldt wird Mühe haben, auch nur Teile ihres Schröpfprogramms vor den „Haien" (Vorgänger Norbert Blüm) im Gesundheitswesen zu retten.

EINE DER ANSPRUCHSVOLLSTEN TECHNIKEN DER DYNAMISCHEN FORTBEWEGUNG.

3103230 Sonderausstattung: Metallic-Lackierung, Leder-Innenausstattung

turbo ds	i.e.	i.e. 16v	turbo 16v
Limousine und Station-Wagon 4-Zylinder, Turbo-Diesel	Limousine 4-Zylinder	Limousine und Station-Wagon 16-Ventiler, 4-Zylinder	Limousine und Station-Wagon 16-Ventiler, 4-Zylinder
2500 cm^3, 85 kW (115 PS), 195/190 km/h	1995 cm^3, 85 kW (115 PS), 190 km/h	1995 cm^3, 104 kW (141 PS), 202/200 km/h	1995 cm^3, 130 kW (177 PS), 222/212 km/h

V6 Limousine
6-Zylinder
2849 cm³, 108 kW (147 PS), 205 km/h

Der Lancia Thema V6 ist konstruiert nach der Lancia-Philosophie, zukunftsweisende Technik, außerordentliche Dynamik, anspruchsvolle Ausstattung und individuelles Design in einem Automobil zu vereinen.

Das beweist seine hochentwickelte Motortechnik und seine großzügige Serienausstattung. Sie machen den Lancia Thema V6 zu einer ebenso dynamischen wie komfortablen Reiselimousine.

Der Lancia Thema V6 erreicht 205 km/h Spitze und beschleunigt in 8,4 s von 0–100 km/h. Mit 2849 cm³, 6 Zylindern in V-Anordnung und elektronischer Einspritzung und Zündung schafft er eine Leistung von 108 kW (147 PS) bei 5000/min.

Serienmäßig bringt der Lancia Thema V6 eine ganze Menge Extras mit: ABS, Servolenkung, elektrische Fensterheber vorn und hinten, höhenverstellbares Lenkrad, elektrisch verstellbare und umklappbare Außenspiegel, Zentralverriegelung, Klimaanlage, Alcantara-Innenausstattung, Lancia Control-System usw.

Das alles macht den Lancia Thema V6 zu einer der anspruchsvollsten, elegantesten und komfortabelsten Techniken der dynamischen Fortbewegung.

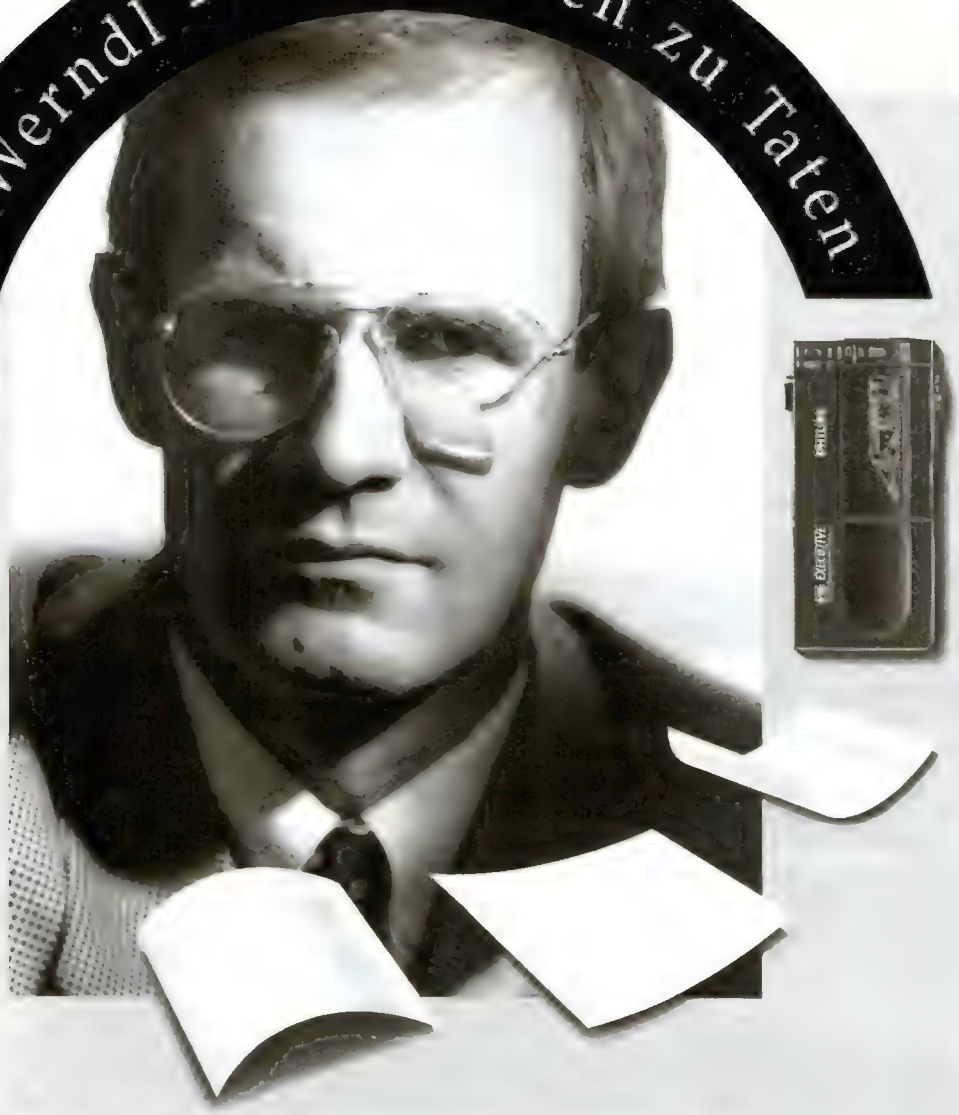
Überzeugen Sie sich selbst vom Lancia Thema V6 auf einer Testfahrt beim Lancia-Händler.

Information zum Nulltarif: 0130/2285.

LANCIA THEMA

DAS GESICHT IN DER MENGE

Klaus Werndl - Von Worten zu Taten



Mit Philips Diktiersysteme

Unternehmer Klaus Werndl hat internationalen Erfolg mit Büromöbeln, in denen man sich im Beruf wie zuhause fühlt. Seine Worte vertraut Klaus Werndl einem Philips Diktiergerät an.

Philips Diktiersysteme, Postfach 10 53 23, 2000 Hamburg 1, Fax: 040 - 237 23 - 291

PHILIPS

PHILIPS

„Waren verschiedenster Art“

Der Kriminalfall um deutsche Waffenlieferungen an den Golf wird zur Polit-Affäre: Millionengeschäfte mit iranischen Waffenschiebern sind offenbar mit Wissen und zum Teil mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes abgewickelt worden. Dabei haben Schützlinge des Ministeriums zugleich mit der DDR zusammengearbeitet.

Der ehemalige Flick-Manager Hanns Arnt Vogels, 66, genießt unter Waffenhändlern den Ruf, um keinen Trick verlegen zu sein. Vor allem kennt der einstige Aufsichtsratschef der Geisenheimer Waffenschmiede Fritz Werner Industrie-Anlagen GmbH die richtigen, mächtigen Leute.

Für die Tricks interessiert sich seit Monaten die Staatsanwaltschaft Wiesbaden: Sie untersucht, wie es dem Fritz-Werner-Management in den achtziger Jahren gelingen konnte, viele Millionen teure Waffenlieferungen in das Krisenland Iran zu schaffen. Doch neuentdeckte Unterlagen belegen nun, daß für den Waffenhandel mit dem Iran auch einer von Vogels' mächtigen Bekannten nützlich war: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP).

Genscher, so haben die Waffenhandel-Ermittler herausgefunden, hat der ehemals staatseigenen Fritz-Werner-GmbH nicht nur mit einem guten Tip gedient – das Genscher-Ministerium unterstützte zudem die Arbeit iranischer Waffeneinkäufer in der Bundesrepublik.

Auf die Hilfe des Ministeriums, so zeigt sich jetzt, konnten persische Kanonenkäufer noch bauen, während sie sich zugleich gegen den Kriegsgegner Irak bei den Rüstungslieferanten des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski eindeckten.

Die dubiosen Beziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem iranischen Waffenhandel begannen mit einem Bitt-Brief des Fritz-Werner-Aufsichtsrats Vogels an Genscher.

Die Waffenschmiede war Anfang der achtziger Jahre in die Klemme geraten. Die Iran-Aufrüster sollten nach dem Ausbruch des Golfkriegs 1980 keine Ausfuhrgenehmigung mehr bekommen. Dabei war der Bedarf des Kriegsherrn Chomeini so groß wie nie zuvor.

Die Bitte um Hilfe kam bei Genscher an. Der Freidemokrat gilt als Freund Teherans.

Minister Genschers Antwortbrief an Vogels vom 10. Mai 1981 mit eigenhändiger Unterschrift klingt ganz unverfänglich:

> Ich habe volles Verständnis für diese Probleme. Das Auswärtige Amt ist dabei, die sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen, bei denen z.Zt. der militärische Konflikt zwischen Irak und Iran eine Rolle spielt, zu überprüfen. Ich hoffe, daß sich eine Lösung finden läßt, die es erlaubt, Ausfuhrgenehmigungen für Ersatz- und Verschleißteile sowie für Zubehör und Werkzeuge aus Altverträgen zu erteilen. Allerdings werden wir wegen der unparteiischen deutschen Haltung im genannten Konflikt alle Anträge sehr sorgfältig prüfen müssen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, wenn uns z.Zt. nicht bei allen Anträgen eine Genehmigung möglich ist.

Iranische Soldaten im Golfkrieg (1984)
„Material für die nächste Winteroffensive“

Doch der Brief enthält den entscheidenden Hinweis für die Lösung aller Lieferprobleme: den Dreh mit den „Altverträgen“.

Der Dreh war Millionen wert. Die Fritz-Werner-Manager lieferten fortan großdimensionierte Ausrüstungen zur Herstellung von Munition an die iranische Defence Industries Organization (DIO), die Einkaufsstelle des iranischen Kriegsministeriums.

Die gesamte Palette reichte von Kleinkaliberanlagen (7,62 Millimeter) bis hin zur Hülsenfertigung für Artilleriemunition (Kaliber 130 Millimeter).

Deklariert waren die Ausfuhranträge für „Maschinen, Werkzeuge und Materialien etc. als Ersatz für Einrichtungen aus Altverträgen“.

Bei den Lieferungen gehe es nur um „den Versuch“, erläuterte Prokurist Karl Heinz Muth dem Bundesamt für Wirtschaft, „den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten“. Es müsse vermieden werden, „daß aufgrund von

Manchmal ist die Natur stärker als die Natur.

Stellen Sie sich vor, es gäbe Sie nicht. Und auch keinen anderen Menschen. Nur die Natur. Was würde passieren? Mit Obst, Gemüse und den Blumen? Ohne menschlichen Eingriff, ohne Schutz und Pflege? Vieles wäre anders. Manche Arten würden verschwinden, andere sich verbreiten. Je nach Klima und Boden. Die Natur würde ein Gleichgewicht finden. Sich vor sich selbst, vor Schädlingen schützen. Und sich selbst versorgen. Des einen Mangel durch des anderen Überfluß ausgleichen. Auch ohne Menschen.

Nun gibt es uns aber und damit unsere kultivierten Gärten. Das Gleichgewicht ist gestört. Was nicht schlimm sein muß. Wenn man bereit ist, von der Natur zu lernen. So wie CELAFLOR. Wir haben die biologischen Techniken der Natur genau beobachtet und auf dieser Basis eine ganze Serie neuer Pflanzenmittel entwickelt. Ohne Insektizide. Ohne künstliche Hilfsstoffe. Die deshalb die Grüne Linie von CELAFLOR heißt. Mit der sind Sie stärker als die Natur. Aber ganz natürlich. In einem gesunden Gleichgewicht. Auch mit dem Menschen.

Die Grüne Linie von CELAFLOR.
Nach dem Vorbild der Natur.

Fritz-Werner-Waffenfabrik: Millionendreh mit „Altanlagen"

Ehemaliger Aufsichtsrat Vogels
Bittbrief an Genscher

Lieferengpässen der iranische Kunde sich anderen ausländischen Lieferanten zuwendet".

Für Aufträge im Wert von mindestens 120 Millionen Mark hat der Bundesbetrieb Fritz Werner das staatliche O.k. bekommen. Bonn erteilte in Kriegsjahren sogar Ausfuhrgenehmigungen für mehr Anlagen, als die Firma schließlich lieferte.

Mit den in Bonn beschlossenen „Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" war solche Praxis unvereinbar. Eine Genehmigung bleibt schon dann „grundsätzlich" ausgeschlossen, wenn nur die „Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht". Und immer gilt: Die Lieferung „darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen".

Wie gut die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit der Waffenschmiede klappte, zeigt ein Info des Prokuristen Muth vom Oktober 1987: Das Außenministerium habe mitgeteilt, „daß Herr Genscher die Anträge auf Ausfuhrgenehmigung über DM 65 Millionen zunächst abwartend behandelt und eine Entscheidung im Dezember fällen wird. Grund dafür sind die gegenwärtig laufenden Verhandlungen in der Uno".

Am Ende funktionierte der Deal dann offenbar doch noch: Mit Schreiben vom 23. Juli 1989 teilte das Teheraner Fritz-Werner-Büro der DIO mit, daß die letzten Maschinen zur Herstellung von Kleinkalibermunition im Vormonat übergeben worden seien.

Zumindest die Staatsanwälte, die gegen sieben Manager der Waffenfirma ermitteln, haben den Verdacht, daß es sich bei den angeblichen Altanlagen in Wirklichkeit um neue Projekte gehandelt hat – oder um die Ausweitung bestehender Kapazitäten. Manches beschlagnahmte Material läßt diesen Schluß zu.

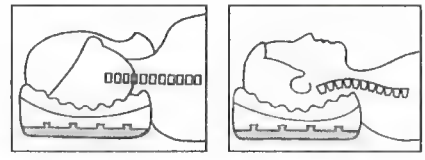
Der Leiter der iranischen Munitionsfabriken, Oberst Rahimi, kündigte 1986 beispielsweise gegenüber Fritz-Werner-Managern sieben „Neuprojekte" an. Darunter waren eine Hülsenfabrik und eine „Linie" für 7,62-Munition.

Auf systematische Verschleierung weist auch ein Besprechungsprotokoll der Teheraner DIO vom Juni 1986 hin: „Es wurde erläutert, daß nur eine Ausfuhrgenehmigung für Einzelmaschinen als Ersatz . . . vorliegt. Oberst Rahimi erklärte sich bereit, die Bestellung wie von uns gewünscht zu formulieren."

An anderer Stelle heißt es im Protokoll: „Es soll eine neue Produktion" er-

Ein Kissen stellt die Schlaf-gewohnheiten auf den Kopf.

Das ist die **PRO·PIL·O** Idee:
Tief entspannter Schlaf, fröhliches, unbeschwertes Aufwachen. Korrekte Kopf- und Nackenlagerung durch ergonomische Konstruktion. In Seiten- und Rückenlage erholsame Schlafposition.



Morgens sind Sie ausgeschlafen und fit für den Tag. Vergessen Sie Muskelverspannungen. Jetzt wird es Zeit, Ihrem alten Kopfkissen Schlafzimmer-Verbot zu erteilen!

ein **betty**® Produkt

PRO·PIL·O®
NACKEN-STÜTZ-KISSEN

Schlaf gut. Alles gut.

Überall im Fachhandel!

Kirchhoff GmbH & Co., Postfach 4409, 4400 Münster

Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

Ein starker Finanzpartner für wichtige Unternehmensziele.

Wir verstehen uns als Finanz-Unternehmensberater, nicht nur als Finanziers. Unsere umfassende Beratungsleistung hat das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens zu stärken. So setzen wir z. B. analytische Kompetenz, Kapitalkraft, internationale Erfahrungen, weltweite Verbindungen und Informationsquellen ein, damit eine neue unternehmerische Idee im Rahmen finanzieller Unabhängigkeit gedeihen kann. Hier handelt die DG BANK in bester genossenschaftlicher Tradition und zeigt kundenorientiertes Engagement.

Diese Haltung kommt auch dem Kunden zugute, der das Beratungsgespräch mit einer Volksbank oder Raiffeisenbank sucht. Denn hier profitiert er in vollem Umfang von der genossenschaftlichen Kooperation zwischen dem Berater vor Ort und den hochspezialisierten Experten der DG BANK. Der Leistungsbeitrag dieser international versierten Fachleute folgt unserem Leitgedanken: Wir geben Ihren Ideen Perspektive.

DG BANK, Postfach 10 06 51, Am Platz der Republik, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (0 69) 74 47-01, Telex 4 12 291, Fax (0 69) 74 47-1685.

Im FinanzVerbund der Volksbanken Raiffeisenbanken.

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank

Genscher-Schützling Tabatabai (1983)
Diplomatenstatus für einen Waffenhändler

richtet werden – die Geisenheimer würden „eine Anfrage unter dem Titel Ersatzbeschaffung erhalten".

Dafür, daß auch die Parteiorganisation der FDP in die umstrittenen Geschäfte verstrickt war, sprechen rätselhafte Vorgänge in der FDP-Kreisgeschäftsstelle Wiesbaden.

Bei den Freidemokraten, nur ein paar Kilometer vom Fritz-Werner-Sitz Geisenheim entfernt, tauchten im Sommer 1986 vier iranische Waffendealer auf. Nach Darstellung eines Freidemokraten, der zufällig das Parteibüro besuchte, „wurde in meiner Anwesenheit ganz offen über Waffengeschäfte geredet".

Einer der Iraner wurde dem verblüfften Parteimann als Bruder eines iranischen Ministers vorgestellt. Die Delegation habe freimütig auch Summen genannt: Für rund zwei Milliarden Mark habe Teheran „Material für die nächste Winteroffensive" kaufen wollen. Die Geschäftsführerin des FDP-Büros hatte Erfahrung mit solchen Geschäften: Ihr Mann arbeitete damals für die Fritz-Werner-GmbH.

Aufklärungsbedürftig ist auch das Engagement des Außenministers für den Leiter der deutschen DIO-Niederlassung, Ali Modir Ghomi: Der Mann residierte jahrelang in der Kaiserswerther Straße in Düsseldorf.

Die Bundesregierung wußte und tolerierte das. Der Iraner konnte von dort aus unbehelligt seinen Waffengeschäften nachgehen. Bereits im November 1984 hatte das Auswärtige Amt der Stadt Düsseldorf mitgeteilt, daß es begrüßt würde, wenn Ghomi eine Aufenthaltsgenehmigung bekäme.

Bei der DIO, heißt es in der Begründung,

> handelt es sich um eine seit langem – schon vor der Islamischen Revolution – im Iran etablierte Institution, die für die Beschaffung von Waren für das Verteidigungswesen zuständig ist. Sie befaßt sich dabei zwar auch mit Rüstungsgütern, die in der Bundesrepublik Exportbeschränkungen unterliegen, jedoch daneben mit Waren verschiedenster Art.

Das Außenministerium unterstütze

> das Anliegen der iranischen Botschaft, da sich die Einrichtung eines Verbindungsbüros in Düsseldorf positiv auf die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen auswirkt.

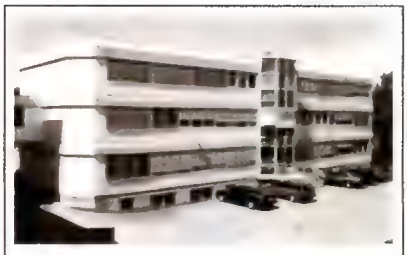
Ghomi und seine Düsseldorfer Kollegen hatten viel zu tun. Nach Erkenntnissen der Zollfahnder wurden in dem DIO-Büro innerhalb eines kurzen Zeitraums Milliardenumsätze abgewickelt, in der Hauptsache mit Waffen- und Rüstungseinkäufen. Ghomi organisierte alles selbst. So überwachte er am 3. Dezember 1984 im Hafen von Nordenham die Ladung des Frachters Bentota, der 443 Tonnen Treibladungspulver für 155-Millimeter-Artillerie in den Iran bringen sollte, natürlich auf Umwegen.

Bei der DIO in Düsseldorf ging ein alter Bekannter des Außenministers ein und aus: Sadigh Tabatabai, als Waffeneinkäufer des Chomeini-Regimes in Bonner Diplomatenkreisen bestens eingeführt. „Ich habe dazu beigetragen", erinnerte sich der Unterhändler, „die politischen Wege für die Beschaffung von Rüstungsmaterial zu ebnen."

Der Teheraner mit Wohnsitz in der Bundesrepublik telefonierte häufig mit Genscher: Über humanitäre Angelegenheiten wie die Freilassung von Geiseln, die Modalitäten der Ausweisung von straffälligen Iranern und manches mehr. Wie Vogels konnte sich auch Tabatabai, wenn es ernst wurde, auf Genscher verlassen.

Ernst wurde es für Tabatabai im Sommer 1981. Da hatte der Diplomat in Düsseldorf mit Schweizer Geschäftsleuten einen Vertrag über die Lieferung von 50 amerikanischen M-48-Panzern geschlossen. Kaufpreis: 67 Millionen Dollar.

Rund 47 Millionen Dollar hatte er bereits auf ein Konto der Globalbank in Düsseldorf eingezahlt, da bekam das Bundeskriminalamt einen Tip. Tabatabai sollte wegen des Verstoßes gegen



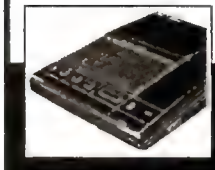
Für uns liegt der Osten im Westen!

In den alten Bundesländern haben wir uns als zuverlässiger Baupartner einen Namen gemacht. Für absolute Termintreue und beste Qualität bei vernünftigen Festpreisen.
Im Osten schätzt man Regnauer inzwischen ebenso. Deshalb bauen wir in Dresden, Leipzig, Zwickau. In Bratislava und in Moskau.
Moderne Zweckbauten für Industrie und Kommune.
Wir haben das erforderliche Know-how.
Uns ist der Osten willkommen.

Regnauer
Von Grund auf solide
Regnauer - Postfach 47
8221 Seebruck · Tel. (0 86 67) 7 20

ANRUFBEANTWORTER?

.. verlieren Sie nicht länger wichtige Anrufe durch ein endlos klingelndes Telefon! Unser postzugelassenes ***Modell 2760 mit Fernabfrage*** *und sehr vielen wichtigen Extras informiert Ihre Anrufer bis 32 Sekunden und speichert Ihre Nachrichten auf Kassette.* ***Fern-Ansageänderung, Kombination mit Telefon, Anrufzeitspeicher, Doppelkassette bis 3 Minuten Ansage, Fußschalter für Diktate und noch viel mehr bei geringem Aufpreis!*** *Einfach einstecken und die neue Freiheit genießen!* ***Meistverkauftes Gerät in Deutschland, denn kein anderes*** *ist so modern und bietet bei so günstigem Preis fast alles wirklich Wichtige +* ***1 Jahr Garantie!***



nur 198,-
unverbindliche Preisempfehlung

Da fast jeder nicht nur das Preiswerte sondern auch das Beste haben will, sind unsere Geräte oft ausverkauft - bestehen Sie jedoch auf der Nr.1 im preisbewußten Fachhandel oder z.B. bei Karstadt, OTTO, STINNES Baumarkt, PHOTO - PORST, METRO, Kaufhof, Allkauf, Horten, Huma+Suma, Primus, Meister, Media-Markt, Hertie, Massa, A-Z, Wegert, Völkner, PC-Computer, Brinkmann, Schaulandt, Wertkauf und Telefonpalast, Hauptstr. 30, Berlin 62, Tel.: 030 - 784 30 62

CODE-A-PHONE
Kompetenz durch über 14 Millionen Anrufbeantworter seit 1957!

SCHOLZ & FRIENDS

"Ich rauche fein!"

KONSEQUENT NIEDRIGE WERTE.
VERBLÜFFEND VIEL GESCHMACK.

0,2/2
mg Nikotin/mg Kondensat
(Durchschnittswerte nach DIN)

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

das Kriegswaffenkontrollgesetz festgenommen werden.

Genschers Behörde verhinderte die Verhaftung. Das Außenministerium räumte dem sogenannten Sonderbotschafter einen Diplomatenstatus ein, obwohl er nicht akkreditiert war.

Neue Aktenfunde in den Archiven der Stasi belegen nun, daß der Bonner Günstling sich auch von der DDR ausrüsten ließ: Im Heiligen Krieg hat es offenbar eine systemübergreifende Allianz der Geschäftemacher gegeben.

Zwischen Iran und Irak wurde längst erbittert gekämpft, da tauchte Tabatabai auch in Ost-Berlin auf. Im Internationalen Handelszentrum (IHZ) verhandelte er mit Dieter Uhlig, Abteilungsleiter im Devisenimperium „Kommerzielle Koordinierung" (KoKo) des Stasi-Obersts Alexander Schalck-Golodkowski. Auf seiner Bestelliste hatte der Iraner vor allem explosives Material für schwere Artillerie und Munition für panzerbrechende Waffen.

Regelmäßig landeten bald darauf auf dem Zentralflughafen Berlin-Schönefeld schwere Transport-Jumbos der Iran Air. Bei ausgeschalteter Beleuchtung wurden die Maschinen, die laut Stasi-

Aus den Notizen des Stasi-Agenten „Kurt"

Wie sich die DDR mit Schießzeug der schwäbischen Firma Heckler & Koch eingedeckt haben soll

Arndt Dobry hatte mächtig Eindruck gemacht. „Aus meiner persönlichen Sicht", notierte sein Gesprächspartner von der Stasi, „würde ich ihn als gewandten und versierten Außenhändler einschätzen."

Was Wunder. Dobry kam von einer Firma mit Weltruf: der schwäbischen Waffenfabrik Heckler & Koch (HK) aus Oberndorf. Und die soll in ebenso reger wie geheimer Geschäftsbeziehung mit dem SED-Staat gestanden haben.

Die jetzt entdeckten Notizen eines Stasi-Agenten mit dem Decknamen „Kurt" lassen vermuten, daß sich die DDR über Jahre mit West-Ware der Marke HK eingedeckt hatte.

So machte Stasi-Kurt 1989 im Auftrag des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski dem Kaufmann aus Schwaben ein aufschlußreiches Angebot: Die DDR-Waffenfirma Imes sei bereit, Platzmunition an Heckler & Koch zu liefern. Damit wolle Ost-Berlin einen Teil seiner Schulden bei HK abtragen – für frühere Sendungen der Schwaben in die DDR „in der Größenordnung von über 16 Millionen Mark".

„Prinzipiell", heißt es in dem Protokoll, „äußerte Herr Dobry die Möglichkeit der Aufnahme derartiger Geschäftsbeziehungen mit der Firma Imes."

Wenn der Kurt-Bericht stimmt, muß sich die Rüstungsfabrik vom Neckar auf ein massives Strafverfahren einstellen. Waffengeschäfte mit dem feindlichen Ostblock waren strikt verboten.

Arbeitsgruppe BKK — Leipzig, 17. März 1989
hab-br

Treff: 16.3. 1989
IMS "Kurt"
Messequartier
Zeit: 15.15 - 16.30 Uhr

Hptm. Habenicht

Tonbandabschrift

B e r i c h t
zur Kontaktaufnahme mit der Firma Heckler & Koch GmbH

Die Kontaktaufnahme erfolgte zu Herrn Dr. Arndt Dobry, Mitarbeiter der zentralen Leitung der Firma Heckler & Koch.

internationaler Veranstaltungen im Ausland stattfanden. Einer der Kontaktpartner seitens der Fa. IMES in der Vergangenheit war z. B. Gen. Hanno Schutte.

gez. "Kurt"

Stasi-Bericht (Ausriß): Platzpatronen zur Schuldentilgung

Das Verbot kümmerte offenbar – so ist aus den Stasi-Akten zu schließen – bei den cleveren Büchsenmachern kaum jemanden. Sogar das von HK-Technikern in 15 Jahren entwickelte legendäre Supergewehr „G 11" mit der hüllenlosen Munition ist nach neuesten Informationen über die Todesgrenze gelangt. DDR-Waffenspezialisten wie Heinrich Schulz, Geschäftsführer einer Munitionsfabrik im brandenburgischen Lübben, haben das von Stasi-Leuten besorgte Wundergewehr in den achtziger Jahren erproben können. Dabei galt die Entwicklung der Killerwaffe mit dem Hochrasanzgeschoß selbst im Westen als geheime Kommandosache.

Doch die Waffeneinkäufer von Imes sollen nicht nur in Schwaben erfolgreich gewesen sein, sondern in fast ganz Westeuropa. Die Firma, heißt es in einem Stasi-Vermerk von 1984, unterhalte „zur Zeit folgende stabile Beziehungen": „1. Firma Hirtenberger/Österreich, 2. Fa. Astra/Spanien, 3. Fa. Bofors/Schweden, 4. Südkorea mit bzw. über Rosner/Österreich".

Der schwedische Waffenkonzern Bofors habe („obwohl Ausfuhrverbot"), „Pulver für Kalaschnikow-Munition an die DDR" geliefert. Die finnische Sevico Oy könne mit „zuverlässigen Kontaktpersonen" dienen.

Noch in den letzten Tagen der DDR sollte die niederösterreichische Firma Hirtenberger Schalck helfen, eine „eigene Produktionsstätte für Raketentreibmittel" aufzubauen. Im Gegenzug fertigten Schalcks Leute gefälschte Endverbleibzertifikate für die Waffenschiebereien der Österreicher nach Peru.

Gut im Geschäft mit Imes war auch Karl-Heinz Schulz aus der Nähe von Travemünde. Der Mann ist lizensierter Waffenhändler der belgischen Firma BEIJ-MA, Military Department.

Schulz pflegte seine Waffengeschäfte mit dem Osten auch nach der Wende. Im September 1990 kaufte er Panzer, Schiffe und Waffen für rund 60 Millionen Mark aus NVA-Beständen.

Jetzt hat er nur noch Ärger. Das seit der Vereinigung zuständige Bundesamt für Wirtschaft will das alte Kriegsmaterial nicht ausliefern.

So muß wohl demnächst um die alte Imes-Handelsware vor Gericht gestritten werden.

Voilà, der D.A.S. EuroSchutzbrief ist da

Mit dem neuen Europa kommt jetzt auch der D.A.S. EuroSchutzbrief. Die perfekte Ergänzung zu Rechtsschutz, Versicherungen rund ums Auto, Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen. D.A.S. 8000 München, 0 89/2 18 80.

Die Tageszeitung

Berichten „eine Transportkapazität von ca. 100 t" hatten, mit Waffen und Munition beladen. Lieferant: Imes Import-Export Gesellschaft mit Sitz im IHZ.

Im Januar 1989 konnte Schalck das für Wirtschaft zuständige ZK-Mitglied, Günter Mittag, davon unterrichten, daß er allein bei Waffengeschäften mit den Mullahs einen Umsatz von mehr als 500 Millionen Dollar erzielt hatte. Geliefert wurden: 800 000 Handgranaten, 490 000 Werfergranaten, 260 000 Sturmgewehre, 11 048 Militärlastwagen, 11 000 Panzerbüchsen, 3000 Maschinengewehre, 144 000 Stück Munition für Panzerbüchsen und 300 Millionen Schuß kleinkalibrige Munition.

Fast zugleich mit Tabatabais Abstecher nach Ost-Berlin verhandelte ein DDR-Emissär, Imes-Mitarbeiter Wolfgang Kotz, mit Tabatabai-Vertrauten in Zürich über die Gründung einer gemeinsamen Firma. Als Sitz waren London, Genf oder Liechtenstein im Gespräch. Das Unternehmen sollte in Westeuropa Waffen einkaufen. Der Anteil der DDR bei dem heimlichen Joint-venture sollte bei 40 Prozent liegen.

Unklar ist noch, ob diese Firma jemals aktiv wurde. Fest steht aber, daß die DDR hervorragende Beziehungen zu Waffenfirmen im Westen unterhielt – unter anderen mit der schwäbischen Schmiede Heckler & Koch (siehe Kasten Seite 105).

Offiziell hat es die Hilfe für die Mullahs niemals gegeben. Die Bundesregierung, versicherte Helmut Schäfer, Freidemokrat und AA-Staatsminister im Bundestag, habe keine Waffen geliefert und im ersten Golfkrieg „strikte Neutralität" gewahrt.

Mit derselben Legende arbeiteten die Brüder im Osten auch. Obwohl der Iran im Herbst 1989 noch eine Rechnung wegen einer verdeckten Lieferung von 30 000 Geschossen Munition, Kaliber 122 Millimeter, für den BM-21-Raketenwerfer (Katjuscha) offen hatte, riet der stellvertretende DDR-Außenminister Heinz-Dieter Winter in einer internen Besprechung davon ab, das Geld offiziell einzutreiben.

Winter „möchte nicht", heißt es in einem internen Koko-Vermerk vom 25. September 1989, „daß ein offizielles Dokument der DDR-Regierung im Iran vorhanden ist, in dem praktisch zugegeben wird, daß die Regierung der DDR diese Art von Geschäften billigt".

Die Mullahs haben, wenn auch mit Verspätung, gezahlt. Das Geld traf 1990 ein – im Finanzministerium in Bonn.

DDR-Waffenverkäufer Schalck
Ein 500-Millionen-Dollar-Deal

Auf unseren Aluminium-Rolläden steht Alulux, damit jeder sieht, wo guter Geschmack zu Hause ist!

Das Bedürfnis nach Wohnkomfort, Behaglichkeit und Sicherheit ist so alt wie die Menschheit selbst. Aluminium-Rolläden von Alulux werden diesen Bedürfnissen in idealer Weise gerecht: Optimaler Bedienungskomfort, gesteigerte Objektsicherheit und die Auswahl von über 150 Farbtönen sorgen für gesteigertes Wohlbehagen.

Von draußen sieht man sofort: Hinter diesen Rolläden ist guter Geschmack zu Hause!

Ob Neubaumontage oder nachträglicher Einbau bei Altbaurenovierungen – das Alulux-Komplettprogramm läßt keinen Wunsch mehr offen. Fordern Sie einfach unsere Informationsbroschüre an:

Alulux Beckhoff KG,
Postfach 11 62, D-4837 Verl 1
Telefon 0 52 46 / 70 1-0
Telefax 0 52 46 / 7 01 29

ALULUX®
Der Aluminium-Rolladen

Breitenwirkung

Machen Sie sich's bequem: Unsere neuen Sitze sind breiter geworden und gleichzeitig weniger. Nur noch sieben pro Reihe auf allen Boeing 747- und sogar nur noch sechs auf allen Boeing 767-Flügen aus Deutschland.

Die neue CONNOISSEUR CLASS℠, exklusiv bei United Airlines. Internationale Business-Klasse in ihrer höchsten Vollendung. Erreicht durch extreme Liebe zum Detail.

Zu erleben auf allen Transatlantik- und den meisten Pazifik-Flügen mit United Airlines.

Informationen über unser „Mileage Plus"-Vielflieger-Programm unter 069-60 50 25 26/27.

Weitere Informationen unter: Telefon 0130-6616, Fax 069-60502-333.

Come fly the airline that's uniting the world.
Come fly the friendly skies.

UNITED AIRLINES

Spiele

Nur Gewinner

Das „World Game", ein in den USA entwickeltes Simulationsspiel zur Rettung der Welt, hat in Bielefeld Premiere.

Der Welt geht's dreckig: 600 Millionen Menschen hungern, 950 Milliarden Dollar werden jährlich für die Rüstung verpulvert, 50 Kriege sind im Gange, die Umwelt ist bankrott.

Die Rettung soll in Bielefeld besorgt werden – zwei Hundertschaften junger Idealisten wollen dort, am 5. Mai, Probleme globalen Kalibers knacken und in maximal acht Stunden die Welt verbessern.

Im verschlafenen Ostwestfalen startet die erste europäische World-Game-Tournee; bis Anfang Juni gastiert sie in 15 weiteren Universitätsstädten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. World Game ist ein Simulationsspiel, das die tägliche Informationsflut veranschaulichen, die unkontrollierte Plünderung des Planeten bremsen sowie das politisch-ökonomische Interessengestrüpp lichten soll.

Dazu braucht es zwischen 150 und 250 Freiwillige und eine Weltkarte im Format eines Basketballfeldes.

Die Spielleitung weist den ersten 100 Teilnehmern auf der Großfolie Plätze zu: Jeder steht für etwa 54 Millionen Menschen (ein Prozent der Weltbevölkerung), in China drängeln sich also 21 Personen (und treten wegen Platzmangel zum Teil auf mongolisches Gebiet über), während Nordamerika (sechs Spieler) verblüffend leer wirkt.

Die übrigen Mitstreiter repräsentieren die Uno, Privatbanken, Umweltlobbyisten oder auch die Medien. Papierhütchen kennzeichnen die Gruppenzugehörigkeit, Kerzen symbolisieren Energiepotentiale, Brotlaibe die Lebensmittelproduktion. Selbst die Analphabetenquote findet im Spielkonzept Berücksichtigung – einige Teilnehmer dürfen sich anfangs nur fuchtelnd und grimassierend verständlich machen.

Gemeinsam krempeln alle miteinander die Welt um – laut Anweisung „in kürzester Zeit zu 100 Prozent nach humanitären Maßstäben".

Der Weg heißt „spontane Kooperation". Das Ziel sind vorteilhafte Kredite, Handelsabkommen oder Maßnahmen zur verantwortungsvollen Energieproduktion. Verpönt sind ökologisch bedenkliche Vorschläge oder Pläne, die „irgendwem schaden könnten". Geglückte Verhandlungen werden, nach jeder halbstündigen Runde, mit Fleißkärtchen belohnt. „Media-Gruppen" liefern immer wieder aktuelle Daten für den Fortgang des Palavers und informieren, mit Overhead-Technik, über atomare Waffenpotentiale, Rohstoffunde und Verhandlungsfortschritte.

Am Ende eines World Game gibt es nur Gewinner. „Jeder Teilnehmer wird sensibilisiert für die Zusammenhänge", sagt Martin Sinning, einer der Organisatoren der Bielefelder Premiere.

In den USA ist das sanfte Gesellschaftsspiel in Studentenkreisen populär, seit der 1983 verstorbene amerikanische Zukunftsdenker Richard Buckminster Fuller 1969 die Regeln skizzierte. Inzwischen kursieren drei Varianten – ein Standard World Game (Thema: Rohstoffverteilung und Welthandel), ein Environmental World Game (Schwerpunkt: Umwelt) und ein Diversity World Game, das sich kulturellen Aspekten widmet.

Ein eigens gegründetes, gemeinnütziges World Game Institute mit Sitz in Philadelphia verbreitet die Spielidee als eingetragenes Warenzeichen, organisiert Seminare und vertreibt ein Software-Paket, das frisches Datenmaterial über fast alle Staaten enthält. In über zwei Jahrzehnten, urteilte die *Whole Earth Review*, „erbrachte das World Game zwar wenig Resultate, entwickelte sich aber zu einem Lehrwerkzeug von wachsender Bedeutung".

Das friedfertige Image des Spiels hilft auch bei der Suche nach Sponsoren. 222 500 Dollar spendete der japanische Elektronikmulti Hitachi, im Gegenzug darf er amerikanische Schulhöfe mit der Weltkarte ausrüsten. Die Rockefeller-Stiftung fördert Workshops bei der Uno und in amerikanischen Botschaften.

Die Deutschland-Auftritte werden von der Westdeutschen Landesbank unterstützt. Als Veranstalter tritt die Studentenvereinigung Aiesec auf, die in 74 Ländern Austauschprogramme für karrierebewußte Wirtschaftswissenschaftler organisiert.

„Keineswegs", so das Kölner Aiesec-Vorstandsmitglied Sinning, wolle man beim World Game radikale Problemlösungen propagieren und dann „in einer Ecke stehen und wie Greenpeace angesehen werden". Lieber verläßt man sich auf volkswirtschaftliche Instrumente, die im wirklichen Leben von zweifelhaftem Wert sind – zum Beispiel Weltbank-Kredite.

Für Zuschauer ist das spröde, stundenlange Ringen der World-Game-Teams um eine bessere Welt nur begrenzt attraktiv. Der Unterhaltungswert von Strategien zur Hungerbekämpfung und Umwelterhaltung ist gering.

Dieses Problem haben die Veranstalter, trotz langjähriger Praxis, noch nicht im Griff: „Der Hauptteil des World Game verläuft etwas ungeordnet und chaotisch", heißt es bei Aiesec, „was es Beobachtern schwermacht, das Geschehen zu verfolgen."

„World Game"-Spieler: „Etwas ungeordnet und chaotisch"

digital

Für den Kampf um mehr Freiheit wurde man früher verbrannt. Heute wird man dafür anerkannt.

Als andere Computerhersteller versuchten, konkurrierende Systeme mit Gewalt vom Markt zu drängen, taten wir das genaue Gegenteil: Wir verbanden die Systeme. Denn nur in einer freien und offenen Arbeitswelt können Fortschritt, Kreativität und Neuerungen entstehen. Das ist die Quintessenz des ‚Open Advantage' von Digital. Die wir konsequent in allen Unternehmensbereichen umsetzen. So sind wir nicht nur Wegbereiter der offenen Systeme und in der Netzwerkintegration weltweit führend. Unser offenes Dienstleistungskonzept schließt auch den Service von Produkten anderer Hersteller ein, und über den Tellerrand schauen wir auch: Als Teil von Komplettlösungen scheuen wir uns nicht, einmal Produkte von anderen Herstellern zu empfehlen.

Doch jede Firma ist nur so gut wie ihre Mitarbeiter: Bei Digital hat jeder einzelne teil an ‚The Open Advantage', denn er arbeitet in einer freien, offenen Atmosphäre. Offen für Kritik, offen für Eigeninitiative und offen für neues Denken. Stellen Sie also bei einem Gespräch mit einem unserer Mitarbeiter fest, welchen Vorteil Sie von ‚The Open Advantage' haben. Digital Equipment GmbH, Freischützstraße 91, 8000 München 81

DIGITAL · THE OPEN ADVANTAGE

„Die wollen dich zertreten“

SPIEGEL-Redakteur Dietmar Pieper über den tiefen Sturz des einstigen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow

In Dresden soll die Wahrheit ans Licht, und da kann Hans Modrow sicher helfen.

Kaum zu glauben, daß der einstige SED-Chef von Dresden nicht alles über die Interna seiner Partei, über die Pläne für Internierungslager in Sachsen gewußt haben könnte: Er ist Kronzeuge für das SED-Unrecht, das nun vor dem Untersuchungsausschuß des sächsischen Landtags aufgeklärt werden soll.

Doch der Mann ist eine Enttäuschung. Mit Modrow, einst Symbolfigur der Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus, Regierungschef der gewendeten, gebesserten DDR, ist nicht zu rechnen.

Erst kommt er nicht.

Der Ausschuß lädt ihn erneut, zum Mittwoch dieser Woche, schweres juristisches Geschütz anbei: Falls der PDS-Bundestagsabgeordnete wieder nicht erscheine, werde „beim zuständigen Gericht die zwangsweise Vorführung“ des Zeugen beantragt.

Das Ansinnen empfindet der einstige Ministerpräsident als „eine Unverschämtheit ohnegleichen“. Es müsse doch wenigstens „die Form gewahrt bleiben“. Immerhin will er jetzt kommen.

Zu sagen, da läßt er keinen Zweifel, hat er sowieso nichts. Über Internierungslager für Regimegegner habe er nie etwas gewußt.

So geht das meist. Wo immer er als Zeuge auftritt, sei es im PDS-Verfahren um die Verschiebung von 107 Millionen Mark, sei es im Wahlfälschungsprozeß gegen seinen einstigen Weggefährten Wolfgang Berghofer – Modrow weiß allenfalls ein bißchen, doch nie genug, um wirklich Klarheit in die Sache zu bringen.

Zweifel sind erlaubt. SED-Bezirkschefs, die unmittelbar der Berliner Parteizentrale unterstanden, waren in geheime Operationen eingeweiht – auch in die sogenannte B-Planung, die Vorbereitung für den Krisenfall inklusive der Organisation von Lagern.

Andererseits galt Modrow in der SED-Spitze um Erich Honecker als unsicherer Kantonist. Geschahen in seinem Bezirk vielleicht doch Dinge, von denen er nichts wissen sollte?

Doch Modrow muß feststellen, daß sein Schweigen ihn allenthalben verdächtig macht: Was er sagt, kann gegen ihn verwandt werden, was er nicht sagt, auch.

Er braucht sich nicht zu wundern. Immerhin ist der drahtige ältere Herr ein Kommunist mit tadelloser Parteikarriere, Träger des Karl-Marx-Ordens.

Aber der Abstieg vom Regierungschef, auf den viele nach der Wende Hoffnung setzten, zum gemeinen Kriminellen erfüllt den Mann mit Selbstmitleid und Trotz. Als letzter SED-Ministerpräsident wollte er eine neue sozialistische DDR aufbauen und endete als Konkursverwalter, der sich von seinem zeitweiligen Verhandlungspartner Helmut Kohl demütigen ließ: „Ich finde nicht so wesentlich, was Modrow jetzt sagt“, ließ der Kanzler im März 1990 die Millionenschar der *Bild*-Leser wissen.

Mit bitterer Polemik und feinem Gespür für den Nerv seiner Klientel bezeichnet sich Modrow seither als den „abgewickelten“ Ministerpräsidenten – als hätte ihn eine Bundesbehörde aufs Altenteil gesetzt und nicht das Wählervotum bei der einzigen freien Abstimmung über die DDR-Volkskammer.

Der Absturz ist noch nicht zu Ende. Wenn Modrow für die SED-Nachfolgerin PDS im Bundestag spricht, muß er sich beschimpfen lassen, als wäre er für das SED-Regime allein verantwortlich.

Was er zu sagen hat, interessiert höchstens noch die eigenen Leute, für FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff dagegen ist er „das personifizierte Demokratiedefizit“, für Kanzleramtsminister Friedrich Bohl ein „Stasi-Abschnittskommandeur“.

Er nimmt es möglichst gelassen, obwohl er spürt: „Diese Leute wollen dich absolut nicht, die wollen dich zertreten.“ Wenn von den rechten Reihen der Ruf nach „einem PDS-freien Staat“ erschallt, sieht er sich bestätigt. Der Haß des Gegners spornt an.

Regierungschef Modrow, Gegenspieler Kohl*: Demütigung vom Kanzler

Dann glaubt er wieder fest an seine Mission, das 41. Jahr der DDR für alle Zeiten festhalten zu müssen, das Jahr, in dem er sein „Ideal des demokratischen Sozialismus“ verwirklichen wollte, das Jahr des Aufbruchs und des Untergangs. Dann ist er noch immer Staatsmann, spricht von „nationaler Verantwortung“ in einem Ton, als hätte er sie wirklich.

Bei der sächsischen Staatsanwaltschaft ist Modrow, der gute Mensch von Dresden, hingegen nur noch eine Ermittlungsakte unter der Rubrik Regierungskriminalität. „Anstiftung zur Wahlfälschung“ wird ihm vorgeworfen.

* Im Februar 1990 in Bonn.

Spaziergänger Modrow*: Honeckers unsicherer Kantonist

Daß die Wahlergebnisse der DDR gefälscht waren, bestreitet auch Modrow nicht. Nur sei er dafür nicht zuständig gewesen. Das Verfahren gegen ihn deutet er als weiteren Beleg für die politische Verfolgung, der er sich seit der Vereinigung ausgesetzt sieht. Und er will „die Herausforderung eines politischen Prozesses annehmen".

Obwohl der erste Gerichtstermin noch ungewiß ist, studiert Modrow mit zähem Fleiß die juristische Fachliteratur. Um wissenschaftliche Gutachten und „internationale Beobachter" zu finanzieren, hat seine Partei sogar ein Modrow-Spendenkonto eingerichtet.

Für die Genossen geht es an die Substanz. Alle Anschuldigungen sind zu ertragen – nur Hans, der Unantastbare, soll ihnen bleiben. PDS-Vize André Brie will Zuspruch spenden und versteigt sich doch nur ins Absurde: „Offensichtlich soll das, was Honecker, Mittag, Mielke und Schabowski 1989 gegen Hans Modrow nicht gelang, nun nachgeholt werden."

Das raffinierteste Argument kam wie gewöhnlich von Gregor Gysi. Der PDS-Chef verwies im Bundestag darauf, daß Reformkommunisten etwa aus Ungarn oder der früheren Sowjetunion hierzulande hohes Ansehen genießen. Unter Anspielung auf Gorbatschows jüngsten Deutschland-Besuch sagte Gysi: „Zum Teil erhalten sie Auszeichnungen und Orden, dürfen bayerisches Bier trinken und anderes mehr."

Modrow ein Gorbatschow? Einer, der alles riskierte, um alles zu verändern? Das eben doch nicht. Auch Modrow kam schon zu spät, er fiel in Dresden nur auf, weil die in Berlin noch viel weiter hintendran waren.

Ein Visionär war er nie. Pflichterfüllung, Verantwortung, Treue, Ordnung, darin ist er groß. Mit dem Rüstzeug der Sekundärtugenden konnte er in vielen Funktionen reüssieren, immer pünktlich, zuverlässig, der Sache dienlich. Seine beständigste Rolle ist die ehrliche Haut. Darin hat er es schon früh sogar zum Romanhelden gebracht.

Der SED-Kreissekretär Frank Widera in Fritz Selbmanns 1966 erschienenem Roman „Die Söhne der Wölfe" ist ganz der Hans: gescheit und edelmütig, kritisch und eigenständig, und dabei in Treue fest zum Ideal. Nach einer Aufzählung zahlreicher Mängel resümiert Widera: „Aber trotzdem kommen wir voran, der Sozialismus wird aufgebaut."

Wie der Romanheld braucht Modrow etwas, worum er in Treue kämpfen kann. Als Anwalt der Abgewickelten kämpft er dagegen, daß alles nichts gewesen sein soll.

Zur Vaterfigur ist Modrow auch dabei nicht herangewachsen. Heute ist der Mann, der als 17jähriger Flakhelfer in sowjetische Gefangenschaft geriet und sich dort für die Partei und gegen die in den Westen gegangenen Eltern entschied, so etwas wie der erstgeborene Sohn der DDR: ein Hänschen ohne Land, dessen Väter das Erbe ruinierten, ehe die Habe zum Vermächtnis wurde.

Als ersten großen Verlust erlebte der Student Modrow 1953 in Moskau den Tod des Übervaters Stalin. Dramatisch der Abschied, wie er ihn noch heute beschreibt: „Endlich an der Bahre, sah ich Stalin kaum, so bewegt war ich, nahm nur kurz sein wächsernes Gesicht wahr."

Erst als immer mehr von Stalins Greueltaten aufgedeckt wurde, löste sich der aufstrebende SED-Funktionär vom Personenkult. Darin, glaubt Modrow, „liegen wohl auch die Wurzeln meiner Abneigung gegen Honecker".

Gehorsam blieb der SED-Bezirkschef seinem Generalsekretär trotzdem. Nachdem das ZK Anfang 1989 aufgrund kritischer Bemerkungen in Modrows Monatsberichten eine 100köpfige Untersuchungskommission geschickt hatte, übte er die geforderte Selbstkritik: „Der vorliegende Bericht der Arbeitsgruppe mit seiner Analyse, seinen kritischen Hinweisen hat unseren eigenen Blick auf die Dinge wesentlich verschärft."

Modrow riskierte nichts, obwohl er wußte, daß die Westmedien, die ihn bereits zum „Hoffnungsträger" stilisierten, „als Schutzschild" wirkten. Zwar hält er sich einiges darauf zugute, daß er Ende Oktober 1989 auf die Straße ging und mit den aufgebrachten Bürgern diskutierte. Viel weniger gern spricht er davon, daß es Anfang Oktober in Dresden die DDR-weit brutalsten Mißhandlungen von Demonstranten gab.

Welche Rolle Modrow dabei spielte, ist noch immer nicht restlos geklärt. Er, der stets genau auf Zuständigkeiten achtet, lehnt jegliche Verantwortung für die Mißhandlungen ab.

Zwei Wochen nach den Gewaltakten erklärte er allerdings auf einer internen Zentralkomitee-Sitzung: „Keiner kann daran Zweifel haben, ich habe die Verantwortung als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung getragen, zu jeder Zeit, in jeder Phase, und habe auch in diesen Kämpfen versucht, gemeinsam mit den Genossen der Nationalen Volksarmee, den Streitkräften und unseren Sicherheitsorganen für unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht mit all dem, was erforderlich ist, einzustehen."

* Im Weihnachtsurlaub 1989 mit Ehefrau und Enkelkindern.

„Die Stimmung ist explosiv“

Die Tarifverhandlungen sind gescheitert, ein Streik im Öffentlichen Dienst scheint unabwendbar. Der Kanzler will Härte zeigen. Ein niedriger ÖTV-Abschluß soll die Wende in der Tarifpolitik einleiten und die Bürger aufs Teilen einstimmen. Doch an der Basis der ÖTV rumort es, die Erwartungen ihrer Mitglieder sind gewaltig.

Die heiße Phase der Tarifverhandlungen fand im olivgrünen Lkw des Bundesgrenzschutzes statt.

Wie seine Vorgänger hatte auch Innenminister Rudolf Seiters, der Verhandlungsführer der Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst, das schwere Gefährt nach Stuttgart-Degerloch abkommandiert. Der Laster barg das wichtigste Instrument der Seiterschen Tarifpolitik, ein abhörsicheres Telefon.

Der weiße Billigapparat der Telekom, Modell Signo, war direkt mit dem Bonner Kanzleramt verbunden. Seiters griff am vergangenen Montag mehrfach zum Hörer. Am frühen Abend sprach Kanzler Helmut Kohl sein Machtwort in die Muschel: „Mehr geht nicht.“

Tarifgegner Wulf-Mathies, Seiters*: Beide Seiten haben sich verrannt

Den Vorschlag des Schlichters, die Gehälter der 2,3 Millionen Staatsbediensteten um 5,4 Prozent anzuheben, hielt Kohl für unakzeptabel. Jeden Abschluß mit einer 5 vor dem Komma erklärte er zum Tabu.

Die Arbeitgeber von Kommunen und Ländern sahen das genauso. Ihr Angebot von 4,8 Prozent sei die „Grenze des Verantwortbaren“. Brav wiederholte Seiters am Verhandlungstisch die magischen Kohl-Worte: „Mehr geht nicht.“

Wütend ließ Monika Wulf-Mathies, Chefin der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, die Verhandlungen kurz vor 22 Uhr platzen. Den Schlichterspruch hätte sie akzeptiert, darunter lief nichts. Die ÖTV-Dame sah bei 5,4 Prozent die „äußerste Schmerzgrenze“ erreicht. Erstmals seit 18 Jahren droht den Deutschen wieder ein Staats-Streik. Die ÖTV will Müllmänner, Feuerwehrleute und Krankenhauspersonal gegen den Kanzler in den Arbeitskampf schicken. Die Protestplakate sind schon gedruckt, die trotzigen Jetzt-reicht's-Reden liegen bereits griffbereit in den Schubladen.

Es hat wohl so kommen müssen, beide Seiten hatten sich in ihren Positionen verrannt. Dem Kanzler kommt ein Streik vielleicht ganz gelegen. Er kann Härte demonstrieren – und die Gewerkschaften demontieren. Ein Streik der Müllmänner und Busfahrer ist in Deutschland nicht populär.

Nach den Osterfeiertagen beginnt in den Amtsstuben von Kiel bis Oberammergau die Urabstimmung. Schon in den letzten Apriltagen sollen die ersten ÖTV-Mitglieder ihre Arbeit niederlegen. Am 1. Mai, in den letzten Jahren zum Grilltag der Arbeiterklasse degeneriert, wollen die Gewerkschaften zur Attacke gegen Bonn blasen.

Die historische Vorlage für den Aufruhr liefert der Streik des Jahres 1974, angezettelt vom damaligen ÖTV-Boß Heinz Kluncker. Auf den Straßen türmte sich der Müll, Briefe und Pakete stauten sich in den Postämtern, der öffentliche Nahverkehr brach zusammen.

Nach nur drei Tagen war der Spuk vorbei. Kluncker ging als strahlender Sieger in die Gewerkschaftsgeschichte

* Am 13. April in Stuttgart-Degerloch.

Hardware.

BEGA GANTENBRINK-LEUCHTEN OHG D-5750 Menden.

Feiertagsstimmung

Die Zeit

ein. Er hatte 15 Prozent mehr Lohn gefordert und schließlich die Rekordmarge von 13 Prozent durchgedrückt. Für SPD-Kanzler Willy Brandt war diese Schlappe der Anfang vom Ende.

„Ich bin nicht Willy Brandt", prahlte Helmut Kohl schon zu Beginn der diesjährigen Tarifrunde. Der Kanzler will in diesem Jahr hart bleiben.

Nur wenn die Regierung sich gegenüber dem eigenen Personal knauserig zeigt, so Kohls Kalkül, kann er auch den Bürgern Verzicht verordnen. Ein Mitstreiter aus dem Verhandlungsteam der Arbeitgeber ist überzeugt: „Kohl wollte von Anfang an den Streik."

Die Taktiererei der ÖTV-Chefin hat den Kanzler in seiner unnachgiebigen Haltung bestärkt. Im Hotel „Goldner Löwe" des Provinzstädtchens Auerbach kungelten die Gewerkschaftsführerin und der Schlichter eine ÖTV-freundliche Empfehlung aus. Sie lag mit 5,4 Prozent plus Zulagen noch über dem Abschluß der Bankgewerbes.

Der Kanzler tobte. Er fürchtet um seine Autorität, und nichts bringt ihn derzeit mehr in Rage. Alarmiert haben ihn die jüngsten Umfrageergebnisse des Allensbach-Instituts.

Jeden Monat fragt Allensbach-Chefin Elisabeth Noelle-Neumann deutsche Führungskräfte: „Ist unsere Regierung stark genug?" Die Zahl der Jasager sank von September 1990 bis November 1991 um mehr als ein Drittel.

Im Schulterschluß mit nahezu allen Arbeitgeberverbänden klagt der CDU-Chef seither eine „Trendwende in der Lohnpolitik" ein. Die Minister des Bonner Kabinetts übertreffen einander in der Forderung nach Nullrunden bei Lohn und Gehalt.

Die Debatte über die desolate Finanzlage des Staates hat die Regierung unter Druck gesetzt. Ende diesen Jahres wird die gesamte Staatsverschuldung rund 1,3 Billionen Mark betragen.

Jedes zusätzliche Lohnprozent für den Öffentlichen Dienst kostet Bund, Länder und Gemeinden allein im Westen rund 3,1 Milliarden Mark. Die Kieler Finanzministerin Heide Simonis, in Stuttgart als Verhandlungsführerin der Länder dabei, beziffert die Differenz zwischen Schlichterspruch und Arbeitgeberangebot auf rund 2,9 Milliarden Mark. „Dafür könnten wir Tausende von Sozialwohnungen bauen", sagt Simonis.

Doch es ging den Arbeitgebern um mehr. Ende April beginnt die Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst in Ostdeutschland. Die Beschäftigten der Treuhandanstalt, der Gauck-Behörde und das Heer der Angestellten bei Ländern und Kommunen fordern die schnelle Angleichung an das Westniveau.

Jede Lohnerhöhung im Westen vergrößert den Abstand. Die Aufholjagd wird für den Staat automatisch teurer. Nur um das derzeitige Lohnniveau von 50 Prozent zu halten, muß der Osten die Westerhöhung mitmachen. Der Spielraum für jedes zusätzliche Lohnlifting sinkt.

Sachsens Finanzstaatssekretär Hans Reckers, in Stuttgart als Vertreter der Ostländer am Tisch, rechnete den Westlern die Kosten penibel vor: Eine Anhebung der Osttarife auf 70 Prozent des Westgehalts koste pro Jahr zusätzlich 10 Milliarden Mark. Die Lohnkosten der Kommunal- und Landesverwaltungen würden dann rund 50 Milliarden Mark betragen.

Aus eigenen Einnahmen kann der Osten das nicht packen. Die Steuereinnahmen der Ostländer betrugen 1991 nur rund 30 Milliarden Mark. Zwangsläufig müßte der Westen die Lohnlücke schließen. „Die Lage ist mehr als dramatisch", mahnte Reckers.

Die Regierung tat bisher wenig, diese Dramatik zu verdeutlichen. Das Bonner Ziel der diesjährigen Tarifrunde – eine Umverteilung von West nach Ost – blieb für die meisten Bürger im dunkeln.

Im Hin und Her der Bonner Politik ist eine politische Linie kaum noch auszumachen. FDP-Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann mahnt fast täglich zum rigorosen Sparen. CSU-Finanzminister Theo Waigel behauptet stereotyp: „Die Finanzen sind im Griff."

Auch Seiters, Verhandlungsführer des Bundes, ist keiner, der Klartext redet. Vor den Tarifparteien schwadronierte er mit Vorliebe über „die Stabilität der D-Mark", seine Lohnpolitik bezeichnete er nebulös „als Vorsorge für Wachstum und Wohlstand".

Selbst regierungsfreundliche Zeitungen gehen auf Distanz zum Bonner Konfrontationskurs. „Man muß die Ar-

ÖTV-Streik 1974 (in Bonn): Nach drei Tagen Spuk vorbei

Nacht für Nacht
setzen Außen-
leuchten von BEGA
Museen, Gärten,
Parks, Wege, öffent-
liche und private
Bauwerke ins rechte
Licht. Immer in so
vorbildlichen Formen,
daß sie das Auge
des Betrachters auch
bei Tag erfreuen.
BEGA Leuchten
gibt es beim Elektro-
handwerk und im
Elektrofachhandel.

BEGA – Licht draußen.

BEGA

Software.

KOMMENTAR

Kinderlose Ausbeuter

WINFRIED DIDZOLEIT

Irgendwann putzt jede Generation von Sozial- und Familienpolitikern diesen alten Hut neu auf. Jetzt haben die Koalitionsabgeordneten Julius Louven (CDU) und Uta Würfel (FDP) das gute Stück wieder einmal hervorgezerrt.

Die Gerechtigkeit verlange, so der Kern der uralten Idee, den Angestellten mit Kindern weniger, den kinderlosen Doppelverdienern und Ledigen dafür aber mehr Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung abzuzwacken.

Die Begründung klingt einleuchtend. Das Altersgeld wird nach dem Umlageverfahren finanziert. Die Arbeitnehmer verzichten auf einen Teil ihres Einkommens; der fließt als Rente an die Ruheständler. Die Aktiven zahlen in der Hoffnung, später einmal werde eine neue Arbeitnehmergeneration für sie das Ruhegeld überweisen. Das ist das Prinzip des Generationenvertrags.

Dieser Vertrag funktioniert angeblich nur, wenn genügend Nachwuchs gezeugt wird. Entscheidet sich ein großer Teil der Bürger für ein Leben ohne Kinder oder mit nur einem Sprößling, werden die Lasten, so die Argumentation, ungerecht verteilt: Die Kinderreichen zahlen mit ihrer Erziehungsleistung einen „zweiten Beitrag" an die Rentenversicherung, von dem die Kinderlosen im Alter ohne Gegenleistung profitieren.

Die Lasten sind nicht gerecht verteilt

In der Debatte über die kinderlosen Ausbeuter des sozialen Netzes verschwimmen die politischen Ziele. Offenkundig geht es nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um ein – negatives – Urteil über die Entscheidung, keine Kinder großzuziehen. Dieses Urteil ist aber, das tatsächliche Verhalten der Bürger beweist es, in Deutschland nicht mehrheitsfähig. Sonst gäbe es das Problem nicht.

Ziel kann ja wohl nicht sein, durch die Androhung von Beitragsstrafen im Altersversorgungssystem Zeugungsdruck aufzubauen. Die Idee, ein Paar träfe seine Entscheidung für Kinder unter wesentlicher Berücksichtigung der Beitragshöhe in der Rentenversicherung, ist ein Alptraum.

Bleibt als rationale Erwägung eine gerechtere Lastenverteilung. Dafür aber ist die Rentenversicherung das falsche Instrument.

Es wäre absurd, wenn zum Beispiel eine ledige kinderlose Verkäuferin 20 Prozent von ihren 1500 Mark brutto bezahlen würde, der Manager mit zwei Kindern und 400 000 Mark Jahreseinkommen aber nur 17 Prozent auf das beitragspflichtige Einkommen.

Wenn es nur darum geht, Paaren die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, steht ein viel effizienteres, bewährtes Mittel zur Verfügung. Dieses Ziel muß, wie bisher schon, mit Hilfe des Familienlastenausgleichs im Steuerrecht geregelt werden.

Freibeträge, Kindergeld, Baukindergeld, Bafög – das sind die Mittel, Eltern mit vielen Kindern einen annähernd vergleichbaren Lebensstandard zu ermöglichen wie Kinderlosen. Daß die Entlastung bisher nicht ausreicht, wird wohl von niemandem bestritten. Findet sich eine Mehrheit – und sie sollte sich finden –, kann dieser Transfer problemlos zu Lasten anderer Staatsausgaben verstärkt werden.

Eine solche Lösung hat gegenüber jedem Eingriff ins Rentenrecht einen entscheidenden Vorteil: Es gilt der Grundsatz der Leistungsfähigkeit. Wer nach steuerlicher Berücksichtigung seiner Ausgaben für Kinder immer noch viel mehr übrig hat als ein Kinderloser, muß trotz Zeugungsfreudigkeit seinen Beitrag zu der gesellschaftlichen Aufgabe des Familienlastenausgleichs leisten.

Die vielbeschworene Gefahr für die Rentenversicherung, schon bald nach dem Jahr 2000 könnten die wenigen verbliebenen Aktiven die Flut der Rentner nicht mehr ernähren, würde durch noch soviel Beitragsgeschiebe nicht gebannt. Entscheidend ist, ob es genügend Arbeitsplätze gibt. Sie zu besetzen ist kein Problem. Es stehen genug Einwanderer bereit. Sie würden Beiträge für die Alten zahlen.

Wer eine aktive Bevölkerungspolitik durch Strafpunkte für Kinderlose fordert, dem geht es wohl weniger um Gerechtigkeit oder sichere Renten. Er will viele deutsche Kinder. Die aber wollen die Deutschen offenbar nicht.

beitnehmer von der Richtigkeit des Lohnverzichts überzeugen", mahnte das Düsseldorfer *Handelsblatt* und fügte hinzu: „Das ist bisher nicht geschehen."

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind aufgebracht wie lange nicht mehr. Im vergangenen Jahr galt noch das Kohl-Versprechen „Keinem wird es schlechter gehen". Die Lohnrunde im Öffentlichen Dienst endete mit einem Abschluß, dessen Volumen bei 8,5 Prozent lag.

In diesem Jahr ist das Kohl-Gerede vom Vorjahr nichts mehr wert. Dabei hat sich an der Faktenlage nichts geändert. Die Beschäftigten sind irritiert – und rebellieren.

Schon nach dem Schlichterspruch vom Mittwoch vergangener Woche meldeten die Regionalchefs der ÖTV ihrer Stuttgarter Zentrale eine „explosive Stimmung an der Basis". Der nordrhein-westfälische Bezirksfunktionär Klaus Orth gab zu Protokoll: „Die Erwartungen vor Ort liegen weit über 5,4 Prozent."

Die ÖTV-Chefin hatte keine andere Wahl, sie mußte die Verhandlungen abbrechen. Unterhalb des Schlichterspruchs, darauf hatte die Große Tarifkommission der ÖTV gepocht, dürfe es keinen Abschluß geben.

Schon die Tarifverträge des Vorjahres gelten in ÖTV-Kreisen heute als Flop. Das Lohnplus wurde 1991 durch Inflation und höhere Steuern größtenteils aufgezehrt. Rund 70 Prozent der ÖTV-Klientel gehören den unteren und mittleren Einkommensgruppen an. Jedes Lohnminus bringt Altenpfleger, Krankenschwestern und Briefträger dem Sozialhilfesatz näher.

Intern hatte Wulf-Mathies bereits Mühe, ihre Ausgangsforderung nach einem Lohnzuschlag von 9,5 Prozent durchzusetzen. 10 von 12 ÖTV-Bezirksfürsten verlangten mehr.

Will die ÖTV-Vorsitzende auf dem Gewerkschaftstag Mitte Juni nicht abgestraft werden, muß sie hart bleiben. Wulf-Mathies, seit zehn Jahren im Amt, steht zur Wiederwahl.

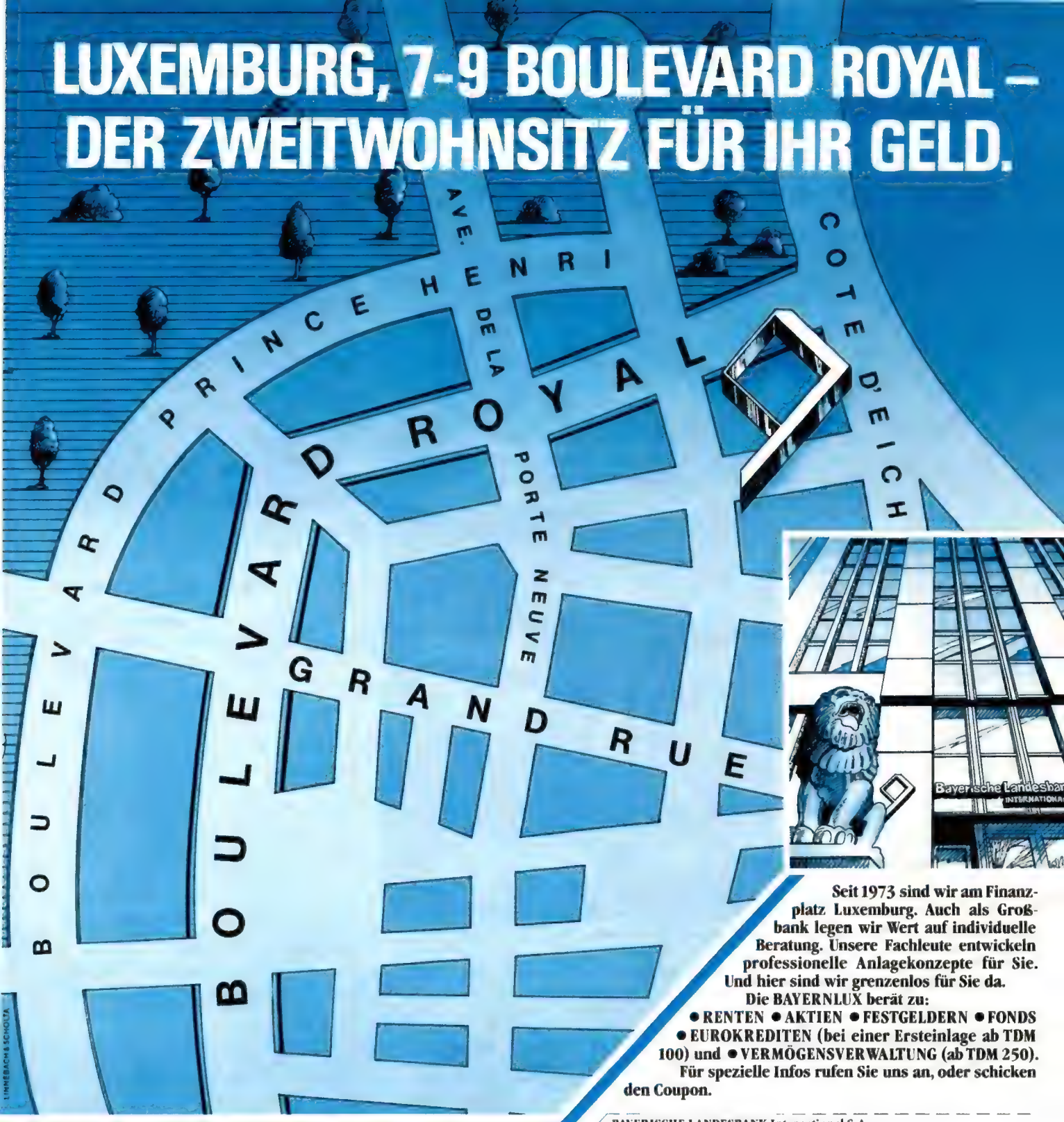
Nur mit einem erfolgreichen Streik kann sie den Delegierten imponieren. Jedes Zehntelprozent unterhalb des Schlichterspruchs ist in den Augen der Funktionäre eine Niederlage.

Nervös klingelte Wulf-Mathies gleich am Tag nach dem Scheitern der Tarifrunde bei den Streikprofis der IG Metall an. Vorstandsmitglied Klaus Zwickel sagte „der Monika" die volle Unterstützung zu.

Auch auf Deutschlands erfahrensten Streikmacher, IG-Metall-Chef Franz Steinkühler, kann die ÖTV sich verlassen. Die Unternehmer der Metallindustrie sind genauso bockig wie der Arbeitgeber Staat. Am 27. April endet in der Metallbranche die Friedenspflicht.

„Vielleicht", droht Steinkühler, „streiken Metaller und ÖTV bald schon gemeinsam."

LUXEMBURG, 7-9 BOULEVARD ROYAL – DER ZWEITWOHNSITZ FÜR IHR GELD.



Seit 1973 sind wir am Finanzplatz Luxemburg. Auch als Großbank legen wir Wert auf individuelle Beratung. Unsere Fachleute entwickeln professionelle Anlagekonzepte für Sie. Und hier sind wir grenzenlos für Sie da.

Die BAYERNLUX berät zu:

● RENTEN ● AKTIEN ● FESTGELDERN ● FONDS ● EUROKREDITEN (bei einer Ersteinlage ab TDM 100) und ● VERMÖGENSVERWALTUNG (ab TDM 250).

Für spezielle Infos rufen Sie uns an, oder schicken den Coupon.

BAYERISCHE LANDESBANK International S.A.
7-9 bd Royal, L-2016 Luxembourg. Telefon (0 03 52) 47 59 11-1.

SP 2004

○ Mich interessiert speziell _____

○ Rufen Sie mich bitte an

Telefon _____ Ich bin erreichbar von _____ bis _____

Name _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Bayerische Landesbank
International S.A., Luxembourg

Wir sind auch zu erreichen über unsere Muttergesellschaft, die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale, München, sowie über jede bayerische Sparkasse.

Affären

Lizenz zum Töten

Schwere Vorwürfe gegen Heinz Gerlach: Der Anlegerschützer soll Millionen erpreßt haben. Die Staatsanwälte sind eingeschaltet.

Anfang April fand der Kölner Rechtsanwalt Harro Mewes einen anonymen Brief in seiner Post. Das Schreiben war kurz, der Inhalt eindeutig.

Drei Sätze waren fehlerhaft auf ein Blatt Papier getippt: „Winkeladvokat, das ist die LETZTE WARNUNG! Steck deine Nase nicht in Sachen, die zu groß für dich sind! Zieh dich zurück bevor es zu spät ist, sonst bist du *tot*."

Den Verfasser des Pamphlets wird Mewes wohl nie finden. Aber um welche Sache es geht, das meint er ganz genau zu wissen. Am 3. Februar erstattete er Anzeige gegen Heinz Gerlach, Herausgeber eines kritischen Fachblatts über den Kapitalmarkt, sowie die Rechtsanwälte Werner Klumpe, Köln, und Dietrich Eckart, München.

Die drei, so der Vorwurf, sollen von Kapitalanlage-Firmen Millionen erpreßt haben. Schon kleinere Firmen sollen bis zu fünf Millionen Mark im Jahr gezahlt haben. In der Branche werde deshalb von „Schutzgeldern im Stile der sizilianischen Mafia" gesprochen, heißt es in der Anzeige.

Gerlach-Gegner Mewes: „Sonst bist du tot"

Seither geht es in der ohnehin schillernden Branche rund. Detektive und Anwälte sind im Einsatz, Verdächtigungen und Verleumdungen werden gestreut.

In der Wahl ihrer Mittel sind viele Verkäufer am grauen Kapitalmarkt nicht zimperlich. Mit dubiosen Methoden ziehen Drücker und smarte Verkäufer gutgläubigen Geldanlegern ihr Erspartes aus der Tasche. Bis zu 15 Milliarden Mark pro Jahr treiben sie auf diese Weise ein.

Nur einer präsentierte sich immer als Saubermann der Branche: Heinz Gerlach. In seinem *Gerlach-Report* zog er stets gegen unseriöse Geldhaie zu Felde – aus ganz eigennützigen Motiven, behauptet nun der Anwalt Mewes. Er hat den angeblichen Anlegerschützer verklagt. Gerlach starte eine Erpressung zunächst mit harten Attacken gegen ein Unternehmen in seinem Blatt. Wenn daraufhin die Umsätze absakken, biete er den Managern einen Beratervertrag für horrendes Honorar an. Gingen sie darauf ein, blieben die Angriffe aus.

Die Anschuldigungen, sagt Gerlach, seien auf „eine besonders abstruse Art haltlos", die vorgelegten Beweismittel „gefälscht beziehungsweise frei erfunden. Wenn Sie die Anzeige einem Insider zu lesen geben, lacht der sich tot".

Dem Münchner Rechtsanwalt Eckart war offenbar nicht zum Lachen zumute, er erstattete inzwischen Gegenanzeige, genauso wie Werner Klumpe.

Nun muß sich die Staatsanwaltschaft Köln mit dem Fall befassen. Am Montag dieser Woche bekam sie eine entsprechende Anweisung des Generalstaatsanwalts. Zunächst hatten die Kölner die Anzeige an die Kollegen in Frankfurt weitergeschoben.

Viel Freude werden sie an dem Fall nicht haben. Die Kontrahenten spielen mit höchstem Einsatz: Sie wollen sich gegenseitig fertigmachen.

Gerlachs Gegenpart ist die Würzburger Aktiengesellschaft für Vermögensbeteiligungen und -verwaltung (WAG). Die im September 1990 gegründete Firma wurde im *Gerlach-Report* massiv kritisiert. Deshalb sei sie schwer angeschlagen, behauptet Vorstand Gerhard Schildbach; und das nur, weil sie sich nicht erpressen lasse.

Die WAG bietet Sparpläne an, für kleine Leute mit monatlichen Raten von 50 Mark und für solche mit größerem Vermögen. Und allen verspricht sie gute Rendite. Das über verschiedene Vertriebsorganisationen angesammelte Kapital soll in Wertpapieren, Immobilien und Unternehmensbeteiligungen angelegt werden.

Gerlach-Opfer Schildbach
Spiel mit höchstem Einsatz

Im Februar 1991 schrieb Gerlach erstmals über die WAG. „Nach unserer Einschätzung", schloß der Beitrag, „wahrscheinlich ein Fall für die Staatsanwaltschaft in Würzburg".

Gerlachs Kritik richtete sich vor allem gegen den Prospekt, mit dem die WAG auf Kundenfang geht. Er entsprach nicht den gesetzlichen Anforderungen. Tatsächlich eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, bis heute ohne Ergebnis.

Im November 1991 war die WAG wieder Thema im *Gerlach-Report*. Unter der Überschrift „Anleger-Falle Nr. 1. Unseriöse oder kriminell verkaufte Sparpläne" wurde auch die Würzburger Firma erwähnt. Erhebliche Teile des bei der WAG angelegten Kapitals seien stark gefährdet, so daß „also viele Sparer in Ost und West um ihre Sparraten (ab 50 DM monatlich) bangen müssen".

Schließlich, im Dezember 1991, kündigte Gerlach den schon mit Umsatzausfällen kämpfenden Managern an: „Vermutlich wird es Klaffenböck, Schildbach, Hilbert und Konsorten demnächst noch viel heißer unter der Mütze werden, dafür werden wir sorgen, indem wir im Interesse des Vertriebs und der Anleger die weiteren Details dieser – so vermuten wir – Dilettantennummer durchleuchten . . ."

Die Angriffe halten bis heute an. Ein Drittel der knapp 100 000 Anleger haben den Vertrag mit der WAG wieder gekündigt.

Das sind die unstrittigen Fakten. Doch dahinter verbirgt sich nach Aussage der Betroffenen die Geschichte einer rüden Erpressung.

Schildbach, so erzählt es Mewes in der Anzeige, habe ein Gespräch mit Gerlach führen wollen, um die Anschuldigungen zu widerlegen. Doch das sei nicht zustande gekommen.

Ausgerechnet von der Deutschen Bank in Würzburg will er dann den entscheidenden Tip bekommen haben. Er müsse den Rechtsanwalt Werner Klumpe in Köln anrufen und ein Kode-Wort benutzen: „Telos-Gruppe Rosenheim".

Ein spontaner Test ohne Kode sei fehlgeschlagen. Mit dem Wort aber habe Schildbach schon für den nächsten Tag einen Termin bei Klumpe bekommen. An jenem 10. Juni habe der Schildbach versprochen, für eine Begegnung mit Gerlach zu sorgen, den er ohnehin am nächsten Wochenende treffe. Ansonsten redete er viel von „konzeptioneller Beratung", wie sich Schildbach anschließend erinnerte.

Anlegerschützer Gerlach: Saubermann oder Erpresser?

Der WAG-Vorstand verstand den Wink, wie er meinte, und bot Klumpe an, er könne einen neuen Prospekt schreiben, da der alte ohnehin nicht den gesetzlichen Anforderungen genüge. Klumpe schätzte die Kosten auf bis zu 100 000 Mark, erhielt einen Scheck über 25 000 Mark als Anzahlung – und war damit nicht zufrieden.

In seiner Strafanzeige schreibt Mewes, der beschuldigte Klumpe habe erklärt, durch den Abschluß eines Beratervertrages in Höhe von 1,5 Prozent des Jahresumsatzes würde jegliche negative Berichterstattung im *Gerlach-Report* unterbleiben. Schildbach erwiderte nur, das seien ja 15 Millionen Mark im Jahr, die könne die WAG nicht bezahlen.

So blieb es erst einmal bei dem Prospekt, den eine Gerlach-Firma namens DFI auch noch prüfte. Klumpe kassierte 100 000 Mark, die DFI 12 000 plus Mehrwertsteuer, behauptet Schildbach. Während dieser Zeit habe sich Gerlach merklich zurückgehalten.

Zu einem weiteren Gespräch sei es erst am 19. November vergangenen Jahres gekommen. Klumpe habe überraschend angeboten, das Honorar auf 0,3 Prozent des Umsatzes zu senken.

Schildbach konnte sich auch dazu nicht entschließen, am 24. November bot er dem Anwalt jedoch in einem Brief an, dessen Kanzlei am Gewinn zu beteiligen. Dazu kam es nie.

Gerlach schreibt weiter über „kriminelle WAG-Sparpläne".

Die WAG sei kein Einzelfall, behaupten Mewes und Schildbach, so oder so ähnlich habe es sich mehrfach zugetragen, mal mit Klumpe, mal mit Eckart als Berater. Und als zusätzlichen Beweis für die konspirativen Machenschaften liefern sie eine Fotokopie einer Vereinbarung der drei vom 25. Oktober 1988, angeblich für viel Geld aus dem Fundus von Gerlach erstanden.

Dieser Beuteteilungsvertrag regelt die Höhe der Aufwandsentschädigung (25 Prozent plus Mehrwertsteuer), die Eckart und Klumpe an Gerlach zu zahlen haben. Das Honorar, so ist festgeschrieben, wird auch fällig, wenn die Anwälte direkt mit den Unternehmen handelseinig werden, „sofern dies eine Folge von vorherigen Veröffentlichungen" Gerlachs ist.

Der Sparerschützer stellt dann nach Erhalt des Honorars „die oft negative Berichterstattung ein und weist entsprechend auf die positive Entwicklung der betreffenden Unternehmen hin".

Ein solch dreistes Komplott hat es wohl noch nie gegeben – falls der Vertrag echt ist. Doch genau das bestreiten die Beschuldigten entschieden.

Die Gegenattacke des Anwalts Eckart lautet auf Verdacht falscher Verdächtigung, Verleumdung, übler Nachrede und Urkundenfälschung. Der Vertrag von 1988 existiere nicht, die Unterschrift sei gefälscht.

Auch Gerlach will mit allen Mitteln gegen die Anschuldigungen vorgehen, am Mittwoch stellte auch er Strafanzeige. „Die kriegen die ganze Flöte der rechtlichen Möglichkeiten", droht er seinen Gegnern. Für den Saubermann der Branche geht es um die Existenz.

Ganz rein ist Gerlachs Image allerdings schon lange nicht mehr. Zu sehr ist er inzwischen mit der schillernden Branche, über die er gern kritisch berichtet, verknüpft.

Sein Betrieb mit 18 Beschäftigten, eine Tochterfirma des Bertelsmann-Konzerns, gibt nicht nur den Report heraus und prüft Kapitalanlage-Prospekte, er veranstaltet auch Verkaufsseminare. Und für die wirbt er mit den rüdesten Klopper-Sprüchen: „Der Kunde hat keine Chance", oder „Verkaufen in 8 Minuten macht Spaß". Wer an einem Seminar mit dem Referenten Axel J. Bertling teilnehme, bekomme „quasi eine ‚licence to kill'". Deshalb würden nur Verkäufer „mit hoher Moral" ausgebildet.

Gerlach-Partner Klumpe*
Mit der Anzahlung nicht zufrieden

Gern gesehene Referenten in Gerlachs Seminaren sind auch Werner Klumpe und Dietrich Eckart, „Ihre Know-how-Trainer für den 92er Plazierungsrenner". Ein bißchen marktschreierisch müsse er schon sein, verteidigt Gerlach seine Werbesprüche, sonst komme ja niemand.

Ansonsten aber beteuert der Anlageschützer seine Seriosität – und zeigt sich siegessicher. „Wenn ich die Prozesse gewonnen habe", sagt er, „dann ist der Schildbach entweder mit den Millionen im Ausland, oder er sitzt im Kittchen."

* Mit Ehefrau Margarethe Schreinemakers.

Hundert Jahre Erfahrung gratis

Heute gibt es ja alles mögliche gratis. Proben von Kartoffelchips, Duftwässerchen oder häßliche Kugelschreiber. Aber tolle Erfindungen, grandiose Patente, eine Menge Schweiß, Engagement und zukunftsträchtige Technologie, kurz, was Sinnvolles, das gibt es leider nicht umsonst. Mit einer Ausnahme: Und die heißt DeTeWe. In jedem Telefonsystem, PC und Telefax stecken 100 Jahre Erfahrung, die Sie nicht bezahlen müssen. Und das ist nicht einfach eine lange Zeit, sondern eine kontinuierliche Entwicklung und Weiterentwicklung von modernen Telekommunikationssystemen. Mit viel Fleiß, Hartnäckigkeit und innovativen Ideen, was dazu geführt hat, daß DeTeWe-Produkte nicht nur ausgereift, sondern ihrer Zeit ein ganzes Stück voraus sind. Und weil das heute nicht nur selten, sondern auch unbezahlbar ist, bekommen Sie die 100 Jahre Erfahrung gratis mit jedem Produkt. Wenn Sie mehr über die Kommunikationssysteme von DeTeWe wissen wollen, schicken Sie uns den Coupon. Wir belohnen Ihr Interesse mit einigen aufschlußreichen Broschüren. Gratis natürlich.

DeTeWe
KOMMUNIKATIONSSYSTEME

Bitte senden Sie mir Informationen über .....

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort ..... Telefon .....

DeTeWe Deutsche Telephonwerke, Zeughofstraße 1, 1000 Berlin 36

SP/C 2004

Streit um Bundesbank-Gewinne

Die Länder wollen den Bund um einen Teil des Bundesbank-Gewinns bringen. Nach Ansicht von Landespolitikern wie dem rheinland-pfälzischen Finanzminister Edgar Meister stellt der Bundesbank-Gewinn – 1991 immerhin 15 Milliarden Mark – „eine laufende Einnahme des Staates" dar, die „im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlung mit den Ländern" berücksichtigt werden müsse. Für die Qualität des Bundesbank-Gewinns als laufende Einnahme spricht laut Meister, daß die Bilanz der Währungshüter im letzten Jahrzehnt regelmäßig positiv war. Seit 1981 hat die Bundesbank insgesamt rund 100 Milliarden Mark an das Bonner Finanzministerium überwiesen. Ein Gutachten, mit dem Meister den als Diäten-Kritiker bekannt gewordenen Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim beauftragt hat, soll diese These stützen. Damit wird sich der Streit zwischen Bund und Ländern im Vermittlungsausschuß, in dem es bislang nur um eine neue Struktur der Bundesbank ging, wohl zu einem Krach über die Verteilung der Notenbank-Überschüsse ausweiten.

Weber

Neues Millionenloch der Lufthansa

Bei der Lufthansa geht es weiter abwärts. 1991 flog sie – je nach Bewertung – zwischen 400 Millionen und 600 Millionen Mark Verlust ein; im ersten Quartal dieses Jahres klaffte schon wieder eine Lücke von über 400 Millionen Mark zwischen Aufwand und Ertrag. Das sind etwa 180 Millionen Mark mehr, als für die stets defizitären Wintermonate erwartet worden waren. Lufthansa-Chef Jürgen Weber hatte schon im Februar einen Sparkurs angekündigt: Er will die Personalkosten um bis zu zehn Prozent senken und 18 Flugzeuge ausmustern. Doch diese Maßnahmen reichen womöglich nicht mehr aus.

Kartellamt prüft Japan-Preise

Die japanische Fair Trade Commission (FTC), vergleichbar dem Bundeskartellamt, hat gegen die Elektronikriesen Matsushita, Sony, Toshiba und Hitachi ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die Kommission will feststellen, ob die Riesen der Unterhaltungselektronik in Japan bewußt die Preise hochhalten, um dadurch um so aggressiver auf den Auslandsmärkten vorgehen zu können. In der Diskrepanz zwischen hohen Inlands- und niedrigen Exportpreisen für japanische TV-Geräte, Videorecorder und Hi-Fi-Anlagen sehen Europäer und Amerikaner seit langem einen Beweis für die unfairen Methoden japanischer Konzerne. Obwohl die FTC damit zum ersten Mal auf die immer wieder vorgetragenen Klagen reagiert, glauben Japan-Kenner lediglich an ein symbolisches Zugeständnis an die Handelspartner. Denn die FTC kann nur geringe Bußgelder verhängen.

Teurer BMW-Einstieg in die Software

BMW drängt verstärkt ins EDV-Geschäft. Derzeit verhandelt der Münchner Autokonzern über den Einstieg in die amerikanische Spezialfirma Knowledgeware. Das Unternehmen (124 Millionen Dollar Umsatz, 950 Beschäftigte) gilt als weltweit größter Hersteller von computergestützten Software-Entwicklungsprogrammen. In dem zukunftsträchtigen Marktsegment ist auch die Münchner Spezialfirma Softlab tätig, die BMW erst Anfang des Jahres für einen dreistelligen Millionenbetrag mehrheitlich übernommen hatte. Die Übernahme der US-Firma allerdings könnte entschieden teurer werden, als die Bayern kalkulieren: Die Eigentümer von Knowledgeware, darunter der Computer-Riese IBM, verlangen 600 Millionen Mark. Die BMW-Manager dagegen wollen nicht mehr als 350 Millionen zahlen.

Fernsehgeräte-Produktion in Japan

Präsident wartet auf sein Gehalt

Friedrich-Adolf Jahn, im Mai vergangenen Jahres erstmals zum Präsidenten des Zentralverbands der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer gewählt, muß weiterhin

Jahn

auf das ihm versprochene Gehalt für diesen Lobbyisten-Posten warten. Im Februar hatte das Landgericht Düsseldorf sowohl die Wahl des CDU-MdB (Abgeordneten-Einkünfte: rund 16 000 Mark monatlich) zum Anführer der privaten deutschen Vermieter als auch seinen Anstellungsvertrag für ungültig erklärt. Am 10. April wurde Jahn zwar erneut, und diesmal ohne Formfehler, zum Präsidenten des Zentralverbands gewählt. Das zugesicherte Präsidenten-Entgelt, 16 500 Mark im Monat, bekommt er aber immer noch nicht. Die Satzung des Verbands sieht keinen hauptberuflichen Präsidenten vor; und für eine Satzungsänderung erhielt Jahn nicht die notwendige Mehrheit. Auf ihrer Jahresversammlung im nächsten Monat müssen sich die Grundeigentümer daher erneut mit ihrem umstrittenen Präsidenten und dessen Gehaltsforderung beschäftigen.

Textilarbeiterinnen der Twerskaja Manufaktura: Den Gesetzen des Marktes ziemlich schutzlos ausgeliefert

„Wir müssen Geduld haben"

SPIEGEL-Redakteur Hartmut Volz über die schwierige Privatisierung russischer Staatsbetriebe

Wladimir Iljitsch Lenin lebt, ein bißchen jedenfalls: In Werkshallen und Büros des Baumwollkombinats hängen Porträts und Reliefs des Gründers der Sowjetunion. In der Eingangshalle steht sorgsam poliert eine Büste Lenins, den strengen Blick auf die Werktätigen gerichtet.

Wie der Wächter des verlorenen Schatzes steht Sergej Alexandrowitsch vor dem überlebensgroßen Schaustück. „Lenin war unser Vater, unser Fundament", sagt der alte Textilarbeiter andächtig, „man kann ihn nicht einfach wegräumen."

Sergej steht auf verlorenem Posten, die Symbole kommunistischer Macht haben ausgedient. Seine Heimatstadt Kalinin, benannt nach dem 1946 verstorbenen sowjetischen Staatschef Michail Kalinin, heißt wieder Twer – wie schon zu zaristischen Zeiten, als hier das Zentrum russischer Baumwollindustrie entstand.

Auch das örtliche Textilkombinat „60 Jahre UdSSR", wo Sergej, solange er zurückdenken kann, an den Webmaschinen schuftete, nennt sich wieder Twerskaja Manufaktura – wie vor der Oktoberrevolution von 1917, als der Industrielle Sawwa Morosow Besitzer der Tuchfabriken war und die Arbeiterklasse knechtete.

Nun wird nach sieben Jahrzehnten Sozialismus wieder der Eigentümer gewechselt. Das Kombinat mit seinen 6800 Werktätigen, seinen Spinnereien und Webereien, Textildruckereien und Konfektionsbetrieben soll privatisiert und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Werktätigen selbst sollen ihren Betrieb in Besitz nehmen, als Aktionäre.

Auferstanden aus den Trümmern des Sowjetkommunismus, erstrahlt die lange verachtete kapitalistische Vergangenheit der Twerskaja Manufaktura in schillernden Farben. Jetzt ist von Morosow nicht mehr als „Ausbeuter der Arbeiterklasse" die Rede, jetzt nennen sie ihn einen „privaten Unternehmer", dessen glorreiche Tradition es fortzusetzen gelte.

Eine Gruppe „übereifriger Aktivisten", wie der alte Sergej sie verächtlich nennt, will gar durchsetzen, daß ein Nachfahre des Firmengründers Sawwa Morosow den Ehrenvorsitz im Aufsichtsrat der Twerskaja Manufaktura übernimmt. Ein Porträt des Patriarchen soll zudem an Lenins Statt die Unternehmenszentrale zieren.

„Priwatisazija" heißt die Zauberformel zur Besserung der darniederliegenden russischen Wirtschaft. Aber nicht nur in Twer löst das Thema Privatisierung gleichermaßen Aufbruchstimmung wie Ängste aus. Vor Chaos warnen die einen; neues Denken fordern die anderen.

Überall im Land werden Staatsbetriebe zur Übernahme angeboten. So schnell wie möglich wollen sich die Wirtschaftsreformer in Moskau von den Überbleibseln der Kommandowirtschaft trennen.

Der Staat entläßt seine Betriebe: weil es an Geld für die lange Zeit üblichen Subventionen fehlt; weil vielfach nicht einmal die Löhne mehr pünktlich ausgezahlt werden können.

Bis zum Jahresende will der reformfreudige Privatisierungsminister Anatolij Tschubais rund ein Viertel der Unternehmen, vom Textilkombinat bis runter zum Friseurladen, verkauft oder versteigert haben.

So schnell jedoch wird das kaum gehen. Vor allem Altkommunisten warnen lautstark vor dem „Ausverkauf der vaterländischen Industrie" an westliche Investoren, die „große Brocken" der russischen Wirtschaft für „einen Spottpreis" erwerben könnten.

Tatsächlich ließen sich mit harter Valuta glänzende Geschäfte machen. Die Twerskaja Manufaktura etwa steht für 100 Millionen Rubel zum Verkauf – nicht gerade ein Freundschaftspreis für die Belegschaft. Ein westlicher Investor hingegen müßte – nach dem derzeitigen Kurs des Rubels – für einen der größten Baumwollstoffproduzenten der alten Sowjetunion nicht einmal eine Million Dollar zahlen.

Interessenten aus dem Westen haben sich dort ohnehin kaum blicken lassen. Das Risiko wäre wohl auch zu groß. Niemand weiß, ob der Reformkurs durchgehalten werden kann. Den Textilarbeitern in Twer wird nichts anderes übrigbleiben, als dem Angebot aus Moskau zu folgen und das Unternehmen selbst zu kaufen.

Das Kombinat soll als einer der ersten Großbetriebe noch im April vom Industrieministerium abgegeben werden. Nur: Die Bedingungen der Übergabe sind noch immer nicht geregelt.

Oben, im zweiten Stock der Kombinatsverwaltung, wartet Generaldirektorin Jadwiga Eduardowna Kizman, 54, in ihrem saalgroßen zugigen Büro auf Nachricht aus Moskau. Aber keines ihrer vier Telefone auf dem kleinen Schrank neben dem Schreibtisch klingelt, auch über den Fernschreiber tikkern nicht die ersehnten Neuigkeiten aus Moskau.

„Wir müssen Geduld haben", sagt die Kombinatschefin und fügt lächelnd hinzu: „Wir mußten oft Geduld haben."

Jadwiga Kizman bereitet sich nach Kräften auf den Tag X vor. Bis vor wenigen Monaten war sie nur für die Produktion der Stoffe zuständig, vom Spinnen des Garns bis zum halbfertigen oder fertigen Tuch. Bei 182 Millionen Meter pro Jahr lag das stets erfüllte Plansoll.

Jetzt aber kümmert sich keine Planungsbehörde mehr um die Lieferung der Rohbaumwolle. Und auch der Absatz der Endprodukte ist nun Angelegenheit der Twerskaja Manufaktura.

Ein in der Textilbranche kundiger Unternehmensberater aus dem nordrhein-westfälischen Krefeld soll den Weg in die Freiheit des Marktes weisen. Grafiken mit betriebswirtschaftlichen Fallbeispielen, Schaubilder neuer Produktionsverfahren und Organigramme straffer Unternehmensführung bedeckten tagelang die blaßgelben Wände.

Das alles ist neu. Zum erstenmal in ihrem langen Berufsleben muß sich Jadwiga Eduardowna mit Begriffen wie Kalkulation und Kostenmanagement, Marktstrategie und Marketing auseinandersetzen.

Es sind die elementarsten Begriffe der Betriebswirtschaft, die gelernt – und vor allem begriffen werden müssen. Es gibt Tage, da denkt Jadwiga „mit Nostalgie und Wehmut" an vergangene Zeiten, als noch die Regeln der Planwirtschaft galten und „wir meist bekamen, was wir brauchten".

Die Enkelin eines Exildeutschen aus Breslau war immer eine brave Kommunistin. Über drei Jahrzehnte ist es her, seit sie als Ingenieurin zur Steigerung der Textilproduktion nach Kalinin geschickt wurde. Sieben Jahre steht sie nun schon an der Spitze des Kombinats.

Zumindest die ideologische Wende hin zum Kapital hat die alte und neue Chefin bewältigt, durchaus im Einklang mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus: War es nicht Wladimir Iljitsch Lenin, fragt Jadwiga rein rhetorisch, der die Beteiligung des Proletariats an den Produktionsmitteln gefordert hatte?

Es ist soweit, Wladimir Iljitsch: Die Werktätigen des einstigen Kombinats „60 Jahre UdSSR" werden die neuen Eigentümer der Twerskaja Manufaktura, auf Aktienbasis. Immerhin 5642 der 6800 Textilarbeiter haben Betriebsaktien im Wert zwischen 500 und 15 000 Rubel gezeichnet.

Rein rechnerisch kamen bei der Aktion mehr als 20 Millionen Rubel zusammen, ein Fünftel des von Moskau geforderten Preises. Allerdings: Kaum die Hälfte der neuen Gesellschafter hat ihren Anteil schon eingezahlt. „Die

Arbeiterin des Textilkombinats: Die Produktion ist gesunken

Das Neueste von Schneider:

ac pauck + partner, mchn

Die Fortsetzung der Computer-Geschichte

Im hektischen Markt der No Name-Produkte sind starke Markenpersönlichkeiten mehr denn je gefragt. Deshalb läßt Schneider seiner Computer-Geschichte eine höchst interessante Fortsetzung folgen.
Mit dem PC 486/50, der in Sachen Wirtschaftlichkeit wieder einmal neue Maßstäbe setzt. Mit dem SPF-401-Kompaktpaket, das Komforttelefon, Anrufbeantworter und Fernkopierer in Bestform auf den Schreibtisch stellt. Und mit dem schnurlosen Telefon, das mit allem Komfort dafür sorgt, daß niemand mehr auf der Leitung steht. Das Wirtschaftlichste, das Vielseitigste und das Raffinierteste von Schneider. Für mehr Leistung, für mehr Komfort, für den Erfolg. Und die Geschichte wird weitergeschrieben: Fortsetzung folgt ...

Schneider

Schneider AG, Silvastraße 1, 8939 Türkheim 1

Leute warten erst einmal ab", sagt Frau Kizman, „viele haben noch kein Vertrauen in die neue Zeit." Vielleicht zu viele. Auch die Zuversicht der Chefin hält sich offenbar in engen Grenzen. Mehr als 2500 Rubel mochte sie bislang nicht in Belegschaftsaktien ihrer Twerskaja Manufaktura investieren.

Die Privatisierung der russischen Industrie steht erst am Anfang. Aber es gibt sie bereits, die Unternehmen in Arbeitnehmerhand.

Vor drei Jahren schon hat sich beispielsweise das Moskau Ventilatorenwerk (Moven) aus der Kommandowirtschaft freigekauft. Auf dem Werksgelände steht immer noch ein Symbol sozialistischer Planerfüllung. „Werktätige, auf die wir stolz sind", heißt es in kyrillischen Lettern über einem leeren Schaukasten. Schon lange werden hier keine Helden der Arbeit mehr gefeiert.

Sie haben längst andere Herausforderungen. Leistung soll sich wieder lohnen, sicher – aber nicht mit billiger sozialistischer Ehrung im Schaukasten.

Der Anreiz lohnt ganz offensichtlich. In den düsteren Werkhallen werden die riesigen Industrieventilatoren zwar immer noch unter ziemlich antiquierten Bedingungen hergestellt. Heute aber verlassen täglich weit mehr Geräte die Produktionsbänder als vor der Privatisierung. Die Qualität, heißt es, sei ebenfalls deutlich verbessert worden.

Moven-Arbeiter verdienen bis zu 50 Prozent mehr als ihre Kollegen in den Staatsbetrieben. Hinzu kommt die Dividende, die den Aktionären, allesamt Betriebsangehörige, vierteljährlich als Gewinnbeteiligung ausgezahlt wird.

Ex-Generaldirektor Alexander Mironow, der sich nun Präsident nennen läßt, denkt daran, gemeinsam mit irischen Partnern den Export stark auszuweiten. „Wir betrachten uns als gelungenes Beispiel dafür", sagt Mironow, „daß der Wandel von der Planwirtschaft in den Markt auch in Rußland gelingen kann."

Mag sein. Jetzt aber hat die Krise der russischen Wirtschaft auch das Moven-Werk erreicht. Die heimische Kundschaft kann die bestellte Ware nicht bezahlen, Aufträge werden storniert.

Auf dem Betriebsgelände stehen ungeschützt Dutzende von Industrieventilatoren im Schlamm. Die teuren Geräte drohen unter freiem Himmel zu verrotten. Lagerhallen gibt es nicht, bislang wurden die Waren ja unverzüglich von den Bestellern abgeholt.

Was aber wird, wenn die Auftragslage sich weiter verschlechtert? „Dann werden wir flexibel handeln und Arbeiter entlassen", sagt Mironow und fügt kühl hinzu: „So ist das nun mal in der Privatwirtschaft."

Tatsächlich sind die Arbeitnehmer in der zusammengebrochenen Sowjetunion den Gesetzen des freien Marktes ziemlich schutzlos ausgeliefert. Die Staatsgewerkschaften haben ihre Macht verloren, neue halbwegs schlagkräftige Arbeitnehmerorganisationen gibt es bislang lediglich bei den Bergarbeitern im sibirischen Kusbass.

Generaldirektorin Kizman, Mitarbeiter: Wehmütige Erinnerungen

Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre haben sich inzwischen ebenfalls selbständig gemacht. In privaten Kooperativen, vor allem im Transportgewerbe, wollen sie sich in die Zukunft retten.

So entpuppt sich eine „Vereinigung freier Gewerkschaften" (MAKKIP) in Moskau als schlichte Interessenvertretung einiger hundert privatwirtschaftlich organisierter Kooperativen. Auffälligste Gemeinsamkeit der Firmen: Meist stehen ehemalige Staatsgewerkschafter an der Spitze.

Da probt eine ziemlich obskure Gesellschaft den Marsch in die freie Marktwirtschaft. Gewerkschaftsboß Gennadij Rogosin, der nach eigenen Angaben 200 000 Mitglieder vertritt, sieht seine neue Organisation als „Transmissionsriemen des Kapitals".

Was darunter zu verstehen ist, erklärt Rogosin so: „Das kommunistische System hat versagt. Jetzt muß die Arbeiterklasse durch ein Bündnis mit dem Kapital einen neuen, gemeinsamen Weg beschreiten."

Von Arbeitskämpfen etwa hält die konvertierte Gewerkschaft nichts. Warum, so fragt Rogosin, sollten Arbeiter denn streiken, wenn sie als Aktionäre oder Gesellschafter an privaten Unternehmen beteiligt sind?

Viel hat sich also kaum geändert. Früher durften die Werktätigen nicht streiken, weil die Fabriken dem Volk gehörten.

Nein, von solchen Gewerkschaften werden auch die Werktätigen der Twerskaja Manufaktura keine Hilfe zu erwarten haben, wenn es hart auf hart kommen sollte. Im Vorstand der Twerskaja Manufaktura herrscht schon jetzt Einigkeit, daß wohl viele Mitarbeiter werden gehen müssen, wenn das Unternehmen überleben soll.

Drüben im Werk I ist die Stimmung an diesem Tag Anfang April gedrückt. Im Büro des Vorarbeiters Boris Grigorjewitsch versammeln sich die zwei Dutzend Männer und Frauen der Frühschicht zur monatlichen Abteilungssitzung.

Es sind keine guten Nachrichten, die Boris zu verkünden hat. Er klagt über die schlechte Arbeitsmoral im Kollektiv. Die Standzeiten der Maschinen hätten sich gehäuft, die Qualität der endlos langen Baumwollbahnen sei schlechter geworden. Noch schlechter.

Allein im vergangenen Monat ist die Produktion um mehr als fünf Prozent gesunken. Ein Posten Export-Baumwollballen wurde vom Kunden in der Schweiz abgelehnt, weil „der Stoff verschmutzt war". Dabei liegt der Exportanteil ohnehin bei nur noch vier Prozent. Der große Rest des Baumwollstoffs ist auf dem Weltmarkt nicht absetzbar.

Die Kollegen und Kolleginnen in der Runde hören schweigend zu. Erst gegen Schluß meldet sich eine junge Arbeiterin zu Wort. Ob es denn mehr Lohn als die dürftigen 1100 Rubel gebe, so fragt sie, wenn die Twerskaja Manufaktura im Besitz der Werktätigen sein werde?

Jetzt wird Vordenker Boris grundsätzlich. Ja, das Lohnsystem müsse

Krakow McCann Dusseldorf

Degussa über eine Super-Umwelt-Lösung

Sanfte Umwelttechnologie hat ein leuchtendes Vorbild.

Der allzu sorglose Umgang mit der Umwelt bringt immer mehr Probleme mit sich, die wirklich vorbildliche Lösungen erfordern.

Was zum Beispiel die Haare der Frauen sanft, aber wirkungsvoll erblonden läßt, ist ein vielseitiger Problemlöser im Umweltschutz: Wasserstoffperoxid. Es zerfällt beim Einsatz in reines Wasser und aktiven Sauerstoff. Und Sauerstoff macht nicht nur Haare hell, sondern auch Fasern weiß, tötet Krankheitserreger, beseitigt Gerüche und macht viele Umweltgifte unschädlich.

Früher hieß dieses Mittel einmal Wasserstoff-SUPERoxid. Inzwischen ist sein Name zwar etwas kürzer, die Liste seiner Einsatzbereiche jedoch wesentlich länger geworden: Heute reinigt Wasserstoffperoxid Klärwässer, entgiftet Bergbaurückstände und leistet auch in der Papierindustrie saubere Arbeit. Es entfernt schonend die Stoffe, die das Papier vergilben lassen, und ermöglicht die höhere Verwendung von Altpapier.

Nahezu ein Viertel des weltweit hergestellten Wasserstoffperoxids kommt aus den Produktionsanlagen der Degussa in Deutschland, Belgien und in den USA. Sie arbeiten mit modernster Technologie – entwickelt in den Degussa-Forschungslabors.

Begonnen hat es mit Gold und Silber. Degussa heute ist vieles mehr.

UNSERE ERDE BRAUCHT IDEEN

Degussa

EINES DER GROSSEN DESIGNS DIESES JAHRHUNDERTS. UND SICHER AUCH DES NÄCHSTEN.

Die Royal Oak von Audemars Piguet hat den Rang eines Klassikers. Entstanden aus dem leidenschaftlichen Engagement für die perfekte Uhr, ist sie längst zum Signum eines Stils, einer Lebensform geworden.

Vor zwei Jahrzehnten als Verwirklichung einer großen Idee geschaffen, ist sie bis heute die Wahl der Wenigen geblieben, die es sich leisten, das Außergewöhnliche zum Maß ihrer Ansprüche zu machen.

Die Royal Oak von Audemars Piguet:
Was für ein Gefühl, sie zu besitzen.

AUDEMARS PIGUET UHREN GmbH
Postfach 1149,
6232 Bad Soden,
Telefon 06196/25061

AP
AUDEMARS PIGUET
Le maître de l'horlogerie.

dringend geändert werden, doziert er. Nicht mehr die Planerfüllung des ganzen Kollektivs dürfe den Verdienst des Arbeiters bestimmen, sondern „Qualifikation und Leistungswille des einzelnen".

Später in der Werkskantine vor einer Gruppe Arbeiterinnen wird Boris („Ich bin ein überzeugter Reformer") noch deutlicher. „Gezielte Entlassungen aufgrund mangelnder Arbeitsmoral", sagt der Schichtführer, „heben das Leistungsniveau, glaubt mir."

Beifall gibt es nicht für solch forsche Töne. Aber es wagt auch niemand zu widersprechen. Schweigend schlürfen die Arbeiterinnen ihren Tee.

Seit längerem schon liegt Jadwiga Kizman eine Studie der Krefelder Unternehmsberatung Ramisch, van Delden & Partner zur Ausrichtung der russischen Textilbetriebe auf die Marktwirtschaft vor. Viel Mut hat die Unternehmenschefin aus der Lektüre allerdings nicht schöpfen können.

Im internationalen Vergleich wird es die traditionsreiche Twerskaja Manufaktura kaum mit Konkurrenten aus Drittweltländern wie Indien aufnehmen können. Ein harter Schlag für Jadwiga Kizman, deren Betrieb noch vor einigen Jahren für besondere Leistungen mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet worden war.

Allein erste dringende Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit würden 27 Millionen harte Valuta-Mark kosten. Soviel Geld aber läßt sich kaum aufbringen, schon gar nicht aus eigener Kraft.

Die Firmenchefin wehrt sich gegen den Vorschlag, das große Kombinat in kleinere selbständige Firmen aufzuteilen. Nur eines weiß sie sicher: „Ohne ausländische Investoren werden wir es schwer haben, ganz schwer."

Es geht auf 16.30 Uhr zu. Feierabendzeit in der Zentrale. Frau Kizman räumt ihren Schreibtisch auf. Sie muß noch Einkäufe machen und daheim für ihren Mann und den Sohn das Abendessen bereiten – wie es üblich ist in einer guten russischen Familie.

Noch hat die Hektik des Wettbewerbs Twer nicht erreicht. Jadwiga Eduardowna und ihre Werktätigen haben noch einen weiten Weg zur Marktwirtschaft.

Moven-Chef Mironow
„Gelungenes Beispiel für den Wandel"

Ventilatoren-Produktion: Bis zu 50 Prozent mehr Lohn

Unternehmen

Fünf Minuten voraus

Ein seltsamer Sanierer und ein Strauß-Sohn wollen eine Maschinenfabrik in Sachsen-Anhalt retten. Der tut das gar nicht gut.

Die Show war sorgfältig inszeniert, gezeigt werden sollte eine Weltneuheit. Die Anlage blubberte tatsächlich, doch ob sie auch verseuchte Schlacke in ungefährliches Granulat verwandeln kann, bleibt umstritten.

Wolfgang Rauls, 43, Umweltminister von Sachsen-Anhalt, war jedenfalls nicht überzeugt. Konkrete Zusagen könne er der Maschinenfabrik Sangerhausen (Mafa) nicht machen, sagte der FDP-Minister nach der Vorführung.

Ein Begleiter Rauls' drückte sich weniger diplomatisch aus. „Bei der Mafa stinkt es", sagte er, und er meinte nicht die Versuchsanlage.

Die anrüchige Firma gehört Kurt Mayer, 49. Der massige Südtiroler mit Wohnsitz in London war angetreten, die Mafa, von der Treuhand als nicht sanierungsfähig eingeschätzt, zu retten. Nun muß sich die Anstalt doch wieder mit dem Unternehmen beschäftigen, und die Justiz dazu.

Beim Amtsgericht Halle sind rund ein Dutzend Verfahren gegen den selbsternannten Sanierer anhängig. Mayer macht, getreu seinem Motto: „Zuerst handeln, dann quatschen", was er will, Absprachen und Gesetze scheinen ihn nicht zu stören.

Den notwendigen juristischen Beistand hatte er sich gleich mitgebracht in das kleine Städtchen am Rande des Harzes: den Münchner Rechtsanwalt Max Josef Strauß, 32, Sohn von Franz Josef.

Fast ein Jahr ist inzwischen vergangen, und immer noch rätseln Mitarbeiter und Geschäftspartner, was das Duo mit der Maschinenfabrik Sangerhausen vorhat. Sicher scheint, daß die großen Pläne in der Praxis nichts taugen.

Zu sozialistischen Zeiten war die Mafa einer der weltgrößten Ausrüster von Zuckerfabriken, doch nach der Wende drohte die Liquidation. Der Verlust von über 1000 Arbeitsplätzen hätte die Arbeitslosenquote im Kreis Sangerhausen auf über 20 Prozent angehoben.

Es gab allerdings erste bescheidene Erfolge der Firmenleitung. Der von der Treuhand bestellte Aufsichtsrat hatte Maschinenbauer aus dem Westen gefunden, die bei der Mafa produzieren wollten. So wären mittelfristig 500 bis 600 Arbeitsplätze erhalten geblieben.

Doch Kurt Mayer bot mehr: Er versprach, die Firma „total zu sanieren" und die Produktion „dramatisch" zu erhöhen;

Der Primera von Nissan

Wundern Sie sich nicht über die vielen Bewunderer.

Nissan Primera 1.6 SLX, 4türig, ab DM 26.595.–*. Metalliclackierung, Alufelgen und Breitreifen gegen Aufpreis. Den Primera gibt es in insgesamt 8 Modellvarianten (u. a. mit Automatikge-

Die Limousine für alle, die es mit Technik, Komfort und Qualität sehr genau nehmen.

Der Primera 1,6 SLX fällt nicht nur wegen seines tollen Stylings auf. Nehmen Sie ihn ruhig mal genauer unter die Lupe. Er bringt große Klasse in die Mittelklasse – mit einer Summe von Qualitäten, nach der man sonst meist lange suchen muß. Als da wären: das effiziente 16-Ventil-Triebwerk mit 66 kW (90 PS), die elektronische Motorsteuerung für geringen Verbrauch und der geregelte 3-Wege-Kat für weniger Schadstoffe. Dazu die innovative Multilenker-Vorderachse für noch mehr aktive Sicherheit und eine Innenausstattung, die kaum einen Wunsch offenläßt.

Kein Wunder also, wenn den Primera so viele bewundern. Was Sie übrigens am besten bei einer

SPIESS ERMISCH ABELS

auto motor sport Nr. 4 vom 7. 2. 1992, Leserwahl der besten Autos der Welt, „Bestes Importauto der Mittelklasse 1992: der Primera"

triebe, Servolenkung, ABS, z.T. gegen Aufpreis). * Unverbindliche Preisempfehlung zzgl. Überführung und Zulassung.

Probefahrt bei Ihrem Nissan-Händler tun können.

Er informiert Sie gern auch über die 3-Jahre-Garantie bis 100.000 km, den Nissan-Pan-Europe-Service „Super Plus" und das Nissan-Dienstleistungsprogramm: finanzieren, leasen und versichern durch die Nissan Bank GmbH, die Nissan Leasing GmbH und über den Nissan Versicherungs-Service.

NISSAN Motor Deutschland GmbH, 4040 Neuss 1

NISSAN NISSAN

Nissan-Fahrer haben gut lachen.

niemand sollte entlassen werden, sogar 200 neue Arbeiter wollte er einstellen.

Das Geld, so verkündete Mayer, stamme von arabischen Investoren. Doch die britische Portland Corporation, in deren Auftrag er angeblich handelt, gehört Mayer selbst.

Mayer-Spezi Max Josef Strauß bearbeitete das politische Umfeld, und alsbald setzten sich die Honoratioren der Stadt, vom CDU-Landrat bis zum CDU-Bürgermeister, für den Südtiroler ein. Nur die Treuhand in Halle zögerte. Am Ende konnte sie sich gegen den Investor und seine mächtigen Freunde aber nicht länger stemmen.

Immerhin baute der Hallenser Treuhand-Direktor Wilfried Glock, 42, eine Sicherung in den Kaufvertrag ein: Auf dem Betriebsgelände liegt eine Grundschuld zugunsten der Treuhand, die erst in drei Jahren abgelöst werden kann. Erst dann kann der Mafa-Chef die Immobilie zu Geld machen.

Mafa-Betriebsrat Geißler: Verfahren gegen den Sanierer

Außerdem mußte Mayer die versprochene Investitionssumme, 20 Millionen Mark, hinterlegen. In einem Schließfach der Stuttgarter Bank brachte er Wertpapiere für rund 19 Millionen zusammen, den Rest sah ihm die Treuhand nach. Das Wichtigste aber war die Garantie für 1059 Arbeitsplätze. Für jeden gestrichenen Arbeitsplatz droht eine Vertragsstrafe von 10 000 Mark.

Den nötigen Umsatz wollte der Mafa-Chef mit dem Verkauf seiner sogenannten Umweltmaschinen machen. Doch die angeblich revolutionäre Technik (Mayer: „Wir sind der Welt fünf Minuten voraus") existierte lediglich auf den Skizzen einiger Ingenieure.

Die Auftragsbücher seien voll, verkündete Mayer schon im Juli. Anlagen im Wert von 110 Millionen Mark seien geordert worden. Im September betrug das Auftragsvolumen angeblich sogar 212 Millionen. Bis heute wurde jedoch keine einzige dieser Wundermaschinen ausgeliefert. Umsatz macht die Mafa vor allem durch den Verkauf von Schrott und Maschinen, die häufig noch zu DDR-Zeiten gebaut wurden.

Sein Technikum in Halle 3 hält Mayer sorgsam unter Verschluß. Die Wissenschaftler, die er nach Sachsen-Anhalt mitgebracht hatte, sind längst gefeuert.

Der Mafa-Chef läßt unverdrossen weiterexperimentieren. Eine Genehmigung für den Betrieb seiner Anlage hat er nicht. Die zuständigen Umweltbehörden wissen nichts von den großtechnischen Versuchen mit organischen und anorganischen Giftstoffen.

Vor einigen Monaten kamen aus der Schweiz sechs Waggons mit Rückständen aus der Müllverbrennung nach Sangerhausen. Die Schlacke aus mindestens einem Waggon wurde bei der Mafa gereinigt. Was sie da genau rausschaufelten, wußten die Arbeiter nicht. Es gab weder eine Staubabsaugung noch Schutzbekleidung.

Weniger gefährlich, aber ebenso eigenwillig springt Mayer mit seinem Betriebsrat um. Wenn dessen Vorsitzender Jürgen Geißler, 38, Informationen anmahnt, bekommt er nur starke Sprüche zu hören. „Ich bekomme recht", so Mayer, „denn ich habe das Geld."

Dieses Geld soll von der Portland Corporation PLC stammen. Und die will laut Investitionsplan in den nächsten drei Jahren stattliche 189 Millionen Mark in die Mafa stekken – rund 170 Millionen mehr als im Treuhandvertrag ausgemacht.

Auf der Hannover-Messe wurde die Umwelt-Wundermaschine der Mafa vorgestellt – mit einem Vortrag. Nach Ansicht von Experten kann sie in der Praxis nicht funktionieren, was Mayer allerdings bestreitet. Experten des Umweltbundesamtes, die Mayer zur Besichtigung geladen hatte, halten den Prozeß für „nicht besonders innovativ, wenn er so überhaupt läuft".

Das eigentliche Stammgeschäft, den klassischen Maschinenbau, hat der Chef selbst runtergewirtschaftet. Er stoppte Kooperationsprojekte, Geschäftspartner zogen sich verärgert zurück.

Doch Mayer hält an seinen Plänen fest. Er will die Maschinenfabrik Sangerhausen in eine Aktiengesellschaft umwandeln und bis spätestens 1995 an die Börse bringen.

In Sangerhausen wachsen allerdings die Zweifel, ob es die traditionsreiche Firma so lange überhaupt noch geben wird.

Mafa-Chef Mayer
„Ich habe das Geld"

Mayer-Spezi Strauß
Das politische Umfeld bearbeitet

Kultivierte Wohnatmosphäre entsteht durch die Verwendung hochwertiger und umweltverträglicher Werkstoffe. Ausgezeichnete Wärmedämmung und Feuchtigkeitsregulierung sind Eigenschaften, die in der Natur des Holzes liegen. Brügmann Profilholz ist oberflächenvergütet und durch und durch massiv: Die ideale Verkleidung für Wand und Decke im ganzen Haus – von natürlicher Schönheit, preiswert und praktisch, energie- und kostensparend. Übrigens: Brügmann Profilholz stammt ausschließlich aus Gebieten, in denen Forstwirtschaft streng nach ökologischen Gesichtspunkten betrieben wird. Weitere Informationen erhalten Sie im Holzfachhandel oder von der Unternehmensgruppe Brügmann, Kanalstraße 80, 4600 Dortmund 1.

Brügmann

Tel.: (02 31) 82 87-126, Fax.: (02 31) 82 87-259

Wir gestalten Lebensräume.

„Es geht ums Überleben“

In Rio werden sich im Juni die Völker der Welt um Energieverbrauch, Umweltzerstörung und Bevölkerungsexplosion streiten. Die Industrienationen, verantwortlich für den größten Teil der Umweltgifte, sind die Angeklagten, aber auch die einzigen, die helfen können. Ihre Technologie kann die Katastrophe vielleicht aufhalten.

Die Welt geht zugrunde – aber keiner will es so genau wissen. „Wie sich der Preis eines Barrel Öl auf dem Futures-Markt bewegt hat“, sagt Lester R. Brown, Direktor des Washingtoner Worldwatch Institutes, „das erfahren wir schnell aus der Morgenzeitung. Daß zwischen gestern und heute 55 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen wurden, steht nirgends.“

Woran die Welt zugrunde geht, ist bekannt – aber nichts ändert sich.

„Die Hälfte all jener Gase, die den Treibhauseffekt bewirken“, beklagt der Schweizer Unternehmer Stephan Schmidheiny (Unotec AG), einer der Initiatoren des Umweltgipfels, der Anfang Juni in Rio de Janeiro stattfinden soll, „stammt aus Energiequellen.“ Aus den ihrer Herkunft wegen „fossil“ genannten Energiequellen Kohle, Erdöl und Erdgas, dem Treibstoff der technischen Zivilisation.

Ohne technische Zivilisation gäbe es bei über fünf Milliarden Menschen gegenwärtig kein Leben mehr für alle, ohne saubere Umwelt aber auch nicht. Kann die Menschheit den dritten Weg noch finden, der das große Sterben verhindert?

Viele Techniker sagen ja. Doch Machtbalgereien, Haß und Interessengegensätze auf der Welt, vor allem aber die

Stau bei Leverkusen

Startender Jet in Frankfurt

Braunkohlen-Kraftwerk bei Espenhain

Umweltschädling Verbrennungstechnik, Umweltopfer: Mehr als 20 Milliarden Tonnen Kohlendioxid im Jahr verwüsten

Kinder mit Atemschutzmasken in der ČSFR

den blauen Planeten

Fremdheit zwischen den Gesellschaftsformen der Nord- und der Süd-Halbkugel – sie sind seit Jahren schon stärker als technische Vernunft.

Bringt Rio die Wende? Auf dem Erdgipfel wollten Industrie- und Entwicklungsländer die katastrophalen Mengen Kohlendioxid, chemisch CO_2, die unablässig in die Außenwelt entweichen, eigentlich limitieren.

Die Aussichten sind schlecht. Ausgerechnet US-Präsident George Bush, dessen Land mit etwa einem Viertel aller CO_2-Emissionen der größte Umweltverschmutzer überhaupt ist, will nicht mitmachen. Eine Verpflichtung der USA, die CO_2-Ausdünstungen auf eine in Rio zu bestimmende Menge zu begrenzen, werde es nicht geben, sagt Bush. Der Wohlstand, wie Amerika ihn sieht, hat Vorrang.

Neben den Bedrohungen aus der Wohlstandswelt wachsen, bald mit unendlicher Wucht, neue aus der Dritten Welt. Die Chinesen etwa beziehen 76 Prozent ihres steigenden Energiekonsums allein aus Kohle.

Kohle aber ist unter sämtlichen fossilen Stoffen der gefährlichste Umweltverpester. Würden die 1,1 Milliarden Chinesen genausoviel CO_2 pro Kopf in die Luft blasen wie jeder einzelne Amerikaner, nämlich 20 Tonnen im Jahr, wäre die Lebensgrundlage der Menschheit wohl vernichtet, noch bevor die übernächste Generation geboren ist.

Gegenwärtig belasten die Abgase von Automobilen und Kraftwerken, von Stahlkochereien und Chemieanlagen, von Verkehrsflugzeugen und Koksheizungen die Atmosphäre jährlich mit 20,1 Milliarden Tonnen Kohlendioxid.

Die Pest aus der Verbrennungstechnik, aus Otto- und Dieselmotoren, aus Jettriebwerken, Industrieschloten und Ölbrennern im Privatkeller hat einen permanenten Schleier um die Erde gelegt. Der blaue Planet ist, mißbraucht von seinen Bewohnern, bald nur noch eine graue Kugel im Dunst.

Kohlendioxid, einerseits lebensnotwendig für die natürlichen Kreisläufe der Erde, ist außer Rand und Band geraten: Es vernichtet inzwischen jene Wälder, die es eigentlich absorbieren und reinigen soll.

Jahrhundertelang waren technischer Fortschritt, Bevölkerungszahl und Umwelt im Gleichgewicht geblieben. Ausnahmen wie die Verkarstung der dalmatinischen Küste durch den Holz-Kahlschlag zum Bau der venezianischen Flotte sind bis heute sichtbare Menetekel.

Doch was früher eine lokale Katastrophe war und blieb, droht nun ein weltweites Desaster zu werden. Sämtliche Balancen sind dahin. Waldsterben durch sauren Regen, Hochfluten durch die Erdaufwärmung, verheerende Hurrikane durch Klimaverschiebungen sind die Vorboten des Zerfalls. Wie immer, wenn Gleichge-

NEU: MICROSOFT WINDOWS 3.1 UPDATE

HABEN SIE UNSERE *N E U E* NUMMER SCHON?

Sie fanden Microsoft Windows *schon immer* benutzerfreundlich und zuverlässig? Dann sollten Sie erst mal *das neue* kennenlernen. Die *aktuelle* Nummer heißt 3.1. Die neue *Windows-Version* ist viel schneller und bedienungsfreundlicher als bisher. Sie werden *staunen*, wie einfach und *extrem* schnell z.B. Ihr *Datei-Manager* wird, wenn Sie Ihr Windows auf die *Version 3.1* updaten. Und selbstverständlich lassen echte *Freunde* einander nicht im Stich – mit dem Microsoft Windows 3.1 Update haben Sie immer ein stabiles *Betriebssystem*. Sie bekommen die neue Nummer ab April bei Ihrem Fachhändler. Oder bei uns: *Microsoft GmbH, Update-Service, Postfach 37, W-8011 Großhelfendorf.*

MICROSOFT WINDOWS

Microsoft

SOFTWARE FÜR IHRE ZUKUNFT.

Gutes Leitbild.

Lufthansa CityLine – mit modernen Flugzeugen und vielen zeitsparenden Nonstop-Verbindungen in Europa. Die ideale Ergänzung zu Lufthansa.

Über 100 schnelle Nonstop-Verbindungen täglich. Zu 55 Städten in Deutschland und Europa. Auch abseits der Hauptrouten.

Lufthansa CityLine Nonstop schneller

wichte dramatisch gestört sind, stellen sie sich durch Gewalt wieder her.

„Hier steht das Überleben der Menschheit auf dem Spiel", kennzeichnet Unternehmer Schmidheiny das Thema von Rio. „Weltweit geht es um Hunderte von Millionen menschlicher Leben", resümiert Lester Brown vom Worldwatch Institute.

So groß ist die Verzweiflung der Experten, daß sogar die Mitglieder des Club of Rome, der 1972 zuerst auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen hatte, nun bekennen: „Wir schlagen schweren Herzens vor, auch die Option auf die Kernspaltung offenzuhalten, da diese vermutlich weniger gefährlich ist als die Verbrennung von Öl und Kohle."

Kein Triumph der Atom-Partei, sondern eine tragische Niederlage der Vernunft. Das Böse austreiben mit dem im Augenblick weniger Bösen, mehr fällt den Experten nicht ein. Lester Browns Worldwatch Institute, obwohl weiterhin total gegen Kernkraft, kommt auf ähnlich fatalistische Ideen: Weil Erdgas der am wenigsten giftige fossile Energieträger ist, wünscht Brown sich, daß Gas für die Zeit des Übergangs zu sauberen Energieformen Kohle und Öl weitgehend ersetzt.

„Es ist außerdem erforderlich", appellieren deshalb die Club-of-Rome-Mitglieder an Regierungen, Industrielle und Privatpersonen, „sofort eine massive und weltweite Kampagne zur Energieeinsparung und zum effektiven Einsatz von Energie zu beginnen." So apodiktisch und so ausweglos hatte die Botschaft noch nie geklungen. Doch sparen kann nur, wer bislang verschwendete. Gegenwärtig verpulvert die Menschheit, den größten Teil die westliche, über 8 Milliarden Tonnen der in Öleinheiten gemessenen Wärmeenergie. 1995 werden es nach Meinung der Internationalen Energie Agentur in Paris 9,3 Milliarden sein, fast 40 Prozent mehr als 1978, dem Jahr vor dem zweiten großen Ölpreisschock. An diesem Milliardenspiel sind gegenwärtig

- ▷ Mineralöl mit 39,
- ▷ Kohle aller Sorten mit 27,
- ▷ Erdgas mit 22

Prozent beteiligt, die gefährlichen fossilen Stoffe zusammen also mit überwältigenden 88 Prozent.

Deprimierend gering dagegen ist der Anteil intelligenter, umweltverträglicher Energien: Wasserkraft, also Stromerzeugung durch hydroelektrische Anlagen, liegt bei 6 Prozent. Die Kernenergie, deren Umweltverträglichkeit durch ihr massives Katastrophenpotential begrenzt ist, kommt auf 5 Prozent.

Ölarbeiter in Texas: Teure Fehlinvestition

Alle übrigen, die sanften, umweltverträglichen und unbegrenzt verfügbaren Energiemedien – Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme –, sind an der Verbrauchsstatistik mit einem einzigen winzigen Prozent beteiligt. Doch von dieser nahezu unsichtbaren Größe muß die grausam anwachsende Menschheit im nächsten Jahrhundert schon leben, falls sie dann noch lebenswert lebt.

Ein Horror-Szenario? Kaum. Allzu nahe Realität – Rio wird's zeigen. Nur ein umfassendes, weltweit vereinbartes Umsteuern kann, so die Initiatoren von Rio, die Rettung noch bringen – ein Rücksteuern auf die Anfänge. Doch gerade das ist schwer.

Von Sonne, Wind und Biomasse haben die Menschen über Jahrtausende gelebt, bevor Mitte des 18. Jahrhunderts die industrielle Revolution begann. Mit ein paar hundert Millionen Menschen auf der Erde war das kein Problem. Um Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme aber wieder zur Basis menschlichen Lebens zu entwickeln, ist die Technik voll gefordert.

Ludwig Bölkow, einst Mitgründer der Rüstungs- und Raumfahrtfirma Messerschmitt-Bölkow-

Blohm, seit 15 Jahren aber erster Apostel des konsequenten Ausbaus der Sonnenenergie, setzt 40 bis 80 Jahre massiver Ingenieursarbeit an, um die industrielle Welt umwelt- und sozialverträglich umzubauen.

Schon 1982, in einem Vortrag vor dem Peutinger-Collegium in München, erkannte Bölkow als einzige ehrliche Entwicklungsaufgabe der Zukunft die Wasserstoffwirtschaft, verbunden mit der Sonnenenergie.

Das sehen inzwischen, mit Ausnahme der Billigöl-besessenen US-Regierung und einer reaktionären Minderheit in der Atomindustrie, die meisten Experten so. „Diese Aufgabe", rief Bölkow damals aus, „könnte unsere müde gewordene Gesellschaft zu neuen Anstrengungen und Leistungen anspornen."

Trotz aller Müdigkeit, aller Beharrung und aller Interessentreiberei – die Ausgangslage für einen Neubeginn ist eigentlich besser als noch vor wenigen Jahren. Der Einsturz des kommunistischen Ostreichs, auch wenn er teuer wird für den Westen, bietet eine unverhoffte Chance. Er könnte den Beginn der Wende einleiten.

Noch weitere zehn Jahre Hochrüstung, Braunkohlenwirtschaft, Stromverschwendung und Tschernobyl-Reaktoren – wer weiß, ob sich, mit immer mehr Bitterfelds vor der Tür, in Nordeuropa dann noch atmen ließe.

Noch weitere zehn Jahre Krieg zwischen den Systemen – und in den Entwicklungsländern wäre westlicher Rat, es mit der Umwelt besser zu machen, als der Westen selber es getan hat, ohne Chance geblieben. Denn westliche Technologiehilfe ist lebenswichtig zur Entwicklung regenerativer Konzepte, nur mit ihrer Hilfe kann die Riesenbevölkerung Asiens und Lateinamerikas überleben.

Energie-Experte Bölkow
„Müde gewordene Gesellschaft"

Doch bevor teurer Rat gegeben wird, muß der Westen erst einmal selbst entscheiden, was er will. Allzu lange, mindestens aber seit dem Regierungsantritt Ronald Reagans 1981, ist verhängnisvoll geschlurt worden. Laubbäume seien Umweltverschmutzer, hatte Reagan im Wahlkampf gedröhnt. Billiges Öl sei die Rettung der Zivilisation, hatte Nachfolger George Bush, zuletzt im Golfkrieg, behauptet.

Mit billigem Öl und riesenhaften Staatsschulden hatten die beiden Wohlstand um jeden Preis produziert – und zerstört, was ihr demokratischer Vorgänger Jimmy Carter beginnen wollte: den Weg weg vom fossilen Rohstoff Öl.

Konsequent hatte Carter, ein Ingenieur, massive Sparmaßnahmen und damit auch die Verkleinerung der Automobile erzwungen.

Doch billiges Öl und billige Kernkraft wurden von Reagan und Bush erneut zum Programm erhoben. Um nicht im Wettbewerb der Fertigungskosten, bei denen Energieaufwand eine wachsende Rolle spielt, abgehängt zu werden, stoppten auch andere Industrieländer den Weg zur intelligenteren Energietechnik.

Weitere zehn Jahre ließ die Industriewelt nun Kosten-Nutzen-Rechnungen zu, die unehrlich und schädlich waren, weil sie die Umweltzerstörer begünstigten.

Öl und Gas etwa sind gegenwärtig so billig, als wären beide in unendlichen Mengen abbaubar und als verursachten sie keine Folgekosten. Künftige Knappheit wegen sinkender Vorräte, Aufschläge für die gesellschaftlichen Kosten der Verbrennung sind ebensowenig im Preis enthalten wie der Aufwand für die politische – oder, wie im Golfkrieg, auch militärische – Absicherung der Quellen.

Kernkraft gilt plötzlich wieder als Erzeugerin billigen Stroms. Doch weder ihre Entwicklung noch ihre enormen Folgekosten sind gegenwärtig im Elektrizitätspreis enthalten. Sie laufen auf die Gesellschaft zu.

Kohle, zumindest die aus Mitteleuropa, kann selbst ihre unmittelbaren Förderkosten über den Preis nicht hereinholen und wird bewußt subventioniert. Ihre zunehmenden Umweltkosten in Form von Fassadenfraß, Ruß und saurem Regen trägt die Gesellschaft.

Selbst perfekte Filtertechniken in Kraftwerksschornsteinen und in Auto-Katalysatoren halten die Umwelt nicht perfekt sauber. Müßten die Preise der fossilen Energieträger ihre Folgekosten mitdecken, Sonnen- und Windenergie könnten bereits wettbewerbsfähig sein. Wären Sonnen- und Windenergie über gleich lange Zeiten mit ähnlichem Eifer und ähnlichen Beträgen gefördert worden wie etwa die Kernkraft, würden sie längst in großem Umfang arbeiten.

Im Gesamtgeflecht der volkswirtschaftlichen Kosten ist der exzessive Ausbau der fossilen und nuklearen Anlagen zumindest seit der ersten Ölpreiskrise 1973/74 eine Fehlinvestition gewesen. Damals umzusteuern hätte Probleme erledigt, die inzwischen als nahezu unüberwindbar gelten.

Doch die Energiewirtschaft hatte damals allen Ernstes geglaubt, die umwelt-

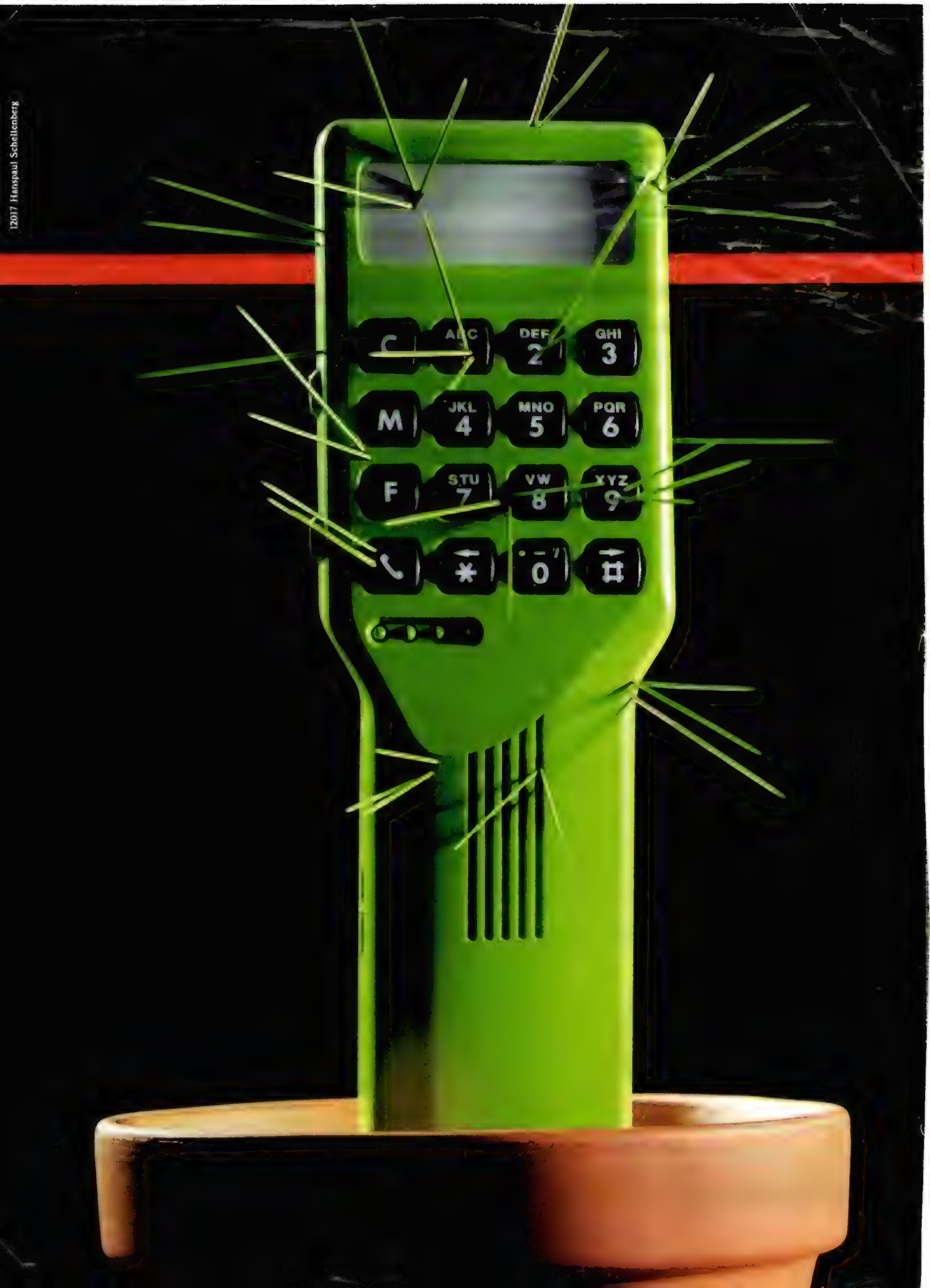
Anteile der verschiedenen Energieträger am Weltenergieverbrauch 1990, Angaben in Millionen Tonnen Öl-Äquivalent

Weltweite energiebedingte CO_2-Emissionen (in Millionen Tonnen)

OECD	10900
davon	
USA	5500
EG	3000
Japan	1000
Bundesrepublik	715
Entwicklungsländer	3800
davon	
China	1800
Indien	500
RGW-Länder	5400
davon	
GUS	3700
ehemalige DDR	370
Welt	20100

DER SPIEGEL

12017 Hanspaul Schellenberg



C oder D?

AEG Telecar CD 452: das einzige Autotelefon ohne den Stachel der falschen Entscheidung.

„Also, dann warte ich doch lieber noch," ist die typische Reaktion auf die Ankündigung des neuen D-Netzes. Es soll das heutige C-Netz ablösen und europaweit mobiles Telefonieren ermöglichen. Verständlich, wenn viele zögern, noch in ein Autotelefon (fürs C-Netz) zu investieren, wenn es morgen schon wieder veraltet ist.

Telecar CD 452, das einzige ins D-Netz umrüstbare C-Netz-Autotelefon mit 15 W Sendeleistung, Diebstahlcode, serienmäßiger Freihörsprecheinrichtung und 50 zusätzlichen Kanälen.

Mit dem Autotelefon Telecar CD 452 haben Sie dieses Problem nicht. Es ist das einzige, das sich aufs D-Netz umrüsten läßt. Sie steigen heute ins C-Netz ein und morgen aufs D-Netz um – sobald es für Ihre Anwendung flächendeckend steht. Eine einfache Umrüstung genügt, Sie brauchen kein neues Telefon zu kaufen und die Bedienung Ihres Telefones bleibt gleich. Ob C oder D kann Ihnen jetzt egal sein, mit dem Telecar CD 452 können Sie keine falsche Entscheidung treffen. **AEG. Mit Ideen mobil.**

AEG Mobile Communication GmbH
Marketing Services – SP 1792
Magirusstraße 43 · 7900 Ulm
Fax: 07 31 / 9 35 17 61

AEG

Windmühlenpark in Kalifornien: Vier Millionen Turbinen könnten den gesamten Strombedarf der USA decken

schwärzende Fossil-Technologie rasch und rechtzeitig durch eine Nuklearwirtschaft ablösen zu können. Ihre letzte Hoffnung war der Fusionsreaktor, technisch die gebändigte Wasserstoffbombe.

Zu spät erkannten selbst die Einsichtsvollen, daß die veranschlagte Zeit dafür bei weitem nicht reicht. Verschwiegen hatten die weniger Einsichtsvollen zudem, daß eine absolute Atomwelt mit Riesenreaktoren und Schnellen Brütern, aber auch mit dem Anreiz zur Energieverschwendung das Umweltproblem keineswegs lösen würde: „Selbst bei massivstem Einsatz von Kernenergie", so 1980 der Vorsitzende der Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik, Reinhard Überhorst, „könnte ein Rückgang der Öl- und Gasimporte nur dann erreicht werden, wenn entweder auf hohes Wachstum verzichtet wird oder wenn das starke Energiesparen greift."

Staudamm in Brasilien: Chance der Dritten Welt

Die rasche Einführung einer solargebundenen Energiewelt wird allerdings zunächst den Einsatz schädlicher fossiler Energien ebenfalls nicht senken. Jede Umsetzung von Sonne und Wind in brauchbare Energie bedeutet Geräte, bedeutet Materialwirtschaft, bedeutet Produktionsprozesse der üblichen Art.

An der einzigen umweltverträglichen Energie von Rang, der Wasserkraft, ist dies leicht nachvollziehbar. Eine Armada von Bulldozzern, Eisenbahnen und Zementmixern mußte erst her, um die dann so ressourcenfreundlichen Staustufen zu bauen. Neue Ansiedlungen für Menschen, die in den bei Großstauseen überfluteten Tälern gewohnt hatten, mußten gebaut werden.

Doch weil Wasser, zumindest in berechenbarem Klima, sich stets regeneriert, wurde die Bilanz rasch wieder positiv. Gegenwärtig liefern Staudämme 17 Prozent der Elektrizität in den Industrieländern und 31 Prozent in den Entwicklungsländern. Norwegen, obwohl inzwischen reich an Öl- und Gasvorkommen, produziert 98 Prozent seines Stroms mit Wasserkraft. In der Bundesrepublik sind es gerade 5 Prozent.

Experten der Welt-Energie-Konferenz schätzen, daß Wasserkraft weltweit noch auf das Fünffache ausgebaut werden kann. Theoretisch könnte sie damit den gegenwärtigen Strombedarf der Welt decken, wenn über lange Entfernungen Supraleiter-Kabel verwendet würden, bei denen der Transportverlust an Strom gering ist.

Wasserkraft ist, selbst verglichen mit den falschen Kostenrechnungen der anderen Energieträger, stets sehr preiswert gewesen. Die mit ihr hergestellte Elektrizität etwa der US-Westküstenstadt Seattle, in der so energieintensive High-Tech-Unternehmen wie der Luft- und Raumfahrt-Konzern Boeing arbeiten, kostet ein Bruchteil der in nuklearabhängigen Städten wie New York oder San Diego üblichen Kilowattstunden-Preise.

Rentabel, wenngleich meist nicht in großen Einheiten einsetzbar, wird inzwischen auch die Windenergie. Sie war nach den ersten Ölschocks während der siebziger Jahre ebenfalls von US-Präsident Jimmy Carter steuerlich begünstigt worden. Reagan ermäßigte die Förderung zwar wieder, doch immerhin entstanden

Wenn Sie sich und Ihre Familie rundherum absichern wollen – die HDI LEBENSVERSICHERUNG bietet Ihnen preisgünstige Vorsorge nach Maß.

Umfassend versichert zu sein, gibt ein beruhigendes Gefühl. Gerade in der heutigen Zeit der sozialpolitischen und persönlichen Unsicherheiten stürmen viele Fragen auf Sie ein: Was passiert mit den Renten? Wer versorgt meine Familie, wenn mir etwas passiert? Wie sorge ich für eine plötzliche Berufsunfähigkeit vor? Wie kann ich Steuern sparen? Wie und wo kann ich eine preiswerte Vorsorge treffen?

Die HDI Lebensversicherung AG bietet für jeden den notwendigen individuellen Versicherungsschutz. So können Sie die bekannten Formen der Lebensversicherung wählen oder sie mit flexiblen, zukunftsweisenden Elementen zu modernen Versicherungsformen kombinieren.

Ja, diese Besonderheiten der HDI-Tarife überzeugen mich:

- → Niedrige Beiträge
- → Sofortige Gewinnbeteiligung
- → Hohe Rückkaufswerte
- → Variable Vertragsgestaltung
- → Flexible Ablaufphase
- → Linear ansteigende Todesfallsumme
- → Risiko-Zusatzversicherung
- → Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

Bitte senden Sie mir kostenlos ausführliches Informationsmaterial zur HDI Lebensversicherung.

Name, Vorname

PLZ/Wohnort

Straße, Nr.

Telefon Geburtsdatum

HDI-Zentrale · Service-Team-Lebensversicherung · Riethorst 2
3000 Hannover 51 · Telefon (0511) 645-6640

Sp5-4/92

HDI Lebensversicherung AG

Flexible Produkte für intelligente Versorgungslösungen

Sie können aber auch
schamlos untertreiben.

Ja. Sie können sich fein raushalten aus der Reihe des Dröhnens und Röhrens. Ihnen ist wohler dabei, hin und wieder Ihren Blick über das Walnußholz am Armaturenbrett streifen zu lassen. Dabei brauchen Sie nicht erst Ihren Gasfuß bis ins Blech zu treten, um sich von der Beschleunigung sanft in die Ledersitze pressen zu lassen. Sie finden auch, daß 7,9 Sekunden von Null auf Hundert durchaus schon forsch zu nennen sind. Was Ihnen überhaupt nicht fehlt, ist die ständige Kraftanstrengung, das Fahrzeug auf der Straße zu halten. Sie finden es äußerst angenehm, in einem Grand Tourismo Coupé dahinzugleiten. Nur daß Sie nicht schon früher von den attraktiven Leasingbedingungen der Jaguar Leasing gehört haben, könnte Sie noch immer rasend machen. Deshalb sollten Sie schleunigst mit Ihrem Jaguar Partner eine Probefahrt im Jaguar XJS Coupé vereinbaren. Bei der Gelegenheit können Sie sich auch davon überzeugen, was wir unter persönlichem Service verstehen. Jaguar Info-Center Tel. 0 69 - 5 97 60 43 oder Fax 0 69 - 59 10 22.

JAGUAR

Der persönliche Service.

Windows 3.1: Jetzt das gesamte Know-how zum PC-Thema des Jahres

Das neue Windows 3.1 ist zweifellos das PC-Thema des Jahres. Und dazu hat DATA BECKER seine besten Buchautoren versammelt, was soviel bedeutet, wie: Sie erhalten sechsmal langjährige Erfahrung, sechsmal geballte Fachkompetenz und sechsmal praktisches Insider-Know-how in einem einzigen über 1.000 Seiten starken Buch.
Das große Windows-3.1-Buch finden Sie, wie übrigens alle Titel aus dem Hause DATA BECKER, im guten Buchhandel, in Computergeschäften und in den Fachabteilungen der Warenhäuser.

Bär/Bauder/Frater/Schüler/H. Tornsdorf/M. Torndorf
Das große Windows-3.1-Buch
Hardcover, 1.088 Seiten
inklusive Diskette, DM 69,-
ISBN 3-89011-257-9

Mit dem großen Windows-3.1-Buch erwartet Sie ein Band, der Maßstäbe setzen wird. Denn dieser komplett neue Titel präsentiert Ihnen das ganze Wissen zur aktuellen Windows-Version 3.1!
Dieser innovative Band macht Windows 3.1 in seiner ganzen Funktionsvielfalt durchsichtig. Ob Sie nun mit dem verbesserten Programm- bzw. Datei-Manager arbeiten, Windows unter MS-DOS 5.0 und DR DOS 6.0 einrichten oder die neuen Windows-Fonts (True-Type) gekonnt nutzen wollen: Das große Windows-3.1-Buch hilft Ihnen weiter.
Ein weiteres Highlight dieses Buch ist die mitgelieferte Diskette, die neben vielen praktischen Beispielen ein Backup- sowie ein Snapshot-Programm enthält.
Alles in allem: glänzende Aussichten für eine komfortable Windows-Zukunft!

Aus dem Inhalt:
- Programm-Installierung
- Speicherverwaltung, Programmierung
- True-Type
- Datenaustausch (DDE/OLE)
- Windows-Zubehör, Multimedia
- Multitasking, Fehleranalyse
- Windows im Netzwerk
- Backup- und Snapshot-Programm auf einer mitgelieferten Diskette

DATA BECKER GmbH

in der südkalifornischen Wüste, nahe Palm Springs, dem Wohnort von Show-Größen wie Frank Sinatra und Bob Hope, etwa 18 000 Windmühlen. Zusammen kommen sie auf eine Kapazität von 1500 Megawatt, die Leistung von zwei mittleren US-Kernkraftwerken.

Seit Beginn der achtziger Jahre sind die Entstehungskosten der Windmühlenparks durch Massenfertigung von Windmühlen und verbesserte Wartung auf ein Zehntel gesunken. Auch in Deutschland wird Windkraft billiger. Europas größter Windpark entsteht gegenwärtig im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog vor Sylt. Seine 50 Anlagen kosten 28 Millionen Mark und werden größtenteils privat finanziert.

Die Windmühlen an der Nordsee sollen 6500 Haushalte mit Strom versorgen. Seit es Bundeszuschüsse gibt und der dort tätige Stromversorger Schleswag den Überschußstrom abnehmen und vergüten muß, sind die Anträge auf den Bau von Windmühlen sprunghaft gestiegen.

Windfanatiker haben ausgerechnet, daß vier Millionen Windturbinen mit jeweils 500 Kilowatt Leistung, aufgestellt in jeweils 500 Meter Abstand im windreichsten Zehntel der US-Landfläche, den gesamten Strombedarf der USA decken könnten.

Ausgereifte Windanlagen können nach den kalifornischen Erfahrungen die Kilowattstunde inzwischen zu zehn Pfennig liefern. Acht Pfennig kostet Strom aus Amerikas modernsten Kohlekraftwerken.

Selbst wenn sämtliche Maximalrechnungen Theorie sind – Wind und Wasser zusammen wären in einem Crash-Programm durchaus in der Lage, den Strombedarf der gegenwärtigen Menschheit allein zu decken. Und Windparks aufzustellen dauert oft nur Monate, Kernkraftwerke zu bauen zehn Jahre.

Größter sauberer Stromhersteller aber könnte die Sonnenenergie sein – eine auf ewig regenerierbare Quelle. Auch mit ihr liegt der umweltbewußte – weil umweltgeschädigte – Sonnenstaat Kalifornien wieder vorn. Dort, wo die großen High-Tech-Zentren stehen, gibt es auch die größten Solaranlagen.

In der Mojave-Wüste, Trainingszentrum der US-Luft- und Raumfahrtindustrie, steht ein solarthermisches Kraftwerk mit inzwischen 355 Megawatt Leistung. Ein anderes bei Harper Lake soll demnächst mit 300 Megawatt Leistung starten. Das entspricht immerhin jeweils dem Volumen mittlerer Öl-, Kohle- und Gaskraftwerke.

Unmittelbare Solarenergie kommt gegenwärtig aus drei verschiedenen Techniken, von denen die beiden einfachsten leicht wirtschaftlich zu machen sind: Kollektoren auf den Dächern der Häuser könnten im gesamten Sonnengürtel der Welt die Heizung und Warmwasserver-

sorgung außerhalb hochstöckiger Ballungszonen übernehmen. In Israel etwa gibt es ohne Solartechnik selbst bei höheren Häusern keine Baugenehmigung mehr.

Parabolspiegel, die in Massen angeordnet gebündelte Sonnenwärme auf einen Kraftwerks-Turm senden und dort Wasser zu Dampf für herkömmliche Turbinen verwandeln, gibt es schon seit den siebziger Jahren. Sie wären in Gegenden schwacher Besiedlung und großer, sonst kaum brauchbarer Landgebiete inzwischen wettbewerbsfähig. Ihre Investitionskosten liegen vor allem wegen der kurzen Bauzeit unter denen von fossilen oder gar von Kernkraftwerken.

Als Edelform der Solartechnik gelten Fotozellen, technisch Foto-Voltaik genannt. Diese seit Jahrzehnten in der Raumfahrt gebräuchlichen Zellen werden in High-Tech-Fabriken aus dem im Überfluß vorhandenen Silicium hergestellt. Sie übersetzen Licht unmittelbar in Gleichstrom.

Ohne lange Übertragungswege können sie in jeder Größeneinheit schnell installiert werden, auf Hochhausdächern ebenso wie auf Autos und in Taschenrechnern. Da sie sogar diffuses Licht verarbeiten, sind sie selbst im oft trüben Norwegen in 40 000 Häusern installiert – ohne Subventionen.

Bei durchschnittlicher Sonneneinstrahlung reichen 40 Quadratmeter Sonnenzellen an der Südseite eines Hauses für den gesamten ungebremsten Strombedarf einer Wohlstandsfamilie. Optimisten haben ausgerechnet, daß 34 000 Quadratkilometer Solarzellen, knapp ein Dreihundertstel der Fläche der USA, den gesamten Strombedarf der Nation decken könnten.

Nach einer Berechnung Ludwig Bölkows würde die Versorgung der wolkenreichen Bundesrepublik mit Solarstrom etwa 1,3 Prozent der Landfläche benötigen – zum Teil auf sowieso vorhandenen Dächern. Dies entspreche, nachlesbar im Statistischen Jahrbuch, „dem Umfang der landwirtschaftlichen Sozialbrache" – also der nicht genutzten Anbaufläche.

Bei den Betriebskosten hat Solarenergie schnell aufgeholt. 1970 kostete die solare Kilowattstunde etwa in der US-Raumfahrt 60 Dollar. 1980 war ihr Preis durch vereinfachte Zellentechnik und größere Produktserien auf einen Dollar gesunken. 1990 lag er nur noch bei 30 Cent, fünfmal soviel wie preiswerter Strom aus Gaskraftwerken.

1991 hat die US-Technologiefirma Texas Instruments Zellen mit weiter vereinfachter Struktur entwickelt. Sie geben nicht ganz soviel Strom ab wie die bisherigen, sind dafür aber unvergleichlich billiger.

Zusammen mit der Stromgesellschaft Southern California Edison wollen die

RADIO R PA Info
Ihre private EURO-INFO-WELLE

Nachrichten alle 15 Minuten, 24 Stunden am Tag.
Über Kabel, Satellit, UKW und den digitalen Satellitenrundfunk DSR.

Nachrichten & Hintergründe aus Europa und der Welt.

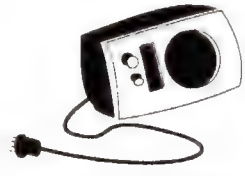
Nur wer allumfassend informiert ist, kann mitreden und mitentscheiden. RADIOROPA®-INFO einschalten heißt, rund um die Uhr auf dem laufenden zu sein. 24 Stunden am Tag erreichen uns Berichte von Korrespondenten, Sendeanstalten, sowie Nachrichtenagenturen aus aller Welt z.B.: von unserem eigenen Studio direkt aus Bonn. Besondere Schwerpunkte bei RADIOROPA®-INFO sind die 1/4-stündlichen Nachrichten, die ein Drittel der gesamten Sendezeit ausmachen, und selbstverständlich ständig aktualisiert werden.

Fordern Sie Informationsmaterial an:

_____

_____ S.

RADIOROPA®-INFO, TechnicPark, Postfach 5 49, W-5568 Daun.



CONQUEST EUROPE

Bordeaux

Texaner das neue Produkt ab 1995 in großem Stil in der umweltbelasteten Region von Los Angeles einführen. Dies würde die Stromkosten auf nur noch zehn Cent drücken. Texas Instruments könnte ein Drittel der Stromnachfrage des Gebiets von Los Angeles decken, mit 14 Millionen Menschen Amerikas zweitgrößte urbane Region.

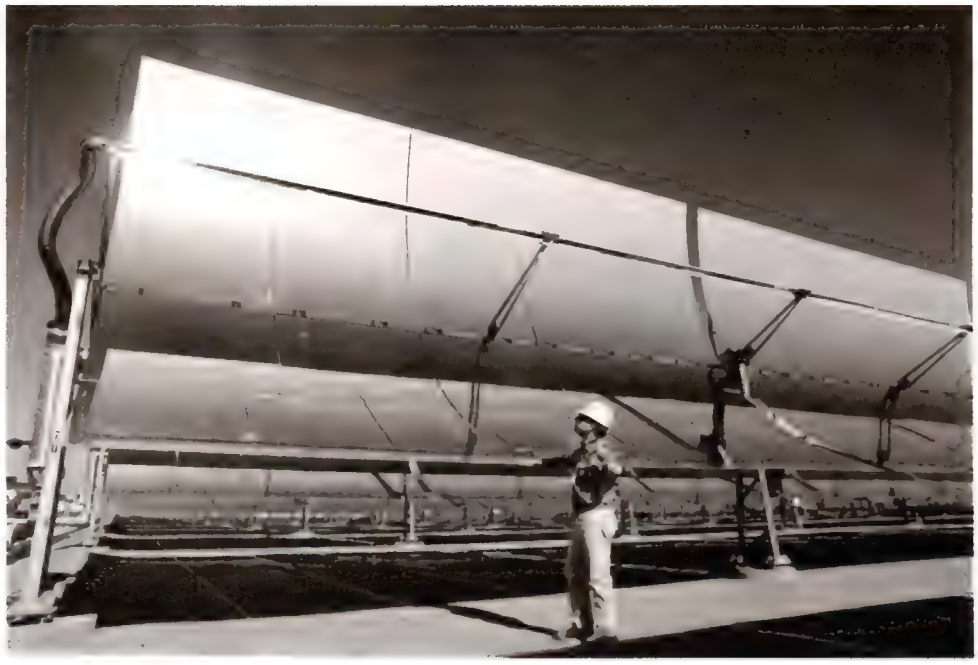
Wasser, Wind und Sonne zusammen könnten danach mit entwickelter Technologie der Welt durchaus den benötigten Strom liefern. Mit ähnlichen Förderungsbeträgen wie etwa für die Kernkraft – rund 120 Milliarden Dollar weltweit – gäbe es längst ausgereifte, effiziente und billige technische Systeme.

Das wissen sogar alte Nuklear-Propagandisten wie der einstige Schnelle-Brüter-Ideologe Wolf Häfele. Bei einem Vergleich der Entwicklungskosten von Kern- und Sonnenenergie stellte er verblüfft fest, daß die Sonnenenergie mit einem Fünftel bis einem Zehntel der Entwicklungskosten der Kernkraft auskomme.

Indes: Weder Wind- noch Sonnenenergie sind lange speicherbar. Sie müssen, im Gegensatz zu den in Kohle, Gas und Öl gespeicherten fossilen Energien, verbraucht werden, wie sie kommen. Folglich benötigen sie entweder eine ständig vorhaltbare Ersatzenergie nach herkömmlicher Art – was die Energiekosten stark erhöhen würde – oder ein zwischen Produktion und Verbrauch geschaltetes Speichermedium.

Für Ludwig Bölkow ist ein solches Medium der Wasserstoff. Dieses Element, das durch Elektrolyse vom Sauerstoff des Wassers getrennt werden kann, eignet sich nach seiner Meinung als Energiespeicher, als Energieträger für den Transport durch Rohrleitungen, als chemischer Rohstoff und als rückständefreier Brennstoff. Und Wasserstoff kann, im Gegensatz zu Sonne und Wind, auch schwere Autos und Verkehrsflugzeuge antreiben.

Auf dem Automobilsalon im amerikanischen Detroit führte BMW-Chef Eberhard von Kuenheim Anfang 1990 den staunenden Amerikanern ein Wasserstoffauto vor, das nicht anders aussah und auch keinen anderen Motor besaß als ein ganz normaler BMW der Fünfer-Reihe. Auch Mercedes-Benz hat ein Wasserstoffauto hergestellt. Airbus Industries experimentiert mit wasserstoffgetriebenen Düsen-Jets.



Solarkraftwerk in Kalifornien: Billiger als Kernkraft

Steuerungsanlage für Solarkraftwerk: Strom für Frank Sinatra

Der in unermeßlichen Mengen verfügbare Stoff gibt keine Rückstände ab. Nach der Verbrennung verbinden sich seine Reste mit Sauerstoff, und zurück bleibt wieder Wasser.

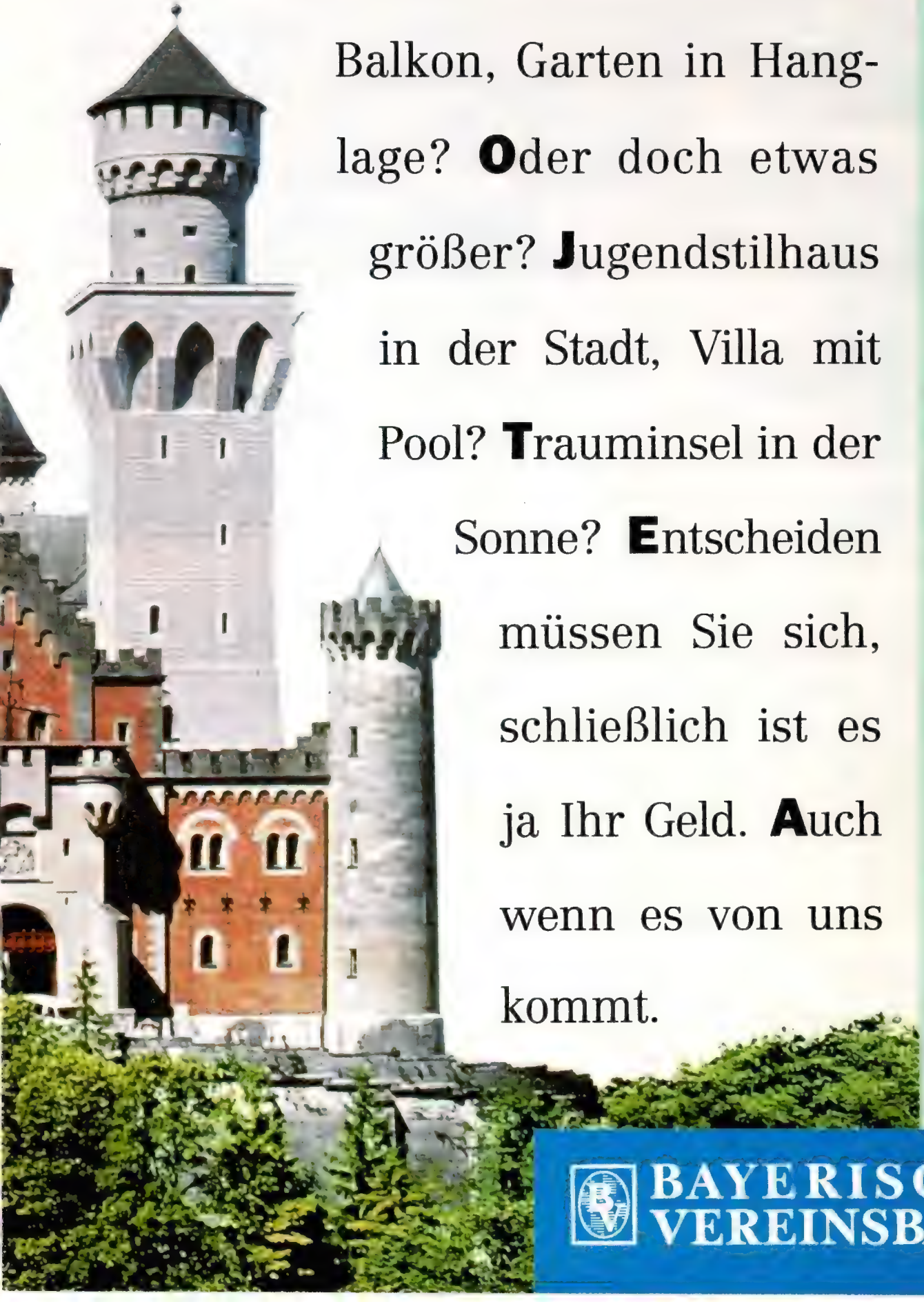
Großtechnisch allerdings ist Wasserstoff allein auf solarelektrolytischem, nuklearthermischem und biologischem Weg zu erzeugen. Der Energietransport wird nach Berechnungen von Energiewissenschaftlern erst von 400 Kilometer Entfernung an billiger als der entsprechende Stromtransport. Wasserstoffgas kann allerdings in das vorhandene Erdgasnetz eingespeist werden – eine Ideallösung?

Auch die Wasserstoffwelt kommt nicht über Nacht. Ludwig Bölkow rechnet mit mindestens 60 Jahren. In der Übergangszeit wird massiv Energie zur logistischen Einrichtung der Wasserstoffwirtschaft benötigt – und obendrein weiter massiv fossile Energie verbrannt.

Sowenig sich Autos und Flugzeuge in einer Wasserstoffwelt äußerlich auch ändern würden, innen wären sie doch ganz anders. Sie müßten druckstabile Tanks besitzen, weil Wasserstoffgas aus Raumgründen unter hohem Druck und extrem niedrigen Temperaturen verflüssigt werden muß. Auch dann noch besitzt Wasserstoff gerade ein Viertel der

TRUST

DARF'S AUCH ETWAS KLEINER SEIN?



Haus und Hof, Wohnung mit Balkon, Garten in Hanglage? **O**der doch etwas größer? **J**ugendstilhaus in der Stadt, Villa mit Pool? **T**rauminsel in der Sonne? **E**ntscheiden müssen Sie sich, schließlich ist es ja Ihr Geld. **A**uch wenn es von uns kommt.

Dazu ein Beispiel: Für ca. 1.083 DM monatlich erhalten Sie als Bauherr oder auch als Ersterwerber ein VEREINSBANK-Immobilien-Darlehen von 300.000 DM (10 Jahre Festzins, anfängl. effektiver Jahreszins 8,87 %). Neue Steuervorteile in den ersten 3 Jahren bei 90.000 DM zu versteuerndem Einkommen und 2 Kindern sind schon berücksichtigt (Stand: 5.3.92).

BAYERISCHE VEREINSBANK

Wirbelsturmschäden in Illinois (1990): Die Gleichgewichte sind dramatisch gestört

Ergiebigkeit der gleichen Mengen Benzin, Kerosin oder Dieselöl.

Um die gewaltige Zeitdifferenz von mehreren Generationen zu überbrükken, haben selbst „sanfte" Energiewissenschaftler den Teufelspakt mit dem Erdgas vorgeschlagen. Dieser reich vorhandene und am wenigsten giftige fossile Stoff soll nun bevorzugt an die Stelle von Kohle und Öl treten.

Zudem wäre, würde die solare Wasserstoffwirtschaft konsequent angesteuert, ein Pakt mit der Dritten Welt nötig: Solarthermische Wasserstoffabriken etwa für Europa könnten nur in den Wüsten Afrikas stehen. Und diese Zone ist, so Erwin Häckel, Politik-Professor in Florenz, politisch ähnlich schwierig wie vorher die kommunistische Welt.

Energiewissenschaftler sehen deshalb weiterhin schwarz, wenn nicht gleichzeitig ausgiebig gespart wird. Mit Sparen ist in der entwickelten Welt weiterhin viel zu erreichen. Ganz und gar ohne Komfortverzicht im konventionellen Sinn aber geht das nicht.

So hat sich der Wohlstandsmensch angewöhnt, bei offenen Türen und dünnen Wänden zu heizen und zu kühlen, selbst kürzere Wege mit dem Auto zurückzulegen und massenhaft elektrische Geräte, vom Kühlschrank bis zur Zahnbürste, laufen zu lassen.

Sparmöglichkeiten gibt es genug. In Ballungsgebieten kann auf öffentliche Verkehrsmittel umgestiegen werden, zwischen Wohn- und Arbeitsort oder zwischen Geschäftspartnern kann verstärkt moderne Kommunikationselektronik genutzt werden. Viel aufwendige Fahrerei würde entfallen.

Ein sozialer Konsens zum Energiesparen kann allerdings noch lange mit dem Konsumbedürfnis und der Bequemlichkeit kollidieren. Möglich wird er nur durch Überzeugung, wenn es sein muß über Steuerpolitik. Doch es kann auch geschehen, daß umweltschädliche Allüren in Kenntnis einer drohenden Katastrophe gesellschaftlich ähnlich in Acht und Bann geraten wie gegenwärtig das Rauchen in den USA.

Das alles aber ist nur der erste und billigste Schritt. Aufwendiger wird das Sparverhalten, wenn es sich aus neu installierter, also extra bezahlter Technik ergibt. Sie wiederum kann sehr erfolgreich sein. Seit die US-Regierung Mitte der siebziger Jahre den Benzinverbrauch der Personenwagen durch Dekret schrittweise herabsetzte – auch das hat Reagan wieder gebremst –, hat sich der Durchschnittsverbrauch amerikanischer Autos etwa halbiert.

Seit es Katalysatoren gibt, drücken 30 Prozent der Automobile – nämlich diejenigen, die älter als zehn Jahre alt sind – in den USA 90 Prozent der dort von Autos produzierten Schadstoffe in die Atmosphäre, die restlichen 70 Prozent nur ein Zehntel. So dramatisch kann Wandel sich auswirken, wenn zuvor Verschwendung herrschte.

Dramatische Einsparungen durch Technologie und Technik gibt es auch bei elektrischen Haushaltsgeräten. Deren Effektivität ist seit zehn Jahren um etwa das Doppelte gestiegen und wird sich mit schon vorhandenem Wissen noch einmal verdoppeln.

Im großtechnischen Format schafft die in Deutschland von den Stromkonzernen blockierte Kraft-Wärme-Kopplung – die integrierte Produktion von Strom und Heizkraft – erhebliche Sparpotentiale. Ein normales Kraftwerk verwandelt etwa ein Drittel der eingesetzten Energie in elektrischen Strom, weil ein großer Rest in Abwärme aufgeht. Ein Heizkraftwerk erreicht das Doppelte, weil es diese Abwärme auffängt und sie über Rohrleitungen als Heizkraft in die Haushalte schickt.

Heizkraftwerke können in vielen Größen gebaut werden. Lange Zeit durften sie ihren technisch bedingten leichten Stromüberschuß nicht in die von klotzigen Konzernen überwachten Verbundstromnetze einspeisen, sie wurden deshalb vorwiegend in Grenzstädten wie Saarbrücken und Flensburg ge-

baut. In Flensburg ging der Überschuß profitabel nach Dänemark. Die Spitzenmanager der deutschen Stromindustrie haben sich damit als vorsätzliche Umwelttäter entlarvt, die Konsumenten mußten diese Ignoranz teuer bezahlen. In Flensburg, das zu über 90 Prozent aus der Abwärme des E-Werks geheizt wird, kostet die Fernheizung für ein ausgewachsenes Einfamilienhaus im Winter zwischen 100 und 150 Mark monatlich. Der einzige ernst zu nehmende Schlot der 86 000-Mann-Gemeinde ist jener der Stadtwerke Flensburg.

Der durch solche Macht-Machenschaften verursachte CO_2-Ausstoß ist schon gar nicht mehr zu erfassen. Wie schnell andererseits aus scheinbarem Kleinkram Großes werden kann, hat der geistige Führer der Energiesparbewegung, der Amerikaner Amory Lovins, an einem handfesten Beispiel erläutert: Der schlichte Ersatz einer normalen 75-Watt-Birne durch eine 10 000 Stunden brennende 18-Watt-Kompakt-Leuchtstofflampe spart während dieser Brennzeit 235 Liter Kraftwerksöl – genug Kraftstoff, um mit einem Mittelklassewagen 2400 Kilometer zu fahren.

Das klingt nicht dramatisch. Aber 100 Birnen würden schon den Energiebedarf eines Autos während seiner gesamten Nutzungszeit einsparen. Die Stromgesellschaft Southern California Edison Company hat denn auch 800 000 Kompakt-Lampen an die Kundschaft verschickt. Die eingesparte Energie würde ausreichen, um damit den Spritverbrauch von 8000 Autos über deren gesamte Lebenszeit zu decken.

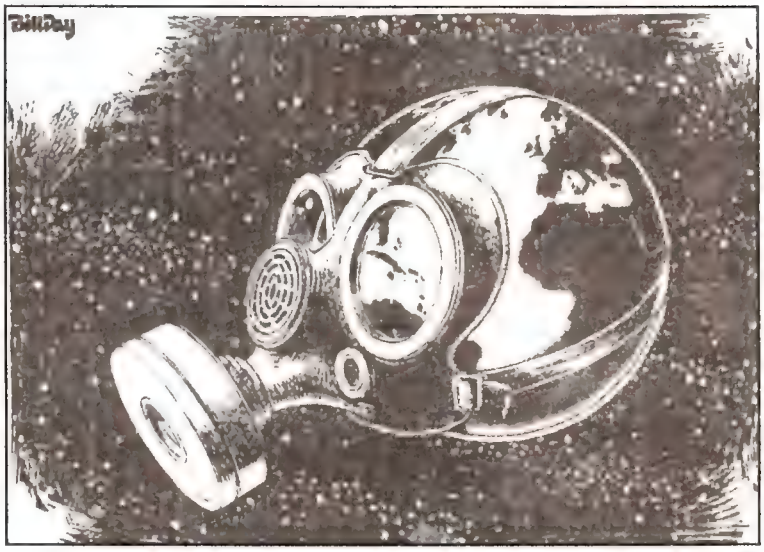
Die Taunton Municipal Lighting Plant in Massachusetts verleiht solche Lampen für 20 Cent im Monat: Der Kunde spart schnell verbrauchte Normal-Birnen und Strom, die Stromgesellschaft Millionen-Investitionen.

Lovins betreibt in den oft arktisch kalten Bergen des US-Bundesstaates Colorado ein kleines Forschungsinstitut auf 370 Quadratmeter Bürofläche. Er isolierte es und stattete es mit energiesparenden Einrichtungen so aus, daß 99 Prozent der normalen Heizungskosten entfielen und die monatliche Stromrechnung auf fünf Dollar absank. Der Wissenschaftler schwört, die vor sieben Jahren vorgenommenen Investitionen hätten sich binnen einem Jahr amortisiert.

Obwohl Mercedes-Benz und andere Fahrzeughersteller weiterhin Autos verkaufen, die 20 Liter Sprit auf 100 Kilometer verbrauchen, könnte die Autoindustrie längst Luxus-Schlitten mit 7 Liter und Normal-Autos mit 4 Liter Verbrauch an Dieselöl herstellen. Sie tut es nicht. Angeblich will es der Kunde nicht, dessen Meinung von ihrer eigenen Werbung gemacht wird.

Bei sämtlichen elektrischen und mechanischen Geräten könnte so mit längst bekannten Tricks der Verbrauch auf etwa die Hälfte gesenkt werden. Sämtliche Häuser könnten, vor allem in den USA, durch Dämmung und Primitiv-Kollektoren auf ein Drittel ihres Energieverbrauchs gebracht werden.

Ausgerechnet ein Beispiel aus dem kalten Chicago zeigt, daß große Bürohäuser durch Nutzung ihrer eigenen Maschinenabwärme geheizt und gekühlt werden können – ohne einen einzigen Liter Öl. Solarfassaden wie beim Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Aachen AG könnten sämtlichen Großbauten, auch Wolkenkratzern, ihren Energiedurst nehmen.



Detroit Free Press

Techniker, Physiker, Chemiker wissen alles, um das Desaster zu verhindern. Doch während in Rio über die CO_2-Werte gefeilscht wird, geht das Desaster unvermindert weiter, kommt das Gleichgewicht von Bevölkerungszahl, Umweltbelastung und Energieeinsatz immer mehr abhanden.

Jede Sekunde wächst die Weltbevölkerung um drei Menschen. Jeden Tag gehen über 60 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre, jeden Tag wird die Acker- und Weidefläche der Welt durch Erosion, Versalzung und Rodung um 165 Quadratkilometer kleiner. „40 Jahre hat der Kalte Krieg unsere Weltsicht geprägt", resümiert der US-Physiker Michael Oppenheimer, „in den nächsten 40 Jahren wird das Umweltproblem alles bestimmen."

Konzerne

Dauerndes Genöle

Kaum eine Branche klagt soviel wie die chemische Industrie. Und kaum eine verdient soviel.

Vorstandschef Jürgen Strube liebt nautische Bilder, die BASF vergleicht er gern mit einem Schiff in stürmischer See.

Es reiche nicht, Ballast über Bord zu werfen und auf ein gütiges Geschick zu hoffen, sagt der Chemie-Manager. Als entschlossener Seemann müsse er das Sturmsegel setzen und das Steuer noch fester in die Hand nehmen.

Weniger blumig, aber ähnlich problematisch sieht Bayer-Chef Hermann Josef Strenger die Lage. Sein Konzern sei schwierigen Verhältnissen und Belastungen ausgesetzt, die Erwartungen dagegen seien verhalten.

Es steht schlimm um die chemische Industrie, das ist die Botschaft aller Klagen. Der Gewinn der Branche sei im vergangenen Jahr um 15 Prozent gesunken, verkündet Hoechst-Chef Wolfgang Hilger. Seit Monaten zeichnen die Chemie-Manager das Szenario eines kriselnden Industriezweiges. Und die Aussichten sind trübe. „Seit Beginn des Jahres", konstatierte Strube vor kurzem, „hat sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert." Tristesse auf der ganzen Linie.

Doch zwischen Worten und Zahlen gibt es eine erstaunliche Diskrepanz. Die Jammertöne entsprechen ganz und gar nicht den vorgelegten Bilanzen. Die ergeben ein völlig anderes Bild – das einer prosperierenden Branche.

Und am lautesten klagen ausgerechnet die Chefs jener Firmen, denen es am besten geht: Bayer, BASF und Hoechst.

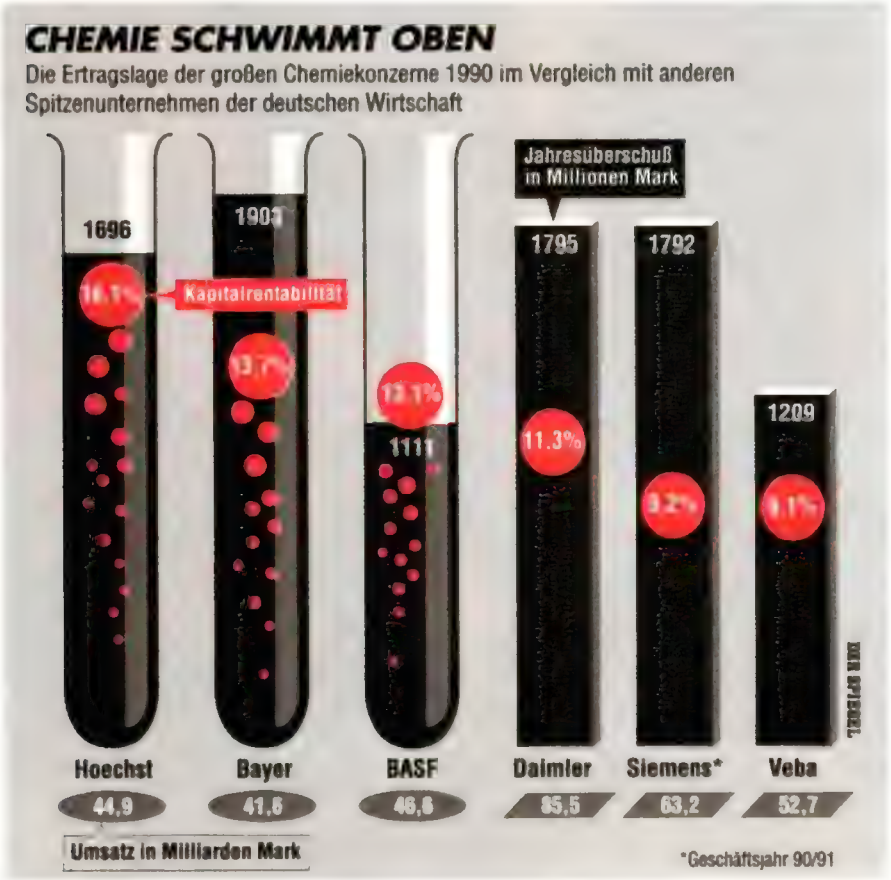
Spitzenreiter beim Geldverdienen ist Bayer. Der Konzern erwirtschaftete im vergangenen Jahr einen stolzen Gewinn von 3,2 Milliarden Mark vor Steuern. Das ist immerhin das viertbeste Ergebnis in der 128jährigen Firmengeschichte.

Die beiden Konkurrenten Hoechst und BASF liegen zwar um einiges darunter. Aber auch ihre Werte sind so gut, daß selbst größere Konzerne wie Veba

Frauen wie sie
haben mit drei
Worten schon
alles gesagt.

Bitte ein Bit

Bitburger
DRIVE
ALKOHOLFREI
Bitburger
Ein Besonderes unter den Besten



und VW in ihren besten Jahren da nicht mithalten können (siehe Grafik).

Wie gut es um die Branche bestellt ist, zeigt das Verhältnis von Gewinn zu eingesetztem Kapital, ein Gradmesser für Profitabilität. Nicht einmal der fast konkurrenzlose Strom-Konzern RWE oder der Elektro-Gigant Siemens erreichen solche Spitzenwerte.

Neiderfüllt sehen die Manager anderer Industriezweige, wie die Kollegen von der Chemie Geld scheffeln. In den letzten zehn Jahren erzielten Bayer, BASF und Hoechst zusammen einen Gewinn vor Steuern von rund 85 Milliarden Mark, allein im Rekordjahr 1989 brachte es das Trio auf über 12 Milliarden Mark.

Dennoch wird in der Chemie geklagt, als ringe die Branche seit vielen Jahren um ihre Existenz. Mit Horrorbildern warnen die Manager unermüdlich vor den verheerenden Folgen zu hoher Kosten und steigender Umweltauflagen. Kein Vergleich ist abwegig genug, um ein vermeintliches finanzielles Desaster zu beschwören.

Deutliche Anzeichen für eine „Chemie-Verhinderungspolitik" entdeckte bereits 1986 der damalige BASF-Chef Hans Albers. Die Vorstände müßten bei ihren Entscheidungen immer mehr gesetzliche Einschränkungen hinnehmen. „Ich fühle mich", ärgerte sich Albers später, „an den Klempner erinnert, der einen tropfenden Wasserhahn so repariert, daß er den Rohrbruch riskiert."

Sein Nachfolger setzt die Tradition des Zeterns fort. „Die schleichende Verschlechterung der Standortbedingungen in Deutschland", erklärte Strube, erfülle ihn mit Sorge. Die größten Gefährdungen für seinen Konzern sieht er im politischen Umfeld.

Das dauernde Genöle tat seine Wirkung. Die angepaßte Industriegewerkschaft Chemie und Bataillone von Politikern setzten sich mächtig für die Branche ein. Aus Angst, die Konzerne könnten immer mehr Produktionen ins Ausland verlagern, verhinderte die Lobby schärfere Auflagen und verwässerte so manche Vorschrift.

Ob bei der Verklappung von Dünnsäure, dem hochtoxischen Holzschutzmittel Pentachlorphenol oder dem gefährlichen PCB – stets wurden Verbote um Jahre verschleppt oder großzügige Übergangsregelungen gefunden.

Die Klagen der Konzerne haben sogar kritische Fachleute wie Ulrich Steger anfällig für die Sorgen der Chemie gemacht. „Im Kampf gegen die ozonschädigenden FCKWs", stellte der ehemalige hessische Wirtschaftsminister und jetzige VW-Vorstand fest, „wird erstmalig weltweit versucht, eine erfolgreiche Chemikalie wieder zu eliminieren."

Die *Stuttgarter Zeitung* sah die großen Konzerne schon wirtschaftlich abdriften. „Schwächeanfall schüttelt Deutschlands Chemieriesen", schrieb das Blatt über die Krise aus der Retorte.

Sorgen sind fehl am Platze. Wie wundersam sich die hypochondrische Branche von ihren eingebildeten Leiden erholen kann, zeigt das Beispiel der Pharmaindustrie. Die schien am Ende, als in Bonn Festbeträge für Arzneimittel beschlossen wurden.

„Wir steuern auf einen Zustand zu", sorgte sich beispielsweise Bayer-Chef Strenger im Mai 1990, „bei dem Pharma keinen Gewinn mehr abwirft." Die Ausgaben für die Forschung müßten drastisch reduziert werden, gegen die Konkurrenz aus den USA und Japan wäre dann nicht mehr anzukommen.

Von den Problemen bei Pharma ist keine Rede mehr. Im Gegenteil, Strenger, Strube und Hilger äußern sich über den einstigen Sorgensektor geradezu überschwenglich. Mit ihren Pillen und Pulvern, Seren und Säften verdient das Trio wie einst in den besten Jahren.

Der Sektor Arzneimittel, schwärmte Hilger Ende März, stehe bei Hoechst mit einem Zuwachs von zwölf Prozent auf der Sonnenseite. Auch der Umsatz im Inland sei, trotz Einbußen aus dem Gesundheitsreformgesetz, erfreulich angestiegen. Bei Bayer hat sich Pharma zur tragenden Säule des Konzerns entwickelt. Die Mittel für die Forschung

Chemie-Manager Hilger
Tristesse auf der ganzen Linie

Wenn sie sich verbessern ließe, hätten wir es längst getan.

Die Uhr, die Neil Armstrong
am Handgelenk trug,
als er den Mond betrat.
Der offizielle Armbandchronograph
aller Astronauten und Kosmonauten.
Omega Speedmaster Professional –
die einzige weltraumtaugliche Armbanduhr.
Swiss made since 1848.

Ω
OMEGA

The sign of excellence.

wurden kräftig aufgestockt. So schnell kann sich vieles ändern.

Auch die gewaltigen Probleme, die Strenger einst in den USA auf sich zukommen sah, sind kein Thema mehr. Sogar protektionistische Hindernisse hatte er auf dem wichtigsten Auslandsmarkt der Branche befürchtet.

Es kam wieder einmal ganz anders. Mit einem Umsatz von sechs Milliarden Dollar, verkündete Strenger, „sind wir dort das größte ausländische Chemie-Unternehmen".

Gelegentlich räumen die Chemie-Manager sogar ein, daß auch der heimische Markt nicht so schlecht ist. „Wir kennen", sagte Hilger vor kurzem, „die Qualitäten des Standortes Deutschland sehr wohl und bewerten sie sehr hoch. Wir bekennen uns zu diesem Standort."

Treuhand

Wie ein Affe

Eine All-Parteien-Koalition will die Berliner Treuhand der parlamentarischen Kontrolle unterwerfen.

Arnulf Kriedner gilt in Ostdeutschland als Mann mit Macht. Täglich erreichen den Christdemokraten Dutzende von Briefen, und viele Bittsteller besuchen ihn in seinem Büro im südthüringischen Meiningen.

„Die Erwartungen in meine Arbeit", sagt der Vorsitzende des Treuhand-Ausschusses im Bundestag, „sind gewaltig."

Der Parlamentarier kann sie nicht erfüllen. Ohnmächtig stehen Kriedner und seine zwölf Ausschußkollegen der Staatsholding Treuhand gegenüber. Die noch unter SED-Premier Hans Modrow gegründete Behörde, die heute als Anstalt öffentlichen Rechts firmiert, unterliegt keiner Kontrolle durch das Parlament. Selbst mit ihrer Informationspflicht nehmen es die Anstaltsoberen nicht sehr genau.

Über die Werftenkrise durften Kriedner und Kollegen sich in den Tageszeitungen schlau lesen. Den aktuellen Haushaltsplan der Anstalt erhielten die Abgeordneten erst drei Monate nach Inkrafttreten. „Ein übler Scherz", schimpfte Kriedner. Ausschußkollege Helmut Esters von der SPD kommt sich vor „wie ein Affe im Zoo": „Wir dürfen am Gitter rappeln, aber kommen an die heißen Sachen nicht ran."

Parteiübergreifend formiert sich der Widerstand gegen die schweigsame Staatsholding. Die Abgeordneten wollen endlich mitreden und auch mitentscheiden. „Mit nachträglichen Informationen", sagt Kriedner, „lassen wir uns nicht mehr abspeisen."

Der Haushaltsplan der Breuel-Behörde, nach monatelangem Drängen nun in geheimer Sitzung vorgelegt, hat die Abgeordneten alarmiert. Das interne Zahlenwerk offenbart ein Finanz-Fiasko, das in einigen Jahren den Bundesetat schwer belasten wird.

An dem Tag, an dem die Treuhand ihre heute noch 5800 Unternehmen verkauft oder liquidiert hat, erbt der Bund die Schulden. Die Erblast wird gewaltig sein. Die für 1992 erwarteten Privatisierungserlöse der Treuhand von 14,8 Milliarden Mark sind weit niedriger als die Ausgaben. Die werden daher in diesem Jahr zu 60 Prozent mit Krediten finanziert. Der Schuldenstand steigt bis Ende des Jahres auf 147,5 Milliarden Mark. Und mit sinkenden Verkaufserlösen in den nächsten Jahren wird die Finanzierungslücke breiter.

Zwangsläufig werden die Zinsen zum größten Etatposten. Ihr Anteil an den Treuhand-Ausgaben steigt von 40 Prozent in 1992 auf über 60 Prozent im Jahr 1994. Schon 1992 müssen zwei Drittel der 30 Milliarden Neuschulden, kaum daß sie aufgenommen sind, als Zinsen an die Banken zurückgezahlt werden.

Ausschuß-Vorsitzender Kriedner
„Wir lassen uns nicht mehr abspeisen"

Treuhand-Chefin Birgit Breuel spricht in der Öffentlichkeit immer wieder von der bald bevorstehenden Auflösung der Treuhand. In dem Haushaltsplan ihrer Behörde fanden die Abgeordneten nichts, was auf ein schnelles Ende hindeutet. Die Personalausgaben von derzeit 365 Millionen Mark sinken bis 1994 nur um 18 Prozent.

Die Treuhand-Präsidentin will die Reklame für ihre sterbende Behörde sogar noch verstärken. Im Haushalt 1992 sind für die Extra-PR 13,3 Millionen Mark reserviert.

Schiffbaubetrieb der Treuhand*: „Pervertierung der öffentlichen Finanzwirtschaft"

* Rostocker Neptun-Werft.

Das Treuhand-Defizit wird wohl noch rascher wachsen, als die Anstalt selbst prognostiziert. Denn der für die Ex-DDR geplante Entschädigungsfonds, in den auch die Treuhand Geld für enteignete Alteigentümer einzahlen muß, blieb bei der vorliegenden Budgetplanung außen vor.

Auch die Lohnsteigerungen des Jahres 1992, die automatisch für zusätzliche Verluste bei den Treuhand-Unternehmen sorgen, sind nicht berücksichtigt. „Derartige Einflüsse", heißt es lapidar im Vorwort des Zahlenwerks, „sind zur Zeit nicht quantifizierbar."

„Dieser Haushalt", schimpft der SPD-Abgeordneter Esters, „ist eine Pervertierung der öffentlichen Finanzwirtschaft." Esters und seine Ausschußkollegen fordern, die „Aushebelung des Budgetrechts" endlich zu beenden.

Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Der vom Parlament bewilligte Kreditrahmen von jährlich 25 Milliarden Mark reicht der Breuel-Behörde schon in diesem Jahr nicht mehr. Für jede Änderung der Kreditlinie aber braucht Berlin die Zustimmung des Bonner Parlaments.

Die Bundesregierung hat bereits den Entwurf für ein sogenanntes Kreditaufnahmegesetz vorgelegt. Damit soll die Treuhand bis 1994 zusätzliche Schulden in Höhe von 114 Milliarden Mark machen dürfen. Die Neuverschuldung der Berliner Behörde würde damit die Neuverschuldung des Bundes übersteigen.

Die Abgeordneten wollen die Gunst der Stunde nutzen und ihre Zustimmung an die Einführung von Kontrollrechten koppeln. „Das ist die letzte Chance", mahnt der SPD-Wirtschaftspolitiker Wolfgang Roth „hier noch den Zugriff zu bekommen."

Nach den Vorstellungen der Abgeordneten soll die Treuhand in Zukunft regelmäßig über ihre Kassenlage berichten: einmal im Monat mündlich, alle drei Monate schriftlich.

Bei jeder größeren Kreditaufnahme will der Treuhand-Ausschuß in Zukunft gefragt werden. Einen Blankoscheck wie beim letzten Kreditermächtigungsgesetz soll es diesmal nicht geben. Den Haushaltsplan 1993 wollen die Abgeordneten bereits im Herbst haben.

Schon auf seiner nächsten Sitzung wird der Auschuß seine Wünsche formulieren. Die geforderten Ergänzungen des Kreditgesetzes sollen noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Erstmals würde so die Treuhand vom Parlament kontrolliert.

Parlamentsneuling Kriedner hofft, die Erwartungen der Ostbürger dann endlich erfüllen zu können. Vorsorglich beantragte er bei der Bundestagsverwaltung das, was in Bonn einen Mann mit Macht auszeichnet – zusätzliche Mitarbeiter.

Klare Sache, klarer Kopf.

Thomapyrin C Schmerztabletten helfen bei leichten und auch bei mittelstarken Kopfschmerzen. Die bewährten und niedrig dosierten Wirkstoffe der Brausetablette gelangen vollkommen gelöst in den Magen und sorgen so für schnelle, zuverlässige Schmerzbefreiung. Der hohe Vitamin-C-Anteil stärkt die körpereigenen Abwehrkräfte.

Die Kombination dieser Substanzen macht Thomapyrin C zu einem hochwirksamen und zugleich gut verträglichen Präparat. Ihr Apotheker gibt Ihnen gerne weitere Informationen.

Thomapyrin C Brausetabletten

Sprudelnd gegen Kopfschmerzen.

Mit viel Vitamin C

Thomapyrin C Schmerztabletten bei leichten bis mittelstarken Schmerzen, z. B. Kopfschmerzen, Zahn- und Regelschmerzen; Fieber, auch bei Erkältungskrankheiten; Entzündungen. Bei Kindern und Jugendlichen mit fieberhaften Erkrankungen wegen des möglichen Auftretens eines Reye-Syndroms nur auf ärztliche Anweisung und nur dann anwenden, wenn andere Maßnahmen nicht wirken. Thomapyrin C Schmerztabletten sollen längere Zeit oder in höheren Dosen nicht ohne Befragen des Arztes angewendet werden. Nicht anwenden bei Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren und krankhaft erhöhter Blutungsneigung, z. B. auch nach Operationen und Zähneziehen, und schweren Nierenfunktionsstörungen. Das Präparat sollte nur nach Befragen des Arztes angewendet werden bei gleichzeitiger Therapie mit gerinnungshemmenden Arzneimitteln (z. B. Cumarinderivate, Heparin), bei Glucose-6-Phosphatdehydrogenase-Mangel, bei Asthmatikern oder bei bekannter Überempfindlichkeit gegen Salicylate, Paracetamol und andere Entzündungshemmer/Antirheumatika oder andere allergene Stoffe, die sich z. B. in Asthmaanfällen oder Hautreaktionen äußern können, bei chronischen oder wiederkehrenden Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwüren, bei vorgeschädigter Niere und Leber, in der Schwangerschaft, insbesondere in den letzten 3 Monaten vor dem errechneten Geburtstermin. Nebenwirkungen: Magenbeschwerden, Magen-Darm-Blutverluste, Überempfindlichkeitsreaktionen, reversibler Anstieg der Leberwerte bei hochdosierter Dauertherapie, sehr selten Verminderung der Blutplättchen, weißen Blutkörperchen, Blutzellen; vermehrte Harnausscheidung bei höheren Dosen.

Thomae

Dr. Karl Thomae GmbH, Biberach an der Riss.

Treffen der Überlebenden

Louise Kink Pope aus Milwaukee faßte den Grund für ihre Berühmtheit in einem trockenen Satz zusammen: „Ich war zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort." Die Zeit: 15. April 1912, kurz nach Mitternacht. Der Ort: das Deck der sinkenden „Titanic". 80 Jahre nachdem der von Fachleuten als „unsinkbar" bezeichnete Luxusdampfer bei seiner Jungfernfahrt auf einen Eisberg aufgelaufen war und über 1500 Menschen in die eisigen Tiefen des Nordatlantiks zog, trafen sich Überlebende der Katastrophe zu einer Wiedersehensfeier in Boston. Von den damals geretteten rund 700 Passagieren leben heute noch 16. Eva Hart, 87, die aus England angereist war, erinnerte sich, wie sie von ihrem Vater in eine Decke gewickelt und an Deck getragen wurde und wie sein Gesicht in der Dunkelheit verschwand, als das Rettungsboot ablegte. Der Untergang der Titanic bedeutete für Eileen Schefer, 91, das Ende einer Epoche. „Es war eine Zeit der Erwartung – dann kam die Titanic-Katastrophe, dann der Weltkrieg, und die Erde war nie mehr sicher." Eileen Schefer hat gleichwohl keine traumatischen Erinnerungen an den mit Turnhallen, türkischen Bädern und französischen Promenaden-Cafés ausgestatteten Luxusliner – sie war im französischen Cherbourg von Bord gegangen, dem vorletzten Hafen, bevor die Titanic zu ihrer letzten Fahrt ablegte.

Titanic-Untergang

Überlebende Eva Hart

Schotten verschaukelt

Die Schotten sind über die politischen Folgen des Wahlsiegs der Konservativen derart aufgebracht, daß bereits in Kürze mit Bürgeraktionen gegen die Londoner Regierung oder gar mit „einer Explosion" gerechnet werden muß – so der

Iran: Hoffnung auf bessere Zeiten

„Die Würfel sind gefallen, aus unserer Heimat kann wieder etwas werden", jubelte in der Woche vor Ostern der iranische Textilhändler Ali Maktabi in Beirut. Maktabi, der wie Hunderttausende seiner Landsleute 1979, nach dem Schah-Sturz und der Machtübernahme der Mullahs, geflüchtet war und seither in der libanesischen Hauptstadt im Exil lebt, will die Koffer packen.

„Ich habe für die ganze Familie einen Flug nach Teheran gebucht", sagte der Geschäftsmann. „Anfang Mai sind wir wieder zu Hause." Viele Exil-Iraner glauben seit dem Wahlsieg von Staatspräsident Ali Akbar Rafsandschani, 57, und der bitteren Niederlage der radikalen Fraktion bei der Neuwahl des Teheraner Parlaments Madschlis wieder an bessere Zeiten.

Rafsandschani, vor seiner Politikerkarriere erfolgreicher Geschäftsmann, verkörpert für viele Perser nach 13 Jahren Diktatur der radikalen Zeloten die letzte Hoffnung auf einen Neuanfang vor allem in der Wirtschaft. Denn der Iran steckt, nicht zuletzt wegen der enormen Kosten des achtjährigen Golfkriegs gegen den Irak, aber auch wegen Unfähigkeit der frommen Herrscherelite, in einer lähmenden ökonomischen Krise. Mit behutsamer Öffnung zum lange verteufelten Westen will Rafsandschani Investoren in den Iran locken.

Die Wahlen – „die freiesten, die das Land in diesem Jahrhundert erlebt hat", so ein Sprecher der Deutschen Botschaft – bescherten den bisher tonangebenden Hardlinern, die eine religiös verbrämte Schreckensherrschaft errichtet hatten, ein Debakel. Künftig werden die Betonköpfe den Reformkurs des Staatspräsidenten wohl kaum mehr blockieren können. Sie vermochten sich gerade noch ein Fünftel aller Mandate zu sichern.

In Teheran, Hochburg der „Unerbittlichen", wie sich die fundamentalistischen Schüler ihres verstorbenen Ziehvaters

Verlierer Mohtaschemi, Gewinner Rafsandschani

Demonstration in Glasgow

Ajatollah Ruhollah Chomeini nennen, hatten sie die Wähler am schmählichsten im Stich gelassen. „Freie Wahlen nach amerikanischem Schnittmuster taugen eben nicht für gläubige Moslems", war alles, was dem Radikalen-Chef, Ex-Innenminister Ali Akbar Mohtaschemi, zu dem unerwartet schlechten Abschneiden seiner Mitstreiter einfiel.

Mit der satten Parlamentsmehrheit ausgestattet, wird Rafsandschani wohl als erste Maßnahme den bislang kraß überteuerten Rijal abwerten.

Der Präsident kann nun die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds um Milliardenkredite angehen, ohne ein Veto der religiösen Kamarilla befürchten zu müssen. Denn um seinen Fünfjahresplan überhaupt finanzieren zu können, braucht Rafsandschani 27 Milliarden Dollar aus dem Ausland. Nur so kann er hoffen, seine Wahlkampfversprechen – rasche Stabilität, feste Preise und neue Arbeitsplätze – einzulösen.

Daß es den pragmatischen Wahlsiegern ernst ist, radikalen Ballast rasch abzuwerfen, bekundete bereits das iranische Fernsehen: Zwei Tage nach der Wahl untersagte der Fernsehdirektor die Ausstrahlung eines Dokumentarstreifens. Thema: „Die Rechtfertigung des Todesurteils gegen Salman Rushdie" – den Autor des verfemten Buchs „Satanische Verse".

schottische Labour-Abgeordnete William McKelvey. Einer nur Stunden nach Bekanntgabe des Wahlresultats spontan gebildeten Organisation „Scotland United" strömten mittlerweile massenhaft Anhänger aus den unterschiedlichsten Lagern zu – Separatisten der „Scottish National Party"(SNP) ebenso wie Gewerkschafter, Liberaldemokraten, Priester und 9 der 49 Labour-Abgeordneten des neuen Londoner Unterhauses (Schottland entsendet 72 Volksvertreter). Die Nord-Briten fühlen sich vom Mehrheitswahlrecht über das gewohnte Maß hinaus verschaukelt: Denn fast 75 Prozent der schottischen Wähler entschieden sich für jene Parteien, die für Schottland ein eigenes Parlament, Selbstverwaltung oder gar eine Abtrennung von England versprachen.

Die autonomiefeindlichen Tories kamen hingegen nur auf 25,7 Prozent. Trotzdem erklärte der von Premier John Major in seinem Amt bestätigte Londoner Schottland-Minister Ian Lang arrogant die Selbstverwaltungs-Frage für abgehakt: „Schottland hat Nein gesagt zum Nationalismus." Der Edinburger Labour-Chef Donald Dewar ist anderer Ansicht: Die Konservativen hätten „kein Mandat mehr, Schottland zu regieren". Was das Mehrheitswahlrecht aus dem schottischen Votum machte, ist für den Londoner *Independent* schlicht ein „Monument des Irrsinns": Die Nationalisten verbesserten sich im Vergleich zur Wahl von 1987 zwar um 7,5 Prozentpunkte auf 21,5 Prozent, halten aber trotzdem nur noch drei ihrer fünf Unterhaussitze. Die Liberaldemokraten sackten demgegenüber um 6,1 Punkte auf 13,1 Prozent ab, erhielten aber neun Sitze. „Scotland United" bereitet nun mit Hochdruck eine „patriotische Front gegen die Tories" schon für den 7. Mai vor – dann sollen die 53 Kreis-Parlamente neu gewählt werden.

SNP-Führer Alex Salmond sieht sich durch den wachsenden Groll seiner Landsleute über die Londoner Regierenden im Aufwind: Seine zwei Jahre alte Forderung nach einem Referendum über eine schottische Verfassung finde „nach dem Sieg der englischen Tories mehr Zuspruch denn je".

Wir nehmen uns viel Zeit für Ihre Ideen und Konzepte.

Weil unsere Entscheidungswege kurz und flexibel sind.

Kunden mit eigenen Ideen sind uns stets willkommen. „Unmögliches" fordert uns geradezu heraus. Mit Ihnen gemeinsam schaffen wir eine solide Basis, um Ihre Projekte zu verwirklichen. Und die Vorteile kurzer Entscheidungswege einer übersichtlichen Privatbank werden nicht nur Ihre Phantasie, sondern auch Ihren Unternehmungsgeist beflügeln. Lassen Sie Ihrer Creativität freien Lauf, und rufen Sie uns an.

KB

KREDIETBANK-BANKVEREIN AG

DIE BANK FÜR IHREN ERFOLG

Bremen · Düsseldorf · Frankfurt/Main · Berlin
Hauptsitz Bremen, Wachtstraße 16,
Tel. 0421-36841
Niederlassung Düsseldorf, Bahnstraße 17,
Tel. 0211-130750
Niederlassung Frankfurt, Mendelssohnstraße 75–77,
Tel. 069-7561930
Niederlassung Berlin, Storkower Straße 97,
Tel. 00372-42201215

EG: Reformen oder Kollaps?

Auf einen „politischen Schock" möchte Jacques Delors, Präsident der Brüsseler EG-Kommission, die Mitgliedstaaten vorbereiten. Mehr als 20 neue Mitglieder könnten die Gemeinschaft zum Dinosaurier aufblähen. Nur „radikale Reformen", so ein vertrauliches Papier der Kommission, bewahren sie vor einem Kollaps.

Historische Zeiten sind angesagt. Nach dem Gipfel von Maastricht, auf dem der Vertrag zur „Europäischen Union" mit einer gemeinsamen Währungs- und Außenpolitik verabschiedet wurde, steht die Gemeinschaft, so der Kommissionspräsident Jacques Delors, schon wieder vor einer „geschichtlichen Herausforderung": Beim Juni-Gipfel in Lissabon wollen die Zwölf über die Erweiterung der EG auf wahrscheinlich 18 und später womöglich 35 Mitgliedstaaten beraten. Für diese Debatte soll die Kommission Empfehlungen vorlegen, welche Länder zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen der Gemeinschaft beitreten dürfen.

EG-Kommissionspräsident Delors: „Geschichtliche Herausforderung"

Bei der Lektüre dieses Konzepts, kündigte Delors an, müßten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen „politischen, intellektuellen und institutionellen Schock vorbereiten". Denn eine Erweiterung der EG sei nur mit einer Runderneuerung der europäischen Institutionen möglich.

Ganz im Sinne ihres Präsidenten argumentieren die Autoren der „Studiengruppe Erweiterung" in einem Vorentwurf zu dem Lissabonner Strategiepapier: „Radikale Reformen" seien erforderlich, um die ursprünglich für nur sechs Mitglieder konzipierte Gemeinschaft dann noch arbeits- und entscheidungsfähig zu erhalten.

So müssen sich die EG-Europäer darüber klarwerden, wo sie die künftigen Grenzen der Gemeinschaft ziehen wollen. Sollen sie an der Ostgrenze Polens, Estlands oder gar der Ukraine enden? Soll die Türkei als einziger islamischer Staat dazugehören?

Heiß umstritten ist unter den Zwölf schon heute, wann die ersten ost- und mitteleuropäischen Staaten in die Gemeinschaft aufgenommen werden können. Franzosen und Spanier möchten den Beitritt der ehemals kommunistischen Länder weit hinauszögern. Paris fürchtet eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse, weil durch die Ausdehnung nach Osten die Bundesrepublik mehr ins Zentrum der EG rücken würde. Und die Spanier wollen die Milliarden aus dem Strukturfonds nicht mit den armen Neuankömmlingen teilen.

Dem deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher kann es wiederum nicht schnell genug gehen. Er will die jungen Demokratien durch zügige Aufnahme in den EG-Klub politisch stabilisieren. Schließlich wurden in den achtziger Jahren die Griechen, Spanier und Portugiesen für die Ablösung ihrer Rechtsdiktaturen auch mit der Aufnahme in die Gemeinschaft belohnt.

Die Briten plädieren für eine großzügige Erweiterung. Sie hoffen, ein ra-

Moslems in der Türkei

Katholiken in Polen

Bauern in Albanien

Schweizer bei der Stimmabgabe

Multikulturelle Vielfalt in Europa: Wo sollen die Grenzen der künftigen Gemeinschaft liegen?

sches Anwachsen der Wirtschaftsgemeinschaft werde die politische Integration und den Kompetenztransfer nach Brüssel stoppen können.

Genau diese Entwicklung – Erweiterung statt Vertiefung – befürchtet Kommissionspräsident Delors. Wenn die Gemeinschaft es versäume, Kommission, Ministerrat und Europaparlament mit mehr Kompetenzen auszustatten, könnte die Europäische Union an ihrer Größe zugrunde gehen. Die EG zerfiele dann in regionale Interessenkoalitionen und Zweckbündnisse.

Kein Land, so Delors, dürfe sich aus der in Maastricht beschlossenen Politischen Union einzelne Vertragsbedingungen „à la carte herauspicken". Das Ziel beispielsweise einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik müsse auch von den neutralen Österreichern und Schweden mitgetragen werden.

„Eine größere Gemeinschaft", heißt es denn auch in dem Entwurf für das Kommissionspapier, „muß eine stärkere Gemeinschaft sein." Als einziger „realistischer Weg" biete sich für das künftige Europa die föderale Struktur an.

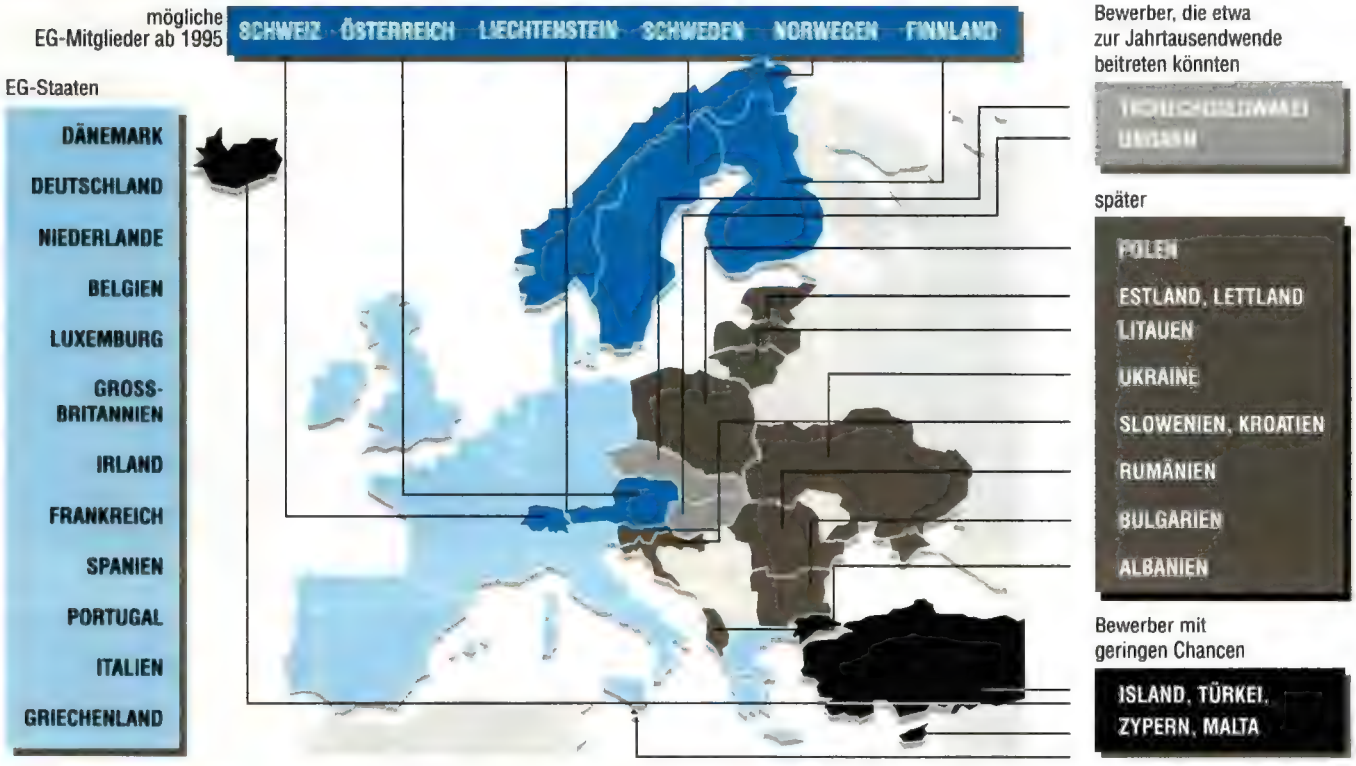
Doch das ist leichter aufgeschrieben als getan. Bislang hat Delors die Zweifel nicht zerstreuen können, ob es überhaupt möglich ist, die EG zugleich zu vertiefen und zu erweitern, ob mit dem institutionellen Rahmen der Sechser-Gemeinschaft am Ende auch 20 und noch mehr Staaten regiert werden können.

Die Staats- und Regierungschefs schreckten im vergangenen Jahr davor zurück, mit dem Vertrag von Maastricht die Basis für ein auch demokratisch legitimiertes, bundesstaatliches Europa zu beschließen. Nur weil der Andrang nun so groß ist, werden sie zu weiterem Kompetenzverzicht kaum bereit sein.

Allein die Maastrichter Beschlüsse umzusetzen stellt einige Länder schon jetzt vor Probleme. So kann Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand nur nach einer Verfassungsänderung nationale Souveränitätsrechte an Brüssel abtreten. Dazu braucht er eine Dreifünftel-Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Bekommt er die nicht, will sich der Euro-Senior in einem Referendum an sein Volk wenden.

Welche Probleme das Thema Erweiterung aufwirft, wird offensichtlich, wenn

EG – AUF DEM WEG ZUM DINOSAURIER



die Autoren des Strategiepapiers nur einige der kulturellen, politischen oder geographischen Unterschiede eines künftigen Groß-Europa aufzeigen. Zu den gegenwärtig rund 20 neuen Mitgliedern*, mit denen die Kommission rechnet, zählen die reiche Schweiz mit einer jahrhundertealten demokratischen Tradition und das Armenhaus Albanien, das sich gerade von der kommunistischen Herrschaft befreit hat.

In die EG streben die islamische Türkei, die 1987 bereits ihren Beitrittsantrag abgegeben hat, und das innig-katholische Polen. Die skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland wollen ebenso wie die jugoslawischen Nachfolgestaaten dabeisein. Die riesige Ukraine könnte dereinst genauso dazugehören wollen wie der winzige Inselstaat Malta, der sich 1990 beworben hat.

Kein Wunder, daß angesichts dieser multikulturellen Perspektive in der Brüsseler Kommission vorerst nur Einigkeit darüber besteht, daß von 1995 an die politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Länder der Europäischen Freihandelszone willkommen sind. Die Efta-Staaten mit ihrem hohen Pro-Kopf-Einkommen würden automatisch zu Nettozahlern der Gemeinschaft.

Gegenwärtig ist die Bundesrepublik der Hauptfinanzier: In den Etat 1992 zahlt sie 18,5 Milliarden Mark mehr ein, als sie aus den Brüsseler Kassen erhält. Nur noch Großbritannien, Frankreich und die Niederlande stehen ebenfalls im Minus, wenngleich weit geringer.

Alle anderen acht Mitgliedstaaten zählen zu den Nettoempfängern, darunter so wohlhabende Länder wie Dänemark und Belgien. Mit acht Milliarden Mark erhält Griechenland 1992 den größten Rückfluß aus Mitteln der Gemeinschaft, gefolgt von Spanien mit 5,95 Milliarden Mark. Betuchte Efta-Bewerber sind also willkommen.

Ökonomische Hindernisse sehen die Eurokraten allein bei den Isländern. Sie sind in ihrem Export zu 80 Prozent von der Fischerei abhängig und müßten sich bei einem Beitritt den EG-Fangquoten unterwerfen. Für die Schweizer könnte sich ihre direkte Demokratie der Volksabstimmungen als Hemmschuh erweisen.

Auch wenn EG-Kommissar Martin Bangemann gelegentlich tönt, ohne die Türken sei für ihn eine Europäische Gemeinschaft „undenkbar", werden Ankara so gut wie keine Beitrittschancen eingeräumt. Zu groß sei das demokratische Defizit, zu zahlreich die Menschenrechtsverletzungen im Lande, zu fremd die islamische Kultur in einem christlich geprägten Europa. Überdies müßten 18 Milliarden Mark netto jährlich an den dann ärmsten Mitgliedstaat aus den EG-Kassen fließen.

Zwar hat auch Zypern 1990 ein Aufnahmegesuch in Brüssel eingereicht. Aber die Teilung der Insel zwischen Griechen und Türken gilt in Brüssel als „unüberwindliches Hindernis".

Tschechoslowaken und Ungarn, die relativ zügig ihre zentral gelenkte Staatswirtschaft privatisieren, werden gute Aussichten attestiert, im zweiten Beitrittszug um die Jahrtausendwende dabeizusein. Polen, das sich mit der Umstrukturierung der Wirtschaft schwerer tut und sich bei den Verhandlungen über den Assoziierungsvertrag als „schwieriger Partner" erwies, werde wahrscheinlich erst mit einer zeitlichen Verzögerung beitreten können.

Antiquierte Industriestrukturen und großflächige Umweltzerstörung machen diese Staaten beinahe automatisch zu Großabnehmern aus Struktur- und Kohäsionsfonds. Mit schätzungsweise 22 Milliarden Mark jährlich müssen dann die wohlhabenden Partner die EG-Neulinge alimentieren.

Als alternative Strategie schlägt die Arbeitsgruppe der Kommission vor, den Ost- und Mitteleuropäern einen exakten Beitrittstermin und klare ökonomische Kriterien vorzugeben. Dann wären die Politiker dieser Staaten gezwungen, die für die Bevölkerung schmerzhaften Reformen auch wirklich voranzubringen.

Schon die Beitritte der kleinen Efta-Länder sind für die Kommissionsstrategen nur akzeptabel, wenn die Entscheidungs- und Verwaltungsabläufe in der Gemeinschaft transparenter, demokratischer und effizienter gestaltet werden. Die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zu solch einer Reform stufen sie allerdings gering ein. Es gebe eine „starke Tendenz, sich durchzumogeln" und allenfalls „minimale Korrekturen" vorzunehmen.

* Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Finnland, Schweden, Island, Norwegen, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Litauen, Estland, Lettland, Ukraine, Türkei, Malta, Zypern, Slowenien, Kroatien und weitere jugoslawische Nachfolgestaaten.

Notwendig aber wäre eine Verstärkung der supranationalen Strukturen, wie sie Delors bereits vor dem Gipfel in Maastricht angemahnt hat: Danach wählen die Mitgliedstaaten einen europäischen Präsidenten, der zunächst vom Parlament bestätigt wird und dann seine Kabinettsliste zusammenstellt. Diese Unionsregierung schlägt Maßnahmen und Gesetze für die der Gemeinschaft übertragenen Politikbereiche vor, über die vom Ministerrat und vom Parlament entschieden würde.

Zukunftsmusik. Stets – so geschehen auch in Maastricht – haben konträre Interessen und nationaler Eigenwille den europäischen Fortschritt blockiert. Während heute die großen Mitgliedstaaten zwei Kommissare und die kleinen einen nach Brüssel schicken, könnten in einer größeren Gemeinschaft, so das Strategiepapier, einige Länder keinen Vertreter mehr in die Führungsetage der Kommission entsenden; sonst wäre das Gremium nicht mehr arbeitsfähig.

Um Marathonsitzungen zu vermeiden, müßten die Minister im Rat hinfort auf jenes liebgewordene Ritual verzichten, das jeder Delegation am Verhandlungstisch eine zehnminütige Erklärung zugesteht. Und statt der bislang alphabetisch rotierenden Präsidentschaft des Rates, die auch dem kleinsten Mitgliedstaat die Möglichkeit zu pompöser Präsentation bietet, müßte etwa eine Troika von einem großen Land und zwei kleineren Staaten den Vorsitz übernehmen. Der sollte dann freilich 18 Monate statt wie bisher 6 dauern.

Auch müßte die Gemeinschaft einen Passus der Römischen Verträge ändern, der jedem Mitglied das Recht zusichert, daß seine Sprache als Amtssprache der Gemeinschaft gilt. Schon heute verlangen die neun EG-Idiome, daß in den Ratssitzungen 27 Dolmetscher in den Kabinen die 72 möglichen Sprachkombinationen übersetzen.

Sollten etwa Finnen, Schweden, Norweger und Isländer in Brüssel auch in ihrer Muttersprache reden wollen, erhöhte sich die Zahl der Übersetzungsmöglichkeiten auf 156. Dann müßten 42 Dolmetscher stets präsent sein. Dieses System, prophezeien die Autoren, werde in einer größeren Gemeinschaft 20 Prozent des Haushalts verschlingen.

Angesichts dieser Kosten und des drohenden Sprachengenwirrs raten sie zu mehr „Pragmatismus". Auf höchstens sechs Sprachen solle sich die EG beschränken. Eine Empfehlung, welche Mitgliedstaaten künftig Verzicht üben sollten, haben sie vorsorglich vermieden.

Libyen

Nur vor Allah

Wie lange kann Revolutionsführer Muammar el-Gaddafi dem Uno-Boykott trotzen?

In der Stunde der Not wandte sich Libyens Staatsführer Muammar el-Gaddafi an einen Kollegen, den er noch vor einem guten Jahr, auf dem Höhepunkt der Golfkrise, verketzert hatte. Das militärische Abenteuer dieses „Unmenschen" habe der „heiligen islamischen Sache großen Schaden zugefügt". Nun plötzlich bot Gaddafi seinem „Bruder" Saddam Hussein „Zusammenarbeit und Unterstützung" an, denn beide Völker seien Opfer des „Kreuzzuges des Westens" gegen den „arabischen Osten". Der Libyer in einem Brief an den irakischen Despoten: „Von Ihren Erfahrungen können wir viel lernen."

Dieser Satz brachte vor allem die rund 10 000 Westler, die derzeit noch in Libyen leben, in Aufregung. Sie erinnerten sich an Saddams kaltblütige Geiselnahme Tausender Ausländer vor Beginn des Golfkrieges. Das monatelange Massenkidnapping war Saddams Reaktion auf Uno-Sanktionsbeschlüsse gegen sein Land.

Seit vergangenen Mittwoch ein vom Uno-Sicherheitsrat beschlossenes Militär- und Luftfahrtembargo gegen Libyen in Kraft getreten ist, fragen sich westliche Regierungen, wie der unberechenbare Beduine auf den weltweiten Druck reagieren wird.

Wagt es Gaddafi, Geiseln zu nehmen – und damit vermutlich einen militärischen Schlag zu riskieren? Oder zeigt sich der Revolutionsführer kompromißbereit, weil die traumatischen Erfahrungen jenes nächtlichen Bombenangriffs der US-Luftwaffe im April 1986, bei dem Gaddafi nur mit Glück überlebte, ihn abschrecken?

Das Uno-Embargo, auf massiven Druck der USA, Frankreichs und Großbritanniens zustande gekommen, war die Folge von Gaddafis Weigerung, zwei Landsleute auszuliefern und vier weitere richterlich vernehmen zu lassen. Sie stehen im Verdacht, an den Anschlägen auf den Pan-Am-Jumbo im Dezember 1988 (270 Tote) und eine französische UTA-Maschine über Niger im September 1989 (170 Tote) beteiligt gewesen zu sein.

Gaddafi schien vergangene Woche entschlossen, dem internationalen Druck zu widerstehen. „Wir werden uns vor niemandem beugen, nur vor Allah", verkündete die libysche Vertretung in der ägyptischen Hauptstadt Kairo.

Libyen bereitet sich offensichtlich auf eine längere Isolation vor: Diskret haben in den vergangenen Wochen Gaddafis Emissäre Kapitaleinlagen von rund drei Milliarden Dollar aus Europa abgezogen und auf arabische Länder verteilt. Eingelagerte Medikamente, Lebensmittel und Ersatzteile reichen nach westlichen Schätzungen für knapp ein Jahr aus.

Ahmed Gaddaf el-Dam, Cousin des Revolutionsführers und Leiter seiner Kairoer Vertretung: „Unser Land ist für alle Eventualitäten gewappnet. Wir bauen auf die Solidarität der arabischen und islamischen Länder und die Staaten der Dritten Welt."

Staatsführer Gaddafi, Ehefrau: „Kreuzzug des Westens"

„Hier bestimmt nur einer – der Berg“

SPIEGEL-Redakteurin Valeska von Roques über Europas aktivsten Vulkan

Am Palmsonntag rückt das Unheil fast lautlos näher. Ein sanftes Klirren der eben erkalteten Lavabrocken begleitet, beinahe wohltönend, den Weg des rauchenden Lavastroms ins Tal. Die ersten Häuser von Zafferana sind an diesem regnerischen Frühlingsmorgen nur noch ein paar hundert Meter von ihm entfernt.

Da, wo der Druck des gewaltigen Schlackenstroms, der sich stetig voranschiebt, einen hastig errichteten, 15 Meter hohen Erdwall durchbrach, ergießt sich ein zäher Feuerbrei auf eine bukolische Landschaft aus Weingärten und Obstplantagen.

In Berührung mit der kühlen Luft bildet sich augenblicklich ein Schorf auf der glühenden Lava. Die Kruste verwirft sich zu Falten, die umgehend erstarren und auseinanderbrechen: Geologische Abläufe von Jahrmillionen, welche das Gesicht der Erde prägten, sind hier en miniature und zeitgerafft auf Minuten mitzuerleben.

Knapp 50 Meter weiter kreisen dröhnend elf Bagger auf engem Raum. In frenetischem Tempo errichten Soldaten den nunmehr vierten Damm, der Zafferana, 7500 Einwohner, vor dem feurigen Monster aus dem Innern des Ätna bewahren soll, das seit dem 15. Dezember vergangenen Jahres wieder aktiv ist.

Die Pranken der Bagger reißen das dunkelbraune, duftende Erdreich auf, das der Vulkan denjenigen vermacht, die sich in seiner bedrohlichen Nähe niederlassen. Blühende Kirschbäume raffen sie weg wie lästigen Abfall, die frisch beschnittenen Weinreben, Büschel von leuchtend grünen Feuererbsen, Rosenstöcke und Bündel von lila Lupinen fliegen auf einen lockeren Erdwall.

Unbeweglich, fast teilnahmslos steht mitten im Getümmel ein alter Mann und schaut zu, wie sein Weingarten zerstört wird. „Mein Haus hat das Erdbeben von 1984 zertrümmert“, erzählt Giovanni Mazza, 74, „jetzt nimmt mir der Berg auch mein Land weg. So geht es. Aber was kann man machen? Hier bestimmt nur einer – der Berg.“

Der Berg. So nennen die Bewohner der Gegend den Ätna – als sei ihr Respekt vor dem Giganten zu groß, um ihn beim Namen zu nennen. Der Ätna, 3323 Meter hoch, stammt aus der jüngsten Erdgeschichte und ist der aktivste Feuerspucker Europas.

Gleichwohl gilt der Ätna als „vulcano buono“, als ein Vulkan, der sich trotz seiner häufigen Ausbrüche gut benimmt. Mit fast ununterbrochenem Feuerspiel aus verschiedenen Kratern läßt er seine Anwohner niemals vergessen, was in ihm brodelt. Doch die Lava, die aus seinen Schloten aufsteigt, bleibt dünnflüssig, weil sie einen niedrigen Anteil an Kieselsäure enthält. Ohne den Krater zu verstopfen, ohne Stau von explosivem Gas kann sie nach oben steigen.

Bricht der Ätna schließlich aus, und das geschieht mehrmals in jedem Jahrhundert, laufen zwar beeindruckende Feuerströme seine Hänge hinab. Doch die Lava erkaltet schnell und erstarrt. Auf diese Weise bleibt den Anwohnern des Ätna in der Regel Zeit zum Fliehen.

Bei einer seiner schlimmsten Eruptionen, im Jahr 1669, verschlang der Lavastrom des Ätna, im Lauf eines Ausbruchs, der 122 Tage währte, zwölf Dörfer und Teile der Hafenstadt Catania. 27 000 Menschen wurden obdachlos. Todesopfer aber gab es kaum. Beim bisher heftigsten Ausbruch des Ätna in diesem Jahrhundert versank 1928 das Städtchen Mascali unter einem glühenden Schlackenstrom. Alle Einwohner konnten sich retten.

Ganz anders der heimtückische, unberechenbare Bruder des Ätna, der Vesuv am Golf von Neapel. Wie der Mount St. Helens im Nordwesten der USA oder der Pinatubo auf den Philippinen, der im vergangenen Jahr ganze Landstriche mit Asche bedeckte, gehört der Vesuv zum Trupp der gemeingefährlichen Feuerspucker.

Deren Lava hat einen hohen Anteil an Kieselsäure, sie verstopft die Förderkanäle, wodurch sich gefährliche Gase im Innern des Vulkans zusammenballen, die sich in gewaltigen Explosionen entladen.

Jahrhundertelang galt in der Römerzeit der Vesuv als erloschen, bevor er am 24. August des Jahres 79 die Bewohner des reichen Pompeji in einem apokalyptischen Ausbruch unter Steinen und Asche begrub und die Bürger des benachbarten Herculaneum in einem Schlammstrom erstickte.

Ein derart dramatisches Schicksal erwartet die Bewohner von Zafferana

Lavastrom aus dem Ätna: „Der Vulkan darf

nicht. Doch seit vier Monaten leben sie nun schon in der Angst, ihre Häuser und Felder zu verlieren.

Im Café der Donna Peppina im Zentrum des Ortes beißt eine junge Frau in ein knuspriges Cremeröllchen. Sie kaut unter Tränen. „Der obere Stock bei den Schwiegereltern ist gerade fertig geworden, wir sind eingezogen. Im Juni kommt mein nächstes Kind. Wo sollen wir nur hin, wenn wir weg müssen?“

Schräg gegenüber hält ein Mann in mittleren Jahren dem Apotheker ein Rezept entgegen. „Das ist abgelaufen“, sagt dieser. Darauf der Kunde: „Ich wohne im Ortsteil Ballo.“ Schweigend legt der Apotheker dem Mann ein Schlafmittel hin. Ballo liegt am oberen Rand von Zafferana, eine Siedlung, welche die Lava – wenn sie denn soweit kommt – als erstes überrollen wird.

Skeptisch verfolgen viele der Bewohner Zafferanas das hektische Treiben der Hubschrauber, die den Ätna mit Bomben und Betonbarrieren attackieren, um den Lavastrom nahe der Ausbruchstelle umzuleiten.

„Das darf man nicht“, heißt es immer wieder, „die Natur muß ihren Lauf nehmen. Der Vulkan darf nicht gestört werden, sonst rächt er sich furchtbar.“

Dabei hat eine Maßnahme, welche die Bürger von Zafferana vor Monaten auf eigene Faust ergriffen hatten, den Ablauf des Ausbruchs wahrscheinlich

nicht gestört werden, sonst rächt er sich furchtbar"

mehr verändert, als es die dramatischen Eingriffe der Experten in der vergangenen Woche taten.

Der Ätna war am 15. Dezember an einem südöstlichen Krater in 2450 Meter Höhe ausgebrochen und schickte einen breiten Feuerstrom direkt in Richtung Zafferana.

Die Lage war von Anfang an kompliziert. Ein paar hundert Meter nach der Ausbruchstelle verschwand die Lava in einem mehrere Kilometer langen Tunnel, was sie heiß und flüssig hielt. Da, wo sie wieder zum Vorschein kam, in etwa 1000 Meter Höhe, bauten die Bewohner von Zafferana einen natürlichen Felswall zu einem 120 Meter breiten und 45 Meter hohen Damm aus.

Das wäre sinnvoll und richtig gewesen, wenn zugleich Versuche unternommen worden wären, die Lava in der Nähe der Ausbruchstelle umzuleiten. Doch das unterblieb.

„Die verantwortlichen Herren vom Ministerium für Zivilschutz in Rom waren wohl mehr damit beschäftigt, Wahlkampf zu machen, als sich um die Lage in Zafferana zu kümmern", meint Dieter Schreiner, ein Frankfurter, der seit Jahren eine kleine Pension in Zafferana betreibt.

Weil nun die Lava monatelang mit unverminderter Heftigkeit von 17 Kubikmetern pro Sekunde gegen den Schutzwall auflief, sammelte sich gleichsam über den Köpfen der Dorfbewohner ein bedrohlicher Stausee von etwa 150 Millionen Kubikmetern Magma an.

„Im Grunde ist auf diese Weise ein Krater aus der sicheren Höhe von 2450 Metern tausend Meter weiter nach unten, in die unmittelbare Nähe eines Dorfes, verlegt worden", meint der Vulkanologe Romolo Romano. Das sei „ein folgenreicher Fehler gewesen".

Die erkaltende Lava legte sich zudem wie eine Decke über das ganze Ausbruchsgebiet, in einer bis zu 30 Meter dicken Basaltschicht. Gegen sie konnten Bomben und Minen nichts ausrichten, mit denen der Zivilschutz in der vorösterlichen Woche die Lavadecke zu sprengen versuchte.

Zugleich warfen amerikanische Stallion-Hubschrauber von der nahe gelegenen Nato-Basis Sigonella in gewagten Manövern zwei Tonnen schwere Betonblöcke in den Tunneleingang, in dem die Lava verschwand. Dessen Öffnung sollte blockiert werden, um den Feuerstrom zu zwingen, an der Oberfläche zu bleiben und zu erkalten.

Das Experiment mißlang. Die gewaltigen Blöcke, die gute Dienste leisten, wenn sie bedrohte amerikanische Botschaften vor Terroristenangriffen beschützen, fielen durch den Grotteneingang in die Tiefe und lösten sich in der brodelnden Feuermasse auf „wie Kekse in heißer Milch" *(Corriere della Sera)*.

Ein noch gewagteres Unternehmen begann am Mittwoch. Direkt neben der Ausbruchstelle schweißten Techniker des Zivilschutzes eine Art von Rutsche zusammen, über die 50 miteinander verbundene Betonblöcke in den Tunneleingang befördert werden sollten.

Doch während Soldaten, Techniker und Experten mit wachsender Verzweiflung dem Ätna ihre Lösungen aufzwingen wollten, gab die Natur unerwartete Hilfestellung. Ein Teil des Lavastroms entschloß sich, freiwillig zu tun, was die Bomben nicht geschafft hatten. Er trat an die Oberfläche und entlastete derart spürbar den Druck auf den Lavaberg, unter dem die ersten Häuser des Dorfes bereits begraben worden waren.

Die glühende Masse rückte nicht mehr voran. Vorerst. Aber niemand wußte, wie lange der Waffenstillstand halten würde.

Denn noch am selben Tag ergoß sich oberhalb von Zafferana ein neuer Feuerstrom ins Tal. Er legte sich auf die erste Lavahalde und dürfte in wenigen Tagen ebenfalls am Rande des Dorfes ankommen.

Dieter Schreiner blieb skeptisch. „Aus der Beschaffenheit des Steins haben die Experten herausgelesen, daß dieser Ausbruch lange dauern wird, vielleicht sogar ein Jahr. Die Sache ist noch lange nicht ausgestanden."

„Es wird zur Katastrophe kommen“

SPIEGEL-Interview mit Mario Vargas Llosa über die Chancen der Demokratie in Lateinamerika

Vargas Llosa, 56, einer der bekanntesten Schriftsteller Lateinamerikas, unterlag 1990 bei den Präsidentschaftswahlen dem japanischstämmigen Alberto Fujimori. Auf Einladung des Wissenschaftskollegs arbeitet Vargas Llosa derzeit in Berlin.

SPIEGEL: Herr Vargas Llosa, könnten Sie jetzt nach dem Putsch von Präsident Fujimori in Ihre Heimat Peru zurück, oder würden Sie sofort verhaftet werden?

VARGAS LLOSA: Ich weiß nicht. Das Militär hat Oppositionsführer festgenommen, Zeitungsredaktionen besetzt – vielleicht kann ich derzeit von außerhalb mehr für mein Land tun. Ich hatte mich nach der Wahlniederlage 1990 völlig aus der Politik zurückgezogen und breche jetzt vor allem aus moralischen Gründen mein Schweigen: Wer sich für die Demokratisierung Lateinamerikas eingesetzt hat, muß sich jetzt dem Staatsstreich entgegenstemmen.

SPIEGEL: Könnte die Abschaffung der Demokratie in Peru Signalwirkung für andere Staaten Südamerikas haben?

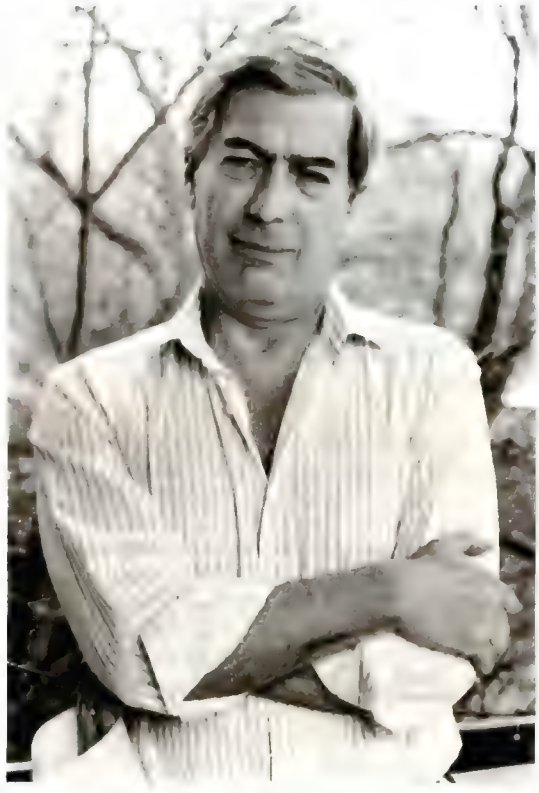
VARGAS LLOSA: Wenn der Putsch Erfolg hat, ist das Risiko sehr groß, daß es in der ganzen Region zu einem Rückfall kommt. Überall lauern noch die Nostalgiker der Militärherrschaft. Erst vor kurzem versuchten Offiziere in Venezuela, die Macht an sich zu reißen. Jetzt ist internationale, besonders lateinamerikanische Solidarität gegen den Anschlag von Präsident Fujimori geboten. Die peruanischen Putschisten müssen spüren, daß sie weltweit geächtet sind. Jede Hilfe für Peru muß davon abhängig gemacht werden, daß das Parlament wieder arbeiten kann.

SPIEGEL: Ähnlich wie kürzlich in Venezuela sind in Peru drei Viertel der Bevölkerung mit dem Staatsstreich einverstanden. Es gab keine Proteste.

VARGAS LLOSA: Wir dürfen nicht Abneigung gegen demokratische Institutionen, die unbefriedigend funktionieren, mit Begeisterung für den Militärputsch verwechseln.

SPIEGEL: Der peruanische Präsident begründet seinen Schlag damit, daß die Abgeordneten ihn an der Rettung des Landes hinderten, daß die Justiz untauglich und korrupt sei.

VARGAS LLOSA: Gewiß, Perus Parlamentarier haben oft keine überzeugende Arbeit geleistet, sondern mitunter gar Volksverdummung betrieben. Es gibt Richter, die sich verkaufen. Die Demokratie ist in den meisten lateinamerikanischen Staaten alles andere als perfekt. Doch eins ist sicher: Unter einer Diktatur verschlimmern sich die Übel weiter, weil dem Volk jede Kontrollmöglichkeit fehlt. Wenn die Familie des Präsidenten schon bisher die Spenden aus Japan unter sich aufteilt, wie Fujimoris Frau kürzlich beklagte, was werden sie jetzt alles stehlen?



Putsch-Kritiker Vargas Llosa
„Die Repression wird sich vervielfachen“

SPIEGEL: Ist den Problemen Perus, vor allem dem Terror der Guerrilleros vom Leuchtenden Pfad, überhaupt mit demokratischen Mitteln beizukommen?

VARGAS LLOSA: Nur eine Demokratie kann sie lösen. Der katastrophale Zustand des Landes ist ja gerade das Erbe der Diktatur. Herr Fujimori hat die Dummheit begangen, seine Legitimität aufzugeben. Er hat sich auf dieselbe Stufe gestellt wie die Aufrührer. So einen Staatsstreich hat sich der Leuchtende Pfad immer herbeigesehnt, um dem Volk zu sagen: Es gibt nur uns oder das Militär – wählt!

SPIEGEL: Die Diktatur stärkt die maoistischen Guerrilleros also, statt sie zu besiegen?

VARGAS LLOSA: Die Repression wird sich vervielfachen. Und Opfer der Gewalt sind meist nicht Terroristen, sondern Unbeteiligte. Deren Familien werden aus Abscheu vor dem Militär Sympathien für die Guerrilleros entdecken. Es wird zur Katastrophe kommen.

SPIEGEL: Fujimori begründet seinen Staatsstreich gerade auch mit der Notwendigkeit, den Streitkräften mehr Freiheit bei der Aufstandsbekämpfung zu geben. Das Parlament wollte dieser Machterweiterung nicht zustimmen.

VARGAS LLOSA: Auch bisher schon hatten die Militärs praktisch freie Hand gegen den Leuchtenden Pfad. So wurde Peru von Amnesty International als das Land mit den meisten Menschenrechtsverletzungen angeklagt: Folter, Verschwundene und Hinrichtungen ohne Gerichtsurteil. Die Streitkräfte sind nicht deshalb den Aufständischen unterlegen, weil sie zuwenig Befugnisse hätten, sondern weil die Bevölkerung sie nicht unterstützt.

SPIEGEL: Bis zu zwei Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas leben inzwischen im Elend. Warum rebellieren die Armen nicht häufiger?

VARGAS LLOSA: Es hat schon genug Revolutionen in Lateinamerika gegeben. Die Folge waren vielfacher Tod, Folter und horrender wirtschaftlicher Schaden. Revolutionen sind in Wirklichkeit ein Rückfall in die Barbarei.

SPIEGEL: Der Putsch-Präsident in Peru hat Wahlen in 18 Monaten angekündigt. Glauben Sie daran?

VARGAS LLOSA: Das versprechen sie alle: Plebiszit, Verfassungsreform, Wahlen. Welch banale Rhetorik, immer derselbe Gemeinplatz.

Balkan

Geister der Vergangenheit

Der Vormarsch serbischer und kroatischer Extremisten stürzt Bosnien in ein Blutbad.

Der Krieg kam am Dienstag vor Ostern in die Stadt. In den Randbezirken von Foča kämpften serbische und moslemische Milizen um jedes Haus. Dicke Rauchschwaden umhüllten die Moscheen am Fluß Drina. Überall loderten Brände.

„Die Geister der Vergangenheit kehren zurück", sagte schaudernd ein alter Moslem in einem überfüllten Luftschutzkeller. Im Zweiten Weltkrieg hatten Todesschwadronen königstreuer serbischer Tschetniks mehr als 8000 Moslems niedergemetzelt und die Leichen in die Drina geworfen.

Allen Friedensbemühungen von EG und Uno zum Trotz versank Bosnien-Herzegowina in der Karwoche im Bürgerkrieg. Keine der kämpfenden Parteien schien den Waffenstillstand – unter Vermittlung des portugiesischen EG-Unterhändlers José Cutilheiro am Palmsonntag ausgehandelt – auch nur im geringsten beachten zu wollen.

Wie vor einem halben Jahrhundert stehen wieder Kroaten und Moslems gegen die Serben. Doch diesmal wohl mit anderen Motiven.

Der Krieg in Bosnien sei ein „abgekartetes Spiel", schrieb die Belgrader Zeitung *Borba*. Unter dem Vorwand, die nationalen Minderheiten in Bosnien schützen zu müssen, führten die Machthaber in Belgrad und Zagreb einen Eroberungsfeldzug.

Serbische Milizen, Opfer in Bijeljina: Moslems zahlen die Zeche

In der Tat sind nur die Moslems an der territorialen Integrität Bosnien-Herzegowinas interessiert – denn ein moslemisches Rumpfbosnien wäre nicht überlebensfähig. Kroaten und Serben dagegen würden den jüngsten Staat Europas lieber heute als morgen aufteilen – und ihren Mutterrepubliken einverleiben.

Längst geben paramilitärische Milizen aus Serbien und Kroatien den Ton in der bosnischen Fehde an. Die serbischen „Tiger", die sich besonders bei Kämpfen im kroatischen Slawonien hervorgetan hatten, wüten jetzt im Norden und Osten Bosniens. Unter ihrem berüchtigten Kommandanten Arkan, der von Interpol wegen mehrerer in Westeuropa begangener Verbrechen gesucht wird, hatten sie schon Anfang April im überwiegend von Moslems bewohnten Bijeljina ein Blutbad angerichtet.

Die Westherzegowina, Siedlungsgebiet der Kroaten, wird unterdessen weitgehend von den HOS-Kriegern der ultra-nationalistischen „Partei der Rechte" kontrolliert. Ihre Zahl soll bereits 30 000 betragen. Klar, daß in dieser Region schon kroatische Gesetze und der kroatische Dinar gelten.

Hinter den scheinbar willkürlichen Kämpfen steckt Strategie. Die Serben wollen im Norden Bosniens eine Landbrücke schaffen, welche die serbisch bewohnten Territorien der kroatischen und bosnischen Krajina an ein Großserbien anschließen soll. Die überwiegend kroatischen Städte Bosanski Brod und Derventa wurden zu diesem Zweck „befreit". Zvornik am Grenzfluß Drina und Višegrad, bisher von Moslems dominiert, könnten ebenfalls in ein serbisch-montenegrinisches Rumpf-Jugoslawien eingegliedert werden.

Wo die Serben zudem auf einen Zugang zur Adria schielen, stellen sich ihnen die Kroaten entgegen. Um die Schlüsselstädte Mostar und Kupres gab es schwere Kämpfe.

Während die Welt irritiert das blutige Schauspiel in Bosnien verfolgt, scheinen Serbiens Präsident Slobodan Milošević und sein kroatischer Widerpart Franjo Tudjman die Eskalation zu ignorieren. Beide hatten schon voriges Jahr in Geheimgesprächen über eine Aufteilung Bosnien-Herzegowinas beraten. Tudjman glaubt, so das Zagreber Blatt *Danas*, allein damit einen dauerhaften Frieden zwischen Serbien und Kroatien erreichen zu können.

Milošević wie Tudjman spüren den Druck der Scharfmacher. Die Extremisten in beiden Lagern würden den Uno-Friedensplan für Kroatien gern torpe-

dieren – auch wenn sie dafür in Bosnien eine verheerende Schlacht durchstehen müßten.

Im Zagreber Parlament wird offen der Abzug der einstigen Bundesarmee aus Bosnien gefordert – sie stelle eine Bedrohung für Kroatien dar. Für die serbisch dominierten Streitkräfte aber geht es in Bosnien um die eigene Existenz.

Knapp die Hälfte der vormaligen Jugo-Armee – etwa 80 000 Soldaten – ist in Bosnien stationiert. 60 Prozent der Rüstungsbetriebe liegen dort, und die bosnischen Flughäfen in Bihać, Tuzla, Mostar und Banja Luka bilden das Rückgrat der Luftwaffe. Ohne den atombombensicheren, teilweise unterirdischen Flughafen in Bihać, klagte jüngst die Belgrader *Politika*, würde die Schlagkraft der Armee um die Hälfte reduziert.

Die Offiziere haben allen Grund, sich um ihren Job zu sorgen: Mit der teilweisen Umwandlung der „Volksarmee" in eine serbische Nationalarmee wurden bereits 30 000 Offiziere entlassen. Einen drastischen Truppenabbau will das Belgrader Verteidigungsministerium nicht hinnehmen: Für Generalstabschef Panić ist ein Rückzug aus Bosnien frühestens in fünf bis sieben Jahren denkbar.

Das mit der serbischen Miliz abgestimmte Vordringen der Armee in Bosnien wurde von den Vereinigten Staaten ungewöhnlich heftig kritisiert; der amerikanische Uno-Vermittler Cyrus Vance startete zu einer neuen Friedensmission in den zerborstenen Vielvölkerstaat.

Doch die Menschen in Bosnien-Herzegowina glauben nicht mehr an ein friedliches Arrangement. Zu Zehntausenden flohen vor allem Moslems aus den umkämpften Gebieten. In Sarajevo wurden Flugtickets, die bislang etwa 50 Mark kosteten, zu 1000 Mark gehandelt. Denn in Bosnien gilt: Wenn Kroaten und Serben einander an die Gurgel gehen, zahlen Moslems die Zeche.

Polen

Wacht am Bug

Polens Armee ist nur bedingt einsatzbereit. Die Politiker streiten sich um das Kommando.

Die Soldaten tragen wie schon Anfang des 19. Jahrhunderts hohe viereckige Mützen, die Offiziere werden nach altem Zeremoniell durch Schwertschlag auf die Schulter ernannt. Jeden Sonntag mittag marschiert eine Kompanie schneidiger Uniformierter mit klingendem Spiel zur feierlichen Wachablösung am Grabmal des unbekannten Soldaten. Polens Armee legt großen Wert auf Tradition.

Nach der politischen Wende im eigenen Land und dem Zusammenbruch der Sowjetunion muß sich die Truppe aber völlig neu orientieren. Nicht mehr Feldwebel sowjetischer Militärakademien schleifen junge polnische Offiziere, sondern Sergeanten der amerikanischen Eliteschule Westpoint.

Von einem Tag zum anderen hat das Feindbild gewechselt: Der Westen ist Freund, Gefahr dräut aus dem ehemaligen Bruderland, wo nationalistische Politiker, so die Furcht Warschaus, Konflikte vom Zaun brechen könnten.

Nun müssen mehrere Divisionen von der Westgrenze in das Innere des Landes und an den Bug verlagert werden, um schneller Angreifer aus der ehemaligen Sowjetunion aufhalten zu können. Ansonsten soll Polens Armee nur noch die Heimat schützen.

Geschrumpft ist Polens Wehr ohnehin schon. Sie wurde von 394 000 im Jahr 1987 auf knapp 300 000 Mann heruntergerüstet, die Wehrpflicht verkürzt. 50 000 weitere Soldaten sollen in den nächsten Jahren ihr Soldbuch abgeben.

Heftig umstritten ist, wer das Kommando hat – eine Kontroverse, die sich unterdessen zu einem Skandal ausweitete, dem Verteidigungsminister Jan Parys zum Opfer fallen könnte.

Nach der bislang noch weitgehend unveränderten kommunistischen Verfassung ist der Präsident gleichzeitig Oberbefehlshaber – ohne daß seine Befugnisse jedoch genau umgrenzt sind.

„Der Präsident", fordert Jerzy Milewski, Chef des Büros für Nationale Sicherheit beim Staatsoberhaupt Lech Walesa, „muß großen Einfluß auf die Armee haben." Das Ministerium soll sich lediglich um Verwaltung kümmern.

Premier Jan Olszewski will dagegen seine Autorität in den Streitkräften sichern. Um Stärke zu demonstrieren, schickte Verteidigungsminister Parys unlängst seinen Vorgänger, Vizeadmiral Piotr Kolodziejczyk, in den Ruhestand und entließ den Chef des militärischen Abschirmdienstes, den Konteradmiral Czeslaw Wawrzyniak, ohne Walesa zu konsultieren.

Parys trieb den Streit mit Walesa auf die Spitze, als er ihm indirekt vorwarf, einen Staatsstreich zu planen: „Gewisse Politiker", gemeint waren einige Präsidentenberater, hätten „ausgesuchten Offizieren" die Beförderung versprochen, wenn sich die Armee bei „politischen Kämpfen" auf ihre Seite stelle.

Der Präsident bestritt die Vorwürfe und verlangte den Rücktritt des „jungen Menschen mit menschlichen Schwächen". Parys bot seine Demission an und nahm Urlaub; eine Kommission untersucht nun den Fall.

Wer auch immer Polens Armee kommandiert: Ihm untersteht kaum eine schlagkräftige Truppe. Drei Viertel der meist sowjetischen Ausrüstung sind veraltet. Für Modernisierung fehlt das Geld: Das Budget sank in diesem Jahr um elf Prozent auf drei Milliarden Mark. Davon ist das Verteidigungsministerium der Rüstungsindustrie 120 Millionen Mark schuldig. Sprit und Munitionsvorräte sind bereits drastisch geschrumpft, Piloten fliegen im Jahr lediglich 40 Stunden (Bundeswehr: 180); die Kriegsschiffe dampfen nur noch 18 Tage über die Meere (Bundesmarine: 58).

Immerhin wird demnächst ein Teil der Uniformen erneuert: Weil das Emblem der Armee, der polnische Adler, wie zu alten Zeiten nun wieder eine Krone trägt, müssen alle Uniformknöpfe ausgewechselt werden.

Polens Verteidigungsminister Parys (M.): „Junger Mensch mit Schwächen"

„Ich habe zuviel Krieg gesehen“

Israels Oppositionsführer Jizchak Rabin über die Friedenschancen im Nahen Osten

Rabin beim SPIEGEL-Gespräch*: „Der Friedensprozeß wird schmerzhaft sein“

SPIEGEL: Herr Rabin, mit Ihnen als Herausforderer von Premier Schamir sind die Chancen, den regierenden Likud-Block zu schlagen, so gut wie noch nie seit dem Machtverlust der Arbeitspartei 1977. Wenn Sie im Juni Ministerpräsident werden, ist der Frieden dann in Reichweite?

RABIN: Ich glaube und hoffe, daß ich ein guter Kandidat sein werde. Ich werde mich mit allen Kräften bemühen, einen Wechsel herbeizuführen. Sollte ich der nächste Ministerpräsident sein, werde ich vor allem in zwei Punkten eine Änderung anstreben: erstens in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Für Israel gilt, daß man zwischen Sicherheit und Frieden nicht unterscheiden kann.

SPIEGEL: Lohnt es sich nicht, für den Frieden auch ein Wagnis einzugehen?

RABIN: Ein Frieden, der keine Sicherheit schafft, ist sinnlos. Zweitens würde ich die Prioritäten in unserem Land verschieben. Statt Geld in Wohnungsbauprojekte zu investieren, die ich als politische Siedlungen betrachte, müßten die vorhandenen Mittel genutzt werden, um die dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu bekämpfen, vor allem die Arbeitslosigkeit. Sie ist ein Krebs, der unsere Gesellschaft befallen hat.

SPIEGEL: Wegen Ihrer militärischen Vergangenheit sehen viele Isrealis in Ihnen den einzigen Politiker der Linken, der mit den Arabern einen Frieden aushandeln kann, ohne die Sicherheit Israels aufs Spiel zu setzen. Wie kann ein solcher Frieden denn aussehen?

RABIN: Die besten Aussichten dafür bestehen im Dialog zwischen uns und den Palästinensern . . .

SPIEGEL: . . . einschließlich der PLO?

RABIN: Wenn ich von Palästinensern spreche, meine ich die Vertreter der Palästinenser aus den Gebieten. Ich halte mich an die Grundlage der Einladung, wie sie für die Madrider Friedenskonferenz ausgesprochen wurde: Alle Parteien akzeptierten, daß der erste Schritt darin bestehen sollte, eine Autonomie oder eine Selbstverwaltung zu schaffen, damit die Palästinenser ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

SPIEGEL: Für die Palästinenser ist das aber nicht genug.

RABIN: Das wäre eine zeitlich begrenzte Abmachung für eine Übergangszeit von fünf Jahren. Spätestens nach drei Jahren müßten dann Verhandlungen über eine endgültige Lösung beginnen. Es gibt keine Möglichkeit, in einem einzigen Schritt vom gegenwärtigen Zustand zu einer definitiven Friedensregelung zu gelangen.

SPIEGEL: Werden sich die Palästinenser denn auf diesen ersten Schritt einlassen, ohne zu wissen, was am Ende für sie herausspringt?

RABIN: Immerhin würden die Palästinenser damit etwas bekommen, was ihnen die anderen arabischen Staaten, unter deren Besetzung sie einst lebten – Jordanien im Westjordanland, Ägypten im Gazastreifen –, nie anzubieten wagten.

SPIEGEL: Im Gegensatz zum regierenden Likud hat sich Ihre Partei die Formel „Land für Frieden“ zu eigen gemacht;

Jizchak Rabin

setzte sich gegen seinen Dauerrivalen Schimon Peres als Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Arbeitspartei für die Parlamentswahlen am 23. Juni durch. Als Generalstabschef hatte der in Jerusalem geborene Rabin 1967 die israelischen Streitkräfte zum Sieg im Sechs-Tage-Krieg geführt. Nach dem Rücktritt von Golda Meïr wurde er 1974 Ministerpräsident. Im Mai 1977 stieg der rechtsgerichtete Likud-Block nach Neuwahlen zur stärksten Partei auf; die Arbeitspartei, die Israel seit der Unabhängigkeit regiert hatte, mußte erstmals in die Opposition. In der Großen Koalition zwischen Likud und Arbeitspartei von 1984 bis 1989 war Rabin als Verteidigungsminister auch für die Bekämpfung der Intifada verantwortlich. Im Gegensatz zu Peres werden Rabin, 70, gute Aussichten eingeräumt, die Vorherrschaft des Likud unter dem jetzigen Premier Jizchak Schamir zu brechen.

* Mit Redakteuren Romain Leick und Stefan Simons im Hauptquartier der Arbeitspartei in Tel Aviv.

Rozell

FÜR LEUTE, DIE DEN WERT DER ZEIT ZU SCHÄTZEN WISSEN.

Bevor Sie sich für eine Patek Philippe *Abb. 1* entscheiden, sollten Sie ein paar grundsätzliche Dinge wissen. Anhand von Stichworten wie Präzision, Wert und Zuverlässigkeit erklären wir Ihnen, warum die Uhr, welche wir für Sie anfertigen, vollkommen anders ist als alle anderen Uhren.

"Pünktlichkeit ist die Höflichkeit der Könige", pflegte Louis XVIII. zu sagen.

Wir glauben in aller Bescheidenheit, daß wir beim Thema Pünktlichkeit auch den Ansprüchen der Könige gewachsen sind. So haben wir unter anderem ein mechanisches Laufwerk hergestellt, das in vollkommener Übereinstimmung mit dem gregorianischen Kalender die Schaltjahre der nächsten fünf Jahrhunderte berücksichtigt: Es fügt den Jahren 2000 und 2400 jeweils einen Tag hinzu, überspringt aber die Jahre 2100, 2200 und 2300 *Abb. 2*. Allerdings sollte so eine Uhr von Zeit zu Zeit neu justiert werden: Denken Sie bitte alle 3333 Jahre und 122 Tage daran, die Uhr um einen Tag vorzustellen, damit sie wieder mit der Himmels-Uhr übereinstimmt. Solche Dimensionen erreichen wir natürlich nur, weil wir bei der Herstellung jeder Uhr, also auch Ihrer, zu den absoluten physikalischen, wenn nicht metaphysischen Grenzen der Präzision und des Machbaren vorstoßen.

Fragen Sie bitte nicht "wieviel?"

Versetzen Sie sich einmal in die Welt der Sammler, die bei Auktionen Höchstpreise bieten, um eine Patek Philippe zu erwerben. Vielleicht schätzen sie die Einzigartigkeit der Feinmechanik und des Laufwerks, vielleicht die Schönheit einer Patek Philippe oder weil es eine Rarität ist. Wir glauben jedoch, daß hinter jedem Mehrgebot von US$ 500'000.– auch die Überzeugung steht, daß eine Patek Philippe, selbst wenn sie 50 Jahre oder älter ist, auch für zukünftige Generationen noch mit äußerster Präzision arbeiten wird. Falls wir nun in Ihnen den Wunsch nach einer Patek Philippe geweckt haben, versichern wir Ihnen folgendes: Die Uhr, die wir für Sie herstellen, wird besagten Sammlerstücken technisch noch überlegen sein. Schließlich ist es bei uns Tradition, daß wir laufend nach noch perfekteren mechanischen Lösungen für höchste Zuverlässigkeit und perfekte Zeitkontrolle suchen. Darum wird Ihre Patek Philippe über Neuerungen verfügen *Abb. 3*, von denen die Meisteruhrmacher, welche diese großartigen Armbanduhren vor 50 Jahren schufen, nicht einmal zu träumen wagten *Abb. 4*. Gleichzeitig sind wir natürlich bestrebt, Ihre Finanzkraft nicht über Gebühr zu strapazieren.

Besitz als Erlebnis.

Stellen Sie sich vor, heute wäre der Tag, an dem Ihnen Ihre Patek Philippe überreicht wird. Das Gehäuse birgt die Huldigung des Uhrmachers an das Geheimnis "Zeit". Er hat jedes Rädchen mit einer Kehlung versehen und es zu einem strahlenden Ring poliert. Die Platten und Brücken aus Gold und kostbaren Legierungen sind fein gerippt. Kleinste Oberflächen wurden facettiert und auf das Mikron genau geschliffen. Ganz zum Schluß, nach monate- oder jahrelanger Arbeit, prägt der Uhrmacher ein kleines Zeichen in die Hauptbrücke Ihrer Patek Philippe: das Genfer Siegel – die höchste Auszeichnung großer Uhrmacherkunst, verliehen von der Regierung des Kantons Genf *Abb. 5*.

Äußerlichkeiten, die innere Werte verheißen. *Abb. 6*.

Wenn Sie Ihre Uhr bestellen, legen Sie zweifellos Wert darauf, daß deren Äußeres die Vollendung und die Eleganz des Uhrwerks im Innern widerspiegelt. Darum ist es gut für Sie zu wissen, daß wir Ihre Patek Philippe exakt nach Ihren Wünschen künstlerisch gestalten können. Unsere Graveure sind beispielsweise in der Lage, ein subtiles Spiel von Licht und Schatten auf die goldene Rückseite unserer einzigartigen Taschenuhren zu zaubern *Abb. 7*. Wenn Sie uns Ihr Lieblingsbild bringen, fertigen unsere Emailleure davon eine Miniatur mit den feinsten Details an *Abb. 8*. Unsere Gehäusemacher sind stolz auf die perfekt guillochierte Lunette ihrer Armbanduhr und unsere Kettenschmiede auf ihr kostbares Geschmeide *Abb. 9* und *10*. Wir möchten Sie noch auf die Meisterschaft unserer Goldschmiede aufmerksam machen und auf die Erfahrung unserer Edelsteinspezialisten, wenn es darum geht, die schönsten Steine auszuwählen und einzupassen *Abb. 11* und *12*.

Es gibt Dinge, die bereiten schon Freude, bevor man sie besitzt.

Sicher verstehen und schätzen Sie es, daß Uhren, wie wir sie herstellen, immer nur in begrenzter Stückzahl gefertigt werden können. (Die vier Calibre 89-Uhren, an denen wir zur Zeit arbeiten, benötigen neun Jahre bis zur Fertigstellung.) Darum wollen wir Ihnen nicht versprechen, daß wir Ihren Wunsch sofort erfüllen können. Die Zeit, während der Sie auf Ihre Patek Philippe *Abb. 13* warten, ist jedoch die schönste Gelegenheit, sich in Gedanken über die philosophischen Dimensionen der Zeit zu ergehen.

Abb. 1: Eine klassische Patek Philippe in ihrer dezenten Schönheit.

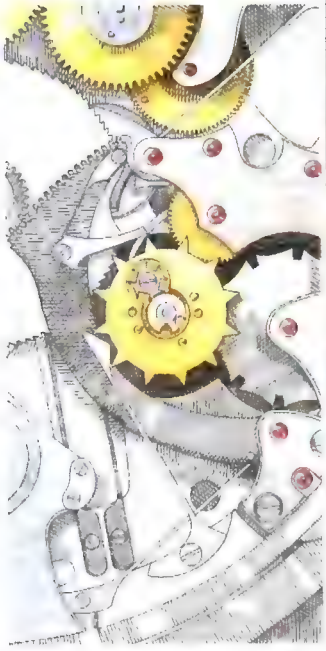


Abb. 2: Eine der 33 Komplikationen der Calibre 89 ist ein Satellitenrad, das alle 400 Jahre eine Umdrehung macht.

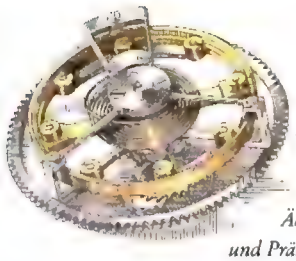


Abb. 3: Bis heute die fortschrittlichste mechanisch regulierte Vorrichtung: Patek Philippe Gyromax demonstriert die Äquivalenz von Einfachheit und Präzision.

Abb. 4: Armbanduhren von Patek Philippe, links um 1930, rechts von 1990. Echte Uhrmacherkunst hat Tradition und Zukunft.

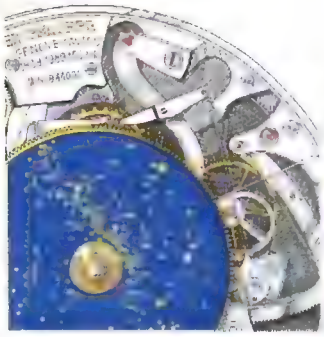


Abb. 5: Das Genfer Siegel wird nur Uhren verliehen, welche dem hohen Standard der Uhrmacherkunst entsprechen, wie sie in der Genfer Gesetzgebung verankert ist.

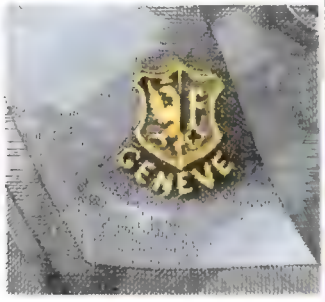


Abb. 6: Ihre Freude am Besitz einer kostbaren Patek Philippe ist das höchste Ziel all jener, die an ihrer Entstehung mitarbeiten.

Abb. 7: Eine zeitlose Arabeske ziert eine zeitlose Patek Philippe.

Abb. 8: Vier Monate lang arbeitet ein Künstler täglich sechs Stunden, bis eine Email-Miniatur auf dem Gehäuse einer Taschenuhr vollendet ist.

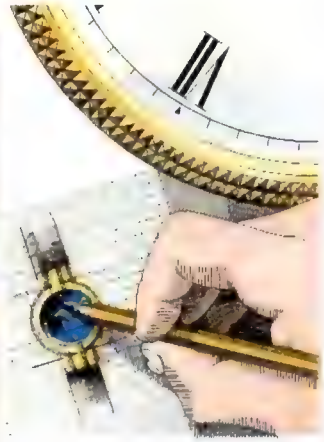


Abb. 9: Harmonie im Design als Symbiose von Schlichtheit und Perfektion an einer Calatrava Damenarmbanduhr.

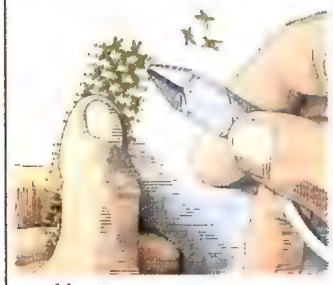


Abb. 10: Der Kettenschmied formt mit Kraft und Feingefühl das Band für eine Patek Philippe.

Abb. 11: Goldene Ringe: ein Symbol für vollendete Einheit.

Abb. 12: Daran erkennen Sie den wahren Meister des Edelsteines: Er bringt die ganze Schönheit seiner wertvollen Steine vollendet zur Geltung.

PATEK PHILIPPE
GENEVE

Abb. 13: Das diskrete Zeichen jener Leute, die den Wert der Zeit zu schätzen wissen.

Falls Ihr Interesse für Patek Philippe Uhren tiefer geht, finden Sie nähere Informationen in den Büchern von Patek Philippe. Um den Katalog und ein Bestellformular anzufordern, schreiben Sie einfach "Katalog" auf Ihre Visitenkarte und schicken diese an Patek Philippe, 41, rue du Rhône, Genf, Schweiz.

Siedler im Westjordanland: „Ich glaube an das Recht des jüdischen Volkes auf das gesamte Land Israels"

was heißt das konkret? Welche Form des territorialen Kompromisses ist für Sie akzeptabel?

RABIN: Meine grundsätzliche Position hat sich seit Ende des Sechs-Tage-Krieges 1967 nicht geändert: Ich will ein Israel, das in Frieden und Sicherheit leben kann, das zugleich aber auch ein jüdischer, demokratischer Staat bleibt. Diese Definition bedeutet in meinen Augen, daß mindestens 80 Prozent der israelischen Staatsbürger Juden sein sollten.

SPIEGEL: Für die Palästinenser aus den besetzten Gebieten ist in diesem Israel mithin kein Platz.

RABIN: Ich glaube an das Recht des jüdischen Volkes auf das gesamte Land Israels. Aber das eigentliche Problem sind die 1,7 Millionen Palästinenser in den Gebieten, die ein völlig anderes Gemeinwesen darstellen als wir – religiös, kulturell und politisch. Deswegen möchte ich, obwohl ich den Anspruch der Juden auf ganz Israel anerkenne, nicht 1,7 Millionen Palästinenser gegen ihren Willen annektieren; denn damit würde Israel zu einem binationalen Staat werden.

SPIEGEL: Das bedeutet also, daß Sie bereit wären, zumindest Teile des biblischen Landes Judäa und Samaria, das Sie 1967 selbst eroberten, aufzugeben?

RABIN: Ich bin dazu bereit. Aber ich kann mich dabei nicht allein auf einen Friedensvertrag oder eine internationale Abmachung verlassen. Verträge gelten im Nahen Osten nicht so unumstößlich wie die Zehn Gebote, die Bibel oder der Koran. Ich betrachte Friedensverträge zwar als wesentliches Instrument, um allmählich die Kriegsbereitschaft abzubauen. Aber das ist ein langer Prozeß. Deshalb brauchen wir außer Verträgen auch Grenzen, die wir verteidigen können.

SPIEGEL: Die Raketenangriffe während des Golfkriegs haben doch gezeigt, daß Israel selbst für entfernte Aggressoren verwundbar geworden ist. Gibt es überhaupt noch sichere Grenzen?

RABIN: Das Abfeuern der irakischen Scuds auf unsere Bevölkerungszentren zielte darauf, uns in den Konflikt hineinzuziehen. Wenn wir unsere Verteidigungspolitik planen, dürfen wir aber nicht nur an einen Raketenüberfall denken. Ein Krieg wird mit allen Waffensystemen geführt. Fragen Sie, wen Sie wollen: Strategische Tiefe ist für die Verteidigung wichtig.

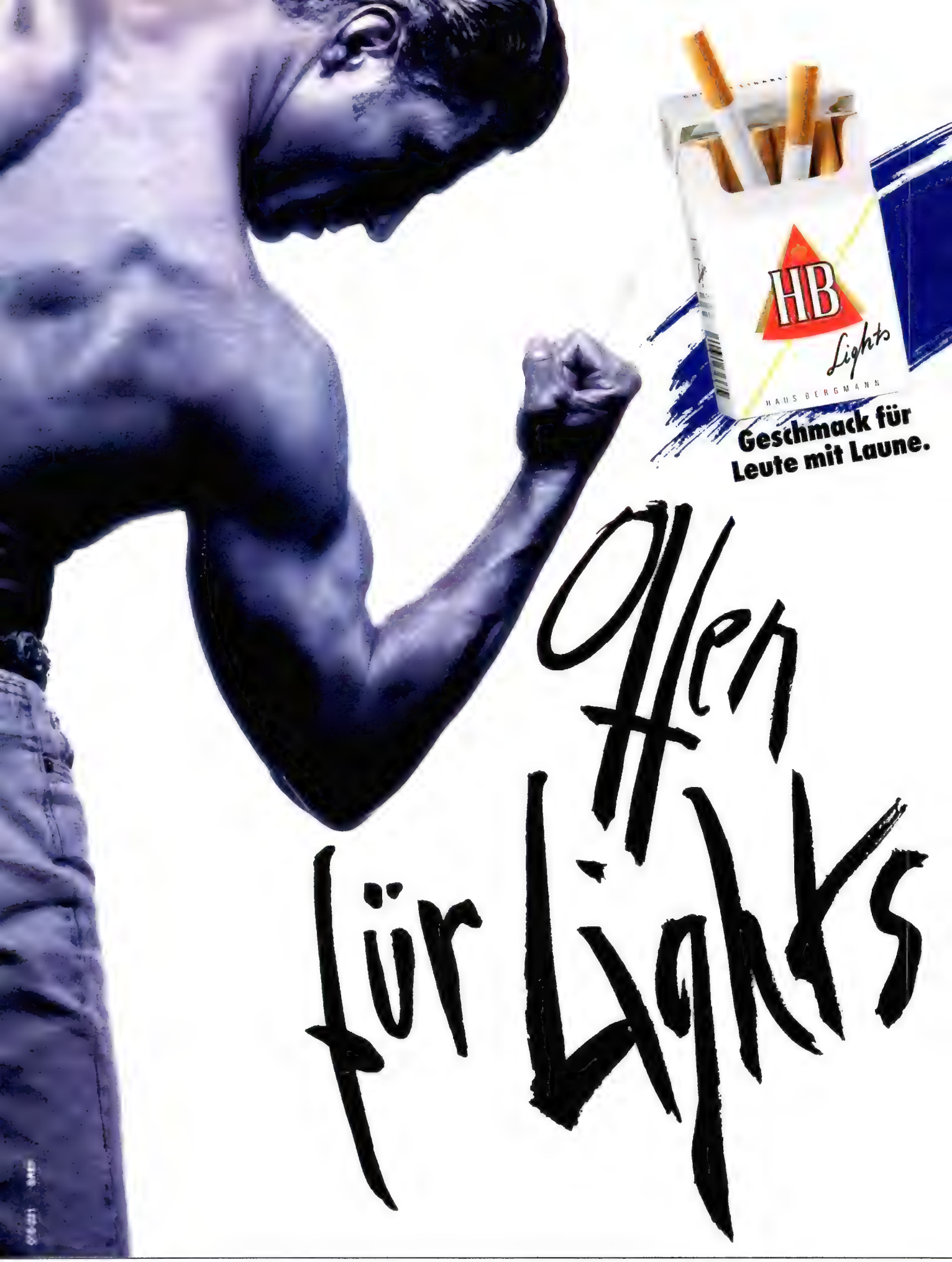
SPIEGEL: Was sind die territorialen Zugeständnisse, die Sie machen wollen, noch wert, wenn Sie trotzdem auf einer militärischen Präsenz am Jordan beharren?

RABIN: Ich unterscheide zwischen jüdischen Siedlungen, die von der jetzigen Regierung aus politischen Gründen errichtet werden, und Positionen, die der Verteidigung Israels dienen. Dazu gehören strategische Siedlungen im Jordantal und auf den Golanhöhen.

Palästinensische Intifada: „Gewalt mit Macht bekämpfen"

SPIEGEL: Und zu den unverzichtbaren strategischen Positionen gehört natürlich auch der annektierte Ostteil Jerusalems?

RABIN: Jerusalem ist eine andere Frage, sie fällt nicht unter das Kapitel Sicherheit. Hier handelt es sich um das Herz und die Seele des jüdischen Volkes und des Staates Israel. Jerusalem muß als unsere Hauptstadt unter israelischer Souveränität für immer vereint bleiben – bei frei-



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,6 mg Nikotin und 6 mg Kondensat (Teer) (Durchschnittswerte nach DIN)

Israelische Eroberer in Ostjerusalem 1967: „Herz und Seele unseres Staates"

em Zugang und freier Ausübung des Glaubens für die anderen Religionen.

SPIEGEL: Sind Sie wenigstens bereit, den Bau neuer Siedlungen zu stoppen?

RABIN: Ich bin seit über 20 Jahren gegen politische Siedlungen. Ich habe während meiner Amtszeit als Ministerpräsident versucht, diese Siedlungen zu verhindern, so gut ich konnte.

SPIEGEL: Wieviel von den besetzten Gebieten wollen Sie denn behalten?

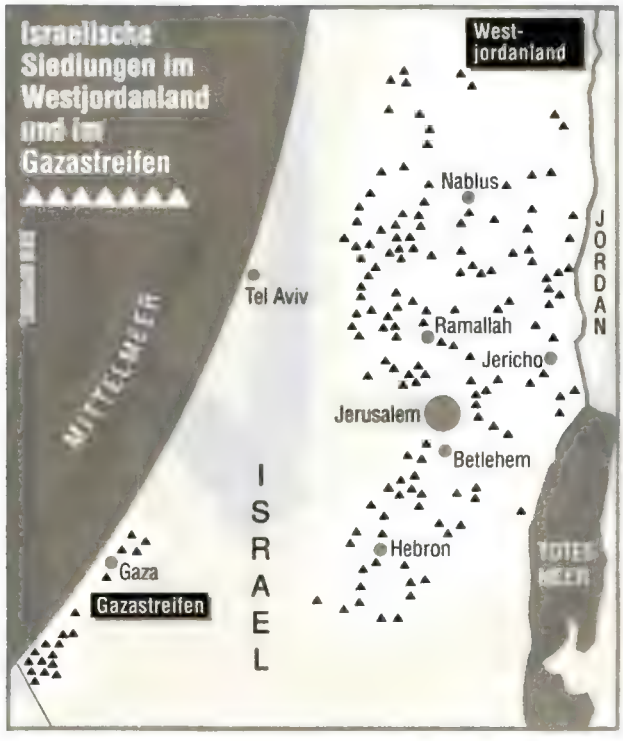
RABIN: Wir haben niemals zugestimmt, uns auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen. Unsere Politik ist klar: territoriale Kompromisse, ja; Rückzug auf die Grenzen von 1967, nie. Wie soll die endgültige Lösung aussehen? Das jetzt schon zu diskutieren führt nirgendwohin.

SPIEGEL: Die Siedlungspolitik der Likud-Regierung hatte auch den Zweck, eine Preisgabe der besetzten Gebiete unmöglich zu machen. Was wird nach einem Rückzug Israels mit den jüdischen Siedlern geschehen, die Sie nicht für strategisch wichtig erachten?

RABIN: Während der Phase der Autonomie sollen die Palästinenser alle ihre eigenen Angelegenheiten selbst verwalten können – Außenpolitik, Sicherheit und die Verantwortung für die israelischen Siedlungen ausgenommen.

SPIEGEL: Das heißt, diese Siedlungen bleiben israelische Enklaven innerhalb eines autonomen Palästinenser-Gebiets?

RABIN: Das ist nicht meine Terminologie. Ich habe nur die Grundzüge für die Übergangszeit erläutert.



SPIEGEL: Nach dem Frieden mit Ägypten wurden alle israelischen Siedlungen auf dem Sinai aufgelöst. Ist es denkbar, daß so etwas auch im Westjordanland passiert?

RABIN: Das Camp-David-Abkommen war ein historischer Durchbruch im arabisch-israelischen Konflikt. Der verstorbene israelische Premier Menachim Begin hat dafür einen schweren und schmerzhaften Preis gezahlt. Ich glaube aber, daß die Entwurzelung von Siedlungen nicht unbedingt notwendig ist, auch nicht im Hinblick auf eine endgültige Friedensregelung.

SPIEGEL: Die israelischen Siedler werden doch nicht unter palästinensischer Oberhoheit leben wollen.

RABIN: In dem Gebiet, das wir 1967 unter unserer Hoheit als das geeinte Jerusalem zusammenfaßten, lebten damals rund 120 000 Palästinenser. Wir boten ihnen die israelische Staatsangehörigkeit an – sie lehnten ab. Sie haben das Recht, sich als Bürger Jerusalems an den Kommunalwahlen zu beteiligen, können aber nicht an den Wahlen zur Knesset teilnehmen. Ich will nicht sagen, daß eine vergleichbare Regelung für die jüdischen Siedler gelten sollte. Vielleicht wird sich ja eine Situation ergeben, in der die endgültige Grenzziehung Juden und Palästinenser säuberlich trennen wird.

SPIEGEL: Nach einem großzügigen Friedensentwurf klingt das alles nicht gerade. Warum sollten die Palästinenser Ihnen eigentlich mehr trauen als Ministerpräsident Schamir? Schließlich haben sie nicht vergessen, daß Sie als Verteidigungsminister zu Beginn der Intifada gelobten, den Aufstand mit „Gewalt, Entschlossenheit und Prügeln" niederzuschlagen.

RABIN: Meine Haltung ist heute genau wie damals: Israel darf vor Gewalt nicht einen Millimeter zurückweichen – ganz gleich, ob es sich um Streitkräfte arabischer Staaten handelt oder um palästinensische Terroristengruppen oder um die Intifada. Gewalt müssen wir mit Macht entgegentreten, innerhalb unserer gesetzlich festgelegten Grenzen.

SPIEGEL: Das bringt Israel dem Frieden keinen Schritt näher.

RABIN: Zugleich habe ich immer auch klargestellt, daß wir mit militärischer Macht allein das Problem nicht lösen können. Den Führern der Palästinenser – und ich habe viele von ihnen getroffen

ZUNEIGUNG ZUM BESONDEREN

– habe ich immer wieder gesagt: Glaubt nicht, daß ihr uns mit Messerstechereien, Molotow-Cocktails oder Steinen zum Einlenken zwingen könnt. Wenn ihr eine Lösung wollt, verhandelt mit uns, wir sind bereit.

SPIEGEL: Für die Palästinenser sind solche Verhandlungen über eine Autonomie doch nur akzeptabel, wenn sie darin einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem eigenen Staat sehen.

RABIN: Das wollen *sie*, aber *wir* sind dagegen. Ich verlange nicht, daß sie auf diese Position ausdrücklich verzichten – solange ihre Forderung nicht die Verhandlungen über Autonomie stört.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht dennoch die Perspektive eines entstehenden Palästinenserstaats in Betracht ziehen?

RABIN: Nein. Die Antwort heißt: nein.

SPIEGEL: Das ändert nichts daran, daß die Palästinenser von diesem Fernziel nicht lassen werden.

RABIN: Hören Sie, ich verbiete den Palästinensern ja nicht, an ihr Fernziel zu denken. Aber jetzt sollen sie sich mit den anstehenden Fragen der Autonomie befassen.

SPIEGEL: Bislang hat Israel es abgelehnt, die PLO als politischen Partner im Friedensprozeß zu akzeptieren. Ist diese Haltung nicht längst unsinnig geworden? Verglichen mit den islamischen Fundamentalisten von Hamas oder anderen politischen Extremisten in den besetzten Gebieten verhält sich die PLO inzwischen geradezu rational und moderat.

RABIN: Unsere Gesprächspartner für Verhandlungen über die Autonomie sind die Palästinenser aus den Gebieten.

hängt. Ginge es nach dem Willen Washingtons, wären Sie wohl der kommende Mann. Wie wollen Sie das durch den Streit um Siedlungspolitik und Kreditgarantien verkorkste Verhältnis zu den USA wieder in Ordnung bringen?

RABIN: Ich habe die Beziehungen zwischen Israel und den USA immer als ein lebensnotwendiges Kapital betrachtet; schließlich bin ich selbst einmal Botschafter in Washington gewesen. Allein in den vergangenen sieben Jahren haben wir rund 21 Milliarden US-Dollar erhalten, vor allem zur Verbesserung unserer Verteidigungsfähigkeit und unserer militärischen Stärke. Aber Israel darf kein Land werden, das unter dem Diktat der USA lebt. Wir sind unabhängig, frei und demokratisch; Entscheidungen über unsere eigenen vitalen Interessen müssen in Israel fallen.

Ankunft russischer Einwanderer in Tel Aviv: „An Frieden und Sicherheit interessiert"

SPIEGEL: Der amerikanische Druck ist schmerzhaft. Werden Sie mehr auf Washington hören müssen?

RABIN: Zweifellos können wir allein mit diesen Problemen und der wachsenden Arbeitslosigkeit nur schwer fertig werden. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich schon jetzt negativ auf den Zustrom von Einwanderern aus der früheren Sowjetunion aus. Natürlich können wir mehr Juden aufnehmen, wenn wir Hilfe aus den USA und Europa bekommen.

SPIEGEL: Noch nie in der Geschichte Israels hat es eine der großen Parteien geschafft, allein die absolute Mehrheit zu gewinnen. Noch jede Regierung mußte bislang mit den religiösen Parteien zusammenarbeiten, weil sie das Zünglein an der Waage darstellten. Befürchten Sie nicht, wieder hilflos deren Erpressungsversuchen ausgeliefert zu werden?

RABIN: Es gibt nur zwei Alternativen: entweder ein Bündnis mit den linken und den religiösen Parteien oder die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit mit dem Likud. Das wäre eindeutig die schlechtere Lösung.

SPIEGEL: Erstmals spielen die Neubürger aus der ehemaligen Sowjetunion eine wichtige Rolle. Wie wollen Sie deren Stimmen für sich gewinnen?

RABIN: Den russischen Erstwählern geht es vor allem um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse: Arbeitsplätze, Unterkunft und Erziehung. Aber sie interessieren sich auch für Frie-

SPIEGEL: Gibt es Ihrer Meinung nach ein palästinensisches Volk, das einen Anspruch auf nationales Selbstbestimmungsrecht hat? Golda Meïr bestritt einst rundheraus, daß es ein palästinensisches Volk gebe.

RABIN: Hat denn jedes Volk seinen eigenen Staat? Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gibt es über hundert Völker. Soll jedes Volk, das sich als solches definiert, einen eigenen Staat haben?

SPIEGEL: Erliegt Israel nicht einer Selbsttäuschung, wenn es glaubt, den Palästinensern das nationale Selbstbestimmungsrecht auf Dauer verweigern zu können?

RABIN: Wer auf diesem Punkt beharrt, wird nur Schwierigkeiten schaffen, die verhindern, daß wir erreichen, was jetzt möglich ist.

SPIEGEL: Israels Regierungen haben immer geglaubt, daß die Zeit für sie arbeite. Je länger aber der Frieden blokkiert ist, um so größer wird die Frustration der Palästinenser und damit die Gefahr mörderischer Attacken oder bewaffneter Kamikaze-Aktionen.

RABIN: Es ist schwer, von Vorfällen der Vergangenheit auf die Zukunft zu schließen. Bislang hat die Zeit für uns gearbeitet. Das bedeutet nicht, daß wir nicht jede Anstrengung machen sollten, Frieden zu schaffen, der uns Sicherheit bietet – Sicherheit für den Staat Israel und Sicherheit für unsere Bürger.

SPIEGEL: Die Wahlen im Juni sind nicht nur für Israel von entscheidender Bedeutung, auch im Ausland – vor allem in den USA – werden sie mit Spannung verfolgt, weil vom Ergebnis der Fortgang der Friedensgespräche ab-

Mobilität ohne Grenzen.

Das Ziel.

Der Weg.

Von jetzt an soll Sie nichts mehr am Aufstieg hindern. Nicht einmal Ihr unbezähmbarer Drang zu Individualität und persönlicher Freiheit. Denn dafür hat Toshiba den PC mobil gemacht. Hat Laptops wie den neuen T4400 SXC entwickelt, die auf Wunsch jeden Platz der Welt in einen hochprofessionellen Arbeitsplatz verwandeln, der höchsten Ansprüchen gerecht wird. Mit TFT-Color-Display.

Und atemberaubenden Zugriffsgeschwindigkeiten. Wegbereiter dieser faszinierenden Leistungen ist die Chip-Technologie, in der Toshiba weltweit dominiert. Aktuellstes Beispiel dafür der erste 16 MegaBit-Chip in Großserie – gigantische Informationsmengen auf winzigstem Raum zusammengefaßt... Was Toshiba Chip-Technologie sonst noch Schönes und Wichtiges für Sie tun kann, lesen Sie demnächst hier.

Im Einklang mit morgen

TOSHIBA

Für weitere Informationen: TOSHIBA INFORMATIONSSYSTEME (DEUTSCHLAND) GMBH, Toshiba Platz 1, 4040 Neuss 1
TOSHIBA ELECTRONICS EUROPE GMBH, Hansaallee 181, 4000 Düsseldorf 11

den und Sicherheit. Trotz aller Lockangebote der Likud-Regierung haben sich die wenigsten von ihnen in den Gebieten niedergelassen. Das gibt mir die Hoffnung, daß sie mehrheitlich für uns stimmen werden.

SPIEGEL: Selbst wenn Sie einen Durchbruch in den Verhandlungen mit den Palästinensern erreichen sollten, würde das genügen, um Israel wirklich mit seinen arabischen Nachbarn auszusöhnen? Oder wird es auf immer Israels Schicksal sein, ein ständig bedrohter Staat zu bleiben, umgeben von Feinden, die ihn als fremdes, zionistisches Gebilde betrachten und seine Legitimität nicht anerkennen?

RABIN: Der Friedensprozeß wird schmerzhaft sein und lange dauern. Unglücklicherweise gibt es keine Abkürzungen und kein Sesam-öffne-dich.

SPIEGEL: Sie haben Ihre Karriere als Offizier im Krieg von 1948 begonnen. Als Sieger im Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Sie weltberühmt. Jetzt, ein Vierteljahrhundert später, wollen Sie Ihre politische Laufbahn mit einem historischen Friedensschluß krönen. Hat sich der Falke Jizchak Rabin wirklich zur Taube gewandelt?

RABIN: Ich rede nicht in zoologischen Begriffen, wenn es um das Volk Israels geht. Ich will Frieden, denn ich habe zuviel Krieg gesehen. Ich weiß, was Krieg bedeutet, ich kenne das Leiden, die Opfer, die Agonie und die Trauer – auf beiden Seiten.

Andererseits leben wir in einer sehr unstabilen, unberechenbaren Region, in der es keine demokratischen Systeme oder Traditionen gibt, sondern die von totalitären oder autoritären Regimen beherrscht wird. Deswegen ist militärische Stärke die einzige Versicherung für den Frieden. Und deshalb müssen wir aus einer Position der Stärke über den Frieden verhandeln.

SPIEGEL: Auch nach dem Ende des Kalten Kriegs wird also der Nahe Osten kein Platz für Abrüstung sein?

RABIN: Ich wünschte, es wäre so. Aber realistisch gesehen wird Abrüstung – abgesehen vielleicht von einer Begrenzung der Massenvernichtungswaffen – einstweilen nicht erreichbar sein. Solange es verfeindete Lager gibt, wird das Wettrüsten anhalten.

SPIEGEL: Jassir Arafat hat einmal gesagt, er warte verzweifelt auf das Erscheinen eines israelischen de Gaulle. 1962 zog de Gaulle die französischen Streitkräfte aus Algerien ab und entließ das Land in die Unabhängigkeit. Könnten Sie der de Gaulle des Nahen Ostens werden?

RABIN: Ich habe nicht die Absicht, ausgerechnet das zu tun, was Arafat von einem israelischen Führer erwartet.

SPIEGEL: Herr Rabin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Österreich

Krimineller Lümmel

Im Präsidentschaftswahlkampf beschimpfen und beleidigen sich die Kandidaten.

Eigentlich sollte es ein ganz friedlicher, sauberer Wahlkampf werden. Darin waren sich die vier Präsidentschaftskandidaten Rudolf Streicher (SPÖ), Thomas Klestil (ÖVP), Heide Schmidt (FPÖ) und Robert Jungk (Grüne) einig.

Nichts sollte im Präsidentschaftswahlkampf 1992 an die Schlammschlacht erinnern, die vor sechs Jahren im Konflikt um den wegen seiner Kriegsvergangenheit und Erinnerungslücken ins Zwielicht geratenen Präsidentschaftskandidaten der ÖVP, Kurt Waldheim, losgebrochen war. Nur keine neuen braunen Wellen, nur keine Wiederholung der unsäglichen Waldheim-Diskussion, die Österreich international in Verruf gebracht hatte.

Wochenlang plätscherte der Präsidentschaftswahlkampf fad dahin, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Doch dann kam FPÖ-Chef Jörg Haider. Er rührte die Emotionen hoch, indem er ausgerechnet dem Antifaschisten und Zukunftsforscher Robert Jungk, 78, vorwarf, dieser habe im Jahre 1942 „eine Jubelbroschüre für das Dritte Reich" verfaßt.

Als Beweis zitierte der rechtsliberale Führer aus einem Beitrag für die Zürcher *Weltwoche*, in dem Robert Jungk,

FPÖ-Führer Haider
„Perfide Versuche"

der als rassisch Verfolgter emigrieren mußte, von einer „volksbiologisch sehr fortschrittlichen Regierung des Dritten Reiches" sprach. Aus dem Zusammenhang geht zwar klar hervor, daß es sich bei dem unter den Argusaugen der Schweizer Zensur verfaßten Beitrag keineswegs um eine „Jubelbroschüre" handelte, sondern um eine kritische Analyse der Nazi-Politik. Haider störte das indes nicht weiter.

Und ebensowenig verunsicherte den FPÖ-Vorsitzenden die Empörung, die sein Angriff gegen Jungk auslöste. Jungk nannte Haider einen „unbeschreiblichen Lümmel" und die Attacke „kriminell". Selbst die beiden Kandidaten der Koalitionsparteien, die sonst mit dem erklärten EG-Gegner Jungk wenig

Kandidaten Jungk, Streicher, Schmidt, Klestil: Keine braunen Wellen

Der Mensch braucht die Farbe wie das Licht.

„Unser Organismus nimmt das Licht und damit auch seine Farbanteile wie Nahrung auf, um Energien daraus aufzubauen." Heinrich Frieling aus seinem Buch „Mensch und Farbe".
Die Fakten: Farben spielen in der Gestaltung der Außen- und Innenarchitektur eine tragende Rolle. Richtig angewandt, beeinflussen sie entscheidend unser Fühlen, Denken und Handeln. Farben motivieren und strukturieren. Farben beruhigen und beleben. Farben kühlen und erwärmen. Farben signalisieren Gefahr und sparen Energie. Und natürlich: Farben schützen, sanieren und dekorieren.

Unsere Antwort: **Sto Farb- und Putzsysteme** auf mineralisch und organisch gebundener Basis. In den 390 Farben des Stocolor Systems. Für den Außen- und Innenbereich. Den Bogen spannen Farbgestaltungs-Konzepte vom StoDesign Studio. Mehr von der Sto AG, D-7894 Stühlingen.

Bewußt bauen.

sto

verbindet, sparten nicht mit geharnischten Worten über die „perfiden Versuche Jörg Haiders, Robert Jungk vom Juden zum Nazi umzuvolken" (*Profil*). Allerdings gingen sie damit dem geschickten Rechtspopulisten auf den Leim, denn sie schrieben, was Haider unters Volk bringen wollte, selbst aber nie hätte sagen können: daß Robert Jungk Jude ist und im Zweiten Weltkrieg im Schweizer Exil untertauchte – in weiten Kreisen Österreichs nach wie vor ein Schandfleck.

Der infame Angriff war Haiders Rache dafür, daß Jungk keine Gelegenheit versäumte, den FPÖ-Chef frontal anzugreifen und zu betonen, daß er als Präsident „eher zurücktreten" als diesen mit einem Regierungsamt betrauen würde.

Nur am Rande geht es Haider, in den Augen vieler österreichischer Wähler, auch darum, einen unbequemen Konkurrenten der FPÖ-Kandidatin Heide Schmidt anzupatzen. Seit Heide Schmidt sich allerdings herausnahm, Kritik am braunen Zungenschlag der Führungsriege um Jörg Haider zu üben (SPIEGEL 11/1992), hält sich Haiders Sympathie für die freiheitliche Kandidatin, die laut Umfragen lediglich mit zwischen 11 und 15 Prozent der Stimmen rechnen darf, in Grenzen.

SPÖ-Mann Rudolf Streicher, der als Verkehrsminister eine gute Figur machte, liegt mit 38 bis 39 Prozent unangefochten an der Spitze, gefolgt vom Karrierediplomaten Thomas Klestil (ÖVP), dem etwa 25 Prozent zugebilligt werden. Robert Jungk hingegen scheint mit 5 bis 7 Prozent bereits hoffnungslos abgeschlagen. In der wohl erforderlichen Stichwahl dürften dann Streicher und Klestil aufeinandertreffen.

Programmatisch unterscheiden sich die Bewerber der beiden Koalitionsparteien kaum. Beide befürworten einen Beitritt Österreichs zur EG. Während Streicher „an der Neutralität nicht rütteln" will, meint Klestil, daß der Status der Neutralität zwar unberührt bleibe, „nicht aber unsere Neutralitätspolitik". Diese werde sich in Richtung „internationaler Solidarität" weiterentwickeln.

Einen zweiten Wahlgang könnte auch Haider für sich nutzen. Wenn er nämlich eine Wahlempfehlung für den konservativen Klestil abgibt und der mit FPÖ-Beistand Bundespräsident würde, könnte das die Große Koalition der Wiener Regenten sprengen. Umgekehrt dürfte eine Niederlage Klestils den Koalitionskritikern innerhalb der ÖVP Auftrieb geben.

Wie immer die Wahlen ausgehen, selbst die ÖVP-freundliche *Presse* glaubt: „Haider kann von dem kommenden Urnengang nur profitieren."

Rumäniens hingerichteter Diktator Ceauşescu: Dossiers unter Verschluß

Unbereute Sünden sind die Last der Zukunft

Wie der einstige Ostblock mit der kommunistischen Vergangenheit umgeht

Den Volksvertreter dürstet es nach Blut. „Die Führer und Henker des alten Systems müssen hängen", verlangte der Abgeordnete János Dénes im Budapester Parlament. Und er nannte gleich auch Kandidaten für den Strick – einer von ihnen ist 84 Jahre alt.

Polens Paradedissident Adam Michnik, der selbst unter dem KP-Regime jahrelang im Gefängnis saß, kämpft leidenschaftlich gegen jegliche Rachegelüste an. Daß viele Schuldige nun ohne Strafe davonkämen, sei nun mal der Preis für den friedlichen Verlauf der Zeitenwende.

Zur Kommunistenhatz wird wiederum in Prag geblasen. Alle ehemaligen Staatssicherheitsagenten und Parteifunktionäre vom Kreisvorsitzenden aufwärts wurden mit Berufsverbot belegt. Sie dürfen fünf Jahre lang kein öffentliches Amt bekleiden.

Albaniens Wahlsieger Berisha will weder Prozeßserien gegen die Mächtigen von gestern veranstalten, noch die Akten des berüchtigten Geheimdienstes Sigurimi öffnen, denn dann würden „unsere Konzentrationslager größer sein als zu Hodschas Zeiten".

Gar 40 Jahre lang sollen alle Dossiers der rumänischen Securitate unter Verschluß bleiben, beschloß das Parlament in Bukarest, wo die KP-Diktatur im Dezember 1989 mit einem Blutbad endete, der Despot Nicolae Ceauşescu samt Ehefrau erschossen wurde. Seither wird nicht mehr an der Vergangenheit gekratzt – ihre Aufarbeitung müßte die derzeit Herrschenden mit einbeziehen.

Beim Nachbarn Bulgarien schleppt sich die juristische Abrechnung mit dem roten Zaren Schiwkow seit 14 Monaten ohne Ergebnis hin. Wegen des labilen Gesundheitszustandes des 80jährigen Ex-Diktators bleibt der Prozeß erst mal auf unbestimmte Zeit verschoben.

Keinerlei Vergangenheitsbewältigung gibt es bislang in dem Land, aus dem einst alles Übel, das es aufzuarbeiten gilt, über die Völker Osteuropas gekommen war – der einstigen Sowjetunion.

Dort ist „die Macht in Händen der alten Nomenklatura verblieben, die sich nun unter der Trikolore Rußlands und den anderen nationalen Fahnen sammelt", so das Fazit ehemaliger Gulag-Häftlinge bei einem Treffen in Moskau.

Dies mag auch erklären, warum Rußlands Führung Erich Honecker nicht an die deutsche Justiz ausliefern mochte: Ihn in den Knast zu schicken wäre nicht

Ricola Light.
Verblüffend voller Geschmack.

Ricola. Von Natur aus wirksam.

Bei Hustenreiz und Heiserkeit: Ricola mit 13 Schweizer Kräutern. Natürlich erfrischend, für unterwegs und für jeden Geschmack: Kräuter Original, Zitronenmelisse, Orangenminze, Eukalyptus und Alpin Fresh.

nur Klassenverrat, sondern womöglich auch ein böses Omen für das eigene Schicksal.

So tun sich die befreiten Völker von der Weichsel- bis zur Donaumündung, dies- und jenseits des Ural schwer mit der eigenen Vergangenheit, jedes für sich und auf seine Weise. Aber ob sie die Last schlicht verdrängen – wie bislang noch die Mehrheit – oder sie auf unterschiedlichste Art aufzuarbeiten versuchen, in einem Punkt scheinen sich alle einig: So quälend-gründlich wie die Deutschen wollen sie auf keinen Fall im Schmutz der vergangenen Jahrzehnte wühlen.

Es sind allen voran die eigentlich Betroffenen, die verfolgten Dissidenten, die für behutsamen Umgang mit der Vergangenheit eintreten. Fast wortgleich wenden sich beispielsweise polnische wie ungarische frühere Regimekritiker gegen eine „Hexenjagd".

Wer sei denn schon absolut frei von der Schuld politischer Kollaboration mit der Macht der vergangenen vier Jahrzehnte, mahnt der ungarische Schriftsteller György Konrád, unter den Kommunisten jahrelang selbst verfolgt. Für solche Äußerungen mußte er sich freilich dann auf offener Straße von rechten Schlägern als „kommunistische Judensau" anpöbeln lassen.

In Ungarn, wo die Regierungspartei Demokratisches Forum immer weiter nach rechts abdriftet, ist um das Thema Vergangenheitsbewältigung eine erbitterte Kontroverse entbrannt. Dieselben Kräfte, die vor wenigen Wochen den für Geheimdienste zuständigen Minister András Gálszécsy zum Rücktritt veranlaßten, weil der sich weigerte, mißliebige Oppositionspolitiker bespitzeln zu lassen, wollen nun die Geheimdienstler von gestern verfolgen.

In aller Eile hatte die Regierung im November ein Gesetz durchs Parlament gepaukt, das vorsah, bei Delikten wie Mord, Totschlag und Hochverrat, die zwischen dem 21. Dezember 1944 und dem 2. Mai 1990 begangen und aus politischen Gründen nicht verfolgt worden waren, die Verjährung aufzuheben. Damit sollten Verantwortliche für Verbrechen der stalinistischen Rákosi- und der späteren Kádár-Ära vor Gericht gestellt werden.

Liberale wie Konrád sehen darin die Gefahr einer ausufernden Rachejustiz, eine Treibjagd neuer Spitzel auf alte Spitzel. Staatspräsident Árpád Göncz von den Freien Demokraten, selbst nach dem Volksaufstand von 1956 zu lebenslanger Haft verurteilt, verweigerte die Unterschrift und verwies das Gesetz zur Prüfung an das Verfassungsgericht.

Die oberste Rechtsinstanz, erst vor zwei Jahren eingesetzt, bestätigte die Bedenken des Staatschefs. Der Entwurf verstoße gegen das Prinzip der Rechtssicherheit. Es gehe nicht an, die Verjährung für bestimmte Straftaten rückwirkend aufzuheben.

Der Konflikt wurde noch durch Veröffentlichungen angeheizt, die den 1989 verstorbenen Vater des ungarischen Gulaschkommunismus, János Kádár, als brutalen Folterknecht ausweisen. 1949 leitete der damalige Innenminister Kádár persönlich das Verhör des Ex-Außenministers und angeblichen „Titoisten" László Rajk. „Wenn du nicht sofort dein Geständnis unterschreibst", drohte Kádár dem Genossen laut Vernehmungsprotokoll, „dann wirst du so verprügelt, daß du deine Gedärme ausspuckst." Rajk wurde gehenkt.

Aber Kádár ist tot, und Intellektuelle wie der Schriftsteller György Dálos, von Regierungsanhängern neuerdings als „Liberalbolschewist" verketzert, fürchten, daß ein Verjährungsgesetz „nur neue Ungerechtigkeit schaffen würde".

Aber wie das Problem „mit all denen, die dem Kommunismus in Osteuropa gedient haben, behandelt werden soll" (so der Londoner *Economist*), darauf gibt es keinerlei allgemeingültige Antwort.

Wie immer es angepackt wird, es kann falsch sein und fatale Folgen haben: Jugoslawien wurde nicht zuletzt durch seine konsequent verdrängte Vergangenheit ins Bürgerkriegschaos gestürzt. Die meisten GUS-Staaten befürchten genau das gleiche für den Fall, daß sie im vergangenen Unheil wühlen, und tun daher nichts. Folge: Die Konflikte werden bloß vertagt.

Das hängt in der einstigen Sowjetunion auch damit zusammen, daß meist nicht nur dieselben Leute, sondern auch noch die alten Organisationen an den Machthebeln sitzen.

Der Riesenkrake KGB, Mutter aller Ostgeheimdienste einschließlich der ostdeutschen Stasi, wurde selbst nach dem Putsch vom August 1991, den er mit initiiert hatte, organisatorisch getrennt, umbenannt und unter den Nachfolgerepubliken der UdSSR aufgeteilt.

Reformpläne des früheren Innenministers Wadim Bakatin, der die weltgrößte Staatsterror- und Spitzelorganisation übernommen hatte, gab es zwar, wurden aber gar nicht ernsthaft erwogen. Bakatin ist längst wieder weg, gilt in Moskau sogar als Hochverräter, weil er den Amerikanern die Pläne des KGB-Abhörnetzes in der neuen US-Botschaft übergab.

In der Lubjanka, der berüchtigten Moskauer Geheimdienstzentrale, arbeitet der Monsterapparat weiter in bewährter alter Art, bloß jetzt ohne jegliche Kontrolle, da für seine Tätigkeit keinerlei gesetzliche Grundlage besteht. Mehr denn je ist der Geheimdienst ein Staat im nunmehr russischen Staat. Der Dienst rekrutiert munter neue Agenten und dokumentiert seine ungebrochene Macht sogar für alle sichtbar:

Als die russische Regierung unter Boris Jelzin nach dem Putsch das ZK-Gebäude der KPdSU am Alten Platz als Amtssitz requirierte, betraute sie die Miliz mit ihrem Schutz. Damit sollte die Polizei für ihre Verteidigerrolle am Weißen Haus des russischen Parlaments während der Putschtage belohnt und geehrt werden. Die Milizionäre sind jedoch vom Alten Platz längst wieder verschwunden. Dort wachen wie gehabt die Spezialisten vom Dienst.

Prager KP-Ideologe Bilak: „Diskriminierung aufgrund politischer Überzeugungen"

KGB-Hauptquartier in Moskau: „Die Macht verblieb in Händen der alten Nomenklatura"

Polens Ex-Präsident Jaruzelski (1989)
Anklage wäre möglich

Das vollständige Fehlen von „Reue", die bei Russen hohen Rang in der Skala menschlicher Tugenden einnimmt, beklagte unlängst der Philologe und Kunsthistoriker Dmitrij Lichatschow. Für die liberale russische Intelligenz verkörpert Lichatschow, 85, jene moralische Autorität, die einst der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow besaß.

Seine Mahnung, daß eine derart „unbereute Sünde eine Zukunftslast für den einzelnen ebenso wie für die ganze Gesellschaft darstellt", fand aber kaum Widerhall: weder bei einer Regierung, die ganz auf Kontinuität der Machtausübung setzt, noch bei einer Gesellschaft, in der das Interesse an Selbsterkenntnis in demokratischer Auseinandersetzung längst wieder hinter den Wunsch nach Ordnung und straffer Führung zurückgetreten ist.

Bulgariens Ex-Staatschef Schiwkow*
Abrechnung verschoben

Und dies gilt nicht nur für die Russen. Fast überall im einstigen Riesenreich führt ein Flügel der selbstaufgelösten KPdSU die nunmehr nationalen Geschäfte weiter – mit allerdings deutlicher Nord-Süd-Verwerfung:

In den ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens sind die hohen KP-Kader zu fast 100 Prozent in die neuen Nationalbürokratien eingegangen. In Rußland, Belorußland und der Ukraine wird der Bestand an Altkommunisten im Machtapparat auf 80 Prozent geschätzt; selbst im abgefallenen Baltikum schwankt die Zahl noch zwischen 40 und 50 Prozent.

Nur in Lettland sitzt der frühere Parteichef Alfred Rubiks im Gefängnis, und nur in Litauen und im bedrohten Armenien führen mit Vytautas Landsbergis und Ter-Petrossjan frühere Regimegegner die Staatsgeschäfte. Doch auch in ihren Vorzimmern wirken meist noch die Geister von gestern: Präsidentenberater Virgilijus Čepaitis wurde in Vilnius als KGB-Agent entlarvt; selbst Litauens erste Regierungschefin, Kasimiera Prunskiene, wird beschuldigt, Informantin des Sowjetgeheimdienstes gewesen zu sein.

Ob Krawtschuk in Kiew, Snegur in Moldawien, Schaimijew im neuerdings von Rußland abtrünnigen Tatarstan oder die alte Garde auf der Krim: Die Nomenklatura lebt.

Vergessen die vollmundigen Ankündigungen des russischen Justizministers Fjodorow kurz vor Jelzins Besuch in Bonn, alle Politbüro-Mitglieder und ZK-Sekretäre gehörten ausnahmslos auf die Anklagebank – da müßten sich vielerorts die Regierenden selbst vor Gericht stellen.

Jene Beseitigung von kommunistischen Altlasten, die in den sowjetischen Nachfolgerepubliken nicht einmal ansatzweise zu erkennen ist, fordern aber immer lauter Politiker und Parteien in den einstigen Satellitenländern Moskaus – wenn auch nur, um sich damit zu profilieren.

Wie schwierig, mühsam und womöglich selbstzerstörerisch ein solcher Pro-

* Während des Prozesses 1991.

Postboten atmen auf: Der elektronische Briefkasten ist da.

Der Beruf des Postboten war schon immer riskant. Denken Sie nur an den Kurier des Zaren, an die Postkutscher im Wilden Westen oder an die Briefträger im Villenviertel.

Mit unserem Ascom Message Manager haben wir das Problem am Schopf gepackt, am Briefkasten nämlich. Dieser AMM ist zwar nichts anderes als ein Briefkasten, aber eben ein elektronischer. Und als solcher kann er völlig gefahrenfrei via Telefonleitung gefüllt und ebenso geleert werden. Die Zustellung solcher Post verliert dadurch natürlich die Dimension des Abenteuers.

Dafür kann man beim AMM nicht nur schriftliche, sondern auch mündliche Mitteilungen einwerfen, und dem Empfänger ist es möglich, seinen Briefkasten zu leeren, auch wenn er verreist ist. Er kann von jedem x-beliebigen Telefon und Fax-Gerät dieser Welt die an ihn adressierte gesprochene und geschriebene Post bequem abrufen oder direkt an die neue Adresse ausliefern lassen.

Technologisch vergleichbar funktioniert auch unsere öffentliche Dienstleistung Fax-Fastline, die durch einen solchen digitalen Zwischenspeicher das Problem der überlasteten Fax-Geräte löst und den ganzen Fax-Verkehr (z. B. Rundschreiben) drastisch vereinfacht.

Für die Zustellung von Paketpost allerdings sind wir nach wie vor auf den Mut unserer Postboten angewiesen.

Der Ascom Konzern ist international tätig, hauptsächlich in den Bereichen Enterprise Networking, Nebenstellenanlagen, Telecom-Ausrüstungen und Endgeräte für öffentliche und private Netze, drahtlose Inhouse-Kommunikationssysteme, Betriebsfunksysteme sowie Dienstleistungsautomation, und ist spezialisiert auf vernetzte Gesamtlösungen. Ascom Holding GmbH, Postfach 64 01 29, 6000 Frankfurt am Main 64, Telefon 06109-30550.

ascom *denkt weiter.*

NEU! Die PC-Fax-Lösung von
TechniFax®

Direktanschluß des Faxes an Ihren PC. Direkt Faxen aus dem PC oder nur mit dem Fax - das ist die intelligente Lösung von **TechniFax**®. Sie können herkömmlich faxen oder sämtliche Daten und Zeichnungen aus Ihrem Computer direkt oder zeitversetzt senden - über 4000 Nummernspeicher.

Erfragen Sie Preise und Gesamtkatalog von

TechniFax®
Kommunkationssysteme GmbH
TechnicPark, W-5568 Daun
Tel.: 0 65 92 / 71 28 01 - 06
Fax: 0 65 92 / 49 58

Weitere Händler willkommen.

AS MOTOR

AS 46 B1 variomat
Technik, die verwöhnt –

- 2,9 kW (4 PS) AS-2-Takt-Leichtstartmotor.
- Radantrieb mit stufenloser Geschwindigkeitsregulierung.
- Perfekte Aufnahme auch bei feuchtem Gras.
- Rostfreies Gehäuse.

Kleiner Preis

COUPON: Senden Sie mir bitte kostenlos Prospekte
☐ samix-Gartenhäcksler ☐ AS „allrad"
☐ AS-Motormäher ☐ AS-Allmäher

AS-MOTOR GMBH & CO. KG
D-7163 Oberrot · Lindenstr. 56
Tel.: 07977/71-0 · Telex: 74642

zeß für Gesellschaften ist, die auf dem ohnehin steinigen Weg zur Demokratie erst einmal in tiefes soziales Elend abgleiten, zeigen nicht nur die bitteren Polemiken in Ungarn oder der Tschechoslowakei.

Rund 20 Prozent der erwachsenen Rumänen waren eingeschriebene Parteimitglieder, 14 Prozent der Tschechoslowaken, 13 Prozent der Bulgaren, 12 Prozent der Polen und jeder zehnte Ungar.

Rechnet man jene hinzu, die Jugend-, Frauen-, Berufs- oder anderen Verbänden der Partei, gleichgeschalteten Gewerkschaften oder Blockparteien angehörten, die Spitzeldienste für die jeweiligen Staatssicherheitsdienste leisteten, und das alles samt Familienangehörigen – da müßten eifrige Saubermänner schon mit einem großen Teil ihrer jeweiligen Völker ins Gericht gehen. Nationale Tragödien wären unabwendbar.

Das Prager „Durchleuchtungsgesetz", das Hunderttausende von Bürgern ohne individuelle Schuldprüfung ausgrenzt, weshalb es der Dichterpräsident Václav Havel nur zögernd unterschrieb, empfand die *New York Times* als „Klassenverrat im Stalinismus". Selbst der Europarat äußerte ernste Bedenken gegen die pauschale „Diskriminierung aufgrund politischer Überzeugungen".

Da viele Akten der Staatssicherheit verschwunden sind, offenbar auch gefälschte in Umlauf gebracht wurden, drohen wilde Anschuldigungen. Der Sprecher des Prager Innenministeriums, Milan Fendrych, warf 18 ehemaligen KP-Funktionären Landesverrat vor, weil sie die sowjetische Intervention von 1968 gebilligt hätten. Darunter fand sich auch der angesehene Reformkommunist Zdeněk Mlynář, der nach 1968 geflüchtet war. Ihm fiel dazu nur der Kommentar „idiotisch" ein.

Das Durchleuchtungsgesetz werde als Mittel gegen die politische Opposition mißbraucht, klagt der Abgeordnete Jan Kavan, dem Bespitzelung von Kommilitonen im englischen Exil 1969 vorgeworfen wird.

Im derzeitigen slowakischen Wahlkampf beschuldigen die Konkurrenten sich gegenseitig anrüchiger Stasi-Vergangenheit. Ex-Slowakenpremier Mečiar soll als IM „Doktor" für die Staatssicherheit gearbeitet haben. Seine Anhänger konterten ihrerseits, der Bruder des amtierenden Premiers Čarnogurski habe der Stasi gedient. Beim Wahlvolk scheint die Schlammschlacht beiden Seiten nicht übermäßig zu schaden – die Slowaken beschäftigt offenbar die Frage, ob sie in der ČSFR verbleiben oder unabhängig werden wollen, viel mehr als jedwede Vergangenheit.

Immerhin hat das Säuberungsgesetz dazu geführt, daß sich Tausende Bürger um eine „Moralurkunde" des Innenministeriums bemühen. Die Bescheinigung kostet 200 Kronen (elf Mark) und soll bestätigen, daß man nichts auf dem Kerbholz hat und auf seinem Posten bleiben kann.

Viele lassen sich prophylaktisch überprüfen, „denn wenn man auch nur aus Krankheitsgründen seine Stellung aufgibt, wird man als Kollaborateur bezichtigt", klagte der Monteur Jan Dolansky.

Für 1000 Kronen kann sich jedermann aber auch über seinen Nachbarn oder einen persönlichen Feind informieren lassen – und dann, wie es schon geschah, das belastende Ergebnis mit offener Postkarte verschicken.

Juristisch belangt wurden bisher nur einige Prominente, darunter der einstige Chefideologe der Prager KP, Vasil Bilak, und führende Funktionäre der Staatssicherheit. Im März wurde auch der Chefredakteur des früheren Parteiorgans *Rude pravo* verhaftet – er soll Millionen veruntreut haben.

Ein Wechselbad zwischen dem Wunsch nach Aufklärung und der Furcht vor einer Hexenjagd erlebt – ähnlich wie Deutschland – auch Polen seit der Wende. Ein auf Abrechnung mit den Kommunisten zielendes Gesetz, das die Zentrumsallianz einbrachte, schmort unerledigt im Parlament. Da der Sejm die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 für illegal erklärte, wären Anklagen gegen die dafür Verantwortlichen möglich, den damaligen Parteichef General Jaruzelski eingeschlossen.

Am Runden Tisch zwischen der seinerzeitigen kommunistischen Regierung und der demokratischen Opposition war 1989 vereinbart worden, Vergangenes vergangen sein zu lassen. Der erste nichtkommunistische Premier Mazowiecki hielt sich daran, zumal er aus eigener Überzeugung die Politik eines „dicken Strichs" vertrat.

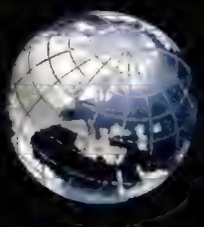
So führten auch die insgesamt 130 Todesfälle während des Kriegsrechts bislang zu keiner Anklage. Der Mord an dem oppositionellen Priester Jerzy Popieluszko kam noch unter den Kommunisten vor Gericht. Verurteilt wurden nur die Vollstrecker – vier Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes SB –, nach Hintermännern wurde erst nach der Wende gefahndet.

Präsident Lech Walesa möchte es dabei nicht bewenden lassen. Er will „die Entscheidungsträger zur Verantwortung ziehen". Aber auch er ist dafür, „den kleinen Leuten zu verzeihen".

Der Priester Josef Tischner sieht einen anderen Weg der Vergangenheitsbewältigung. Er forderte die Kommunisten auf, gegenüber dem Volk Reue zu zeigen und „um Vergebung zu bitten, wie es die polnischen Bischöfe gegenüber den Deutschen getan haben".

DER EINZIGE STAUFREIE VERKEHRSKNOTENPUNKT IN EUROPA.

Man kann es sich bei dem heutigen Verkehrsaufkommen kaum noch vorstellen. Aber es gibt eine durchgehend geoffnete Route durch Europa und vor allem einen bequemen Weg für den Handel mit dem Norden und dem Osten: Sie nehmen einfach die Elbe. Direkt ab Hamburg über Dresden bis nach Prag. Oder nach Skandinavien. Oder aber auf der Schiene oder Straße von Hamburg aus wohin auch immer Sie wollen. Außer naturlich, Sie wollen von Hamburg nie wieder weg.



HAMBURG

DAS TOR ZUR WELT

USA

Hülle ohne Inhalt

Fällt das Recht auf Abtreibung? Das Washingtoner Verfassungsgericht will jetzt neu entscheiden.

Ronald Maxson, 56, pensionierter Zivilangesteller der US-Streitkräfte aus San Francisco, verließ vor eineinhalb Jahren seine Frau, sechs Kinder und zehn Enkelkinder, um sich den „Lämmern Christi" anzuschließen. Seither reist er mit ihnen von Abtreibungsklinik zu Abtreibungsklinik und versucht, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern.

Polizeieinsatz beim Protest von Abtreibungsgegnern: „Lämmer Christi"

Als selbsternannte „Opferlämmer" (so Pater Norman Weslin, der Organisator der christlichen Überzeugungstäter) dringen sie in die Abtreibungsstationen ein und beschwören die Patientinnen, von ihrem Vorhaben abzulassen. Betend werfen sie sich vor die Wagen von Abtreibungsärzten, um zu verhindern, daß diese ihren Arbeitsplatz erreichen. Widerstandslos lassen sie sich von Polizisten verhaften.

Ähnlich intensiven Einsatz wünschen sich Abtreibungsbefürworter auch von ihren Anhängern. Dianne Feinstein, populäre Kandidatin für das Amt einer Senatorin von Kalifornien, fordert Frauen zu Protestmärschen im ganzen Land auf und drängt sie, „in alle Wahlkreise zu strömen, um die Leute zur Stimmabgabe für Abtreibungsbefürworter zu bewegen". Eine halbe Million Demonstranten – unter ihnen die demokratischen Präsidentschaftsbewerber Bill Clinton und Jerry Brown – zogen Anfang April nach Washington, um für das Recht auf Abtreibung einzutreten.

Befürworter wie Gegner verteidigen ihre Argumente derzeit hitziger als je zuvor – die einen aus Furcht, die anderen in vorweggenommener Siegesgewißheit. Denn das Recht auf Abtreibung, das der Oberste Gerichtshof in Washington 1973 zum Grundrecht erklärt hatte, ist in Gefahr.

Am Dienstag nach Ostern beginnen die konservativen Nachfolger der damaligen Richter mit Beratungen über ein neues Abtreibungsgesetz des Bundesstaates Pennsylvania, das dieses Grundrecht einschränkt. Bestätigt der Supreme Court die Auflagen des Bundesstaates, stünde es anderen US-Ländern frei, ohne verfassungsrechtliche Bedenken verschärfte Gesetze zu verabschieden.

Und die Abtreibungsbefürworter haben Grund zur Sorge: Mehrheitlich ließen die zumeist von den republikanischen Präsidenten Ronald Reagan und George Bush ernannten Verfassungsrichter ihren Unmut über die liberale Rechtslage durchblicken.

Damit zeichnet sich ein Triumph für die Abtreibungsgegner ab, die im Urteil von 1973 eine „Kriegserklärung an ungeborene Babys" erblickt hatten. Trotz ihres Kreuzzugs war ihnen ein Erfolg auf Bundesebene versagt geblieben.

Schon seit Jahren hatten sich Reagan und Bush verpflichtet, für einen Verfassungszusatz zu sorgen, der die jährlich etwa 1,4 Millionen Abtreibungen generell verbieten würde. Doch das war politisch genausowenig durchzusetzen wie der Versuch von Parlamentariern, Schwangerschaftsabbrüche per Bundesgesetz zu ermöglichen.

Die Abtreibungsgegner versuchten deshalb, das verhaßte Grundsatzurteil über neue Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten zu kippen – ein logisches Vorgehen, weil sich die Verfassungsrichter vor zwei Jahrzehnten nicht mit ethischen Fragen auseinandergesetzt, sondern über die Alleingänge der Bundesstaaten entschieden hatten. Das Recht auf Abtreibung – gleichgestellt etwa dem Recht auf freie Meinungsäußerung – konnte seither nur durch das „zwingende Interesse eines Staates" eingeschränkt werden.

Erst die neue konservative Mehrheit im Washingtoner Verfassungsgericht riß die hohe Hürde nieder. In einer Entscheidung von 1989 hieß es nur noch, daß Abtreibungsgesetze künftig in „rationaler Beziehung zu einem legitimen Staatsinteresse" zu stehen hätten. Der Unterschied zwischen den beiden Formulierungen wirkte wie eine Aufforderung an konservative Staaten, neue Gesetze zu verabschieden.

Den Anfang machte ausgerechnet Guam, das winzige US-Territorium im Pazifik, das Abtreibungen grundsätzlich verbot und sie nur in Ausnahmefällen zuließ. Die Staaten Utah und Louisiana folgten mit ähnlichen Gesetzen.

In Pennsylvania verzichteten die Abtreibungsgegner auf einen Frontalangriff gegen die alte Entscheidung. Die neuen Vorschriften verpflichteten die Ärzte, ihre Patientinnen über Abtreibungsalternativen aufzuklären, und verboten lediglich bestimmte Schwangerschaftsabbrüche, etwa die Abtreibung männlicher Föten durch Frauen, die sich eine Tochter wünschten.

Das traf zwar die Mehrheitsmeinung der Amerikaner, die sich beständig gegen solche als frivol betrachteten Abtreibungen wandten, schuf aber dennoch einen Präzedenzfall. Der Staat erhielt das Recht, über die Beweggründe abtreibungswilliger Frauen zu entscheiden.

Sollte der Supreme Court das Pennsylvania-Gesetz nun bestätigen, wäre die Frage, ob die Verfassungsrichter das Votum ihrer Vorgänger auch formal aufheben, nur noch von zweitrangiger Bedeutung. Lediglich einige Staaten, darunter Kalifornien, haben das Recht auf Abtreibung in ihrer Landesverfassung garantiert. Alle anderen könnten es mit höchster Richtergenehmigung so lange aushöhlen, bis, nach Einschätzung der *New York Times*, „eine Hülle ohne Inhalt" zurückbliebe.

velta
ist unter den Zugpferden.

Alle reden vom Wetter, kaum einer über die Leute, die Tag und Nacht im Hamburger ICE-Betriebswerk im Einsatz sind, um die neuen ICEs zu warten. Hier ist velta am Zug und sorgt dafür, daß wärmetechnisch alles glatt über die Bühne geht. Denn hier, in jeder der über 400 Meter langen Arbeitsbühnen, ist eine velta Flächenheizung integriert, die nicht nur für behagliche Wärme ober- und unterhalb der Bühne sorgt, sondern zugleich einen Teil des Wärmedefizits, das durch kalte Zugoberflächen entsteht, kompensiert. Aber auch bei den Betriebskosten ist velta ganz im Zug der Zeit: velta Flächenheizungen arbeiten im besonders wirtschaftlichen Niedertemperaturbereich, bei extrem langer Lebensdauer durch modernste, korrosionsfeste Kunststoffe. Wenn Sie also auch die Weichen für dauerhafte, behagliche Wärme stellen wollen, ist es höchste Eisenbahn für eine velta Flächenheizung. Über 350.000 Anwender fahren bereits gut damit.

Für menschliche Wärme. velta **Fußbodenheizung.**

D. F. Liedelt „VELTA" Produktions- und Vertriebs-GmbH · Robert-Koch-Straße 11 · D-2000 Norderstedt · Telefon (040) 52902-0 · Fax (040) 52902599

JOOP!

BRILLEN

Operation „Anadyr“

General Anatolij Iwanowitsch Gribkow über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba 1962 (II)

Am 26. Juli 1962 erreichten die Transportschiffe mit sowjetischen Truppen und Waffen Kuba. Als erstes Schiff traf im Hafen von Havanna die „Marija Uljanow“ ein, danach folgten vom 27. bis 31. Juli neun weitere Schiffe.

Der Befehlshaber der Sowjettruppen auf Kuba, General Issa Alexandrowitsch Plijew, und sein Stab waren bereits Ende Juni mit einer Tu-114 über Conakry, Hauptstadt des westafrikanischen Landes Guinea, nach Havanna geflogen. Es war der erste Langstreckenflug einer Tu-114.

Der Flug wurde offiziell als Eröffnung der internationalen Route Moskau–Havanna der Fluggesellschaft Aeroflot deklariert. Die Militärs der Vorausabteilung wurden von uns als Landwirtschaftsexperten, als Ingenieure und Techniker für Bewässerung und Boden-Melioration ausgegeben.

Diese hastig auf die Reise geschickte Vorausabteilung kam zu der erstaunlichen, von militärischem Unverständnis zeugenden Feststellung, daß man auf Kuba leicht und unbemerkt Raketen stationieren könne, denn dort gebe es viele Palmen.

In Wirklichkeit fanden unsere Soldaten nur vereinzelte kleine Palmenhaine oder dichtes Buschwerk vor. Kein Lüftchen wehte dort, es war unerträglich schwül und heiß.

Bei der Ausschiffung und räumlichen Verteilung der Truppen wurde die sowjetische Militärführung ständig von einem mit großen Vollmachten ausgestatteten Vertreter des Ministers der Revolutionären Streitkräfte Kubas beraten.

Elf Häfen (Havanna, Mariel, Caibarién, Bahía Honda, Matanzas, La Isabela, Nuevitas, Niquero, Casilda, Cienfuegos und Santiago de Cuba) wurden ausgewählt. Hier wurden Hafenkommandanten ernannt, die für das Einlaufen der Schiffe und für die Lotsendienste verantwortlich waren. Sie mußten auch mit den Vertretern der kubanischen Streitkräfte die Entladung der Schiffe, die Bewachung der Waffen in den Häfen und die Bereitstellung der Transportmittel regeln.

Waffen und Geräte, die dem Aussehen nach Wirtschaftsgütern ähnelten, wurden Tag und Nacht entladen, Panzer, Raketen- und Spezialtechnik nur im Schutze der Nacht.

Für die Begleitung der Transportkolonnen aus den Häfen in die Dislozierungsgebiete stellte die kubanische militärische Führung eine Schutzmannschaft

© 1992 edition q Berlin. Der vollständige Text erscheint im Mai als Buch unter dem Titel „Im Dienste der Sowjetunion. Erinnerungen eines Armeegenerals“ (526 Seiten; 48 Mark).

Sowjetischer Militärtransporter im Hafen von Havanna 1962: Alle Befehle auf spanisch

Bresso fragt Genießer:

Wie gut kennen Sie Ihr Prachtstück?

Sie kennen die vier Prachtstücke von Bresso? Prima. Und Sie haben längst Ihr Lieblings-Prachtstück gefunden? Noch besser. Aber wissen Sie auch, wie die Prachtstücke von innen aussehen? Und was sie voneinander unterscheidet? Genau das ist nämlich hier die Frage. Mit der richtigen Antwort beweisen Sie nicht nur Ihre Liebe zu Bresso, **Sie können auch gewinnen: Einen nagelneuen Peugeot 106 XT.** Auch ein Prachtstück, oder?

Genau!
Ich weiß, welches Stück von welchem Prachtstück stammt:

1	2	3	4

Bitte richtig zuordnen, Coupon ausschneiden, auf Postkarte kleben und ausreichend frankiert schicken an Bresso GmbH, Postfach 1672, 8960 Kempten/Allgäu. Einsendeschluß 31.05.1992. Rechtsweg ausgeschlossen.

Bresso. Mit allen Sinnen genießen.

in der Stärke von ein bis zwei Sicherungsgruppen. Die sowjetischen Soldaten trugen während des Marsches kubanische Armeeuniformen, alle Befehle wurden auf spanisch gegeben.

Die auf Kuba eintreffenden Truppen wurden auf alle sechs Provinzen verteilt. Meistens wurden die Soldaten auf freien Flächen abgesetzt. Es gab dort keinerlei Gebäude, die als Unterkünfte hätten dienen können.

Es waren daher gewaltige Anstrengungen erforderlich, um die erforderlichen Lebensbedingungen für die Truppen zu schaffen. Pioniere mußten feldmäßige Unterkünfte bauen; sie mußten die Startrampen für die Raketen – in erster Linie Marschflugkörper und küstengestützte Sopka-Raketen – und Gefechtsstände errichten, Stacheldrahtzäune und Schützengräben ziehen. Die Pioniere legten auch Sperren zum offenen Meer.

Sowjetsoldaten in Havanna 1962: Nachts kamen die Moskitoschwärme

★

In den ersten Oktobertagen ließ Verteidigungsminister Rodion Jakowlewitsch Malinowski meinen Vorgesetzten, Generaloberst Semjon Pawlowitsch Iwanow, und mich zu sich kommen.

„Ich bin gerade bei Frol Romanowitsch (F. R. Koslow, Mitglied des Politbüros der KPdSU und ZK-Sekretär) gewesen", sagte der Minister. „Von ihm erfuhr ich, daß beschlossen wurde, eine Gruppe verantwortlicher Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums nach Kuba zu entsenden. Sie sollen unsere Truppen unterstützen und die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse kontrollieren. Semjon Pawlowitsch, wen schlagen Sie als Leiter der Gruppe vor? Er wird dort auch mein persönlicher Bevollmächtigter sein."

Semjon Pawlowitsch antwortete sofort:

„Am besten, wir vertrauen diese Aufgabe General Gribkow an, Genosse Minister. Anatolij Iwanowitsch kennt bestens alle Pläne und Aufgaben, die unsere Truppen zu erfüllen haben."

„Gut, ich bin einverstanden", sagte der Minister nach kurzem Nachdenken. „Die Aufgabe ist nicht leicht. Wählen Sie Generale und Offiziere aus, die ihr Metier verstehen. Alle Teilstreitkräfte müssen vertreten sein."

Zwei Tage später legte ich dem Minister die Liste mit den Namen der aus acht Mann bestehenden Gruppe vor, darunter: General Buzki – strategische Raketentruppen, General Naumenko – Luftverteidigung, General Sytnik – Luftstreitkräfte, Oberst Saprykin – Landstreitkräfte. Rodion Jakowlewitsch bestätigte sie und sagte dann:

Wenn alle Raketeneinheiten in volle Einsatzbereitschaft versetzt worden sind, melden Sie mir das persönlich. Nur mir, keinem anderen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Gefechtsbereitschaft der Raketen zu kontrollieren.

Die Raketendivision darf nur, ich wiederhole, nur mit persönlicher Genehmigung des Obersten Befehlshabers Nikita Sergejewitsch Chruschtschow eingesetzt werden. Sie wissen, daß wir diese Raketen auf Kuba stationieren, um eine mögliche Aggression der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Verbündeten zu verhindern.

Wir wollen keinen Atomkrieg auslösen, das liegt nicht in unserem Interesse. Die taktischen Luna-Raketen soll Plijew (*Befehlshaber der Kuba-Truppen*–Red.) nach eigenem Ermessen im Fall einer Aggression seitens der USA und einer unmittelbaren Landung von Truppen an der Küste einsetzen.

Die Luna-Raketen dürfen nicht überstürzt eingesetzt werden. Deshalb muß er zu jeder Raketeneinheit eine stabile und zuverlässige Draht- und Funkverbindung haben. In keinem Fall dürfen Raketen ohne Einsatzgenehmigung gestartet werden.

Der Minister stand auf, ging im Arbeitszimmer auf und ab, blieb dann vor mir stehen und befahl:

Die Bereitschaft der Raketentruppen melden Sie mir verschlüsselt. Den Inhalt des Codes kennen nur wir beide.

Er dachte für einen Moment etwas nach, schaute mich dann direkt an und sagte mit Nachdruck:

Die verschlüsselte Meldung lautet: „An den Direktor. Die Zuckerrohrernte ist erfolgreich beendet." Ab diesem Zeitpunkt läuft dann die gesamte Korrespondenz zwischen uns und den sowjetischen Streitkräften nur noch unter dem Codewort „Direktor". Sagen Sie das auch Plijew.

Ich mußte den Satz noch zweimal wiederholen, dann wünschte er mir gute Reise.

Unser Abflug war für den 14. Oktober mit einer Tu-114 festgelegt. Sie sollte in Senegals Hauptstadt Dakar (Westafrika) zwischenlanden. Über dem Mittelmeer fiel eines der vier Triebwerke unserer Maschine aus. Wir schauten immer wieder aus dem Fenster, um uns zu überzeugen, daß die anderen drei noch arbeiteten.

Das Flugzeug hatte Funkverbindung mit Moskau. Der Pilot erhielt Weisung umzukehren. Mit drei Triebwerken landeten wir am Morgen des 15. Oktobers wieder wohlbehalten auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo.

Dort erhielten wir Befehl, noch am selben Tag um 23 Uhr mit einer anderen Maschine nach Kuba zu fliegen, da sich dort die Lage zuspitzte.

Am Abend flogen wir dann erneut in Richtung fernes, unbekanntes Kuba. Über dem Meer erklärte uns die Stewardess das Anlegen der Schwimmwesten im Fall einer Notwasserung. Wir suchten sie vergebens unter unseren Sitzen. Als wir nach ihnen fragten, antwortete uns die

Glas und Papier kann schon heute jeder zum Container bringen und so einer Wiederverwertung zuführen. Das Recyclingsystem mit dem Grünen Punkt sorgt in Zukunft dafür, daß immer mehr Verpackungsmaterial wiederverwertet wird. Und: Es sorgt nachweislich dafür, daß immer mehr Hersteller ihre Verpackungen ökologisch optimieren. Denn der beste Abfall ist immer noch der, der gar nicht erst entsteht.

VERPACKUNGEN SIND ROHSTOFF.

RECYCLING LEBT VOM MITMACHEN!

JA, ICH MACH' MIT!

Und ich möchte mehr wissen über den Grünen Punkt und das Recyclingsystem, an das bald alle Haushalte angeschlossen sind.

Name

Anschrift

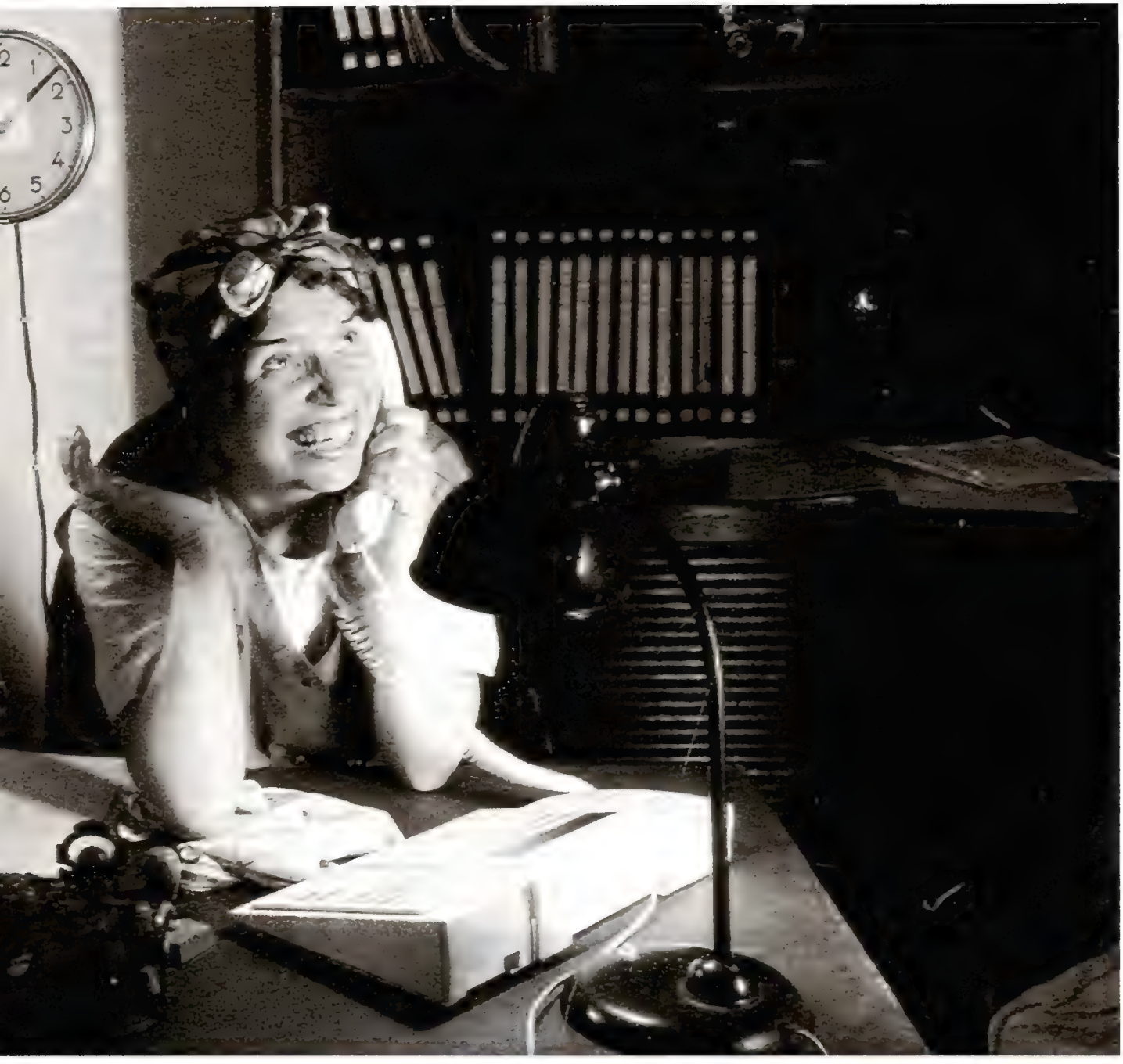
Duales System Deutschland, Rochusstr. 2-6, 5300 Bonn 1

Was verhilft Büros zu neuem Glanz?

Wir stellen den Mitarbeiter in den Mittelpunkt. Er soll es mit unserem Telefon auf seinem Schreibtisch weniger streßig, dafür um vieles komfortabler haben.

Deshalb machen unsere Telefone vieles selbst. Wählen längste Rufnummern – und wiederholen sie bei „Besetzt" auf einen Knopfdruck. Notieren, wer angerufen hat. Zeigen Gebühren an. Veranlassen Dauertelefonierer zum Rückruf. Zeigen den Namen des Anrufers. Berufen 3er- und 6er-Konferenzen ein. Legen sich selbst still, wenn Sie Ruhe zum Überlegen brauchen. Sie sehen, unsere hochtechnischen Telefone sind so unkompliziert, daß auch Else sofort zurechtkommt.

Interessiert an sympathisch menschlicher Telefonkommunikation? Dann fragen Sie bitte unsere Experten.



Bürokommunikation von Alcatel SEL.

ALCATEL
SEL

THE SPIRIT OF 92

Standard Elektrik Lorenz AG
Unternehmensbereich Bürokommunikation
Lorenzstraße 10 · 7000 Stuttgart 40 · Telefon (07 11) 83 84-0 · Telefax (07 11) 83 84-1 29

Stewardess, daß die Schwimmwesten im Frachtraum seien. Wir landeten in Dakar. Stadt und Flugplatz liegen an der Atlantikküste. Ich war zum erstenmal in Afrika.

Nach einstündiger und schwieriger Verhandlung der Flugzeugbesatzung mit der dortigen Obrigkeit durften wir dann das Flugzeug verlassen. Es war unglaublich heiß, die Luftfeuchtigkeit fast unerträglich.

Die Sowjetunion hatte damals im Senegal keine Botschaft. Wir wurden durch einen Diplomaten vertreten, dessen Namen ich vergessen habe. Er war irgendwie hilflos, hatte von nichts eine Ahnung und konnte uns absolut nicht helfen. Im Hotel mußten wir lange warten, obwohl wir erfahren hatten, daß noch viele Zimmer frei waren. Doch wir sowjetischen Generale und Offiziere konnten uns diese freien Zimmer nicht leisten: Sie waren viel zu teuer.

Sowjet-Chef Chruschtschow, Marschall Malinowski
„Es liegt nicht in unserem Interesse . . .

Die Finanzexperten des Verteidigungsministeriums hatten uns ganze zehn Dollar pro Tag bewilligt. Die reichten gerade für ein Mittagessen im Restaurant oder das billigste Hotelzimmer. Wir mußten uns also entscheiden: entweder Verpflegung oder Unterkunft.

Der Badestrand war von Farbigen und Weißen bevölkert. Afrikanerinnen trugen große Körbe mit exotischen Früchten und Kokosnüssen auf dem Kopf, die sie zum Kauf anboten, allerdings gegen Dollar.

Oberst Saprykin wurde losgeschickt. Er kaufte eine Kokosnuß und drei Flaschen Coca-Cola. Zurück kam er mit einem ganzen Packen von Geldscheinen, die er als Wechselgeld erhalten hatte. Bei genauerem Hinsehen erwiesen sie sich als wertlose alte französische Francs aus der Okkupationszeit. Während wir am Strand lagen, ließ sich in unserer Nähe eine Gruppe französischer Fallschirmspringer nieder. Sie warfen ihre Maschinenpistolen einfach in den Sand, zogen sich aus und gingen ins Wasser. Einige von ihnen suchten sogleich die Bekanntschaft der jungen, dunkelhäutigen Sportlerinnen, die halbnackt am Strand Ball spielten.

Als ich diesen sorglosen jungen Burschen zuschaute, mußte ich unwillkürlich denken: „Wenn die wüßten, daß neben ihnen sowjetische Generale und Offiziere am Strand liegen und darauf warten, daß ihr Flugzeug endlich aufgetankt wird und sie über den Atlantik in ein Land weiterfliegen können, wo es in wenigen Tagen zu unvorhergesehenen Ereignissen kommen kann."

Die Nacht verlief normal. Doch als ich am Morgen aufstand, stellte ich fest, daß Anzug, Hemd und Schuhe verschwunden waren, obwohl ich die Zimmertür verschlossen hatte. Ich legte mich wieder hin und dachte verzweifelt nach: „Das einzige, was ich noch habe, sind meine kurze Hose, die Aktentasche und der Diplomatenpaß."

Da öffnete sich plötzlich die Tür. Ein junger Schwarzer kam lächelnd herein, hängte meinen gebügelten Anzug und mein Hemd in den Schrank, stellte meine geputzten Schuhe auf den Boden, legte einen Zettel auf den Tisch, verbeugte sich und ging. Ich sprang aus dem Bett und betrachtete den Zettel. Es war eine Rechnung für diese Serviceleistung über sage und schreibe sechs Dollar.

Endlich war das Flugzeug aufgetankt, und wir konnten unseren Flug fortsetzen. Als wir uns dem amerikanischen Kontinent näherten, wurde unsere Tu-114 mehrfach von Jagdflugzeugen der U.S. Air Force umkreist. Ein Jäger flog sogar einen Scheinangriff.

In Havanna wurden wir mit Musik und Gesang empfangen. Wir freuten uns über soviel Gastfreundlichkeit. Dann erwartete uns eine böse Überraschung. Unsere Koffer waren nicht da, wir besaßen nur unsere Aktentaschen. Später versuchte man zwar, uns das Gepäck nachzuschicken. Aber das Personal vom Moskauer Flughafen brachte alles durcheinander. Unsere Koffer landeten in Paris und London, schließlich wieder in Moskau.

Telegrafisch bat ich darum, die Gepäckstücke bei unseren Angehörigen abgeben zu lassen. Einige Ehefrauen fielen beim Anblick der ihnen ja bekannten Koffer in Ohnmacht, weil sie glaubten, ihre Männer seien tot.

Am 20. Oktober begannen wir mit der Erfüllung unserer Aufgaben. Befehlshaber Plijew teilte mir sehr besorgt mit, ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 habe am 14. Oktober Aufnahmen im Raum von San Cristóbal von unseren R-12-Stellungen gemacht.

Sogleich fuhr ich ins Ministerium der Revolutionären Streitkräfte Kubas zu

. . . einen Atomkrieg auszulösen": **Sowjet-Rakete Luna**

CITROËN XM BREAK.
THE WINNER TAKES IT ALL.

Zum zweiten Mal nach 1991 ist der CITROËN XM von über 125.000 Lesern der Zeitschrift auto motor und sport zum besten Importwagen seiner Klasse gewählt worden. Was die Limousine zu einem ausgezeichneten Fahrzeug macht, überzeugt beim Kombi, dem CITROËN XM BREAK, natürlich erst recht: der starke Vorderradantrieb, die sichere Hochdruckbremsanlage und die komfortable Servolenkung.

Und dann der enorme Platzgewinn: Mit 1960 Litern bietet der CITROËN XM BREAK den größten Laderaum seiner Klasse. Da können Sie noch mal bis zu 640 kg Nutzlast zuladen. Oder max. 1800 kg anhängen. Denn das hydractive Fahrwerk gleicht das Fahrzeugniveau stets problemlos aus. Wenn andere längst in die Knie gehen, bleibt der CITROËN XM BREAK immer auf einem Niveau. Und das sowohl mit dem 80 kW (109 PS)-Dieselmotor als auch mit den bis zu 123 kW (167 PS) starken Spitzenbenzinern.

CITROËN GARANTIE PLUS + 3 JAHRE BIS 100.000 KM

Alle Wagen zeichnen sich außerdem durch ihre luxuriöse Ausstattung sowie optimale Verbrauchs- und Abgaswerte aus.

Übrigens: Unsere 3-Jahres-Garantie beinhaltet auch eine Mobilitäts-Garantie für sicheres Reisen. So bewährt sich der CITROËN XM BREAK als sturmerprobter Partner auf jedem Kurs. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Citroën Händler.

CITROËN

CITROËN XM BREAK. DIE NEUE DIMENSION DER FAHRKULTUR.

Reise-
büro

Reisebüro heißt: über 4 MB Speicherkapazität, Word-kompatible Textverarbeitung, professioneller Terminplaner, Welt-Info, echtes Multitasking, PC-Anbindung und alles auf 16 x 8,5 cm reisefreundlicher Bürofläche.
Tel. 06172 / 37095 und 96

PSION

Serie 3. Ein starkes Stück Computer.

einem Treffen mit Minister Raúl Castro und Generalstabschef Sergio de Vales. Wir wurden uns schnell einig, die Geheimhaltungs- und Tarnungsmaßnahmen zu verstärken.

In diesen Tagen traf ich erstmals auch Fidel Castro. Er bat darum, daß der Stab der sowjetischen Streitkräfte engeren Kontakt zu seinem Generalstab unterhalten möge. Besonders beunruhigt war Fidel darüber, daß unsere Raketen noch nicht gefechtsbereit waren.

In einem Gespräch mit einem unserer Militärberater äußerte Fidel sogar einmal den Wunsch, die sowjetischen Soldaten sollten doch ihre Uniformen statt der Zivilkleidung tragen. Das wäre von hoher moralischer Bedeutung für das ganze Volk. Und auch die Amerikaner würden im Fall einer Aggression sehen, daß Kuba nicht allein gelassen sei.

Kuba-Befehlshaber Plijew ging darauf nicht weiter ein.

Als wir uns viele Jahre später in Leningrad trafen, fragte ich ihn, warum er damals keine Entscheidung für das Tragen von Uniformen getroffen habe. Er erklärte mir, an den Uniformen wären unsere Truppen leicht auszumachen gewesen und hätten im Kriegsfall eine hervorragende Zielscheibe geboten.

Noch während der spannungsgeladenen Tage auf Kuba fragte ich einmal Generalmajor Pilipenko, Stellvertreter des Kommandeurs für Rückwärtige Dienste, warum die meisten Offiziere und Soldaten ausgerechnet karierte Hemden trügen. Die Antwort: Man hat eben Hemden genommen, die nicht so leicht schmutzig werden.

Die sowjetischen Soldaten fielen trotz ihrer Zivilkleidung unter der kubanischen Bevölkerung auf. Im Scherz sagten die Soldaten manchmal, daß die Operation unter dem Codewort „Kariertes Hemd" durchgeführt werde.

Dabei war der Truppe kaum nach Scherzen zumute. Angesichts der Hitze von 35 bis 40 Grad und der hohen Luftfeuchtigkeit hatte zum Beispiel der Kommandeur eines Regiments, das 70 Kilometer von Havanna entfernt stationiert war, die Soldaten angewiesen, in zwei Schichten mit stündlicher Ablösung zu arbeiten. Der Boden war steinig, die meisten Arbeiten mußten von Hand ausgeführt werden.

Die Soldaten der Raketentruppe waren in Zelten und Wohncontainern untergebracht. Obwohl durch angehobene Zeltbahnen frische Luft in die Zelte gelangte, fiel das Atmen schwer. Noch schlimmer war es in den Metallcontainern, die sich den ganzen Tag über aufheizten. Mit Einbruch der Nacht kamen dann die Moskitoschwärme.

Angesichts dieser Erschwernisse zweifelte ich daran, ob die in Moskau festgesetzten Termine – die R-12-Regimenter sollten um jeden Preis bis spätestens 27. Oktober gefechtsbereit sein – eingehalten werden könnten.

Autor Gribkow
„Kurze Hose und Diplomatenpaß"

Da erreichte General Plijew eine äußerst wichtige Nachricht von unserer Aufklärung und vom kubanischen Generalstab: Nach amerikanischen Informationsquellen wollte US-Präsident John F. Kennedy am 22. Oktober um 19 Uhr Washingtoner Zeit über Rundfunk und Fernsehen eine wichtige Erklärung abgeben.

Am 17. und 18. Oktober hatte die amerikanische Luftaufklärung neue Aufnahmen von Kuba gemacht, die auf den Ausbau unserer Raketenstellungen

Sowjetsoldaten bei einer Parade auf Kuba:

und den baldigen Abschluß der Arbeiten schließen ließen. Das rief auf der höchsten Machtebene der USA hektische Reaktionen hervor.

In seiner Rede beschwor Präsident Kennedy dann die Gefahr, die durch die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba entstanden war. Der Präsident stellte fest, daß er jede von Kuba aus gestartete Rakete mit Nuklearsprengkopf, die gegen einen Staat der westlichen Hemisphäre gerichtet ist, als einen Schlag der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten werte, der einen Gegenschlag auf das Territorium der Sowjetunion mit allen verfügbaren Mitteln nach sich ziehen werde.

Der Zweikampf der beiden Großmächte hatte eine Schwelle erreicht, von der es nur noch ein Schritt bis zum Abgrund war.

Am 23. Oktober unterzeichnete der US-Präsident die „Proklamation Nr. 3504", nach der die „Quarantäne" über Kuba verhängt wurde. Schon vom nächsten Tag an wurden unter Verletzung der Genfer Übereinkunft über die Hohe See von 1958, die auch die Vereinigten Staaten unterzeichnet haben, alle nach Kuba fahrenden Schiffe, unabhängig von ihrem Heimathafen, kontrolliert.

Die Bezeichnung „Quarantäne" war lediglich ein Feigenblatt für viel weitergehende Operationen.

Die USA setzten ihre Streitkräfte auf dem eigenen Kontinent und in Europa sowie auch die 6. Flotte im Mittelmeer und die 7. Flotte im Pazifik in Gefechtsbereitschaft. Die mit Polaris-Atomraketen bewaffneten U-Boote bezogen ihre Positionen, von denen aus Kernwaffenschläge gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder geführt werden sollten. Für den Fall einer Eskalation der Krise standen mehrere Fallschirmjäger-, Infanterie- und Schützenpanzerdivisionen mit etwa 100 000 Mann für Kampfhandlungen gegen Kuba bereit.

In Reserve befanden sich nach unseren Informationen weitere 250 000 Mann. 180 Kriegsschiffe kreuzten in der Karibischen See. Mehrere hundert Kampfflugzeuge sollten die Landung auf Kuba unterstützen. In erhöhte Gefechtsbereitschaft waren 460 Militärtransportflugzeuge versetzt worden.

Für den Fall, daß die Blockade erfolglos bleiben sollte, planten die Amerikaner offensichtlich eine Invasion, bei der gleichzeitig von mehreren Hauptlandungszonen aus ein Überraschungsangriff gegen Kuba geführt werden sollte.

Zu dieser Zeit war von unseren 40 Raketen nur etwa die Hälfte für das Auftanken mit Treibstoff, Oxydator und für die Aufnahme der Gefechtsköpfe vorbereitet. Die atomaren Gefechtsköpfe wurden außerdem getrennt von den Raketen in 300 bis 400 Kilometer Entfernung von den Stationierungsräumen aufbewahrt. Plijew hatte keinen Befehl zum Zusammenbau gegeben.

Nicht einmal unsere Bomber Il-28, von denen die Amerikaner soviel Aufhebens machten, waren einsatzbereit. Die Maschinen waren zerlegt in Containern nach Kuba gebracht worden. Keine einzige war Ende Oktober wieder fertig montiert.

Als am 26. Oktober Meldungen auftauchten, daß die amerikanischen Truppen in der folgenden Nacht eine Invasion planten, reagierten die Führung der Revolutionären Streitkräfte Kubas und die sowjetischen Streitkräfte prompt: Um 21 Uhr waren alle Luftabwehrkräfte in Gefechtsbereitschaft versetzt. Die Luftverteidigung wurde angewiesen, im Falle eines Angriffs amerikanischer Flugzeuge das Feuer zu eröffnen.

Am 27. Oktober um 10.21 Uhr wurde über Kuba ein Aufklärungsflugzeug U-2 in einer Höhe von über 20 Kilometern abgeschossen. Aus den Trümmern des Flugzeugs wurde die Leiche von Major Rudolph Anderson geborgen. Man fand auch zwei Tonbänder und Filme mit Luftbildaufnahmen. Der Abschuß rief neue Schwierigkeiten bei der friedlichen Lösung der Krise hervor.

Viele Jahre war angenommen worden, die Kubaner hätten das Flugzeug abgeschossen. Es hieß, Fidel Castro selbst habe den Befehl dazu gegeben. Doch das stimmt nicht.

Bis heute ist man unterschiedlicher Meinung darüber, ob das sowjetische Kommando mit dem Befehl zum Abschuß richtig oder unüberlegt handelte. Immerhin war dies ein Verstoß gegen den tags zuvor erlassenen Befehl, nur im Fall eines unmittelbaren Angriffs das Feuer zu eröffnen.

Allerdings hatten sich unsere Piloten, meist junge und kräftige Burschen, die ihr Metier erstklassig beherrschten, in jugendlicher Uneinsichtigkeit immer wieder beklagt: „Warum dürfen die Amerikaner so frech und ungestraft fliegen, als ob sie hier zu Hause wären,

„Man hat karierte Hemden genommen, die nicht so leicht schmutzig werden"

Warum wir in Systeme investieren müssen, die zu mehr Mobilität führen.

Staus belasten die Umwelt, kosten wertvolle Arbeitszeit und mindern die Lebensqualität auch durch Verlust an Freizeit. Verkehrsfachleute schätzen, daß Staus in vielen Fällen schon vermeidbar wären, wenn das Verkehrsaufkommen zu problematischen Zeiten um nur 10 % reduziert werden könnte. Die Informationstechnologie kann hier helfen: Videokonferenzen oder ISDN-Bildübertragungssysteme machen manche Reise überflüssig. Computerverbundnetze ermöglichen Firmen die Dezentralisation und vermindern so den Verkehr in den Ballungszentren.

Telearbeit zu Hause, z. B. an dem mit der Firma verbundenen PC, begünstigt Fahrten zu verkehrsarmen Zeiten. Neue Info-Netze helfen, Warentransporte intelligenter zu steuern und Leerfahrten von Lkw zu reduzieren. Fernkontrollen und Ferndiagnosen von Maschinen und Anlagen schränken Servicefahrten ein.

Eine ganz aktuelle Studie in den USA ergibt, daß allein dort jährlich ca. 23 Milliarden Dollar gespart werden könnten, wenn 10 bis 20 Prozent der Zeit, die Mitarbeiter von Unternehmen für Reisen aufbringen müssen, durch Telekommunikation ersetzt würden. 1,8 Millionen Tonnen weniger Schadstoffe durch Abgase, 3,1 Milliarden gesparte Arbeitsstunden und 13 Milliarden Liter weniger verbrauchter Kraftstoff wären die Folge.
Der Energieverbrauch könnte so erheblich gesenkt, die Umweltbelastung deutlich verringert und die Wartungskosten für die Verkehrsmittel wesentlich reduziert werden. Derartige Erkenntnisse gelten tendenziell auch für unser Land.

Und ferngesteuerte Verkehrsleitsysteme führen dazu, weniger befahrene Straßen besser auszunutzen und den Verkehr flüssiger zu gestalten.
Eine der Grundlagen für diesen gesellschaftlichen Fortschritt durch Telekommunikation sind modernste Netze – Glasfaser-, Mobilfunk- oder Satellitennetze. In diese hat Telekom frühzeitig investiert und hilft damit, die unterschiedlichsten Probleme unserer Industriegesellschaft besser zu lösen.

Telekom

während wir uns am Boden verkriechen?"

Mitunter konnten wir sogar beobachten, wie uns amerikanische Piloten beim Tiefflug mit der Faust drohten. Zu dem U-2-Zwischenfall erhielt ich ein Schreiben von Oberst a. D. Danilow. Er vertrat damals den Regimentskommandeur Oberst Gusseinow, der zu einer Beratung in Santiago de Chile war:

> Am Morgen des 27. Oktober löste der Diensthabende der Befehlsstelle Gefechtsbereitschaft Stufe 1 aus. Ich eilte in die Befehlsstelle und sah auf dem Bildschirm das Ziel 33. Dann kam der Befehl von der Befehlszentrale der Division, das Ziel 33 zu vernichten. Ich erinnere mich, daß der Leiter der Politischen Abteilung, Oberstleutnant Morosow, zu mir sagte: Jewgeni Michailowitsch, es wird ernst.
>
> Dies alles kam für uns so unerwartet, daß ich beschloß, rückzufragen und den Befehl zur Vernichtung des Ziels von der Befehlszentrale der Division bestätigen zu lassen. Als dies geschah, erteilte ich unverzüglich den Befehl, das Ziel zu vernichten.

Militärpartner Castro, Plijew 1962
Für den Fall einer Eskalation der Krise . . .

Da die Luftabwehreinheiten der sowjetischen und kubanischen Streitkräfte bei der Luftverteidigung eng zusammenarbeiteten, übernahm die kubanische militärische Führung offiziell die Verantwortung für den Flugzeugabschuß.

Über 20 Jahre später bestätigte Fidel Castro, das Flugzeug sei „nicht von den Kubanern" abgeschossen worden. Castro weiter: „Wir hatten keine Boden-Luft-Raketen. Darüber verfügten die sowjetischen Truppen, und der direkte Befehl zu ihrem Einsatz wurde von einem sowjetischen Offizier erteilt."

Einen Tag nach dem Zwischenfall telegrafierte Verteidigungsminister Malinowski nach Kuba: „Wir halten den Abschuß des amerikanischen Aufklärungsflugzeugs U-2 für übereilt, da sich bereits eine Vereinbarung abzeichnet, den Angriff auf Kuba mit friedlichen Mitteln zu verhindern."

Chruschtschow bewertete den Abschuß zunächst zurückhaltend.

Er schrieb am 28. Oktober an Castro: „Jetzt, da sich eine Übereinkunft anbahnt, sucht das Pentagon einen Anlaß, um diese zu hintertreiben. Deshalb organisiert es die provokatorischen Flüge von Aufklärungsflugzeugen. Gestern wurde von Ihnen eines dieser Flugzeuge abgeschossen. Solche Flüge über Ihrem Territorium fanden auch schon früher statt, ohne daß Sie da auf die Flugzeuge geschossen haben. Nun aber wollen die Aggressoren diesen Schritt für ihre Zwecke nutzen . . ."

Dann beurteilte Chruschtschow im Schreiben vom 30. Oktober diese wichtige Episode aus etwas anderer Sicht: „Der Abschuß des amerikanischen Flugzeugs über Kuba war eine nützliche Maßnahme und gelungene Operation. Damit wurde den Imperialisten eine Lehre erteilt . . ."

Am 27. Oktober, der in den USA als der „schwarze Samstag" bezeichnet wird, präsentierte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs Präsident Kennedy den Plan, am 29. Oktober einen Präventivschlag aus der Luft zu führen und anschließend mit der Invasion Kubas zu beginnen.

US-Präsident Kennedy*
. . . U-Boote mit Atomraketen alarmbereit

* Bei der Unterzeichnung des Befehls zur See-Blockade gegen Kuba am 23. Oktober 1962.

Doch der Präsident verbot eine Bombardierung, weil danach „keiner von uns mehr am Leben sein wird".

Am Abend desselben Tages traf Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, mit dem sowjetischen Botschafter in den USA, Anatolij Dobrynin, zusammen und übermittelte ihm im Namen des Präsidenten das mündliche Ultimatum an Chruschtschow:

Wenn die sowjetischen Atomraketen nicht unverzüglich abgezogen werden, sehen sich die USA zu Kampfhandlungen gegen Kuba gezwungen, die spätestens Anfang nächster Woche, also am 29. oder 30. Oktober, beginnen werden.

Robert Kennedy fügte hinzu, daß der Präsident auf jeden Fall einen Krieg vermeiden wolle, aber das Risiko einer militärischen Katastrophe stündlich zunehme. Beide Seiten müßten in den nächsten Stunden eine Vereinbarung treffen.

Auf das Ultimatum Kennedys reagierte Chruschtschow einsichtig. In Moskau wurde beschlossen, sofort positiv zu antworten, zumal der amerikanische Präsident als Gegenleistung für den Raketenabzug garantierte, daß weder die USA noch ihre Satelliten Kuba angreifen würden.

Da jede Minute kostbar war, wurde beschlossen, die Antwort der sowjetischen Regierung am 28. Oktober unverschlüsselt über Radio Moskau zu übermitteln. Das war eine in der internationalen Diplomatie einmalige Handlung. Doch Chruschtschow meinte, jeder Aufschub einer sowjetischen Reaktion könnte tödlich sein. Chruschtschow wörtlich:

> Die Sowjetregierung hat angeordnet, die Waffen in die Sowjetunion zurückzuführen, die Sie als Offensivwaffen ansehen. Die Vertreter der Uno können sich von der Demontage überzeugen.

Der amerikanische Präsident reagierte darauf sofort:

> Ich begrüße Ihre Botschaft und werte sie als einen wichtigen Beitrag für die Sicherung des Friedens . . .

Fast zeitgleich tauschten Chruschtschow und Fidel Castro Botschaften aus. In der Nacht zum 27. Oktober hatte Castro seine Besorgnis übermittelt:

> Nach einer Analyse der entstandenen Lage und der verfügbaren Informationen bin ich zu der Ansicht gekommen, daß eine Aggression in den nächsten 24 bis 72 Stunden fast unvermeidlich bevor-

Wählen Sie Deutschlands beliebteste Büromaus!

Die Wähler: kritisch. Ihr Urteil: Canon Copy-Mouse ist Deutschlands beliebtester Kleinkopierer. Denn er kommt ohne Wartung und ohne großen Stellplatz aus. Ähnlich genügsam verhalten sich Anschaffungs- und Unterhaltskosten. Seine wahre Größe hingegen zeigt er im Alltag. Brillante Kopien, wann und wo immer gewünscht. In sattem Schwarz. Canon Copy-Mouse gibt es in zwei Versionen: FC 1 für Einzelkopien und FC 2 für Mehrfachkopien. Beide mit energiesparendem Sofortstart.

UMWELTPROGRAMM PATRONEN-RECYCLING

Canon Deutschland GmbH, Hellersbergstraße 2-4
4040 Neuss 1, Telefon: 0 21 31/1 25-0
Telefax: 0 21 31/12 52 55

Canon

MAN VERSTEHT SICH BESSER

Renaissance der Kernenergie

Während in Deutschland die Diskussion über Chancen und Risiken der Kernenergie weiter anhält, planen die USA, Japan, Frankreich und Großbritannien den verstärkten Ausbau der Kapazitäten. Zwar hat sich in der Bundesrepublik die öffentliche Meinung mittlerweile zugunsten der Kernenergie gewandelt, insbesondere angesichts einer drohenden Klimakatastrophe, dennoch existieren immer noch große, in erster Linie politisch motivierte Widerstände. Eine aktuelle Bilanz der Lage der Kernenergie bietet der jetzt erstmals erschienene Kernenergie-Report 1992. Der Jahresbericht bietet Fakten und Hintergrundinformationen und wagt darüber hinaus einen Ausblick in die Zukunft der Energieversorgung. Getragen wird der Report u. a. durch Beiträge von Hans Berger, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, Dr. Gerd Eisenbeiß, Programmdirektor der DLR, Prof. Ulrich Steger, Vorstandsmitglied der VW AG sowie Dr. Hermann-Josef Wagner vom Forschungszentrum Jülich.

Der Kernenergie-Report 1992 ist kostenlos erhältlich und kann angefordert werden beim

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10 · 5300 Bonn 1
02 28/50 72 13

steht . . . Wenn es zu dieser Aggression kommt und die Imperialisten Kuba besetzen wollen, wird die durch diese Aggressionspolitik hervorgerufene Gefahr für die ganze Menschheit so groß sein, daß die Sowjetunion unter keinen Umständen einen nuklearen Erstschlag der Imperialisten gegen ihr Land zulassen darf.

> Ich bin der Überzeugung, daß die Aggressivität der Imperialisten immer gefährlicher wird . . . Da sie diesen Angriff auf Kuba – diesen barbarischen, ungerechten und unmoralischen Akt – führen werden, sollte man unter den gegebenen Umständen das Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen und diese große Gefahr für immer beseitigen.

In seiner Antwort schrieb Nikita Chruschtschow am 28. Oktober an Fidel Castro:

> Unsere Botschaft an Präsident Kennedy bietet die Möglichkeit, die drohende Gefahr abzuwenden, das heißt, Kuba vor einer Invasion und einem Krieg zu bewahren. Kennedy gibt in seiner Antwort, die Ihnen ja bekannt ist, die Versicherung, daß keine Truppen der USA Kuba überfallen werden und die USA auch ihre Verbündeten von einer Invasion abhalten werden.
>
> Deshalb möchte ich Ihnen freundschaftlich raten, Geduld zu haben und, was auch kommen mag, standzuhalten. Wenn es zu einer Invasion kommt, dann wird diese natürlich mit allen Mitteln zurückgeschlagen. Aber man darf sich nicht provozieren lassen . . . Durch die Garantie, daß man Kuba nicht angreifen wird, zeichnet sich eine positive Lösung des Konflikts ab.

Krisenmanager Robert Kennedy*
Es ging um Stunden

Kennedy-Gesprächspartner Dobrynin
Ultimatum entgegengenommen

Zu keiner Zeit haben damals die politische und die militärische Führung der Sowjetunion daran gedacht, die USA zu überfallen und damit einen Weltkrieg mit Kernwaffeneinsatz auszulösen. Das wäre gleichbedeutend mit Selbstmord gewesen.

In weiteren Schreiben vom 28., 30. und 31. Oktober äußerte sich Fidel Castro unzufrieden darüber, daß sich Nikita Chruschtschow nicht mit ihm beraten habe, bevor der Beschluß über den Abzug der Raketen getroffen wurde.

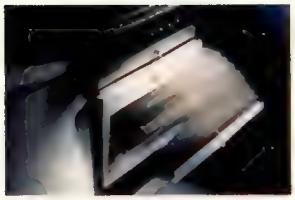
Ich halte diesen Einwand Castros für gerechtfertigt. Schließlich war die Stationierung der Raketen auf Kuba zwischen der sowjetischen und der kubanischen Regierung vereinbart worden, also hätte man sich auch über ihren Abzug einigen müssen.

Andererseits muß die kubanische Seite auch verstehen, daß es angesichts der Lage, in der man nur noch einen Schritt vor dem weltweiten nuklearen Abgrund stand, auf jede Minute ankam. Die ganze Welt litt unter der Spannung und erwartete eine friedliche Lösung des Konflikts.

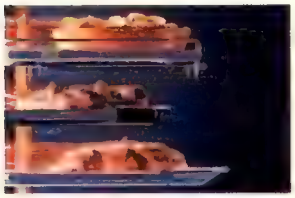
Fidel Castro verwahrte sich damals zu Recht gegen eine Inspektion sowohl auf kubanischem Territorium als auch in den Häfen und Territorialgewässern des Landes. Daher akzeptierte die sowjetische Seite dann auch die meiner Meinung nach für eine Großmacht sehr er-

* Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in Washington am 23. Oktober 1962.

Elegance von Neff.
Einzigartig
in Funktion und Design.



Knopfdruck statt Türgriff. Dank „Soft Eject" haben Sie die Hände frei für volle Backbleche.



Sie können die Backbleche auf jeder Ebene ganz vorziehen und loslassen. Nichts kippt. Ihr Braten läßt sich beidhändig drehen und wenden - das ist der CLOU von Neff.

Keine Sorge, wenn Ihnen kleine Köche helfen wollen - dank dem LEXAN® Hitzeschild wird´s außen nicht heiß.. Ausklappbarer Kinderschutzbügel. voll versenkbare Knebel und die Backofenverriegelung sorgen rundherum für Sicherheit

Der neue Neff Einbauherd Elegance wird Sie begeistern. Weniger Bücken, mehr Überblick, leichtere Bedienung und durchdachte Sicherheit rundum. Besonders zum Schutz von Kindern hat sich Neff Entscheidendes einfallen lassen. Erleben Sie den wohltuenden Unterschied beim kompetenten Fachhandel.

NEFF

Wir senden Ihnen gern Informationen.
Neff CN/VSW/SP, Hochstraße 17, W-8000 München 80

DM 22'950.–/18 Kt. Gold, mit Lederband
(unverbindliche Preisempfehlung)

Die Novecento mit ewigem Kalender und Mondphasenanzeige von IWC. Für Ästheten an allen Ecken.

Schön, dass Sie sich angesprochen fühlen und mit Ihren Augen die abgebildete Novecento in 18 Karat Gold abtasten. Wobei es Ihnen nicht leichtfallen dürfte zu entscheiden, wo Sie anfangen sollen.

Da sind vier Kreise und vier Ecken. Und schon können acht Merkmale in ihrem Verhältnis zueinander als doch eher ungewöhnliche Leistung zeitgerechter Uhrmacherkunst angesehen werden, weil Sie schlicht die einzige mechanische automatische, rechteckige Armbanduhr der Welt mit ewigem Kalender, Jahres- und Mondphasenanzeige vor sich haben. Es ist darum auch nicht so wichtig, wo Sie anfangen und wo aufhören, die Novecento zu betrachten.

Ein Exemplar, ob in Gold oder Platin, mit Gold-, Platin- oder Lederband, werden Sie ohnehin mehrmals täglich, vielleicht sogar stündlich, näher ins Auge fassen – als Ästhet an allen Ecken.

Das Exemplar an Ihrem Handgelenk.

IWC

International Watch Co. Ltd. Schaffhausen . Switzerland

Since 1868

Wenn Sie ganz genau über die Novecento oder andere Meisterwerke von IWC informiert sein wollen, fordern Sie den IWC-Sammelband an. Ebenfalls «Watch International», die Uhrenzeitung von IWC.

Deutschland: IWC Frankfurt, Tel. (069) 78 30 85 oder 78 30 86,
Österreich: Chronogold Wien, Tel. (0222) 83 15 42
Schweiz: IWC Schaffhausen, Tel. (053) 28 55 55.

niedrigenden Bedingungen einer Inspektion auf dem offenen Meer.

Wir teilten der amerikanischen Seite im voraus mit, mit welchem Schiff wie viele Raketen abgezogen würden. Auf offener See näherten sich dann unserem Frachter amerikanische Kriegsschiffe und Hubschrauber. Die Laderäume wurden geöffnet, so daß die Amerikaner von ihren Schiffen und Hubschraubern aus die Raketen sehen und zählen konnten. Dann durften die Schiffe ihre Reise fortsetzen.

Für uns Militärs waren diese Inspektionen eine öffentliche Ohrfeige.

Ende November erhielt ich aus Moskau die Weisung, mit meiner Gruppe zurückzukehren. Für den Flug kamen nur ausländische Fluggesellschaften in Frage. Als Möglichkeit bot sich noch an, Anastas Mikojan, der als Mitglied des Politbüros nach Kuba gereist war, zu bitten, uns mit an Bord seines Sonderflugzeugs zu nehmen. Die Maschine sollte mit einer Zwischenlandung in den USA nach Moskau zurückfliegen.

Die Bedingungen für die Mitnahme, die uns gestellt wurden, waren weder finanziell erträglich noch unserem Dienstgrad angemessen. Wir sollten als Kuriere mitfliegen. Auch wurde von uns verlangt, daß wir uns in Absprache mit Moskau selbst um Unterkunft und Unterhalt in den USA während des Zwischenaufenthalts kümmern sollten. Dabei war nicht einmal klar, wie lange Mikojan in den USA bleiben würde.

Da bot sich plötzlich die Gelegenheit, mit einem Flugzeug der tschechoslowakischen Tourismus-Gesellschaft Čedok nach Prag zu fliegen.

Als wir in Havanna an Bord des Flugzeugs gingen, sah ich zum erstenmal den Dichter Jewgenij Jewtuschenko, der sich von seiner Frau verabschiedete, die mit demselben Flugzeug reiste.

Ich war von seinem Äußeren einfach schockiert – vor mir stand ein großer hagerer Mann, in knielangen schmutzigen Hosen und verschlissenen Turnschuhen. Neben ihm seine Frau, die den genauen Gegensatz zu ihm bildete – eine hübsche Brünette, elegant gekleidet, an den Fingern und den Ohren glänzten Brillanten, voller Grazie und Würde.

Während einer Zwischenlandung im kanadischen Gander konnten wir uns, obwohl in unseren Taschen schon lange Ebbe war, etwas stärken. Dies hatten wir Jewtuschenkos Frau zu verdanken. Sie holte aus ihrer Handtasche einen dicken Packen Dollarnoten und lud uns ein, ihre Gäste zu sein.

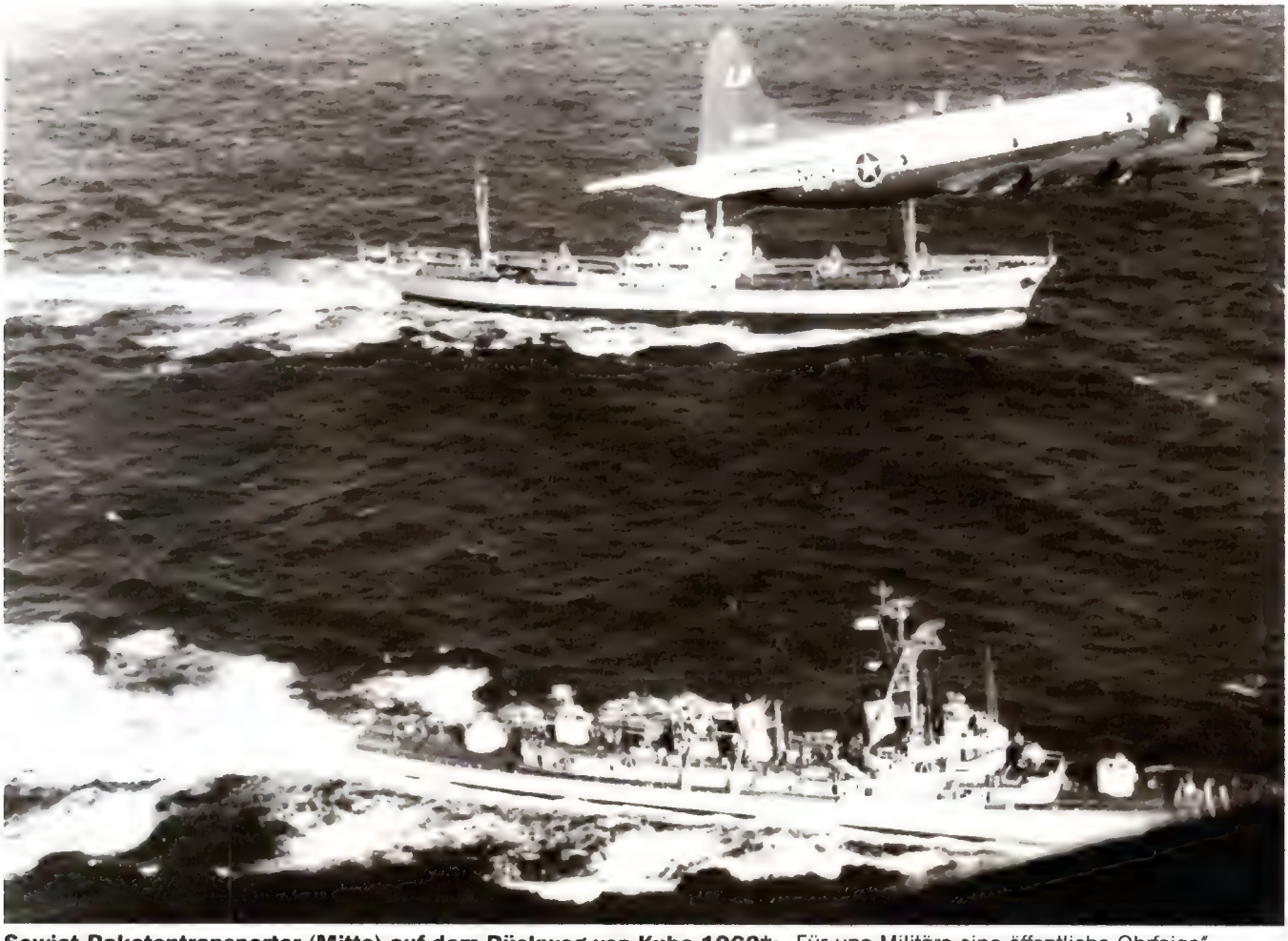
Wir verfluchten unsere Zentralverwaltung Finanzen. Wir waren schließlich nicht einfache sowjetische Bürger, sondern Generale, Admirale und Stabsoffiziere, die unmittelbar an der schicksalhaften Schwelle eines Kernwaffenkrieges gestanden hatten. Von uns wäre auf dieser fernen Insel nur Asche übriggeblieben.

War es überhaupt notwendig, auf Kuba Raketen zu stationieren? Diese Frage wird gegenwärtig bei uns in der Sowjetunion gestellt.

Es muß offen gesagt werden, daß damals das globale Kräfteverhältnis sehr zuungunsten der Sowjetunion ausfiel. Doch auch mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen auf Kuba veränderte sich praktisch nichts – während sich die Gefahr einer nuklearen Katastrophe vervielfachte. Deshalb bin ich zutiefst überzeugt, daß die Stationierung der Raketen auf Kuba ein Fehler war.

Ende

* Vorn: US-Zerstörer; oben: Patrouillen-Flugzeug der US-Marine.



Sowjet-Raketentransporter (Mitte) auf dem Rückweg von Kuba 1962*: „Für uns Militärs eine öffentliche Ohrfeige"

DIE GESCHICHTE VOM TONMODELL UND DEN 7 MIKRO-PHONEN.

Was Sie am Lexus vielleicht am stärksten beeindruckt, sehen Sie nicht und hören Sie kaum: *„Der neue Maßstab für leise Autos heißt Lexus“*, schreibt „auto motor sport“ (1990/ Heft 14). Wie realisierte Lexus diesen Luxus der Stille?

Schon im frühesten Entwicklungsstadium. In einem Tonmodell wurden mit 7 Mikrophonen Windgeräusche gemessen. Diese Testergebnisse konnten dann beim Bau der ersten Prototypen bereits berücksichtigt werden. Und lieferten einen wichtigen Beitrag zum extrem leisen Innengeräusch von 41 Dezibel. Der *c_w-Wert von 0,29* – einer der besten seiner Klasse – verdeutlicht die Feinarbeit der Lexus Designer.

Die Kunst der Fuge.

Hier zeigt sich der wahre Wert des c_w-Werts: Aerodynamik und Ästhetik, oft schwer vereinbar, sind kompromißlos in Einklang gebracht. Keine unschön hohe Heckpartie, keine stilfremden Spoiler stören den Linienfluß des Designs. *(Um Ihnen bei geöffneter Wagentür den üblichen Anblick von Fugen und Schweißnähten zu ersparen, wurden spezielle Laser-Schweißroboter entwickelt.)*

Eine andere Kunst der Fuge erleben Sie im Innenraum: das serienmäßige Audio - System des Lexus, mit seinem Klangpaket von 7 präzise abgestimmten Lautsprechern.

Das Bekenntnis zur Perfektion.

Es gilt für das kleinste Detail ebenso wie für das mächtige Achtzylinder-Triebwerk (4 Liter, 180 kW/245 PS, 32 Ventile). Denn auch das beste Automobil ist im Ganzen nur so gut wie jedes einzelne seiner Details.

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon:
Deutschland 01 30 / 41 44,
Schweiz 0 62 / 99 99 11 und
Österreich 02 22/5 05 86 56-0.

LEXUS

A New Division of Toyota

Jugoslawische Fußballprofis Prosinecki, Pančev: „Haben es nicht verdient, in Schweden zu starten"

„Die Kugel wartet auf dich"

Die jugoslawische Nationalelf, die sich für die Fußball-Europameisterschaft in Schweden qualifizierte, existiert nicht mehr: Kroaten und Slowenen haben eigene Verbände und wollen nicht länger mitspielen. Der Bürgerkrieg hat aus ehemaligen Mannschaftskollegen Feinde gemacht. Dem Rumpfteam drohen weitere Absagen.

Für den AC Mailand war es ein Transfer unter vielen. Zehn Millionen Mark überwies der Fußballklub für Zvonimir Boban an Hask-Gradjanski Zagreb. Der Stürmer wurde dann gleich an Bari ausgeliehen, um dort Spielpraxis für die italienische Liga zu sammeln.

Doch das Wechselgeschäft machte aus Milan ungewollt einen Mitfinanzier des jugoslawischen Bürgerkriegs. Denn Boban war persönlich an der Ablösesumme beteiligt. Und von seinem Anteil stiftete der Sohn eines Majors der kroatischen Garden 100 000 Dollar für die Bewaffnung seiner Landsleute. Wenn schon ein Einsatz an der Front nicht möglich sei, ließ der Kicker wissen, wolle er wenigstens „finanziell im Kampf helfen".

Bobans Kollege Robert Prosinecki, ehedem Spitzenkraft von Europapokalsieger Roter Stern Belgrad und seit 1991 bei Real Madrid unter Vertrag, zeigte weniger politisches Engagement. Aus Furcht vor Repressionen gegen seine Eltern – seine Mutter ist Serbin, der Vater Kroate – blieb der Mittelfeldspieler politisch neutral.

Dennoch wurde er selbst in Spanien vom Nationalitätenkonflikt in der Heimat eingeholt. Ein Mitglied der kroatischen Garden hatte einem spanischen Reporter erklärt, Prosinecki werde erschossen, falls er noch einmal für das jugoslawische Nationalteam antrete. Als Prosinecki die Zeitung aufschlug, erlitt er einen Schock. Der martialische Bericht trug den Titel: „Robbi, die Kugel wartet auf dich".

Fußballprofi Boban
„Kroatien finanziell im Kampf helfen"

Boban und Prosinecki wollen nicht mehr für Jugoslawien antreten, andere Fußballer schlossen sich ihnen an: Insgesamt verzichteten bislang acht Kroaten und ein Slowene auf ihren Platz in der Nationalmannschaft. Und drei bosnische Profis, die in Frankreich und Spanien spielen, denken ebenfalls an Rückzug. Von dem Team, das sich im vergangenen Jahr für die Endrunde der Europameisterschaft qualifizierte, existiert nur noch ein Torso, der sich fast ausschließlich aus Profis der beiden Belgrader Klubs Partizan und Roter Stern rekrutiert.

Dennoch leugnet Branko Bulatovic, der Generalsekretär des Jugoslawischen Fußballverbandes, die Auswirkungen des Bürgerkriegs auf den Fußball. „Wir wollen keine Einmischung der Politik in den Sport", erklärt der Funktionär und versichert treuherzig, Teamchef Ivica Osim werde für die EM Anfang Juni in Schweden „die besten Spieler einladen".

Angesichts der politischen Realitäten sind solche Durchhalteparolen jedoch nur ein letzter Versuch, das endgültige Auseinanderbrechen des Nationalteams wenigstens bis zur EM aufzuschieben. Denn nach der völkerrechtlichen Anerkennung Bosniens durch die EG und die USA wird auch die Abspaltung Mazedoniens erwartet.

Selbst für diesen Fall, behauptet Bulatovic eilig, habe sein Land von der Europäischen Fußball-Union (Uefa) eine Teilnahmegarantie für Schweden. Doch

STOLL & FISCHBACH

WANN MACHEN SIE IM BÜRO ENDLICH REINEN TISCH?

RENZ

Ordnung ist das halbe Leben, dachten sich auch die Designer von RENZ. Und schufen für Ihre individuellen Ansprüche neben FOCUS vier weitere höchst variable Schreibtisch-Programme. Für soviel Freiraum als möglich und soviel Stauraum als nötig! Mehr über Funktion in seiner schönsten Form postwendend von: RENZ GmbH, Postfach 1840, 7030 Böblingen, Tel.: 0 70 31/22 40 11, Fax: 0 70 31/22 88 42.

PSI automatisiert die Fertigung.

Die Abbildung zeigt eine Photographie von Margaret Bourke-White: „Fort Peck Dam, Montana 1936". Kunsthaus Zürich, The Marc Rick-Collection.

PSI liefert für die erfolgreiche Durchführung von Automatisierungsvorhaben ganzheitliche Konzepte, die komplette Software sowie eine umfassende Betreuung während und nach Abschluß des Projektes. PSI deckt dabei alle Bereiche von der echten Steuerung über die Leitebene bis hin zur Produktionsplanung ab. Gemeinsam mit PSI können Sie neue Produkte entwickeln, neue Märkte erschließen und CIM-Aspekte realisieren.

Mit 600 Mitarbeitern ist PSI eines der führenden Unternehmen im Bereich der Automatisierung von technischen und organisatorischen Prozessen.

PSI Gesellschaft für Prozeßsteuerungs- und Informationssysteme mbH: Berlin, Aschaffenburg, Hamburg, Reutlingen, Velbert und Alphen/NL, Baden/A, Istanbul/TR. Wenn Sie mehr über uns wissen möchten, dann schreiben Sie bitte an: PSI, Kurfürstendamm 67, 1000 Berlin 15.

PSI

Für die Zukunft PSI.

noch zu Jahresbeginn wollte Uefa-Präsident Johansson Jugoslawien von der Europameisterschaft ausschließen. Die Mannschaft, so der Schwede, habe schließlich „nicht mehr das Gesicht vom Beginn der Qualifikation". Auch sei es „schlecht vorstellbar", daß das Land angesichts der politischen Ereignisse an einem solchen Wettbewerb teilnimmt.

Doch die präsidialen Bedenken wurden der Einfachheit halber schnell zerstreut – der Termin der Auslosung stand an, und niemand mochte angesichts ähnlicher Probleme in der ehemaligen Sowjetunion einen Präzedenzfall schaffen. Guido Tognoni vom Fußball-Weltverband (Fifa) erkannte nach Überprüfung der Statuten einen „funktionierenden jugoslawischen Verband", was eine Teilnahme in Schweden rechtfertige. Zudem, sagt Tognoni, seien kroatische und slowenische Fußballer „freiwillig ausgeschieden".

Die Statutentreue hält der Fifa-Sprecher auch deshalb für angebracht, weil ähnliche Probleme jedes Land treffen könnten: Wenn plötzlich Bayerns Fußballer nicht mehr für Deutschland spielen wollten, weil ihnen die Nase des Bundestrainers nicht passe, „so muß es doch weiterhin eine deutsche Nationalmannschaft geben".

Weil jedem Fußball-Funktionär nichts mehr imponiert als ein korrekter Spielbetrieb, vollzieht sich derzeit in Jugoslawien ein absurdes Schauspiel: Den wieder intensiver gewordenen kriegerischen Auseinandersetzungen zum Trotz versuchen Kroaten, Slowenen und der Rest Jugoslawiens unter allen Umständen, jeweils einen eigenen Fußballmeister zu ermitteln.

Dabei müssen von den zwölf Klubs, die in Kroatien gleich zweimal in der Woche um Meisterschaftspunkte kikken, fünf Vereine ihre Heimspiele wegen der anhaltenden Gefechte in fremden Stadien austragen. Die Titeljagd hat nur einen Grund: Im Juni entscheidet die Uefa über die Aufnahmeanträge Kroatiens und Sloweniens – und wenn dann ein Meister feststeht, kann der auch gleich für den Europapokal nominiert werden.

Alle Hoffnungen, für die Europameisterschaft könne noch einmal zusammenwachsen, was die Politik getrennt hat, sind gegenstandslos. Die Separationsbestrebungen haben aus ehemaligen Teamkameraden längst erbitterte Feinde gemacht.

Weil sich Robert Prosinecki nicht zur „kroatischen Sache" bekennen wollte, wurde er von seinem Landsmann Vlado Kasalo, in der vorigen Saison noch Libero beim Bundesligaklub 1. FC Nürnberg, öffentlich geächtet. Kasalo, der mit der Waffe in der Hand Zagreb gegen die Serben verteidigte, verlangte

von Medien und Fans, der beliebte Prosinecki müsse ab sofort „einfach totgeschwiegen werden".

Besonderen Zorn zog auch Ivica Osim auf sich, als der Trainer von seinen kroatischen Landsleuten zum Rücktritt aufgefordert wurde. Der Nationalcoach („Ich fühle mich als Jugoslawe") blieb im Amt und wird seitdem nicht nur von Kasalo als „Verräter" beschimpft.

Osim, ganz Pragmatiker, verteidigt sich nur zaghaft. Auch er ist inzwischen überzeugt, „daß wir es nicht mehr verdient haben, in Schweden zu starten". Seine neue Mannschaft sei ihm „aus politischen Gründen aufgezwungen" worden, da müsse er „mit dem auskommen, was ich kriege".

Und das wird beinahe täglich weniger. Denn auch Osims letzte sichere Bastion, der Europapokalsieger Roter Stern Belgrad, wurde von den Auflösungserscheinungen erfaßt. Der Klub, der allein fünf Nationalspieler abstellt, steht trotz aller Hilfen des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević vor dem finanziellen und sportlichen Ruin.

Wegen des Bürgerkriegs mußte Roter Stern seine Europacup-Heimspiele in den letzten Monaten auf neutralem Boden austragen. Manager Dragan Džajić bezifferte den Einnahmeverlust auf 420 000 Mark pro Spiel. Deshalb waren die Spitzenkräfte nicht länger im Land zu halten: Dejan Savicević, Ilja Najdoski und Darko Pančev wechseln zur kommenden Saison nach Italien. „Nur noch die Reserve der Reserve bleibt hier", klagt die Belgrader *Politika*.

Die Krise des einstigen jugoslawischen Vorzeigeklubs bringt auch Osim immer tiefer ins Dilemma. Denn längst gilt es nicht mehr als sicher, daß alle ins Ausland transferierten Stars weiterhin für Jugoslawien spielen werden.

Am weitesten hat sich bisher Mittelstürmer Pančev abgesetzt. Wenn nach Bosnien auch Mazedonien von der EG als souverän anerkannt werde, hat der Mazedonier schon durchblicken lassen, wolle er keine Tore mehr für Jugoslawien treten.

Wie ernst es dem heimatbewußten Angreifer damit ist, hat Pančev vor sechs Wochen beim Europacupspiel seines Klubs Roter Stern Belgrad in Athen unter Beweis gestellt. In seinem Einreiseantrag gab der Mittelstürmer als Nationalität „Mazedonier" an – und wurde deshalb zwei Stunden lang an der Grenze festgehalten.

Und als hätten die Jugoslawen nicht schon genug Probleme im eigenen Land, kam via Stadion-Anzeigetafel noch ein weiterer Störenfried ins Spiel. Dort leuchtete, mitten in eine Belgrader Kombination hinein, der Satz auf: „Mazedonien ist griechisch."

Schach

Panischer Blick

Bei einem Weltklasse-Turnier in Dortmund werden aus Großmeistern auch Showmaster: Das Brettspiel wird wie Boxkampf inszeniert.

In der Halle wird es dunkel, aus den Lautsprechern dröhnt Musik, mal Rock, mal Klassik. Dann fixieren Spots die Gesichter der beiden Gegner, der Hallenlautsprecher verkündet mit bebender Stimme die Kampfrekorde – ein Showdown, als werde gleich um den Weltmeistertitel im Schwergewichtsboxen gekämpft.

Doch was dann kommt, ist vergleichsweise harmlos. In der Dortmunder Westfalenhalle wird Schach gespielt.

Mit einem elftägigen Turnier über Ostern soll das betuliche Brettspiel durch künstliche Showeffekte zu einem publikums- und werbewirksamen Ereignis hochgejazzt werden – Denksport mit Nervenkitzel. Seine Form der Präsentation, glaubt Organisator Peter Bocklitz, sei so „spektakulär", daß bei jedem Schachfreund „die Wettkampfstimmung rüberkommt".

Noch vor einem Jahr wurden die „Internationalen Dortmunder Schachtage" fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in einem Berufsförderungswerk ausgetragen. Jetzt heißt das Unternehmen „Chess Meeting '92", hat einen Etat von 1,3 Millionen Mark und das Wohlwollen des obersten Bürgers der Ruhrpott-Metropole, obwohl der immer noch „am liebsten einen zünftigen Skat kloppt".

„Früher", sagt Oberbürgermeister Günter Samtlebe, „da gab es hier Kohle und Kraftsport. Heute führt der Weg in die Hochtechnisierung, und warum nicht auch zum Schachspiel?" Den Weg in die neue Zeit stützt die Stadt mit Ausfallbürgschaften. So wurde das Dortmunder Chess-Meeting zu einem der drei am besten besetzten Turniere der modernen Schachgeschichte.

Auch vor Dortmund gab es zaghafte und mitunter skurrile Versuche, Schach als lukratives Massensport zu vermarkten. So drängten sich 1988 auf der „Grand' Place" in Brüssel die Besucher, als der russische Ex-Weltmeister Anatolij Karpow gegen den Niederländer Jan Timman antrat. Doch das Interesse galt mehr dem Ensemble des Theaters „La Monnaie", das den Großmeistern als lebende Schachfiguren diente.

Um die unattraktiven Grübelphasen abzukürzen, begrenzten die Ausrichter des „Deutschland-Cup" in Köln die Wettkampfzeit auf jeweils 60 Minuten. Endete die Partie remis, folgte, wie beim Tennis, eine Art Tie-Break. Zunächst absolvierten die Kontrahenten ein Schnellspiel von einer Viertelstunde. Gab es auch dabei noch keinen Sieger, folgten Fünf-Minuten-Blitzpartien bis zum K.o. Der Veranstalter versprach „Spannung bis zur letzten Sekunde" – es kamen täglich mindestens 1000 Zuschauer.

Vor allem Weltmeister Garri Kasparow inspirierte die Veranstalter zu neuen Marketing-Ideen. Wie problemlos sich der königliche Sport mit dem extrovertierten Aserbaidschaner verkaufen läßt, erkannte zuerst der französische Impresario Dan-Antoine Blanc-Shapira. Schon vor vier Jahren gestaltete er dessen Auftritt in Paris zur publicityträchtigen Show: Kasparow spielte in einem vollbesetzten Theater, ein französischer Fernsehmoderator führte im Stil von Thomas Gottschalk durch den Abend, und eine Kamera hielt jede Regung des Weltmeisters im Bild fest.

Das Schachgenie nahm es im vergangenen Jahr gleich mit der gesamten deutschen Nationalmannschaft auf. Vor dem Eingang zum Kongreßhaus in Baden-Baden stand der Preis für den Sieger – ein BWM im Wert von 93 000 Mark. Als Kasparow die deutschen Spitzenkräfte schließlich besiegt hatte, kam es zu Szenen wie nach einem Popkonzert: Das Publikum stürmte das Podium, der Hallensprecher warnte

Weltmeister Kasparow in Baden-Baden: Nach Spielschluß das Podium gestürmt

91. Lotterie vom 16. 5. bis 14. 11. 92

749 Millionen Gewinnsumme

Süddeutsche Klassenlotterie

Start frei für Ihr Millionen-Glück!
Es erwarten Sie sensationelle Gewinne:
6 x 5 Millionen, 2 x 3 Millionen,
7 x 2 Millionen, 22 x 1 Million und weitere 746.272 Gewinne. Im Verlauf der Lotterie gewinnt fast jede 2. Los-Nummer.
Sie nutzen nur dann alle Chancen, wenn Sie von der 1. bis zur 6. Klasse mitspielen.

Mitspiel-Coupon

☐ Senden Sie mir bitte mehr Infos zur 91. Lotterie.
☐ Ja, ich möchte von Anfang an dabeisein und bestelle folgende Lose (Los-Anzahl eintragen):

_____ 1/1 Los(e) à 160,– DM pro Klasse
_____ 1/2 Los(e) à 80,– DM pro Klasse
_____ 1/4 Los(e) à 40,– DM pro Klasse
_____ 1/8 Los(e) à 20,– DM pro Klasse

Los-Anteile gewinnen anteilig. Die 91. Lotterie läuft über 6 Klassen.

Coupon senden an:
Direktion der Süddeutschen Klassenlotterie,
Karolinenplatz 4, 8000 München 40.

Wir leiten Ihre Bestellung an eine unserer Staatlichen Lotterie-Einnahmen weiter, die Ihnen umgehend Ihr(e) Los(e) zuschickt.

SP 17

schließlich, es bestehe „akute Einsturzgefahr".

In Dortmund wird jetzt mit deutscher Gründlichkeit das Spektakel perfektioniert. Mit dem Chess-Meeting solle „der Boden für andere Turniere dieser Art geschaffen werden", verkündet Organisator Bocklitz. Die Westfalenhalle wurde in ein High-Tech-Zentrum verwandelt, das aus unterschiedlichen Blickwinkeln auch einem Hobbyspieler Einblick in die komplizierten Grundlagen des Schachspiels ermöglicht.

Damit die rechte „Arena-Atmosphäre" entsteht, ziehen die Akteure ihre Figuren wie auf einem „Centre Court": Fünf Schachtische sind von Tribünen umsäumt, auf denen 800 Zuschauer Platz finden. Eine Spezialkamera überträgt die Gefühlsregungen der Profis auf acht Leinwände und verschiedene Monitore – Nasenbeben und Schweißperlen in Großaufnahme. „In der heißen Phase", schwärmt Bocklitz, „muß man die Köpfe sehen, den panischen Blick."

Daß sich das Brettspiel inzwischen wie eine Zirkusnummer verkaufen läßt, ist die Folge eines Generationswechsels unter den besten Schachprofis. Über Jahrzehnte hinweg dominierten in sich gekehrte Denker, die allein mit spinnerten Marotten den Unterhaltungswert ihrer Sportart bestimmten.

Der russische Ex-Weltmeister Alexander Aljechin etwa trat zur Partie gegen den holländischen Titelverteidiger Max Euwe mit einem Siamkater auf dem Schoß an, weil er um die entscheidende Schwäche seines Gegners wußte: Euwe war allergisch gegen Katzen. Der deutsche Weltmeister Emanuel Lasker trieb seinen Kontrahenten Aaron Nimzowitsch, einen militanten Nichtraucher, auf die Zinne, als er während der Partie eine Zigarette zwischen den Zähnen hielt, ohne sie anzuzünden. Und der Amerikaner Bobby Fischer zermürbte seinen Gegner Boris Spasskij, indem er stets unpünktlich am Brett erschien.

Für derlei Finessen ist keine Zeit mehr, seitdem mit Schach ordentlich Geld zu verdienen ist. Erhielt Fischer für seinen Weltmeistertitel 1972 gerade mal 250 000 Dollar, so werden beim WM-Finale nächstes Jahr in Los Angeles 5,6 Millionen Schweizer Franken unter den beiden Gegnern aufgeteilt.

Die Profis, die von Turnier zu Turnier fliegen und die Schwächen ihrer Gegner mit Hilfe von Computern ausspionieren, verstehen sich inzwischen als weltweit agierende Geschäftsleute, die bei entsprechender Bezahlung offen für jede Innovation sind. Kasparow kassiert in Dortmund über 100 000 Mark. Dafür trat er am Tag vor Turnierbeginn auch noch in der Spielbank Hohensyburg gegen die örtliche Prominenz an.

Der Weltmeister gilt als Prototyp der neuen Generation von Großmeistern – und ist mit seinen 29 Jahren womöglich schon so etwas wie ein auslaufendes Modell. Der Ukrainer Wassilij Iwantschuk, 23, der Inder Viswanathan Anaud, 22, und der Amerikaner Gata Kamsky, 17, machen ihm die Position des Spitzenverdieners bereits streitig.

In Dortmund wäre Kasparow schon jetzt der älteste Teilnehmer des sogenannten Superturniers gewesen, wenn nicht auch ein Deutscher hätte mitspielen sollen. Da hierzulande der Nachwuchs hinter dem Weltniveau herhinkt, kam nur Robert Hübner, 43, in Frage.

Bei den Verhandlungen mit dem deutschen Großmeister beschlichen die Veranstalter dann auch prompt „Bedenken", ob Hübner den Anforderungen der Schachshow überhaupt gewachsen sei. Denn der Kölner ist als äußerst empfindlich gegen jede Art von Störung bekannt.

Schon als 21jähriger hatte er sich als Weltmeisterschaftskandidat qualifiziert, dann aber sein Viertelfinalmatch gegen Tigran Petrosjan entnervt abgebrochen, weil ihn Straßenlärm in der Konzentration störte. Der schwerhörige Petrosjan hatte damals kurzerhand sein Hörgerät abgeschaltet.

Umwelt

Schrubber an Bord

Alljährlich schützen Zehntausende von Freizeitschippern ihre Bootsrümpfe mit Antifouling-Anstrichen – eine äußerst umweltschädigende Prozedur.

Die Finger voller Penatencreme strich der Mann über die Haut seiner „Else". Drei Dosen à 500 Gramm waren nötig, um das Schmuckstück mit einem weißschimmernden Cremefilm zu überziehen.

Derart balsamiert, so schilderte ein Süßwassersegler aus Ingolstadt dem Fachblatt *Yacht* seinen Cremetrick, bleibe der Rumpf seiner Kajütjacht frei von unliebsamem Algenbewuchs.

Wasserverschmutzer Segeljachten (in Helgoland): Algentod nach der Frühjahrskur

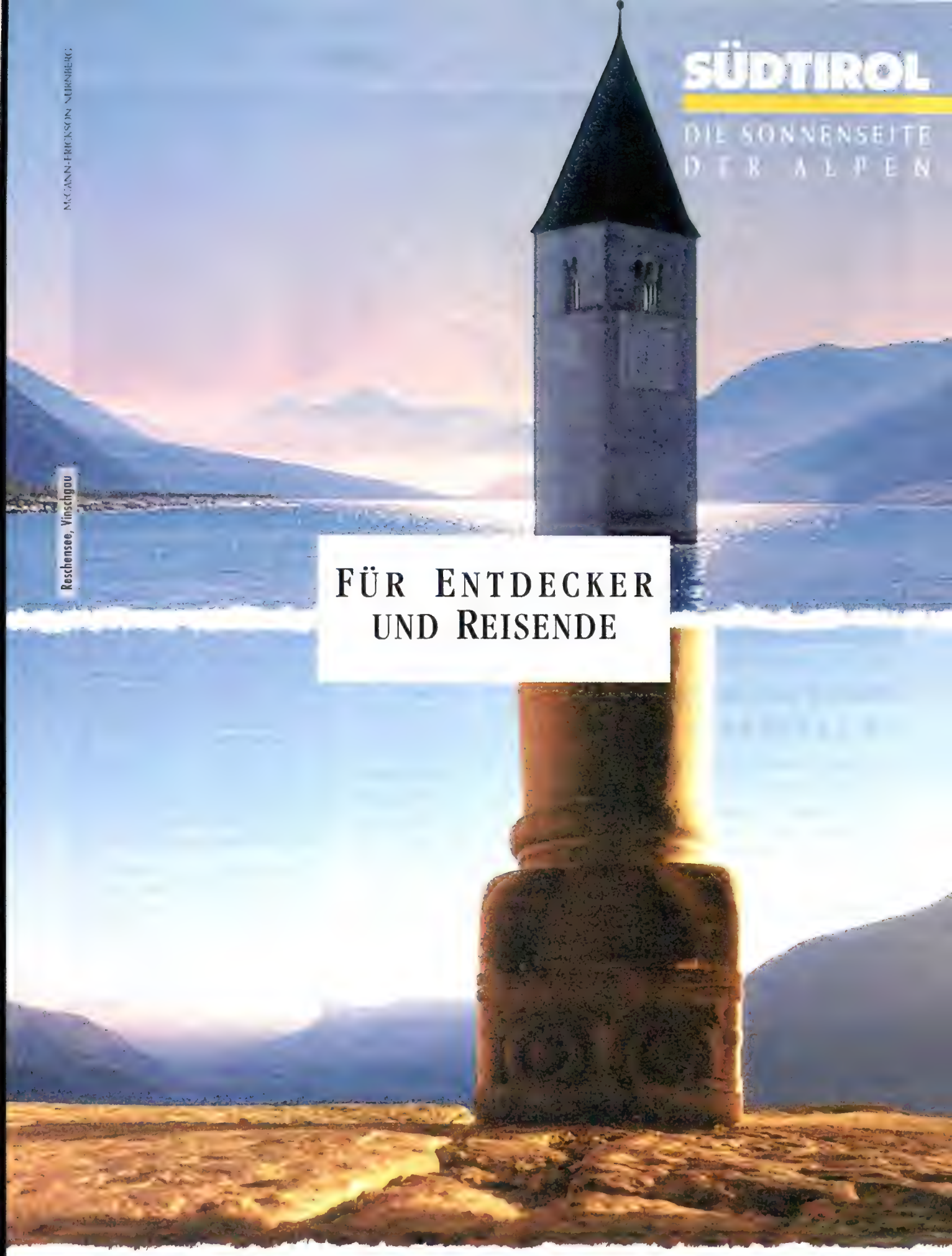
Doch so sanft und umweltschonend wie der Segelbruder aus Ingolstadt gehen Deutschlands Sportbooteigner in der Regel nicht mit ihren Schiffen um. Wenn an diesen Tagen in den bundesdeutschen Seen, Flüssen und Küstengewässern die Armada der Segel- und Motorjachten zu Wasser gebracht wird, droht den Gewässern zwischen Flensburg und Ludwigshafen eine bislang kaum beachtete Gefahr.

Denn die Frühjahrskur, die Freizeitschipper ihren Booten alljährlich mit viel Lack und sogenannten Antifoulings gegen Algen, Bakterien, Pilzbefall oder Seepocken verpassen, gilt

MCCANN-ERICKSON NÜRNBERG

SÜDTIROL

DIE SONNENSEITE DER ALPEN



Reschensee, Vinschgau

FÜR ENTDECKER UND REISENDE

Entdecken Sie Südtirols Sonnenseiten! Gleich Prospekte anfordern. Landesverkehrsamt Südtirol - I - 39100 Bozen - Tel. 0039/471/993808 - Fax. 0039/471/993899

DIE NORD/LB-OFFERTE:

PRIVATE GELDANLAGE IN LUXEMBOURG

Alles über die besonderen Möglichkeiten und Vorteile der privaten Geldanlage in Luxembourg. Ab 100.000 DM. Vertrauliche Informationen abfordern unter Telefon

00352/452211-1

oder per Coupon:

Name

Straße

PLZ/Ort Sp

NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
LUXEMBOURG S.A.
26, Route d'Arlon · L-1140 Luxembourg

Schleifarbeit am Schiffsanstrich: „Untragbarer Zustand"

Ökologen als schlimmer Tort für die Umwelt.

Die meisten Antifoulings enthalten das für Gewässer bedenkliche Schwermetall Kupfer und zudem algentötende Zusatzstoffe wie die Agrarpestizide „Triazine" und „Zineb" – ein „untragbarer Zustand", wie das Berliner Umweltbundesamt beklagt.

Als bislang einziges Bundesland schloß Schleswig-Holstein vor der neuen Saison einen Umweltpakt mit seinen Seglern und Motorbootfahrern. Auf „Seen und Fließgewässern", so vereinbarten Umweltbehörde und Landessportverband, sollten Bootsbesitzer als „bewuchsabweisende Unterwasseranstriche nur solche Anstriche benutzen, die keine toxisch wirksamen Stoffe enthalten oder an das Wasser abgeben".

Dem Beispiel der Norddeutschen, appellierte der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) an die Politiker, sollten „möglichst schnell alle Bundesländer folgen". Ob die freiwillige Selbstbeschränkung der schleswig-holsteinischen Süßwasserskipper tatsächlich greift, muß sich allerdings noch zeigen. Die weit größere Flotte der mehr als 20 000 Segler und Motorbootfahrer im Land, die ihre Schiffe nur im Meer bewegen, ist von der Vereinbarung zudem nicht betroffen.

„Im Laufe der Saison", so kündigte der Sprecher des Landessportverbandes Günter Hildebrand an, würden „an drei Seen und drei Fließgewässern" Stichproben durchgeführt, um den Erfolg der Aktion zu überprüfen.

Dabei könnte es den Kontrolleuren vom platten Land ergehen wie den Giftfahndern vom BUND, die Ende letzten Jahres an Deutschlands größtem Binnenmeer Antifoulings nachspürten: Die Anstrich-Detektive stießen überall auf die mit Totenköpfen gezeichneten Dosen der seit Mai 1990 verbotenen Organozinn-Verbindungen – offenbar werden noch immer viele der etwa 25 000 Boote der Bodensee-Freizeitflotte mit den hochgiftigen Mitteln behandelt.

Bereits 1989 hatten Schweizer Wasserforscher vor den verheerenden Folgen der organischen Zinnverbindungen gewarnt: „Vor allem Algen, Zooplankton sowie Larven von Muscheln", so das Resümee ihrer Untersuchungen im Vierwaldstättersee, „werden schon bei Konzentrationen von wenigen hundert milliardstel Gramm pro Liter (ng/l) geschädigt."

In Wasserproben, die im Mai, kurz nachdem die neu angestrichenen Boote zu Wasser gelassen worden waren, entnommen wurden, wiesen die Forscher Giftkonzentrationen von 1600 ng/l nach. Im Bodenschlamm („Sediment") der Jachthäfen liegen die Giftwerte zumeist noch um „mehrere 100- bis 10 000mal höher als im Wasser". Dabei sei zu bedenken, so warnten die Wissenschaftler, daß „im Sediment akkumuliertes Gift wieder ins Wasser rückgelöst" werden kann.

Auch die heute gängigen Antifoulings auf Kupferbasis sind Experten suspekt. So warnte Burkhard Watermann vom Zoologischen Institut der Universität Hamburg vor den Folgen „eines massenhaften Eintrags des Schwermetalls" ins Wasser: Dabei könne sich „das Artengefüge verschieben und beispielsweise eine Massenvermehrung einzelner Algenarten ausgelöst" werden.

Als ökologisch unbedenklich stufen Umweltschützer bislang nur giftfreie Unterwasseranstriche auf Baumharzbasis ein: Der Harzanstrich löst sich im Laufe des Jahres Schicht um Schicht vom Rumpf und wird, so der BUND, im Wasser „problemlos abgebaut".

Auch Schrubber („Marke Bordmagd") leisten Dienste an der Umwelt: „Einige Stunden pro Saison", so BUND-Mitarbeiter Hans-Christoph Neidlein, reichen aus, um einen Rumpf per Hand von Algen zu befreien.

Werbezeit ist jederzeit.

FRÜHLING SOMMER HERBST WINTER

Ein deutlicher Auftritt im Amtlichen Telefonbuch macht 365 Tage lang den besten Eindruck. Und als Kunde wissen Sie: Wer im Amtlichen Telefonbuch um Sie wirbt, bemüht sich auch sonst um Sie. Auf Wiedersehen.
Im Amtlichen Telefonbuch.

Jeder hat's. Jeder braucht's.

Das Amtliche

Verlegergemeinschaft Amtliches Telefonbuch

„Tun wir den Frauen Gutes?“

Frauen jenseits der Wechseljahre werden mit gespendeten Eizellen schwanger; Mütter leihen Töchtern ihre Gebärmutter; tiefgefrorene Embryonen („Frosties“) werden nach Wunsch wieder aufgetaut – mit immer kühneren Methoden greifen Ärzte und Biologen ein in den natürlichen Vorgang von Zeugung und Schwangerschaft.

Tun Sie's nicht !“ Mit einem Schreckensschrei stürzte der Assistent ins Labor. Zu spät: Harley Pombernack, amerikanischer Genforscher, hatte soeben, in einem Fehlgriff, zwei Zellen miteinander verschmolzen, die gar nicht zueinander sollten.

So nahm die Menschwerdung des Professors Affidavit Donda ihren Lauf, dessen gesamtes Leben, von der Zeugung an, aus verrückten Zufällen bestand.

Vater des genialen Kybernetikers war eine Navajo-Mestizin; für irgendein Experiment hatte sie Schleimhautzellen hergegeben, die fälschlich als männliche Samenzellen etikettiert wurden. Als solche gelangten sie in eine Retorte und befruchteten dort eine Eizelle, deren Spenderin eine russische Emigrantentochter war.

Den künstlich gezeugten Embryo trug eine extremistische Negerin aus – einige Monate lang, bis sie wegen eines geplanten Terroranschlags im Gefängnis landete. Eine mitleidige Quäkerin übernahm die Schwangerschaft, erlitt aber schon eine Woche später, während eines U-Boot-Ausflugs im Aquarium von Disneyland, eine Frühgeburt. Das Frühchen überlebte.

Später bedurfte es, wie der polnische Schriftsteller Stanislaw Lem erzählt, „der vereinten Bemühungen zweier großer Detektivbüros“, um die Vaterschaft wie auch die Mutterschaft festzustellen: „Die Fortschritte der Wissenschaft hatten den alten römischen Grundsatz ‚mater semper certa est‘ (‚Die Mutter ist immer sicher‘) überholt.“ Rätselhaft blieb am Ende, warum ein männliches Wesen entstanden war – wie war ein männliches Geschlechtschromosom ins Spiel gekommen?

Lem, Meister der intelligenten Science-fiction, erfand seinen Professor Donda 1975, drei Jahre vor der Geburt von Louise Brown, dem ersten wirklichen Retortenkind. Seither wurden die scheinbar abwegigen Gedankenexperimente des Literaten (der zeitweilig auch als Arzt und Geburtshelfer tätig war) von der Realität fast schon eingeholt: Gerade erst 14 Jahre sind vergangen, seit durch Zeugung im Labor erstmals ein leibhaftiges Kind zustande kam, doch schon eröffnen sich, so Heribert Kentenich, Gynäkologe am Berliner Universitätsklinikum Charlottenburg, mit der Hilfestellung der Mediziner geradezu „ungeahnte Dimensionen des Kinderkriegens“.

„Mit einem fast schwindelerregenden Tempo“ habe sich die Fortpflanzungsmedizin entwickelt und „in Tabuzonen vorgewagt“, konstatierte der Göttinger Reproduktionsmediziner Hans Wilhelm Michelmann: Die Zeugung ebenso wie viele andere Entwicklungsschritte bis zur Geburt sind manipulierbar geworden – die Fortpflanzungstechniker haben die Natur überlistet.

In geradezu biblischen Tönen schwärmte das US-Nachrichtenmagazin *Time* von der „Herrlichkeit und Macht“ der „In-vitro-Fertilisation“ (IVF), die es möglich macht, zahlreiche Schlüsselvorgänge der Fortpflanzung aus dem Körper herauszulösen und „in vitro“, im Reagenzglas, stattfinden zu lassen.

In vitro können geeignete Eizellen ausgewählt und müde Spermien aufgemischt werden. Wenige Stunden alte Embryonen können auf Tauglichkeit untersucht, überzählige vernichtet oder auf Lager gelegt werden.

Elternschaft läßt sich im Labor, unabhängig von der biologischen Fähigkeit der beiden Elternteile, mit fremdem Samen oder fremden Eizellen erzwingen, die überdies noch in geliehene Körper eingepflanzt werden: „Dieses Können mit all seinen möglichen Folgerungen“ ist in den Augen von Professor Hermann Hepp, Gynäkologe an der Münchner Universitätsklinik, „das nach der Atomkernspaltung bedeutendste und gleichzeitig auch umstrittenste Ergebnis wissenschaftlicher Forschung dieses Jahrunderts“.

Mit immer kühneren – Kritiker sagen: mit immer zweifelhafteren – Behandlungsmethoden stellen Ärzte und Biologen, fast schon wie im Falle Donda, die

Befruchtung einer menschlichen Eizelle im Labor, Neugeborenes: „Mit einem fast

Tiefgefrieren von Sperma
„Ungeahnte Dimensionen des Kinderkriegens"

Natur auf den Kopf. Weder Alter noch Unfruchtbarkeit, weder Erbkrankheit noch Jungfräulichkeit stehen künftig dem Wunsch nach einem eigenen Kind noch im Wege:

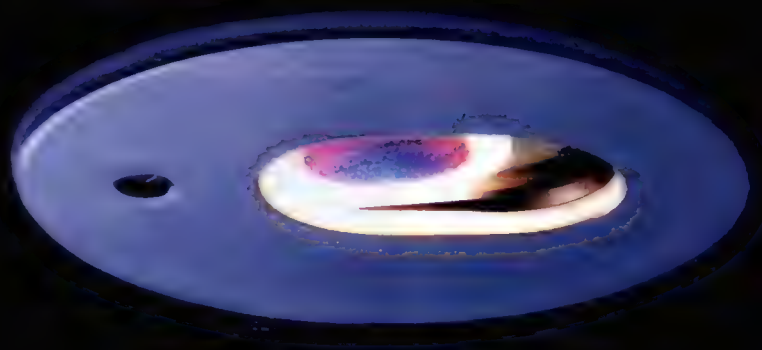
▷ Mit Hilfe gespendeter Eizellen junger Frauen können nun auch Frauen jenseits der Wechseljahre Kinder bekommen. Den Rekord erreichte, im vergangenen Dezember, eine Athenerin, die nach Zellspende und In-vitro-Befruchtung mit 54 Jahren ihr erstes Kind gebar. Auch die 54jährige Jande Fonda, so berichtete im März ein italienischer IVF-Spezialist, möchte noch auf diese Weise eine Schwangerschaft erzwingen.

▷ Mit künstlicher Befruchtung verhalfen britische Ärzte 1991 einer 39jährigen Jungfrau zum ersehnten Kind. Single-Frauen und Lesbierinnen machen sich ihr Kind selbst – sie kaufen Sperma von niederländischen, französischen oder amerikanischen Sa-

schwindelerregenden Tempo hat sich die Fortpflanzungsmedizin entwickelt und in Tabuzonen vorgewagt"

TEAM/BBDO

MANCHMAL SIEHT MAN KAUM, WARUM ES STAFF SEIN MUSS.



Bei Downlights sitzt das Entscheidende nahezu unsichtbar in der Decke. Ein Beispiel sind die hochglänzenden Spiegelreflektoren aus aluminiumbedampftem Polycarbonat, eigens entwickelt von STAFF für das Downlight-System 2000. Mit hervorragender Lichtleistung, bester Brillanz und völliger Irisierungsfreiheit. STAFF-Downlights gibt es für alle Lampenarten, auch für Niedervolt-Halogen. In vielen Durchmessern und Einbautiefen. Wenn man also genauer hinsieht, dann sieht man: Es sollte STAFF sein. Ausführliche Informationen von STAFF Leuchten, D-4920 Lemgo, Postf. 760, Telefon: 05261-2120 oder Telefax: 05261-212234.

Innovative Lichttechnik im Downlight-System 2000.

STAFF

menbanken, die ausgelesene Spender per Katalog anbieten.

▷ Hunderte von „Frosties", als Embryonen tiefgefroren und zum erwünschten Zeitpunkt wieder aufgetaut, wurden bereits geboren. Zwillinge konnten nach diesem Verfahren zeitversetzt in für die Eltern bequemem Abstand zur Welt kommen.

▷ Zur Verwirklichung des Kinderwunsches werden herkömmliche Generations- und Familienstrukturen umgeworfen: Schwestern leihen einander, Mütter leihen ihren Töchtern die Gebärmutter. In Amerika trug letztes Jahr eine Großmutter ihre Enkel aus. Die 42jährige Arlette Schweitzer sprang für ihre unfruchtbare Tochter ein, gezeugt wurden die Zwillinge im Reagenzglas.

▷ Mit „Mikromanipulationen" wird männliche Unfruchtbarkeit überspielt – bei zu schlechter Samenqualität injizieren Embryologen die schlappen Spermien direkt durch die Eihülle hindurch ins Ei oder eröffnen ihnen mit Hilfe von Enzymen, feinen Glasnadeln oder Laserstrahlen den Weg.

▷ Noch bevor die im Glas befruchtete Eizelle in die Gebärmutter eingepflanzt wird, fahnden Genetiker nach Erbkrankheiten; in manchen Fällen werden defekte Gene der Mutter schon vor der Befruchtung des entnommenen Eis aufgespürt.

Leihmutter Schweitzer, Tochter, Retortenkind
Die Großmutter trug ihre Enkel aus

Ursprünglich als *ultima ratio*, als letzter denkbarer Versuch, entwickelt, wurde die In-vitro-Befruchtung in der nun eröffneten Ära der „Reproduktionsmedizin" zum Allheilmittel bei Fruchtbarkeitsstörungen. Zahlreiche Varianten der IVF vermehren mittlerweile die Möglichkeiten der „assistierten Zeugung", wie sie von Ärzten und Wissenschaftlern auch genannt wird: Die Mediziner experimentieren mit „GIFT" („Gamete Intrafallopian Transfer"), „ZIFT" („Zygote Intrafallopian Transfer") oder „TET" („Tubal Embryo Transfer"), mit „PROST" („Pronuclear Stage Tubal Transfer"), „PZD" („Partial Zone Dissection"), „SUZI" („Sub Zonal Insemination") und „MIST" (Mikroinsemination durch Spermien-Transfer).

Nach der einen oder anderen dieser Methoden sind bislang weltweit 40 000 Kinder geboren worden, im Jahr 2010,

„Wir suchen die drei richtigen"

Künstliche Befruchtung (IVF) in einer deutschen Uniklinik

„Wir werden uns alle Mühe geben, daß es was wird", versichert Liselotte Mettler, 51, Frauenärztin und IVF-Spezialistin an der Kieler Universitätsfrauenklinik, ihrer Patientin. Die 28jährige ist mitsamt ihren umfangreichen medizinischen Unterlagen eigens aus Saarbrücken angereist. Die Unfruchtbarkeit der jungen Frau hat zwei mutmaßliche Ursachen: den Verschluß eines Eileiters und den schlechten Spermabefund ihres Ehemannes.

Schon zehnmal hat die Frau, die sich seit acht Jahren sehnlich Kinder wünscht, eine „Insemination" versucht, bei der das Sperma ihres Mannes direkt in die Gebärmutter injiziert wurde. Dreimal hat sie „GIFT" erprobt, die Prozedur, bei der Eizellen punktiert und Samen durch Masturbation gewonnen werden und beides über einen dünnen Katheter direkt in die Eileiter gebracht wird. Jetzt hofft sie auf die Kunstfertigkeit der Kieler IVF-Virtuosin.

Der Operationssaal 4 ist für die Punktion der Eizellen vorbereitet: Asepsis mit Mundschutz und Gummihandschuhen wie bei einem großen Eingriff. Die Patientin ist vom Kinn bis über die Füße mit grünen Tüchern abgedeckt, der linke Arm hängt an Infusionsschläuchen, über die Beruhigungs- und Schmerzmittel in die Vene tropfen. Zwischen den weit gespreizten Beinen sitzt die Ärztin, die Füße in den weißen Socken auf Pedalen, über die sie die Punktionsautomatik steuert.

„Kalt und naß", warnt sie, als sie die Scheide desinfiziert. Dann drückt es – die Suchsonde mit der Punktionsnadel wird eingeführt. Auf einem schwarzen Monitor wabern grüne und weißliche Nebel, durchsetzt von rundlichen schwarzen Schatten: die Gebärmutter und die Eierstöcke der Patientin mitsamt den Follikeln, ein bis zwei Zentimeter großen Bläschen, aus denen jetzt die reifen Eizellen herausgeholt werden sollen.

Zu hören ist das Brummen der Pedale, dann ein metallisches Klicken: Vom Ultraschall gelenkt, schnellt die durch die Scheidenwand geführte Nadel genau in den anvisierten Follikel hinein – wenige Millimeter weiter pulsiert ein großes Blutgefäß.

Die Follikel fallen in sich zusammen, während sich über dünne Schläuche ein Reagenzglas nach dem anderen füllt – in der abgesaugten Follikelflüssigkeit schwimmen, mit bloßem Auge nicht erkennbar, die Eizellen. Sibylle Buck, die medizinisch-technische Assistentin, eilt mit dem Glas ins Labor nebenan. Beim dritten Mal endlich die Rückmeldung: Die erste Eizelle ist da.

Während der Wunschvater durch die Stadt bummelt – „sein Teil", das Abliefern des Spermas, „kommt noch", sagt Medizinerin Mettler –, leert die Ärztin mit ihrer Punktionsautomatik alle in Frage kommenden Follikel. Die kleineren bleiben mitsamt Eizellen unangetastet, auf die Gefahr hin, daß sich daraus Zysten entwickeln. „Wir hätten mit der hormonellen Stimulation nicht so hoch gehen müssen", meint Liselotte Mettler.

Die Sonde mit dem Schallkopf drückt so stark, daß die Patientin um mehr Schmerzmittel bittet. „So, fünf Follikel sind punktiert", die Ärztin gibt sich zufrieden. Aus dem Labor kommt die Meldung: Insgesamt sieben Eier wurden gefunden.

so schätzen Experten, werden es mehr als eine Million sein. Auf ihren Transfer in einen mütterlichen Leib warten bereits 20 000 befruchtete Eizellen, die zur Zeit in Tiefkühltruhen lagern, davon 700, deren Eltern das Interesse verloren haben – „verlassene" Embryonen.

Paare, bei denen es mit dem Kinderkriegen nicht gleich klappt, „meinen heutzutage, daß Fortpflanzung nur eine Frage von mehr Anstrengung, mehr Geld und mehr Zeit sei", schrieb letzten Monat das *New York Times Magazine*. Vom „technologischen Imperativ" getrieben, suchten in den USA jährlich eine Million Frauen und Männer die „Baby-Fabriken" auf, wie das Blatt die IVF-Kliniken nennt: „Das Geschäft mit der Unfruchtbarkeit blüht."

„Das segensreiche Verfahren ist aus unserem Repertoire nicht mehr wegzudenken", erklärt Professor Heinz-Günther Bohnet. Die Hamburger Gemeinschaftspraxis Bohnet und Leidenberger gehört zu den größten Zentren der IVF-Behandlung in Deutschland. Insgesamt sind mittlerweile in 55 deutschen Kliniken und Praxen Ärzte als technische Zeugungshelfer tätig, vor fünf Jahren waren es noch 28.

Dennoch gibt es lange Wartelisten. Das freizügige Angebot der Methode, die für viele Universitätskliniken Prestigesache ist, hat bei unfruchtbaren Paaren Ansprüche geweckt: „Immer mehr ungewollt kinderlose Paare", so der

Eientnahme in der Kieler Universitätsfrauenklinik*: „Jetzt warten wir auf Ihre schönen Embryonen"

„Wir müssen die drei richtigen für Sie raussuchen", verabschiedet die Ärztin ihre Patientin. Die anderen Eier werden „verworfen", eine Entscheidung, die Assistentin Buck jedesmal schwer wird. Nur noch drei Eizellen dürfen befruchtet und wieder zurückverpflanzt werden, so sieht es das deutsche Embryonenschutzgesetz von 1991 vor, das der IVF-Wissenschaftlerin „zu restriktiv" scheint. Ihr von ethischer Grübelsucht ungetrübter Forscherdrang hat die Kieler Professorin (fünf Söhne, davon zwei adoptierte, zwei eigene schon erwachsene und ein vierjähriger) immer wieder zur Buhfrau der Retortenbefruchtung gemacht: Mal protestierte die Feministinnengruppe „Rote Zora" vor ihrer Tür, mal kamen Morddrohungen ins Haus.

Unterdessen erlebt, auf dem Behandlungstisch im kleineren Nebenraum, eine 30jährige Flensburgerin ihren ersten Embryotransfer. Während die Ärztin ihr den kurzen, nüchternen Akt ankündigt („Jetzt warten wir auf Ihre schönen Embryonen"), hält die Frau ihre hochgereckten Oberschenkel umklammert, die Beine zittern.

Sie zuckt leicht, als der biegsame, sechs Zentimeter lange Plastikkatheter mit den befruchteten Eizellen in die Gebärmutter hineingesenkt wird. Anschließend inspiziert die Ärztin die durchsichtige Röhre, um sicher zu sein, „daß alle drin sind". Noch ein ermunternder Zuspruch und die Aufforderung, „mit dem Po ein bissel nach oben zu kommen, damit nichts rausrutscht" – eine IVF-Schwangerschaft hat begonnen.

Bonner Gynäkologe Professor Klaus Diedrich, „möchten die neuen Möglichkeiten nutzen." Was machbar sei, so fordern diese Paare, solle gemacht werden, um ihnen zum ersehnten Sprößling zu verhelfen.

Die Krankenkassen erleichtern die Entscheidung für die aufwendige Therapie: Sie zahlen bis zu vier Versuche mit der Reagenzglasbefruchtung, von denen jeder rund 3000 Mark kostet. Oftmals kommen 30 000 bis 50 000 Mark zusammen, bis die Paare Eltern geworden sind oder – weit häufiger – den Versuch, es zu werden, aufgeben.

Denn die scheinbar hohen Erfolgszahlen täuschen über eine in Wirklichkeit nur magere Ausbeute hinweg. Die Babymacher warten zwar mit rapide steigenden Statistiken über die Zahl der

* Mitte: IVF-Spezialistin Mettler.

Tänzer mit unbegrenzter Vitalität brauche

"Wir müssen uns intensiv mit unseren inneren Angelegenheiten auseinandersetzen, dürfen aber dabei die internationalen Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Unser jetziger Plan ist, unsere finanziellen Mittel dafür zu verwenden, anderen Entwicklungsländern zu helfen, als eine Form des Feedbacks an die internationale Gemeinschaft." (Präsident Lee Teng-hui, 8. August 1991)

Präsident Lee Teng-hui

Die Einwohner der Republik China auf Taiwan arbeiten hart, um wirtschaftlichen Wohlstand und eine demokratische Gesellschaft für sich zu erreichen. Da sie auf gute Fortschritte ihrer inländischen wirtschaftlichen Leistungen zurückblicken können, sind sie nun bereit, eine größere Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen und weniger entwickelten Nationen zu helfen, ihr wirtschaftliches Potential auszuschöpfen.

Wie jede Gesellschaft hat auch die Republik China auf Taiwan ihre Probleme — von denen viele in dem schnellen wirtschaftlichen Wachstum begründet sind —, und ökologische sowie soziale Angelegenheiten gehören nun zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten auf der nationalen Agenda.

Die Einwohner der Republik China auf Taiwan begegnen diesen innenpolitischen Herausforderungen in der robusten und offenen Art, die typisch ist für demokratische Gesellschaftsordnungen. Und dieser positive Geist ist es, der sie befähigt, sich den vielen dringlichen internationalen Anforderungen zu stellen, denen die Welt heutzutage gegenübersteht.

Die Republik China auf Taiwan ist bereits ein Hauptakteur in regionalen Organisationen wie der

n eine größere Bühne für ihre Aufführung

Asiatischen Entwicklungsbank. Die Republik China auf Taiwan hat sich offiziell um die Mitgliedschaft im GATT beworben und möchte anderen internationalen wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Organisationen beitreten. Zusätzlich stellt sie durch ihren 1,1 Milliarden US$ umfassenden Fonds für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits substantielle Hilfe für weniger entwickelte Länder zur Verfügung und unterstützt darüber hinaus auch durch ihre Hilfsprogramme Opfer von Naturkatastrophen sowohl in fremden Ländern als auch auf dem chinesischen Festland.

Dies ist lediglich der Beginn einer neuen Ära in der Entwicklung der Republik China auf Taiwan.

TWTC (Taipei World Trade Center)
Nationaler Sechsjahres-Entwicklungsplan

Die Bevölkerung der Republik China auf Taiwan ist entschlossen, ihren Verpflichtungen als verantwortungsvolles und kompetentes Mitglied der internationalen Gemeinschaft nachzukommen.

Wie Tänzer, die sich auf ihrer nationalen Bühne behauptet haben, sind sie auf der Suche nach einem größeren Publikum, um ihre Vitalität, ihre Fähigkeiten, ihre Erfahrungen und ihre Ressourcen dem Aufbau einer neuen Weltordnung zur Verfügung zu stellen, die auf Frieden, Fortschritt und Wohlstand basiert.

TODAY'S TAIWAN

REPUBLIC OF CHINA

„Ich sah mich schon mit dickem Bauch“

Die vergeblichen Versuche einer 38jährigen, mit In-vitro-Befruchtung schwanger zu werden

Vielen Frauen, die sich zuversichtlich in einem Zentrum für künstliche Befruchtung (IVF) anmelden, ergeht es wie Susanne Lundt*. „Diese verrückten Frauen, die wollen Kinder um jeden Preis“, hatte Susanne aus Offenbach, selber Ärztin, früher gedacht, wenn sie von der Retortenmedizin hörte.

Die temperamentvolle 38jährige Medizinerin aus Offenbach und ihr Mann, beide in zweiter Ehe verheiratet, wünschten sich schon eine Weile vergebens Nachwuchs: Ein durchgängig gemachter Eileiter war auch nach einer Operation wieder verklebt. Mehrmals hatten Gynäkologen mit Susanne die Möglichkeiten einer künstlichen Befruchtung erörtert. Sie empfand das als „so etwas Widernatürliches“, lehnte „jedesmal empört und beleidigt“ ab.

Doch eines Morgens, der Wunsch nach einem Kind war schon ganz tief gesackt, war es soweit: „Ich wachte auf, und mir war klar, ich mach' es. Alle moralischen, ethischen und medizinischen Bedenken hatte ich über Bord geworfen.“

An der IVF-Abteilung der benachbarten Universitätsklinik wurde ihr Tatendrang erst einmal mit „Dokumentationsbögen“ gebremst, in denen nach „Basaltemperaturregistrierungen von mindestens drei Monaten“ gefragt wurde, nach „Postkoitaltests“ und nach dem „Spermiogramm“ des Ehemanns. Na ja, vom Alter her sei sie nicht die ideale Patientin, hieß es, sie hätte fünf, sechs Jahre früher kommen sollen. Aber es wurden dann auch gleich Termine vereinbart.

Im Wartezimmer fand sie sich in einem Kreis von Frauen, die schon drei, fünf oder sogar neun Versuche hinter sich hatten und sich untereinander kannten: „Von der Fabrikarbeiterin bis zur Anwältin saß da alles, für die Spritzen, für die Blutentnahmen, den Ultraschall oder die Kontrollen.“ Wie eine unmündige Patientin habe sie sich dann in die Hände des Arztes gegeben: „Sie brauchen mir nichts zu erklären, ich mach' das, ich will das, über die Risiken will ich nichts wissen“, sagte sie ihm. „Ich war völlig euphorisch und zielstrebig und sah mich schon mit dikkem Bauch herumlaufen.“

Ob morgens früh, ob spätnachmittags, jeder Termin war ihr recht, sie „klinkte sich da widerstandslos ein“. Die unterschiedlichen Spritzen, die sie in ein hormonelles Wechselbad versetzten, machten ihr zu schaffen.

Zuerst gab es ein Hormon, das die Östrogenproduktion quasi auf null brachte und sie binnen weniger Tage in die Wechseljahre katapultierte. „Nachts wachte ich auf und war schweißgebadet von den Hitzewallungen, aber es hat mir überhaupt nichts ausgemacht.“

Auf die künstliche Menopause folgte die Stimulation für den Super-Eisprung – wieder Spritzen mit hohen Hormondosen. Am zwölften Tag, nach der Ultraschalluntersuchung, kam der Absturz: „Wir müssen den Versuch abbrechen“, sagte der Arzt, „es ist nur ein Follikel herangereift, Sie sind nicht ausreichend stimuliert worden. Drei, vier müssen wir schon haben für die Befruchtung und den Transfer.“

Da kam sie sich vor wie eine Versagerin, schluchzte hemmungslos, als sie wieder im Auto saß. „Ich stand jetzt plötzlich vor dieser Situation: In meinem Leben werde ich keine Kinder haben können.“

Susanne und ihr Mann beschlossen, nicht mehr weiterzumachen. Doch nach zwei Monaten fing es wieder an, in ihr zu rumoren – der Versuch war ja gar nicht bis zum Schluß durchgezogen worden. „Und schon hing ich wieder am Telefon und habe gesagt, ich würde jetzt gern den zweiten Versuch starten.“

Es fing dann alles wieder von vorn an. Diesmal reiften acht Follikel heran, von wunderbarer Größe, und der Bauch wurde immer praller. „Für die Spritze, die den Eisprung auslösen sollte, mußten wir den Wecker stellen, auf zwei Uhr nachts. Aber wir haben es mit Humor getragen, es war ja klar, wir würden bald ein Kind im Arm halten.“

Die Punktion war sehr schmerzhaft, aber alles lief programmgemäß: Susannes Mann kam zur Samenspende in die Klinik; die Eier seien ordnungsgemäß befruchtet, teilte das Labor auf Nachfrage mit. Schlaflose Nächte. Die Vorstellung von den drei Eiern, die da weit weg in einer Petrischale lagen, war ihr unheimlich.

Nach dem Transfer, dem Einbringen der befruchteten Eier in die Gebärmutter, ging es Susanne miserabel, sie hatte Schmerzen, fühlte sich „aufgeschwemmt und voll mit Wasser“. Das Hin und Her zwischen Rührung und Panik war „der absolute Horror“.

Als sie die allerletzte Spritze bekam, sagte ihr Mann: „Das kannst du dir nicht noch einmal antun.“ Er habe, meint Susanne Lundt, „mehr Abstand gehabt und gesehen, was mit mir passiert ist“.

Am 16. Tag nach dem Transfer ging alles zu Ende – auf gewisse Weise undramatisch: mit den normalen monatlichen Blutungen.

Susanne Lundt brach nicht zusammen, war aber „körperlich völlig am Ende“. Nachgespräche in der Klinik, die den psychischen Streß hätten auffangen können, gab es nicht. Susanne hat resigniert. „Man wird nicht wieder einbestellt, also: Schluß, Schluß, Schluß.“

Samenspende in einer IVF-Klinik: „Mit Humor getragen“

* Name von der Redaktion geändert.

Kinderlose Rahel, Jakob, Hinrichtung der Anna Boleyn (1536): „Schaffe mir Kinder, wo nicht, so sterbe ich!"

vorgenommenen Eingriffe auf – aber die Rate der erzielten Schwangerschaften stagniert. Überdies enden die hoffnungsvollen Umstände in jedem dritten Fall frühzeitig mit einer Fehlgeburt; als glückliche Mutter geht nach Reagenzglasbefruchtung höchstens jede zehnte Patientin nach Hause.

Dieses magere Ergebnis ist mit langer Pein erkauft, körperlicher und seelischer (siehe Kasten Seite 230). Meist mehrere Jahre lang, so Gynäkologe Kentenich, müssen die Paare ihre Sexualität reglementieren lassen. Obwohl die Ursache der Unfruchtbarkeit in etwa der Hälfte aller Fälle beim Mann liegt, ist die gesamte Prozedur der notwendigen Eingriffe Frauensache: tägliche Hormonspritzen, regelmäßige Ultraschalluntersuchungen und Blutentnahmen, die Punktionen der Eierstöcke, die Übertragung der befruchteten Eier per Katheter durch die Vagina und schließlich 14 Tage angespannten Wartens – „ein streßbeladener Vorgang, der meistens mit der Abbruchblutung endet" (Kentenich).

Soraya, Schah Resa Pahlewi (1951)
Nach fünf kinderlosen Ehejahren verstoßen

Kommt tatsächlich ein Kind zustande, wird es sehr oft durch Kaiserschnitt geboren, zumal Mehrlingsgeburten häufig sind: Um die Erfolgsaussichten zu steigern, werden meist drei Embryonen gleichzeitig eingesetzt.

Zu den Ausgaben für die künstliche Zeugung, so kritisierten Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der Mediziner-Zeitschrift *Lancet*, kämen dann noch die Kosten für die Krankenhausversorgung der operierten Mutter und die Intensivbehandlung der Säuglinge hinzu.

Der WHO ist die rasche Expansion der Befruchtungsbranche ein Ärgernis: Als „wenig effizient, risikoreich und immer noch experimentell" wurde die Retortenmedizin auf einer WHO-Tagung in Kopenhagen abqualifiziert.

Dringlicher als die künstliche Befruchtung, meinen die WHO-Experten, sei die Behandlung oder Prophylaxe der unterschiedlichen Ursachen von Sterilität, darunter Geschlechtskrankheiten, emotionale Faktoren oder auch schädliche Umwelteinflüsse. „Die IVF und verwandte Techniken", so das Resümee der internationalen Tagung, „hat viele gesundheitliche, rechtliche und ethische Probleme geschaffen, die größtenteils ungelöst sind."

Dazu zählen die unerwünschten Mehrlingsgeburten. Der überreiche Kindersegen, der auch durch unkontrollierte, massive Hormonbehandlungen in privaten Gynäkologen-Praxen produziert wird, wuchs in vielen Fällen Eltern und Ärzten über den Kopf. So wurden Babymacher zu Engelmachern: Mit einer Injektion ins Herz, umschrieben als „Fetozid" oder, noch diskreter, als „Mehrlingsreduktion", werden unerwünschte Mehrlinge schon im Frühstadium der Schwangerschaft umgebracht.

„Wie viele Feten darf man töten?" fragte im Herbst letzten Jahres die Ärzte-Zeitschrift *Medical Tribune* anläßlich eines Symposiums, auf dem Spezialisten diese Methode der vorgeburtlichen Selektion diskutierten. Im Plauderton berichtete Professor Manfred Hansmann von der Bonner Universitätsfrauenklinik, wie und warum er „Reduktionen" vornimmt: Der Eingriff sei gerechtfertigt, weil dadurch den restlichen, verbleibenden Ungeborenen eine größere Überlebenschance verschafft werde.

Ganz anderer Meinung war ein Berliner Kinderarzt: Die Mehrlingstötung „als Teil der Sterilitätsbehandlung anzuerkennen", so Professor Hans Versmold vom Universitätsklinikum Steglitz, sei „eine Perversion des medizinischen Fortschritts". Die moderne neonatologische Versorgung habe überdies die Überlebenschancen von Mehrlingen so wesentlich verbessert, daß es für die Abtötung einzelner Feten keine medizinischen Gründe mehr gebe.

„Der Fetozid ist ethisch nicht zu rechtfertigen", stellte auch Gynäkologe Hepp Mitte Januar auf einer Fortbildungstagung der Bundesärztekammer für Reproduktionsmediziner in Köln fest. Der Chef der Universitätsfrauen-

15. MAI – 15. AUGUST 1992. INTERNATIONALE FACHAUSSTELLUNG "CHRISTOPH COLUMBUS: DAS SCHIFF UND DAS MEER."

ICH GEHE

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

„Transfer“: Die Veterinäre spülen die noch mikroskopisch kleinen Embryonen aus der Gebärmutter der Elitekuh heraus und verpflanzen sie in simple Ammenkühe, die das Austragen übernehmen. Massenhaft lassen sich auf diese Weise Prachtkälber erzeugen.

„Ich übersetzte einfach alles, was ich in der Tierzuchtindustrie entwickelt und gelernt hatte; ein bißchen abgewandelt, paßte es wunderbar auf den Menschen“, erklärt Alan Trounson. Der hemdsärmelige australische Veterinär und Embryologe betreute ehemals eine Herde von 60 000 Schafen, die ihm auch reichlich Versuchstiere lieferte.

Als Chef des weltweit größten Instituts für Fruchtbarkeitsforschung, des Monash Centre in Melbourne, machte Trounson die Techniken der künstlichen Befruchtung auch für menschliche Zwecke praxisreif: Hatten einst die sechziger Jahre den Sex ohne Fortpflanzung möglich gemacht, so war nun das Zeitalter der Fortpflanzung ohne Sexualität eingeleitet.

Der zweifelhafte Ruhm, Louise Brown, das erste Reagenzglas-Baby, in die Welt gesetzt zu haben, fiel zwei anderen, eher im geheimen werkelnden britischen Pionieren der In-vitro-Fertilisation zu, dem Gynäkologen Patrick Steptoe und dem Physiologen Robert Edwards, der ebenfalls in einem Tierforschungsinstitut tätig gewesen war. Das Foto der strahlenden Mutter im Wochenbett ging 1978 um die Welt; auch Louises Schwester Natalie wurde im Labor gezeugt.

Mittlerweile ist die operative Gewinnung der Eizellen weniger blutig und schmerzhaft geworden, dank neuer Ultraschallverfahren. Doch es sei immer noch „frappierend zu sehen, zu welchen Eingriffen Frauen bereit sind, um ihren Kinderwunsch zu realisieren“, stellt Gynäkologe Stauber fest: „Oft fragen wir uns: Tun wir den Frauen was Gutes?“

„Den Frauen zu einem eigenen Kind zu verhelfen“, so Kentenich, sei „nicht unbedingt das Ziel der Therapie“. Als Erfolg werde auch gewertet, wenn kinderlose Paare, nach mehreren vergeblichen Versuchen, ihre Trauer verarbeiten können oder sich für eine Adoption entscheiden.

Ohnehin sei bei fast jedem zweiten Fall von Kinderlosigkeit keinerlei organischer oder hormoneller Defekt zu finden, meint Professor Stauber. „Wenn die Paare sich Zeit nehmen, tritt die Hälfte der Schwangerschaften spontan ein“, beobachtete der Gynäkologe in seiner „Kinderwunschsprechstunde“.

Oftmals würde den Frauen jedoch diese Chance genommen, weil Ärzte „zu früh mit der Behandlung beginnen“. In IVF-Zentren, die „mehr Markt machen“, kritisiert Stauber, würden die „Indikationen gedankenlos ausgedehnt“, nicht selten entstünden dabei „unheilvolle Allianzen zwischen einem krankhaften Kinderwunsch und einem Arzt mit unbedingtem Erfolgsstreben“.

Immer häufiger kommen ältere Paare in die Sprechstunden, die noch dringend ein Kind möchten. Der späte Kinderwunsch wird von Frauen um die 40 „perfektionistisch geplant und soll auch so verwirklicht werden“, berichtet Stauber, „ein Trend, den die moderne Reproduktionsmedizin unterstützt“.

Doch der ersehnte Nachwuchs („ein Krückstock, mit dem man besser ins Alter zu gehen glaubt“, so Kentenich) ist auch mit Einsatz der herkömmlichen Reagenzglas-Befruchtung so selten wie ein Lottogewinn: Schon vom 30. Lebensjahr an, das erwies eine Studie niederländischer Reproduktionsmediziner, geht die Fruchtbarkeit der Frauen deutlich zurück. „Ab 38, 40 sind all unsere Methoden schlecht“, räumt Kentenich ein. So wurden die Ärzte nach neuen, verheißungsvollen Varianten der Standardmethode gefragt – und sie liefern das Gewünschte.

Mit Eizellen, die von jungen Frauen verkauft oder gespendet werden, machen amerikanische und britische Ärzte nun auch älteren Patientinnen noch die Mutterschaft möglich. „Die zeitlichen Grenzen für das Kinderkriegen sind beliebig geworden“, kommentierte das Fachblatt *New England Journal of Medicine* die ersten auf diese Weise in Gang gesetzten Schwangerschaften.

Mittlerweile ist die Zahl der Zentren, die in den USA dieses Verfahren anbieten, von einer Handvoll noch vor wenigen Jahren auf über 50 angestiegen. Etwa 500 Amerikanerinnen, berichtete *Newsweek*, haben bereits mit gespendeten Eizellen ein Kind zur Welt gebracht, das biologisch gar nicht ihr eigenes ist: Nachdem die fremde Eizelle im Labor mit dem Sperma des Mannes der

* Bei einem Jubiläum zum 600. Retortenkind der Edwards-Klinik.

Retortenkinder Louise, Natalie Brown*: „Das segensreiche Verfahren ist aus unserem Repertoire nicht mehr wegzudenken“

NACH GENUA

Portofino, die Perle der Riviera, ist nur eine halbe Stunde Fahrt von Genuas Internationaler Ausstellung und von dem Leuchtturm "La Lanterna" entfernt.

Der ewige Reiz der Riviera umgibt Genua, eine einzigartige Küste, wie sie nur in Italien zu finden ist. Das Wort "pittoresk" wurde hier geprägt. Der harmonische Platz dieses Fischerdorfes lädt zum Träumen ein. Dort wird ein in aller Ruhe getrunkener Schluck Wein erlesene Fischgerichte begleiten. Die leichte Brise vom Meer sorgt für schnelle Sonnenbräune. Vielleicht möchten Sie morgen nach Genua gehen, um diese großartige Ausstellung zu sehen. Es lohnt sich bestimmt, hinzufahren. Im historischen Porto Vecchio (alten Hafen), der aus diesem Anlaß vortrefflich restauriert wurde, können Sie bewundern, was viele Dutzend Länder, deren Leben jahrhundertelang ans Meer gebunden war, realisiert haben. Wie meisterhaft sie ihre Schiffe gebaut haben. Wie scharf die Intuition dieser Seefahrer ist. Wie eindrucksvoll die neuesten technologischen Entwicklungen sind. Es wird ein unvergeßlicher Tag sein. Nein, Sie werden die ganze Reise nie vergessen.

ITALIA Staatliches Italienisches Fremdenverkehrsamt (E.N.I.T.) Frankfurt - Tel. (069) 237430 / 237109 - Fax (069) 232894 Düsseldorf - Tel. (0211) 132231/32 / 131352 Fax (0211) 134094 - München - Tel. (089) 530360/ 531317 - Fax (089) 534527 - T.U.I. Hannover - Tel. (0511) 5670 Fax (0511) 5671301. Neckermann Hoch Haus Frankfurt - Tel. (069) 22901 - Fax (069) 2690282.

500 Colombo '92 ESPOSIZIONE DI GENOVA

DIE ZUKUNFT DES MEERES FÜHRT DURCH GENUA

YOUNG & RUBICAM ITALIA

klinik in München-Großhadern warnte: „Die Medizin ist dabei, auf der lange schon schief stehenden Leiter eine weitere Sprosse abzugleiten."

Hepp rief die versammelten Kollegen auf, bei jeder Neuentwicklung der Biomedizin „jene Grenzen zu suchen, wo die inhumane Medizin beginnt". Doch diese Grenzen sind, wie manche Kritiker der Reagenzglas-Schöpfung meinen, längst überschritten.

Nach anfänglicher Euphorie über die Wundertaten der Reproduktionsmediziner „bläst uns zur Zeit ein scharfer Wind ins Gesicht", klagt Professor Johannes Huber, prominenter österreichischer Babymacher, in seinem neuen Buch „Kinderlos – warum?" Der Berliner Gynäkologe Kentenich sieht sich „einer großen Koalition, von der katholischen Kirche bis zur alternativen Szene", gegenüber, die sich gegen die Reproduktionstechniken verschworen habe.

Katholische wie evangelische Theologen lehnen die lieblose, mechanistische Zeugung ab. Feministinnen protestieren, weil sie sich zu „Gebärmaschinen", zu „Legehennen" und „Brutschränken" degradiert sehen. „Die Industrialisierung der Menschenproduktion", wie sie einst Aldous Huxley in seiner „Schönen neuen Welt" heraufbeschwor, sei „bereits in Gang gesetzt", glaubt die Kasseler Soziologie-Professorin Silvia Kontos.

Den um sich greifenden „Machbarkeitswahn" im Bereich des Kinderkriegens prangert, aus eher praktischen Gründen, auch die Organisation „Pro Familia" an. In den Beratungsstellen häufen sich, so die Münchner Pro-Familia-Ärztin Dorothy Berthold, die Anfragen kinderloser Paare, die „gar nicht ahnen, welche Strapazen mit der künstlichen Befruchtung auf sie zukommen".

Wer jahrelang vergebens ein Kind herbeigesehnt hat und schließlich im Wartezimmer des Spezialisten landet, ist „fast zu allem bereit", so die Erfahrung von Professor Dietrich (siehe Kasten Seite 234). „Wenn schon Ehe, dann auch Kinder", meinen immer noch die meisten verheirateten Männer und Frauen. Etwa jedem zehnten Paar, so die Schätzung, bleibt dieser Wunsch versagt – eine Erfahrung, die laut Viola Frick-Bruder, Psychologin am Hamburger „Zentrum für Reproduktionsmedizin", „meist eine schwere Kränkung des Selbstwertgefühls bedeutet".

Ob Urtrieb oder gesellschaftlich geschaffenes Bedürfnis – wenn der Wunsch nach einem Kind unerfüllt bleibt, kann sich daraus, wie der Münchner Gynäkologie-Professor Manfred Stauber feststellt, „eine vielschichtige Lebenskrise entwickeln" (siehe Kasten Seite 244). Nicht selten steigere sich das Verlangen zur krampfhaften Jagd, der ausgebliebene Nachwuchs werde zu einer Art Messias idealisiert, von dem das Paar die Lösung aller Lebensprobleme erhofft.

„Schaffe mir Kinder, wo nicht, so sterbe ich!" Rahel, die ihre Verzweiflung über die zwölf kinderlosen Jahre mit Jakob herausschrie, hat viele Leidensgenossinnen – daß Männer zeugungsunfähig sein konnten, schloß der alttestamentliche Chauvinismus aus. Auch Abrahams Frau Sara, ferner Hanna und Rebekka müssen Demütigungen, Gespött und Tratsch über sich ergehen lassen, weil „der Herr ihren Schoß verschlossen hatte".

Die Alten waren einfallsreich und unkonventionell genug, um mit dem Desaster der Kinderlosigkeit auch ohne Wunder fertig zu werden. Schwestern und Mägde der unfruchtbaren Frauen fanden sich bereit, den biblischen Patriarchen zu Nachkommen zu verhelfen. Auf solche Weise „halbechte Kinder" im Dutzend zu zeugen war, wie Thomas Mann in seinem Josephsroman fabulierte, „anerkannter Brauch".

Trotz mancher Listen blieb jedoch in den meisten Kulturen, bis in die Neuzeit, Kinderlosigkeit ein schmerzlich empfundener Makel, der Schande, Scheidung oder noch Schlimmeres mit sich brachte.

Heinrich VIII. von England ließ seine Anna Boleyn kurzerhand köpfen, weil ihm das Warten auf den männlichen Thronfolger zu lang wurde. Napoleon entledigte sich der kinderlosen Josephine durch Scheidung, obwohl er ihr zugetan war, und – Lieblingsschmonzette der fünfziger Jahre – Schah Resa Pahlewi verstieß Soraya, weil sie nach fünf Ehejahren immer noch kein Kind gekriegt hatte.

Samenspendender Bulle*: „Ein bißchen abgewandelt, paßte es auf den Menschen"

Damals, als anzügliche Liedchen auf das glücklose Perserpaar umgingen, waren Wissenschaftler bereits dabei, die Vorgänge der Empfängnis und Befruchtung aus dem Körperinneren ins Reagenzglas zu verlegen: Dem chinesisch-amerikanischen Biologen Chang Minchue gelang 1959, im Experiment mit Kaninchen, die erste In-vitro-Fertilisation eines Säugetiers, aus der lebende Junge hervorgingen.

Erinnerungen an die Faustsche Homunkulus-Legende wurden wach, als es knapp zwei Jahrzehnte später gelang, das 2700 Gramm schwere, erste leibhaftige IVF-Kind zu produzieren. Die Voraussetzungen für die Geburt Louises, des ersten Retortenkindes, schufen Veterinärmediziner – aus wirtschaftlichen Interessen: Sie entwickelten in den sechziger Jahren neue Zuchttechniken, die bald weltweit angewandt wurden.

Einem einzigen gekörten Zuchtbullen wurde Sperma, ausreichend für mehr als 1000 Kühe, abgezapft. Genauso intensiv wie die Erbanlagen des Bullen wurden die der Elitekuh genutzt. Alle paar Wochen vor dem Eisprung mit Hormonen stimuliert, lieferte die Kuh, mit einer „Superovulation", gleich mehrere befruchtungsreife Eier.

Wenige Tage nachdem die Eier per Injektionsspritze mit dem Sperma befruchtet worden sind, erfolgt der

* Bei der Rinderproduktion Niedersachsen GmbH.

KODAK EKTAR FILM

Kodak
Offizieller Film
Olympische Spiele
1992

DER SCHÄRFSTE VON KODAK

IVF-Mutter Anna Halak*: Altersrekord nach 22 Versuchen

Wunschmutter befruchtet worden ist, pflanzen die Ärzte ihrer Patientin den wenige Tage alten Keimling ein – „es ist", meint Maria Bustillo, Ärztin am „Genetics and IVF Institute" in Fairfax, „wie die Adoption eines Embryos".

Die von den Instituten nach verschiedenen Merkmalen wie Haarfarbe, Größe oder auch Intelligenzquotient ausgewählten Spenderinnen, oftmals Studentinnen, müssen sich den aufwendigen IVF-Behandlungen mit Hormonspritzen unterziehen, bevor, durch Punktion, die Eizelle „geerntet" wird.

Die Frauen bleiben – wie die männlichen Spender, die Spermabanken beliefern – meist anonym; sie lassen sich eine Aufwandsentschädigung von rund 2000 Dollar bezahlen, in manchen Fällen auch ein Vielfaches davon als regelrechten Kaufpreis. „Ohne Bezahlung würde ich das sicher nicht für Fremde tun", meint Lisa Pannoni, Studentin an einem College bei Washington, die schon zweimal für das IVF-Institut in Fairfax gespendet hat.

„Wie alt ist zu alt?" überschrieb jüngst *Time* einen Bericht über die 52jährige Jonie Mitchell, die, schon in den Wechseljahren, mit Hilfe von Hormonen für die Empfängnis eines gespendeten Eis hergerichtet worden war. Reproduktionsmediziner Mark Sauer von der University of Southern California implantierte den Embryo, Jonie und ihr Mann sind guter Hoffnung.

Über 25 Jahre habe sie „auf den Kinderschrei gewartet", erklärte Rekordhalterin Anna Halak, 54, aus Athen, die 22 Versuche mit der In-vitro-Befruchtung hinter sich hat und schließlich mit der gespendeten Eizelle einer Mittzwanzigerin und immensen Hormongaben zum Erfolg kam. Sogar noch bei einer 59jährigen, so berichteten die Ärzte der römischen IVF-Klinik, in der Jane Fonda angefragt hat, hätten sie mit gespendeten Eizellen eine Schwangerschaft (wenn auch keine Geburt) erzielt.

Jonie, Anna oder auch Jane werden in den Siebzigern sein, wenn ihre „Frostblumen" (Stauber) mit Beruf oder Studium beginnen – ein Einwand, der allerdings Männer von später Vaterschaft nie abgehalten hat. Schwerer wiegen die mit dem Alter der Mutter ansteigenden Risiken von Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt.

Bagatellisiert oder wie selbstverständlich hingenommen wurden bisher meist die Nebenwirkungen, die das chemische Wechselbad der hormonellen Fruchtbarkeitsbehandlung mit sich bringt. So erzeugen die sogenannten Releasing-Hormone, die zunächst eine künstliche Menopause herbeiführen sollen, alle Symptome eines heftigen Klimakteriums – Hitzewallungen, Depressionen, Dauerblutungen.

Nach mehrmonatiger Gabe, wie sie bei der In-vitro-Fertilisation üblich ist, kann es zum Knochenschwund kommen. Bis der weibliche Zyklus sich wieder normalisierte, berichten Frauen, habe es Jahre gedauert.

Lebensbedrohende Folgen kann mitunter die anschließende Stimulierung der Eierstöcke mit Gonadotropinen sowie die Auslösung des Eisprungs haben. Dabei können sich große Zysten bilden, in Brustfell und Bauchraum sammelt sich Flüssigkeit an, durch die Veränderungen in der Zusammensetzung des Blutes entstehen gelegentlich Thrombosen oder Embolien.

Unbeantwortet sind bislang auch Fragen nach dem Wohlergehen der so heiß ersehnten, technisch produzierten Kinder: Können sie erfüllen, was sich die Eltern, nach all dem Aufwand, von ihnen erhoffen? Noch fehlen Langzeit-Untersuchungen über die seelische Entwicklung von IVF-Kindern und Eltern.

Daß für die zum Kommerz gewordene Inanspruchnahme Dritter bei der Zeugung auch emotional „ein hoher Preis gezahlt" werden muß, glaubt die Psychologin Linda Applegarth, die am Klinikum des Cornell Medical Center in New York Wunscheltern und Eispenderinnen befragt und ausgewählt hat: „Dieser dritte Part wird immer eine Rolle in ihrem Leben spielen." Und die New Yorker Familientherapeutin Nancy Lyon warnt: Die neue Reproduktionsmedizin „verändert unsere kulturelle Tradition. Es entsteht eine Verwirrung über die eigene Abstammung, die das Kind lebenslänglich begleiten wird".

Wie Lisa Pannoni betrachten viele Spender ihre Eizellen- oder Spermiengabe nüchtern und geschäftsmäßig. Doch die genetische Verwandtschaft, die Spender und künstlich gezeugtes Kind verbindet, führt manchmal auch zu Ansprüchen und gerichtlich ausgetragenen Konflikten: Sue Scott, elffache Eizellspenderin an Sauers Klinik, verlangt, nicht anonym zu bleiben – mit Zustimmung des Arztes lernt sie nun das Empfängerpaar kennen und besucht später „ihre" Kinder.

Auch ein Spermaspender aus Oregon erstritt sich jüngst dieses Besuchsrecht. Andererseits verurteilte jetzt ein Gericht im US-Bundesstaat Virginia den 55jährigen Gynäkologen Cecil Jacobson, der sich zum Vater von 75 Kindern gemacht hatte. Der angeblich von ausgewählten Spendern gewonnene Samen, mit dem Jacobson dem Kinderwunsch unfruchtbarer Patientinnen nachkam, stammte ausschließlich von ihm selbst.

Ob in USA, Europa oder andernorts: „Der Fortschritt auf dem Gebiet der Reproduktionsmedizin galoppiert, Ethik und Moral hinken hinterher", meint Erwin Chargaff, amerikanischer Biochemiker und Kritiker des internationalen „Befruchtungszirkus". Die Restriktionen, die in Deutschland das Embryonenschutzgesetz auferlegt, können Frauen im benachbarten Ausland umgehen, findige Ärzte behelfen sich mit technischen Tricks.

So bietet der österreichische IVF-Experte Wilfried Feichtinger, in Briefen an deutsche Gynäkologen, „gewisse Verfahren als Hilfe für kinderlose Paare aus Ihrem Patientengut" an, die „aufgrund der derzeitigen Rechtslage in Deutsch-

* Mit Ehemann und Kind.

MILD
Quality Cigarette Tobacco
JAVAANSE JONGENS

Gynäkologe Jacobson
Mit eigenem Samen 75 Frauen geschwängert

land nicht oder nur eingeschränkt durchführbar, bei uns in Wien jedoch routinemäßig möglich sind".

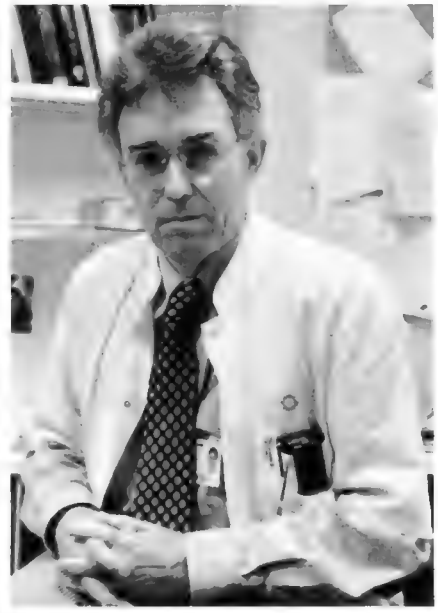
Feichtinger nimmt an seinem „Institut für Sterilitätsbetreuung" In-vitro-Befruchtungen auch mit gespendetem Samen oder gespendeten Eizellen vor, beides in Deutschland verboten. „Als neueste Errungenschaft . . . bei sehr schlechtem Samenbefund des Gatten" wendet Feichtinger außerdem die Mikroinjektion, das „Zonacrakking" oder „Zonadrilling", an: Das Eindringen in die Eizelle wird einzelnen Spermien durch mechanische oder chemische Eingriffe an der Eihülle („Zona pellucida") erleichtert, mit Mikroinstrumenten werden die Samenfäden auch direkt eingeschleust.

Weil die Methode weitere Manipulationen an Zelle und Embryo nach sich ziehen oder auch schädliche Auswirkungen auf beide haben könnte, ist sie in Deutschland ebenfalls verboten.

Über die „crazy Germans", die sich solcherlei Beschränkungen auferlegt haben, „lacht die ganze Welt", wie Franz Borislaw Kolodziej, Biologe am privaten „Fertilitätsinstitut Essen", meint. Die prominente IVF-Gemeinschaftspraxis (täglich etwa drei Follikelpunktionen, seit 1984 insgesamt 358 Geburten, Wartefristen bis zu einem Jahr) wendet seit Januar die sogenannte Kryokonservierung im Vorkernstadium an.

Dabei werden Eizellen eingefroren, in die ein Spermium schon eingedrungen ist, die aber noch nicht wirklich befruchtet sind: Bevor es zur Verschmelzung des mütterlichen und väterlichen Erbguts kommt, ist die „imprägnierte" Zelle schon bei 196 Grad minus in ihrem Kühlgefäß erstarrt. Bei Bedarf kann sie wieder aufgetaut werden.

Der Kälteschock in diesem Stadium ist ein Kunstgriff, der nach Ansicht der IVF-Befürworter gleich mehrere Vorteile bietet: Ärzte und Biologen umgehen damit das in Deutschland gültige Verbot, Embryonen tiefgefroren auf Halde zu legen, denn „sowohl juristisch als auch theologisch gesehen ist die imprägnierte Eizelle noch kein Embryo", wie der Erlanger Reproduktionsmediziner Ludwig Wildt formulierte.



IVF-Kritiker te Velde
„Immer später, immer künstlicher"

Auch überleben Eizellen in dieser Grauzone zwischen (künstlicher) Begattung und Befruchtung das Einfrieren wesentlich häufiger als nicht imprägnierte, wie Mediziner Wildt in einer Studie mit 110 Patientinnen fand. Und schließlich müssen überschüssige Eier, die nach der Hormon-Behandlung anfallen, nicht mehr – weil das Gesetz nur die Einpflanzung von dreien erlaubt – weggeworfen werden. Wildt: „Wir stimulieren eben sehr hoch, punktieren alles, was an Eizellen da ist, ab, imprägnieren und können dann kryokonservieren."

Das Kind wird „zu dem alleinigen Zwecke hergestellt, es dem natürlichen

„Mit Krampf klappt nichts"

Unerfüllter Kinderwunsch als Lebenskrise

Kinder zu haben ist eben ein Bedürfnis, genau wie Hunger oder Schlaf" – vielen Frauen (oder auch Männern) fällt es schwer, ihren Wunsch nach einem Kind genauer zu erklären. Für die meisten befragten Frauen, so der Regensburger Psychologe Helmut Lukesch, steht fest, „daß zu einer Familie Kinder gehören". Männern sind oftmals Nachkommen wichtig, weil sie den eigenen Namen erhalten. Eher trivial scheinen auch die Motive, die von Paaren auf weiteres Nachfragen genannt werden, etwa: „Kinder bringen Abwechslung in die Ehe", oder: „Kinder halten die Ehe zusammen" – viel seltener wird der Nachwuchs einfach „aus Liebe zu Kindern" herbeigesehnt.

Was sich an widersprüchlichen Emotionen in tiefergelegenen seelischen Regionen abspielt, wenn Frauen sich dringlich ein Kind wünschen, konnten Psychosomatiker wie der Münchner Gynäkologe Manfred Stauber ausloten. Da ist die Sehnsucht nach einem Objekt für die eigene Zärtlichkeit verborgen, aber gelegentlich auch ein Streben nach Kontrolle und Herrschaft über andere Menschen. Selbstliebe möchte sich auf gesellschaftlich anerkannte Weise ausleben; eigene Hilflosigkeit soll, mit Hilfe eines Kindes, überwunden werden, das als leer empfundene Leben mit Sinn erfüllt und in die Zukunft verlängert werden.

Zum großen Problem, zur Lebenskrise kann der Kinderwunsch werden, wenn die Schwangerschaft ausbleibt. Weil damit auch die Hoffnung auf die Verwirklichung weiblicher Möglichkeiten wie Gebären oder Stillen zunichte wird, wächst „ein Gefühl der Bodenlosigkeit", wie die Frankfurter Soziologin Ute Winkler in vielen Gesprächen mit unfruchtbaren Frauen erfuhr: „Vor lauter Krampf, jetzt ein Kind zu machen, klappt gar nichts mehr."

Die Beziehung zum Partner wird durch die Diagnose „unfruchtbar" häufig besonders stark belastet, die Sexualität wird reduziert auf ein bloßes Mittel zum Zweck. Manche Paare entfremden sich durch das ständige Bemühen um ein Kind, andere wiederum schließen sich, durch das gemeinsame Leiden, enger zusammen als zuvor.

Brutgefäße in der Kieler Universitätsfrauenklinik: „Der Fortschritt galoppiert, Ethik und Moral hinken hinterher"

und biologischen Vater zu geben", heißt es im Vertrag eines deutschen Paares mit einer Leihmutter. Nach deutschem Recht ist er ungültig; sich beim Kinderkriegen einer Leihmutter zu bedienen ist in Deutschland – anders als in den USA, in den Niederlanden und Belgien – nicht erlaubt.

Kritiker der neuen Befruchtungstechniken sind skeptisch, ob die freiwillige Selbstbeschränkung dem Fortschrittsdrang der Reproduktionsmediziner standhalten kann. Der Verzicht auf die Weiterentwicklung von IVF-Techniken stelle „eine zu große Herausforderung" an die Babymacher dar, glaubt Helmut Lukesch, Entwicklungspsychologe an der Universität Regensburg. Politische Beschränkungen könnten „die Eigendynamik der Reproduktionsmedizin auf Dauer kaum bremsen", so Professor Lukesch: „Forscher sind ihren Kontrolleuren weit überlegen und äußerst findig, wenn es darum geht, ihre Ideen und Spielereien zu verfolgen."

„Wie gering der Nutzen und wie groß der potentielle Mißbrauch auch sein möge" – die Reagenzglas-Befruchtung wird weiterentwickelt werden, prophezeit der Psychologe.

„Uns Frauen wird die Gewalt über unser Fortpflanzungsleben entgleiten", klagt Cynthia Pearson von der amerikanischen Frauenorganisation „National Women's Health Center". Nur mit einer Verbesserung der sozialen Bedingungen fürs Kinderkriegen könne der Boom der High-Tech-Zeugung gestoppt werden, glaubt sie: „Würde unsere Gesellschaft es Frauen möglich machen, Kinder dann zu bekommen, wenn es biologisch klappt, dann brauchten wir diese Techniken nicht."

Die Frauenrechtlerin trifft sich hier mit dem niederländischen Reproduktionsmediziner Egbert te Velde, der als „Professor für Fruchtbarkeitslehre" an der Universität Utrecht wirkt und dem angesichts seiner eigenen Tätigkeit als IVF-Spezialist bange geworden ist.

An der Utrechter Uni-Klinik werden jährlich etwa 1000 IVF-Behandlungen vorgenommen. „Schwanger werden im 21. Jahrhundert – immer später, immer künstlicher", lautete der Titel von te Veldes Antrittsvorlesung im November letzten Jahres; darin stellte der Professor mögliche Perspektiven der Fortpflanzungsmedizin zur Wahl.

Die beiden ersten – die „realistische" und die „futuristische" Perspektive – fußen auf einer Bedarfsanalyse, die te Velde und seine Kollegen in den Niederlanden vornahmen.

Die Utrechter Mediziner gingen davon aus, daß die niederländischen Frauen (Durchschnittsalter der Erstgebärenden: 27,6 Jahre) das Kinderkriegen in Zukunft noch weiter hinauszögern – ein für Industriestaaten typischer Trend. Warteten sie künftig noch drei Jahre länger mit der ersten Schwangerschaft, so würde „der Bedarf an IVF sich mindestens verdoppeln, wahrscheinlich sogar verdreifachen", ergab die Analyse.

Denn die Chancen, ein Kind zu bekommen, sinken schon vom 30. Lebensjahr an, wie te Velde in einer im *British Medical Journal* veröffentlichten Studie nachgewiesen hat.

Wenn, wie bei diesem Szenario zu erwarten, „die Anzahl von IVF-Behandlungen um ein Vielfaches zunimmt" (te Velde), ist mit einer wachsenden Zahl von Früh- und Mehrlingsgeburten zu rechnen, die wiederum kostspielige Intensivtherapien nach sich ziehen, aber auch mit zunehmenden gesundheitlichen Schäden der behandelten Frauen, etwa durch hochdosierte Hormongaben.

Im zweiten, dem „futuristischen" Szenario des Gynäkologen lassen sich 20jährige Frauen eine große Zahl ihrer noch produktiven Eizellen einfrieren. Eine Sterilisation befreit sie danach von lästigen Verhütungsmaßnahmen. Wenn die Karriere gemacht und voll ausgekostet ist und der richtige Lebenspartner zur Verfügung steht, können die Frauen – mit 50 oder gar 60 Jahren – an die Mutterschaft per Reagenzglas denken.

Diese pessimistische Perspektive könnte schon in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden, warnt te Velde, denn: „Der Mensch wendet alles an, was technisch möglich ist, bis jetzt kenne ich keine Ausnahme von dieser Regel."

Frauen und Männern aber, meint der Professor, könne das Leid ungewollter Kinderlosigkeit auch auf andere Weise erspart bleiben: Die Zahl der teuren IVF-Behandlungen ginge zurück, es würden mehr Kinder geboren und weniger geschädigt zur Welt kommen, wenn seine dritte, die „idealistische Perspektive" wahr würde.

Eine Regierung, meint te Velde, die richtig rechnen könne, käme zu dem Schluß, daß natürliches Kinderkriegen zur biologisch günstigen Zeit auf Dauer wesentlich billiger wäre als jede Art von fortpflanzungstechnischem Eingriff.

Einsichtsvolle Politiker würden deshalb „kluge Regelungen anbieten, die es Frauen ermöglichen, in jungen Jahren Spaß an Familie und Beruf zugleich zu haben", hofft der Professor: „Und das muß etwas mehr sein als nur eine Verbesserung der Kinderverwahrmöglichkeiten."

Frühling!
Unser Land blüht auf.

„Die Natur frühzeitig und genau beobachten." Das ist, so Josef Klein, beim Integrierten Anbau von Äpfeln besonders wichtig. Der Obstbauer aus dem Rheinland beginnt damit schon lange vor der Apfelblüte. „Beim Integrierten Anbau handelt es sich um ein komplexes System, das die natürlichen Helfer in die Erzeugung von Obst mit einbezieht, also integriert", erklärt Josef Klein.

Große, stark belaubte Apfelbäume gehören der Vergangenheit an. Heute pflanzen Obstbauern fast ausschließlich kleinkronige Niederstämme. Dadurch wird die Ernte erleichtert. Nach einem Regenguß trocknen die Bäume schneller ab, Pilzbefall wird vermindert. Durch die lichten Kronen kommt die Sonne gut an die Äpfel heran. Da sie dicht am Stamm wachsen, sind die Transportwege für die Nährstoffe kurz. Zwischen den Baumzeilen wächst Gras, das mehrmals im Jahr gemäht und unter den Bäumen verteilt wird. So wird für eine gleichmäßige Bodenfeuchte und Humusversorgung gesorgt, die Nährstoffe im Boden werden vor Auswaschung geschützt. Dadurch können die Mineraldüngerabgaben gesenkt werden.

Kleinkronige Niederstämme erleichtern die Ernte.

Auch beim Pflanzenschutz gilt: So wenig wie möglich, so viel wie nötig. Die Nützlinge werden in die Schädlingsbekämpfung einbezogen: Raubmilben fressen Spinnmilben, Marienkäfer vertilgen Blattläuse, Greifvögel fangen Feldmäuse. Lockstoffallen und die Klopfprobe geben dem Obstproduzenten Auskunft über den Schädlingsbefall. Josef Klein: „Erst bei einer bestimmten Anzahl von Schädlingen wird gezielter Pflanzenschutz durchgeführt. Bei dem Einsatz selektiv wirkender Pflanzenschutzmittel baut sich innerhalb von zwei Jahren eine wirksame Nützlingspopulation auf." Der größte Teil der deutschen Äpfel kommt aus dem Integrierten Anbau, für den es seit 1990 einheitliche Richtlinien gibt.

Mit der Lockstoffalle ermittelt Obsterzeuger Josef Klein den Schädlingsbefall.

Unsere Landwirtschaft. Wir brauchen sie zum Leben.

Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA)
Koblenzer Straße 148 · 5300 Bonn 2

2/4/SP/17

Erdbebenkurve vom Montag morgen*: „Hilflos wie eine rücklings zappelnde Fliege . . .

Erdbeben

Schwingende Glocke

Das stärkste Erdbeben seit 1756 erschütterte am Anfang der Woche das Rheinland und die deutschen Gemüter.

Als um 3.20 Uhr die Wände erzitterten, hörte bei Familie Niggemann in Heinsberg die Standuhr auf zu schlagen. Karin Niggemann dachte, „da kommt ein Laster ins Schlafzimmer gefahren".

In Wahrheit waren es die Schockwellen eines Erdbebens, das Montag morgen in zehn Kilometer Tiefe unter dem niederländischen Ort Roermond seinen Ausgang nahm. Wie bei einem Stein, der ins Wasser geworfen wird, breiteten sich die Erschütterungen mit einer Geschwindigkeit von rund fünf Kilometern pro Sekunde in alle Himmelsrichtungen aus und schreckten noch in Niedersachsen, Thüringen und Baden-Württemberg Schlafende aus ihrer Nachtruhe.

Geschossen gleich regneten im gesamten Rheinland Ziegelsteine von den Dächern, Fensterscheiben zerbarsten, Geschirr hüpfte klirrend aus den Regalen. Tausende Menschen zwischen Aachen und Koblenz liefen, nur mit Bademänteln bekleidet, in Panik auf die Straße. Fast 2000 Dortmunder riefen bei Polizei und Feuerwehr an. Die Affen im Kölner Zoo entleerten vor Schreck ihre Därme.

In zahlreichen Gebäuden des Bonner Regierungsviertels fiel der Putz von den Wänden, in der Amtsvilla von Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth gab es Risse in allen Etagen. „Wie eine hilflose Fliege, die rücklings auf einem Wackelpudding zappelt", kam sich ein Koblenzer vor.

Am schlimmsten wüteten die 15 Sekunden andauernden Erdstöße in Heinsberg bei Aachen, wenige Kilometer vom Epizentrum entfernt: 25 Personen, die ihre Häuser fluchtartig verlassen hatten, wurden von umherfliegenden Gesteinsbrocken zum Teil schwer verletzt. 200 Häuser wurden stark beschädigt, einige sind akut einsturzgefährdet. Ein Heinsberger Architekt urteilte nach Begutachtung der Schäden: „Hätte das Beben weitere 15 Sekunden gedauert, wäre hier nicht mehr viel übriggeblieben."

. . . auf einem Wackelpudding": **Vom Erdbeben zerstörtes Haus in Heinsberg**

Das Erdbeben erschütterte zudem erneut den Glauben an die Unverwüstlichkeit von Atomanlagen. Im Block A des (250 Kilometer vom Epizentrum entfernten) Kernreaktors Biblis wurde durch die Erdstöße der zulässige Beschleunigungsgrenzwert von 45 Zentimetern pro Quadratsekunde überschritten; Techniker fuhren den Reaktor daraufhin langsam herunter. Rätselhaft bleibt jedoch, weshalb im direkt daneben gelegenen Block B kein Alarm ausgelöst wurde. Fachleute führen dies vorläufig auf die dort günstigere geologische Struktur des Untergrunds zurück. Das hessische Umweltministerium will nun in einem Gutachten klären lassen, ob Biblis ausreichend gegen Erdbeben gesichert ist.

„Bei einem Erdbeben ist das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich der sicherste Ort, an dem man sich aufhalten kann", beteuerte der Technische Leiter Eike Roth. Den Beweis mußte er jedoch schuldig bleiben: Der rheinland-pfälzische Reaktor wurde schon 1988 aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Berlin abgeschaltet, weil ein Gutachten über die Erdbebensicherheit nicht rechtzeitig vorlag. Das Kraftwerk, erbaut auf einer besonders erdbebengefährdeten Verwerfungszone, ist nur gegen kleinere Beben ausgelegt. Der rheinland-pfälzische Umweltstaatssekretär Roland Härtel (SPD) sieht sich in der Meinung bestätigt, „daß unsere kritische Einschätzung nicht aus der Luft gegriffen ist".

* Aufgenommen vom Seismographen des Taunusobservatoriums auf dem Feldberg bei Frankfurt.

Auch der Hamburger Geograph Eckhard Grimmel hält den Bau von Kernkraftwerken in erdbebengefährdeten Gebieten für ein „Vabanquespiel". So könnten durch mächtige Erdstöße spröde Rohre im Kühlsystem reißen. Grimmel: „Tritt ein Erdbeben ohne Vorwarnung auf, wäre es unter Umständen selbst für eine Schnellabschaltung zu spät."

Überraschend kam das Erdbeben in der Tat: Das Hauptbeben kündigte sich nicht, wie in der Vergangenheit bei größeren Erschütterungen beobachtet, durch einen Trommelwirbel kleinerer Erdstöße an. Urplötzlich registrierten die Geophysiker der Erdbebenwarte Bensberg bei Köln mit ihren seismographischen Meßinstrumenten eine Stärke von 5.8 auf der sogenannten Richter-Skala (die ein Maß für die freigesetzte Energie darstellt).

Der am Ende aus vielen Stationsdaten errechnete Mittelwert dürfte indes noch höher ausfallen: Im Seismologischen Zentralobservatorium in Erlangen maßen die digitalen Aufzeichnungsgeräte sogar Erschütterungen zwischen 6.3 und 6.5.

Über die realen Auswirkungen der Stöße im Erdboden sagt die oft zitierte Richter-Zahl allerdings nur wenig aus: Schon mittelstarke Beben können verheerende Zerstörungen hervorrufen, wenn beispielsweise die Häuser so schwach gebaut sind, daß sie leicht in sich zusammenstürzen.

Der italienische Wissenschaftler Giuseppe Mercalli entwickelte deshalb im Jahre 1902 eine zwölfteilige Intensitätsskala; sie reicht von Erschütterungen, die nur von Seismographen wahrgenommen werden, bis hin zur totalen Zerstörung vieler Bauwerke.

Erdbeben von einer Intensität wie das in der Nähe von Aachen diese Woche hat es in Deutschland in diesem Jahrhundert mehrmals gegeben:

- Kurz vor 11 Uhr am 14. März 1951 erbebte die Erde im Raum Euskirchen westlich von Bonn, begleitet von einem heftigen Sturm. Schornsteine stürzten ein, Dächer wurden abgedeckt. In Köln flüchteten sich damals viele in die Luftschutzkeller, ein Justizwachtmeister schrie: „Eine Atombombe ist gefallen."
- Schäden in Höhe von 100 Millionen Mark rief im September 1978 ein starkes Erdbeben auf der Schwäbischen Alb hervor. In Onstmettingen mußten 20 Menschen aus den Trümmern ausgegraben werden.
- Schon acht Jahre zuvor, am 22. Januar 1970, hatte in Baden-Württemberg die Erde gezittert: Bedenklich schwankten in Tübingen die meterdicken Schloßtürme.

Daß die meisten schweren Erdbeben in Deutschland fast durchweg in der Nähe des Rheins auftreten (siehe Grafik), ist kein Zufall: Das Niederrheinische Becken gehört (ebenso wie der Oberrheingraben zwischen Basel und Wiesbaden) zu einer europäischen Bruchzone, die sich vom Mittelmeer bis nach Norwegen erstreckt – an dieser Narbe im Erdreich wäre der Kontinent vor 45 Millionen Jahren beinahe gespalten worden.

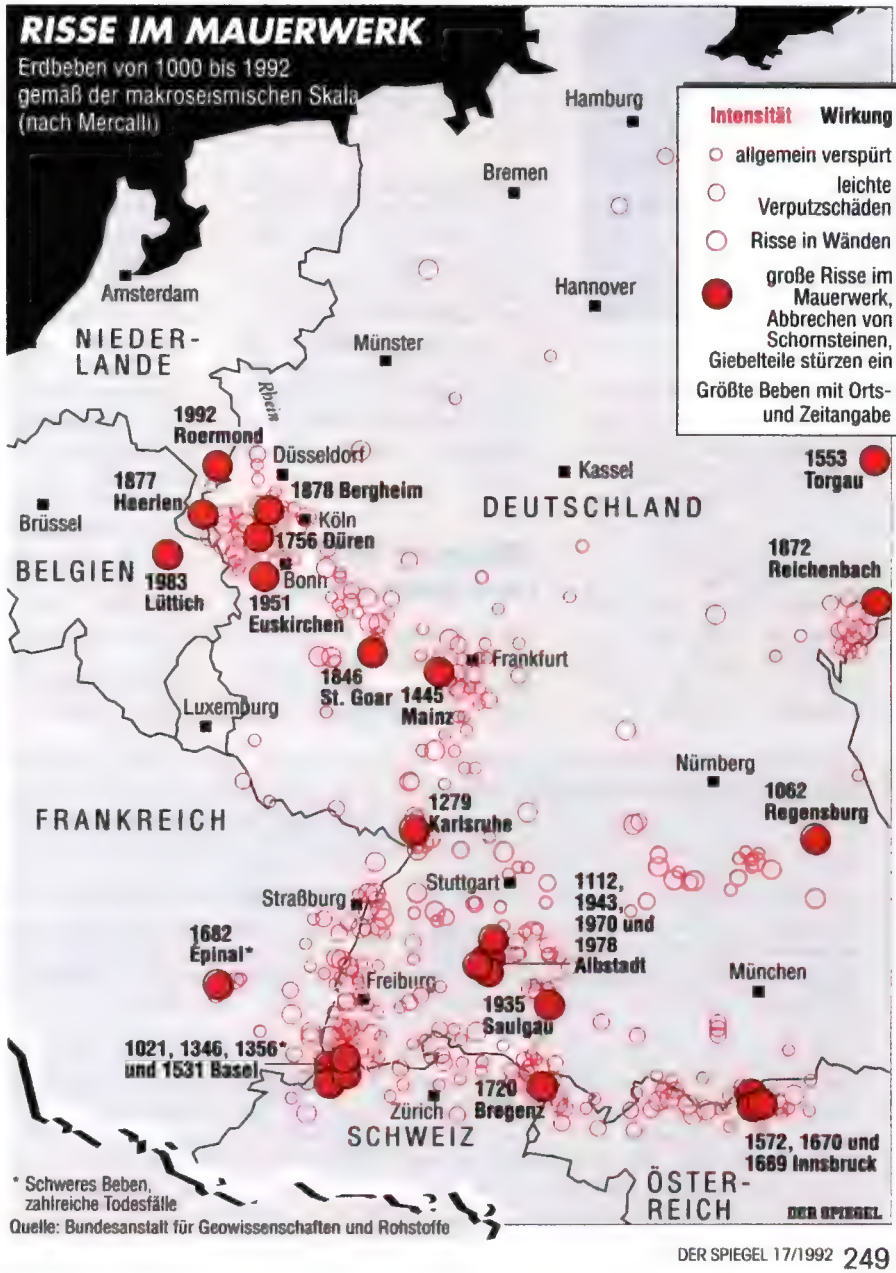
Entlang dieser Nahtstelle hat sich die Erdkruste in den letzten Jahrmillionen um rund 4000 Meter gesenkt – der Rhein brauchte seinen Weg zum Meer nicht selbst in den harten Fels zu nagen. Gegenwärtig sinkt die Grabenzone pro Jahr um bis zu einem Millimeter ab.

Verlaufen solche Senkungsvorgänge ungleichmäßig – etwa dadurch, daß sich Schollen ineinander verkeilen –, dann bauen sich gewaltige Spannungen auf, die innerhalb von Sekunden ruckartig in einem Erdbeben entladen werden: Die Erdkruste schwingt gleichsam wie eine riesige Glocke.

Die eigentliche Ursache für die geologischen Verschiebungen sind gewaltige Magmaströme im Innern der Erde. Der Glutbrei zerrt und rüttelt an den Kontinenten und hat die Erdoberfläche in ein unruhiges Mosaik tektonischer Platten zerbrochen, die sich fortwährend gegeneinander verschieben.

Diese Kräfte, die einst die Alpen in die Höhe wachsen ließen, führten jetzt zu den schwersten Erschütterungen im Rheinland seit dem großen Beben von 1756 in Düren, über das die alten Chroniken voller Entsetzen berichteten.

Die Klosterkirche von Düren wurde damals, wie der Stadtschreiber vermerkte, „zerschüttelet, daß der Kalk wie Schneeballen heruntergekugelet". Aus lauter „Forcht" vor dem unterirdischen „Trommelschlagen" flohen die Menschen aus dem Gotteshaus.



Findelkind wird Opernheld

Dramen, Romane, Filme, Gedichte hat er schon hinter sich, nun mußte Kaspar Hauser, das legendäre Nürnberger Findelkind, auch noch in die Oper. Am Palmsonntag schrumpften auf Dortmunds städtischer Musikbühne „Sekunden und Jahre des Caspar Hauser" zu zwei Stunden. Für dieses Kriminal-Singspiel

Dortmunder „Sekunden und Jahre"

scheucht der Librettist Lukas Hemleb sein Opfer durch Raum und Zeit: 1828 taucht ein böser Mann im Leben des mysteriösen Sonderlings auf, 1930 das Findelkind Caspar bei der Lebedame Caroline in einem Kasino und 1960 der Herr Hauser in Frankfurt als Boß. Dort wird er, wie nicht nur Oper so spielt, hinterrücks erdolcht. Der biographischen Geisterbahn hat der Hamburger Komponist Reinhard Febel eine Schicksalssinfonie von gemäßigter Modernität unterlegt. Klackende Kieselsteine, die in dem Stück den Lauf der Zeitmaschine anzeigen, geben Kunde davon, daß diese Oper richtig tickt. Gesungen wurde höchst achtbar.

Tremlett-Ausstellung in Hannover

Flüchtige Bau-Kunst

Die Mühe war groß, doch dem Ergebnis soll nur kurze Dauer beschieden sein. Vier Wochen hat der englische Künstler David Tremlett gebraucht, um zusammen mit Hilfskräften bei der Kestner-Gesellschaft in Hannover geometrisch-abstrakte Flächenformen und schablonenhaft-eckige Schriftzüge auf provisorische Wände zu bringen. Nach Ausstellungsschluß am 19. Mai wird alles eingerissen und verschwindet damit noch schneller als jenes ferne Architektur-Idyll, an das der Globetrotter Tremlett mit seiner karg-preziösen Schau erinnert: Sie zitiert den Grundriß von Hausruinen, die Tremlett auf einer tansanischen Insel entdeckt, notdürftig gesichert und mit witterungsanfälligen Farbflächen geschmückt hat. Die gestanzten Lettern seiner Bild-Poesie, die beispielsweise den „Geruch des Vergangenen" anspricht, haben gleichfalls etwas von Mauerwerk oder Trägerkonstruktion. Und Tremletts Technik, Pastellfarben mit Fingern und Handfläche zu verreiben, vermittelt zwischen Gebautem und Ätherischem. Das krümelige Pigment selber ist eine Art Wand in Pulverform.

„Malteser"-Geist spukt durch Europa

Als Trauerspiel in „griechischer Manier" war es geplant: Schillers Dramenprojekt „Die Malteser". Es sollte den Abwehrkampf der Ordensritter gegen die Türken behandeln und hätte den Konflikt zwischen tödlicher Pflicht und „an sich edeln Gefühlen" schließlich „ins Erhabene aufgelöst". Doch über Handlungsskizzen und wenige Dialogverse kam das Unternehmen nicht hinaus. Das läßt den Hamburger „CulturConcept"-Agenten Joerg von Hau nicht ruhen. Er hat sich vorgenommen, dem seinerzeit in Absprache mit dem Weimarer Theaterintendanten Goethe schon mal „komplett" besetzten Phantom tatsächlich auf die Bühne zu helfen –

Schiller

auch wenn das dem Bemühen ähnelt, auf ziemlich kahler Fläche eine Schillerlocke zu drehen. Wie der Conceptor droht, „steht" der Theaterwissenschaftler Peter Schütze „bereits voll in der Arbeit" an einem spielbaren Text „in Jamben und fünfhebigen Blankversen". Der „springende Punkt", den Schiller noch suchte, scheint in euroweiter Publicity gefunden: Regisseur Michael Bogdanov hat „die Inszenierung versprochen", Walter Jens und Will Quadflieg stehen für den „künstlerischen Beirat" zur Verfügung, Giorgio Strehler soll dem Geist der „Malteser" den Weg nach Italien bahnen. Bei der Übertragung ins Englische soll der Kulturattaché der maltesischen Botschaft in Bonn helfen.

Neue Zeitung aus der Buchfabrik

„Einen völlig neuen Typus" von Wochenzeitung möchte *Merian*-Chefredakteur Manfred Bissinger bis zum Herbst des nächsten Jahres auf den Markt bringen – zusammen mit Thomas Ganske, dem Hamburger Chef der Verlagsgruppe, zu der Hoffmann und Campe, Gräfe und Unzer, Frölich & Kaufmann sowie der Jahreszeiten-Verlag gehören. Bissinger, der auf den schon durch Unterschrift akzeptierten Führungsposten bei der Zeitschrift *Geo* spektakulär verzichtet, weigerte sich in der Karwoche tapfer, das „völlig Neue" seines Projekts zu präzisieren. Fest steht: Herausgeber wird nicht die ganze Ganske-Gruppe, sondern eine Tochtergesellschaft des Verlags Hoffmann und Campe, den *Buchreport* „im nunmehr siebten Jahr auf dem Hardcover-Sieger-Podest" sieht. Die Zeitung soll von der Politik bis zur Kultur alle klassischen Ressorts enthalten. „Neu" daran dürfte vor allem ein Prinzip sein, das Bissinger schon bei *Merian* erfolgreich strapaziert hat – das Autoren-Prinzip. Statt die eigenen Redakteure regelmäßig als Chef-Kommentatoren einzuspannen, könnte eine Autoren-Zeitung auf Gast-Beiträge aus aller Welt und allen Fachrichtungen setzen. Verrisse von Büchern des Hoffmann-und-Campe-Verlags werden nicht versprochen.

Der Vergaser Ihres Autos muß bis zu 6000 mal in der Minute präzise funktionieren. Deshalb ist er aus Zink-Druckguß.

Zink geht zurück in den Recyclingkreislauf

ZINK

Ein modernes Metall
in seinem Element

Wenn Sie mehr über Zink wissen möchten, schreiben Sie an ZINKBERATUNG, Friedrich-Ebert-Straße 37-39, 4000 Düsseldorf

Lenin walzert durchs Irrenhaus

SPIEGEL-Redakteur Klaus Umbach über die Uraufführung der Schnittke-Oper „Leben mit einem Idioten"

Nicht zu fassen, das gibt es wieder: opulentes, saftiges Musiktheater. Und es macht Spaß.

Da plappern die Solisten mit spritzigem Parlando. Sopran und Tenor keifen sich in exaltierten Stimmbrüchen an. Die Chöre besingen Ketchup und Sperma in höchsten und tiefsten Tönen. Und alle zusammen holen, so richtig schön altmodisch, zu schwärmerischen Kantilenen aus.

Auch im Orchestergraben sind die kakophonischen Altlasten weitgehend entsorgt; Donaueschingen, die Hochburg der Neuesttöner, hat ausgespielt; Oper klingt wieder. Trotz schriller Cluster und Reibereien im Gekröse der Tonarten kann das Tutti nicht genug kriegen von – doppeldeutigem – Wohllaut.

Schnittke-Premiere „Leben mit einem Idioten" in Amsterdam*: Trio infernal

Selbst Schalk steht wieder auf dem Spielplan. Da trippelt, bevor es losgeht, ein untersetzter Frackträger über die Bühne, bekommt vom Krankenwärter die Partitur und den Dirigentenstab aus einem Kartoffelsack und steigt dann hastig runter ans Pult – aha: Mstislaw Rostropowitsch, 65, der Welt fulminantester Cellist, spielt den Herrn Kapellmeister der Welturaufführung. Er ist es auch.

Der Instrumentalist präsentiert sich zudem als Solo-Streicher. Zweimal spielt er in Begleitung eines Salonorchesters auf seiner Kniegeige einen Walzer an; als Pianist mit Bar-Trio fingert er sogar einen Tango aus den Tasten eines schrägen Klaviers und, nebenbei, ein Weinglas vom Bistro-Tisch.

Nachdem die gut zweistündige Oper „Life With An Idiot" von Alfred Schnittke am vergangenen Montag in Amsterdam uraufgeführt worden war, geriet „Het Muziektheater" aus dem Häuschen, und selbst die majestätische Landesmutter Beatrix geruhte, pausbäckige Belustigung zu zeigen.

Dem kleinen, wackligen Herrn indes, der im Premierenjubel zunächst auf die Bühne tapste und gleich wieder verschwand, später doch noch verschämt in den Saal lächelte und schließlich mit ein paar linkischen Bewegungen erleichtert seinen Dank dienerte, war die Resonanz offenbar nicht ganz geheuer: Der Komponist Alfred Schnittke, 57, ist keiner, der auf Beifall abhebt. Nach zwei Schlaganfällen wirkt er als Schmerzensmann, und das nun umjubelte Werk war lange sein Schmerzensstück.

Verrückt: Ausgerechnet Schnittke, der nach Schostakowitsch erfolgreichste und vielleicht sogar folgenreichste Tonsetzer der einstigen UdSSR, ein begnadeter Tüftler und kapriziöser Phantast, schreckte vor dem Stoff zurück, einem so richtig russischen.

Es geht um ein Gemisch aus Zote, Groteske und Gleichnis, eine Story voll Gogolismen, psychischen Untiefen und Anspielungen auf aktuelle Politik. Die Erzählung „Leben mit einem Idioten" hat der Diplomatensohn und linientreue Schriftsteller Viktor Jerofejew lange vor seinem Bestseller „Moskauer Schönheit" veröffentlicht, dem er heute, nach Übersetzungen in 17 Sprachen, seinen Ruhm verdankt. Für den Autor ist sein „Idiot", wie auch anders, „natürlich auch ein Stück über das wahnsinnige System in der Sowjetunion". Jerofejew begräbt das System mit einem Schlachtfest.

Taugt so was zur Oper? Der verheiratete Held namens „Ich" ist dazu verurteilt, die eheliche Wohnung künftig mit einem Verrückten zu teilen. Unter Hunderten von Debilen wählt er Wowa, den er für einen Denker hält. Aber Wowa kennt nur das einsilbige „Ach", rastet aus und dreht durch.

Angesichts des „gigantisch dunkelrot venösen Wurms", der aus Wowas „leuchtend rotem Schamhaar" ragt, läßt sich Ichs Frau mit dem Irren ein, wird schwanger und treibt ab. Daraufhin verführt der enttäuschte Wowa den Ich: „Wir waren fröhliche Männer mit aufgerissenen Ärschen." Schließlich schneidet Wowa Ichs Frau mit einer Heckenschere „aus der DDR" den Kopf ab und wirft den Rumpf in den Müllschlucker.

Für Schnittke war das ein „Traumstoff", „wie fürs Musiktheater gemacht". Nur machen wollte er ihn nicht. Er scheute sich vor der Gattung Oper, ausgerechnet er.

* Dale Duesing (Ich), Howard Haskin (Wowa), Teresa Ringholz (Ichs Frau).

Derselbe Musiker, der zwischen der amerikanischen Kultur-Sommerfrische Tanglewood und dem mongolischen Ulan Bator international gefeiert und überall, laut *Welt*, „im Schwall öffentlicher Zuwendung gebadet" wird, kniff: Seit seiner Ausbildung als Chorleiter habe er Bammel vor Stimmen und Probleme mit Vokalwerken.

Schnittke, der aus dem russischen Engels stammende Sohn eines jüdischen Journalisten und einer wolgadeutschen Lehrerin, lag allen Leuten mit Jerofejews Erzählung in den Ohren. Doch selbst sein Freund Luigi Nono aus Italien und der deutsche Kollege Wolfgang Rihm winkten ab. Da ging Schnittke selbst ans Werk. Jerofejew schrieb ihm im Sommer 1990 das (weniger drastische) Libretto, das der Komponist dann nur noch ein wenig straffte.

Wie nicht anders zu erwarten, war die Parabel bei Schnittke in besten Händen. Er machte aus Jerofejews Trio infernal einen Totentanz durch die Musikgeschichte. Denn er kann kopieren, zitieren, imitieren, kollagieren; er verpackt, maskiert und entblößt – alles gleich brillant. Er verschneidet edelstes Tonmaterial mit klingender, klingelnder Halbseide. Seine erste Sinfonie, das sagt er selbst, „fängt wie ein Zirkus an und endet als Apokalypse". Im „Idioten" mischt er Mahler mit Tangos, Tschaikowski mit Jazz und spielt auch mit jenen Signalen, die bekanntlich die Völker hören sollten.

Puristen und Erbsenzähler in den Avantgarde-Zirkeln rümpfen allerdings gern die Ohren: Schnittke sei Parasit, sein Erfolg basiere auf brillanter Zweitauswertung, er habe das Recycling beängstigend kultiviert. Der Komponist selbst nennt sich lieber „Polystilist". Das klingt nicht nur eleganter, es trifft auch besser: Sein Stil ist die stillose Vielfalt. Nun, nach der Premiere des „Idioten", zeigt sich, daß der Verpackungskünstler Schnittke mit seiner Scheu vor der Oper vermutlich kräftig kokettiert hat.

Komponist Schnittke
Angst vor der Oper

Dirigent Rostropowitsch: Partitur aus dem Kartoffelsack

Denn nun schmeicheln seine Streicher wie Sirenen. Seine Bläser, viel und farbig im Einsatz, bleiben diskret – ein Labsal nach all dem Getöse der atonalen Drauflosgänger. Selbst das Schlagzeug macht nur halblang, der übliche Polterabend fällt aus. Mit genau dieser raffinierten akustischen Melange erreicht zumindest der erste Akt von Schnittkes Opernerstling Hochformat.

Vor allem bei der Szene im Keller des Irrenhauses, wo alle die Wowas hausen, glückte dem Opern-Debütanten herrlich absurdes Musiktheater: Die Solisten (sämtlich erste Klasse) girren und glucksen, die Musik schlägt Kobolz, die nachtschwarze Buffa treibt die Narretei auf die Spitze zeitgenössischer Tonsprache. So süffig war Oper schon lange nicht mehr.

Doch nur wenig später, auf Seite 102 des Autographs, bricht der Spaß erst einmal ab und das Stück ein. Der Eindruck drängt sich auf, von hier an habe ein anderer Schnittke komponiert.

Der Schein trügt nicht: Am 19. Juli 1991 hat Schnittke in seinem Wahlwohnort Hamburg den zweiten Schlaganfall erlitten. Am 10. September verließ er die Klinik gegen den Willen der Ärzte. Der alte war er nicht mehr.

Erst langsam erwachte nach dem Erinnerungsvermögen auch wieder sein Sinn für Musik, noch später die Lust, Musik zu machen.

Die Zäsur ist deutlich zu hören: Der betörende Schwung ist gebremst, der Elan stockt. Wo es vorher flimmerte, wirkt es nun spröde, wo es moussierte, ist es jetzt karg. Der Orchesterpart scheint ausgemergelt, die Palette blasser. Die Ausdünnung hat aber durchaus ihre – gespenstischen – Reize: Zu den großen Stimmen, die Schnittke schon vor seiner Zwangspause fest notiert hatte, kommt nun eine faszinierend brüchige, kammermusikalische Begleitung, und dem mörderischen Finale tut es ganz gut, wenn zum Blut kein saftiges Melos fließt.

Daß der Bruch den Zweiakter nicht böse halbiert oder womöglich sogar demoliert hat, verdankt die Premiere dem dienstältesten Veteranen in Amsterdams prominentem Russen-Team: Der Regisseur Boris Pokrowski, 80, der jahrzehntelang der tantigen Bolschoi-Oper gedient und dann an seiner eigenen Kammeroper, dem Mekka aller Moskauer Musikspezis, in fast 20 Jahren knapp 80 Werke inszeniert hat, macht Schnittkes Groteske zum Augenschmaus.

Er läßt die Geisteskranken mit Roller und Regenschirmen durchs Parkett krakeelen und die Musiker von den Rängen herab tuten und blasen. Er verzaubert unscheinbare Miniszenen in pfiffig choreographierte Showkürzel und verdreht am Ende das ganze Opernhaus in eine kunterbunte Klapsmühle.

Wowa, den vielleicht idiotischsten, vielleicht hellsichtigsten unter allen Irren, läßt Pokrowski den lieben kurzweiligen Abend hindurch in Wladimir (Kosename: Wowa) Iljitsch Lenins Maske Männchen machen. So walzert der kommunistische Grufti durch die Anstalt, trägt seinen Riesen-Penis als Gewehr über der Schulter und lallt, bevor der Vorhang fällt: „Ich höre den Schwanengesang meiner Revolution." Für musikalische Ohren die reine Wonne.

Archäologie

Buddha im Norden

Die Wikinger waren nicht bloß wilde Haudegen: Eine große Pariser Schau zeigt sie als Kaufleute und Kolonisatoren.

Ihre Helme trugen keine Hörner, und sie kamen nicht in Bärenfellen daher: die Wikinger-Piraten, die ausgerechnet zu Ostern des Jahres 845 mit über hundert schlanken, wendigen 20-Meter-Schiffen plötzlich am Pariser Seineufer anlegten und unverzüglich die Stadt plünderten. Besonders urtümlich waren sie nicht – aber fremd und bedrohlich.

Den Städtern jedenfalls erschienen die rotblonden Heiden im Sackleinenzeug wie eine Strafe Gottes: Jahr für Jahr drangen die Rotten tiefer ins Land vor, brandschatzten Dörfer und Klöster, schlachteten das Vieh, sackten Edelmetall ein und drangsalierten die Bewohner bis aufs Blut. Überall in Frankreich beteten Mönche: „Befreie uns vom wilden Volk der Nordmänner, das unser Reich verwüstet!"

Raubzüge allerdings, so ist nun im Pariser Grand Palais** zu erfahren, galten zu solch frühen Zeiten nicht als unmenschlich – mit ihren sächsischen Nachbarn gingen die Franken weit ruchloser um. Die alte Saga von Beutegier und Barbarei der Wikinger, unverwüstlich wie ein Wildwest-Mythos, blendet Entscheidendes aus. „Die Normannen", so Organisatorin Else Roesdahl aus Aarhus und Sir David Wilson, Direktor des British Museum, „sind genauso kultiviert und brutal gewesen wie ihre Zeitgenossen in Westeuropa."

Kriegerkopf*

Söhne einfacher Fischer, Bauern und Gelegenheitshändler waren die meisten der wotangläubigen Nordleute, mit denen das frühmittelalterliche Europa unsanft bekannt wurde. Nur: Sie hatten eben die besten Schiffe weit und breit. Wer von ihnen eins besaß, konnte arbeitslose oder enterbte Haudegen anheuern und auf Freibeuterei ziehen, aber genausogut friedliche Geschäftsreisen unternehmen. Jedenfalls kam er weit herum auf seinen Fahrten.

Wie weit, das zeigen in Paris archäologische Funde aus ganz Europa. Ein Beispiel: der Goldschatz aus Hon in Norwegen, zweieinhalb Kilo insgesamt, darunter neben Einheimischem eine fein ziselierte Brosche aus fränkischer Werkstatt und Münzen mit griechischer und sogar arabischer Inschrift. Sie vor allem bezeugen die internationale Erfahrenheit wikingischer Händler.

Zu den Wenden und Slawen am südlichen Ostseerand hatte es schon lange gute wirtschaftliche Kontakte gegeben. Häfen und Kontors wie das in Wollin profitierten vom Geschäft mit Pelzen und Naturalien aus dem Norden. Ein Depot mit über 2000 Silbermünzen aus dem jüngst erst ausgegrabenen Ralswiek auf Rügen, auch dies voller arabischer Geldstücke, zeugt von erstaunlicher Finanzkraft. Der Außenhandel florierte – und wenn es sich nur um eine Ladung Pflaumen handelte; deren Kerne hat man im Schlick der Markt-Metropole Haithabu bei Schleswig gefunden.

Von Irland bis zur Ukraine, ja noch an der Wolga haben Archäologen die gleichen ovalen Buckelfibeln entdeckt. Diese mit verschlungenen Tiermustern überzogenen Gewandnadeln waren ein Exportschlager.

Wikinger-Darstellung, Wikinger-Kunst in der Pariser

Ornament-Anhänger aus russischem Schatz

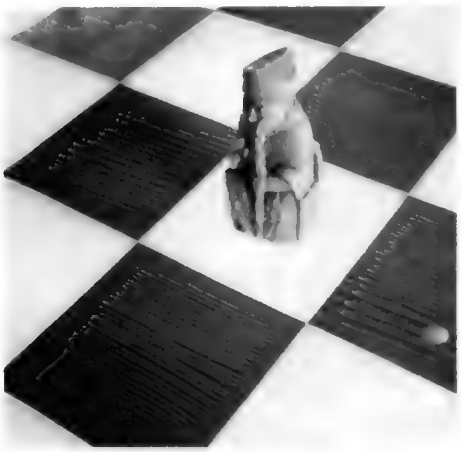
Endlich können in Paris – dank der Öffnung des Ostblocks – auch Funde aus den großen Wikinger-Kolonien von Gnesdowo, Nowgorod und Gorodischtsche gezeigt werden. Pfeilspitzen, Hornkämme, Stiefelreste und Holzschwerter für Kinder beweisen, welch ausgedehnte Niederlassungen es dort im Osten gab. Am Ladogasee hat sich sogar der reichhaltige Werkzeugkasten eines Wikinger-Schmiedes erhalten, der auch Geschmeide zu fertigen verstand.

Sklaven, Falken, Pelze, Honig und Walroßzähne waren zumal in Arabien begehrt, im Gegenzug wanderten Gewürze, Tuche und Geschmeide nordwärts. Über 80 000 arabische Münzen, meist aus Silber, sind bis heute in Skandinavien ausgegraben worden. Besonderes Kuriosum unter den Funden: ein kleiner Bronze-Buddha aus Indien, der im schwedischen Helgö zutage kam, zu-

* Aus Elchknochen geschnitzt (vergrößert).
** „Les Vikings. Les Scandinaves et l'Europe 800 – 1200". Bis 12. Juli; Katalog 432 Seiten; 250 Francs.

Ausstellung: Wetterfeste Hochsee-Händler

Norwegisches Holz-Kirchenportal



Schachfigur aus Walroßzahn

sammen mit einer koptischen Kelle, baltischem Schmuck, römischen Spielsteinen und einem irischen Krummstab – Mitbringsel aus aller Welt, wie sie jetzt im Grand Palais versammelt sind, waren nicht ungewöhnlich.

Von Island aus, wo seit etwa 875 einige besonders Wetterfeste und Freiheitsdurstige hausten, fuhr Erik der Rote, ein vogelfreier Schlagetot, weiter nach Grönland. Daß sein Sohn Leif sich bis Amerika gewagt habe, hielten manche Experten bis vor kurzem noch für Seemannsgarn. Nun zeigt die Pariser Schau: Sein „Vinland" war wirklich die Neue Welt. In L'Anse aux Meadows auf Neufundland haben Wikinger gelebt.

Die Überreste ihres kleinen Basislagers sind allerdings denkbar karg. Eine schmucklose Ring-Fibel läßt ahnen, daß die See-Vagabunden kaum mehr als das Lebensnotwendige bei sich hatten. Bald schon müssen die ansässigen Indianer sie wieder vertrieben haben.

Einen historischen Wendepunkt markiert die Taufe des Wikingerfürsten Rollo in Rouen (912). Danach wurde aus dem permanenten Störfaktor Normandie, der folgenreichsten Wikinger-Kolonie überhaupt, ein christliches Herzogtum. Um die gleiche Zeit tauchte auch im schwedischen Birka das erste Kruzifix auf, ein kleiner silberner Kettenschmuck, der sich vom Thor-Hammer, sonst der beliebtesten Amulettform, fast nur durch den oberen Balken mit Christuskopf unterschied.

Über ein Jahrhundert dauerte es noch, bis im dänischen Roskilde die erste Steinkirche Skandinaviens stand, aber vom langsam nordwärts sickernden Christentum wurden die Wikinger doch allmählich nach Europa eingemeindet.

Folgte ihre Architektur südlichen Vorbildern, blieb das vorerst freilich oft Pflichtübung: Neben dem nur mannshohen Eingang von vielen der neuen hölzernen Stabkirchen etwa setzten sie, in Anlehnung an das romanische Säulenportal, zwei runde Pfosten. Eine Zierde ohne Funktion: Das Gebäude hätten die tief vom Schnitzwerk gehöhlten Säulchen niemals tragen können, auf ihren Kapitellen hocken bloß zwei neckische Fabelwesen. Flechtwerk-Medaillons an der Kirchenwand zeigen sogar Szenen der heidnischen Siegfried-Sage. Offenbar hatten die Missionare aus England und Deutschland gegen ein bißchen Volksgeschmack nichts einzuwenden.

Neue Dichtungen wurden ohnehin immer christlicher, die Göttermythen immer sagenhafter. In seiner „Edda" hielt der Isländer Snorri Sturluson die alten Heldenmären noch auf Pergament fest. Sein Zeitgenosse aber, der Dänenmönch Saxo Grammaticus, von dem in Paris ein vielleicht eigenhändiges Manuskriptblatt zu sehen ist, erzählte von den Nordmännern schon wie von fernen literarischen Gestalten.

Als kräftiges Gewürz waren die Wikinger ins Abendland eingedrungen; seßhaft geworden, nahmen sie jedoch schnell die fremden Sitten an. Sobald Koggen die Langboote verdrängt hatten und Großhändler den Wirtschaftsstrom kontrollierten, war die Zeit der Normannen vorbei.

Übrig blieb, so erweist sich in Paris, ihre Kunst-Tradition – und viel Rätselstoff für die Gelehrten. Auf einen Holzstock aus Bryggen bei Bergen hat jemand um 1200 ein Liebesgedicht in Runen geritzt. Wer war er? Händler oder Fahrensmann kaum: Einer der Verse stammt vom Römerdichter Vergil.

Zur gleichen Zeit zogen schon die ersten Studenten aus den Nordländern zu den hohen Schulen Frankreichs – ihre rauhen Vorfahren waren zur Legende geworden. So konnte bereits 1198 Etienne von Tournai, Abt des Pariser Klosters Sainte-Geneviève, seinen Kollegen, den Erzbischof Absalom aus Roskilde, in einem Brief necken: Dessen wilde Normannen-Ahnen seien doch schuld gewesen an den Plünderungen in Frankreich, mehr als 200 Jahre zuvor. Für den dänischen Kirchenmann waren die Wikinger längst im Nebel der Geschichte entschwunden.

Van Gils

STRICTLY FOR MEN

Depotnachweis: Deutsche Revlon GmbH & Co. KG, Tiefenbroicher Weg 15, 4000 Düsseldorf 30, Tel.: (0211) 42 49 01

EAU DE TOILETTE

AFTER SHAVE

Kampf um eine dubiose Ehre

Günter Kunert über die Berliner Akademie der Künste und ihren alten, neuen Präsidenten Walter Jens

Akademiepräsidenten Jens, Müller*: Erzwungene Ehe als Glücksfall?

Kunert, 63, gehörte 1976 zu den Mitunterzeichnern der Protestresolution gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung, verließ 1979 die DDR und lebt bei Itzehoe. Er veröffentlichte unter anderem den Roman „Im Namen der Hüte" (1967) und das Essay-Buch „Die letzten Indianer Europas" (1991).

Im Jahre 1909 erschien im Bruno Cassirer Verlag ein Buch von McNeill Whistler mit dem einprägsamen Titel „Die artige Kunst, sich Feinde zu machen", dem ich mich zwar nicht unbedingt verpflichtet fühle, ohne mich jedoch mit dem, was ich hier zu sagen habe, dieser Kunstfertigkeit gänzlich entziehen zu können. Übrigens ist diese Kunst keineswegs so einfach auszuüben, wie der Didaktik ankündigende Titel suggeriert. Ich habe mit dieser Kunst spätestens im Januar begonnen, indem ich aus der „Akademie der Künste" (West) ausgetreten bin, weil ich die Rolle des Narren auf der Bühne, nicht aber in der Realität akzeptiere.

Zur Erinnerung: Zwei Präsidenten zweier Körperschaften, Akademien genannt, beschließen (vom Berliner Senat veranlaßt: so die Schutzbehauptung), ihre Institutionen zwangszuvereinen. Wie häufig, wenn man aus unangenehmen Gründen zur Ehe gedrängt wird, gibt man den Vorgang als Glücksfall aus: so auch die Präsidenten Walter Jens und Heiner Müller. Was die beiden, ein vom Fernsehen viel zu selten präsentiertes „odd couple", als deutschlandpolitischen Akt ablehnten, nämlich den Anschluß der DDR an die alte Bundesrepublik, das galt ihnen nun plötzlich als ein Zeichen wahrer „Humanitas": die Übernahme der Ost-Berliner Akademie in die West-Berliner Akademie.

Das besonders Delikate an diesem Vorgang: die beabsichtigte En-bloc-Übernahme von Ost-Berliner Akademiemitgliedern, von denen merkwürdigerweise kein Protest gegen diese Vereinnahmung zu hören war – Tübke einmal ausgenommen. Oder gab es doch Gegenwehr? Präsident Heiner Müller, Entertainer in matter Kulturszene und immer für schlechte Scherze gut („Die Atombombe ist die jüdische Rache für Auschwitz"), erklärte, er habe zwei Jahre seines Lebens geopfert, um die Ostakademistler zu dem En-bloc-Eintritt zu bewegen – als würde jemand nicht gerade durch solchen Beitritt seine dubiose politische Vergangenheit salvieren und in einen „Und wir haben doch gesiegt"-Triumph verkehren.

Der andere Präsident hingegen bezieht seine Argumente aus der klassischen Trickkiste: Wer die Geschichte der spätantiken Rhetoriker und deren Intentionen kennt, weiß schon Bescheid. Walter Jens war bei Beginn des Debakels gegen die En-bloc-Übernahme der Ostler, dann dafür, um sie nicht zu „erniedrigen", dann zeigte er sich als vom Berliner Senat unter Druck gesetzt, dann tat er geheimnisvoll und ohne Namensnennung kund, jene Mitglieder, die sowohl in der Ost- wie in der Westakademie vertreten seien, hätten mit Austritt gedroht, falls er die Durchführerschaft verweigere. Ist Jens von einer „Verschworenen Gemeinschaft" erpreßt worden, ohne um Hilfe zu rufen? Oder ist diese Behauptung nichts weiter als eine solche?

Zumindest kann man ihm nicht nachsagen, daß er es an aufrüttelnden, markigen Worten habe fehlen lassen: *Keine Fahnenflucht*, verkündete er, und in einem Schwall militärischen Wortgedröhns bildete den schönen Höhepunkt

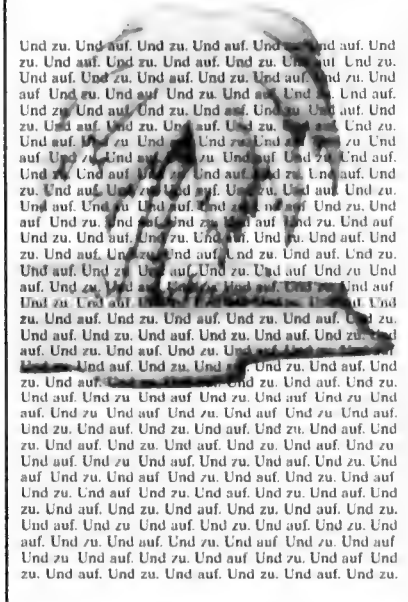
Autor Kunert
Noblesse verweigert

* Am 11. April bei der Pressekonferenz in der West-Berliner Akademie.

ATLAS ADVERTISING

Wenn keiner unerwünscht ins Haus kann, können Sie unbesorgt Urlaub machen:

Rolläden,
die selber zumachen.
Und täglich auf.



Mit **Rolladen-Automatik!**

Abends zu und morgens auf: Motoren und Steuerungen sorgen dafür, daß Haus und Wohnung vor Langfingern geschützt sind, auch wenn Sie im Urlaub sind.

Klar, daß die Rolladen-Automatik noch mehr zu bieten hat: Wärmedämmung, Schallschutz, Sicht- und Sonnenschutz und ganz automatisch viel Komfort!

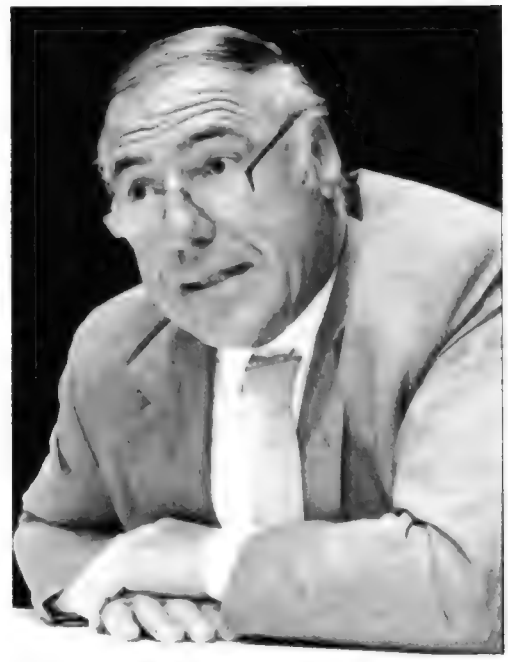
Fragen Sie einen von über 1.000 Mitglieds-Fachbetrieben im Bundesverband Rolladen + Sonnenschutz e.V. Oder fordern Sie Informationen direkt beim Verband unter S/17 an (Prospekt kostenlos, Planungs-Broschüre gegen Voreinsendung einer Schutzgebühr von DM 5,–; Scheck/Briefmarken).

Bundesverband
Rolladen + Sonnenschutz e.V.
Kölner Landstr. 304, 5160 Düren
Telefon (0 24 21) 7 10 18
Telefax (0 24 21) 7 47 31

lie, in die psychischen Abgründe des gewöhnlichen Nazismus.

„Ein deutscher Junge weint nicht!" – nach diesem kernfaschistischen Zuchtideal wächst eichenhart auch der Knabe Reinhold Fischer hinein in die neue Ära „willenhafter Männlichkeit". Magda, die Mutter, ist eine stillgeduckte Katholikin. Vater Heinrich trägt viril die Knobelbecher der SA und findet es empörend entartet, daß sein reinrassiger Sohn mit der Tochter jüdischer Nachbarn spielt. Folgsam boykottiert Reinhold „das Rachele" und penetriert die Geheimnisse der „arischen Lichtmystik".

Kein Wunder also, daß in dem früh erweckten Hitleristen der Wunsch aufkeimt, dem Deutschen Jungvolk beizutreten. „Still von den hohen Gedanken" und „mit tiefen Augen" erlebt der Pimpf die Fahnenweihe, dort ergibt er sich Hanno, dem Mann seines Lebens. Mit ihm, dem Sohn eines hohen SS-Führers, schließt der aufstrebende Jungzugführer unverbrüchliche Freundschaft. Hanno lehrt ihn, daß „wir Sterblinge" sind, „bloß Jämmerlinge, wenn wir uns nicht ins Innere schauen". Erregt mustert Reinhold den vergeistigten Volksgenossen. Am 5. November 1938 schreibt er, 15jährig, aufgewühlt und beschämt in sein Tagebuch: „Ich habe ins Bett gemacht."



Suhrkamp-Verleger Unseld
Hang zur Gattenhege

Nun kommt der verliebte Bettnässer nicht mehr zur Ruhe. Erhitzt erklimmt er den örtlichen Ziegenberg, um mit dem introspektiven Vollideologen Brüderschaft zu schließen. „Die Nacht, der Mond! Glühkäfer und Blätterrauschen!" Romantisch erleuchtet, stammeln die ekstatischen Blutsbrüder den Treueschwur. Anderntags liegt Reinhold „zitternd in der Morgenfreiheit", und „dann war das Bett wieder naß". Mutter Magda schaut wissend auf das Feuchtbiotop und sagt sensibel: „Der Bub ist ein Mann geworden heut nacht."

Die Matura trennt die Nazi-Bluter. Hanno entschwindet zur Weiterbildung in eine Ordensburg, wo er nicht nur „das kalte Licht Luzifers", sondern auch „die geheime Priesterschaft der Totenkopf-SS" kennenlernt und eine ominöse „Blutseele" erblickt. Grämlich bleibt Reinhold zurück, kein volksblondes BDM-Mädel, keine lockend gezopfte „Gebietsmädelführerin" spricht den verklemmten Sterbling sexuell an, auch die adrette Mechthild, die sich im Kino lüstern an ihn schmiegt, geht unbefriedigt ins Bett.

„Weiber, was fange ich mit Weibern an!" notiert er verächtlich in sein pubertätswütiges Tagebuch und läßt, in ständiger Beschäftigung mit Blut und Boden, „eine Erzitterung nach der andern über mich ergehn". Allenthalben aber klopfen an die Schicksalspforte schon die „Engel der Finsternis", die in Scharen fortwährend den Roman durchflattern.

Erzitterungen suchen stoßweise auch den tolerantesten Berkéwicz-Leser heim, der im Nebel dieser wabernden Großraum-Prosa nach Luft ringt. In Schwulst und Bombast versinkt das ernste Thema, Massenwahn und Millionenmord des Nazi-Terrors. Hinterm aufgeblasenen Mythos verschwindet die grausame Realität. Distanzlos berauscht sich Ulla Berkéwicz an der Sprache, die sie doch eigentlich karikieren und entlarven will, und endet lächerlich in spätexpressionistischem Kitsch. Es ist zuweilen so, als habe sich ein zeitversetzter Anton Wildgans ins Dritte Reich geschnattert.

Poet und völkischer Beobachter will ja auch Reinhold werden, „in den alten hohen Sprachen dichten und mir neue darüber erfinden", so spricht er tremolierend zum Fräulein Elsa Burger, das ihn nach homophiler Entrückung endlich in die leibliche Weiblichkeit einführt. Es kommt zu einem technisch bemerkenswerten Geschlechtsverkehr („Ich ließ mich über der Geliebten los und tat ihr als Mann damit nicht weh"). Anschließend kehrt das Liebespaar „Hand in Hand aus dem Land zurück, das hinter dem Tod liegt".

Elsa berichtet von ihrem antifaschistischen Vater, einem grundgütigen Kommunisten, der am liebsten im Wald die „Internationale" sang. Reinhold fällt nach solchen Mitteilungen unverzüglich „ein Weinen an", fortan aber setzt verstärkt „der Zweifel seinen Pferdefuß auf mein Herz".

ständlich für die bisher Ausgetretenen offen, nur vergaß er hinzuzufügen, daß letzteren durch seine Wählerschaft jedes Rückkehrrecht verweigert wurde. Applaus!

Denn jene haben sich als Nestbeschmutzer erwiesen, als Abweichler, als renitent im Sinne eines Klubs, der nur konformes Verhalten duldet. Wer sein Unrechtsbewußtsein nicht in der Garderobe dieses Klubs abzugeben vermag, dem wird vom Butler die Tür gewiesen. Ob sich für diesen Posten nicht vielleicht ein Mitglied der Ostakademie am besten eignet, das seine Konformismus-Erfahrungen auf diese Weise einbringen kann – als einen Wert an sich?

Bücher

Völkischer Bettnässer

Die Frankfurter Poetin Ulla Berkéwicz bewältigt die Nazi-Vergangenheit: hoher Anspruch, tiefer Fall.

In der deutschen Literatur belegt seit zehn Jahren die bekennende Nekrologin Ursula Berkéwicz ein schattiges, aber wohltemperiertes Plätzchen.

In vier formkühnen, pathetischen Erzählbänden hat sie immer wieder vom Grauen, von den Mysterien des Todes geschrieben und kürzlich, mit ihrer Endzeit-Groteske „Nur Wir", auch den Besuchern der Münchner Kammerspiele massiv den Trauermarsch geblasen.

„Die Toten schweigen, aber wir müssen reden", raunt da zum Beispiel die Frankfurter Dichterin und fragt grabesschwer: „Was ist das Totsein? Ein Nichts und ein Nirgends, eine Null plus ein Nichts." Das Premierenpublikum verabreichte gelangweilte Buhs. Betrübt lauschten sogar die empfindsamsten Köpfe des vereinigten Feuilletons dem „schwer verhangenen Text", verbürgten sich aber barmherzig für ein „ehrenhaftes Scheitern" der nullorientierten Bestattungskünstlerin.

Ulla Berkéwicz, 40, gelernte Schauspielerin und rein äußerlich Freund Hein noch erfreulich fern, ist ein extraordinärer Pflegefall im Literaturbetrieb. Die Kritik begegnet ihr mit ausgesuchter Höflichkeit, seit sie 1990 ihren Verleger, den Suhrkamp-Chef Siegfried Unseld, ehelichte – den machtbewußten Frankfurter Buchproduzenten, mit dem niemand in der Branche sich gern verzankt. Berkéwicz-Werke liegen Unseld naturgemäß besonders am Herzen. Und Suhrkamp-Autoren, die dem herrschenden Siegfried erotisch nicht so nahestehen, klagen schon mal über deutliche Präferenzen im Werbe-Etat für die Kollegin Ulla.

Nun hat der Verleger wieder eine Gelegenheit zu tätiger Gattenliebe. Die umhegte Tristessima hat erstmals einen Roman in die belletristische Welt gesetzt, den Suhrkamp als Höhepunkt seiner Frühjahrskollektion weiträumig anpreist. „Engel sind schwarz und weiß" heißt das Buch, das, von der Dichterin ausschnittweise vorgelesen, für 20 Mark auch als Hörkassette im Handel ist*.

Es ist ein Epos mit höchstem Anspruch. Hier beweise die Romancière Berkéwicz, so lobsingt der Verlag, „den Mut, in die mythischen Hintergründe des Nationalsozialismus erzählerisch einzudringen". Und jeder Leser soll nun „hören, welcher Zauber im innersten Kelch der braunen Blume gesungen wurde". Mit wahrem Tollmut vertieft sich die fabulierende Floristin, am Beispiel einer hessischen Kleinbürgerfami-

Autorin Berkéwicz: Pferdefuß des Zweifels

* Ulla Berkéwicz: „Engel sind schwarz und weiß". Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 352 Seiten; 38 Mark.

seine Deklaration, er lasse sich keinen herausschießen! Nicht mal den Honecker-getreuen Manfred Wekwerth. Wenn der Ton die Musik macht, muß ich Walter Jens für einen verhinderten Stabstrompeter halten; ihm sind, in seinen Polemiken und Statements, Formulierungen unterlaufen, die auf Offizierskasino schließen lassen.

Eine in der Realität mühsam unterdrückte Militanz lebt sich im Verbalen aus, ohne daß der Rhetor selber was davon gemerkt hat. Woraus diese Haltung resultieren mag, hat schon Ralph Giordano zu erläutern versucht: Er meinte, Jens habe sich, als Mitglied der Ost-Berliner Akademie seit 1984, zu tief mit gewissen Leuten im Osten eingelassen. Ich darf eine weitere Hypothese beisteuern: Mir scheint, Jens beabsichtigt mit der Rettung der Ost-Relikte eine persönliche Ehrenrettung.

Die Ostakademie unterstand, wie es die peinliche Tatsache will, dem „Ministerrat der DDR", und jedes neue Mitglied mußte von diesem Gremium, exakter: von Willi Stoph, bestätigt werden. Nicht ganz zufällig sind die wirklich namhaften (west-)deutschen Autoren niemals Mitglieder der Ostakademie geworden. Nur sichere Kantonisten erhielten das Plazet des Ministerpräsidenten – wie etwa Walter Jens. Das war, bei der ideologischen Pingeligkeit der DDR-Oberen, kein Fehlgriff: Zum „fellow traveller" wurde man nicht durch den Besuch eines Reisebüros.

Wenn Walter Jens folgenden, obschon nicht ganz originären Satz: „Die Gesamtgesellschaft ist unterdrückt, wenn nur ein einziges ihrer Glieder unterdrückt ist . . ." statt vor wenigen Tagen in einer Grabrede damals bei seiner Aufnahme in die Ostakademie ausgesprochen hätte – ihm wären heute manche Probleme erspart geblieben. Man hätte ihn hinauskomplimentiert. Daß dieser Satz an der einzig richtigen Stelle unausgesprochen blieb, hat seine Gründe: Wer mit einer Schimäre sympathisiert, übersieht die Menschen dahinter.

Mit dem Untergang der DDR ist die Ost-Berliner Akademie ebenfalls untergegangen. Was noch besteht, ähnelt einem Fliegenden Holländer. Ginge die Ostakademie spurlos von dannen, versänke sie in den Sumpf des Systems, dem sie einst entstieg, hinterließe auch die frühere Mitgliedschaft einen unschönen Fleck auf der Weste.

Daher bedeutet die En-bloc-Übernahme, diese scheinbare Rettung eines Stücks der DDR-Kultur, daß auch an der eigenen Teilhaberschaft an dieser DDR-Institution nichts Ehrenrühriges sein kann, denn siehe: Wir haben von ihr das Beste bewahrt und können getrost sagen, wir seien schon damals dabeigewesen, ohne uns genieren zu müssen.

Jens fand sogar noch für den ziemlich unfreiwilligen Rückzug Hermann Kants,

Ideen, Erfolge, Unternehmen

Messereport

Eine Veröffentlichung der
PR GRUPPE FRANKFURT
Giel u. Partner GmbH,
Telefon (0 69) 4 05 86-0, Telefax (0 69) 4 05 86-111,
Telex 4 12 532 PRFFM D

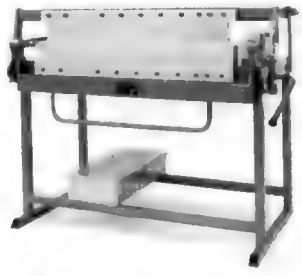
IHM München ´92

Messeneuheit auf der IHM in München

KFZ-Sicherheit Prüfstraße Eurotest 2000

Eine vollautomatische Kraftfahrzeugsicherheitsprüfstraße zur Überprüfung von Spur, Stoßdämpfer, Bremse und einer visuellen Fahrzeugbegutachtung auf der Hebebühne mit Achsspieltester war die Neuheit auf der IHM – für Prüfinstitutionen und Werksätten die Prüfanlage der Zukunft. Hersteller: MBH Maschinenbau Haldenwang GmbH & Co. KG, Hoyen 20, W-8961 Haldenwang, Tel.: 083 74 - 9 33 - 0, Fax: 0 83 74 - 93 34 99.

Maschinen für die Praxis

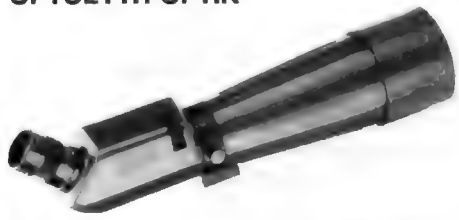


Modell LK 100 – die Abkantmaschine mit den vielen Möglichkeiten

Klempner, Fassadenbauer, Lüftungsbauer und Edelstahlverarbeiter sind die zufriedenen Kunden der Schechtl Maschinenbau GmbH. Das erfolgreiche Unternehmen verkauft weltweit seine Blechbearbeitungsmaschinen mit Arbeitsbreiten von einem bis zu drei Meter. Die Maschinen zeichnen sich durch eine besondere Praxisnähe aus. Informationen von: Schechtl Maschinenbau GmbH, W-8094 Edling, Tel.: 0 80 71 - 80 51, Fax: 0 80 71 - 4 06 17.

IWA Nürnberg ´92

OPTOLYTH-OPTIK



Der bekannte deutsche Hersteller von Ferngläsern und Obektiven baut als erster ein aus der Nachtsichttechnik stammendes Material in seine Spektive ein: Fluorit-Glas (HDF). HDF-Objektive bieten fast 100% Lichtdurchlaß. Wechselokulare mit verschiedensten Vergrößerungen erhältlich.
Informationen: OPTOLYTH-OPTIK, Postfach 2, SP, W-8561 Pommelsbrunn 3, Tel.: 0 91 54 - 40 11

IFH Nürnberg ´92

Energiemanagement mit Gebäudeleittechnik

Kieback & Peter auf der-IFH Nürnberg ´92

Kieback & Peter ist auf dem Gebiet der Heizungs-, Lüftungs-, Klimaregelung und der computergestützten Gebäudeleittechnik einer der führenden Hersteller Europas. Mit einer hochwertigen Technik „Made in Germany" werden Projekte wie Krankenhäuser, Büro- und Wirtschaftsgebäude, Schulen oder Messehallen ausgerüstet. Die digitale Technik bedeutet Energieeinsparung für den Nutzer der Anlagen, ohne daß auf Komfort verzichtet wird. Vom sendefähigen digitalen Einzelregler bis zur uneingeschränkt erweiterbaren DDC/GLT-Anlage werden Regelungskonzepte und Gebäudeleitsysteme zukunftsweisend realisiert: mit räumlich verteilter Intelligenz, GLT-Netzwerktechnologie und Senden/Empfangen von DDC-Daten per Modem. In Deutschland besteht ein dichtes Netz von Niederlassungen mit Beratung, Projektierung und Kundendienst. Weitere Informationen bei Kieback & Peter GmbH & Co KG, Jahnstraße 29, W-1000 Berlin 27, Tel: 0 30 - 68 99 60, Fax: 0 30 - 6 84 70 90.

Neue Maßstäbe der Filtertechnik

INTEK-Filter-Automatic

Das Unternehmen Intek stellte in Nürnberg eine neue Generation von Wasserfiltern vor: den INTEK-Filter-Automatic, der den zeitgemäßen Anforderungen entspricht. Er ist wartungsarm, recyclingfähig und entspricht in jeder Hinsicht dem neuesten Stand der Wassertechnik. Ein Stromanschluß ist nicht nötig, da der Verbrauch sehr gering ist. Dafür reichen vier Langzeitbatterien, die nur alle drei bis vier Jahre ausgewechselt werden müssen. Die Zeitabstände für die Reinigung werden über eine elektronische Steuerung eingegeben. Sie setzt einen hydraulisch gesteuerten Kolben in Gang, der ein pulsierendes Wasser-Luft-Gemisch erzeugt. So wird die Filter-fläche intensiv gereinigt. Das Einbau-T-Stück ist korrosionsfest und sowohl senkrecht als auch waagrecht einbaubar.
Mit dieser neuen Filtertechnik bewährt sich Intek einmal mehr als innovativer Partner des Sanitär-Handels und Handwerks. Informationen bei Intek Handels GmbH, August-Heller-Straße 8, W-6700 Ludwigshafen, Tel.: 06 21 - 5 70 00 - 0, Fax: 06 21 - 5 70 00 - 10.

»Wer sagt, daß der Krieg zu Ende ist, wenn nicht mehr geschossen wird?«

253 Seiten. Gebunden. DM 29,80

»Überlebende Soldaten und Offiziere, Versehrte und Witwen, Krankenschwestern und Mütter von Gefallenen berichten, was sie erlebt und empfunden haben. Durch die Montage der Zeugenaussagen entsteht ein Panorama, das seinesgleichen sucht und die besondere Perversion dieses Krieges zeigt... Swetlana Alexijewitschs Buch dokumentiert, daß die Spätfolgen des Afghanistan-Krieges psychische Zeitbomben sind.« *Der Spiegel*

In allen Buchhandlungen
S. Fischer

der der Vereinigung im Wege stand, das einem Vaterländischen Verdienstorden gleichkommende Wort „Noblesse". Schade, daß er meinen Austritt (und den von 26 anderen Mitgliedern der Westakademie) nicht mit derselben Bezeichnung ehren mochte, wo wir ihm doch (als Deserteure) das Schlachtfeld für seine „Streitkultur" überlassen haben. Undankbar, Walter Jens!

Am 11. April nun ist der Besagte mit der bekannten Mehrheit einer Minderheit in seinem Amt bestätigt worden. Von 230 Mitgliedern der Westakademie waren 76 anwesend, von denen 90 Prozent für ihn votierten: Es darf also demnächst weiter ausgetreten werden. Nach seiner Wiederwahl sprach der neue, alte Präsident in die Kameras, die Tür bleibe selbstver-

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Gordon: Der Schamane** Droemer; 44 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(3)
4	**Fallaci: Inschallah** Kiepenheuer & Witsch; 49,80 Mark	(5)
5	**Ripley: Scarlett** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(4)
6	**Süskind: Die Geschichte von Herrn Sommer** Diogenes; 26,80 Mark	(7)
7	**Heidenreich: Kolonien der Liebe** Rowohlt; 28 Mark	
8	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(6)
9	**Wood: Traumzeit** W. Krüger; 46 Mark	(8)
10	**King: tot** Heyne; 26,80 Mark	
11	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(9)
12	**Ustinov: Der Alte Mann und Mr. Smith** Econ; 39,80 Mark	(10)
13	**Nooteboom: Die folgende Geschichte** Suhrkamp; 28 Mark	(12)
14	**Pirinçci: Der Rumpf** Goldmann; 38 Mark	(13)
15	**Adorf: Der Mäusetöter** Kiepenheuer & Witsch; 29,80 Mark	(14)

SACHBÜCHER

1	**Baigent/Leigh: Verschlußsache Jesus** Droemer; 39,80 Mark	(1)
2	**Krone-Schmalz: . . . an Rußland muß man einfach glauben** Econ; 39,80 Mark	(2)
3	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(3)
4	**de Bruyn: Zwischenbilanz** S. Fischer; 39,80 Mark	(6)
5	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(4)
6	**Corazza u.a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 68 Mark	(10)
7	**Scholl-Latour: Den Gottlosen die Hölle** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(5)
8	**Kelder: Die Fünf „Tibeter"** Integral; 19 Mark	(8)
9	**Richter: Umgang mit Angst** Hoffmann und Campe; 38 Mark	(11)
10	**Drewermann: Worum es eigentlich geht** Kösel; 34 Mark	(7)
11	**von Krockow: Fahrten durch die Mark Brandenburg** DVA; 38 Mark	(12)
12	**Postman: Das Technopol** S. Fischer; 28 Mark	
13	**Garrison: Wer erschoß John F. Kennedy?** Lübbe; 42 Mark	(13)
14	**Fisher-Ruge: Überleben in Rußland** Hoffmann und Campe; 32 Mark	(14)
15	**Drewermann: Matthäusevangelium Erster Teil** Walter; 88 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

Im Krieg, an der Ostfront, erlischt endgültig seine vaterländische Glut. „Vater, Mutter, ein Mitleiden fällt mich an!" schreibt er fallsüchtig im Feldbrief, unentwegt „brennt mir die Kehle, schreit mir der Mund". Der gewendete Reichsmystiker und Zwerg-Nietzsche desertiert in die russischen Wälder, wo „die wilden Tiere sich rotten" und die aufdringlichen Engel wüten. Versöhnliche Nornen schließlich führen ihn heim ins Hessische, wo ihn die verdiente postfaschistische Existenzkrise ereilt – „die Strafe dafür, daß ich ehedem so berstend vor Sinn einherging".

Vater Heinrich ist so gekränkt vom Verlauf der Weltgeschichte, daß er mit den Wehworten „Ich weiß so wenig mehr, was Gott ist, daß ich mich selber nicht mehr weiß" pünktlich zum Kriegsende den arischen Löffel abgibt. Nur die gesinnungsfeste Mechthild sucht weiter „den Führer in meinem Innern". Zum Finale fragt Reinholds bekümmerter Bruder: „Wie konnte das alles geschehen?"

Das aber erschließt sich allein den Erzengeln des Suhrkamp Verlags und ihrer Gebietsmädelführerin Ulla.

Peter Stolle

Esoterik

Balsamische Wirkung

Die „Fünf Tibeter", ein Leitfaden für heilsame Leibesübungen, wurden zum Kultbuch.

Ich habe gelernt", so spricht Volker „Zahedra" Karrer, 53, „Geschenke des Universums für mich anzunehmen und sie dann mit anderen zu teilen." Diese Botentätigkeit hat ihm das Universum reich, überreich gelohnt.

Dessen Gunst muß sich Karrer um das Jahr 1989 herum erworben haben, als er den Erdlingen den „Schlüssel zu anhaltender Jugend, Gesundheit und Vitalität" überbrachte. Seitdem jedenfalls blüht sein Verlagsunternehmen, das vor drei Jahren so gut wie pleite war, und er selbst ist Millionär – eine Wendung, wunderbar und schicksalhaft, die Karrer allein den „Fünf Tibetern" verdankt. So lautet der Titel eines Esoterikums aus Karrers Integral Verlag, das demnächst bereits in die 18. Auflage geht und sich, weithin unbemerkt, zu einem der erstaunlichsten Rekord-Seller der letzten Jahre entwickelt hat: 315 000 Exemplare des schmalen Taschenbuchs (91 Seiten) wurden bislang verkauft, trotz des erhabenen Preises von 19 Mark*.

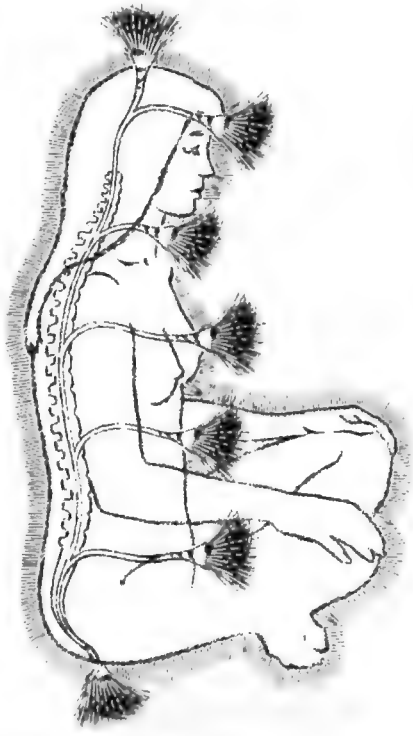
Dazu kommen 30 000 Exemplare des Folgebands über die „Erfahrungen mit den fünf Tibetern"** sowie ein Medienset, welches auf audiovisuellem Wege von jenem „alten Geheimnis aus den Hochtälern des Himalaja" kündet, das dauernde Glückseligkeit und, noch schlimmer, ewige Jugend verheißt – Greise werden wieder zu Geilspechten, bei Frauen weit jenseits der Menopause kehrt die Mädchenblüte zurück: „Der Prozeß des Alterns", so lautet die Drohung, „wird durch Nutzung der universalen Energie rückgängig gemacht."

Ausgangspunkt der Welten-Energie ist eine vierstellige Postleitzahl (8129 Wessobrunn) in den bayerisch besetzten Gebieten, wo Heilshelfer Karrer residiert. Der einstige Journalist, der sich den „frei erfundenen Quinx-Namen" Zahedra zulegte, „was für mich soviel heißt wie Neuer Mensch", entdeckte das Lebensbuch von den fünf Tibetern in Amerika – dort bewegt der Humbug schon seit Jahren jene esoterisch beseelte Klientel, die aus jeder Nervenkrise eine Weltanschauung macht.

In Deutschland aber haben die Tibeter offenbar auch jene Kreise in Bann geschlagen, von denen zu hoffen war, sie verfügten über den Immunschutz des Verstandes, zumindest aber des Alkohols. Jedoch, ob in den Zirkeln der Intellektuellen, ob im Theaterfoyer, auf Vernissagen oder in der Lobby der Frankfurter Börse, ja sogar unter der Kundschaft des Iren-Pubs „Shamrock" in Hamburg – allerorten zählen die in dem Kultbuch beschriebenen Praktiken und deren angeblich balsamische Wirkung zu den bevorzugten Gesprächs- und Berichtsthemen.

Dabei handelt es sich bei den „Tibetern" um nichts weiter als um fünf Leibesübungen, die zweimal am Tag zu vollführen sind – morgens möglichst nach Zuführung von zwei Gläsern lauwarmen Wassers. Zur Kenntnis der westlichen Welt, so kolportiert das Buch, gelangten diese „uralten Riten aus dem tibetanischen Mönchsklöstern" durch den englischen Colonel Bradford, einen stockpflichtigen Geriatriker, der sich auf die Suche nach der „Quelle der Jugend" begab.

Er fand sie bei den Lamas im Himalaja, wo sonst, und als er vom Dach der Welt wieder nach Hause zurückkehrte, „war er



Die sieben Haupt-Chakras
„Himmelskraft im Körper"

„Tibeter"-Übungen: „Der Prozeß des Alterns wird rückgängig gemacht"

* Peter Kelber: „Die fünf Tibeter". Integral Verlag, Wessobrunn; 91 Seiten; 19 Mark.

** Wolfgang und Brigitte Gillessen: „Erfahrungen mit den fünf Tibetern". Integral Verlag, Wessobrunn; 169 Seiten; 24 Mark.

★ ★ ★ ★

ARABELLA AIRPORT HOTEL MÜNCHEN

IN JEDER KLASSE ERSTKLASSIG.

Arabella Hotels sind so individuell wie die Ansprüche ihrer Gäste. Mit drei, vier oder fünf Sternen – wir machen Ihren Aufenthalt zum vollendeten Genuß.

NEU ERÖFFNET!

Sie erleben im ARABELLA AIRPORT HOTEL MÜNCHEN charmant-ländliche Atmosphäre verbunden mit dem internationalen Flair des Flughafens. Während andere schon im Stau stehen, genießen Sie bei uns noch ein exquisites Frühstück. Nutzen Sie diese ideale Airport-Nähe in einem Haus, das im edlen Landhausstil neue Akzente setzt. Die komfortablen und absolut schallisolierten Zimmer, die Konferenzräume – mit modernstem Equipement ausgestattet – das Feinschmecker-Restaurant "Zur Schwaige", die Bar "Montgolfière" und nicht zuletzt das "Saunarium", eine großzügig angelegte Badelandschaft, versprechen ein ganz besonderes Hotelerlebnis – mit beruhigenden Ausblicken ins Grüne.

Nur 3 Minuten zum Flughafen und doch mitten im Grünen.

ARABELLA HOTELS

11 Hotels in Deutschland:
Düsseldorf · Frankfurt/M. · München · Oberbayern
Ab Sommer '92: Arabella Golf Hotel Son Vida, Palma de Mallorca

Reservierungszentrale: Telefon 0 89/92 32-44 44
Telex: 5 24 316 · Telefax: 0 89/92 32-25 49 · BTX * Arabella #
Arabellastraße 5 · D-8000 München 81

das vollkommene Bild von Gesundheit und Jugend" – mit entgrautem Haar und bis zur Unkenntlichkeit verjüngt durch jene „hochwirksamen Energieübungen", die sich derzeit auch Hunderttausende in Deutschland gläubig auferlegen.

Obgleich sie sich dabei lediglich einiger aus dem Turnunterricht bekannten Gymnastizismen – Kerze, Brücke, Rumpfbeuge – befleißigen, glauben die Tibetaner fest daran, sie könnten auf diese Weise ihre sieben „Chakras" in Schwung bringen. In diesen über den Körper verteilten „Energiewirbeln" vereinigt sich gemäß esoterischer Vorstellung die „sich zusammenziehende Himmelskraft" mit der „sich ausdehnenden Erdkraft" zu einem „vertikal durch den Körper verlaufenden Schwingungsstrom". Hören die Chakras auf zu rotieren, bildet sich das „Todeshormon" – der Esoteriker stirbt.

Deshalb sei es lebenswichtig, so glauben die Anhänger der Lehre vom Energiefluß, die Chakras ordentlich am Rotieren zu halten. Nachweisbar schwänden dann Migräne, Schlafstörungen, Regelbeschwerden und Niedergeschlagenheit. Betagte Männer, die eigentlich froh sein sollten, daß sie das Übel los sind, berichten über das Wiedererstarken ihrer Testikularkraft – medizinisch möglich, denn Bewegung und ein fester Glaube haben schon so manchem aufgeholfen. Aber auch bei Asthma, Arthritis und Allergien, sogar bei Krebs und Psychosen vertrauen die tibetanischen Turner auf ihre Riten, wie sie die fünf Übungen nennen.

Besonders Gesundfleißige verabreichen sich nach vollbrachtem Abendritus einen Einlauf, zur „Darmpflege". Andere unterziehen sich regelmäßig einer „Eigenharnbehandlung", in deren Verlauf sie über mehrere Tage hinweg soviel wie möglich von ihrem Urin trinken – das sei, so glauben sie, gut für den Stoffwechsel. „Werden Schlacken ausreichend abgeleitet", doziert der Schweizer Naturarzt Dr. Christian Schaller, „schmeckt der Urin aromatisch."

Doch zum Gipfel der Gesundheit gelangt nur, so jedenfalls lehrte es Colonel Bradford, wer sich auch dem sechsten Ritus unterzieht. Dieser verlangt die Abkehr von Masturbation und Geschlechtsverkehr, da jeder Orgasmus eine erhebliche Ladung an Energie aus dem für die Sexualorgane verantwortlichen Steißbein-Chakra förmlich hinausblase.

Erst nach hinreichend langer Abstinenz darf sich der Aspirant an die Ausführung des „Sechsten Tibeters" wagen: Hände auf die Knie, ausatmen, aufrichten, Luft anhalten – das, so Lehrmeister Bradford, „ist die Krönung des Ganzen".

Warnung vor Horror-Ferien

Willkommen am Strand von Kanoni auf Korfu: Verkehrsmaschinen donnern in kurzen Abständen über die Badegäste hinweg, denn der Ort liegt unmittelbar an der Start- und Landebahn des Inselflughafens. Auch das bulgarische Seebad Sonnenstrand am Schwarzen Meer hat spezifische Reize: Marodierende Schlägerbanden überfallen Touristen am hellen Tag, die Betonplatten-Hotels sind beliebte Treffs für Zuhälter, Dealer und Nutten. Diese und sieben weitere Ziele für Horrorferien hat die englische Zeitschrift *Holiday Which?* aufgezeigt – darunter das turbulente Massenquartier El Arenal auf Mallorca, die heruntergekommenen Wohnblöcke von La Grande Motte (Südfrankreich), die öde Siedlung Nabeul in Tunesien (Strandentfernung 30 Minuten) und der verdreckte Hafen von Gzira auf Malta. Die Alternativen, die das Blatt nennt, sind jedoch mit Vorsicht zu buchen. Wer, wie empfohlen, vom thailändischen Sündenbabel Pattaja auf die Insel Phuket ausweicht, sollte zumindest den Strand von Patong meiden – auch dort geben schmerbäuchige Sextouristen den Ton an.

Geodätischer Dom

Ökowolkenkugelheim

Sie sehen aus wie halbierte Fußbälle und bestehen aus einem Stahlgerüst, das mit dreieckigen Holzplatten verkleidet ist – „geodätische Dome", die als umweltfreundliche Eigenheime und wegen ihrer futuristischen Ästhetik immer mehr Liebhaber finden. Das Konstruktionsprinzip ähnelt dem eines Iglus oder einer mongolischen Jurte, auf westlichen Geschmack wurden die Kugelheime von dem amerikanischen Architekten und Philosophen Richard Buckminster Fuller getrimmt. Die Außenfläche der in Nordamerika, Asien und auch Westeuropa verbreiteten Häuser ist 38 Prozent kleiner als die eines quaderförmigen Gebäudes gleicher Grundfläche. Für das Raumklima werden deswegen maximal 70 Prozent der üblichen Energiemenge verbraucht. 1500 Öko-Dome wurden vergangenes Jahr allein in den USA verkauft; die bretonische Firma Domespace liefert sogar ein Ballhaus, das auf einem Kugellager dem Lauf der Sonne entsprechend gedreht werden kann. Die Bauweise aus Dreiecken gilt als besonders stabil und deswegen geeignet für Erdbeben- und Hurrikan-Zonen – im Schadensfall gewährt ein Hersteller in Florida sogar vollen Ersatz für einen ramponierten Dom.

Rasende Roller

Wem das Skateboard zu anstrengend und das Motorrad zu bullig ist, der kann, zumindest in England, neuerdings mit einem technisch aufgemotzten Kinderspielzeug durch die Stadt düsen: Motorisierte Roller („Buzzboards") aus Sperrholz oder transparentem Acryl erreichen, je nach Modell, Spitzengeschwindigkeiten bis zu 72 Stundenkilometern und lassen sich platzsparend parken. Kenner loben die Gefährte wegen ihres Spatzendurstes (2,36 Liter auf 100 Kilometer) und wegen des Fahrkomforts – die luftgefüllten Gummireifen absorbieren Unebenheiten. 500 Exemplare hat „Buzzboard"-Erfinder Linus Ridge, 24, bereits verkauft; um die rasenden Roller (Preis: etwa 1500 Mark) noch umweltfreundlicher zu machen, arbeitet er derzeit an einer Elektroversion, die im nächsten Jahr auf den Markt kommen soll. Ob das High-Tech-Spielzeug auch über Deutschlands Straßen knattern darf, muß das Kraftfahrt-Bundesamt entscheiden. Den Wind können sich die deutschen Fahrer nicht durch die Haare wehen lassen – sie müßten wohl einen Helm aufsetzen.

Motor-Roller „Buzzboard"

Lennox

Melodien aus der Mikrowelle

Die kühlen, blauen Augen weit aufgerissen, das platinblonde Haar kurzgeschnitten und das Dekolleté in übergroßen Herrensakkos verborgen – so wurde die androgyne Sängerin Annie Lennox zu einer der Pop-Ikonen der achtziger Jahre. Drei Jahre nach der Trennung von ihrem Eurythmics-Partner Dave Stewart versucht sie jetzt als Solokünstlerin, die geborgten Identitäten abzustreifen und ihr wahres Ich zu enthüllen. Auf ihrer soeben erschienenen Platte „Diva" singt sie verzagt von einer Frau, die zu sehr liebt, während die Männer lieben lassen, von kleinen Vögeln und Sonnenuntergängen und forscht in diesem Kosmos aus ernstgemeinten Belanglosigkeiten nach dem Sinn des Lebens. Doch da sind nichts als dumpfe Lifestyle-Losungen, flache Melodien in Moll und Instrumentierungen, die klingen, als kämen sie aus der Mikrowelle. Annie Lennox hatte die Chance, als Stimme der Eurythmics in die Pop-Geschichte einzugehen – jetzt scheint ihr ein Stammplatz in den Psycho-Ratgebern als depressive Diva sicher.

Wir bringen Sie

Vater baut nicht gern auf Sand. Deshalb hat er auf einem Wüstenrot-Bausparvertrag eine Menge Geld angespart. Und bald wohnen sie im eigenen Haus.

...die Bausparkasse.

Dank Mutti herrscht in der Ferienkasse keine Ebbe. Denn sie hat das Urlaubsgeld richtig angelegt. Auf dem Sparbuch mit Wachstumszins bei Wüstenrot.

...die Bank.

dreimal weiter...
Junior hat schon jetzt schöne Aussichten auf ein Studium. Und mit seiner Ausbildungsversicherung von Wüstenrot geht er dabei bestimmt nicht baden.
...die Versicherung.
wüstenrot
Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Schöner Tanz mit dem Tod

SPIEGEL-Redakteurin Barbara Supp über die französische Torera Marie Sara Bourseiller

Die Luft müßte flirren, trockener Staub müßte wirbeln, ein leichter Wind den Blutgeruch hinauftragen in die Ränge, wo die Alten auf ihre Zigarrenstummel beißen und der dicke Händler Süßholz und kühles Bier verkauft, cerveza muy fría, wie es sich gehört.

Viel zu kalt ist es in der Arena von Castellón de la Plana, wo wie jedes Jahr kurz vor Ostern die Saison der spanischen Corridas beginnt. Aber daran darf sie nicht mehr denken, jetzt, wo sie zum Lärm der Blechkapelle in die Arena reitet: Marie Sara, die kleine blonde Frau auf dem großen weißen Pferd. Konzentration. Gruß an den Präsidenten in der Ehrenloge, Gruß an die Zehntausend auf den harten Steinbänken, und dann gibt es nur noch die Frau und das Pferd und den Stier.

Ballett für zwei Tiere und eine Frau – die Corrida beginnt, der tödliche Tanz. Und jeder hier kennt den Pakt der Toreros mit dem Stier: Du kämpfst, toro bravo, du blutest und stirbst, und ich sorge dafür, daß du in Schönheit stirbst.

Sie warten darauf, daß der Stier sich fügt und seine Rolle spielt. Schnaubend soll er in die Arena stürmen, voller Kraft und noch unwissender Wut. Dann matter, aber auch klüger sein, wenn er den Schmerz im Nacken spürt, der von den „rejones" ausstrahlt, den Spießen mit den scharfen Stacheln, die man ihm in die Muskeln bohrt. Er muß das Pferd attackieren, das diese Spielchen längst kennt: Das wendige Vollblut war schon oft in der Arena und weicht tanzend, mit geschickten Pirouetten, den spitzen Hörnern aus, die ihm die Eingeweide zerfetzen können, wenn der Rhythmus nicht stimmt.

Dann das Ende. Ein keuchender Koloß, der mit blutigem Nacken und bebenden Flanken den letzten Angriff führt; der Degen, der sich zwischen seine Halswirbel bohrt, und wenn der Stier Glück hat, trifft ihn der Tod sofort. Dann jubeln sie auf den Rängen, vielleicht schwenken sie sogar weiße Tücher: ein Ohr für die Siegerin. Das steckt sie sich dann an die Brust.

Dann wird sie ihren Triumph in die Menge schreien: Marie Sara Bourseiller, 28, Französin, Torera von Beruf. Eine schmale Frau mit der straffen Haltung der Akrobaten und der Kühnheit, sich mit dem Stier und den Männern zu messen – in der Arena, dort, wo in Spanien die Helden zu Hause sind. Und tatsächlich, sie hat Erfolg.

Valencia, Sevilla, Madrid – wo früher der geniale Belmonte, der elegante Joselito und der große Cordóbes den Toro tanzen ließen, trifft jetzt die französische Matadora auf den Stier. Die strengen spanischen Kritiker schauen sich das an und finden es auch noch gut: „Impecable", schreiben sie, „muy bonito, María Sara."

* In der Arena von Castellón de la Plana.

Stierkämpferin Marie Sara Bourseiller*: Blutiges Ballett für zwei Tiere und eine Frau

Auch in Frankreich ist die Zeit günstig für sie; dort ist der Stierkampf jetzt sehr en vogue. Wenn Marie Sara auf dem Programm steht, drängen sich fast 20 000 Zuschauer in der Arena von Nîmes, und das Fernsehen ist neuerdings oft live dabei: Im Sommer bringt Canal Plus regelmäßig die Kämpfe vom Wochenende, mit Blut und Tod und alledem, und selbst die linke *Libération* hält sich jetzt ihre Corrida-Experten. Auch die Sponsoren wachen langsam auf.

Der Name der Torera ist ein Markenzeichen geworden; sie weiß es, und sie zieht ihren Nutzen daraus. Groß und fett hat sie „Marie Sara" auf die Lastwagen schreiben lassen, mit denen sie ihre Pferde zum Training und zur Corrida bringt. 50mal will sie in diesem Jahr in der Arena triumphieren, in Frankreich, Spanien, Portugal und im Winter in Südamerika. 8000 bis 30 000 Mark bringt ihr das pro Auftritt ein.

Und weil das „nicht sehr viel ist", wie sie findet, wenn man einen Wanderzirkus mit 3 Transportern, 10 Angestellten und 14 Pferden unterhalten muß, macht sie ihren Namen jetzt zusätzlich zu Geld. Sie besitzt fünf Boutiquen, wo Leder und Stickereien und Spanien-Schnickschnack verkauft werden und bunt verzierte Jeans, Marke: Marie Sara.

Die Torera aus Frankreich hat dem archaischen Ritual einen Tick Moderne gegeben, das kommt an. Neue Leute sitzen neuerdings in den Amphitheatern von Arles und Nîmes. Die echten Fans, die „aficionados", sind noch immer da und natürlich die Touristen aus Darmstadt und Dresden, angeekelt und aufgeheizt. Daneben aber ist plötzlich die feine Gesellschaft zu finden, elegante Menschen, denen der Stierkampf auf einmal poetisch erscheint und viel aufregender als die 214. Premiere in Cannes. Und die Intelligenz versteckt die Erregung hinter klugen Vokabeln, denkt an dunkle Triebe, an Erotik und an Hemingway und kommt auch. Die junge Frau und der Stier – faszinierend. Warum tut sie so etwas?

Hochmütig blickt der ausgestopfte Toro auf ein Zimmer voller Torero-Nippes, Corrida-Souvenirs und eine zerrupfte Perserkatze herab, die im Ledersessel döst. Draußen grasen weiße Pferde und schwarze Stiere, wie es sich gehört für ein Landgut in der Camargue; reichlich Hunde und Katzen streunen zwischen Koppeln und Ställen herum. Und drinnen, unter dem Stierkopf, sitzt mit blitzenden Augen Marie Sara und versucht zu erklären, daß sie weiß, was sie da in der Arena tut.

Sie erzählt eine von den Geschichten, wie man sie im *Paris-Match* und im *Figaro-Magazine* so gern druckt. Von dem Mädchen aus Paris, dem verwöhnten

Sprachen können

In Zukunft wird Ihr privater und beruflicher Erfolg immer mehr von Ihren Sprachfähigkeiten abhängen. Gewinnen Sie Freunde im vereinten Europa 1992 und darüber hinaus.

Angenehm

Erlernen Sie Ihre Wunschsprache im Zustand tiefer Gelöstheit. Denn dann ist Ihr Gehirn um ein Vielfaches aufnahmebereiter. Das ist wissenschaftlich erwiesen. Das SITA LEARNING SYSTEM hilft Ihnen, sich wohlig zu entspannen. Ein Mikroprozessor überwacht Ihre Atmung. Wenn Sie ruhig und entspannt atmen wird automatisch die Sprachlektion von der SITA Kassette eingespielt.

Traumhaft

Schnell und leicht kann das Unterbewußtsein den Lernstoff aufnehmen und im Langzeitgedächtnis abspeichern.

SITA LEARNING SYSTEM

SITA: für zuhause + unterwegs
(Batterie- und Netzbetrieb)

Zeit & Geld sparen

Mit SITA lernen Sie wann und wo Sie gerade wollen. Zuhause oder unterwegs. Die SITA Methode ist preiswert und höchst effektiv.

Der Beweis

Viele wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen die große Wirksamkeit. Prof. F. Decker: „Ich habe es bei meinen Studenten und in der Erwachsenenbildung erprobt und komme zu dem Ergebnis: Das Sita Lern-System ist das beste seiner Art. Es eignet sich hervorragend, effektiv Sprachen zu lernen." Über 60.000 Anwender sind bereits überzeugt.

Garantie

Sie erhalten 12 Monate Garantie auf ein deutsches Qualitätsprodukt. Einfach ausprobieren mit 14 Tagen Rückgaberecht. Bestellen Sie gleich heute noch mit dem Coupon oder per Telefon Ihr SITA LEARNING SYSTEM und Sprachkurs(e).

Wir sind 24 Std. für Sie da.
Telefon: 041 01/6 10 55
Fax: 041 01/6 10 53

SITA
...erfolgreicher durch Wissen

Schweiz: CH-6370 Stans · Tel: 04161 - 7576 · Fax: 04161 - 2219 **Österreich: A-4114 Neuhaus · Tel: 07232 - 30650 · Fax: 07232 - 21**

Prüfen Sie SITA LEARNING volle 14 Tage unverbindlich zuhause. Einfach ausschneiden und einsenden!

JA, schicken Sie mir: (bitte ankreuzen)

SITA LEARNING SYSTEM

☐ Steuergerät, Lernmaske, Kopfhörer, Infokassette, Reisebox **DM 798,00**

und dazu den Sprachkurs DM 248,00
(5 Kassetten mit 10 Lektionen und Begleitbuch)

☐ **Englisch** ☐ **Spanisch**
☐ **Französisch** ☐ **Italienisch**
☐ **Einsteiger** ☐ **Fortgeschr.**

☐ **Bitte kostenlos weitere Informationen**

SITA garantiert Rückgaberecht innerhalb von 14 Tagen (Absendung genügt). Wenn ich nach der Prüfung von SITA LEARNING überzeugt bin, begleiche ich die Rechnung. Sonst schicke ich das, was ich nicht behalten möchte, zurück.

Name

Straße Tel.

Ort

Unterschrift Alter

Noch heute per Post an **SITA Amselstieg 38 D-2080 Pinneberg** (606)

Senden Sie uns Ihre Visitenkarte und wir senden Ihnen Zentraleuropa:

Die Zeitung für Zentraleuropa

Reichweite europäischer Qualitäts-Tageszeitungen: Österreich: Der Standard 4,4% (Optima 1991), Frankreich: Le Monde 3,6% (CESP 1991), Deutschland: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1,9% (Media Analyse 1991), Italien: Corriere della sera 6,0% (ISEGI 1991/I), Spanien: El Pais 4,6% (EGM-11/1990), Großbritannien: Financial Times 1,5% (National Readership Survey 12/1990-9/1991).

Kontaktieren Sie bitte DER STANDARD, Marketing-Leitung, Herrengasse 1-3, A-1010 Wien, Tel. **43/1/531 70-232, Fax **43/1/531 70-249

HAITI STIRBT!

Eine harmlose Krankheit wie Durchfall kann auf Haiti den Tod bedeuten. Denn: Es gibt so gut wie keine Medikamente, wenig Ärzte und kaum sanitäre Anlagen... Es ist unsere Aufgabe, den Haitianern die Hoffnung auf Gesundheit und auf ein menschenwürdiges Leben wiederzugeben! Jede noch so kleine Spende trägt dazu bei.

Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50
Konto 1009/211 218
Hilfswerk Haiti e. V., Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Timmermannstr. 11, 2000 Hamburg 60

Gör aus dem 8. Arrondissement, das oft ins Kino geht und Angst vor Pferden hat und ein ganz normales Teenagerleben führt – bis zu jenem Moment, „der mein Leben verändert hat", jenem „Blitzschlag", jenem „seelischen Schock": Mit 15 sieht sie ihre erste Corrida in der Camargue.

Schluß mit Racine und Pythagoras am Pariser Lycée Condorcet. Ab in die Camargue. Hemingway lesen, alles über Stierkampf, dann das Glück, zu entdekken, daß es doch ein Vorbild gibt: Conchita Cintrón, die Peruanerin, die in den vierziger und fünfziger Jahren mit ihrem Mut und ihrer Anmut zur Legende geworden ist.

Mit 16 lernt sie Simon Casas kennen, der Stierkämpfe organisiert und die Szene bestens kennt, den Mann, der heute Direktor der Arena von Nîmes ist und Lebensgefährte der Torera Marie Sara. Er schickt das Mädchen nach Spanien zu Alvaro Domecq in die Lehre, der alle Tricks und Techniken kennt und weiß, wie man das Pferd und den Stier dem Willen unterwirft.

Erste Corridas in Spanien, in Lissabon, in Venezuela, Kolumbien. Freundliche Kritiken, dann Anerkennung, dann immer mehr Lob. Und schließlich, am 21. September 1991, der Triumph: Im feierlichen Akt, in der brechend vollen Arena von Nîmes, nehmen die Professionellen sie in ihre Reihen auf – Conchita Cintrón persönlich ist erschienen, 69 Jahre alt, stolz und strahlend wie früher, und sie grüßt Marie Sara als neue Heldin zu Pferd.

Marie im Glück, ein modernes Märchen, das sich gut erzählt. Nur warum dieses Mädchen aus Paris dem blutigen Ballett mit dem Stier verfällt, verrät die Geschichte nicht. Warum töten? Warum nicht Kunstreiterin werden oder Filmstar oder Tänzerin, wenn man den Applaus und die Bewunderung sucht, warum nicht als Zirkusprinzessin auf dem Hochseil tanzen, wenn man das Risiko liebt?

Das Leben, das Marie Sara bis zu jenem „Blitzschlag" geführt hat, ist eben doch so normal nicht gewesen. Mit 15 wußte sie längst, was ein Spektakel ist. Sie kannte die Bedeutung von „Beifall" und „Publikum" und „Kritikern". Die Mutter war Schauspielerin, der Vater inszenierte Opern in Paris. Sie hatte Leidenschaften auf der Bühne gesehen, Tod, Verzweiflung, Theaterblut, und sie wußte: Wenn der Vorhang gefallen ist, dann stehen die Toten wieder auf.

Aber das, was in der Arena bei jener Provinzcorrida in der Camargue geschah, das war keine Show, kein Schein. Das Blut war echt. Die Angst war echt, der Schmerz, der Triumph, die Gefahr, der Tod. All diese großen Worte, diese erhabenen Werte, von denen sie im Theater, auf Gemälden, in der Literatur nur erzählen konnten, das war dort unten

Torera Bourseiller*
Seelischer Schock mit fünfzehn

Realität. Eine Welt, in der die Kunst wahr ist wie die Wirklichkeit und die Wirklichkeit schön wie die Kunst; eine Welt, in der es anscheinend keinen Betrug und keine Täuschung gab. Und dann war da noch dieser Spruch von Hemingway, den sie damals nicht recht begriff und der doch alles zu erklären schien: „Wer den Stier tötet, tötet den Tod." Das war es.

Risiko, Spiel mit dem Tod und der symbolische, stellvertretende Sieg – das erwarten sie von ihr. Das ist der Sinn des Rituals, die Faszination, die Menschen in die Arena treibt – zu ihr wie zu jedem Matador. Dennoch, glaubt Marie Sara, muß sie anderes zeigen als die Männer, mit denen sie sich mißt.

Diese rosa, hellblau oder zartgrün gekleideten Glitzerfiguren, die sich zu Fuß dem Stier entgegenstellen, Männer wie Paco Ojeda oder Emilio Muñóz, spielen eine Rolle, für die sie nicht taugt: Es sind Zwitterwesen, weibliche Verlokkung und männliche Härte zugleich. Das ist nichts für sie, denn wer als Frau zu Fuß triumphieren will, „kann das doch nur als Mannweib tun".

„Feminin" will die Torera sein, „anmutig, graziös" und doch mit Männern konkurrieren; deshalb kämpft sie zu Pferd. Das Reittier verkörpert die Kraft, „das maskuline Element", wie sie sagt, und ist außerdem ein Schutz für den Körper der Frau. Und den verlangt das Publikum. Denn es liebt zwar das Spiel mit dem Risiko und dem Tod. Aber es will keine Frau sehen, die blutend im Sand liegt, von den Hörnern der Bestie durchbohrt. Für den Mann kann eine „cornada" eine Heldentat sein. Dem Körper der Frau aber, so denken sie in den Stierkampfländern, darf nichts geschehen: „Der Bauch einer Frau ist heilig."

So ist der Traum von diesem perfekten Dreiklang entstanden, dieser tödlichen Harmonie von Frau und Pferd und Stier. Von einem Kunstwerk ganz besonderer Art – flüchtig, unwiederholbar, ein Werk, das immer Premiere hat. Denn für einen der Partner ist es immer das erste Mal: Beim zweiten Auftritt wäre der Stier schon zu klug, wäre er derjenige, der töten würde. Wie er also seine Rolle spielen wird, mutig, brutal oder defensiv, das kann keiner wissen, bevor das Tier in die Arena stürmt.

Toro bravo, tapferer Stier. So heißt diese Rasse, die vier Jahre Paradies auf der Weide erlebt und dann 20 Minuten Schmerz. Und niemand als die Toreros und echten Aficionados, glaubt Marie Sara, kann wirklich begreifen, was das ist, dieser Stier. Jene nicht, die sich erregen über die „Schlächterei" in der Arena, und auch nicht die anderen, die im Kampfstier, krampfhaft zynisch, nur das Fleisch für den Teller sehen. Ein Stier ist ein Wesen eigener Art. Ein Stier ist „kein Mensch, kein Tier, er ist ein Toro". Sonst nichts.

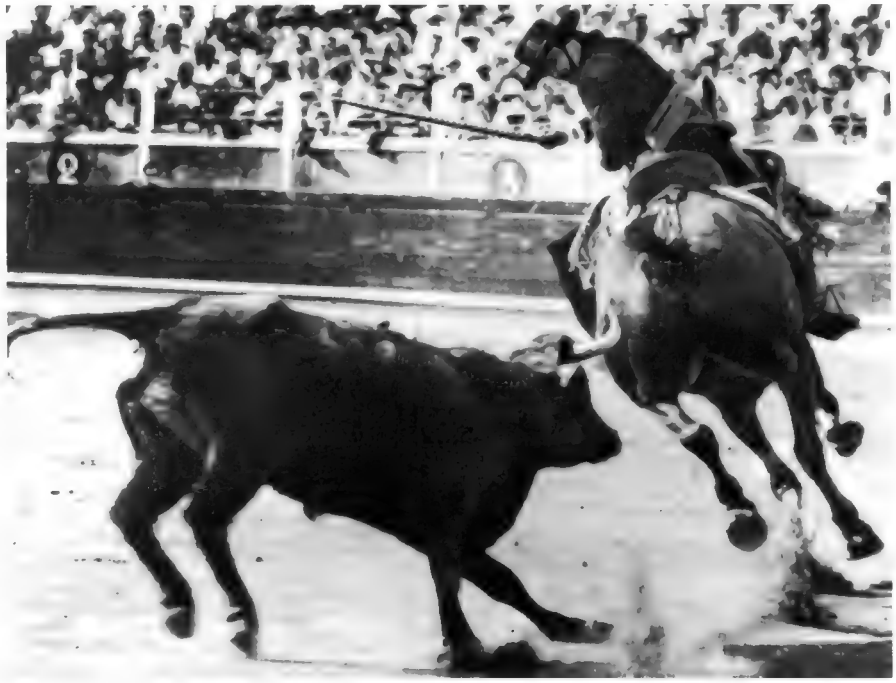
Er ist der Gegner, den man respektiert. Man schätzt ihn, man bewundert ihn in seiner Schönheit, seiner Wildheit, seiner Kraft. Man liebt ihn, und, ja doch, manchmal hat man sogar Mitleid mit dem Stier.

Nicht mit den guten, tapferen, wütenden Toros. Die haben in ihrer Hitze und ihrer Wut ihre Bestimmung gefunden, sie sind perfekt. Kein Grund, daß man sie beklagen müßte.

Aber die anderen, die ängstlichen oder faulen oder schwächlichen, die schon. Die das Spiel nicht richtig spielen, nicht Kämpfer sind, sondern Verteidiger. Die nicht mehr angreifen wollen, weil sie ausgepumpt sind, die mit dunklem Brüllen, das tief aus dem Körper kommt, mit bebenden Flanken dastehen und den Kopf nicht mehr zum Angriff senken, so daß man sie nicht töten kann.

So wie der Stier an jenem kalten Tag kurz vor Ostern in Castellón. Der quälte sich nur noch, mit Blut und Schaum am Maul, und kämpfte nicht mehr. Vorbei. Marie Sara ist vom Pferd gestiegen, um ihm den Todesstoß zu geben, doch das konnte sie nicht; er stand da, den Kopf hoch oben, und starb. Kurz bevor er endlich fiel, hat sie ihn gestreichelt. Eine kleine Zärtlichkeit vor dem späten Tod.

Es tut mir leid, hieß diese Geste. Du stirbst, aber du bist für nichts gestorben. Die Schönheit fehlt. Wir haben beide nicht triumphiert. Wir haben kein Kunstwerk geschaffen, nur den Tod.

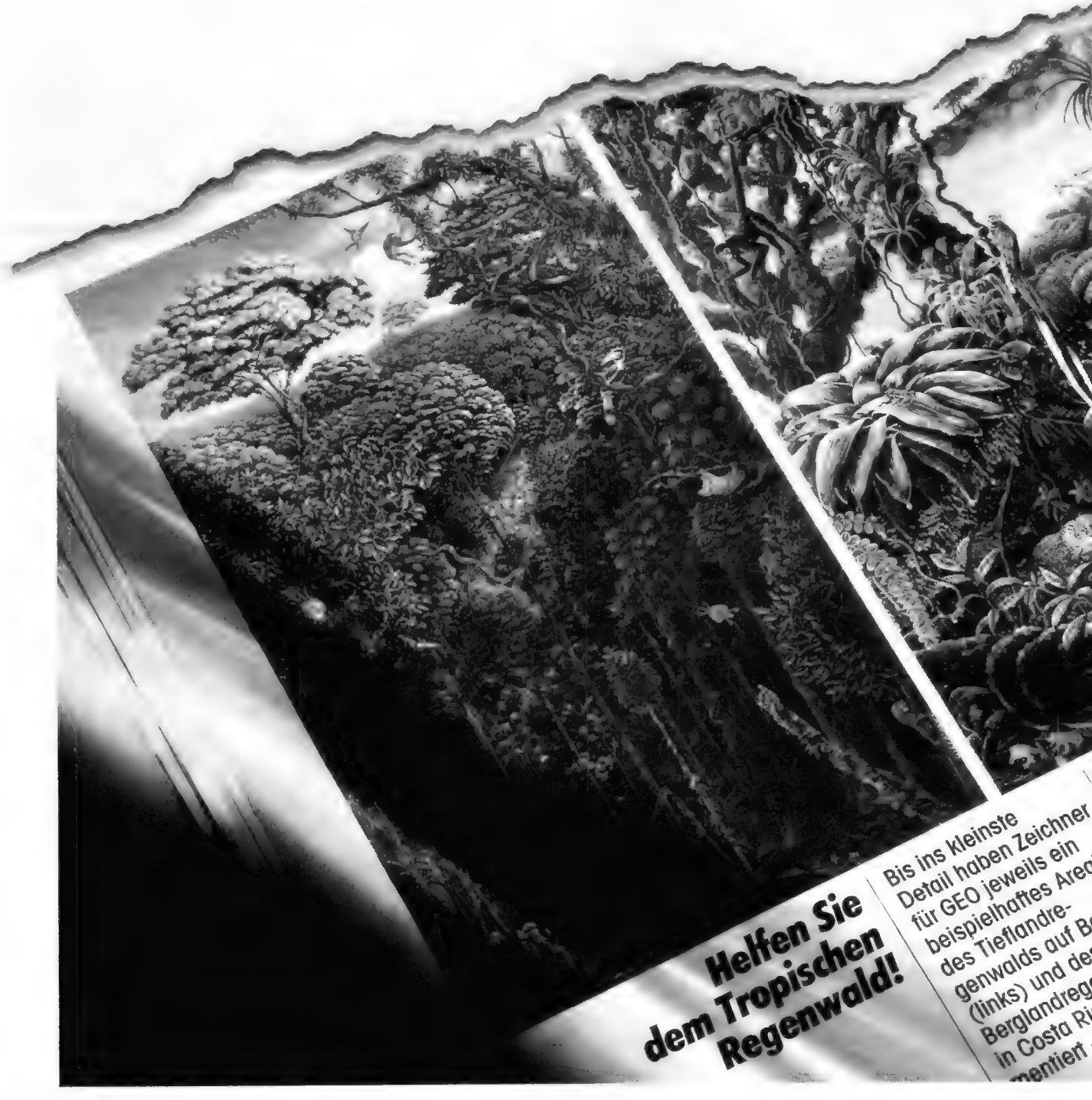


Bourseiller-Vorbild Conchita Cintrón*: Echte Angst, echter Schmerz

* Oben: auf ihrem Landgut bei Nîmes; unten: 1947 in Bayonne.

Den Tropenwald gibt es

nicht aber im Papier.



bei uns nur auf,

Die Urwaldriesen aus dem Tropenwald werden nicht zu Papier verarbeitet.

Die Erhaltung der Tropenwälder ist eine der wichtigsten Umweltschutzaufgaben für alle Menschen.

Auch die deutschen Papierfabriken bekennen sich zu ihrer Mitverantwortung dafür. Hauptursache für die Zerstörung der Urwälder sind Überbevölkerung, Armut und Hunger. Nach Erhebungen der UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO wird der Urwald vor allem gerodet, um Brennholz zu gewinnen und um über Brandrodung landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten. Von dieser Brandrodung des Urwalds können aber nur 25 Menschen pro km^2 leben. Die Brandrodung könnte gestoppt werden durch Einführung einer geordneten Land- und Forstwirtschaft, die mehr als 500 Menschen pro km^2 ernährt. Zu dieser zählt zum Beispiel auch der Anbau geeigneter Bäume, der in bestimmten Regionen unter Beachtung der ökologischen Gegebenheiten eine weitere Erwerbsmöglichkeit bietet. Damit bleiben auch die wichtigen Klimaschutzfunktionen des Waldes wie CO_2-Bindung, Luftreinigung und Wasserspeicherung erhalten. Wo der Boden mit den darauf wachsenden Bäumen eine Lebensgrundlage auf Dauer bildet, wird sein Wert erkannt, und es entfällt die Notwendigkeit, ständig neue Urwaldflächen zu roden. Durch die Verwertung der in Kulturen gewachsenen und stets auch wieder nachwachsenden Bäume können die Zellstoff- und damit indirekt auch die Papierhersteller helfen, den noch vorhandenen Tropenwald im größtmöglichen Umfang zu erhalten.

Wollen Sie mehr über Papier wissen? Rufen Sie uns bitte an. Zum Nulltarif:

01 30-83 73 53 Die Initiative Umwelt und Papier informiert Sie gerne.

PAPIER
Kultur aus Natur

Musik

Toter Hund

Die amerikanische Popgruppe „They Might Be Giants" hat eine Marktlücke entdeckt: Rock mit Humor.

Kaum ist ein Fotograf in der Nähe, entgleiten ihnen die Gesichtszüge zu dämlich grinsenden Visagen und häßlich glotzenden Grimassen. Auf den dürren Leibern tragen sie am liebsten synthetische Pullis mit V-Ausschnitt und Polohemden vom Woolworth-Wühltisch. In Interviews reden sie gern über die Vorzüge von Anrufbeantwortern und die Wirkung von schwarzer Tanzmusik auf Hundeohren.

John Linnell, 32, und John Flansburgh, 31, sehen nicht aus wie Popstars, sie kleiden sich nicht wie Popstars, und sie reden nicht wie Popstars. Trotzdem treten die beiden, die am 21. April zu einer Deutschland-Tournee starten, meist in ausverkauften Hallen auf, trotzdem plazieren sich ihre Songs regelmäßig in der Spitzengruppe der angloamerikanischen Hitparaden, und das britische Fachblatt *New Musical Express* fragt in freudiger Erwartung ihrer jüngsten Platte: „Wird dieses Ding die Hörer zu Tränen rühren?"

Linnell und Flansburgh, die beiden Johns aus dem unweit von Boston gelegenen Kaff Lincoln, sind unter dem Namen „They Might Be Giants" schon seit ein paar Jahren die komischen Helden der insgesamt ziemlich humorlosen New Yorker Musikszene. Zwei allzeit schelmisch dreinblickende Witzbolde haben da, so scheint es, im Handstreich das amerikanische Musikgeschäft erobert: Schon die Debütplatte der Möchtegern-Giganten, 1986 bei einer kleinen unabhängigen Firma erschienen, fand gut 100 000 Käufer, das Nachfolgewerk „Lincoln" gilt gar als bestverkaufte Platte, die in den USA je auf einem unabhängigen Label erschien.

Grund genug für das Gespann, zu einer großen Plattenfirma zu wechseln – und in mildem Größenwahn zu schwelgen: „Wir sind zwar noch nicht so groß wie die Rolling Stones", sagt Flansburgh, „aber wir arbeiten daran."

„They Might Be Giants", das Projekt zweier fleischgewordener Comic-Strichmännchen, die sich mit Rock'n'Roll über Rock'n'Roll lustig machten, war zunächst keinem Musik-Fachmann eine Notiz wert. Zu Hause, in ihrer schäbigen Mietwohnung im New Yorker Stadtteil Brooklyn, tüftelten der leicht glupschäugige Linnell und Freund Flansburgh an einer kruden Popmusik-Mixtur aus schlichtem Rock'n'Roll, dilettantisch intonierten Polka-Rhythmen und verfremdeten Country-Klängen. „Die Musik war unsere letzte Chance", erinnert sich Linnell, „wir hatten beide absolut aussichtslose Jobs damals: John arbeitete in der Versandabteilung eines Verlags und ich in einem Fotolabor."

Die erste Platte des verkrachten Kunst- und Musikstudenten-Duos aber überzeugte schließlich auch die Verächter auf Anhieb. Mit Textzeilen wie „jeder stirbt traurig und frustriert, und das ist wunderbar so" (aus dem ersten Single-Hit „Don't Let's Start") und mit Songtiteln wie „Ich hoffe, ich werde alt, bevor ich sterbe", einer Verballhornung des Who-Klassikers „My Generation" („Hope I die before I get old"), erwarben sich Linnell und Flansburgh den Ruf einer pfiffigen Gurkentruppe.

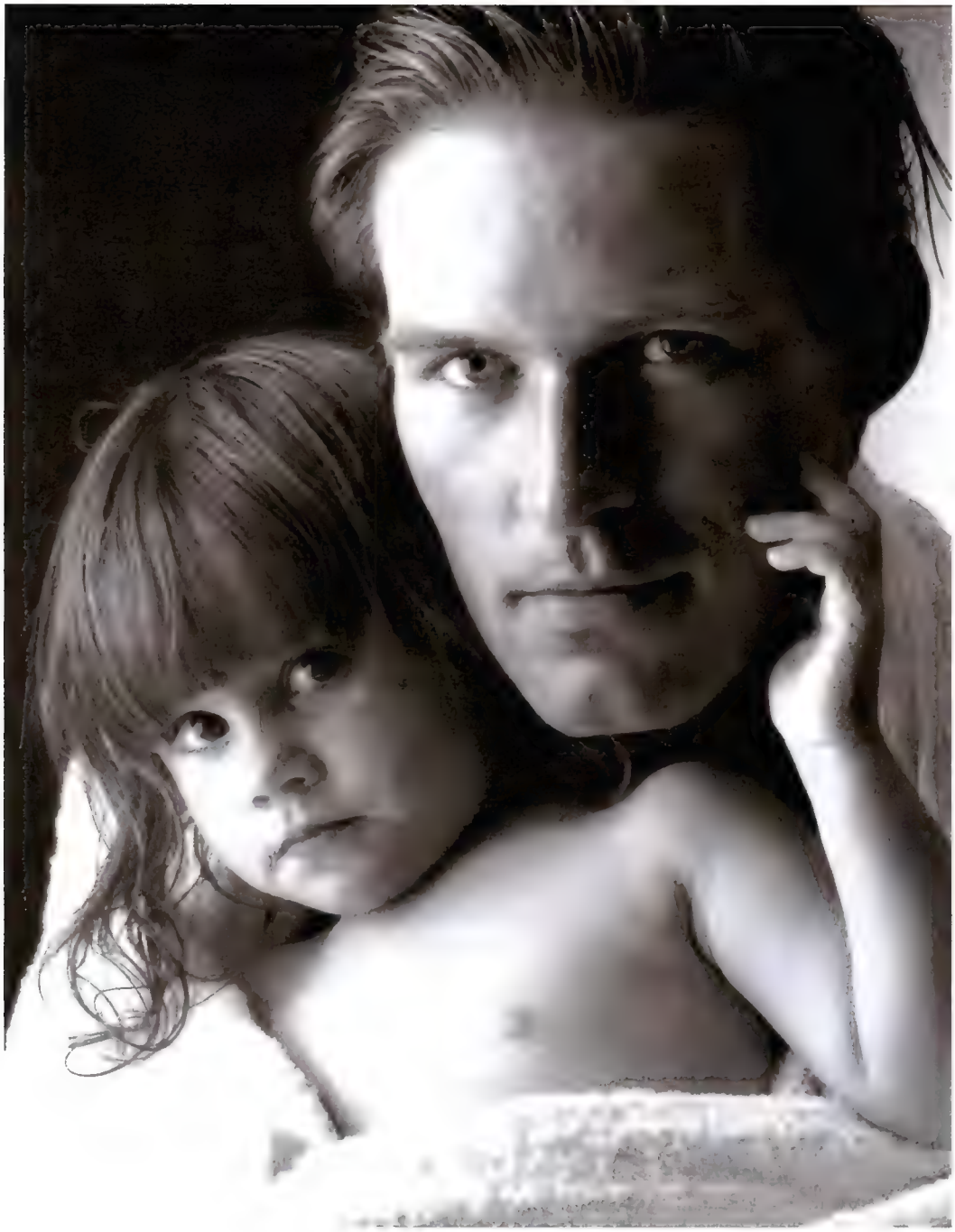
Während sie im Studio bald auch mit Hilfsmusikanten operierten, spielen die beiden Rock-Komiker auf der Konzertbühne bis heute ausschließlich zu zweit: der eine John an der Gitarre, der andere an Tuba oder Akkordeon. Der Rest kommt vom Band. Begründung laut Flansburgh: „Wir müssen uns aufs Entertainment konzentrieren. Richtige Musiker würden da nur stören."

Tatsächlich sind die Auftritte der „Marx Brothers des Pop" (*Tempo*) gefürchtete Blödel-Exzesse und umjubelte Triumphe des hintersinnigen Klamauks: In der Pose naiver Dilettanten befingern die beiden Kindsköpfe ihre Instrumente und nudeln die oft nur 90 Sekunden kurzen Songs im Eiltempo herunter. Zu Swing-Einlagen und Salsa-Gehopse reproduzieren die Texte das tägliche TV-Blabla oder erzählen tierisch ernste Geschichten von jenem Hund, den der HipHop-Lärm der Nachbarkinder in den Selbstmord trieb („Youth Culture Killed My Dog"). „Momentaufnahmen des amerikanischen Alltagsbewußtseins" nennen Flansburgh und Linnell ihr Sammelsurium der Seltsamkeiten.

Denn wie hinter jeder Komiker-Unternehmung steckt auch hinter „They Might Be Giants" ein sich seriös und aufklärerisch gebärdendes Bewußtsein. Die wüste Bühnenshow, die ätzenden Grimassen und schauerlichen Verrenkungen dienen nach dem Bekenntnis ihrer Urheber vor allem dazu, die Lächerlichkeit des großen Musikbetriebs zu karikieren: „Wir leben in total langweiligen Zeiten", klagt Flansburgh, „allen Superstars der Rockszene, den angeblichen Trendsettern, müßte man in den Hintern treten, weil sie ihren Job so schlecht machen."

Der Erfolg der beiden Johns beruht jedoch weniger auf aufklärerischen Qualitäten als auf ihrem musikalischen Ideenreichtum. Auf „Apollo 18", der jüngst erschienenen fünften Platte des Giganten-Duos, sind 38 neue Pretiosen gesammelt. 17 ordentliche Popsongs und 21 Variationen einer „Fingertips"-Suite. „Jeder Hörer kann sich daraus seinen eigenen Song zusammenbasteln", verkündet Linnell; und auf die Nachfrage, ob dieser Einfall nicht die Hörer zu Tränen der Wut und Verzweiflung rühren werde, fügt er hinzu: „Wir haben es selbst probiert. Es gab keine Tränen."

Pop-Duo „They Might Be Giants": Sammelsurium der Seltsamkeiten



Unsere Kinder brauchen Umweltfreunde.

Wenn für die Umwelt soviel getan würde, wie darüber geredet wird, dann lebten wir wieder im Garten Eden.

Zu den aktiven Umweltfreunden, die nicht nur reden, gehören die Lieferanten der Reformhäuser. Biobauern, die auf synthetische Dünger verzichten, Farmer, die ihre Tiere artgerecht halten, Hersteller, die Lebensmittel nährstofferhaltend behandeln, keine Farb- oder Konservierungsstoffe verwenden und für Kosmetika natürliche Wirkstoffe verarbeiten.

Für Ihre Kinder finden Sie deshalb im Reformhaus eine geschützte Einkaufs-Umwelt. Mit erntefrisch hergestellter Babykost, frisch gepreßten Obstsäften, großer Müsliauswahl, honiggesüßten Riegeln und Milch von Höfen mit kontrollierter, ökologischer Weidewirtschaft. Dazu alles für die gesunde Körperpflege. Vom Naturkinderbad bis zu rein pflanzlichen Kinderölen, Seifen und Cremes.

Wenn Sie fachlichen Rat und Umweltfreunde für Ihre Kleinen suchen, dann kommen Sie ins Reformhaus. Denn das wichtigste in unserer Umwelt sind die Kinder.

neuform

Reformhaus

Treffen Sie eine gesunde Entscheidung

PERSONALIEN

Hans-Dietrich Genscher, 65, Bundesaußenminister (FDP), erhielt bei einem Kurzbesuch in Georgien eine zweideutige politische Würdigung. Der Liberale war in das vom Bürgerkrieg zerrissene Land geeilt, um seinen „guten Freund" Eduard Schewardnadse, der im März das Amt des Staatsratsvorsitzenden übernahm, international aufzuwerten. Überschwenglich dankte Schewardnadse seinem „lieben Freund" Genscher. Die Übersetzerin konnte den sich überschlagenden Freundlichkeiten bald nicht mehr folgen und faßte zusammen: Genscher sei der „führende politische Täter in Europa". Der Außenminister schluckte den Übersetzungsfehler ungerührt und bedankte sich beim Abschiedsessen galant: „Ich habe die Schönheit des Landes kennengelernt: nicht nur die der Natur, sondern auch die der Frauen."

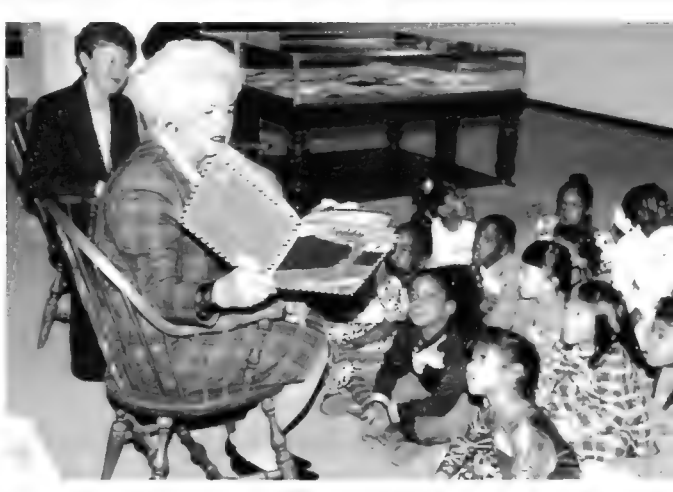
Gin Kanie, 99 (Foto, l.), und **Kin Narita,** 99 (Foto, r.), eineiige japanische Zwillingsschwestern, machen auf ihre alten Tage eine Medienkarriere. Ein regionaler Fernsehsender hatte den beiden Da-

men zum Geburtstag gratuliert. Angerührt von den ausgestrahlten Bildern, nahm ein Versandhausbesitzer Gin und Kin (deutsch: „Gold" und „Silber") für einen TV-Werbespot unter Vertrag. Honorar der Seniorinnen: rund 130 000 Mark. Seitdem geben die Zwillinge beinah täglich Interviews in Zeitungen und TV-Stationen. Die erste CD mit dem Song „Kin-chan und Gin-chan" ist produziert und eine Rolle in einem Fernsehspiel schon in Aussicht. In dem Werbespot hatten die Zwillinge nur je einen, nicht ganz wahren, Satz zu sagen: „Kin ist 100 Jahre alt, 100 Jahre alt" und „Gin ist auch 100 Jahre alt, 100 Jahre alt."

Heinrich Lübke, von 1959 bis 1969 Bundespräsident, hält seine Erben in Atem. Die stattliche Sammlung von Orden und Ehrenzeichen, die der 1972 Verstorbene in seiner Amtszeit erhalten hatte, waren von Ehefrau Wilhelmine dem Lübke-Heimatort Enkhausen im Sauerland als Dauerleihgabe vermacht worden. Bedingung: Der Ausstellungsort müsse als würdige Gedenkstätte gestaltet sein. Über diese Abmachung gibt es nichts Schriftliches. So glaubt einer der Lübke-Erben, Otto Keuthen, die Ehrenzeichen für sich beanspruchen zu können, für das Enkhausener Museum täten es Kopien der Orden auch. Das sei Betrug an den jährlich rund 2000 Besuchern der Lübke-Gedenkstätte, empörten sich die Enkhausener und zogen vor Gericht. Das Landgericht in Arnsberg gab der 300-Seelen-Gemeinde recht; jetzt wird vor dem Oberlandesgericht Hamm weiter prozessiert. Besonders gespannt auf den Verfahrensausgang ist inzwischen das Bundespräsidialamt. Das hatte sich von den Enkhausenern überreden lassen, beim würdigen Ausbau der Lübke-Gedenkstätte zu helfen.

Jean d'Ormesson, 66, französischer Publizist und Mitglied der Académie française, erregte sich im *Figaro* über einen neuen Fall familiärer Kumpanei in der politischen Klasse des Landes. Staatspräsident François Mitterrand hatte sich nach seiner Regierungsumbildung erstmals am vorvergangenen Sonntag im Fernsehen eineinhalb Stunden lang interviewen lassen. Thema: Maastricht und die Folgen. Fragen stellten Frankreichs TV-Stars Anne Sinclair und Christine Ockrent. Was dem *Figaro*-Publizisten sauer aufstieß: Die Damen sind mit Ministern des neuen Kabinetts liiert. Anne Sinclair ist mit Industrieminister Dominique Strauss-Kahn verheiratet, Christine Ockrent hat mit Gesundheitsminister Bernard Kouchner einen Sohn. Bei Diktatoren vom Schlage Kim Il Sungs oder Gaddafis möge solche Vetternwirtschaft üblich sein, schimpfte d'Ormesson, daß aber Mitterrand Politik so zur „Familienangelegenheit" verkommen lasse, da könne er „nur noch Scham empfinden vor soviel Unverschämtheit".

Jaroslav Kořán, 52 (Foto), zurückgetretener Bürgermeister von Prag, hat die dröge Politik mit einer lustvolleren Betätigung vertauscht. Der Fotograf, Autor und Übersetzer, der unter anderem Henry Millers „Stille Tage in Clichy" ins Tschechische übertrug, wurde Chefredakteur der ČSFR-Ausgabe des Männermagazins *Playboy*. Die neue Tätigkeit erfülle ihn rundum mit Freude, bekennt Kořán, der den Bürgermeistersessel im vergangenen Jahr räumte, nachdem ihm eine autoritäre Amtsführung vorgeworfen war: Die Damen, mit denen er es nun berufsmäßig zu tun habe, seien nicht nur eine Augenweide im Vergleich zu seinen ehemaligen Politikerkollegen, sie ließen ihn auch das Leben jetzt „genießen wie in einem Schwebezustand".



George Bush, 67, US-Präsident, erinnerte sich jetzt an sein Wahlversprechen von 1988, daß er als „Bildungs"-Präsident in die amerikanischen Geschichtsbücher eingehen wolle. Am nationalen Vorlesetag, dem Great American Read Aloud Day (8. April), begab sich das Präsidentenpaar in zwei Washingtoner Schulen, um für die Lust aufs gute Buch zu werben. Bush las den Erstklässlern der

Stephen Twinn, 44, britischer Gefängnisdirektor, tut fast alles, um seine Häftlinge bei Laune zu halten. Statt von grimmigen Wärtern in Uniformen, werden Neuankömmlinge im ersten privat betriebenen Gefängnis Großbritanniens, in „The Wolds", unweit von Hull, von freundlichen Herren in grauen Flanellhosen und dunklem Blazer empfangen. Die Herren Untersuchungsgefangenen dürfen wie im Hotel zwischen Ein- und Zweibettzimmern wählen und die Schlüssel dazu in Empfang nehmen. Unbeaufsichtigtes Telefonieren nach draußen ist ebenso möglich wie der freie Umgang im gesamten Gefängnisareal. Die tägliche warme Dusche ist für die maximal 320 Gefangenen so obligatorisch wie die täglich frisch ausgegebenen Unterhosen und Socken. Für sechs Millionen Pfund pro Jahr, soviel zahlt angeblich die britische Regierung den privaten Betreibern, hofft Gefängnisdirektor Twinn auf friedliche Gefängniszeiten ohne die sonst häufigen Revolten: „Wir schätzen den Gefangenen als Kunden, der ist auch viel leichter zu führen."

Herta Däubler-Gmelin, 48, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, aus Tübingen, konnte Kinderwünschen nicht widerstehen. Weil der Tübinger Gymnasiast **Philipp Henoch,** 13 (Foto), unbedingt Mitglied der SPD werden wollte, setzte die Sozialdemokratin für seine Aufnahme (Mindestalter: 16 Jahre) eigens eine Ausnahmeregelung durch. Als der emsige Jungaktivist, das vermutlich jüngste Mitglied der SPD seit deren Gründung, nun einen Eintrag in das Guinness-Buch der Rekorde beantragte, zog Herta Däubler-Gmelin auch da mit und befürwortete den Antrag als Zeugin. Ihre Patronage des kindlichen Sozialdemokraten, „ein willkommener junger Mann" (Däubler-Gmelin), hält die SPD-Dame nicht für ungewöhnlich: „Ich würde bei meinen Kindern genauso handeln."

Andreas Wabl, 41, stellvertretender Fraktionschef der Grünen im Wiener Parlament, bekam die Pingeligkeit des österreichischen Zolls zu spüren. Auf einer Reise nach Rußland hatte der Politiker als Gastgeschenk ein Hirschgeweih aus der reichen Trophäensammlung des 1982 verstorbenen KP-Chefs Leonid Breschnew erhalten. Das Gehörn – „ich hätte das Trumm ja nicht gut wegschmeißen können!" – nahm Wabl als Reiseandenken mit nach Österreich. Doch die österreichischen Zöllner zeigten sich wenig beeindruckt vom Status des Abgeordneten und dem geschichtsträchtigen Wert des Breschnew-Geweihs. Sie bestanden auf ordnungsgemäßem Verzollen und legten das Gehörn auf die Waage. Für 3,1 Kilo Hirschgeweih mußte der Grüne rund 35 Mark Zoll bezahlen.

St. Peters Catholic School aus „Harry the Dirty Dog" vor. Ehefrau **Barbara,** 66, vergnügte derweil die zweite Klasse der Thomson School mit Leseproben aus „The River That Gave Gifts" (Fotos). Während der Vorlesung, so ulkten amerikanische Zeitungen, mühten sich zur selben Zeit Präsidentenberater, die verkorkste Syntax in Bushs Wahlreden zu glätten.

HiFi · TV · Video

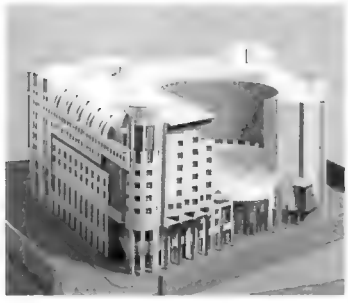
»Klassiker zu inszenieren ist eine Frage der Persönlichkeit.«

Wir senden Ihnen gern unseren ausführlichen Audio-/Video-Gesamtkatalog und Händlernachweis zu.

Bang&Olufsen

Bang & Olufsen Deutschland GmbH
Rudolf-Diesel-Straße 8
D-8031 Gilching bei München
Tel. (0 81 05) 73 37

Grand Hotel Corvinus – Budapest à la Kempinski ab Juli 1992



Budapest, Juli 1992: Mit dem Grand Hotel Corvinus Kempinski Budapest hält das Leben à la Kempinski Einzug in das "Paris des Ostens". In bester Innenstadtlage genießen anspruchsvolle Reisende jeden erdenklichen Komfort. Der 24-Stunden-Service gehört dazu.

Reservierung und Information: Telefon 01 30 33 39 gebührenfrei.

GRAND HOTEL CORVINUS
Kempinski Budapest

Kempinski Hotels sind Lufthansa Hotels

GESTORBEN

Martin Hirsch, 79. Der frühere sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete (1961 bis 1971) war ein Verfassungsrichter nach angelsächsischem Vorbild – einer der wenigen Robenträger zum Anfassen. Diskurs und Kontroverse lagen ihm näher als die vornehme Diskretion des Standes, er sprach Klartext. Insofern bot Hirsch einen provozierenden Kontrast zum herkömmlichen Richterbild. Als er in den Ruhestand verabschiedet wurde, sagte der damalige BVG-Präsident Ernst Benda,

Hirsch sei als Parlamentarier „stets der Anwalt der Schwachen, der Minderheiten, der Randgruppen und der Außenseiter" gewesen. Diesem Prinzip blieb er auch als Verfassungsrichter treu. Aus seinem Engagement für die politisch und rassisch Verfolgten erklärte sich, so Benda, Hirschs „ständige, bohrende, oft quälende – auch selbstquälerische – Fragestellung, wie es geschehen konnte", daß im Namen des Volkes „so ungeheures Unrecht" geschehen sei. Die Widersprüche zwischen Macht und Recht beschäftigten ihn bis zuletzt. Hirsch starb am vorletzten Sonntag in Berlin an Magenkrebs.

◆

Josip Vidmar, 96. Die „graue Kultureminenz Sloweniens" galt als einer der geistigen Initiatoren der slowenischen Unabhängigkeitsbestrebungen. In seiner Wohnung in Ljubljana wurde am 27. April 1941 die „Osvobodílne Frónta", die erste europäische Befreiungsbewegung, gegründet, deren Präsident der slowenische Literat und Essayist von 1943 an war. Kommunisten, Sozialisten, Liberale und Unabhängige kämpften darin gemeinsam gegen das deutsche Besatzungsregime in Slowenien. 25 Jahre lang war der „Patriarch der Literaturszene" Präsident der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Zu seinen bedeutendsten literarischen Werken zählen: „Literaturkritik", „Meditation", „Polemik" und „Tagebuch". Josip Vidmar starb am vorletzten Sonntag in Ljubljana.

Monika Mann, 81. Vor allem war sie die Tochter des Schriftstellers Thomas Mann und dessen viertes Kind. In ihrem Buch „Vergangenes und Gegenwärtiges", das 1956 gleichzeitig mit den Erinnerungen ihrer älteren Schwester Erika erschien, schildert sie bewußt ihr eigenes Leben, der übermächtige Vater erscheint nur in Momentaufnahmen, in kurzen Augenblicken der Begegnung. Nach der jüngeren Schwester befragt, fallen Bruder Golo zwei Dinge ein: „Sie war faul. Sie hat nur drei Bücher geschrieben" und „Immer hat sie sich beschwert, daß sie einen Tag nach Vater Geburtstag hatte – und deshalb nur die Reste von seinem Geburtstag bekam". In ihrer Autobiographie berichtet sie selbst indes von ihrer Flucht vor den Nazis nach London, wenig später nach Amerika, gemeinsam mit ihrem Mann, dem Kunsthistoriker Lanyi. In den sechziger Jahren veröffentlichte sie neben einigen Novellen, lyrischer Prosa und Aphorismen die Bücher „Tupfen im All" und „Wunder der Kindheit". Monika Mann starb in Leverkusen an einer Lungenentzündung.

URTEIL

Niklas Johannes Fittkow, zwei Monate, noch ungeboren, war er seit September 1991 zweiter Kläger neben seiner Mutter, der Helmstedter Rechtsanwältin Claudia Fittkow, die die Stillegung des Atommüllendlagers Morsleben in Sachsen-Anhalt durchsetzte. In letzter Instanz sprach das Bundesverwaltungsgericht „Niklas nasciturus" (ungeboren) die Beteiligtenfähigkeit ab, fügte aber hinzu: „Der Kläger trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens." So war der Niedersachse zwar noch nicht auf der Welt, aber mit geschätzten 5000 Mark an Prozeßkosten schon hoch verschuldet. Die Verfassungsbeschwerde, die seine Eltern dagegen einlegten, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Niklas vor Gericht ziehen könnte, sobald er auf der Welt sei. Vorher vertrete ihn seine Mutter. Nun hatte das Bundesverwaltungsgericht ein Einsehen: Anfang April wurde der Beschluß vom 5. Februar „wegen offenbarer Unrichtigkeit" korrigiert. Zahlen müssen jetzt die Eltern.

"Alle Güter gehören auf die Schiene"

Zugegeben:

Das Güterverkehrsaufkommen auf der Straße ist in den vergangenen Jahren weit schneller gewachsen als das auf der Schiene.

Doch bedenken Sie:

Es gibt auch immer mehr zu transportieren. Und die Kapazitäten der Bahn sind auf wichtigen Strecken erschöpft. Dabei nutzen immer mehr Lkw-Unternehmer die Schiene. 1989 rollten 650.000 Lkw-Einheiten mit der Eisenbahn, 1990 waren es 120.000 mehr. Nacht für Nacht fahren rund 3.100 Lkw-Ladungen Zug - Stoßstange an Stoßstange eine 56 Kilometer lange Schlange, die überfüllten Straßen erspart bleibt. Wenn uns die Bahn noch mehr nachfragegerechte Kombizüge anbieten würde, wären wir sehr froh.

Wir meinen:

Das ist erst der Anfang einer umweltfreundlichen Verbindung. Bis 1995 werden wir eine halbe Milliarde Mark in neue Bahnwaggons investieren. Auch am Ausbau der Umschlagbahnhöfe sind wir direkt beteiligt.

Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) e. V. Frankfurt am Main

TRANSPORT
made in Germany
fern schnell gut

Unterwegs nach morgen

MONTAG

18.30 – 22.45 Uhr. Premiere.

Live: The Freddie Mercury Tribute

Unverschlüsselt: Live aus dem Wembley-Stadion zum Gedenken an das Aidsopfer und Rockidol. Mit Elton John, George Michael und David Bowie. Von **22.40 Uhr** an läuft in **N III** eine einstündige Dokumentation.

19.05 – 21.15 Uhr. RTL plus.

E.T. – Der Außerirdische

Mit dem glupschäugigen Langfingerwesen, diesem Heiland zum Knuddeln, landete Hollywoods Dauerkind Steven Spielberg 1982 seinen größten Coup. Erlösungsphantasien auf Disney-Maße gebracht – auch ein Produkt des American Dream.

20.15 – 21.00 Uhr. Tele 5.

JFK – Tod einer Legende

US-Regisseur Oliver Stone hat mit seinem Kennedy-Film erreicht, daß die Diskussionen um den Präsidenten-Mord heftiger denn je geführt werden. Tele 5 zeigt dazu eine neuere Dokumentation, die ebenfalls viele Zweifel am offiziellen Ergebnis der Warren-Kommission nährt.

20.15 – 21.50 Uhr. ARD.

Tatort: Blindekuh

Joachim Luger, der nette Herr Beimer aus der „Lindenstraße", dessen illegale

Luger mit Barbara Fenner

Exzesse bisher darin gipfelten, daß er als Doppelverdiener den Behördendienst schwänzte, darf endlich mal fern von Helga und Anna richtig böse erscheinen. Und Manfred Krug als Hauptkommissar Stoever muß rauskriegen, ob er es wirklich ist.

21.15 – 23.15 Uhr. RTL plus.

Twins – Zwillinge

Regisseur Ivan Reitman spannte das ungleiche Duo Arnold Schwarzenegger und Danny DeVito als Geschwisterpaar zusammen, und heraus kam eine höchst respektable Komödie (USA 1987).

21.55 – 23.40 Uhr. ZDF.

Die Katze auf dem heißen Blechdach

Herrschsüchtige Frauen, verdrängte Homosexualität, Trunksucht und Impo-

Newman, Taylor

tenz – passend zum Feiertags-Streß zeigt das ZDF, was es mit der geilen Familie auf sich hat. Gesendet wird Richard Brooks' Verfilmung des Tennessee-Williams-Stücks (USA 1958). Allerdings milderten die Sittenwächter des Kinos der fünfziger Jahre das gewitterschwüle Familiendrama mit Paul Newman und Elizabeth Taylor ab und verpaßten dem Film einen versöhnlichen Schluß.

4.05 – 6.00 Uhr. RTL plus.

Eine Falle für die Braut

Kalte Dusche für die schnellfingrigen Erotik-Kunden von RTL: Statt barbusiger Chin-Chin-Girls läßt der Seichtsender fünf Nächte lang die US-Bade-Nixe Esther Williams in keuschen Musicals aus den vierziger und fünfziger Jahren zu Wasser.

DIENSTAG

20.20 – 20.55 Uhr. ZDF.

Kennzeichen D

Geplant: Ausverkauf geheimer Forschung – nach dem Kollaps der sowjetischen Wissenschaft / Kredit verspielt – neue ostdeutsche Volkskrankheit Schulden / Hitlers KZ, Stalins Gulag – die zwei Gesichter des Lagers Buchenwald.

21.40 – 22.50 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Themen: Verbrecher – der schlimmste Vergewaltiger Deutschlands / Außerirdische – auf der Spur der Ufos / Urlauber – abkassiert, betrogen, ausgenutzt / Wunderheiler – Asien hilft Bayern.

23.00 – 24.00 Uhr. ARD.

Boulevard Bio

Nur einen Gast will Bio, der sonst so gesellige, in seiner Sendung begrüßen: Ruth Westheimer, die kleine Frau des großen Sex aus den USA.

0.10 – 1.10 Uhr. Sat 1.

Smileys Leute

Der Kalte Krieg ist noch in vollem Gang. Doch George Smiley, ein Generalstäbler dieser Auseinandersetzung, ist von seinen Vorgesetzten aus dem Ost-West-Verkehr gezogen worden. Da muß er sich eben auf eigene Faust auf den Weg machen, um Karla, seinen Intimfeind und Ost-Zwilling, kaltzustellen. Alec Guinness ist in dieser Serie Smiley, geniale Erfindung von John le

Guinness

Carré, ein Kauz, weltfremd und zugleich allwissend. Nur das Rätsel, warum Sat 1 die sechs Folgen dieser gelungenen Serie nach Mitternacht plaziert, könnte auch Smiley nicht lösen.

MITTWOCH

21.20 – 22.45 Uhr. Bayern III.

Wasser

Wasser gibt es reichlich rund um die Karibik-Insel Cascare. Doch schwierig wird es, als auf dem Eiland eine Mineralwasserquelle entdeckt wird, denn plötzlich ist es vorbei mit der Beschaulichkeit im sonnigen Paradies. Die sehr britische Komödie von Dick Clement (England 1985) bringt zum Finale besonderen Prickel: Eric Clapton, George Harrison und Ringo Starr treten auf.

23.05 – 1.15 Uhr. Pro 7.

Der Mieter

„Ein leiser Film über banale Schrecknisse", urteilte die *Zeit* über Roman Polanskis Psycho-Spiel, das er 1975 in Frankreich drehte. Der polnisch-französische Regisseur spielt selbst die Hauptrolle, einen unscheinbaren Angestellten, der ein Zimmer bezieht, aus dem sich vorher eine Frau zu Tode gestürzt hat. Im Schattenreich zwischen Realität und Phantasie identifiziert er sich immer stärker mit dieser Frau.

DONNERSTAG

16.03 – 16.30 Uhr. ARD.

talk täglich

„Zeichnungen, die zwicken sollen" nennt Helga Lensch ihr Gespräch mit den Karikaturistinnen Marie Marcks und Barbara Henniger. Dabei juckt es die meisten nicht einmal, wenn sie mit dem Stift verspottet werden.

22.15 – 22.45 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Thema: Mehr als 4000 Verurteilte warten in den Todeszellen Malaysias auf ihre Hinrichtung. Über 200 Delinquenten sind schon am Galgen gestorben, weil sie mehr als 14 Gramm Heroin oder 250 Gramm Haschisch bei sich hatten. Und die Zahl der Todeskandidaten nimmt weiter zu. SPIEGEL TV-Autor Kevin Sim beobachtete die Drogenfahnder bei Razzien.

22.15 – 23.30 Uhr. ZDF.

live

Gäste: Franz-Josef Antwerpes (Regierungspräsident Köln), Helmut Becker (größter deutscher Autoimporteur), Klaus-Peter Jörns (Professor für Praktische Theologie, Autor des Buches „Krieg auf unseren Straßen").

FREITAG

22.00 – 24.00 Uhr. Nord III/MDR.

BerlinMitte

Thema: Mehr Platz fürs Leben – jedes zweite (natürlich nicht das eigene) Auto muß weg. Gäste: Dieter Klaus Franke (Umweltreferent ADAC), Rudolph Moshammer (Modeschöpfer und Autoliebhaber), Hermann Knoflacher (Verkehrsforscher Uni Wien), Hans-Joachim Seißler (Ghostwriter und Ex-Redakteur von *Natur*), Uta Wobit (Fahrrad-Club-Funktionärin).

22.45 – 0.55 Uhr. Sat 1.

Salvador

Oliver Stone, der Kriegsfreiwillige, hatte sein Vietnam-Trauma mit dem später realisierten Filmdrehbuch von „Platoon" abgearbeitet. Doch die Niederungen der amerikanischen Politik ließen ihn nicht mehr los. 1986 drehte er diesen Film nach den authentischen Erlebnissen des Journalisten Richard Boyle, der in Mittelamerika am eigenen Leib zu spüren bekam, wie skrupellos sich die amerikanische Regierung in den Bürgerkrieg des Landes einmischte. Mit James Woods und James Belushi.

Szenenfoto

SAMSTAG

19.30 – 21.50 Uhr. 3Sat.

Ein Bruderzwist in Habsburg

Ein Griff des Kulturkanals ins Theaterarchiv. 1966 inszenierten Kurt Horwitz und Franz Reichert zusammen Grillparzers Trauerspiel für das Wiener Burgtheater. Die Geschichte von der Auseinandersetzung des spröden Kaisers Rudolf II. mit seinem charmanten, aber ehrgeizigen Bruder Matthias besetzten sie mit Attila Hörbiger und Robert Lindner in den Hauptrollen.

22.45 – 0.40 Uhr. ARD.

Die Farbe des Geldes

Newman, Cruise

Das Kino als Ort der Vergänglichkeit. 1961 spielte Paul Newman in Robert Rossens Film „Haie der Großstadt" den jungen Eddie Felson, der einen alternden Pool-Billard-Spieler herausfordert. 25 Jahre später holte ihn Martin Scorsese wieder ins Studio, doch nun ist er der Alte, der verzweifelt versucht, einen Jungen (Tom Cruise) zu seinem Nachfolger als König am Tisch zu machen. Das Duell mit dem Queue wird entschieden, der Zweikampf, welcher Film besser ist, blieb offen.

SONNTAG

20.15 – 21.15 Uhr. ZDF.

Gunther und drüber

Gunther Emmerlich, der Mann mit dem brüderlichen Ossi-Charme, bekommt seine letzte Chance als Entertainer im unbrüderlichen Unterhaltungsgeschäft des Westens.

20.15 – 21.50 Uhr. RTL plus.

Showmaster

Emmerlich abgewickelt oder nicht – RTL will für den nötigen Nachwuchs sorgen. Werner Schulze-Erdel, der vor kurzem noch Show-Lehrling war, wurde – ruck, zuck! – zum Master erhoben und darf Kandidaten präsentieren. Die Jury: Thomas Gottschalk, Lonny Kellner und – mit dem Vertragsblock unterm Arm – RTL-Boß Helmut Thoma.

21.50 – 22.30 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Geplant: Das große Tiersterben – Dürrekatastrophe im südlichen Afrika / Ufo-Treffen in Berlin.

22.00 – 24.00 Uhr. ZDF.

Schreib mich in den Sand

Im Münchner Cuvilliéstheater, einem Rokoko-Kleinod, in dem der bayerische Ministerpräsident gern seine Filmpreise überreicht und seit vielen Jahren das Volksstück „Der Brandner Kasper schaut ins Himmelreich" läuft, rieben sich die Zuschauer erstaunt die Augen. Die junge Regisseurin Amelie Niermeyer hatte ein Stück der Autorin Inez van Dullemen inszeniert: die bittere Bilanz einer Frau, die als Mädchen von ihrem Vater mißbraucht worden ist. Mit Rudolf Donath, Christine Buchegger und Antje Schmidt.

22.30 – 0.20 Uhr. Bayern III.

Gefährliche Freundin

In Hollywood wird Jonathan Demme als der neue Regie-Star gefeiert, nachdem er mit „Das Schweigen der Lämmer" die vier wichtigsten Oscar-Kategorien in diesem Jahr gewonnen hat. Dabei hat er schon früher bewiesen, was er kann, etwa mit den 1987 gedrehten Abenteuern, die ein spießiger, aufstrebender New Yorker Angestellter erlebt, nur weil er sich überreden läßt, sich von einem flippigen jungen Mädchen zur Arbeit fahren zu lassen. Doch statt im Büro landet er im Leben, und das geht nicht ganz fein mit ihm um. Mit Melanie Griffith und Jeff Daniels.

Griffith, Daniels

HOHLSPIEGEL

Aus der *Zeit* über die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen: „Ungeeignet zu herrschaftlicher Machtausübung, weckt die moderate Feministin Hoffnungen auf eine horizontale Hierarchie, in deren Mitte der Bischof seelsorgerisch dient."

◆

Aus der *Frankfurter Allgemeinen*: „Und schüttelt man den Namen Neil Kinnock nur zielstrebig genug durcheinander, hüpft wie ein meckernder Kobold ebenfalls ein Programm heraus, diesmal aber ein erfülltes: I knock Lenin – Ich schlage Lenin!"

◆

Vive la Trance!

14. Jahrestagung der DGH

Die Deutsche Gesellschaft für Hypnose

10jähriges Bestehen vom 28. bis 31. Mai in Bad Lipp

Aus dem *Westfälischen Ärzteblatt*

◆

„Start in den Frühling" aus 60 Meter Höhe

Tod vor Augen — einfach super!

Aus der *Paderborner Kreiszeitung*

◆

Aus dem TUI-Reisekatalog für Spanien, Sommer 1992: „Etwa 45 km südlich von Tarragona und ca. 8 km von l'Amettla liegt die Ferienhausanlage Calafat . . . Hinter der Anlage (ca. 200-500 m von unseren Häusern) verläuft eine Bahnlinie und die Autobahn, dahinter liegt eine Motorradrennstrekke. Ca. 4-5 km entfernt existiert ein atombetriebenes E-Werk."

◆

Harte Äußerungen von Bürgermeister Romeis über Asylbewerber in Oberscheinfeld:

„Auf die Bande g'hört draufgehaut"

Seit Monaten eine angespannte Situation – Kreisrätin Hildegard Simon wirbt um Verständnis

Aus der *Fränkischen Landeszeitung*

◆

Aus dem Vereinsblatt des Hamburger Sportvereins „SC Sperber": „Zum Samstag-Spiel beim Aufsteiger SC Poppenbüttel dagegen gibt es nicht viel Erfreuliches zu berichten. Das 0:0 entsprach den gezeigten Leistungen und hätte durchaus auch anders herum ausgehen können."

◆

Aus *Hamburger Abendblatt*: „Vor allem am Ostermontag wird es bei der Rückreisewelle nachmittags riesige Staus geben. Bis zu 50 Kilometer Länge! Der ADAC rät: Fahren Sie zügig."

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Das italienische Monatsmagazin *prima Communicazione* über Rudolf Augstein und den SPIEGEL:

Seitdem das Wochenmagazin, von Rudolf Augstein erfunden, gegründet und geleitet, zum ersten Mal am 4. Januar 1947 an den Zeitungsständen verkauft wurde, haben zahllose Herausgeber und Chefredakteure in allen Teilen der Welt erklärt, sie würden gern einmal im Laufe ihrer Karriere „so etwas wie den SPIEGEL machen". Der Grund für soviel Bewunderung ist eher banaler Natur: In seinen 45 Lebensjahren hat das am meisten zitierte deutsche Nachrichten-Magazin, das seit 1968 wöchentlich über eine Million Exemplare verkauft, bewiesen, daß es das brillanteste und vorbildlichste Beispiel für den auf sorgfältige Recherchen gegründeten Journalismus ist; ein Magazin, das sich der Suche nach großen und kleinen Exklusivmeldungen widmet und sowohl in politischen wie auch sozialen Fragen gleich angesehen, potent und gefürchtet ist.

◆

Der amerikanische Publizist Melvin J. Lasky in seinem Buch „Wortmeldung zu einer Revolution – Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland" – über Rudolf Augstein:

Augstein, ein kühler Realist mit einem Schuß Zynismus, plädierte für „das Unvermeidliche". Für ihn hatte die Wiedervereinigung „bereits stattgefunden" – und deshalb begrüßte er sie, obwohl ihn nichts in seiner wechselhaften, 40jährigen Karriere als Herausgeber und Verleger des SPIEGEL auf die Rolle als Sprecher einer wiedervereinigten deutschen Nation vorbereitet hatte. Ganz im Gegenteil: Die Amerikaner konnte er nicht leiden, weil er ihnen die Wiederaufrüstung der westdeutschen Nachkriegsrepublik und ihre säbelrasselnde „Politik der Stärke" gegenüber dem Kreml verübelte. Konrad Adenauer warf er öffentlich serviles Verhalten gegenüber „nicht-deutschen Interessen" vor . . . Augstein rümpfte verächtlich die Nase über die Sentimentalität des verstorbenen Pressezaren Axel Cäsar Springer, eines gefühlsbetonten Nationalisten, der bei der Errichtung der Mauer öffentlich Tränen vergoß und die Zentrale seines Presse- und Verlagsimperiums demonstrativ in einem Wolkenkratzer unmittelbar neben der Mauer unterbrachte . . . Auch für den Papst hatte Augstein nur Verachtung übrig, weil dieser seine katholische Anhängerschaft in Polen in einen militanten Antikommunismus drängte. Nationalistische Gefühle oder patriotische Instinkte konnten demnach niemandem ferner liegen als Rudolf Augstein.

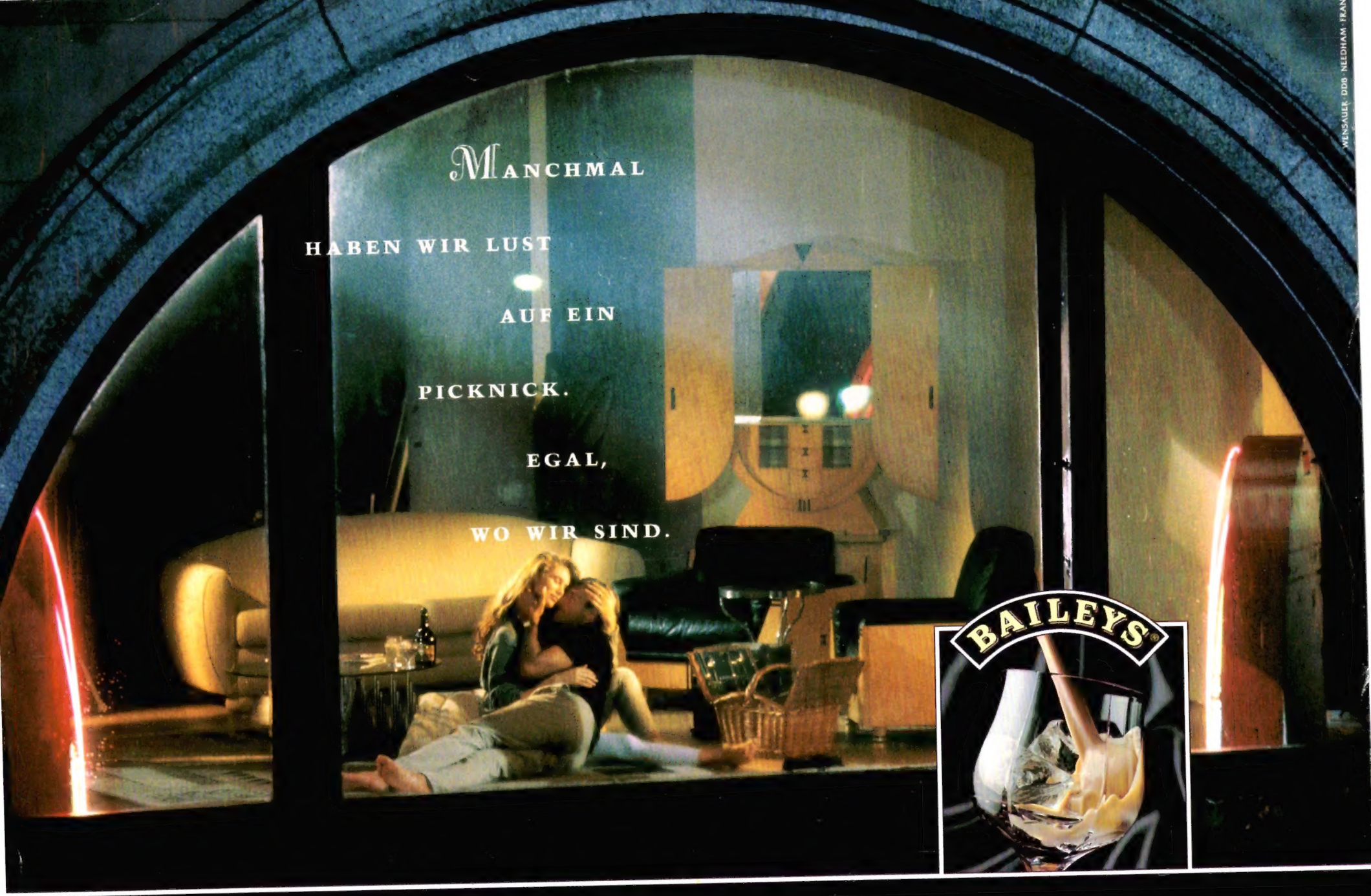
Bei uns hat 1 Arbeitstag 24 Stunden. Und 5 Kontinente.

Durch ihre weltweite Präsenz ist die WestLB im Sinne ihrer Kunden ständig im Einsatz.

Internationale Wirtschafts- und Währungstransaktionen zahlen sich heute schneller aus als je zuvor. Vorausgesetzt, man nutzt alle Chancen, die sich weltweit bieten. Dazu gehört eine Bank, die an den wichtigsten Finanzplätzen präsent ist. Als Kunde der WestLB nutzen Sie ein Höchstmaß an Informations-Technik, Expertenwissen und persönlichem Einsatz. Doch so weit das global gespannte Netz der WestLB Präsenz ist, so kurz sind die Wege, die zur Entscheidung führen. Das schafft das Abwicklungstempo und das Reaktionsvermögen, von dem Sie profitieren. Rund um die Uhr, weil rund um die Welt.

WestLB

Die Westdeutsche Landesbank



ZEIT FÜR GEFÜHLE. ZEIT FÜR BAILEYS.

WENSAUER · DDB · NEEDHAM · FRANK